



Monatsbericht August 2016

68. Jahrgang
Nr. 8

Deutsche Bundesbank
Wilhelm-Epstein-Straße 14
60431 Frankfurt am Main

Postfach 10 06 02
60006 Frankfurt am Main

Fernruf 069 9566-0
Durchwahlnummer 069 9566-
und anschließend die gewünschte
Hausrufnummer wählen.

Telefax 069 9566-3077

Internet <http://www.bundesbank.de>

Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet.

ISSN 0012-0006 (Druckversion)
ISSN 1861-5872 (Internetversion)

Abgeschlossen am:
12. August 2016, 11.00 Uhr.

Ein jährlicher und ein wöchentlicher Veröffentlichungskalender für ausgewählte Statistiken der Deutschen Bundesbank liegen vor und können unter der nebenstehenden Internetadresse abgerufen werden. Die entsprechenden Daten werden ebenfalls im Internet publiziert.

Der Monatsbericht erscheint im Selbstverlag der Deutschen Bundesbank, Frankfurt am Main, und wird aufgrund von § 18 des Gesetzes über die Deutsche Bundesbank veröffentlicht. Er wird an Interessenten kostenlos abgegeben.



■ Inhalt

Die Wirtschaftslage in Deutschland im Sommer 2016	5
Überblick	6
Internationales und europäisches Umfeld	11
<i>Zu den internationalen Ausstrahlwirkungen einer Ausweitung der öffentlichen Investitionen in Deutschland</i>	13
Geldpolitik und Bankgeschäft	26
<i>Geldmarktsteuerung und Liquiditätsbedarf</i>	27
Finanzmärkte	40
Konjunktur in Deutschland	50
Öffentliche Finanzen	60
<i>Exkurs: Zur längerfristigen Entwicklung der Alterssicherung</i>	69

■ Statistischer Teil.....	1*
Wichtige Wirtschaftsdaten für die Europäische Währungsunion.....	5•
Bankstatistische Gesamtrechnungen in der Europäischen Währungsunion	8•
Konsolidierter Ausweis des Eurosystems.....	16•
Banken	20•
Mindestreserven	42•
Zinssätze.....	43•
Versicherungen und Pensionseinrichtungen.....	48•
Kapitalmarkt	50•
Finanzierungsrechnung	54•
Öffentliche Finanzen in Deutschland	58•
Konjunkturlage in Deutschland	65•
Außenwirtschaft	74•
■ Übersicht über Veröffentlichungen der Deutschen Bundesbank	83*

Abkürzungen und Zeichen

- p** vorläufige Zahl
- r** berichtigte Zahl
- s** geschätzte Zahl
- ts** teilweise geschätzte Zahl
- ... Angabe fällt später an
- . Zahlenwert unbekannt, geheim zu halten oder nicht sinnvoll
- 0** weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts
- nichts vorhanden

Differenzen in den Summen durch Runden der Zahlen.

Die Wirtschaftslage in Deutschland im Sommer 2016

Überblick

Deutsche Wirtschaft mit robustem Wachstum

Weltwirtschaft

Wie bereits im Winterhalbjahr 2015/2016 expandierte die Weltwirtschaft wohl auch im Frühjahr nur verhalten. Insbesondere in den Fortgeschrittenen Volkswirtschaften blieb die konjunkturelle Gangart mäßig, wobei sich die Wachstumskräfte zwischen einzelnen Ländern etwas verschoben. Dass das reale Bruttoinlandsprodukt (BIP) in den USA im zweiten Jahresviertel kaum kräftiger zulegen konnte als in der Vorperiode, war nicht zuletzt den Vorratsbewegungen geschuldet. Im Euro-Raum ließ der bemerkenswerte Schwung nach, mit dem die Wirtschaft in das Jahr gestartet war. Im Schnitt der ersten beiden Quartale entsprach das Wachstum hier in etwa dem moderaten Grundtempo, das seit Längerem taktgebend ist und immerhin ausreicht, die Arbeitslosigkeit nach und nach zu reduzieren. Trotz der erhöhten Unsicherheit im zeitlichen Umfeld des Brexit-Referendums zeigte sich die gesamtwirtschaftliche Aufwärtsbewegung im Vereinigten Königreich im Frühjahr robust. In den Schwellenländern scheint sich die Konjunktur weiter zu stabilisieren: In China dürfte dies vor allem den Bemühungen der Behörden, das Wachstum zu stimulieren, geschuldet sein. Zudem mehrten sich im Verlauf der ersten Jahreshälfte die Anzeichen, dass die Rezessionen in Brasilien und Russland abflauen.

Brexit keine wesentliche Gefahr für die Weltwirtschaft

Mit dem Votum des britischen Volkes vom 23. Juni 2016 für ein Ausscheiden des Vereinigten Königreichs aus der EU trat ein Ereignis ein, das zuvor vielen Marktteilnehmern als wichtiges Abwärtsrisiko für die Weltwirtschaft gegolten hatte. Gemäß ersten Umfragen unter Verbrauchern und Unternehmen trübte sich im unmittelbaren Gefolge des Referendums die Stimmung allerdings nur im Vereinigten Königreich spürbar ein. Ein schwächeres Wachstum der britischen Wirtschaft allein stellt aber keine wesentliche Gefahr für die globale Konjunktur dar. Der sich festigende Arbeitsmarkt in den

USA – zeitweise waren wieder Sorgen über ein Abrutschen in eine Rezession aufgekommen – und die Stabilisierung der Konjunktur in den Schwellenländern legen vielmehr nahe, dass die Abwärtsrisiken für die Weltwirtschaft zuletzt eher abgenommen haben.

Die Unsicherheiten um das britische Referendum zum Verbleib in oder dem Austritt aus der EU prägten im zweiten Quartal stark die Entwicklung an den internationalen Finanzmärkten. Zudem spielte die Geldpolitik in den Industrieländern eine wichtige Rolle, die – nicht zuletzt wegen des Votums für den Austritt und der befürchteten Abwärtsrisiken für die globale Konjunktur, die damit einhergehen könnten – weiter expansiv ausgerichtet blieb. Viele Marktteilnehmer waren von diesem Votum zwar überrascht und schichteten Portfoliomittel in sichere Anlagen um („Safe haven“-Zuflüsse). Die bei einem solchen Ausgang befürchteten Verwerfungen an den internationalen Finanzmärkten blieben aber aus: Die Renditen langfristiger Staatsanleihen in den großen Währungsräumen gaben zwar weiter nach und fielen zeitweilig auf ein historisch niedriges Niveau, so beispielsweise in Deutschland, Japan und dem Vereinigten Königreich. Spiegelbildlich hierzu reagierten überdies die Aktienmärkte zunächst mit starken Kursverlusten auf den Ausgang des Referendums. Mit der nachlassenden Unsicherheit setzte dann aber an den Renten- und vor allem an den Aktienmärkten recht zügig eine Gegenbewegung ein. Im Ergebnis notierte der Euro Stoxx zuletzt leicht oberhalb seines Standes von Ende März, und die US-Märkte konnten sogar neue Rekordstände verbuchen. Deutlich schlechter als der Gesamtmarkt entwickelten sich die europäischen Bankaktien. Hier belasteten einerseits sich verschlechternde Gewinnerwartungen, andererseits der in den Fokus der Aufmerksamkeit rückende hohe Bestand an notleidenden Krediten, vor allem in Italien. Die Finanzierungsbedingungen von Unternehmen in der EWU verbesserten sich deutlich. Der Euro

*Finanzmarkt-
umfeld*

*Finanzmärkte
im Zeichen des
Referendums
im Vereinigten
Königreich*

blieb in effektiver Rechnung gegenüber den Währungen 19 wichtiger Handelspartner im Vergleich zum Stand Ende März nahezu unverändert. Während der Euro deutliche Kursverluste gegenüber dem Yen hinnehmen musste, legte er insbesondere gegenüber dem Pfund Sterling kräftig an Wert zu.

Geldpolitik

Basisszenario anziehender Inflationsraten auch nach Brexit-Votum intakt

Vor dem Hintergrund des im März beschlossenen umfangreichen Maßnahmenpakets ergriff der EZB-Rat im Berichtsquartal keine neuen Sondermaßnahmen und beließ die Leitzinsen unverändert. Auf der geldpolitischen Sitzung im Juli diskutierte er etwaige Folgen des britischen Referendums für den Euro-Raum und kam zu dem Schluss, dass das Basisszenario einer anhaltenden wirtschaftlichen Erholung und allmählich anziehender Inflationsraten im Euro-Raum weiterhin intakt sei. Aufgrund der Unsicherheiten, die aus dem Ergebnis des Referendums resultieren, kündigte der EZB-Rat jedoch an, die Aussichten für die Preisstabilität genau zu beobachten und die wahrscheinlichste Inflationsentwicklung sowie die Risiken in den kommenden Monaten auf Basis der dann verfügbaren Informationen neu zu beurteilen.

Ausleihungsvolumen im ersten GLRGII nur teilweise ausgeschöpft

Das Eurosystem setzte seine Ankäufe im Rahmen des Programms zum Ankauf von Vermögenswerten (expanded Asset Purchase Programme: APP) im Berichtsquartal wie geplant fort und begann im Juni mit der Umsetzung des im März beschlossenen Programms zum Ankauf von Wertpapieren des Unternehmenssektors (Corporate Sector Purchase Programme: CSPP). Ende Juni wurden zudem sowohl das letzte Geschäft der ersten Serie von gezielten längerfristigen Refinanzierungsgeschäften (GLRG I) als auch das erste von insgesamt vier neuen solcher Geschäfte (GLRG II) durchgeführt. Im Einklang mit den Markterwartungen schöpften die Banken das ihnen insgesamt zustehende Volumen im Rahmen des ersten GLRG II nur zum Teil aus und lösten damit insbesondere früher abgeschlossene, nun nicht mehr so attraktive längerfristige Refinanzierungsge-

schäfte ab. Das zweite GLRG II wird im September dieses Jahres durchgeführt.

Die Entwicklung der monetären Indikatoren liefert für sich genommen weiterhin keine Anhaltspunkte für einen steigenden geldpolitischen Handlungsbedarf. Das breite Geldmengenaggregat M3 nahm im Frühjahrsquartal vor dem Hintergrund des historischen Niedrigzinsumfelds und der anhaltenden, moderaten konjunkturellen Erholung im Euro-Raum erneut deutlich zu. Ein Wachstumsträger war die spürbare Zunahme der Kredite an den Privatsektor; insbesondere die Buchkredite an inländische nichtfinanzielle Unternehmen und private Haushalte setzten damit ihren Aufwärtstrend fort. Die wichtigste Stütze des Geldmengenwachstums blieben jedoch die Wertpapierkredite des MFI-Sektors an öffentliche Haushalte, die wesentlich von den Staatsanleihekäufen des Eurosystems geprägt sind. Allerdings wurde ein Teil des die Geldmenge erhöhenden direkten Effekts der Wertpapierkäufe dadurch kompensiert, dass Mittel aus dem Euro-Raum abflossen, weil ausländische Investoren sich per saldo von Euro-Raum-Anleihen trennten und im Währungsraum ansässige Anleger weiterhin ausländische Schuldverschreibungen nachfragten.

Monetäre Entwicklung im Euro-Raum

In Deutschland vergaben die Banken im Berichtsquartal erneut mehr Kredite an den inländischen Privatsektor. Neben den Buchkrediten an den Privatsektor erhöhten die Banken dabei ihre Bestände an Wertpapieren privater Emittenten, die sie in den Quartalen zuvor noch merklich verringert hatten. Die fortgesetzte Ausweitung der Buchkredite an den Privatsektor war abermals vor allem durch die lebhaftere Nachfrage privater Haushalte nach Wohnungsbaukrediten bedingt. Das Buchkreditgeschäft mit inländischen nichtfinanziellen Unternehmen verlor im Berichtsquartal dagegen nach drei stärkeren Quartalen wieder etwas an Schwung. Den Angaben der am BLS teilnehmenden Banken zufolge dürften hierfür vor allem die großzügigen Innenfinanzierungsspielräume der Unternehmen verantwortlich sein.

Kreditentwicklung in Deutschland

Das Wachstum der deutschen Wirtschaft verlangsamte sich im Frühjahr 2016 wie erwartet nach einem außerordentlich starken ersten Quartal. Der Schnellmeldung des Statistischen Bundesamtes zufolge stieg das reale BIP im zweiten Vierteljahr saison- und kalenderbereinigt gegenüber dem Vorquartal um 0,4%. Der Auslastungsgrad der gesamtwirtschaftlichen Kapazitäten befindet sich damit nach wie vor auf einem überdurchschnittlichen Niveau. Ausschlaggebend für die geringere wirtschaftliche Dynamik war ein deutlicher Rückgang der Investitionsaktivität sowohl bei den Ausrüstungen als auch im Baubereich. Aber auch der private Verbrauch wuchs schwächer als zu Jahresbeginn.

Sondereinflüsse belasteten insbesondere die Investitionstätigkeit: Die Schwäche der Ausrüstungen dürfte nicht zuletzt auf eine Gegenbewegung zu dem kräftigen Investitionsschub zu Jahresbeginn zurückgehen. Dabei wird auch eine Rolle gespielt haben, dass sich die Industrieproduktion weiterhin nicht nachhaltig belebte. Der Rückgang der Bauinvestitionen wiederum war zum großen Teil witterungsbedingt, denn außergewöhnlich milde Temperaturen hatten im Winter zusätzliche Bauproduktion ermöglicht. Außerdem dürfte ein Teil der zusätzlichen Produktion im Winter lediglich vorgezogen worden sein, sodass diese Impulse im Frühjahr fehlten. Die langsamere Gangart des privaten Verbrauchs dürfte auch mit dem Umschwung von fallenden zu steigenden Ölpreisen zusammenhängen, denn dadurch schmolzen die zuvor realisierten Kaufkraftgewinne zusammen. Stabilisierend wirkte dagegen die recht kräftige Dynamik bei den Exporten.

Die Lage am Arbeitsmarkt stellte sich nach wie vor sehr günstig dar. Sowohl die Erwerbstätigkeit als auch die Zahl der offenen Stellen erhöhten sich erneut. Wie schon in den vorangegangenen Quartalen war dies vor allem auf die sehr gute Entwicklung bei den sozialversicherungspflichtigen Stellen zurückzuführen. Die konjunkturelle Grundtendenz der Arbeitslosigkeit war ebenfalls positiv. Allerdings stieg durch die zunehmende Zahl von Asylentscheidungen die

Zahl der Flüchtlinge, die sich arbeitssuchend melden. Dass die registrierte Arbeitslosigkeit insgesamt dennoch weiter abnahm, lag an dem zunehmenden Einsatz arbeitsmarktpolitischer Instrumente. Die positive Beschäftigungsentwicklung dürfte sich in den nächsten Monaten fortsetzen, denn die wichtigsten Frühindikatoren der Erwerbstätigkeit blieben in den letzten Monaten sehr stabil. Auch die Arbeitslosigkeit könnte weiter leicht zurückgehen, da im Zusammenhang mit den Flüchtlingen die Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik weiter ausgeweitet werden dürften.

Die Tarifverdienste legten im Frühling 2016 mit + 2,2% gegenüber dem Vorjahr wie bereits im Winterquartal 2016 nur verhalten zu. Hierfür waren neben den moderaten Lohnerhöhungen der laufenden Tarifrunde, die zudem zum Teil erst nach „Nullmonaten“ verzögert in Kraft treten, negative Basiseffekte aufgrund von Einmal- und Sonderzahlungen im Vorjahresquartal und niedrige Stufenanhebungen aus Tarifvereinbarungen früherer Lohnrunden verantwortlich. Bisher wurden im laufenden Jahr für knapp 8 Millionen Tarifbeschäftigte neue Entgelttarifverträge abgeschlossen. Umgerechnet auf 12-Monats-Basis entsprechen die vereinbarten Volumina einem moderaten Entgeltplus von etwas weniger als 2½%.

Die Preise gingen im zweiten Quartal 2016 nicht weiter zurück, sondern die höheren Rohölnotierungen führten auf fast allen Absatzstufen im Vergleich zum Vorquartal zu kräftigen Verteuerungen. Ohne Energie blieb die Grundtendenz dagegen verhalten, wobei sich der Rückgang auf den vorgelagerten Stufen merklich abschwächte. Auf der Verbraucherstufe verstärkte sich der Preisanstieg zwar auch ohne Energie etwas. Dies war aber weitgehend auf außergewöhnliche Einflüsse zurückzuführen: So lässt sich der Preissprung bei gewerblichen Waren ohne Energie zum größten Teil durch Schwankungen der Preise für Bekleidung und Schuhe erklären, deren Volatilität in den letzten Jahren deutlich zugenommen hat. Darüber hinaus führte eine Anpassung des Mindeststeuersatzes

zu höheren Preisen für Tabakwaren. Da der Preisanstieg im Frühjahr des vorangegangenen Jahres ebenfalls sehr kräftig ausgefallen war, reduzierte sich die Vorjahresrate beim nationalen Verbraucherpreisindex (VPI) leicht auf + 0,1%. Beim harmonisierten Index (HVPI) ging sie geringfügig auf 0,0% zurück.

Die deutsche Wirtschaft dürfte auch im Sommer im Einklang mit der recht kräftigen konjunkturellen Grundtendenz expandieren. Ungeachtet des schwachen Auftragszuflusses im zweiten Vierteljahr hat sich die Stimmung in der deutschen Industrie spürbar verbessert. Vor dem Hintergrund der intensiven öffentlichen Debatte über die wirtschaftlichen Auswirkungen des angekündigten Austritts des Vereinigten Königreichs aus der EU haben sich bis jetzt die positiven Erwartungen der deutschen Unternehmen nur geringfügig getrübt. Dies stützt die Einschätzung, dass sich die wirtschaftlichen Folgen des Brexit-Votums für Deutschland zumindest in kurzer Frist wohl in engen Grenzen halten werden. Die positiven Erwartungen der Unternehmen im Hinblick auf die Exporttätigkeit sprechen dafür, dass die Ausfuhren im dritten Vierteljahr ebenfalls solide wachsen werden. Insgesamt dürfte die Produktion der Industrieunternehmen im Sommerquartal wieder stärker zum gesamtwirtschaftlichen Wachstum beitragen. Aufgrund der bereits überdurchschnittlich ausgelasteten Kapazitäten dürfte dadurch auch wieder mehr in Ausrüstungen und Maschinen investiert werden. Mehr Schub sollte im dritten Vierteljahr überdies von den Bauinvestitionen kommen, nachdem die wetterbedingten Rückpralleffekte in der Bauwirtschaft ausgelaufen sind. Ferner dürfte der private Verbrauch nach der Delle im Frühjahr wieder ein maßgeblicher binnenwirtschaftlicher Wachstumstreiber sein: Die Einkommensperspektiven der Arbeitnehmer sowie die Arbeitsmarktsituation sind weiterhin günstig, und die Rohölpreise haben ihren Anstieg zuletzt nicht fortgesetzt, sondern sind gefallen.

Die Rahmenbedingungen für die deutschen Staatsfinanzen bleiben günstig, und aus heu-

tiger Sicht zeichnen sich für das laufende Jahr abermals ein Überschuss und eine sinkende Schuldenquote ab. Bei einer guten Konjunktur- und Arbeitsmarktlage profitieren die staatlichen Haushalte von weiter rückläufigen Zinsausgaben. Der Überschuss dürfte im Vergleich zum Vorjahr dennoch sinken, da es zu strukturellen Mehrbelastungen an anderer Stelle kommt: Zum einen steigen die Aufwendungen für die Flüchtlinge, vor allem weil im Jahr 2015 viele Personen erst im Herbst zuwanderten und daher das Gros der diesbezüglichen Ausgaben in wenigen Monaten zu Buche schlug. Zum anderen ist der Haushaltskurs auch darüber hinaus expansiv. So werden in verschiedenen Bereichen die Ausgaben aufgestockt, etwa für Wohngeld, Infrastruktur und Kinderbetreuung. Zudem fielen die Rentenanpassungen zur Jahresmitte in diesem Jahr besonders hoch aus.

Auch mittelfristig sind die Perspektiven für die deutschen Staatsfinanzen günstig. Dabei unterstreichen die jüngsten Erfahrungen mit den unerwartet hohen fiskalischen Lasten im Zusammenhang mit der Flüchtlingswanderung, wie hilfreich bei Defizitobergrenzen Sicherheitsabstände sind, die Handlungsspielräume bei überraschenden Entwicklungen innerhalb der Haushaltsregeln schaffen. Angesichts der Vorgaben durch die nationale Schuldenbremse legt dies nahe, auch künftig im Regelfall moderate strukturelle Überschüsse anzustreben.

Ungeachtet dessen ist es wichtig, die strukturellen Rahmenbedingungen gezielt zu verbessern, etwa indem Effizienzreserven erschlossen und wachstumsfreundliche Ausgabenbereiche ein höheres Gewicht erhalten. Über die Sicherheitsabstände hinausgehende nachhaltige Haushaltsspielräume könnten künftig für Abgabensenkungen genutzt werden, nachdem zuletzt bei positiven Überraschungen primär zusätzliche Ausgaben beschlossen worden waren. So könnte beispielsweise für die Bundesagentur für Arbeit erwogen werden, den Beitragssatz zurückzunehmen und damit den aus derzeitiger Sicht zu erwartenden zusätzlichen Anstieg ihrer Rücklagen zu dämpfen. Zu denken wäre ferner

an den Abbau des Solidaritätszuschlags. Diese Ergänzungsabgabe des Bundes erbringt Einnahmen in Höhe von ½% des BIP, während die Sonderzuweisungen an die ostdeutschen Länder im Vergleich dazu nur noch gering sind und zum Ende des Jahrzehnts auslaufen.

Für den Bundeshaushalt wäre es ebenfalls empfehlenswert, mittelfristig wieder größere Sicherheitsabstände zur Budgetbegrenzung durch die Schuldenbremse aufzubauen – um über größere Handlungsspielräume bei neuerlichen unerwarteten Entwicklungen zu verfügen, aber auch um beispielsweise für die allmählich einsetzenden demografischen Lasten vorzusorgen. Außerdem erscheint es ratsam, die Rücklage, die zum Decken von Belastungen durch die Flüchtlingszuwanderung angelegt wurde, spätestens Ende 2017 zur Schuldentilgung einzusetzen. Die künftigen flüchtlingsbezogenen Aufwendungen dürften dann relativ verlässlich abzuschätzen sein und sollten über regelmäßig fließende Einnahmen finanziert werden. Die aktuelle Behandlung der Rücklage im Rahmen der Schuldenbremse kann zum Konflikt mit den EU-Regeln führen, bei denen Rücklagenbewegungen – wie finanzielle Transaktionen – nicht auf den Saldo angerechnet werden. Die Schuldenbremse soll die EU-Regeln absichern, und auch deshalb sollten Überschüsse aus Vorjahren nicht zum Stopfen von Löchern bei der Haushaltsaufstellung genutzt werden können. Generell gilt es zu verhindern, dass einmalig zur Verfügung stehende Haushaltsmittel wie Rücklagen dazu genutzt werden, neue dauerhafte Mehrausgaben kurzfristig zu decken, und so zukünftiger Konsolidierungsbedarf aufgestaut wird.

Bei der gesetzlichen Rentenversicherung (GRV) sollte die aktuell günstige Lage nicht darüber

hinwegtäuschen, dass sie aufgrund der demografischen Entwicklung künftig erheblich unter Druck geraten wird. Um die für Vorsorgeplanungen wichtigen langfristigen Entwicklungen aufzuzeigen, sollten offizielle Vorausberechnungen über das Jahr 2030 hinausgehen. Das Vertrauen in die Rentenversicherung könnte gestärkt und die Unsicherheit hinsichtlich der finanziellen Absicherung im Alter verringert werden, wenn deutlich gemacht würde, wie die langfristigen Anpassungsregeln für die GRV-Parameter Rentenalter, Versorgungsniveau und Beitragssatz aus heutiger Sicht ausgestaltet werden sollen. Die offiziellen Berechnungen vernachlässigen die Verlängerung der Lebensarbeitszeit, die mit dem sukzessiv auf 67 Jahre steigenden gesetzlichen Rentenalter angelegt ist, sodass die Absicherung durch die GRV mit den bislang ausgewiesenen Versorgungsniveaus im Zeitverlauf zunehmend unterschätzt wird. Insgesamt spricht einiges dafür, nicht zuletzt eine längere Lebensarbeitszeit und ein höheres gesetzliches Rentenalter stärker in den Blick zu nehmen. Die Anhebung des gesetzlichen Rentenalters auf 67 Jahre bis zum Jahr 2029 stabilisiert bis dahin annähernd das Verhältnis der durchschnittlichen Zeiträume von Renten- zu Beitragsphasen, obgleich auf einem historisch hohen Niveau. Für die Zeit nach 2029 wäre zu erwägen, dies fortzuführen. Aus aktueller Sicht wäre damit eine schrittweise Anhebung auf etwa 69 Jahre bis zum Jahr 2060 verbunden. Selbst damit stiege der Beitragssatz aber wohl auf eine Größenordnung von 24%, und das Versorgungsniveau der GRV ginge auf eine Größenordnung von rund 44% zurück. Bei Nutzung der ergänzenden freiwilligen Riester-Rente ließe sich aber ein Gesamtversorgungsniveau erreichen, das – auch bei niedrigeren Renditen – über den aktuellen Werten liegen dürfte.

Internationales und europäisches Umfeld

Weltwirtschaftliche Entwicklung

*Expansions-
tempo der
Weltwirtschaft
nach wie vor
verhalten*

Wie bereits im Winterhalbjahr 2015/2016 expandierte die Weltwirtschaft wohl auch im Frühjahr nur verhalten. Insbesondere in den Fortgeschrittenen Volkswirtschaften blieb die konjunkturelle Gangart mäßig, wobei sich die Wachstumskräfte zwischen einzelnen Ländern etwas verschoben. Dass das reale Bruttoinlandsprodukt (BIP) in den USA im zweiten Jahresviertel kaum kräftiger zulegen konnte als in der Vorperiode, war nicht zuletzt einer fortgesetzten Korrektur der Vorratsbildung geschuldet. Zugleich ließ im Euro-Raum der bemerkenswerte Schwung nach, mit dem die Wirtschaft in das Jahr gestartet war. Im Schnitt der ersten beiden Quartale entsprach das Wachstum hier in etwa dem moderaten Grundtempo, das seit längerem taktgebend ist und ausreicht, die Arbeitslosigkeit nach und nach zu reduzieren. Für das japanische BIP lagen zwar bei Abschluss dieses Berichts noch keine amtlichen Angaben vor. Allerdings spricht einiges dafür, dass das relativ starke Wachstum vom Jahresauftakt im zweiten Quartal nicht gehalten wurde. Trotz der erhöhten Unsicherheit im zeitlichen Umfeld des Brexit-Referendums zeigte sich die gesamtwirtschaftliche Aufwärtsbewegung im Vereinigten Königreich im Frühjahr robust. In den Schwellenländern scheint sich die Konjunktur weiter zu stabilisieren. In China dürfte dies vor allem den Bemühungen der Behörden, das Wachstum zu stimulieren, geschuldet sein. Zudem verfestigte sich im Verlauf der ersten Jahreshälfte der Eindruck, dass die Rezessionen in Brasilien und Russland abflauen.

*Keine
Verwerfungen
an Finanz-
märkten nach
Brexit-Votum*

Mit dem Votum des britischen Volkes vom 23. Juni 2016 für ein Ausscheiden des Vereinigten Königreichs aus der EU trat ein Ereignis ein, das zuvor vielfach als wichtiges Abwärtsrisiko für die Weltwirtschaft gewertet worden war. Befürchtungen, die Entscheidung für einen sogenannten Brexit könnte schwere Verwerfun-

gen an den internationalen Finanzmärkten zur Folge haben, bewahrheiteten sich jedoch nicht. Nach zunächst teils kräftigen Kursausschlägen beruhigten sich die Märkte recht zügig wieder (siehe Erläuterungen auf S. 40 ff.); ihre Funktionsweise war nicht beeinträchtigt.

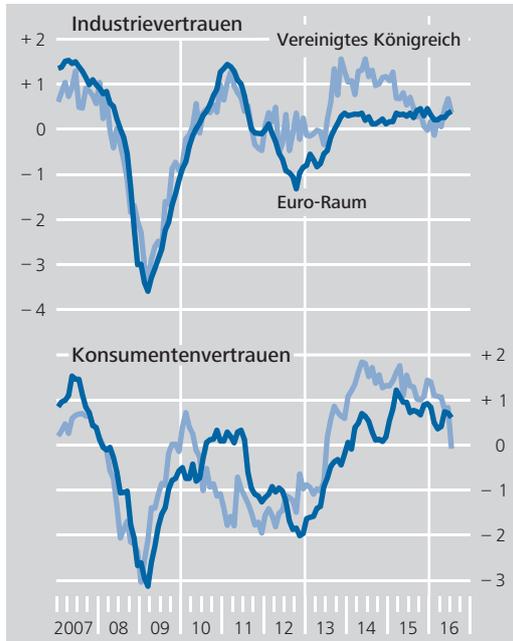
Gemäß den ersten verfügbaren Umfragen unter Verbrauchern und Unternehmen trübte sich zwar im unmittelbaren Gefolge des Referendums die Stimmung ein. Dies blieb aber im Wesentlichen auf das Vereinigte Königreich beschränkt. Die Vertrauensindikatoren für den Euro-Raum, der über den Außenhandel recht eng mit der britischen Wirtschaft verflochten ist, bewegten sich im Juli kaum. Selbst die Umfrageergebnisse für das Vereinigte Königreich zeichneten ein gemischtes Bild: Während die Einkaufsmanagerindizes stark nachgaben und eine Kontraktion der Wirtschaftsaktivität im Juli signalisierten, verloren laut Umfragen der EU-Kommission in erster Linie die Verbraucher an Vertrauen. Preissteigerungen im Gefolge der kräftigen Abwertung des britischen Pfund könnten die Konsumkonjunktur in Großbritannien in den kommenden Monaten in der Tat dämpfen. Umgekehrt dürften Exporteure von der Wechselkursverschiebung profitieren. Gemäß den Angaben der Bank of England berichtete die Mehrzahl ihrer Geschäftskontakte keine unmittelbaren Einschränkungen der Aktivität oder der Ausgaben nach dem Referendum. Zum Teil würden jedoch längerfristige Investitionsprojekte und Einstellungsabsichten überdacht.¹⁾ Inwieweit sich Unsicherheit und mangelnde Zuversicht letztlich in Erzeugung und Beschäftigung im Vereinigten Königreich niederschlagen, dürfte auch davon abhängen, wie lange die Ungewissheit über Tempo und Ausgestaltung des Ausstiegs und damit die mittel- bis langfristigen wirtschaftlichen Folgen anhält. Auf

*Stimmung-
eintrübung
im Vereinigten
Königreich*

¹ Vgl.: Bank of England, Agents' summary of business conditions, July 2016 Update sowie August 2016 Update, verfügbar unter <http://www.bankofengland.co.uk/publications/Pages/agentssummary/>

Ausgewählte Vertrauensindikatoren gemäß Umfragen der Europäischen Kommission

monatlich, saisonbereinigt und standardisiert¹⁾



Quelle: Europäische Kommission und eigene Berechnungen.
 1 Standardisierung durch Mittelwert und Standardabweichung ab Oktober 1985.

Deutsche Bundesbank

politischem Feld wurde im Vereinigten Königreich mit der raschen Bildung einer neuen Regierung ein wichtiger Schritt getan. Die Bank of England lockerte Anfang August ihren bereits außergewöhnlich expansiven geldpolitischen Kurs nochmals, um dämpfenden Effekten auf die gesamtwirtschaftliche Nachfrage entgegenzuwirken.

Abwärtsrisiken für globales Wachstum eher reduziert

Ein schwächeres Wachstum der britischen Wirtschaft allein stellt keine wesentliche Gefahr für die globale Konjunktur dar.²⁾ Die Festigung des Arbeitsmarktes in den USA – zeitweise waren wieder Sorgen über ein Abrutschen in eine Rezession aufgekommen – und die Stabilisierung der Konjunktur in den Schwellenländern legen vielmehr nahe, dass die Abwärtsrisiken für die Weltwirtschaft zuletzt eher abgenommen haben. Eingedenk der bereits ergriffenen oder angekündigten Maßnahmen seitens der Geld- und Fiskalpolitik spricht zurzeit wenig dafür, das globale Wachstum durch neue staatliche Ausgabenprogramme anzukurbeln. Derar-

tige Forderungen waren in der Vergangenheit nicht zuletzt an Deutschland gerichtet worden. Für die internationalen Ausstrahlwirkungen fiskalpolitischer Stimuli über den Außenhandelskanal sind die Größenverhältnisse und der Grad der Verflechtung von Bedeutung. Modellrechnungen für eine temporäre Ausweitung der öffentlichen Nachfrage hierzulande zeigen, dass solche Spillover-Effekte selbst in vielen Partnerländern innerhalb des Euro-Raums klein ausfallen (siehe Erläuterungen auf S. 13 ff.). Nötig sind nicht neue konjunkturelle Strohfeuer, die sowohl räumlich als auch zeitlich begrenzt wären, sondern stärkere Anstrengungen der Industrie- und Schwellenländer, ihre Wirtschaftsstrukturen zu reformieren und so die Wachstumsaussichten dauerhaft zu verbessern.

Unter dem Eindruck des Brexit-Votums setzte der Stab des Internationalen Währungsfonds (IWF) im Rahmen der im Juli üblichen Aktualisierung des World Economic Outlook seine Wachstumsprojektionen für die britische Wirtschaft beträchtlich herab, und zwar um 0,2 Prozentpunkte in diesem Jahr und 0,9 Prozentpunkte im nächsten (auf +1,7% bzw. +1,3%). Die Jahresdurchschnittsraten verdecken dabei, dass sich die Korrekturen im Quartalsprofil auf 2016 konzentrierten, der Stab also unmittelbar mit deutlichen Bremseffekten des Referendums rechnete. Diese würden auch auf den Euro-Raum ausstrahlen, dessen Wirtschaftswachstum 2017 lediglich noch auf 1,4% veranschlagt wurde (– 0,2 Prozentpunkte).³⁾ Die Prognoserevisionen für andere Volkswirtschaften standen hingegen kaum im Zusammenhang mit dem Referendum im Vereinigten Königreich. Speziell

IWF nimmt globale Wachstumsprojektionen nach Brexit-Entscheid nur leicht zurück

² Gerechnet auf Basis von Marktwechselkursen war der Anteil des Vereinigten Königreichs an der globalen Wirtschaftsleistung im vergangenen Jahr mit knapp 4% klein. Es importierte 2015 Waren und Dienstleistungen im Wert von 840 Mrd US-\$; aus Sicht des Rests der Welt handelte es sich dabei um Ausfuhren, die nicht viel mehr als 1% des eigenen BIP entsprachen.

³ Auch in diesem Fall verstellen die Revisionen der prognostizierten Jahresdurchschnittsraten – die Projektion für 2016 wurde sogar leicht angehoben – den Blick auf die berücksichtigten Effekte. So wurde die Jahresverlaufsrate des realen EWU-BIP, die den Vorjahresabstand im vierten Quartal misst, für 2016 um 0,2 Prozentpunkte gesenkt, für 2017 jedoch bestätigt.

Zu den internationalen Ausstrahlwirkungen einer Ausweitung der öffentlichen Investitionen in Deutschland

Angesichts des im längerfristigen Vergleich verhaltenen globalen Wirtschaftswachstums und der als mühsam wahrgenommenen konjunkturellen Erholung im Euro-Raum werden immer wieder Impulse vonseiten der Fiskalpolitik angemahnt. Solche Forderungen richten sich vor allem an Deutschland, da hier die öffentlichen Finanzen noch einen vergleichsweise großen Spielraum böten und der hohe Leistungsbilanzüberschuss auf eine persistente Schwäche der Binnennachfrage hinweise. Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, wie bedeutend die Ausstrahlwirkungen eines expansiven fiskalischen Impulses in Deutschland für die wirtschaftliche Entwicklung in den Partnerländern des Euro-Gebiets und in der Welt wären.

Gemäß den Angaben des Internationalen Währungsfonds (World Economic Outlook, April 2016) steuerte Deutschland im vergangenen Jahr 4,6% zur globalen Wirtschaftsleistung bei, gerechnet auf Basis von Marktwechselkursen.¹⁾ Das bedeutet, dass jede expansive Maßnahme plausiblen Umfangs, die die öffentliche Hand in Deutschland ergreifen kann, aus Sicht der Weltwirtschaft klein ausfallen muss. Innerhalb des Euro-Raums jedoch ist der deutsche Anteil an der Wertschöpfung mit beinahe 30% weit größer, sodass sich ein fiskalischer Stimulus hierzulande auf EWU-Ebene spürbar niederschlagen könnte. Der Gesamteffekt sollte über den unmittelbaren, rein rechnerischen Einfluss auf das Bruttoinlandsprodukt (BIP) des Euro-Raums hinausgehen, da eine höhere Nachfrage in Deutschland die Konjunktur in den Nachbarländern – insbesondere über den Handelskanal – anregt. Oftmals verspricht man sich hiervon einen substanziellen Beitrag zur Belebung gerade der Volkswirtschaften in der Peripherie des Euro-Raums.

Die Größenordnung dieser Effekte lässt sich über Simulationen mit dem Weltwirtschaftsmodell NiGEM des National Institute of Eco-

nomic and Social Research (NIESR) abschätzen.²⁾ Dabei wurde in Übereinstimmung mit anderen Studien angenommen, dass die öffentlichen Investitionen in Deutschland für zwei Jahre um 1% des BIP kreditfinanziert ausgeweitet werden. Dies entspräche einer Steigerung der öffentlichen Investitionsausgaben um fast 50%.³⁾ Unter der Annahme unveränderter Nominalzinsen⁴⁾ stiege dann laut NiGEM das reale BIP in Deutschland im Schnitt der ersten beiden Jahre um 0,5% gegenüber der Basislinie an. Dass dieser Outputeffekt erheblich geringer ausfällt als der ursprüngliche Fiskalimpuls, ist vor allem darauf zurückzuführen, dass ein beträchtlicher Teil der zusätzlichen Staatsausgaben letztlich auf ausländische Waren und Dienstleistungen entfällt. So nähmen die deutschen Importe um nicht weniger als 2% zu.

Die zusätzlichen deutschen Einfuhren stimulieren in NiGEM die Wirtschaftsleistung in den Partnerländern. Das Ausmaß dieses Effekts hängt vom Grad der Handelsverflech-

1 Das entspricht weniger als einem Fünftel des Beitrags der USA. Auf Basis von Kaufkraftparitäten ergibt sich sogar nur ein Anteil Deutschlands von 3,4% an der Weltwirtschaft, etwas mehr als ein Fünftel des US-Anteils.

2 In NiGEM sind die meisten OECD-Länder sowie wichtige aufstrebende Volkswirtschaften separat modelliert und über den Außenhandel wie auch das Zins-Wechselkurs-Gefüge miteinander verbunden. Das Modell besitzt neukeynesianische Eigenschaften, insbesondere auch vorausschauende Elemente auf den Finanz- und Arbeitsmärkten. Für weitere Informationen zur Modellstruktur siehe <https://nimodel.niesr.ac.uk>

3 Den wichtigen Fragen, ob es überhaupt sinnvolle Projekte in dieser Größenordnung gäbe und wie ein solches zusätzliches Investitionsvolumen administrativ und faktisch, das heißt angesichts möglicher Angebotsbeschränkungen bei den zusätzlich nachgefragten Gütern und Dienstleistungen (etwa im Baugewerbe), umgesetzt werden könnte, wird hier nicht nachgegangen.

4 In NiGEM verhalten sich die Kurzfristzinsen gemäß einer geldpolitischen Regel, die sich vor allem an der Inflationsrate orientiert. Die Unterdrückung der geldpolitischen Reaktion im Fall eines expansiv wirkenden Schocks kann deshalb als geldpolitische Lockerung aufgefasst werden. Insofern ist es schwierig, in einem Modell mit endogener Geldpolitik den Einfluss der Notenbankreaktion von den Wirkungen des betrachteten Schocks zu isolieren.

Bedeutung der Handelsbeziehungen für die Spillover-Effekte erhöhter öffentlicher Investitionen in Deutschland

Ergebnisse von NiGEM-Simulationen,¹⁾ in %



Quellen: IWF World Economic Outlook, IWF Direction of Trade Statistics und eigene Berechnungen. **1** Modellierung einer zweijährigen defizitfinanzierten Erhöhung der öffentlichen Investitionen in Deutschland um 1 % des BIP bei exogener Geldpolitik. **2** Durchschnitt der ersten beiden Jahre nach Eintreten des Schocks.

Deutsche Bundesbank

tion mit Deutschland und der Bedeutung des Außenhandels für die jeweilige Volkswirtschaft ab. Wichtige Bestimmungsfaktoren hierbei sind räumliche Nähe und Größe der Länder. Spürbare positive Impulse gäbe es vor allem in einigen kleineren bis mittelgroßen Volkswirtschaften in direkter Nachbarschaft Deutschlands und in Zentraleuropa. In den großen EWU-Ländern Frankreich, Italien und Spanien wäre die Wirkung auf das reale BIP gering (jeweils + 0,1%). In Griechenland und Portugal fiel der Effekt nur wenig höher aus (+ 0,2%), ebenso wie insgesamt im Euro-Raum ohne Deutschland. Bedeutende Dritt-länder werden in noch geringerem Maße be-rührt.

Von ähnlicher Größenordnung sind auch die Wirkungen auf die Leistungsbilanzsalden. Gemittelt über die ersten beiden Jahre würde sich der deutsche Leistungsbilanzüberschuss bezogen auf das BIP um 0,7 Prozentpunkte vermindern, während der Saldo im Rest des Euro-Raums um weniger als 0,1 Prozentpunkte anstiege.⁵⁾ Dies verdeutlicht noch

einmal, dass die deutsche Wirtschaftspolitik nicht die außenwirtschaftlichen Ungleichgewichte anderer Länder lösen oder diesen ihre Anpassungslasten abnehmen kann.⁶⁾

⁵ Neben den Mengenwirkungen sind dabei die (gegenläufigen) Preiseffekte ins Bild zu nehmen. Aufgrund der heimischen Nachfrageexpansion ziehen die Preise deutscher Erzeugnisse gegenüber der Basislinie an, sodass sich die Terms of Trade hierzulande kurz- bis mittelfristig verbessern. Spiegelbildlich verschlechtern sich die relativen Außenhandelspreise der Partnerländer zunächst geringfügig. Für die Bestimmung der Outputeffekte sind diese Preisverschiebungen im Vergleich zur Anhebung des Nachfrageniveaus in Deutschland von untergeordneter Bedeutung.

⁶ Vgl.: T. Bettendorf und M. León-Ledesma (2016), Führen niedrigere deutsche Löhne zu Leistungsbilanzungleichgewichten im Euro-Raum?, Deutsche Bundesbank, Research Brief, 2. Ausgabe; N. Gadatsch, N. Stähler und B. Weigert, German labor market and fiscal reforms 1999 to 2008: can they be blamed for intra-euro area imbalances?, Diskussionspapier der Deutschen Bundesbank, Nr. 29/2015; Bundesministerium der Finanzen, Gesamtwirtschaftliche Auswirkungen fiskalpolitischer Impulse, Monatsbericht, November 2013, S. 15–22; Deutsche Bundesbank, Zu den makroökonomischen Effekten einer Anhebung des Lohnniveaus in NiGEM-Simulationen, Monatsbericht, Februar 2013, S.19–21; sowie Deutsche Bundesbank, Zur Problematik makroökonomischer Ungleichgewichte im Euro-Raum, Monatsbericht, Juli 2010, S. 17–40.

Denn eine Steigerung der Nachfrage in Deutschland richtet sich selbst bei einem vergleichsweise hohen Importgehalt nur zu einem kleinen Teil auf ausländische Waren und Dienste spezifischer Partnerländer.

Der Fiskalstimulus in Deutschland strahlt nicht nur über den Handelskanal in die Partnerländer des Euro-Raums aus, sondern auch über die gemeinsame Geldpolitik. Unter der Annahme unveränderter nominaler Zinsen zieht die Teuerungsrate im zweiten Jahr der Simulation in Deutschland spürbar, in der gesamten EWU leicht an. Falls die geldpolitische Ausrichtung vor dem fiskalischen Stimulus angemessen war, würde die neue Situation eigentlich eine Anhebung der Leitzinsen (oder eine weniger intensive Nutzung unkonventioneller geldpolitischer Maßnahmen) verlangen. Auf diese Weise würde allerdings neben dem Preisanstieg auch die Zunahme der Wirtschaftsaktivität in der EWU gedämpft. Die mittlere Ausweitung des realen BIP im Euro-Raum gegenüber der Basislinie in den ersten beiden Jahren verringerte sich dann von knapp 0,3% bei fixierten Zinsen auf knapp 0,2% mit geldpolitischer Reaktion. Dieser dämpfende Effekt würde sich zudem überwiegend in den Partnerländern entfalten. Während die ursächliche Nachfrageexpansion insbesondere in der deutschen Wirtschaft stattfindet, stiege der Nominalzins in der gesamten Währungsunion gleichmäßig an. Mit Blick auf die Länder der Peripherie kommt hinzu, dass ihre Volkswirtschaften laut NiGEM stärker auf eine Zinsänderung reagieren als beispielsweise die deutsche. Deshalb bleibt gerade in diesen Ländern bei endogenen Leitzinsen von dem Fiskalimpuls kaum mehr etwas übrig.⁷⁾⁸⁾

Vermehrte öffentliche Investitionen vergrößern den Kapitalstock und können das Produktionspotenzial steigern. Unter der Annahme, dass hinreichend viele sinnvolle Projekte identifiziert und umgesetzt werden können, würde sich das Niveau des realen BIP in Deutschland langfristig um 0,2% gegenüber der Basislinie erhöhen. Um ein

Kurzfristige Outputeffekte einer Ausweitung der öffentlichen Investitionen in Deutschland^{*)}

Abweichungen des realen BIP von der Basislinie im Durchschnitt der ersten zwei Jahre in %

Position	Zinsen	
	unverändert	regelgebunden
Euro-Raum	0,26	0,18
darunter:		
Deutschland	0,52	0,45
Frankreich	0,11	0,04
Italien	0,09	0,03
Spanien	0,10	0,02
Niederlande	0,32	0,20
Belgien	0,25	0,14
Österreich	0,21	0,13
Portugal	0,15	0,07
Griechenland	0,20	0,05
Slowakei	0,36	0,23
Polen	0,23	0,16
Tschechien	0,30	0,22
Ungarn	0,43	0,31
Vereinigtes Königreich	0,10	0,05
USA	0,04	0,00
Japan	0,07	0,01
China	0,07	0,05

Quelle: Eigene Berechnungen mithilfe von NiGEM.
 *) Simulation einer kreditfinanzierten Ausweitung der öffentlichen Investitionen um 1% des BIP für zwei Jahre. Nominalzinsen weltweit fixiert bzw. mit Reaktion gemäß standardmäßigen geldpolitischen Regeln.
 Deutsche Bundesbank

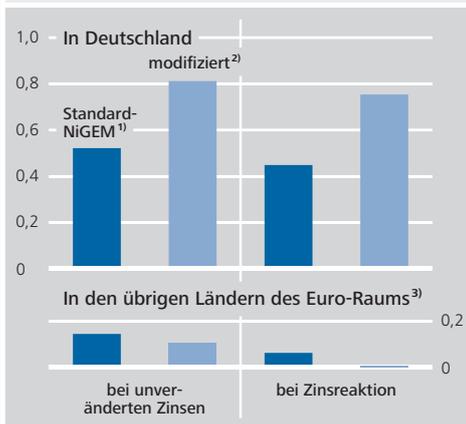
„free lunch“ handelt es sich dabei freilich nicht. Mit dem Auslaufen der zusätzlichen Ausgaben nach zwei Jahren entfallen zwar die defizitären Effekte auf die öffentlichen Haushalte (und die Leistungsbilanz) wieder weitgehend. Der staatliche Schuldenstand bliebe aber dauerhaft erhöht, nämlich (unter der Annahme fixierter Zinsen) um 1,7 Prozentpunkte im Verhältnis zum BIP. Ein derart spürbarer Anstieg der öffentlichen Verschul-

⁷ Zur Bedeutung der geldpolitischen Reaktion für die Spillover-Effekte der Fiskalpolitik siehe auch: N. Gaidatsch, K. Hauzenberger und N. Stähler (2016), Fiscal policy during the crisis: A look on Germany and the Euro area with GEAR, Economic Modelling, Vol. 52, S. 997–1016.

⁸ Die Leitzinsanhebung führt auch zu einer Aufwertung des Euro und einer Abwertung anderer Währungen. Dieser Wertverlust wirkt in den betroffenen Drittländern tendenziell inflationär, sodass auch hier ein gewisses Gegensteuern der Geldpolitik erforderlich wird, wenngleich in geringerem Maße als im Euro-Raum. In den USA reicht eine Erhöhung der Kurzfristzinsen um wenige Basispunkte bereits aus, den kleinen Impuls der höheren Nachfrage aus Deutschland zu kompensieren. Mittelfristig bleibt das reale BIP dort infolge des Zins-schrittes sogar leicht gegenüber der Basislinie zurück.

Bedeutung des Importgehalts für die kurzfristigen Outputeffekte einer Ausweitung der öffentlichen Investitionen in Deutschland⁹⁾

Abweichung des realen BIP von der Basislinie in %
 im Durchschnitt der ersten beiden Jahre



Quelle: Eigene Berechnungen mithilfe von NiGEM. * Simulation einer kreditfinanzierten Erhöhung der öffentlichen Investitionen in Deutschland um 1% des BIP für zwei Jahre. Nominalzinsen weltweit fixiert bzw. mit Reaktion gemäß standardmäßigen geldpolitischen Regeln. **1** Importe abhängig von der Gesamtnachfrage eines Landes, nicht von einzelnen Verwendungskomponenten des BIP. **2** Modifikation der Importgleichung in Deutschland gemäß dem Importgehalt der einzelnen Verwendungskomponenten. **3** Aggregation mithilfe nominaler BIP-Gewichte.

Deutsche Bundesbank

derung ließe sich durch eine Finanzierung des Investitionsprogramms über Steuern zwar vermeiden. Dann würden jedoch im hier gewählten Modellrahmen die kurzfristigen Nachfrageeffekte, einschließlich der internationalen Ausstrahlwirkungen, spürbar gedämpft.

Würde anstelle der Investitionen der öffentliche Konsum temporär ausgeweitet, wüchsen zwar nicht die gesamtwirtschaftlichen Kapazitäten, die Konjunktur im In- und Ausland würde aber laut NiGEM in ähnlichem Maße stimuliert. Dabei ist zu beachten, dass in NiGEM die Importe in Abhängigkeit von der Gesamtnachfrage einer Wirtschaft abgebildet werden. Die verschiedenen Verwendungskomponenten üben hier einen identischen Einfluss auf die Einfuhren aus. Tatsächlich aber unterscheidet sich der Importgehalt zwischen den Nachfragegrößen ganz wesentlich. Im Fall des Staatsverbrauchs ist er typischerweise besonders gering. Insofern unterschätzt die NiGEM-Simulation einer Ausweitung des öffent-

lichen Konsums den stimulierenden Einfluss auf die heimische Wirtschaft, während die internationalen Ausstrahlwirkungen überzeichnet werden.

Der Tendenz nach, wenngleich nicht dem Ausmaß nach, trifft dies auch auf die vorgestellten Szenarien höherer staatlicher Investitionen zu.⁹⁾ Passt man die NiGEM-Gleichung für die deutschen Einfuhren dem Importgehalt der einzelnen Verwendungskomponenten an, steigert die Ausweitung der öffentlichen Investitionen das reale BIP hierzulande spürbar stärker als zuvor, nämlich um 0,8% im Schnitt der ersten beiden Jahre. Der Einfluss auf die Konjunktur in den Partnerländern innerhalb der EWU fällt hingegen etwas kleiner aus. Er sinkt sogar praktisch auf null, wenn die regelgebundene Zinsreaktion zugelassen wird.

Mit Blick auf die internationalen Ausstrahlwirkungen gelangen andere Studien zu ähnlichen Ergebnissen wie die vorgestellten Simulationen. Laut in 't Veld (2013) steigert eine Expansion der öffentlichen Investitionen in Deutschland und anderen Überschussländern der EWU um 1% des jeweiligen BIP über zwei Jahre die Wirtschaftsaktivität hierzulande anfänglich um 0,9%, langfristig um 0,2%. Die kurzfristigen Outputeffekte in anderen Volkswirtschaften des Euro-Raums werden mit 0,2% bis 0,3% beziffert.¹⁰⁾ Elekdag und Muir (2014) weisen einen deutlich höheren Kapazitätseffekt in Deutschland aus, da in ihrer Rechnung ein größerer öffentlicher Kapitalstock die Grenz-

⁹ Die Angaben zum Importgehalt beruhen auf Input-Output-Tabellen, in denen nicht zwischen privaten und öffentlichen Investitionen unterschieden wird. Eine geeignete Gewichtung der Angaben für Ausrüstungs- und Bauinvestitionen legt jedoch nahe, dass der Importgehalt im Fall der öffentlichen Investitionen, die einen höheren Anteil von Bauinvestitionen haben als die gewerblichen Investitionen, deutlich größer ist als beim Staatskonsum, aber geringer als im Schnitt der Gesamtnachfrage.

¹⁰ Vgl.: J. in 't Veld (2013), Fiscal consolidations and spillovers in the Euro area periphery and core, European Commission, Directorate-General for Economic and Financial Affairs, European Economy, Economic papers Nr. 506.

produktivität anderer Produktionsfaktoren anhebt.¹¹⁾ Der (kurzfristige) Einfluss auf das reale BIP in anderen EWU-Ländern gipfelt aber auch in diesem Modellrahmen bei + 0,3%. Ebenfalls erweisen sich hier die konjunkturellen Wirkungen in den Peripherieländern im Vergleich zu anderen Volkswirtschaften des Euro-Raums als geringer, und sie werden im Fall einer geldpolitischen Reaktion merklich gedämpft. Eine aktuelle Studie der Europäischen Zentralbank zeigt höhere realwirtschaftliche Effekte eines staatlichen Investitionsschubs in Deutschland auf.¹²⁾ Allerdings ist das dort betrachtete Ausgabenprogramm wesentlich umfangreicher als hier unterstellt.¹³⁾ Darüber hinaus dürften Annahmen über die gesamtwirtschaftlichen Produktivitätswirkungen des öffentlichen Kapitalstocks eine tragende Rolle für die Ergebnisse spielen. Nichtsdestoweniger bestätigt auch diese Untersuchung, dass die Ausstrahleffekte bei Berücksichtigung einer regelgebundenen geldpolitischen Reaktion vernachlässigbar sind.¹⁴⁾

Simulationsergebnisse hängen stets von dem gewählten Modellrahmen und Annahmenkranz ab. Der in NiGEM abgebildete Handelskanal verdeutlicht, dass ein expansiver fiskalischer Impuls mittels höherer öffentlicher Ausgaben in Deutschland zwar durchaus auf andere Volkswirtschaften ausstrahlen würde, die Effekte aber gering ausfallen, insbesondere in einigen südeuropäischen Ländern. Hinzu kommt die oftmals übersehene Verquickung über eine gemeinsame Geldpolitik, wodurch die expansiven Nachfragewirkungen gedämpft werden, und zwar gerade auch in jenen Ländern, die über den Außenhandel nicht so eng mit der deutschen Wirtschaft verflochten sind. Als Mittel, der internationalen Konjunktur erheblich mehr Schwung zu verleihen, erscheint ein öffentliches Ausgabenprogramm in Deutschland somit wenig geeignet.¹⁵⁾ Die heimische Wirtschaft bedarf in ihrer aktuellen Lage keiner kurzfristigen Stimulierung; diese würde vielmehr prozyklisch wirken. Gleichwohl kann es gute Gründe für höhere Investitionsausgaben des Staates geben.

Derartige Projekte wären aber mit großer Sorgfalt zu identifizieren. Ihre Finanzierung darf aber nicht die Einhaltung der europäischen und deutschen Haushaltsregeln infrage stellen (siehe Erläuterungen auf S. 60 f.).

11 Vgl.: S. Elekdag und D. Muir (2014), Das Public Capital: How Much Would Higher German Public Investment Help Germany and the Euro Area?, Internationaler Währungsfonds, Arbeitspapier, WP/14/227. Zum empirischen Zusammenhang zwischen Produktivität und öffentlichen Infrastrukturinvestitionen siehe: J. G. Fernald (1999), Roads to Prosperity? Assessing the Link Between Public Capital and Productivity, *American Economic Review*, Vol. 89, Nr. 3, S. 619–638; sowie P.R.D. Bom und J.E. Ligthart (2013), What have we learned from three decades of research on the productivity of public capital?, *Journal of Economic Surveys*, Vol. 28, S. 889–916.

12 Vgl.: EZB, Public investment in Europe, *Economic Bulletin*, Nr. 2/2016, S. 75–88.

13 Konkret wurde eine Ausweitung der öffentlichen Investitionen um 1% des BIP für fünf Jahre unterstellt, die anschließend nur graduell zurückgefahren wird.

14 Zudem fällt die kurzfristige Zunahme des realen BIP in Deutschland bei endogener Geldpolitik erheblich geringer aus als im Referenzszenario ohne Reaktion der Geldpolitik. Der hohe Multiplikatoreffekt dürfte damit nicht zuletzt der Bedeutung der Inflationserwartungen in dem verwendeten Modell geschuldet sein, die durch eine Unterdrückung der Notenbankreaktion geschürt werden.

15 Zu beachten ist auch, dass ein temporäres Ausgabenprogramm das Wachstum des realen BIP im Inland nur anfänglich gegenüber der Basislinie steigert und bei seinem Auslaufen sogar reduziert, selbst wenn das Niveau der gesamtwirtschaftlichen Aktivität durch einen Kapazitätseffekt dauerhaft höher ausfällt.

Weltmarktpreise für Rohöl, Industrierohstoffe sowie Nahrungs- und Genussmittel

US-Dollar-Basis, 2011 = 100, Monatsdurchschnitte, log. Maßstab



Quellen: Thomson Reuters und HWWI. • Letzter Stand: Durchschnitt 1. bis 5. August bzw. 1. bis 11. August 2016 (Rohöl). Deutsche Bundesbank

die Rücknahme der immer noch recht hohen Vorausschätzung für die USA in diesem Jahr war zu erwarten gewesen.⁴⁾ Deutlich günstiger als im April stufte der Stab zuletzt die Konjunkturaussichten in Brasilien und Russland ein. Zudem hob er seine Projektion für die Expansionsrate der chinesischen Wirtschaft im Jahr 2016 geringfügig an. Insgesamt wurden die Prognosen für das globale Wachstum im laufenden und kommenden Jahr nur leicht heruntergenommen. Der Stab ging unverändert von einer graduellen Beschleunigung der Weltwirtschaft aus, nun von + 3,1% im laufenden auf + 3,4% im kommenden Jahr.

Die Erholung der Rohstoffpreise verlor im Berichtszeitraum an Schwung. Vor dem Hintergrund temporärer Produktionsausfälle in wichtigen Förderländern kletterte die Kassanotierung für ein Fass Rohöl der Sorte Brent zum Monatswechsel Mai/Juni zwar über 50 US-\$. Anschließend gab sie jedoch deutlich nach, und der sich nur allmählich zurückbildende strukturelle Angebotsüberhang wurde wieder stärker wahrgenommen. Die Futures-Notierungen verringerten sich nicht im gleichen Maße, sodass sich die Terminaufschläge merklich erhöhten. Bei Abschluss dieses Berichts wurde Brent am Kassamarkt zu 46 US-\$ gehandelt. Die Preise für Rohstoffe ohne Energie tendierten bis Juli insgesamt leicht nach oben, wengleich sich die wichtigen Kategorien uneinheitlich entwickelten.

Nachlassende Erholung der Rohstoffpreise

Nach Ausschalten üblicher saisonaler Einflüsse legten die Verbraucherpreise in den Industrieländern im Frühjahr spürbar gegenüber den Wintermonaten zu. Dazu trug die kräftige Verteuerung von Rohöl im Quartalsvergleich bei. Hinter dem Vorjahresstand blieben die Preise von Energieträgern jedoch nach wie vor beträchtlich zurück. Entsprechend gedrückt war die Teuerungsrate für den gesamten Warenkorb der Konsumenten (+ 0,6%). Die Kernrate, bei der die Preise für Energie und Nahrungsmittel nicht betrachtet werden, verharrte mit 1,5% deutlich darüber.

Weiterhin gedrückte Teuerung auf der Verbraucherstufe in Industrieländern

Ausgewählte Schwellenländer

In China stieg das reale BIP im zweiten Quartal 2016 gemäß der offiziellen Schätzung um 6,7% binnen Jahresfrist an. Damit behielt die chinesische Wirtschaft das Expansionstempo des Vorquartals bei.⁵⁾ Als wichtige konjunkturelle Stütze erwies sich weiterhin der Konsum mit einem

Wachstumstempo in China gehalten

⁴ Vgl.: Deutsche Bundesbank, Internationales und europäisches Umfeld, Monatsbericht, Mai 2016, S. 12.

⁵ In der Verlaufsbeurteilung hat sich die konjunkturelle Dynamik nach der Rechnung des chinesischen Statistischesamtes sogar verstärkt. Demnach stieg die saisonbereinigte Wirtschaftsleistung um 1,8% gegenüber dem ersten Quartal, in dem sie lediglich um 1,2% zugelegt hatte.

rechnerischen Wachstumsbeitrag von annähernd 5 Prozentpunkten im ersten Halbjahr. Die Investitionsdynamik war dagegen im bisherigen Jahresverlauf gedämpft. Zwar wurden die Bauinvestitionen merklich ausgeweitet, weil sich die Immobiliennachfrage infolge von geldpolitischen Lockerungsmaßnahmen wieder erkennbar erholte. Allerdings tendierten die Ausrüstungsinvestitionen zur Schwäche; darauf deuteten auch die rückläufigen Importe von Kapitalgütern hin. Die gesamten Warenimporte nahmen im ersten Halbjahr auf Volumenbasis gleichwohl um 3% zu. Dahinter standen vor allem zusätzliche Rohstoffeinfuhren, insbesondere von Rohöl.⁶⁾ Die Warenexporte erhöhten sich nur um 1%. Damit blieb die chinesische Industrieproduktion im Wesentlichen auf Impulse aus dem Inland angewiesen. Der Preisanstieg auf der Verbraucherstufe schwächte sich in den vergangenen Monaten etwas ab. Der Rückgang der Teuerungsrate von 2,3% im März auf 1,9% im Juni war hauptsächlich einem nachlassenden Preisauftrieb bei Nahrungsmitteln geschuldet.

Hohe Expansionsdynamik in Indien möglicherweise überzeichnet

In Indien wies das Statistikamt für das erste Quartal 2016, bis zu dem seine BIP-Schätzung derzeit reicht, einen Anstieg der Wirtschaftsleistung um 7,9% gegenüber dem Vorjahr aus. Demnach hätte sich das Expansionstempo noch einmal erhöht. Allerdings besteht schon seit längerem der Verdacht, dass die offiziellen Angaben zum BIP-Wachstum des Landes überzeichnet sind. Umfragebasierte Aktivitätsmaße deuten beispielsweise auf eine gemächlichere gesamtwirtschaftliche Gangart hin. Wohl auch vor diesem Hintergrund setzte die Zentralbank ihren geldpolitischen Lockerungskurs im Frühjahr fort, wenngleich die Teuerungsrate auf der Verbraucherstufe von 5,3% im ersten auf 5,7% im zweiten Quartal stieg. Die Zentralbank strebt zum Ende des laufenden Haushaltsjahres eine Inflationsrate von 5% an.

Rezessive Tendenzen in Brasilien nachgelassen

In Brasilien verringerte sich das reale BIP im ersten Vierteljahr 2016 gegenüber der Vorperiode saisonbereinigt nur noch um 0,3%. Für das abgelaufene Quartal legen die Indikatoren einen

Rückgang in ähnlicher Größenordnung nahe. Demnach verlor die Rezession im ersten Halbjahr 2016 erheblich an Schärfe. Auch die schwere innenpolitische Krise des Landes entspannte sich in jüngster Zeit etwas. In der Folge verbesserte sich die Stimmung unter Unternehmen und Haushalten ein Stück weit. Darin begründet sich die Hoffnung auf eine Stabilisierung der Wirtschaftslage in der zweiten Jahreshälfte. Sogar eine leichte Erholung erscheint möglich. Nicht zuletzt wegen der spürbaren Aufwertung der Landeswährung ermäßigte sich die Teuerungsrate auf der Verbraucherstufe in den vergangenen Monaten weiter auf allerdings immer noch hohe 8,8% im Juni.

In Russland verringerte sich das reale BIP im abgelaufenen Quartal nach einer ersten Schätzung des Statistikamtes um 0,6% binnen Jahresfrist, verglichen mit einem Rückgang von 1,2% im Vorquartal. Auch bei den Importen, die im vergangenen Jahr um nicht weniger als ein Viertel eingebrochen waren, ließ die Abwärtsdynamik mittlerweile nach. Insgesamt mehren sich die Anzeichen, dass die Rezession in der zweiten Jahreshälfte ausläuft. Eine kräftige Erholung ist aufgrund der strukturellen Schwächen der russischen Wirtschaft freilich nicht zu erwarten.⁷⁾ Die Teuerungsrate auf der Verbraucherstufe hielt sich in den vergangenen Monaten in der Nähe von 7%, und der Rubel konnte tendenziell an Wert gewinnen. Nicht zuletzt deshalb reduzierte die Zentralbank im Juni den Leitzins.

Kontraktion in Russland weiter abgeschwächt

USA

Der ersten offiziellen Schätzung zufolge stieg das saison- und preisbereinigte BIP in den USA im Frühjahr um 0,3% gegenüber der Vorperiode an und expandierte damit ähnlich ver-

Kräftige Ausweitung des privaten Konsums, aber schwache Investitionen

⁶ Das hohe Wachstum der Rohölimporte von 14% im ersten Halbjahr dürfte u. a. auf die Bemühungen der chinesischen Regierung zurückzuführen sein, eine strategische Ölreserve aufzubauen. Auch bei anderen Rohstoffen gibt es Hinweise auf die Aufstockung von staatlichen Vorräten.

⁷ Vgl.: Deutsche Bundesbank, Zur Wirtschaftskrise in Russland, Monatsbericht, Mai 2016, S. 14–16.

halten wie im Schnitt des Winterhalbjahres 2015/2016.⁸⁾ Das – gemessen an den meisten Prognosen – enttäuschende Ergebnis verdeckt allerdings, dass sich das Expansionstempo der privaten inländischen Endnachfrage wieder auf 0,7% erhöhte; das entspricht der Durchschnittsrate seit Beginn des Aufschwungs im Sommer 2009. Das gesamtwirtschaftliche Wachstum wurde zuletzt vor allem dadurch gebremst, dass der Lageraufbau nunmehr in einen Abbau umschlug, nachdem sich die Vorratsdynamik bereits in den Vorquartalen schrittweise verlangsamt hatte. Hinzu kam, dass die öffentliche Nachfrage erstmals seit Herbst 2014 wieder etwas zurückgenommen wurde. Die moderate Expansion der privaten inländischen Endnachfrage wiederum war weitestgehend der kräftigen Ausweitung des Konsums geschuldet und überdeckt damit eine Schwäche in den meisten Investitionskategorien. Dabei ist die Abnahme der gewerblichen Bauinvestitionen im Wesentlichen auf die Anpassungen der Ölindustrie zurückzuführen, die zur Jahresmitte ausgelaufen sein könnten. Demgegenüber war die Einschränkung der Ausgaben für Ausrüstungen breiter angelegt. Zudem gingen die Wohnungsbauinvestitionen nach einer längeren Phase stetigen Wachstums zurück. Insgesamt spricht einiges dafür, dass sich die Investitionen nach Beendigung der Korrekturen in der Ölindustrie und in der Vorratshaltung wieder festigen werden. Da aber auch die zuletzt hohe Gangart des Konsums nicht aufrechterhalten werden dürfte, ist in der zweiten Jahreshälfte wohl mit einem lediglich leicht höheren und damit insgesamt moderaten BIP-Wachstum zu rechnen.

*US-Wirtschaft
im Bereich
der Normal-
auslastung*

Die Beschäftigung stieg im Juni und Juli nach einem schwachen Mai wieder stärker, und die Erwerbslosenquote verharrte zuletzt nahe ihrem zyklischen Tiefpunkt. Gemäß dem Verbraucherpreisindex (VPI) ohne Energie und Nahrungsmittel erhöhte sich die Teuerungsrate im Juni auf 2,3%. All das spricht dafür, dass sich die US-Wirtschaft im Bereich der gesamtwirtschaftlichen Normalauslastung bewegt. Die VPI-Gesamtrate belief sich jedoch lediglich auf 1,0%. Vor diesem Hintergrund nahm die US-Noten-

bank von einer Leitzinsanhebung erneut Abstand.

Japan

Ungeachtet erheblicher Schwankungen der BIP-Quartalsraten blieb die konjunkturelle Grundtendenz in Japan wohl bis zuletzt flach. Der Rückgang des realen BIP im Herbst 2015 war in den ersten drei Monaten dieses Jahres überraschend wettgemacht worden. Zu dem günstigen BIP-Ergebnis dürfte allerdings die Vernachlässigung des Schaltjahreffekts in der Saisonbereinigung beigetragen haben. Die gesamtwirtschaftliche Erzeugung war trotzdem nur wenig höher als im Sommer 2013. Im zweiten Quartal 2016, für das bei Abschluss dieses Berichts noch keine BIP-Angaben vorlagen, fehlte es der Wirtschaft gängigen Indikatoren zufolge erneut an Schwung. So stagnierte die Industrieproduktion, die oft einen engen Gleichlauf zur gesamtwirtschaftlichen Erzeugung aufweist. Auf der Nachfrageseite zeichnete sich eine neuerliche Flaute des privaten Konsums ab. Dazu passt ein deutlicher Rückgang der Warenimporte, dem aber eine erhebliche Steigerung der Ausfuhren gegenüberstand. Der Arbeitsmarkt zeigte sich nach wie vor robust; die Erwerbslosenquote fiel im Juni auf den tiefsten Stand seit fast 21 Jahren (3,1%). Die Teuerungsrate für den Warenkorb der Konsumenten ohne Energieträger und Nahrungsmittel schwächte sich im gleichen Monat auf 0,4% ab. Die japanische Notenbank reagierte Ende Juli auf diese Entwicklungen mit einer nochmaligen Lockerung ihrer Geldpolitik. Zuvor hatte die Regierung bereits angekündigt, die für das nächste Jahr geplante Anhebung der Mehrwertsteuer auszusetzen und die Staatsausgaben über einen Nachtragshaushalt beträchtlich auszuweiten.

*Wirtschaft tritt
auf der Stelle*

⁸ Im Rahmen der üblichen Jahresrevision wurden die Zuwachsraten für das Schlussquartal 2015 und das erste Jahresviertel 2016 geringfügig herabgesetzt. Dagegen nahm das reale BIP im Jahresdurchschnitt 2013 und 2015 etwas kräftiger zu als zuvor ausgewiesen.

Vereinigtes Königreich

Konjunktur bis zur Jahresmitte robust

Im Vereinigten Königreich legte das reale BIP laut einer vorläufigen Schätzung nach Ausschaltung der üblichen saisonalen Einflüsse im Frühjahr um 0,6% gegenüber dem ersten Quartal zu. Die britische Wirtschaft konnte damit das Expansionstempo aus der Vorperiode etwas steigern, vor allem weil die Erzeugung im Verarbeitenden Gewerbe kräftig zunahm. Die reale Wertschöpfung des besonders bedeutsamen Dienstleistungssektors expandierte weiterhin spürbar, während die Bauproduktion erneut sank. Die anhaltend robuste gesamtwirtschaftliche Aufwärtsbewegung im Frühjahr steht im Widerspruch zu den Einschätzungen jener Beobachter, die bereits spürbare dämpfende Effekte der im Umfeld des EU-Referendums gestiegenen Unsicherheit zu sehen meinten. Dabei wurde oftmals auf die Einschränkung der gewerblichen Bruttoanlageinvestitionen im Verlauf des Winterhalbjahres 2015/2016 verwiesen.⁹⁾ Diese Abnahme war jedoch zur Hälfte allein dem Bergbausektor geschuldet, der auch die Ölförderung umfasst und dessen Investitionszurückhaltung wohl durch die gedrückten Rohölpreise bedingt war. Im Einklang mit der günstigen Konjunktur fiel die Erwerbslosenquote im Dreimonatsabschnitt von März bis Mai auf einen neuen zyklischen Tiefstand (4,9%). Jedoch blieb der Preisauftrieb, gemessen am Vorjahresabstand des Harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI) ohne Energie und unverarbeitete Nahrungsmittel, auch im Juni verhalten (+ 1,1%).

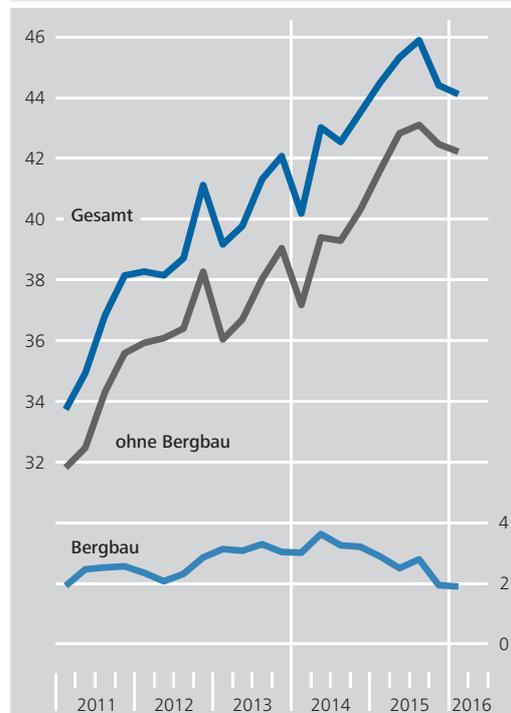
Neue EU-Mitgliedsländer

Erholung im Frühjahr wieder an Schwung gewonnen

Das Wirtschaftswachstum in den neuen EU-Mitgliedstaaten (EU-6)¹⁰⁾ verstärkte sich im zweiten Vierteljahr wieder. So erhöhte sich das reale BIP im Vorquartalsvergleich in den vier Staaten, die erste Ergebnisse veröffentlicht haben, saisonbereinigt teilweise kräftig. Für die Schwäche im ersten Vierteljahr waren deutlich rückläufige Investitionen ausschlaggebend gewesen. Dabei dürfte eine Rolle gespielt haben, dass EU-Mittel

Gewerbliche Bruttoanlageinvestitionen im Vereinigten Königreich

Mrd Pfund Sterling, vierteljährlich, saisonbereinigt



Quelle: Office for National Statistics.
 Deutsche Bundesbank

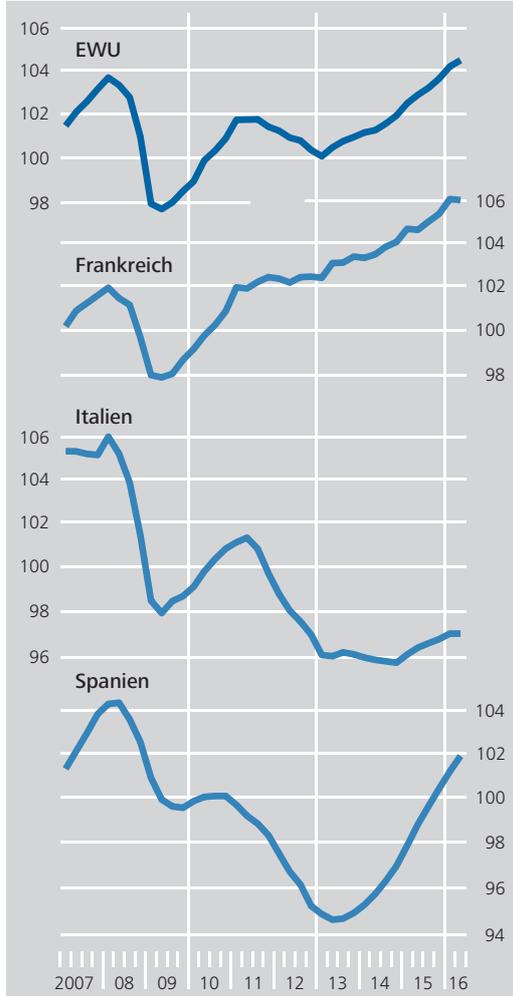
zur Finanzierung von Infrastrukturprojekten aus dem Finanzrahmen 2007 bis 2013 nur bis Ende 2015 abgerufen werden konnten. Positive konjunkturelle Impulse gingen im abgelaufenen Quartal wohl erneut vom privaten Konsum aus, der weiterhin von der verbesserten Beschäftigungs- und Lohnentwicklung profitierte. Zudem wurde die Kaufkraft der privaten Haushalte durch niedrigere Verbraucherpreise gestärkt. Im gesamten Länderkreis sanken diese im zweiten Vierteljahr um 0,8% im Vorjahresvergleich. Auch ohne Energie und unverarbeitete Nahrungsmittel gerechnet erhöhte sich der HVPI lediglich um 0,2%.

⁹ Angaben zur Verwendungsseite im zweiten Quartal 2016 waren bei Redaktionsschluss noch nicht verfügbar, da sie regelmäßig erst mit der zweiten BIP-Schätzung veröffentlicht werden.

¹⁰ Der Länderkreis umfasst die seit dem Jahr 2004 der EU beigetretenen Staaten, sofern sie noch nicht zur EWU gehören, d. h. Polen, Tschechien, Ungarn, Bulgarien, Rumänien und Kroatien.

Gesamtwirtschaftliche Produktion im Euro-Raum

reales BIP, 2010 = 100, saisonbereinigt, vierteljährlich, log. Maßstab



Quelle: Eurostat.
 Deutsche Bundesbank

Gesamtwirtschaftliche Tendenzen in der EWU

Moderater Aufschwung setzt sich fort

Im Euro-Raum setzte sich die moderate konjunkturelle Aufwärtsbewegung im Frühjahr fort. Der Schnellschätzung von Eurostat zufolge erhöhte sich das reale BIP im zweiten Vierteljahr 2016 saisonbereinigt um 0,3% gegenüber dem Vorquartal und um 1,6% im Vorjahresvergleich.¹¹⁾ Damit verlangsamte sich das gesamtwirtschaftliche Expansionstempo gegenüber dem Winterquartal zwar spürbar. Das bemerkenswert starke Wachstum zum Jahresauftakt war jedoch durch Sonderfaktoren begünstigt worden. Insgesamt

zeigte sich die wirtschaftliche Erholung im ersten Halbjahr 2016 recht robust, und die Arbeitslosigkeit ging weiter zurück.

Im zweiten Vierteljahr dürften die binnenwirtschaftlichen Wachstumskräfte allerdings an Schwung verloren haben. Die anhaltende Erholung des Arbeitsmarktes sollte zwar die Kaufkraft der privaten Haushalte weiter gestärkt haben. Dennoch stieg der private Verbrauch vermutlich nicht so kräftig wie im Quartal zuvor. Die Einzelhandelsumsätze nahmen saison- und preisbereinigt nur wenig zu, und die Kfz-Erstzulassungen gingen sogar leicht zurück.

Binnenwirtschaft im Frühjahr mit weniger Schwung

Die Investitionskonjunktur im Euro-Raum hat im Frühjahr vermutlich einen Dämpfer erhalten. Die Bauinvestitionen, die im ersten Vierteljahr aufgrund des außergewöhnlich milden Winterwetters weniger als in anderen Jahren beeinträchtigt worden waren, dürften im zweiten Vierteljahr saisonbereinigt erheblich gesunken sein. Dies legt der deutliche Rückgang der Bauproduktion in den Monaten April/Mai gegenüber dem Vorquartal nahe. Auch bei den Ausrüstungsinvestitionen wurde das Niveau des ersten Vierteljahres möglicherweise nicht ganz gehalten. Jedenfalls fielen die Inlandsumsätze der Investitionsgüterproduzenten im Frühjahr saison- und preisbereinigt etwas geringer aus als im Winter. Zwar konnte der Absatz in andere EWU-Länder spürbar gesteigert werden. Dieser ist vom Umfang her aber weniger bedeutend als die heimischen Umsätze. Die Ertragslage der Unternehmen erholte sich in den letzten Quartalen nicht weiter. Gleichwohl sprechen das anhaltend günstige Finanzierungsumfeld, die überdurchschnittliche Kapazitätsauslastung im Verarbeitenden Gewerbe und nicht zuletzt fiskalische Investitionsanreize in einzelnen Mitgliedstaaten für eine Fortsetzung der im Grunde moderat aufwärtsgerichteten Investitionskonjunktur.

Rückschlag für Investitionskonjunktur

¹¹ Hierbei ist zu berücksichtigen, dass bei der Berechnung des Vorjahresabstandes für die vier Vorquartale der Datenstand vom 7. Juni 2016 verwendet wurde. Die neuen BIP-Zahlen für Irland sind also bspw. noch nicht enthalten, vgl. Fußnote 12 auf S. 24.

Auslandsnachfrage mit positiven Impulsen

Trotz des nach wie vor verhaltenen Wachstums der Weltwirtschaft dürften im zweiten Quartal von der Auslandsnachfrage positive Impulse ausgegangen sein. Zwar verringerten sich die Warenexporte gemäß den Eurostat-Angaben im Durchschnitt der Monate April/Mai saison- und preisbereinigt gegenüber dem Winterquartal. Informationen aus wichtigen Mitgliedstaaten, die auch den Juni umfassen, zeichnen aber ein günstigeres Bild. Ebenfalls scheint die Tourismussaison Meldungen einzelner Länder zufolge gut zu laufen. Dies sollte die Dienstleistungsexporte kräftig belebt haben. Es wurden allerdings deutlich weniger Waren eingeführt. Hier war der Rückgang im Handel mit Drittländern wesentlich stärker als unter den EWU-Ländern.

Dämpfer für die Industriekonjunktur

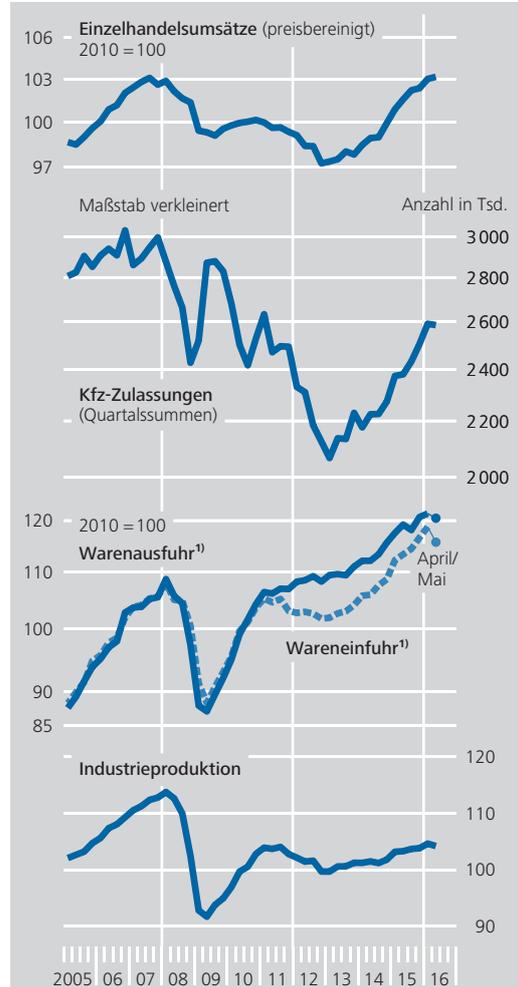
Die Industrie konnte im Frühjahr nicht an die gute Entwicklung der Wintermonate anknüpfen. Ihre Produktion verringerte sich im zweiten Vierteljahr saisonbereinigt um 0,4% gegenüber dem Stand des Vorquartals. Der Rückgang betraf alle Komponenten. So wurden deutlich weniger Investitions- und Vorleistungsgüter hergestellt. Auch die Herstellung von Konsumgütern und die Energieerzeugung nahmen nicht weiter zu.

Konjunkturelle Entwicklung in der EWU wieder etwas heterogener

Die wirtschaftliche Entwicklung stellte sich im zweiten Vierteljahr im Euro-Raum regional wieder etwas heterogener dar. In Frankreich stagnierte die Wirtschaftsleistung, nachdem sie im Quartal zuvor noch kräftig zugelegt hatte. Zu dem konjunkturellen Dämpfer trugen die wiederholten Streiks in den Frühlingsmonaten bei. Wachstumsimpulse kamen im zweiten Quartal lediglich vom öffentlichen Verbrauch, wohl auch aufgrund des erhöhten Sicherheitsaufwands im Vorfeld der Fußball Europameisterschaft im Juni. Die privaten Konsumausgaben stagnierten hingegen, und die Investitionen und Ausfuhren gingen sogar zurück. Auch in Italien konnte die gesamtwirtschaftliche Produktion nicht gesteigert werden. Die schon bislang sehr verhaltene Erholung legte damit im zweiten Quartal eine Pause ein. Vom Arbeitsmarkt kamen gemischte Signale. Die Einstellungs-

Konjunkturindikatoren für die EWU

saisonbereinigt, Quartalsdurchschnitte, log. Maßstab



Quellen: Eurostat, EZB und eigene Berechnungen. 1 Nominale Export- und Importdaten gemäß Außenhandelsstatistik (Intra- und Extrahandel). Preisbereinigt mit Produzentenpreisindex (Exporte) bzw. Importpreisindex.
 Deutsche Bundesbank

bereitschaft der Unternehmen wurde weiterhin von der in diesem Jahr geltenden Verringerung der Sozialversicherungsbeiträge für neue unbefristete Arbeitsverträge gefördert. Die Beschäftigung nahm jedenfalls im zweiten Quartal Umfragen zufolge merklich zu. Dies sollte den privaten Konsum gestützt haben. Die Arbeitslosigkeit sank aber nur sehr langsam. Spanien expandierte unter den großen Mitgliedstaaten mit einer BIP-Quartalsrate von 0,7% erneut am stärksten. Die dynamische konjunkturelle Erholung zeigt sich nach wie vor wenig beeindruckt von den anhaltenden Schwierigkeiten bei der Regierungsbildung. Dabei dürfte das gut laufende Tourismusgeschäft geholfen haben, wel-

Verbraucherpreise im Euro-Raum

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

Position	2015		2016	
	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.
HVPI insgesamt	0,1	0,2	0,0	- 0,1
darunter:				
Energie	- 7,2	- 7,2	- 7,4	- 7,7
Nahrungsmittel	1,2	1,4	0,8	0,9
HVPI ohne Energie und Nahrungsmittel	0,9	1,0	1,0	0,8
darunter:				
Industriegüter ohne Energie	0,4	0,5	0,6	0,5
Dienstleistungen	1,2	1,2	1,1	1,0

Deutsche Bundesbank

ches von den Problemen einiger anderer Mittelmeerländer profitiert. In den übrigen Ländern des Euro-Raums stellte sich die wirtschaftliche Entwicklung überwiegend positiv dar.¹²⁾ Die Niederlande und Belgien, aber auch die Slowakei und Zypern konnten ihren jeweiligen Aufwärtstrend fortsetzen und das reale BIP teilweise deutlich steigern. In Finnland, Portugal, den baltischen Staaten und auch in Griechenland nahm die Wirtschaftsleistung spürbar zu. Lediglich in Österreich stagnierte das BIP im zweiten Quartal.

Langsame, aber stetige Erholung am Arbeitsmarkt

Der Arbeitsmarkt im Euro-Gebiet erholt sich langsam, aber stetig. Die standardisierte saisonbereinigte Arbeitslosenquote verringerte sich im Frühjahr im Vorjahresvergleich um 0,9 Prozentpunkte auf 10,1%. Der Rückgang war regional recht breit angelegt. Lediglich in Italien und Belgien stockte der Abbau der Arbeitslosigkeit in den vergangenen Quartalen, in Österreich und Estland stieg sie sogar an. Die Zahl der Beschäftigten erhöhte sich im ersten Vierteljahr 2016 im Vergleich zum Vorjahr um 1,4%. Besonders stark fiel die Zunahme im Bereich der marktnahen Dienstleistungen aus. Auch das Verarbeitende Gewerbe stellte vermehrt ein. Der Anstieg der Löhne blieb angesichts der immer noch hohen Arbeitslosigkeit verhalten. Er verstärkte sich im Winter nur leicht auf 1,8% im Vorjahresvergleich.

Die Verbraucherpreise im Euro-Raum zogen im zweiten Quartal 2016 im Vergleich zur Vorperiode saisonbereinigt recht kräftig um 0,4% an, nachdem sie in den beiden Quartalen zuvor gesunken waren. Dahinter standen vor allem höhere Rohölnotierungen und ungünstige Witterungsverhältnisse, die dafür sorgten, dass sich der zuvor negative Einfluss von Energie und Nahrungsmitteln auf die Quartalsrate des HVPI wieder ins Positive kehrte. Ansonsten war der Preisauftrieb verhalten. Dienstleistungen verteuerten sich weiterhin moderat. Der Teilindex für Industriegüter ohne Energie blieb dagegen unverändert. Trotz der aufwärtsgerichteten Dynamik der volatilen Komponenten am aktuellen Rand verringerte sich die Vorjahresrate des HVPI aufgrund von Basiseffekten geringfügig auf - 0,1%. Die Rate ohne Energie und Nahrungsmittel ging auf + 0,8% zurück. Dazu dürfte beigetragen haben, dass Ostern im laufenden Jahr in den März und damit bereits in das erste Quartal fiel, was insbesondere die Vorjahresrate bei den Dienstleistungen gedämpft haben dürfte.

Recht kräftiger Anstieg der Verbraucherpreise vor allem wegen Energie und Nahrungsmitteln

Die flache Preistendenz bei Industriegütern ohne Energie im zweiten Quartal im Euro-Raum insgesamt verdeckt gewisse Unterschiede zwischen den einzelnen Ländern. Zwar verringerten sich die Preise für Industriegüter gegenüber dem Frühjahr 2015 – wohl aufgrund einer schwachen Nachfrage – immer noch in sieben Ländern (darunter Irland, Griechenland, Portugal und Frankreich). Sieben Länder verzeichneten allerdings Preissteigerungsraten zwischen 0% und 1% (darunter Spanien, Italien und die Niederlande). In den übrigen Ländern (darunter Belgien und Deutschland) verteuerten sich Industriegüter sogar um 1% oder mehr. Im Vergleich zu Deutschland war im Durchschnitt der

Preise für Industriegüter im Euro-Raum ohne Deutschland zuletzt leicht gesunken, in Deutschland dagegen höher

¹² Für Irland liegen noch keine Angaben für das zweite Quartal vor. Im ersten Vierteljahr war das reale BIP den offiziellen Angaben zufolge um 2,1% geschrumpft, nach einem Anstieg von 26,3% im Jahresdurchschnitt 2015. Ursprünglich war für das vergangene Jahr ein Zuwachs von +7,8% gemeldet worden. Diese schwer zu interpretierenden BIP-Raten dürften auf Umstrukturierungen multinationaler Unternehmen zurückzuführen sein. Vgl.: Central Bank of Ireland, Recent revision to the national income and expenditure accounts, Quarterly Bulletin, Nr. 3/2016, S. 11.

anderen Mitgliedsländer des Euro-Raums die Vorjahresrate der Industriegüterpreise seit Anfang 2014 durchgängig um mindestens 0,5 Prozentpunkte niedriger.

*HVPI insgesamt
im Juli leicht
höher*

Im Juli 2016 stiegen die Verbraucherpreise im Euro-Raum gemäß der Schnellschätzung von Eurostat gegenüber dem Vormonat leicht an. Dabei wurde der recht deutliche Rückgang der Energiepreise von einem kräftigen Anstieg der Preise für unverarbeitete Nahrungsmittel fast vollständig ausgeglichen. Dienstleistungen verteuerten sich moderat. Die Preise für die anderen Warengruppen veränderten sich kaum. Der Vorjahresabstand des HVPI insgesamt erhöhte sich im Vergleich zum Vormonat geringfügig auf 0,2% und ohne Energie leicht auf 1,0%.

In den kommenden Monaten sollte sich die moderate konjunkturelle Aufwärtsbewegung im Euro-Raum fortsetzen. Der private Konsum wird zwar vermutlich nicht an das durch kräftige Energiepreissenkungen geförderte Expansionstempo des Vorjahres anschließen können. Gleichwohl wird die Binnennachfrage im Euro-Raum weiter durch die andauernde Besserung am Arbeitsmarkt und die im Grunde aufwärtsgerichtete Investitionskonjunktur gestützt. Von der nur verhalten expandierenden Weltwirtschaft sind keine größeren Impulse zu erwarten. Die kürzerfristigen konjunkturellen Auswirkungen des Referendums im Vereinigten Königreich dürften sich für den Euro-Raum aber in sehr engen Grenzen halten. Dies legt zumindest die Entwicklung der Vertrauensindikatoren für die EWU im Juli nahe.

*Anhaltende
Aufwärts-
bewegung
im Euro-Raum
erwartet*

Leitzinsen
 bleiben
 unverändert

Geldpolitik und Bankgeschäft

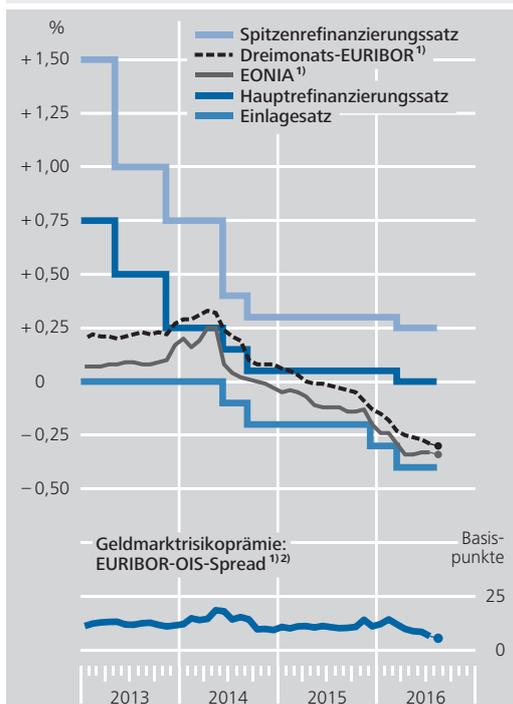
Geldpolitik und Geldmarktentwicklung

Auf der Grundlage seiner regelmäßigen wirtschaftlichen und monetären Analyse beließ der EZB-Rat die Leitzinsen im Berichtszeitraum unverändert. Der Hauptrefinanzierungssatz liegt damit weiterhin bei 0%, die Zinssätze für die Spitzenrefinanzierungs- und die Einlagefazilität liegen bei 0,25% und –0,40%. Der EZB-Rat geht weiterhin davon aus, dass die Leitzinsen der EZB für längere Zeit und weit über den Zeithorizont seines Nettoerwerbs von Vermögenswerten hinaus auf dem aktuellen oder einem niedrigeren Niveau bleiben werden. Das Eurosystem setzte außerdem seine Ankäufe im Rahmen des erweiterten Programms zum Ankauf von Vermögenswerten (expanded Asset Purchase Programme: APP) wie geplant fort. Die Ankäufe sollen bis Ende März 2017 oder erforderlichenfalls darüber hinaus und in jedem Fall so lange fortgeführt werden, bis der EZB-Rat eine nachhaltige Korrektur der Inflationsentwicklung erkennt, die mit seinem Ziel in Einklang steht, mittelfristig Inflationsraten von unter, aber nahe 2% zu erreichen.

Im Rahmen der von Experten des Eurosystems im Berichtsquartal durchgeführten Projektionen wurde die Prognose für die Teuerungsrate des Harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI) im Jahresdurchschnitt 2016 im Vergleich zu März leicht auf 0,2% nach oben revidiert. Für 2017 wurde ein deutlicher Anstieg der Gesamtteuerungsrate auf 1,3% prognostiziert, der durch aufwärtsgerichtete Basiseffekte bei der Energiekomponente getrieben wird. Im Jahr 2018 sollte die abklingende wirtschaftliche Unterauslastung die Inflation etwas weiter – im Basisszenario auf 1,6% – ansteigen lassen. Die Projektionen des Eurosystems liegen damit weitgehend im Einklang mit den Ergebnissen des aktuellen Survey of Professional Forecasters (SPF) der EZB. Über den Horizont der Projektionen hinaus rechnen die im Rahmen des SPF befragten Experten mit einem weiteren Anstieg der Inflationsrate auf 1,8% im Jahresdurchschnitt 2021.

Prognose für Teuerungsrate des HVPI für 2016 zuletzt leicht nach oben revidiert

Geldmarktzinsen im Euro-Raum



Quellen: EZB und Bloomberg. 1 Monatsdurchschnitte, 2 Dreimonats-EURIBOR abzüglich Dreimonats-EONIA-Swapsatz. ● = Durchschnitt 1. bis 11. August 2016.

Deutsche Bundesbank

Auf der geldpolitischen Sitzung im Juli 2016 diskutierte der EZB-Rat die Folgen des Referendums im Vereinigten Königreich über die Mitgliedschaft in der Europäischen Union für den Euro-Raum. Er kam zu dem Schluss, dass das Basisszenario einer anhaltenden wirtschaftlichen Erholung und anziehender Inflationsraten im Euro-Raum weiterhin intakt sei. Aufgrund der erhöhten Unsicherheit, die unter anderem aus dem Ergebnis des Referendums resultiert, kündigte der EZB-Rat jedoch an, die Aussichten für die Preisstabilität genau zu beobachten und die wahrscheinlichste Inflationsentwicklung sowie die Risiken in den kommenden Monaten auf Basis der dann verfügbaren Informationen neu zu beurteilen.

EZB-Rat sieht weiterhin intaktes Basisszenario einer Konjunkturerholung und eines Anstiegs der Inflationsrate

Geldmarktsteuerung und Liquiditätsbedarf

In den zwei Reserveperioden vom 27. April 2016 bis zum 26. Juli 2016 erhöhte sich der Liquiditätsbedarf aus autonomen Faktoren im Euro-Raum deutlich (siehe unten stehende Tabelle). Er nahm gegenüber dem Durchschnitt der Reserveperiode März/April 2016, das heißt der letzten Periode vor dem Betrachtungszeitraum, um 78,8 Mrd € auf durchschnittlich 765,9 Mrd € in der Periode Juni/Juli 2016 zu und bewegte sich dabei in einem breiten Intervall von 635,4 Mrd € bis 829,0 Mrd €. Einen deutlichen Beitrag zum Anstieg des durchschnittlichen Liquiditätsbedarfs leisteten die Einlagen öffentlicher Haushalte, die sich per saldo um 28,1 Mrd € erhöhten. Eine noch stärkere Wirkung hatten allerdings in der Summe die Netto-Währungsreserven und Sonstigen Faktoren, die beide wegen liquiditätsneutraler Bewertungseffekte gemeinsam betrachtet werden. Sie verringerten sich um insgesamt 32,9 Mrd €, was entsprechend liquiditätsabsorbierend wirkte. Den gleichen Effekt hatte schließlich auch der Anstieg des Bank-

notenumlaufs, der sich im Betrachtungszeitraum im Durchschnittsvergleich um 17,8 Mrd € erhöhte. Das Mindestreservesoll nahm in den beiden Reserveperioden um insgesamt 1,5 Mrd € auf 115,8 Mrd € in der Periode Juni/Juli 2016 zu und verstärkte zusätzlich den rechnerischen Bedarf.

Das ausstehende Tendervolumen belief sich in der Periode Juni/Juli 2016 insgesamt auf durchschnittlich rund 519 Mrd € und war damit nahezu unverändert gegenüber dem Durchschnitt der Periode März/April 2016. Im Betrachtungszeitraum erfolgte die Zuteilung des ersten von vier gezielten längerfristigen Refinanzierungsgeschäften der neuen Serie (GLRG II), die vorzeitigen freiwilligen Rückzahlungen der sieben bisherigen Geschäfte der ersten Serie (GLRG I) sowie die Durchführung des achten und gleichzeitig letzten GLRG I. All diese Operationen valutierten am 29. Juni 2016. Beim ersten GLRG II, dessen Zuteilungssatz bankindividuell – abhängig von der Nettokreditver-

Liquiditätsbestimmende Faktoren ¹⁾

Mrd €; Veränderungen der Tagesdurchschnitte der Reserveerfüllungsperioden zur Vorperiode

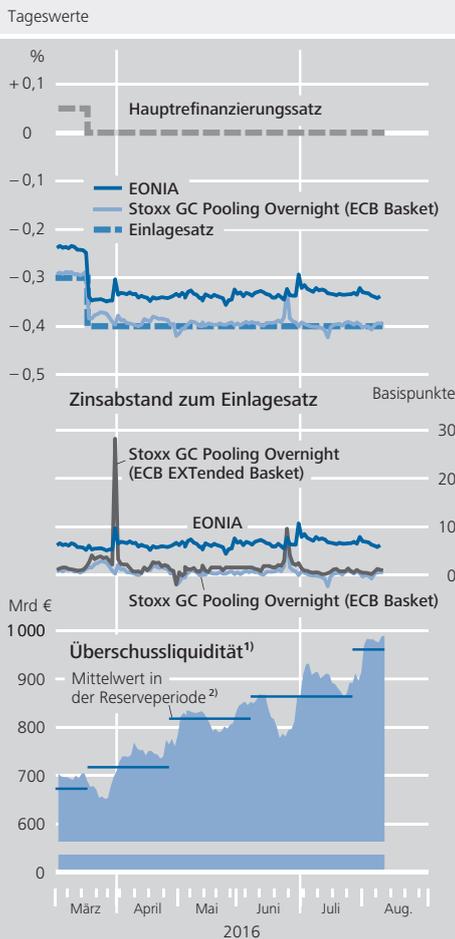
Position	2016	
	27. April bis 7. Juni	8. Juni bis 26. Juli
I. Bereitstellung (+) bzw. Absorption (-) von Zentralbankguthaben durch Veränderungen der autonomen Faktoren		
1. Banknotenumlauf (Zunahme: -)	- 7,3	- 10,5
2. Einlagen öffentl. Haushalte beim Eurosystem (Zunahme: -)	+ 23,5	- 51,6
3. Netto-Währungsreserven ¹⁾	+ 13,0	+ 25,8
4. Sonstige Faktoren ¹⁾	- 25,1	- 46,6
Insgesamt	+ 4,1	- 82,9
II. Geldpolitische Geschäfte des Eurosystems		
1. Offenmarktgeschäfte		
a) Hauptrefinanzierungsgeschäfte	- 4,2	- 6,3
b) Längerfristige Refinanzierungsgeschäfte	- 4,5	+ 15,3
c) Sonstige Geschäfte	+ 105,2	+ 121,8
2. Ständige Fazilitäten		
a) Spitzenrefinanzierungsfazilität	+ 0,0	- 0,1
b) Einlagefazilität (Zunahme: -)	- 47,0	- 14,1
Insgesamt	+ 49,5	+ 116,6
III. Veränderung der Guthaben der Kreditinstitute (I. + II.)	+ 53,8	+ 33,7
IV. Veränderung des Mindestreservesolls (Zunahme: -)	- 0,7	- 0,8

* Zur längerfristigen Entwicklung und zum Beitrag der Deutschen Bundesbank vgl. S. 14*/15* im Statistischen Teil dieses Berichts.

¹ Einschl. liquiditätsneutraler Bewertungsanpassungen zum Quartalsende.

Deutsche Bundesbank

Notenbankzinsen, Geldmarktsätze und Überschussliquidität



Quellen: EZB, Eurex Repo und eigene Berechnungen. 1 Zentralbankguthaben minus Mindestreservesoll plus Einlagefazilität. 2 Die letzte dargestellte Periode ist noch nicht beendet.
 Deutsche Bundesbank

Ankaufprogramme des Eurosystems

Position	Veränderung in den beiden Reserveperioden	Bilanzieller Bestand am 5. August 2016
Aktive Programme		
CSPP	+ 12,4	15,0
PSPP	+ 219,8	957,3
ABSPP	+ 1,2	20,4
CBPP3	+ 14,9	187,4
Beendete Programme		
CBPP2	- 1,0	7,5
SMP	- 4,9	108,4
CBPP1	- 1,6	16,4

Deutsche Bundesbank

gabe – in der Spanne von Hauptrefinanzierungssatz (0,00%) bis Einlagesatz (-0,40%) liegen kann, wurden 399,3 Mrd € nach-

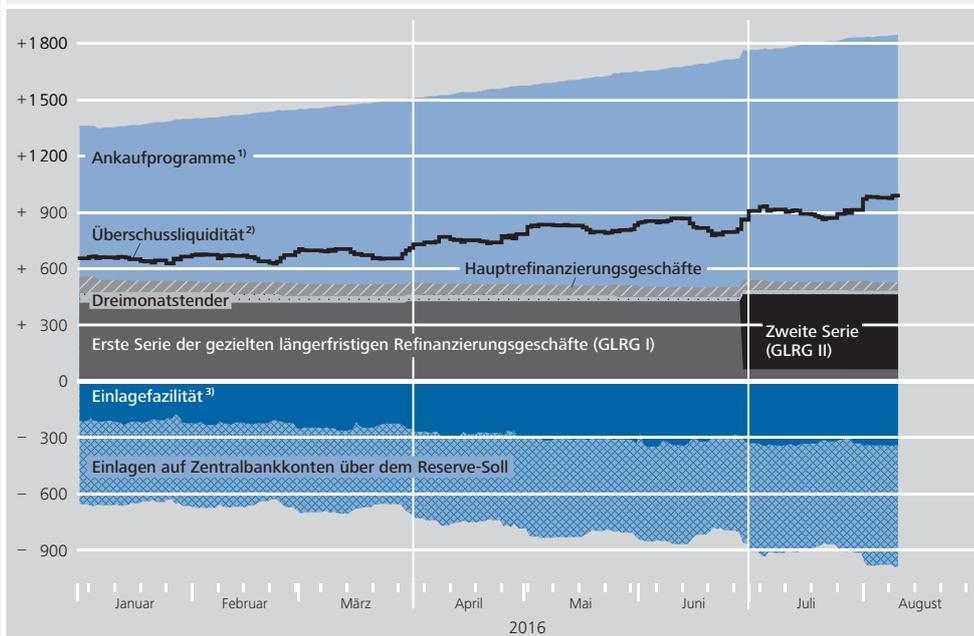
gefragt (siehe Schaubild auf S. 29), was eher am unteren Ende der Markterwartungen lag. Allerdings waren auch die freiwilligen Rückzahlungen der GLRGI in Höhe von insgesamt 367,9 Mrd € geringer als angenommen; sie entsprachen einem Anteil von 86,5% der zuvor ausstehenden Gesamtsumme von 425 Mrd €. Zusammen mit der Nachfrage in Höhe von 6,7 Mrd € beim letzten GLRGI steht noch ein Volumen von 64 Mrd € bei diesen Geschäften aus. Insgesamt resultierte am Valutierungstag aus den beiden Zuteilungen und den Rückzahlungen der GLRGI eine Netto-Liquiditätszufuhr von 38,2 Mrd €. Die Volumina der regulären Refinanzierungsgeschäfte waren weiter rückläufig (siehe Schaubild auf S. 30). So reduzierte sich die Nachfrage beim Haupttender auf durchschnittlich 47,6 Mrd € in der Reserveperiode Juni/Juli 2016 gegenüber 58,1 Mrd € in der Periode März/April 2016; die Refinanzierung über die Dreimonatstender nahm im entsprechenden Vergleich um 13,4 Mrd € auf durchschnittlich 24,5 Mrd € ab.

Der größte Teil der Liquidität wurde allerdings weiterhin über die Ankaufprogramme des Eurosystems bereitgestellt; sie wiesen in der Periode Juni/Juli 2016 einen durchschnittlichen bilanziellen Wertpapierbestand von 1227 Mrd € auf, wovon 1091 Mrd € auf das erweiterte Programm zum Ankauf von Vermögenswerten (expanded Asset Purchase Programme: APP) entfielen (siehe nebenstehende Tabelle). Zusätzlicher Bestandteil des APP ist inzwischen das Programm zum Ankauf von Wertpapieren des Unternehmenssektors (Corporate Sector Purchase Programme: CSPP); die entsprechenden Ankäufe begannen am 8. Juni 2016.

Im Ergebnis nahm die Überschussliquidität weiter zu und stieg gegenüber dem Periodendurchschnitt der Reserveperiode März/April 2016 um 147 Mrd € auf durchschnittlich 865 Mrd € in der Periode Juni/Juli 2016 an. Wie bereits in den Vorperioden zeigte sich die Überschussliquidität auch im Be-

Liquiditätsbereitstellung und Liquiditätsverwendung

Mrd €, Tageswerte



Quelle: EZB und eigene Berechnungen. **1** Programm für die Wertpapiermärkte (SMP), Programme zum Ankauf gedeckter Schuldverschreibungen (CBPP1, CBPP2, CBPP3), von Asset Backed Securities (ABSPP), von Wertpapieren des öffentlichen Sektors (PSPP) und von Wertpapieren des Unternehmenssektors (CSPP). **2** Zentralbankguthaben minus Mindestreservesoll plus Einlagefazilität. **3** Die Spitzenrefinanzierungsfazilität wurde wegen zu geringen Volumens in der Grafik nicht dargestellt.

Deutsche Bundesbank

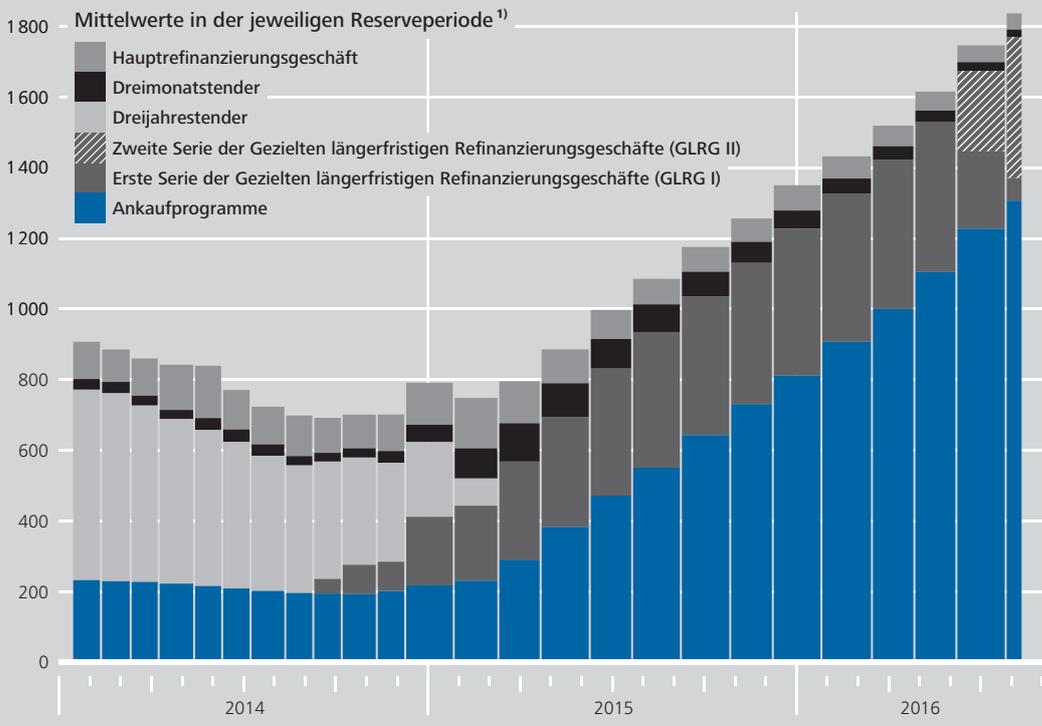
trachtungszeitraum teilweise recht volatil, was sich vor allem aus den Schwankungen der autonomen Faktoren – und hier besonders der Einlagen öffentlicher Haushalte beim Eurosystem – ergab.

Die äußerst komfortable Liquiditätsausstattung führte auch in den beiden betrachteten Reserveperioden dazu, dass sich die Tagesgeldsätze am Satz der Einlagefazilität orientierten (siehe Schaubild auf S. 28). EONIA lag weiterhin einige Basispunkte oberhalb des Einlagesatzes und wurde in der Reserveperiode Juni/Juli 2016 im Durchschnitt bei $-0,33\%$ festgestellt (Vorperiode: $-0,34\%$). Dagegen waren für GC Pooling Overnight (ECB Basket) – als einen Referenzzinssatz für besichertes Tagesgeld – die Periodendurchschnitte April/Juni 2016 (gerundet $-0,40\%$) und Juni/Juli 2016 ($-0,39\%$) nur noch geringfügig höher als der Einlagesatz, an einigen Tagen lag der Zinssatz sogar darunter (bis $-0,42\%$). Hier wurden als Ursachen unter anderem die Fokussierung auf die als Sicherheit unterlegten

Wertpapiere und bankinterne Vorgaben genannt. Ähnlich verhielt sich auch besichertes Tagesgeld im ECB EXTended Basket (enthält einen breiteren Sicherheitenkreis), dessen Verzinsung in den beiden betrachteten Perioden im Durchschnitt jeweils rund 1 Basispunkt über dem Satz des ECB Baskets lag. Bei den drei Monatsultimos im Betrachtungszeitraum stellten sich die Tagesgeldsätze nicht einheitlich dar: Während EONIA sich erhöhte, sanken die Sätze in den beiden GC Pooling Baskets an diesen Tagen meist. Spürbare Anstiege zeigten sich hingegen am 24. Juni 2016, dem Tag nach dem britischen Referendum zum EU-Austritt. Allerdings waren diese festeren Sätze (bis $+7$ Basispunkte zum Vortag im ECB EXTended Basket) nur vorübergehend. Die zugrunde liegenden Tagesgeldumsätze in den beiden Baskets und bei EONIA blieben im Betrachtungszeitraum auf niedrigem Niveau. Ihre Durchschnitte über die beiden betrachteten Reserveperioden betragen 11,0 Mrd € (EONIA), 3,9 Mrd € (ECB Basket) und 5,2 Mrd € (ECB EXTended Basket).

Ausstehende Liquidität nach Offenmarktoperationen in der EWU

Mrd €



Quelle: EZB und eigene Berechnungen. ¹⁾ Die Breite der Säulen entspricht der Länge der Reserveperioden. Die letzte dargestellte Periode ist noch nicht beendet.

Deutsche Bundesbank

514 Banken
 leihen sich
 399,3 Mrd €
 im ersten GLRG II

Am 29. Juni 2016 wurde das achte und damit letzte der im Juni 2014 beschlossenen gezielten längerfristigen Refinanzierungsgeschäfte (GLRG I) abgewickelt. Dabei nahmen 25 Institute ein Gesamtvolumen von 6,7 Mrd € auf. Zeitgleich wurde das erste von insgesamt vier neuen gezielten längerfristigen Refinanzierungsgeschäften (GLRG II) abgewickelt, in dessen Rahmen 514 Institute insgesamt 399,3 Mrd € aufnahmen. Zudem gab es für die Banken zu diesem Termin die Möglichkeit, ihre noch ausstehenden Volumina aus den ersten sieben GLRG I vorzeitig zurückzuzahlen. Hierbei flossen insgesamt 367,9 Mrd € an ausstehenden Krediten aus den GLRG I zurück. Der Netto-Liquiditätseffekt aus den Rückzahlungen der GLRG I, dem achten GLRG I und dem ersten GLRG II lag somit bei 38,2 Mrd €.

Zustehendes
 Ausleihungs-
 volumen nur
 zum Teil aus-
 geschöpft

Der EZB-Rat hatte die GLRG II im März 2016 beschlossen, um den Akkommodierungsgrad der Geldpolitik zu erhöhen und weitere Anreize für die Kreditvergabe an die Realwirtschaft zu

schaffen. Teilnehmende Banken sind berechtigt, in allen GLRG II insgesamt bis zu 30% ihres zum 31. Januar 2016 ausstehenden Kreditvolumens an den nichtfinanziellen Privatsektor (ohne Wohnungsbaukredite an private Haushalte) aufzunehmen, abzüglich noch ausstehender Volumina aus den ersten beiden GLRG I.¹⁾ Im Einklang mit den Markterwartungen schöpften die Banken das ihnen insgesamt zustehende Volumen im Rahmen des ersten GLRG II nur zum Teil aus. Da alle GLRG II die gleiche Laufzeit von vier Jahren aufweisen, haben Banken einen Anreiz, die ihnen zustehenden Volumina erst zu einem späteren Zeitpunkt stärker in Anspruch zu nehmen, um die günstigen Finanzierungsbedingungen möglichst weit in die Zukunft festzuschreiben. Zusätzlich könnten Erwartungen über eine weitere Senkung des Einlagesatzes, welche auch die Konditionen der künftigen

¹⁾ Für weitere Informationen zu den Konditionen und operativen Details der GLRG II vgl.: Deutsche Bundesbank, Geldpolitik und Bankgeschäft, Monatsbericht, Mai 2016, S. 29.

GLRG II beeinflussen würde, die sehr hohe und weiter steigende Überschussliquidität sowie die niedrigen Finanzierungskosten am Markt das Bietungsverhalten der Banken beeinflusst haben. Das zweite GLRG II wird im September dieses Jahres durchgeführt.

Angekaufte Volumina weiterhin im Einklang mit angekündigtem Umfang

Am 5. August hielt das Eurosystem im Rahmen des Programms für den Ankauf von Wertpapieren des öffentlichen Sektors (Public Sector Purchase Programme: PSPP) Aktiva in Höhe von 957,3 Mrd €. Die durchschnittliche Restlaufzeit des PSPP-Portfolios beträgt dabei am aktuellen Rand acht Jahre. Die bis dato angekauften Bestände im Rahmen der Programme für den Ankauf von gedeckten Schuldverschreibungen (Covered Bond Purchase Programme 3: CBPP3) und Asset Backed Securities (ABSPP) beliefen sich auf 187,4 und 20,4 Mrd €.

Im Juni begann das Eurosystem zudem mit der Umsetzung des im März 2016 beschlossenen Programms zum Ankauf von Anleihen des Unternehmenssektors (Corporate Sector Purchase Programme: CSPP). Die im Rahmen des CSPP angekauften Volumina beliefen sich bis zum 5. August auf 15 Mrd €. Insgesamt entspricht das Volumen der angekauften Wertpapiere im APP damit dem angekündigten monatlichen Umfang von durchschnittlich 80 Mrd €. ²⁾

Überschussliquidität weiter mit steigendem Trend

Getrieben durch die Ankäufe im Rahmen des APP und das leicht gestiegene Volumen bei den übrigen geldpolitischen Operationen stieg die Überschussliquidität im Betrachtungszeitraum um rund 143 Mrd € an und setzte damit den Aufwärtstrend seit Beginn des APP fort. Am aktuellen Rand belief sie sich auf rund 978 Mrd €. Aufgrund der monatlichen Käufe im Rahmen des APP ist im weiteren Jahresverlauf mit einem fortgesetzten Anstieg zu rechnen.

Geldmarkt mit zunehmenden Erwartungen über weitere Zinssenkung

Nachdem der EZB-Rat im Berichtszeitraum die Zinsen unverändert belassen hatte, notierte der unbesicherte Übernachtssatz am Geldmarkt (EONIA) abgesehen vom Halbjahresende in einer engen Spanne zwischen $-0,32\%$ und

$-0,35\%$ und somit weiter nahe dem Einlegesatz. Der besicherte Übernachtssatz (Stoxx GC Pooling) notierte zwischen $-0,325\%$ und $-0,423\%$. Gleichzeitig setzte sich der Abwärtstrend beim Dreimonats-EURIBOR weiter fort; er erreichte am aktuellen Rand ein Allzeittief von $-0,298\%$, sodass sich der Abstand zu den Übernachtszinsen auf nur noch knapp über 3 Basispunkte verringerte. Darin spiegeln sich gestiegene Erwartungen über mögliche Einlegesatzsenkungen im weiteren Jahresverlauf wider, die sich infolge des für die Märkte unerwarteten Ausgangs des Referendums im Vereinigten Königreich über die Mitgliedschaft in der Europäischen Union und der damit einhergehenden ökonomischen Unsicherheit weiter verstärkt hatten. Auch bei den Geldmarkt-Terminsätzen war insbesondere in den längeren Laufzeiten zwischenzeitlich ein deutlicher Rückgang zu beobachten, der sich am aktuellen Rand aber zu einem großen Teil wieder umgekehrt hat. Die Schwankungen der Geldmarkt-Terminsätze reflektieren somit die bestehende Unsicherheit und machen eine vorsichtige Interpretation der Sätze in Bezug auf Aussagen zu Zinssenkungserwartungen erforderlich.

Monetäre Entwicklung im Euro-Währungsgebiet

In den Monaten April bis Juni 2016 stieg das breite Geldmengenaggregat M3 spürbar geringer als im Winterquartal, aber immer noch deutlich an. Bestimmend für die Geldmengenausweitung war erneut, dass der geldhaltende Sektor bei weiter sinkenden Opportunitätskosten für Sichteinlagen diese Einlageform fortgesetzt aufbaute. Aufseiten der Gegenposten von M3 setzte sich die bereits in den Vorquartalen zu beobachtende Erholung der Buchkredite an den nichtfinanziellen Privatsektor

Monetäre Dynamik weiterhin stark unter dem Einfluss der Geldpolitik

² Wie bereits im Vorjahr wurde aufgrund einer typischerweise geringeren Marktaktivität im August das für diesen Monat geplante Ankaufvolumen teilweise vorgezogen (sog. „Frontloading“), und es werden bedarfsweise nachfolgende Käufe so angepasst, dass trotz niedriger Ankäufe im August der beabsichtigte monatliche Kaufumfang unter dem APP im Durchschnitt 80 Mrd € betragen wird.

Konsolidierte Bilanz des MFI-Sektors der EWU ^{*)}

Veränderung gegenüber Vorquartal in Mrd €, saisonbereinigt

Aktiva	2016, 2. Vj.	2016, 1. Vj.	Passiva	2016, 2. Vj.	2016, 1. Vj.
Kredite an private Nicht-MFIs im Euro-Währungsgebiet	52,4	67,4	Einlagen von Zentralstaaten	4,3	40,1
Buchkredite	14,9	84,2	Geldmenge M3	108,4	175,4
Buchkredite, bereinigt ¹⁾	50,7	53,6	davon Komponenten:		
Wertpapierkredite	37,5	- 16,7	Bargeld und täglich fällige Einlagen (M1)	94,0	173,1
Kredite an öffentliche Haushalte im Euro-Währungsgebiet	127,9	123,1	Übrige kürzerfristige Bankeinlagen (M2-M1)	- 3,7	- 13,7
Buchkredite	- 8,0	2,7	Marktfähige Finanzinstrumente (M3-M2)	18,1	16,1
Wertpapierkredite	135,9	120,4	Geldkapital	- 12,0	- 62,4
Nettoforderungen gegenüber Ansässigen außerhalb des Euro-Währungsgebiets	- 61,6	- 70,4	davon:		
andere Gegenposten von M3	- 18,0	33,0	Kapital und Rücklagen	24,1	- 10,9
			Sonstige längerfristige Verbindlichkeiten	- 36,2	- 51,4

* Statistisch bedingte Veränderungen (z. B. statistische Brüche) und Umbewertungen ausgeschaltet. ¹ Bereinigt um Kreditverkäufe, Kreditverbriefungen und um Positionen im Zusammenhang mit durch MFI erbrachten fiktiven Cash-Pooling-Dienstleistungen.

Deutsche Bundesbank

auch im zweiten Vierteljahr fort. Zugleich weiteten die MFI die Wertpapierkredite an diesen Sektor deutlich aus. Ferner stützte das Geldmengenwachstum wie bereits in den Vorquartalen ein kräftiger Zuwachs bei den Wertpapierkrediten des MFI-Sektors an öffentliche Haushalte, der maßgeblich durch die Anleihekäufe des Eurosystems bestimmt wurde. Teilweise kompensiert wurden die positiven Effekte dieser Einflussfaktoren jedoch erneut durch anhaltende Mittelabflüsse aus dem Euro-Raum, die ebenfalls im Zusammenhang mit den geldpolitischen Maßnahmen des Eurosystems standen.

Die monetäre Entwicklung wird somit weiter in erheblichem Ausmaß durch die Geldpolitik geprägt. Insgesamt blieb die Jahreswachstumsrate der Geldmenge M3 mit 5,0% im Vergleich zum Vorquartal nahezu unverändert und setzte damit ihre seit Mitte 2015 zu beobachtende Seitwärtsbewegung fort.

Der Anstieg der Geldmenge M3 wurde im Berichtsquartal abermals durch den seit Mitte 2012 anhaltenden deutlichen Zuwachs an Sichtguthaben getrieben, deren Bestand private Haushalte und nichtfinanzielle Unternehmen erneut kräftig aufbauten. Die anhaltend hohe Nachfrage des nichtfinanziellen Privatsektors nach der hochliquiden Geldmengenkomponekte kann unter anderem durch das Zins-

umfeld erklärt werden. So sanken die Opportunitätskosten der Geldhaltung, gemessen an der Differenz zwischen der Rendite zehnjähriger Staatsanleihen und kurzfristigen Geldmarktzinsen, auch im zweiten Vierteljahr noch einmal. Zudem begünstigten die rückläufigen Zinsabstände zwischen Sichteinlagen und sonstigen kurzfristigen Einlagen, die kurzfristige Termin- und Spareinlagen umfassen, Umschichtungen innerhalb von M3 hin zu den Sichteinlagen. In der Folge reduzierten private Haushalte und nichtfinanzielle Unternehmen ihre Bestände an sonstigen kurzfristigen Einlagen im Berichtsquartal weiter.

Wesentliche Stütze des Geldmengenwachstums vonseiten der Gegenposten war im Berichtsquartal abermals die Kreditvergabe an den geldhaltenden Sektor im Euro-Raum. Dabei stiegen die um Verbriefungen und andere Sondereffekte bereinigten Buchkredite an private Nicht-MFIs im Berichtsquartal in etwa so stark wie im Vorquartal. Die auffällige und im Vergleich zu früher wesentlich höhere Diskrepanz zwischen den unbereinigten und den bereinigten Buchkreditzahlen (siehe oben stehende Tabelle) rührt daher, dass die Buchkredite an den Privatsektor im Euro-Raum seit Juni dieses Jahres von der EZB rückwirkend bis zum Dezember 2014 auch um Positionen bereinigt werden, die im Zusammenhang mit fiktiven Cash-Pool-

Buchkredite an inländischen Privatsektor nun um fiktive Cash-Pooling-Dienstleistungen bereinigt

M3-Wachstum weiter vom Anstieg der Sichteinlagen getrieben

ing-Dienstleistungen des MFI-Sektors stehen. Damit entfällt die verzerrende Wirkung des in unseren Monatsberichten Februar 2016 und Mai 2016 beschriebenen Sondereffekts in den Niederlanden.³⁾

Buchkredite an nichtfinanzielle Unternehmen mit merklichem Zuwachs

Auch die auf diese Weise bereinigten Buchkredite an den inländischen nichtfinanziellen Privatsektor nahmen vor dem Hintergrund des historischen Niedrigzinsumfelds und der anhaltend aufwärtsgerichteten konjunkturellen Grundtendenz im Euro-Raum weiter zu. Bei den Buchkrediten an nichtfinanzielle Unternehmen setzte sich die seit dem zweiten Halbjahr 2013 zu beobachtende Aufwärtstendenz der Nettozuflüsse insgesamt fort, obwohl der Quartalswert im Berichtsquartal hinter dem ungewöhnlich starken Zufluss des Vorquartals zurückblieb. Per saldo waren in allen Laufzeitbereichen Zuwächse zu beobachten. Die Jahreswachstumsrate der Buchkredite an nichtfinanzielle Unternehmen stieg somit weiter an, blieb mit 1,7% Ende Juni aber gedämpft.

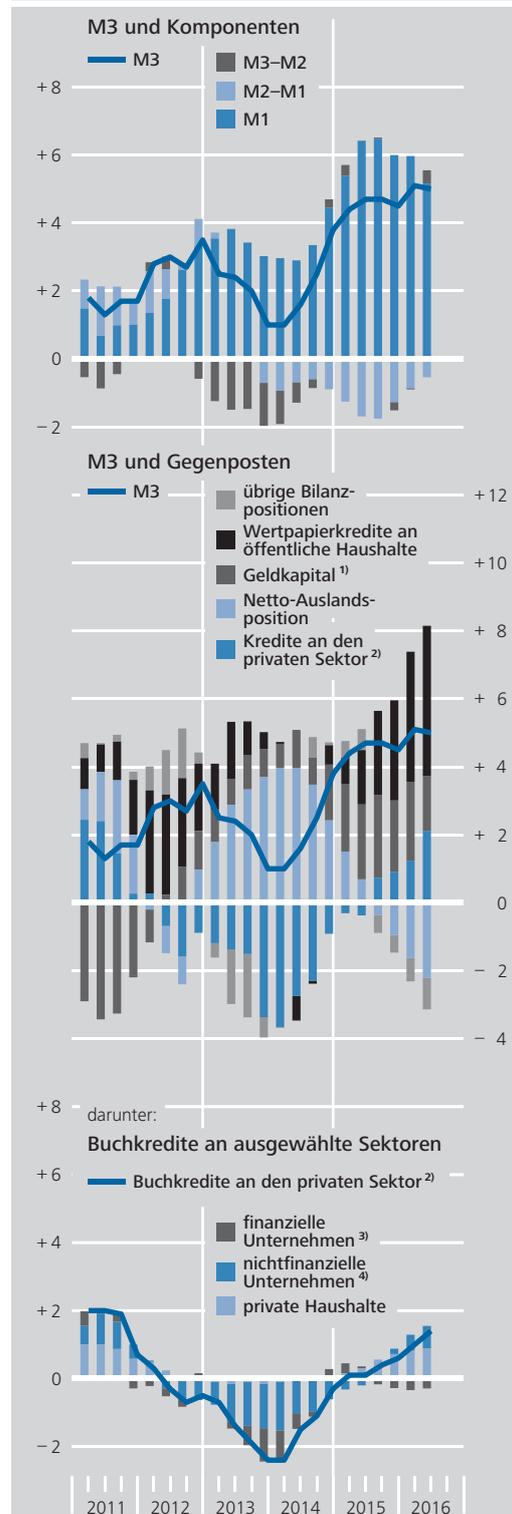
Kreditnachfrage nichtfinanzieller Unternehmen weiter erholt

Gemäß der Umfrage zum Kreditgeschäft (Bank Lending Survey: BLS) für das zweite Quartal wurde die Ausweitung der Kreditvergabe sowohl durch die Angebotspolitik der Banken als auch durch einen steigenden Finanzierungsbedarf der Unternehmen gefördert. Nach Einschätzung der teilnehmenden Bankmanager aus dem Euro-Raum wurden die Standards für Unternehmenskredite unter dem Strich leicht gelockert. Gleichzeitig stieg die Nachfrage nichtfinanzieller Unternehmen nach Bankkrediten im zweiten Quartal merklich. Maßgebliche Gründe für den Anstieg waren den Umfrageteilnehmern zufolge neben dem niedrigen allgemeinen Zinsniveau auch der Finanzierungsbedarf für Anpassungen der Unternehmensstruktur, für Lagerhaltung und Betriebsmittel sowie für Umschuldungen und Umfinanzierungen.

³ Für Details vgl.: EZB, Explanatory note on adjusted series, 27. Juli 2016; sowie: A. Colangelo, The statistical classification of cash pooling activities, Statistics Paper Series der EZB, Nr. 16/Juli 2016.

Komponenten und Gegenposten der Geldmenge im Euro-Raum

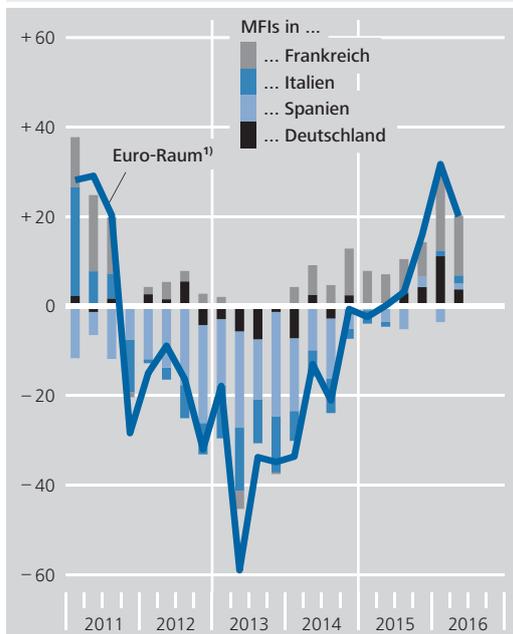
Wachstumsraten gegenüber Vorjahr in %; Wachstumsbeiträge in Prozentpunkten; Quartalsendstände; saisonbereinigt



Quelle: EZB. ¹ Mit negativem Vorzeichen abgetragen, da eine Zunahme für sich betrachtet das M3-Wachstum dämpft. ² Bereinigt um Kreditverkäufe und -verbriefungen sowie um Positionen im Zusammenhang mit durch MFI erbrachten fiktiven Cash-Pooling-Dienstleistungen. ³ Nichtmonetäre finanzielle Kapitalgesellschaften. ⁴ Nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften.

Buchkredite an nichtfinanzielle Unternehmen im Euro-Raum^{*)}

Mrd €, Veränderung gegenüber Vorquartal, saisonbereinigt



Quelle: EZB und eigene Berechnungen. * Nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften. Buchkredite bereinigt um Kreditverkäufe und -verbriefungen. ¹ Zusätzlich bereinigt um Positionen im Zusammenhang mit durch MFI erbrachten fiktiven Cash-Pooling-Dienstleistungen.

Deutsche Bundesbank

Erkennbare länderspezifische Unterschiede in der Kreditdynamik

Auf Länderebene heruntergebrochen stammte ein Großteil der Buchkredite an nichtfinanzielle Unternehmen weiterhin von Kreditinstituten aus den beiden größten Mitgliedstaaten (siehe oben stehendes Schaubild). So nahmen die von französischen Banken vergebenen Buchkredite an heimische Unternehmen vor dem Hintergrund der konjunkturellen Erholung in Frankreich nochmals schwungvoll zu, und deutsche Kreditinstitute dehnten im Berichtsquartal vor allem ihre Kreditvergabe an nichtfinanzielle Unternehmen in den übrigen Kernländern des Euro-Raums weiter aus. Ihre Kreditvergabe an heimische Unternehmen schwächte sich im Vergleich zum Vorquartal dagegen merklich ab. In Italien blieb die über die letzten Quartale sichtbare Aufwärtsbewegung der Buchkredite auf sehr niedrigem Niveau intakt, und in Spanien konnte im Berichtsquartal ein schwacher Zuwachs verzeichnet werden.

Das Wachstum der Buchkredite an private Haushalte im Euro-Raum beschleunigte sich im

zweiten Vierteljahr 2016 etwas; ihre Jahreswachstumsrate blieb mit 1,7% am Ende des Berichtsquartals aber weiter moderat. Wachstumsträger waren abermals die Wohnungsbaukredite, insbesondere in Deutschland und Frankreich. In den Ländern der Peripherie, in denen der Entschuldungsbedarf der privaten Haushalte in den letzten Jahren zum Teil erkennbar zurückging, verlangsamte sich das Tempo des Abbaus der Wohnungsbaukredite. Für den Euro-Raum als Ganzen schätzten die im BLS befragten Banken die Entwicklung der Nachfrage privater Haushalte nach Wohnungsbaukrediten auch im zweiten Quartal als dynamisch ein. Nach Meinung der befragten Bankmanager wurde die Nachfrage dabei im Wesentlichen durch das niedrige allgemeine Zinsniveau, das Verbrauchervertrauen, die Aussichten auf dem Wohnimmobilienmarkt und die voraussichtliche Preisentwicklung für Wohneigentum gestützt. Die Maßstäbe für die Kreditvergabe wurden unter dem Strich marginal gelockert.

Buchkredite an private Haushalte mit moderaten Zuwächsen, getrieben durch Wohnungsbaukredite

Die Konsumentenkredite blieben im Berichtsquartal per saldo unverändert. Dies war jedoch auf Verbriefungstransaktionen in Frankreich zurückzuführen;⁴⁾ in vielen anderen Mitgliedstaaten setzten sich die in den letzten Quartalen zu beobachtenden Zuwächse bei den Konsumentenkrediten dagegen fort. Sie dürften die in der Grundtendenz noch kräftige Expansion des privaten Konsums im Euro-Raum widerspiegeln. Hierzu passt, dass laut BLS die Nachfrage im Konsumentenkreditgeschäft zum wiederholten Male zulegen konnte. Den Angaben der Umfrageteilnehmer zufolge war dies vor allem auf die hohe Anschaffungsneigung der Konsumenten, das weiterhin robuste Verbrauchervertrauen und das niedrige allgemeine Zinsniveau zurückzuführen. Die Kreditstandards wurden etwas gelockert.

Konsumentenkredite in vielen Ländern unverändert mit Zuwächsen

Neben der Buchkreditvergabe weitete der MFI-Sektor im Berichtsquartal auch seine Wert-

⁴ Auf der Ebene der Konsumentenkredite werden die Buchkredite von der EZB nicht um Kreditverkäufe und -verbriefungen bereinigt.

Staatsanleihekäufe des Eurosystems weiter mit großer Bedeutung für die Geldmengenentwicklung, ...

papierkredite an den Privatsektor deutlich aus. Der unter den Gegenposten größte Beitrag zum Geldmengenanstieg ging aber erneut von der kräftigen Entwicklung der Wertpapierkredite an öffentliche Haushalte aus, für deren Zunahme die Staatsanleihekäufe des Eurosystems im Rahmen des PSPP von zentraler Bedeutung sind. Da Wertpapierkäufe des Eurosystems aus dem Bestand der Geschäftsbanken die konsolidierte Bilanz des MFI-Sektors unberührt lassen, legt der fortgesetzte Anstieg dieses Gegenpostens nahe, dass ein Großteil der geldpolitisch bedingten Staatsanleihekäufe weiterhin von Haltern außerhalb des inländischen Bankensektors erfolgte.

... sie zogen aber auch Kapitalexperte im Wertpapierverkehr nach sich

Per saldo ist der Einfluss des PSPP auf die Geldmenge jedoch nicht so groß, wie es der Anstieg der Wertpapierkredite an öffentliche Haushalte suggeriert. Denn mit dem Ankaufprogramm sind zugleich Mittelabflüsse aus dem Euro-Raum ins Ausland verbunden, die ihrerseits die Netto-Auslandsposition des MFI-Sektors verringerten und damit die Dynamik der Geldmenge M3 dämpften (vgl. Schaubild auf S. 33). So deuten die bislang verfügbaren Daten für die Monate April und Mai darauf hin, dass sich gebietsfremde Investoren im Berichtsquartal erneut in größerem Umfang von Staatsanleihen aus dem Euro-Raum sowie in geringerem Maße von Anleihen des privaten Nichtbankensektors trennten. Darüber hinaus führte die anhaltende Nachfrage inländischer Nichtbanken nach ausländischen Schuldverschreibungen zu Mittelabflüssen aus dem Wertpapierverkehr. Insgesamt gesehen ist somit eine Substitution inländischer Wertpapiere zugunsten ausländischer Wertpapiere zu beobachten.

Erneute Abflüsse beim Geldkapital

Gestützt wurde die monetäre Entwicklung auch durch erkennbare Abflüsse beim Geldkapital, die jedoch deutlich weniger stark ausgeprägt waren als in den Vorquartalen. Dieser Rückgang war in erster Linie auf Abflüsse aus langfristigen Termin- und Spareinlagen zurückzuführen und wurde durch die Zinskonstellation begünstigt. Der geldhaltende Sektor verminderte aber auch

den Bestand an langfristigen Bankschuldverschreibungen in seinem Portfolio.

Einlagen- und Kreditgeschäft deutscher Banken mit inländischen Kunden

Das Einlagengeschäft der Banken in Deutschland entwickelte sich im Berichtsquartal weniger schwungvoll als in den Wintermonaten. Von der Grundtendenz her blieb das Anlageverhalten der Nichtbanken aber unverändert und war weiterhin von einem fortgesetzten Aufbau kurzfristiger und einem gleichzeitigen Abbau langfristiger Einlagen geprägt. Deutliche Zuflüsse verzeichneten wiederum vor allem die Sichteinlagen der privaten Haushalte und nichtfinanziellen Unternehmen. Diese Entwicklung ist nach wie vor in Verbindung damit zu sehen, dass der Renditevorteil der alternativen, weniger flexiblen Bankeinlagen historisch gering ist (siehe Schaubild auf S. 36).

In sektoraler Betrachtung leisteten private Haushalte wieder den größten Beitrag zum aktuellen Zuwachs an kurzfristigen Bankeinlagen. Die privaten Haushalte stockten nicht nur weiter ihre Sichteinlagen, sondern erstmals seit acht Quartalen wieder ihre kurzfristigen Termineinlagen auf, wenngleich in deutlich geringerem Umfang. Auch nichtfinanzielle Unternehmen erhöhten ihre Sichtguthaben erneut merklich, reduzierten jedoch zugleich erkennbar ihre übrigen Bankeinlagen. Das ausgeprägte Interesse des nichtfinanziellen Privatsektors an hoch liquiden Bankeinlagen dürfte auch im Berichtsquartal zusätzlich durch die hohen verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte und die gute Ertragslage der nichtfinanziellen Unternehmen gefördert worden sein.

Im Gegensatz zum nichtfinanziellen Privatsektor bauten die finanziellen Unternehmen ihre Bankeinlagen per saldo weiter ab. Wie schon in den Quartalen zuvor dürfte das Anlageverhalten dieses Sektors durch Umschichtungen in renditeträchtigeren Anlageformen geprägt gewesen

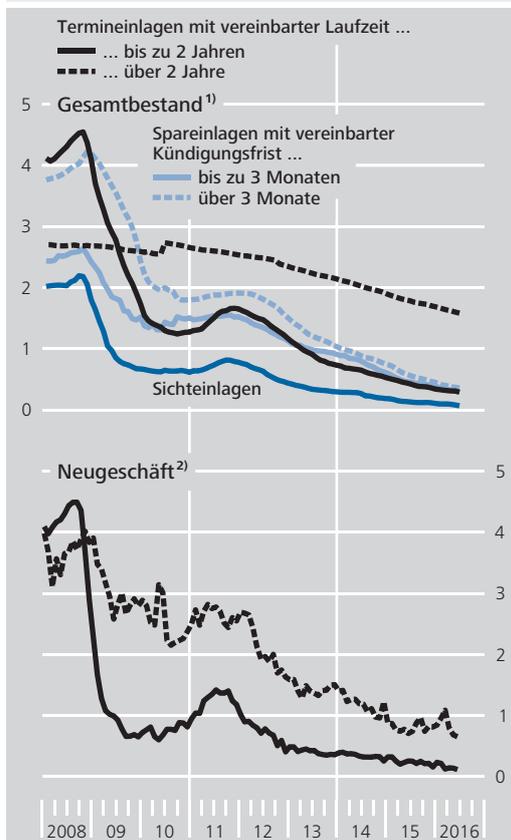
Einlagenwachstum im Niedrigzinsumfeld weiterhin vom Sichteinlagenaufbau dominiert ...

... und durch den nichtfinanziellen Privatsektor getrieben

Einlagengeschäft mit finanziellen Unternehmen weiterhin durch Renditesuche bestimmt

Zinssätze für Bankeinlagen in Deutschland¹⁾

% p.a., monatlich



* Einlagen privater Haushalte und nichtfinanzieller Unternehmen. **1** Gemäß harmonisierter MFI-Zinsstatistik. Über Sektoren volumengewichtete Zinssätze. Bestandszinsen für Sicht- und Spareinlagen können wegen täglich möglicher Zinsänderungen auch als Neugeschäfte interpretiert werden. **2** Gemäß harmonisierter MFI-Zinsstatistik. Über Sektoren und Laufzeiten volumengewichtete Zinssätze. Neugeschäftsvolumina (alle abgeschlossenen Geschäfte im Laufe eines Monats) in Abgrenzung zum Gesamtbestand (Einlagenverträge der Bilanz am Monatsultimo) werden explizit nur für Termineinlagen erhoben.

Deutsche Bundesbank

sein.⁵⁾ Daneben verringerte auch der öffentliche Sektor seinen Einlagenbestand bei den heimischen Banken per saldo merklich, wobei der Abbau hier im Gegensatz zu den anderen Sektoren ausschließlich die kurzfristigen Einlagen betraf.

Das Kreditgeschäft der Banken mit dem heimischen Nichtbankensektor stieg im Berichtsquartal weiter an. Wie schon in den Quartalen zuvor war diese Zunahme allein auf den Anstieg der Kredite an private Nichtbanken zurückzuführen. Neben den Buchkrediten an den Privatsektor erhöhten die Banken dabei auch ihre Bestände an Wertpapieren privater Emittenten,

Kreditgeschäft mit heimischen Nichtbanken per saldo spürbar zugenommen

die sie in den vorangegangenen Quartalen zum Teil noch merklich verringert hatten. Dieser Anstieg steht möglicherweise im Zusammenhang mit dem im März beschlossenen CSPP, das seit Juni umgesetzt wird. Zugleich vermeldeten die inländischen Banken ein rückläufiges Kreditgeschäft mit dem heimischen öffentlichen Sektor, welches sowohl die verbrieften Ausleihungen als auch die Buchkredite betraf. Darin dürfte sich nicht zuletzt der geringe Finanzierungsbedarf angesichts der günstigen Lage der öffentlichen Haushalte widerspiegeln (siehe Angaben zur Entwicklung der öffentlichen Finanzen auf S. 60 ff.).

Der überwiegende Teil der Buchkredite an den Privatsektor wurde wie zuvor an private Haushalte vergeben. Dahinter stand vor allem die weiterhin rege Nachfrage der privaten Haushalte nach Wohnungsbaukrediten, die sich im Berichtsquartal noch einmal leicht beschleunigte und durch das ausgesprochen niedrige Zinsniveau gestützt wurde. So sank der Zins für langfristige Wohnungsbaukredite im Verlauf des Berichtsquartals noch einmal leicht und lag am Ende bei 1,8%.

Buchkreditvergabe an den Privatsektor weiterhin durch Wohnungsbaukredite getrieben

Hinweise auf weitere Gründe liefern die aktuellen BLS-Ergebnisse. So wurde den BLS-Angaben zufolge die Nachfrage privater Haushalte nach Wohnungsbaukrediten neben den niedrigen Zinsen auch durch das stabile Verbrauchervertrauen sowie durch die positive Einschätzung der Aussichten auf dem Wohnungsmarkt und der Entwicklung der Preise für Wohneigentum gestützt. Nach Einschätzung der BLS-Institute gingen dämpfende Effekte auf den Mittelbedarf von der Verwendung eigener Mittel der privaten Haushalte, der Inanspruchnahme von Krediten anderer Banken sowie dem im März in Kraft getretenen Gesetz zur Umsetzung der neuen Wohnimmobilienkreditrichtlinie und zur Änderung handelsrechtlicher Vorschriften aus. Dieses Gesetz war den Angaben der Banken zu-

⁵ Vgl.: Deutsche Bundesbank, Anzeichen für Portfoliumschichtungen in renditestärkere Anlageformen in Deutschland, Monatsbericht, Mai 2016, S. 36–39.

folge auch der wesentliche Grund für die im Berichtsquartal erneut per saldo verschärften Vergaberichtlinien.

Den Ergebnissen der BLS-Umfrage nach zu urteilen senkten die befragten Institute ihre Mindestvoraussetzungen an potenzielle Kreditnehmer nicht und gingen somit auch im Berichtsquartal keine erhöhten Risiken bei der Kreditvergabe ein. Vor diesem Hintergrund legen die günstigen Rahmenbedingungen – das hohe Geldvermögen der privaten Haushalte, die stabilen Einkommen und nicht zuletzt fehlende attraktive Anlagealternativen – die Vermutung nahe, dass mehr Haushalte mit solidem finanziellen Hintergrund Interesse an einer Kreditaufnahme zeigten, sodass die Banken im Ergebnis mehr Kredite vergeben konnten. Insgesamt lag das Wachstum der an private Haushalte ausgereichten Immobilienkredite im Berichtsquartal mit einer Jahresrate von 3,8% am Quartalsende noch merklich unter dem langjährigen Durchschnitt von knapp 5% seit Anfang der achtziger Jahre.

Konsumenten-kredite mit einer erkennbaren Zunahme

Die Konsumentenkredite an private Haushalte verzeichneten im Berichtsquartal ebenfalls erkennbare Zuflüsse. Dazu passt, dass sich die BLS-Banken im Berichtsquartal auch im Konsumentenkreditgeschäft einer deutlich gestiegenen Nachfrage gegenübersehen. Als deren Haupttreiber identifizierten die befragten Institute die gestiegene Anschaffungsneigung der Konsumenten, das hohe Verbrauchervertrauen und das niedrige allgemeine Zinsniveau. Ihre Vergabepolitik in diesem Kreditsegment veränderten die befragten Banken nicht.

Kreditvergabe an nicht-finanzielle Unternehmen entwickelt sich seitwärts

Das Buchkreditgeschäft der Banken in Deutschland mit inländischen nichtfinanziellen Unternehmen blieb im Berichtsquartal hingegen nahezu unverändert, nachdem es in den vorangegangenen Quartalen zum Teil noch spürbar zugelegt hatte. Ursache für die schwache Kreditvergabe in den Frühjahrsmonaten war ein deutlicher Rückgang der kurzfristigen Ausleihungen, die indes nach wie vor durch eine hohe Volatilität gekennzeichnet sind. Dagegen

Entwicklung der Kredite und Einlagen der Monetären Finanzinstitute in Deutschland^{*)}

Veränderungen in Mrd €, saisonbereinigt

Position	2016	
	1. Vj.	2. Vj.
Einlagen von inländischen Nicht-MFIs ¹⁾		
täglich fällig	37,2	26,6
mit vereinbarter Laufzeit		
bis zu 2 Jahren	1,9	-1,8
über 2 Jahre	-2,5	-2,9
mit vereinbarter Kündigungsfrist		
bis zu 3 Monaten	2,2	0,8
über 3 Monate	-3,6	-2,1
Kredite		
Kredite an inländische öffentliche Haushalte		
Buchkredite	2,2	-3,2
Wertpapierkredite	-4,3	-7,8
Kredite an inländische Unternehmen und Privatpersonen		
Buchkredite ²⁾	20,5	15,2
darunter: an private Haushalte ³⁾	11,2	11,3
an nichtfinanzielle Unternehmen ⁴⁾	8,2	0,3
Wertpapierkredite	-8,7	12,2

* Zu den Monetären Finanzinstituten (MFIs) zählen hier neben den Banken (einschl. Bausparkassen, ohne Bundesbank) auch die Geldmarktfonds. Quartalsendstände, statistisch bedingte Veränderungen (z. B. statistische Brüche) und Umbewertungen ausgeschaltet. **1** Unternehmen, Privatpersonen und öffentliche Haushalte ohne den Bund. **2** Bereinigt um Forderungsverkäufe und -verbriefungen. **3** Und Organisationen ohne Erwerbszweck. **4** Nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften und Quasi-Kapitalgesellschaften.

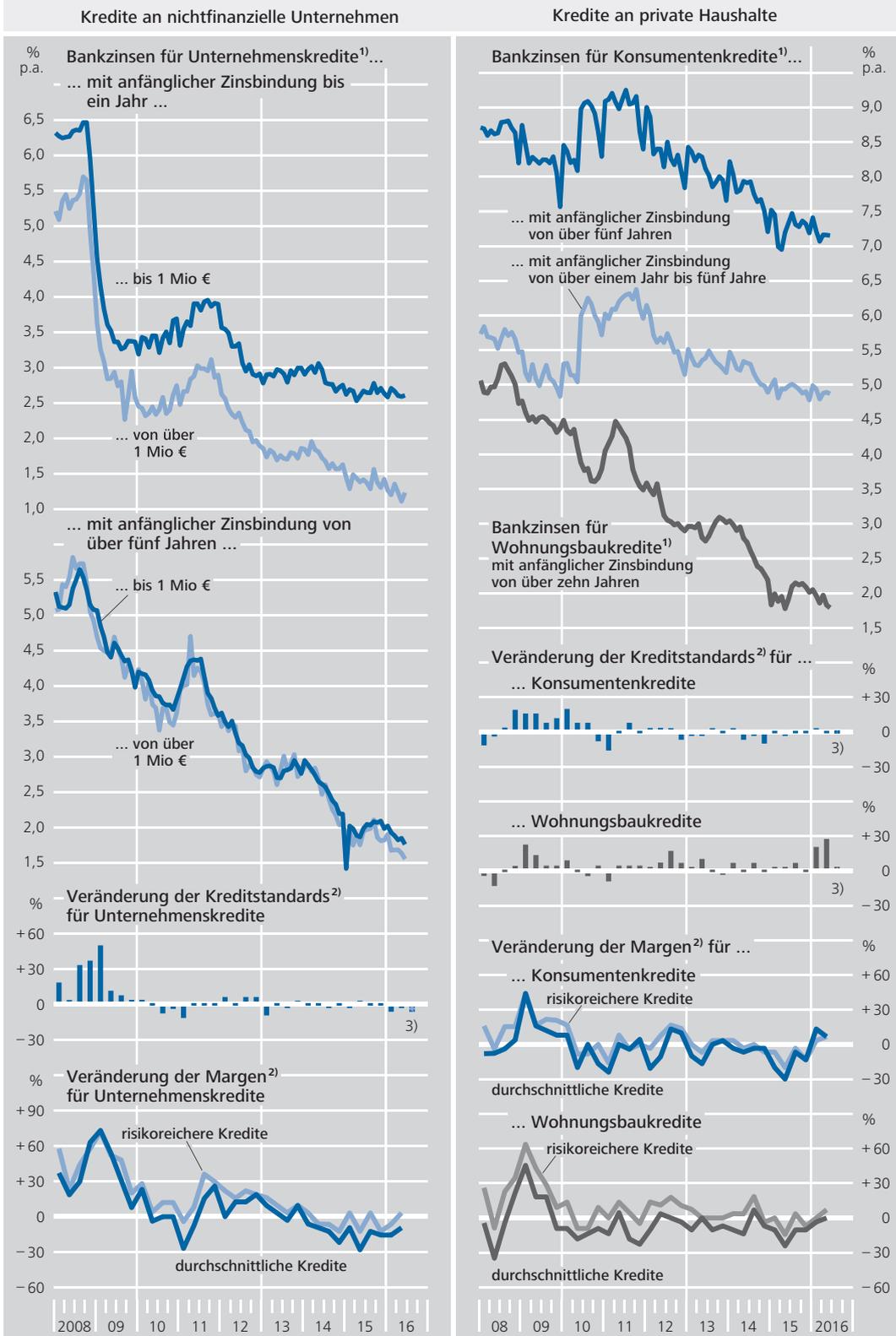
Deutsche Bundesbank

stiegen im Berichtsquartal die langfristigen Ausleihungen erneut spürbar.

Ein etwas positiveres Bild zeichneten die am BLS teilnehmenden deutschen Banken; sie berichteten für das zweite Quartal 2016 von einer leicht gestiegenen Nachfrage im Firmenkundengeschäft bei unveränderten Kreditvergabestandards. Gemäß der Einschätzung der Interviewpartner gingen stützende Einflüsse vor allem vom Finanzierungsbedarf für Umschuldungen, Umfinanzierungen und Neuverhandlungen sowie vom niedrigen allgemeinen Zinsniveau aus. So zahlten inländische Unternehmen Ende Juni im kurzfristigen Laufzeitbereich Zinsen in Höhe von 2,6% für kleinvolumige beziehungsweise 1,2% für großvolumige Kredite, während die Zinsen für langfristige Ausleihungen zuletzt bei 1,8% beziehungsweise 1,6% lagen. Für sich genommen nachfragedämpfend wirkte dagegen laut BLS der Rückgriff der Unternehmen auf alternative Finanzierungsquellen aufgrund

Kreditvergabe-standards gegenüber Unternehmen nahezu unverändert

Bankkonditionen in Deutschland



1 Neugeschäft. Gemäß harmonisierter MFI-Zinsstatistik. Bis Mai 2010 wurde der Aggregatzinssatz als mit den gemeldeten Neugeschäftsvolumina gewichteter Durchschnittssatz berechnet. Ab Juni 2010 wird zunächst ein mit dem gemeldeten Neugeschäftsvolumen gewichteter Zinssatz pro Schicht berechnet. Der Aggregatzinssatz wird ermittelt, indem die Schichtzinssätze mit den hochgerechneten Volumina gewichtet werden. **2** Gemäß Bank Lending Survey; für Kreditstandards: Saldo aus der Summe der Angaben „deutlich verschärft“ und „leicht verschärft“ und der Summe der Angaben „etwas gelockert“ und „deutlich gelockert“ in % der gegebenen Antworten, für Margen: Saldo aus der Summe der Angaben „deutlich ausgeweitet“ und „leicht ausgeweitet“ und der Summe der Angaben „etwas verengt“ und „deutlich verengt“ in % der gegebenen Antworten. **3** Erwartungen für das 3. Vj. 2016.

von großzügigen Innenfinanzierungsspielräumen oder Krediten von anderen Banken.

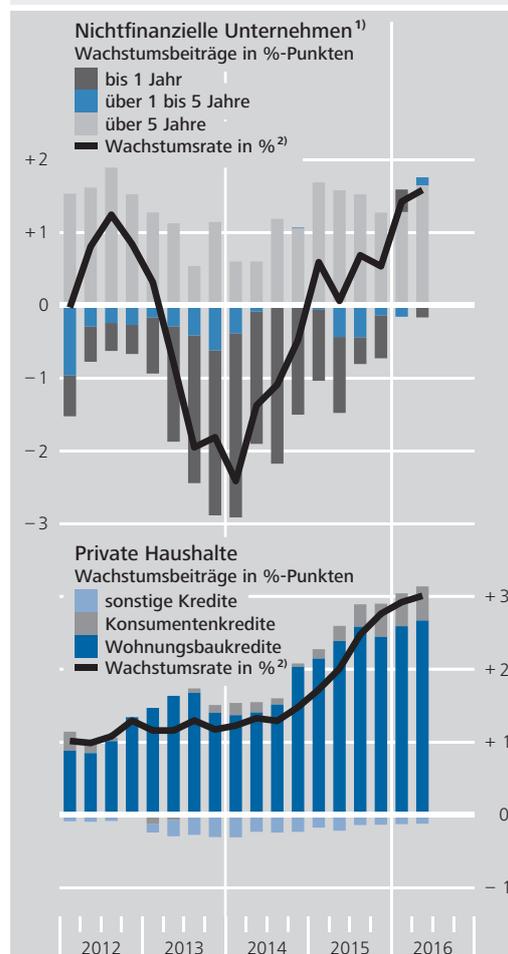
Tatsächlich nahm die Bedeutung der Innenfinanzierung in den letzten Jahren aufgrund der guten Ertragslage sowie der stabilen Vermögenseinkommen der deutschen Unternehmen stetig zu, sodass der Bedarf der Firmen an Bankkrediten vergleichsweise gering bleibt. Hinzu kommt, dass andere externe Finanzierungsquellen – wie die Kredite im Konzernverbund, Handelskredite sowie die Kredite von sogenannten Schattenbanken – zunehmend an Bedeutung gewinnen und dadurch den Anteil von Bankkrediten im breiter gestreuten Finanzierungsportfolio der Unternehmen zusätzlich schmälern.

Mehr Banken an künftigen GLRGII interessiert

Die BLS-Umfrage für das zweite Quartal enthielt zusätzliche Fragen zu den Refinanzierungsbedingungen der Banken, zu den Auswirkungen der neuen regulatorischen und aufsichtlichen Aktivitäten (hierzu zählen unter anderem die in der CRR/CRD IV festgelegten Eigenkapitalanforderungen) sowie zur Teilnahme der Banken an den gezielten längerfristigen Refinanzierungsgeschäften (GLRGI und GLRGII). Erneut berichteten die deutschen Banken, dass sich ihre Refinanzierungssituation vor dem Hintergrund der Lage an den Finanzmärkten im Vergleich zum Vorquartal geringfügig verbessert habe. Im Hinblick auf die neuen regulatorischen und aufsichtlichen Aktivitäten reduzierten die Banken in der ersten Jahreshälfte 2016 ihre risikogewichteten Aktiva per saldo weiter und stärkten ihre Eigenkapitalposition erheblich. Am ersten GLRGII im Juni 2016 zeigten die befragten Institute ein im Vergleich zu den bisherigen GLRG nur leicht gestiegenes Interesse. An den künftigen GLRGII sind jedoch deutlich mehr Banken grundsätzlich interessiert. Ihre Teilnahme oder ihr Interesse begründeten die Ban-

Buchkredite deutscher Banken an den inländischen nichtfinanziellen Privatsektor

saisonbereinigt sowie bereinigt um Kreditverkäufe und -verbriefungen, Quartalsendstände



1 Nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften und Quasi-Kapitalgesellschaften. **2** Veränderungsrate gegenüber Vorjahr.
 Deutsche Bundesbank

ken mit den attraktiven Konditionen der Geschäfte; die aufgenommenen Mittel würden entsprechend dem Zweck der Geschäfte in erster Linie zur Kreditvergabe verwendet. Die finanzielle Situation der teilnehmenden Banken verbesserte sich durch die bisherigen GLRG insgesamt leicht. Auswirkungen auf ihre Kreditstandards verzeichneten die Institute aber kaum.

■ Finanzmärkte

■ Finanzmarktumfeld

*Finanzmärkte
im Zeichen des
Referendums
im Vereinigten
Königreich*

Die Unsicherheiten angesichts des Referendums im Vereinigten Königreich zum Verbleib in oder Austritt aus der Europäischen Union (EU) prägten im zweiten Quartal 2016 auch stark die Entwicklung an den internationalen Finanzmärkten. Zudem spielte die Geldpolitik in den Industrieländern eine wichtige Rolle, die – nicht zuletzt wegen des Votums für den Austritt und den befürchteten Abwärtsrisiken für die globale Konjunktur, die damit einhergehen könnten – weiter expansiv ausgerichtet blieb. Viele Marktteilnehmer waren von diesem Votum zwar überrascht und schichteten Portfoliomittel in sichere Anlagen um („Safe haven“-Zuflüsse). Die bei einem solchen Ausgang befürchteten Verwerfungen an den internationalen Finanzmärkten blieben aber aus. Die Renditen langfristiger Staatsanleihen in den großen Währungsräumen gaben zwar weiter nach und fielen zeitweilig auf ein historisch niedriges Niveau, so beispielsweise in Deutschland, Japan und dem Vereinigten Königreich. Spiegelbildlich hierzu reagierten überdies die Aktienmärkte zunächst mit starken Kursverlusten auf den Ausgang des Referendums. Mit der nachlassenden Unsicherheit setzte dann aber an den Renten- und vor allem an den Aktienmärkten recht zügig eine Gegenbewegung ein. Im Ergebnis notierte der Euro Stoxx zuletzt oberhalb seines Standes von Ende März 2016, und die US-Märkte konnten sogar neue Rekordstände verbuchen. Deutlich schlechter als der Gesamtmarkt entwickelten sich die europäischen Bankaktien. Hier belasteten einerseits sich verschlechternde Gewinnerwartungen, andererseits der nach wie vor hohe Bestand an notleidenden Krediten, vor allem in Italien. Die Finanzierungsbedingungen von Unternehmen in der EWU verbesserten sich deutlich. Der Euro blieb in effektiver Rechnung gegenüber den Währungen 19 wichtiger Handelspartner im Vergleich zum Stand Ende März 2016 nahezu unverändert. Während der Euro deutliche Kursverluste gegenüber dem Yen hin-

nehmen musste, legte er insbesondere gegenüber dem Pfund Sterling kräftig an Wert zu.

■ Wechselkurse

Der Euro büßte gegenüber dem US-Dollar seit Ende März etwas an Wert ein und fiel bis zum Ende des Berichtszeitraums auf 1,12 US-\$. Anfang Mai hatte er mit knapp 1,16 US-\$ noch auf dem höchsten Stand seit Januar 2015 notiert. Die Kursentwicklung war maßgeblich geprägt von der Unsicherheit der Marktteilnehmer über den Ausgang des Referendums im Vereinigten Königreich und dem letztlich für viele überraschenden Votum für den Austritt. Daneben sorgten sich ändernde Erwartungen hinsichtlich des künftigen geldpolitischen Kurses der US-Notenbank für spürbare Schwankungen des Euro-Dollar-Kurses.

Unter dem Einfluss einer sich aufhellenden Wirtschaftsstimmung im Euro-Raum und ausgebliebener Hinweise der US-Notenbank, die Zinsen wie von Marktteilnehmern erwartet im Juni heraufzusetzen, konnte der Euro bis Anfang Mai zunächst spürbar an Wert zulegen. In der Folgezeit wurde der Euro-Dollar-Kurs maßgeblich geprägt von wechselnden Umfrageergebnissen zum Referendum. Dabei stützten Mehrheitsverschiebungen zugunsten eines Verbleibstendenziell den Kurs des Euro, so auch unmittelbar vor dem Tag der Abstimmung am 23. Juni. Als sich am 24. Juni dann überraschend eine Mehrheit für den EU-Austritt abzeichnete, verlor die Gemeinschaftswährung stark an Wert und gab binnen eines Tages knapp 3% gegenüber dem US-Dollar nach. Offenbar werteten die Marktteilnehmer das Abstimmungsergebnis auch als eine mögliche Belastung für die Wirtschaft des Euro-Raums oder befürchteten nachteilige politische Ausstrahleffekte des Votums.

Zuletzt rückte wieder die US-Geldpolitik stärker in den Fokus der Marktteilnehmer. Nach der

*Euro nach
Votum des
Vereinigten
Königreichs für
den EU-Austritt
unter Druck, ...*

... nach US-Zinsentscheid zuletzt aber stabilisiert

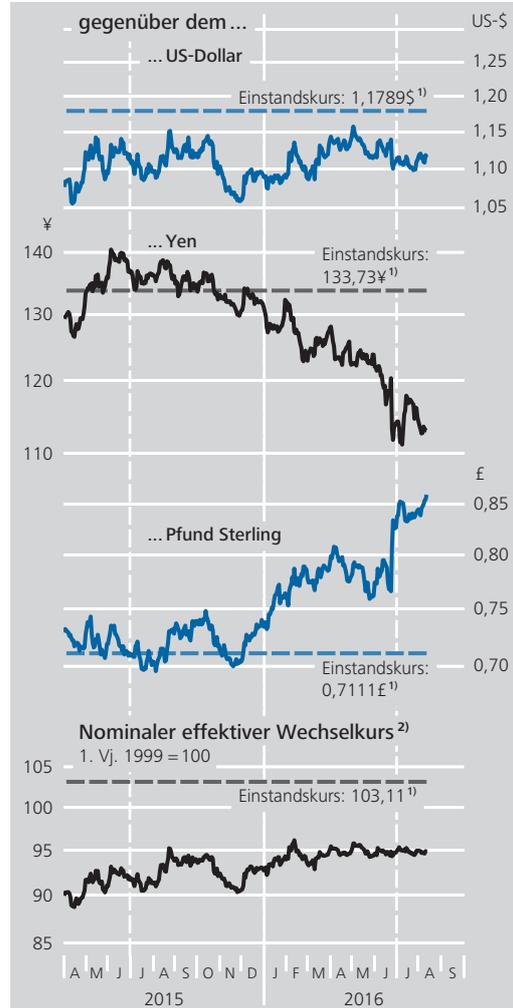
Veröffentlichung einer Reihe über den Erwartungen liegender Frühindikatoren und Konjunkturdaten für die US-Wirtschaft sowie eines überraschend guten, im August veröffentlichten Arbeitsmarktberichts für Juli stieg in den Augen der Marktteilnehmer, trotz der Unsicherheit über die Folgen eines Austritts des Vereinigten Königreichs aus der EU, die Wahrscheinlichkeit einer baldigen Leitzinserhöhung in den Vereinigten Staaten wieder an. Einer per saldo stärkeren Abwertung des Euro wirkte entgegen, dass die US-Notenbank Ende Juli darauf verzichtete, einen konkreten Termin für eine Leitzinserhöhung in Aussicht zu stellen und US-Produktivitätsdaten zuletzt schlechter als erwartet ausfielen. Per saldo wertete der Euro gegenüber dem US-Dollar – verglichen mit dem Ende des ersten Quartals – um rund 2,0% ab.

Deutliche Verluste gegenüber Yen infolge gestiegener Unsicherheit, ...

Deutliche Verluste in Höhe von 11,6% verzeichnete die Gemeinschaftswährung gegenüber dem Yen. Ausschlaggebend hierfür war die gestiegene Unsicherheit an den Finanzmärkten, unter deren Einfluss Marktteilnehmer häufig Carry Trades auf Yen-Basis rückabwickeln, die sie zuvor in der Niedrigzinswährung eingegangen sind.¹⁾ Einer per saldo noch stärkeren Aufwertung des Yen wirkte zwischenzeitlich die mit den Wahlen zum japanischen Oberhaus aufkommende Aussicht entgegen, dass die mit Zweidrittelmehrheit bestätigte Regierung von Ministerpräsident Abe ihr Mandat nutzen könnte, um eine noch expansivere Fiskal- und Geldpolitik durchzusetzen. Das dann Ende Juli mit einem Gesamtvolumen von mehr als 28 Billionen Yen (über 248 Mrd €) vorgestellte, noch wuchtiger als erwartet ausfallende Fiskalpaket stützte darüber hinaus den Euro. Nach der Bekanntgabe der Bank von Japan, das jährliche Kaufvolumen von börsengehandelten Indexfonds auf rund 6 Billionen Yen (rd. 53 Mrd €) annähernd zu verdoppeln, wertete der Euro gegenüber dem Yen jedoch wieder ab. Offenbar blieb der Umfang dieser Maßnahmen hinter den Erwartungen der Marktteilnehmer zurück. Zuletzt notierte der Euro bei 113 Yen.

Wechselkurs des Euro

Tageswerte; log. Maßstab



Quelle: EZB. **1** Kurs zu Beginn der Währungsunion am 4. Januar 1999. **2** Nach Berechnungen der EZB gegenüber den Währungen von 19 Ländern.
 Deutsche Bundesbank

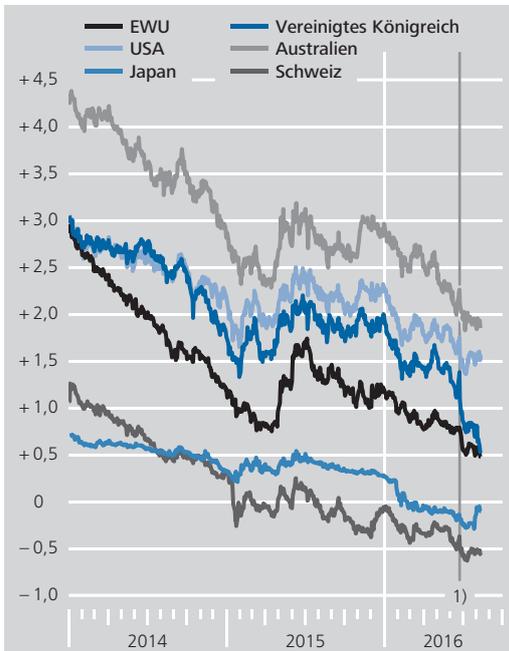
Gegenüber dem Pfund Sterling konnte der Euro dagegen deutliche Gewinne in Höhe von im Ergebnis knapp 8,7% verbuchen, nach einem Anstieg um rund 5% unmittelbar nach dem Referendum. Die britische Währung wurde noch stärker als der Euro durch das Votum für den Austritt belastet. Darin spiegelten sich auch Sorgen um den weiteren Verlauf der bis zur Mitte des zweiten Quartals robusten Konjunktur des Vereinigten Königreichs wider, für welche die Wachstumsaussichten nun eingetrübter wahr-

... dagegen spürbare Kursgewinne gegenüber dem Pfund Sterling

1 Zum Einfluss hoher Unsicherheit an den Finanzmärkten auf die Wechselkursentwicklung u. a. des Yen vgl.: Deutsche Bundesbank, Wechselkurse und Finanzstress, Monatsbericht, Juli 2014, S. 15–29.

Renditen*) der EWU und ausgewählter Länder

% p.a., Tageswerte



Quelle: Thomson Reuters. * Staatsanleihen mit einer Restlaufzeit von zehn Jahren. 1) Bekanntgabe der Ergebnisse des Referendums im Vereinigten Königreich zum Verbleib in oder Austritt aus der EU.

Deutsche Bundesbank

genommen wurden.²⁾ Anfang August beschloss dann die Bank of England geldpolitisch zu reagieren. Sie senkte – wie erwartet – den Leitzins um 25 Basispunkte, beschloss aber darüber hinaus überraschend, die Ankaufvolumina bei Staats- und Unternehmensanleihen über die nächsten sechs beziehungsweise 18 Monate zu erhöhen, und zwar um 60 Mrd Pfund Sterling (ca. 70 Mrd €) beziehungsweise 10 Mrd Pfund Sterling (knapp 12 Mrd €). Zudem werden Geschäftsbanken 100 Mrd Pfund Sterling (ca. 116 Mrd €) in langfristigen Refinanzierungsgeschäften zur Verfügung gestellt. Das Maßnahmenbündel sorgte für weitere Kursgewinne des Euro. Zuletzt notierte die Gemeinschaftswährung bei 0,86 Pfund Sterling.

Trotz der Verluste des Euro gegenüber dem US-Dollar und dem Yen notierte der Euro in effektiver Rechnung gegenüber den Währungen 19 wichtiger Handelspartner im Vergleich zum Stand Ende März nahezu unverändert (– 0,3%). Dies ist auf spürbare Kursgewinne des

Effektiver Wechselkurs des Euro nahezu unverändert

Euro gegenüber der schwedischen Krone und vor allem dem Pfund Sterling zurückzuführen, deren gemeinsames Gewicht bei der Berechnung des effektiven Wechselkurses bei knapp 18% liegt. Der Schweizer Franken legte in seiner Funktion als „Safe haven“-Währung unmittelbar nach dem Entscheid für den Austritt kräftig zu. Gebremst wurde der Anstieg von der Schweizer Notenbank, die mitteilte, am Devisenmarkt interveniert zu haben und auch weiter aktiv zu bleiben. Per saldo notierte der Euro schließlich gegenüber dem Schweizer Franken rund 0,7% schwächer.

Wertpapiermärkte und Wertpapierverkehr

An den internationalen Rentenmärkten hielt im Berichtszeitraum der Trend rückläufiger Renditen im Ergebnis weltweit an. So blieb der Renditeabstand zehnjähriger Bundesanleihen zu laufzeitgleichen US-Treasuries im Vergleich zu Ende März im Ergebnis nahezu unverändert und betrug zuletzt 1,7 Prozentpunkte zugunsten der Renditen von US-Treasuries. Zu dieser Entwicklung trug das aus Sicht der Marktteilnehmer überraschende Votum für einen Austritt des Vereinigten Königreichs aus der EU bei, in dessen Folge Anleger kurzfristig zugunsten internationaler Benchmark-Anleihen umdisponierten. Zudem schätzten internationale Finanzinvestoren unmittelbar nach dem Referendum die globale Konjunkturlage etwas skeptischer ein, was die Notenbanken in den großen Währungsräumen darin bestärkte, vorsichtig zu agieren und die expansive Ausrichtung der Geldpolitik beizubehalten.³⁾ Zuletzt lagen die Renditen zehnjähriger US-Treasuries mit 1,6% um 21 Basispunkte unterhalb ihres Standes von Ende März 2016. Die Zinsen zehnjähriger japanischer Staatsanleihen fielen von niedrigem Niveau aus zeitweise mit – 0,29% auf neue historische Tiefstände und schlossen zum Ende

Trend rückläufiger Anleiherenditen setzt sich fort

2 Zur konjunkturellen Entwicklung im Vereinigten Königreich siehe S. 21.

3 Zu den Maßnahmen der Bank von Japan siehe auch S. 41.

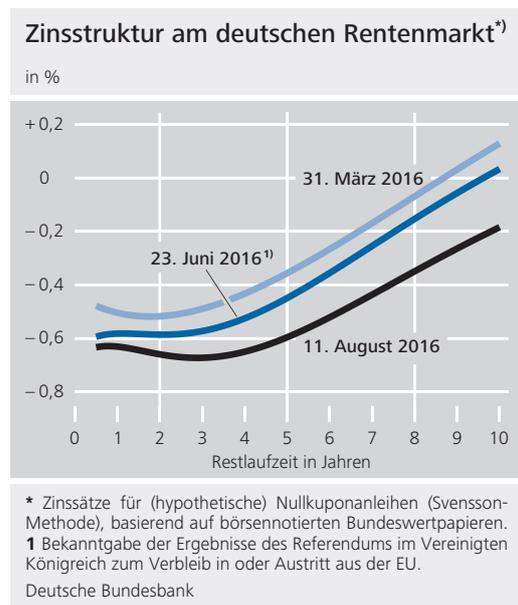
des Berichtszeitraums bei – 0,1%. Die Anleihen der Zentralregierung des Vereinigten Königreichs verzeichneten einen drastischen Renditerückgang von 88 Basispunkten. Zuletzt ermäßigten sie sich im Nachgang zu der geldpolitischen Entscheidung der Bank of England weiter und notierten bei 0,5% auf ihrem historischen Tief.

Rendite von zehnjährigen Bundesanleihen im negativen Bereich

Die zehnjährigen Bundesanleihen rentierten im Vergleich zu Ende März 2016 29 Basispunkte niedriger und standen zuletzt bei – 0,2%. Mitte Juni fiel die Rendite dabei erstmalig in den negativen Bereich und erreichte zwischenzeitlich einen historischen Tiefstand von – 0,24%. Die Bundesanleihe zählt damit zu den wenigen Staatsanleihen unterschiedlicher Länder und Währungsräume, die aktuell in diesem Laufzeitbereich negative Renditen aufweisen. Neben dem zehnjährigen Papier des japanischen Zentralstaats, dessen Rendite erstmalig Ende Februar 2016 bis in den negativen Bereich fiel, rentieren beispielsweise auch laufzeitgleiche Staatsanleihen der Schweiz unterhalb der Nulllinie. Ihre Rendite erreichte Anfang Juli einen historischen Tiefstand von – 0,63% und lag zuletzt bei – 0,6%. In der Währungsunion lagen zudem zehnjährige Anleihen der Niederlande zeitweise geringfügig im negativen Bereich. Die implizite Volatilität von Optionen auf den Bund-Future, die um den Referendumstermin deutlich gestiegen war, sank im Vergleich zu Ende März und lag zum Ende des Berichtszeitraums unter dem fünfjährigen Mittel. In dem Rücklauf der Volatilität kommt die aus Sicht der Marktteilnehmer nachlassende Unsicherheit über den weiteren Verlauf der Anleiherenditen zum Ausdruck.

Zinsstrukturkurve der Bundesanleihen flacher

Die aus den Renditen von Bundeswertpapieren abgeleitete deutsche Zinsstrukturkurve verschob sich unter dem Einfluss der genannten Faktoren seit Ende März nach unten und verflachte im Ergebnis etwas. Bundeswertpapiere mit Restlaufzeiten von bis zu 13 Jahren lagen am aktuellen Rand im negativen Bereich, nachdem Ende März der Übergang zu negativen Renditen noch im achtjährigen Laufzeitsegment



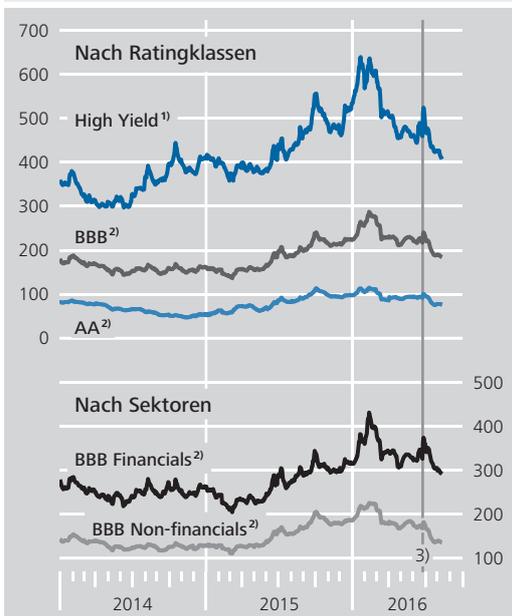
gelegten hatte. Die Renditen zweijähriger Bundeswertpapiere fielen auf – 0,7%. Hierin könnten sich zum Teil Markterwartungen über eine weitere Absenkung des Einlagesatzes widerspiegeln, der aktuell bei – 40 Basispunkten liegt. Ein weiterer Faktor dürfte sein, dass Marktteilnehmer, die keinen Zugang zu der Einlagefazilität haben, liquide Mittel in Form kurzlaufender Papiere halten und dafür bereit sind, eine Prämie zu zahlen. Anleihen bis zu einer Laufzeit von sieben Jahren rentierten zuletzt unterhalb der durch die Einlagefazilität gezogenen Schwelle und können deshalb nach den Vorgaben des Programms zum Ankauf von Wertpapieren des öffentlichen Sektors (Public Sector Purchase Programme: PSPP) zurzeit nicht erworben werden.

Die Renditen von Anleihen anderer EWU-Staaten folgten dem breiten Markttrend und gaben überwiegend ebenfalls nach. Die vorübergehend gestiegene Unsicherheit im Umfeld des Austrittsvotums ließ zwar die Renditeabstände zur deutschen Anleihe temporär steigen. Die mit dem Bruttoinlandsprodukt gewichtete Rendite zehnjähriger EWU-Anleihen (ohne Deutschland) sank im Ergebnis aber um 33 Basispunkte und damit sogar etwas stärker als die der Benchmark-Anleihe des Bundes. Zuletzt erreichten sie einen historischen Tiefstand von 0,72%. Weniger stark vom allgemeinen Trend profitier-

Renditedifferenzen im Euro-Gebiet gesunken

Renditespreads von Unternehmensanleihen in der EWU³⁾

Basispunkte, Tageswerte



Quelle: Thomson Reuters und eigene Berechnungen. * Im Vergleich zu Bundeswertpapieren mit sieben bis zehn Jahren Restlaufzeit. **1** Merrill Lynch-Index über alle Laufzeiten. **2** Jeweils iBoxx-Indizes mit sieben bis zehn Jahren Restlaufzeit. **3** Bekanntgabe der Ergebnisse des Referendums im Vereinigten Königreich zum Verbleib in oder Austritt aus der EU.

Deutsche Bundesbank

ten die Anleihen von Italien und Portugal. Hier preisten Finanzmarktakteure länderspezifische Risiken ein. Die Renditen portugiesischer Staatsanleihen sanken zwar im zehnjährigen Bereich. Der Renditeabstand zu laufzeitäquivalenten Bundesanleihen nahm aber leicht zu. Anleiheinvestoren beurteilen offenbar die von der neuen portugiesischen Regierung beschlossenen Maßnahmen, wie die Reduzierung der Wochenarbeitszeit, die Rücknahme von Lohnkürzungen im öffentlichen Sektor sowie das Aussetzen von Privatisierungen, mit Blick auf die Schuldentragfähigkeit kritisch. Der Umgang mit dem Defizitverfahren seitens Europäischer Kommission und ECOFIN blieb hingegen ohne sichtbare Auswirkungen. Obwohl feststeht, dass die Regierungen von Portugal und Spanien gegen die europäischen Haushaltsregeln verstoßen, wurden keinen Sanktionen verhängt und die Korrekturfristen weiter verlängert. Die nicht zuletzt in der mangelhaften Umsetzung begründete unzureichende Disziplinierungswirkung des Stabilitäts- und Wachstumspakts

könnte bereits im Vorfeld eingepreist worden sein. Die Renditen italienischer Anleihen mit zehnjähriger Laufzeit fielen im Ergebnis geringfügig auf ein Niveau von 1,1%. Ausstrahleffekte von den italienischen Banken, die zum Teil Kapitalerhöhungen benötigen, auf die Finanzierungsbedingungen des Zentralstaats waren somit begrenzt. Im Ergebnis blieb die Zinsdispersion im Euro-Raum nahezu unverändert und befand sich somit weiterhin unterhalb ihres fünfjährigen Mittels. Die rückläufigen Renditen im Euro-Raum sowie der sich einengende Renditeabstand zu Bundesanleihen wurden dabei nicht durch den Rückgang von Kreditausfallrisiken getrieben. Die CDS-Prämien blieben im Vergleich zu Ende März überwiegend unverändert.

Der Markt für Unternehmensanleihen steht stark unter dem Einfluss des Anfang April 2016 beschlossenen und seit 8. Juni 2016 umgesetzten Ankaufprogramms für Wertpapiere aus dem Unternehmenssektor (Corporate Sector Purchase Programme: CSPP), welches das Programm zum Ankauf von Vermögenswerten (APP) erweitert. Erworben werden Schuldtitel von Unternehmen, welche die Zulassungsvoraussetzungen für notenbankfähige Sicherheiten des Eurosystems erfüllen, also Unternehmensanleihen, die nach dem Rahmenwerk des Eurosystems für Bonitätsbeurteilungen (Eurosystem Credit Assessment Framework: ECAF) mindestens ein Rating der „Investment Grade“-Güte aufweisen.⁴⁾ Nicht zugelassen sind Schuldverschreibungen von Emittenten, die der Aufsicht durch den Einheitlichen Aufsichtsmechanismus (Single Supervisory Mechanism: SSM) unterliegen, sowie deren Töchter, das heißt insbesondere Bankanleihen. Unter dem Einfluss des Ankaufprogramms verbesserten sich die Finanzierungsbedingungen von Unternehmen des Realsektors seit Ende März deutlich. So sanken die Renditen nichtfinanzieller europäischer Unternehmen der Ratingklasse BBB (gemäß

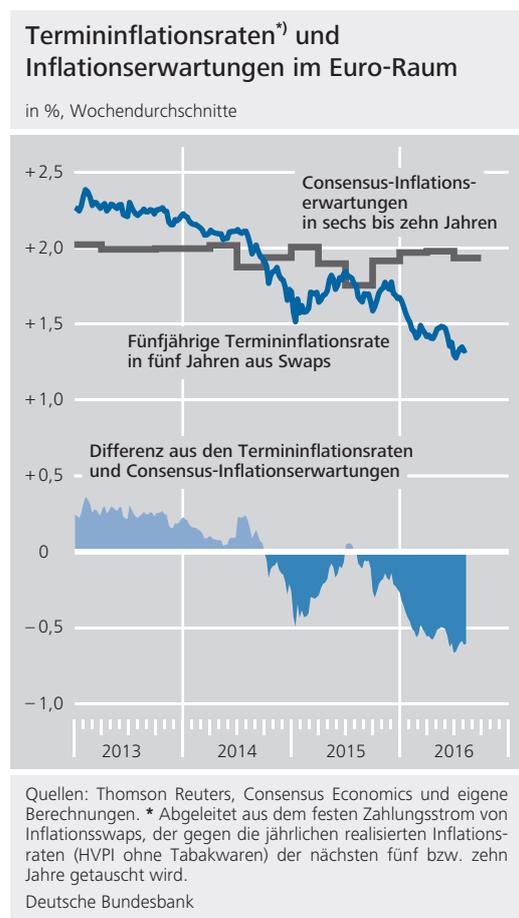
Finanzierungsbedingungen von Unternehmen sehr günstig

⁴ Die Notenbankfähigkeit von Sicherheiten ist im Rahmenwerk für Bonitätsbeurteilungen, dem sog. ECAF geregelt. Vgl.: Deutsche Bundesbank, Das Common Credit Assessment System zur Prüfung der Notenbankfähigkeit von Wirtschaftsunternehmen, Januar 2015, S. 35–48.

dem Durchschnittsrating der Agenturen Fitch, Moody's and Standard & Poor's) mit einer Restlaufzeit von sieben bis zehn Jahren um 70 Basispunkte auf ein rekordtiefes Niveau von gut 1,0%.⁵⁾ Das Fünfjahresmittel liegt mit 2,8% deutlich darüber. Die Zinsaufschläge zu laufzeitäquivalenten Bundesanleihen engten sich ebenfalls ein, und zwar um 42 Basispunkte auf 136 Basispunkte. Hier wurde das Fünfjahresmittel um über 50 Basispunkte unterschritten. Die Kurse von Unternehmensanleihen entwickelten sich damit seit März besser als die von Aktien und Bundesanleihen. Zudem ging der Rückgang der Renditen von Unternehmensanleihen nicht mit gesunkenen Kreditausfallrisiken einher. Diese fielen – gemessen an den Prämien europäischer Kreditausfall-Swaps (itraxx-Index) für den nichtfinanziellen Sektor – nur geringfügig. Zusammengefasst spricht das für ein hohes Bewertungsniveau in diesem Marktsegment. Außerdem gibt es Anzeichen dafür, dass sich die Liquiditätssituation am Markt für Unternehmensanleihen – gemessen an den Transaktionskosten – verschlechterte. Bei finanziellen Unternehmen der EWU verbesserten sich die Finanzierungsbedingungen ebenfalls: Die Renditen finanzieller europäischer Unternehmen der Ratingklasse BBB mit einer Restlaufzeit von sieben bis zehn Jahren sanken im Berichtszeitraum um 79 Basispunkte auf zuletzt 2,6%.⁶⁾ Der Zinsaufschlag zu laufzeitäquivalenten Bundesanleihen engte sich im Ergebnis um 51 Basispunkte ein. Der Kursverfall von Aktien von Unternehmen des Finanzsektors der EWU übertrug sich somit nicht auf den Markt für Bankanleihen. Lediglich im Umfeld des Referendums weitete sich der Renditeabstand um gut 40 Basispunkte aus. Inzwischen hat sich der Spread aber wieder zurückgebildet.

Termininflationsraten im Euro-Raum gesunken

Die aus Inflationsswaps abgeleitete fünfjährige Termininflationsrate in fünf Jahren im Euro-Gebiet ist seit Ende März 2016 im Ergebnis um 9 Basispunkte zurückgegangen und liegt derzeit bei gut 1,3%. Anfang Juni waren die markt-basierten Inflationserwartungen zunächst leicht angestiegen, bevor sie dann unmittelbar nach dem Votum für den Austritt zwischenzeitlich



auf 1,25% nachgaben. Auffällig ist dabei, dass die umfragebasierten Inflationserwartungen, die den Jahresdurchschnitt in sechs bis zehn Jahren erfassen, während des gleichen Zeitraums nahezu unverändert blieben.⁷⁾ In der Differenz zwischen den markt-basierten und den umfragebasierten Werten kommt dabei – neben beispielsweise möglichen Liquiditätsprämien oder Verzerrungen aufgrund von Marktsegmentierungen – auch die Inflationsrisikoprämie zum Ausdruck, die seit einiger Zeit negativ ist. Ein Grund für das zuletzt beobachtete Sinken des Indikators liegt in dem starken Renditerückgang der zehnjährigen Benchmark-Anleihe des Bundes, die besonders stark von „Safe haven“-Zuflüssen betroffen ist. Gleichzeitig sind fünfjährige Anleihen wegen ihrer zu geringen Rendite gegenwärtig nicht für Ankäufe

5 Quelle: Jeweils iBoxx-Indices („financials“, „non financials“) mit sieben bis zehn Jahren Restlaufzeit.
 6 Siehe Fußnote 4 auf S. 44.
 7 Quelle: Consensus Economics, Consensus Forecasts, Jahresdurchschnitt in sechs bis zehn Jahren.

Mittelanlage an den deutschen Wertpapiermärkten

Mrd €

Position	2015		2016	
	2. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	
Schuldverschreibungen				
Inländer	16,5	54,6	64,7	
Kreditinstitute	- 39,4	5,5	- 19,7	
darunter:				
ausländische Schuldverschreibungen	- 5,5	9,3	- 5,8	
Deutsche Bundesbank	36,2	38,3	50,8	
Übrige Sektoren	19,7	10,8	33,6	
darunter:				
inländische Schuldverschreibungen	5,5	- 16,1	5,8	
Ausländer	- 30,9	11,9	- 24,3	
Aktien				
Inländer	10,5	7,8	12,0	
Kreditinstitute	- 2,8	- 9,4	1,9	
darunter:				
inländische Aktien	- 6,8	- 6,9	0,8	
Nichtbanken	13,3	17,3	10,1	
darunter:				
inländische Aktien	1,1	8,6	5,1	
Ausländer	8,9	- 1,5	- 5,2	
Investmentzertifikate				
Anlage in Spezialfonds	24,6	27,1	19,8	
Anlage in Publikumsfonds	2,6	5,7	6,1	
darunter:				
Aktienfonds	- 2,6	- 0,9	0,8	

Deutsche Bundesbank

deutschen Markt unter. Am deutschen Rentenmarkt stieg der Umlauf im Berichtszeitraum somit im Ergebnis um 40½ Mrd €.

Die inländischen Kreditinstitute erhöhten im zweiten Quartal ihre Kapitalmarktverschuldung um 14 Mrd € (nach 23½ Mrd € im ersten Quartal). Emittiert wurden vor allem Schuldverschreibungen der Spezialkreditinstitute (17 Mrd €), in geringerem Umfang aber auch flexibel gestaltbare Sonstige Bankschuldverschreibungen (6½ Mrd €). Dem standen Nettotilgungen von Öffentlichen Pfandbriefen sowie von Hypothekendarlehen in Höhe von 6½ Mrd € beziehungsweise 3 Mrd € gegenüber.

Gestiegene Kapitalmarktverschuldung der Kreditinstitute

Die öffentliche Hand emittierte im Berichtsquartal Anleihen für netto 3½ Mrd €, verglichen mit Nettotilgungen in Höhe von 2 Mrd € im Quartal zuvor; diese Zahlen beinhalten auch die Emissionen von Abwicklungsanstalten deutscher Banken, die statistisch dem öffentlichen Sektor zuzurechnen sind. Der Bund selbst emittierte vor allem unverzinsliche Bubiills (8 Mrd €), in geringerem Umfang auch 30-jährige Anleihen (2 Mrd €). Dem standen Nettotilgungen von Bundesobligationen sowie von zehnjährigen Anleihen in Höhe von 6 Mrd € beziehungsweise 3 Mrd € gegenüber. Die Länder und Gemeinden tilgten im Berichtsquartal im Ergebnis eigene Anleihen für ½ Mrd €.

Nettoemissionen der öffentlichen Hand

des Eurosystems zugelassen, wodurch der Renditerückgang bei fünfjährigen Anleihen im Vergleich zu zehnjährigen Anleiherenditen gedämpft ausfällt. Im Ergebnis könnten die Terminzinsen im Laufzeitbereich zwischen fünf und zehn Jahren und damit mittelbar die Termininflationserwartungen verzerrt sein. Für diese These spricht zumindest der Verlauf der Termininflation, die mit dem Votum des Vereinigten Königreichs für den EU-Austritt zunächst stark sank, bevor sie sich mit dem Abflauen der Unsicherheit wieder leicht erhob.

Inländische Unternehmen begaben im zweiten Quartal Schuldverschreibungen für per saldo 1½ Mrd €. Dabei handelte es sich im Ergebnis weit überwiegend um Titel mit Laufzeiten von über einem Jahr. Die Nettoemissionen waren im Ergebnis ausschließlich auf nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften zurückzuführen (4½ Mrd €), während Sonstige Finanzinstitute Anleihen netto tilgten (- 3 Mrd €). Eine Belebung der Emissionstätigkeit nichtfinanzieller Kapitalgesellschaften am deutschen Markt, deren Anleihen im Rahmen des nun angelaufenen CSPP vom Eurosystem angekauft werden können, zeigt sich in den Zahlen bisher nicht.

Gestiegene Kapitalmarktverschuldung der Unternehmen

Nettoemissionen am deutschen Rentenmarkt

Das Brutto-Emissionsvolumen am deutschen Rentenmarkt belief sich im zweiten Quartal 2016 auf 332½ Mrd €; es lag somit etwas unter dem Wert des Vorquartals (367 Mrd €). Nach Abzug der Tilgungen und unter Berücksichtigung der Eigenbestandsveränderungen der Emittenten wurden im Ergebnis 18½ Mrd € emittiert. Weiterhin brachten ausländische Schuldner Papiere im Wert von 21½ Mrd € am

*Erwerb von
 Schuldver-
 schreibungen*

Als Erwerber am heimischen Anleihenmarkt trat im zweiten Quartal vor allem die Bundesbank in Erscheinung, die im Rahmen der Ankaufprogramme des Eurosystems Rentenwerte für 51 Mrd € erwarb, zum überwiegenden Teil Titel inländischer öffentlicher Emittenten (49½ Mrd €). Heimische Nichtbanken erwarben Schuldverschreibungen für 33½ Mrd €. Dabei standen ausländische Titel stark im Fokus des Anlageinteresses (28 Mrd €). Hingegen trennten sich ausländische Investoren sowie heimische Kreditinstitute von Rentenwerten für per saldo 24½ Mrd € beziehungsweise 19½ Mrd €.

*Internationale
 Aktienmärkte
 unter dem
 Einfluss des
 Referendums
 im Vereinigten
 Königreich*

Die internationalen Aktienmärkte entwickelten sich unter starken Schwankungen insgesamt gesehen positiv. Der marktbreite britische Aktienindex FTSE 350 und der S&P500 in den USA legten seit Ende März deutlich zu (FTSE 350: +10,8% bzw. S&P500: +6,1%) und notierten zuletzt nahe bei beziehungsweise auf historischen Höchstständen. Weniger deutlich stiegen zwar der deutsche CDAX und der breit gefasste Euro Stoxx Index an, mit 5,3% beziehungsweise 2,2% erreichten sie aber gegen Ende des Berichtszeitraums ein Jahreshoch beziehungsweise notierten nur knapp darunter. Lediglich der weitgefaste Aktienindex in Japan (Nikkei 225) blieb im Ergebnis nahezu unverändert. Stark beeinflusst wurde der Verlauf der Aktienkurse im zweiten Quartal vom Referendum im Vereinigten Königreich. Die Ungewissheit über dessen Ausgang und die Folgen eines etwaigen Austritts für die globale Konjunktur führten schon im Vorfeld der Abstimmung zu starken Marktschwankungen. Schließlich setzte sich aber die Erwartung durch, dass sich eine Mehrheit für einen Verbleib in der EU aussprechen werde. Entsprechend deutlich fielen die unmittelbaren Kursverluste nach dem Entscheid für einen Austritt aus der EU aus. Zu den befürchteten Marktverwerfungen kam es indes nicht. Nach den ersten, kräftigen Kursabschlägen in einem sehr volatilen Marktumfeld setzte bei rückläufiger Unsicherheit recht zügig eine Gegenbewegung ein. Bei Abschluss dieses Berichts haben alle großen Indizes ihre nach dem Referendum erlittenen Verluste wieder auf-



geholt. Selbst der breite britische Aktienindex FTSE 350 stieg seit seinem Einbruch nach der Volksabstimmung um 12,3%, was allerdings für einen in Euro kalkulierenden Investor angesichts der spürbaren Euro-Aufwertung von +8,7% deutlich geringere Gewinne bedeutet. Gestützt wurden die Kurse von der Aussicht auf eine weiterhin expansive Geldpolitik und einer Reihe guter Fundamentalfaktoren, wie beispielsweise einer bislang besser als von den Analysten erwartet verlaufenden Unternehmensberichtsaison in den USA. In Japan trugen zudem die zuletzt angekündigten wirtschaftspolitischen Maßnahmen dazu bei, den dortigen breiten Aktienindex wieder zu festigen.

Wichtige Posten der Zahlungsbilanz

Mrd €

Position	2015	2016	
	2. Vj.	1. Vj.	2. Vj. p)
I. Leistungsbilanz	+ 58,5	+ 64,7	+ 73,1
1. Warenhandel ¹⁾	+ 69,4	+ 64,4	+ 78,2
2. Dienstleistungen ²⁾	- 5,9	- 5,7	- 5,2
3. Primäreinkommen	+ 2,1	+ 19,4	+ 4,5
4. Sekundäreinkommen	- 7,1	- 13,5	- 4,4
II. Vermögensänderungsbilanz	+ 1,1	- 0,4	+ 1,6
III. Kapitalbilanz (Zunahme: +)	+ 72,8	+ 22,7	+ 58,3
1. Direktinvestition	+ 3,1	+ 3,8	- 16,1
Inländische Anlagen			
im Ausland	+ 18,5	+ 30,7	+ 12,2
Ausländische Anlagen			
im Inland	+ 15,5	+ 26,9	+ 28,3
2. Wertpapieranlagen	+ 52,7	+ 41,1	+ 65,8
Inländische Anlagen in Wertpapieren ausländischer Emittenten	+ 26,9	+ 47,2	+ 34,2
Aktien ³⁾	+ 10,7	+ 1,3	+ 4,6
Investmentfondsanteile ⁴⁾	+ 8,5	+ 9,7	+ 7,8
darunter:			
Geldmarktfondsanteile	- 1,3	+ 6,2	- 1,3
langfristige Schuldverschreibungen ⁵⁾	+ 11,0	+ 31,2	+ 26,5
darunter:			
denominiert in Euro ⁶⁾	+ 1,4	+ 24,7	+ 17,7
kurzfristige Schuldverschreibungen ⁷⁾	- 3,4	+ 5,0	- 4,8
Ausländische Anlagen in Wertpapieren inländischer Emittenten	- 25,8	+ 6,1	- 31,6
Aktien ³⁾	+ 8,8	- 3,0	- 5,5
Investmentfondsanteile	- 3,6	- 2,8	- 1,8
langfristige Schuldverschreibungen ⁵⁾	- 28,6	- 6,4	- 31,9
darunter: öffentliche Emittenten ⁸⁾	- 18,7	- 10,2	- 39,3
kurzfristige Schuldverschreibungen ⁷⁾	- 2,3	+ 18,3	+ 7,6
3. Finanzderivate ⁹⁾	+ 5,9	+ 4,9	+ 4,0
4. Übriger Kapitalverkehr ¹⁰⁾	+ 11,6	- 28,4	+ 3,9
Monetäre			
Finanzinstitute ¹¹⁾	+ 9,7	- 29,8	- 29,9
Unternehmen und Privatpersonen ¹²⁾	+ 3,3	- 8,9	- 3,6
Staat	+ 4,5	- 0,6	- 4,4
Bundesbank	- 5,9	+ 10,9	+ 41,9
5. Währungsreserven ¹³⁾	- 0,5	+ 1,2	+ 0,8
IV. Statistisch nicht aufgliederbare Transaktionen ¹⁴⁾	+ 13,2	- 41,5	- 16,3

¹⁾ Ohne Fracht- und Versicherungskosten des Außenhandels. ²⁾ Einschl. Fracht- und Versicherungskosten des Außenhandels. ³⁾ Einschl. Genussscheine. ⁴⁾ Einschl. reinvestierter Erträge. ⁵⁾ Langfristig: ursprüngliche Laufzeit von mehr als einem Jahr oder keine Laufzeitbegrenzung. ⁶⁾ Einschl. noch ausstehender DM-Auslandsanleihen. ⁷⁾ Kurzfristig: ursprüngliche Laufzeit bis zu einem Jahr. ⁸⁾ Einschl. Anleihen der früheren Bundesbahn, der früheren Bundespost und der früheren Treuhandanstalt. ⁹⁾ Saldo der Transaktionen aus Optionen und Finanztermingeschäften sowie Mitarbeiteraktioptionen. ¹⁰⁾ Enthält insbesondere Finanz- und Handelskredite sowie Bargeld und Einlagen. ¹¹⁾ Ohne Bundesbank. ¹²⁾ Enthält finanzielle Kapitalgesellschaften (ohne die Monetären Finanzinstitute) sowie nicht-finanzielle Kapitalgesellschaften, private Haushalte und private Organisationen ohne Erwerbszweck. ¹³⁾ Ohne Zuteilung von Sonderziehungsrechten und bewertungsbedingte Änderungen. ¹⁴⁾ Statistischer Restposten, der die Differenz zwischen dem Saldo der Kapitalbilanz und den Salden der Leistungs- sowie der Vermögensänderungsbilanz abbildet.

Deutsche Bundesbank

Der Kursverlauf europäischer Bankaktien blieb über den gesamten Berichtszeitraum hinter der Entwicklung des Gesamtmarkts zurück. Darin spiegeln sich die gesunkenen Gewinnaussichten wider, die sich für Banken seit Ende März – also auch schon deutlich vor dem Referendum – unterdurchschnittlich entwickelten: So revidierten die Analysten Umfragen zufolge (IBES) das für das Jahr 2017 erwartete Dividendenwachstum europäischer Banken zwischen März und August um 10,6% nach unten, während die Erwartungen über das Dividendenwachstum aller im Euro Stoxx enthaltenen Unternehmen nur um 3,3% gesenkt wurden. Vor der Veröffentlichung des EBA-Stresstests standen die Bewertungen der europäischen Banken auch im Zeichen der Unsicherheit über möglichen weiteren Kapitalbedarf. Hinzu kam mit Blick auf einige Banken aus Staaten der EWU-Peripherie die Sorge über den Bestand notleidender Kredite. Nach der Bekanntgabe der Stresstestergebnisse gerieten Finanztitel weiter unter Druck. Zwar zeigte sich, dass im simulierten EBA-Stressszenario die Banken überwiegend ausreichend mit Kapital versorgt sind. In den Fokus der Aufmerksamkeit rückten aber nun wieder strukturelle Faktoren, wie die Ertragslage der Banken, die Anleger auch vor dem Hintergrund des Niedrigzinsumfelds insgesamt als schwach einschätzen, künftige Geschäftsmodelle oder der Bestand an bilanziellen Altlasten. In Italien machten sich zudem Befürchtungen breit, dass die notwendige Kapitalerhöhung für eine italienische Großbank, die von einem Bankenkonsortium organisiert werden soll, Belastungen für andere italienische Institute mit sich bringen könnte. Im Ergebnis notierten europäische Banken bei Berichtsschluss 8,8% niedriger als Ende des ersten Quartals, verglichen mit Kursgewinnen in Höhe von 7,2% für die US-Banken.

Bankaktien besonders belastet

Im Vorfeld des Referendums stieg die Unsicherheit der Marktteilnehmer über die weitere Kursentwicklung deutlich an und erreichte gemessen an den aus Optionen berechneten impliziten Volatilitäten der Aktienindizes Mitte Juni in Deutschland und der EWU neue Jahreshöchst-

Kursunsicherheit zunächst gestiegen, danach jedoch zurückgebildet

stände, die sich dann aber wieder recht zügig zurückbildeten. Die Risikoprämien des europäischen und deutschen Aktienindex veränderten sich indes im Ergebnis über den gesamten Berichtszeitraum kaum.

*Mittelaufnahme
am Aktienmarkt
und Aktien-
erwerb*

Die Emissionstätigkeit am heimischen Aktienmarkt war im zweiten Vierteljahr weiterhin verhalten. Inländische Unternehmen emittierten neue Aktien für ½ Mrd €. Der Umlauf ausländischer Aktien am deutschen Markt stieg im gleichen Zeitraum um 6 Mrd €. Erworben wurden Dividendenpapiere in erster Linie von heimischen Nichtbanken (10 Mrd €), aber auch von inländischen Kreditinstituten (2 Mrd €). Hingegen trennten sich ausländische Investoren von heimischen Dividendenwerten in Höhe von 5 Mrd €.

*Absatz und
Erwerb von
Investment-
zertifikaten*

Inländische Investmentgesellschaften verzeichneten im Berichtsquartal einen Mittelzufluss in Höhe von 26 Mrd €, nach einem Aufkommen von 33 Mrd € in den vorangegangenen drei Monaten. Die neuen Mittel kamen vor allem den institutionellen Anlegern vorbehaltenen Spezialfonds zugute (20 Mrd €). Unter den Anlageklassen konnten vor allem Gemischte Wertpapierfonds (9½ Mrd €), aber auch Rentenfonds (5 Mrd €), Offene Immobilienfonds (4 Mrd €) und Dachfonds (3½ Mrd €) neue Anteile unterbringen. Am deutschen Markt vertriebene Fonds ausländischer Gesellschaften konnten im zweiten Quartal 2016 im Ergebnis neue Mittel für 8 Mrd € akquirieren. Auf der Erwerberseite dominierten die heimischen Nichtbanken, die Anteilscheine für 33½ Mrd € in ihre Portfolios aufnahmen. Hierunter befanden sich in erster Linie heimische Papiere. Inländische Kreditinstitute erwarben Investmentzertifikate für 2 Mrd €, während ausländische Investoren Anteilscheine für 2 Mrd € veräußerten.

■ Direktinvestitionen

Im Unterschied zum grenzüberschreitenden Wertpapierverkehr, der im zweiten Quartal

2016 per saldo Mittelabflüsse im Umfang von 66 Mrd € verzeichnete, ergaben sich im Bereich der Direktinvestitionen Netto-Kapitalimporte, und zwar in Höhe von 16 Mrd €.

*Kapitalimporte
im Bereich
der Direkt-
investitionen*

Das Direktinvestitionsengagement in Deutschland ansässiger Unternehmen im Ausland lag im zweiten Quartal 2016 bei 12 Mrd €. Heimische Investoren stockten vor allem das Beteiligungskapital auf (11½ Mrd €). Hierbei dominierten die grenzüberschreitend getätigten Neuanlagen (9½ Mrd €). Die Forderungen im Kreditverkehr nahmen per saldo hingegen nur leicht zu (½ Mrd €). Der Gewährung von Handelskrediten (3 Mrd €) standen Rückzahlungen bei den Finanzkrediten (2½ Mrd €) gegenüber. Aufgeschlüsselt nach Regionen zeigt sich, dass im Berichtszeitraum hiesige Unternehmen dem Betrag nach größere Investitionen in Luxemburg (3 Mrd €), in der Schweiz (2 Mrd €) und in Belgien (1½ Mrd €) tätigten.

*Heimische
Direkt-
investitionen
im Ausland*

Ausschlaggebend für die Gesamtentwicklung der Direktinvestitionen im zweiten Quartal 2016 war die relativ kräftige Mittelbereitstellung gebietsfremder Eigner an verbundene Unternehmen in Deutschland, in der Höhe von 28½ Mrd €. Durch konzerninterne Kreditdispositionen nahmen die Forderungen ausländischer Investoren gegenüber den verbundenen Unternehmen in Deutschland per saldo um 23½ Mrd € zu. Dies erfolgte fast ausschließlich über die Gewährung von Finanzkrediten an inländische Gesellschaften (23 Mrd €). Ausländische Anleger stockten außerdem ihr Beteiligungskapital um 5 Mrd € auf. Der Löwenanteil entfiel dabei auf Neuanlagen (4½ Mrd €). Daneben reinvestierten ausländische Unternehmen ihre Gewinne im Inland (1 Mrd €). Größere Beträge flossen heimischen Unternehmen aus Luxemburg (9 Mrd €), den Niederlanden (6 Mrd €) und dem Vereinigten Königreich (3 Mrd €) zu. Dies erfolgte hauptsächlich über eine Ausweitung von Finanzkrediten an inländische Muttergesellschaften.

*Ausländische
Direkt-
investitionen
in Deutschland*

Konjunktur in Deutschland

Gesamtwirtschaftliche Lage

*Recht kräftiges
 Wirtschaftswachstum
 im zweiten
 Quartal 2016*

Das Wachstum der deutschen Wirtschaft verlangsamte sich im Frühjahr 2016. Der Schnellmeldung des Statistischen Bundesamtes zufolge stieg das reale Bruttoinlandsprodukt (BIP) im zweiten Vierteljahr saison- und kalenderbereinigt gegenüber dem Vorquartal um 0,4%, nach einem kräftigen Anstieg um 0,7% im Winter. Der Auslastungsgrad der gesamtwirtschaftlichen Kapazitäten war damit nach wie vor überdurchschnittlich. Ausschlaggebend für die schwächere wirtschaftliche Dynamik war ein deutlicher Rückgang der Investitionstätigkeit sowohl bei den Ausrüstungen als auch in der Bauwirtschaft. Zudem wuchs der private Verbrauch weniger stark als zu Jahresbeginn. Der Ausgang des Referendums über den Verbleib des Vereinigten Königreichs in der Europäischen Union (EU) hatte dagegen im Frühjahr noch kei-

nen Einfluss auf die deutsche Wirtschaft. Auch die künftigen Auswirkungen dürften – zumindest in kurzer Frist – recht gering ausfallen.

Die Schwäche der Ausrüstungsinvestitionen dürfte auf eine Gegenbewegung zu dem Investitionsschub zu Jahresbeginn zurückgehen. Dabei wird auch eine Rolle gespielt haben, dass sich die Industriekonjunktur weiterhin nicht nachhaltig belebte. Der Rückgang der Bauinvestitionen war wiederum zum großen Teil witterungsbedingt, denn außergewöhnlich milde Temperaturen hatten im Winter zusätzliche Bauproduktion ermöglicht, die jetzt entfiel. Die langsamere Gangart des privaten Verbrauchs dürfte auch mit dem Umschwung von fallenden zu steigenden Ölpreisen zusammenhängen, denn dadurch schmolzen die zuvor realisierten Kaufkraftgewinne zusammen. Stabilisierend wirkte dagegen die recht kräftige Dynamik bei den Exporten. Ausschlaggebend war hier die erstarkte Nachfrage aus dem Euro-Raum, welche die im zweiten Quartal schwächelnden Impulse aus Drittstaaten kompensieren konnte.

*Sondereinflüsse
 bei den
 Investitionen*

Gesamtwirtschaftliche Produktion

2010 = 100, preis- und saisonbereinigt



Quelle der Ursprungswerte: Statistisches Bundesamt. ¹ Nur kalenderbereinigt.
 Deutsche Bundesbank

Die deutschen Exporte waren im Frühjahr eine wichtige Stütze des Wirtschaftswachstums. Ihre Schwächephase der zweiten Hälfte des Jahres 2015 scheint damit überwunden zu sein. Die Wareneinfuhren stiegen gegenüber dem Vorquartal preis- und saisonbereinigt erneut spürbar an. Dabei waren nach den für April und Mai vorliegenden regionalen Angaben die Ausfuhren in die Länder der Europäischen Währungsunion für das gute Ergebnis maßgeblich. Die Lieferungen in die sonstigen EU-Länder gingen dagegen zurück. Hier stach vor allem ein kräftiger Rückgang der wertmäßigen Ausfuhren in das Vereinigte Königreich heraus, bei dem Wechselkurseffekte eine Rolle gespielt haben dürften. Außerhalb der EU mussten die deutschen Exporteure kräftige Einbußen bei den Lieferungen nach Russland, vor allem aber in die Vereinigten Staaten verkraften. Letzteres könnte mit den Lageranpassungen in den USA zusam-

*Exporte weiterhin wichtiger
 Wachstumsfaktor*

menhängen, die im Regelfall stark auf die Importnachfrage wirken. Ein spürbares Plus war dagegen im China-Geschäft zu verzeichnen. Stark wuchsen – nach dem Stillstand zu Jahresbeginn – auch die Lieferungen in die OPEC-Länder. Dies könnte mit den gestiegenen Rohölnotierungen zusammenhängen.

*Ausrüstungs-
investitionen
rückläufig*

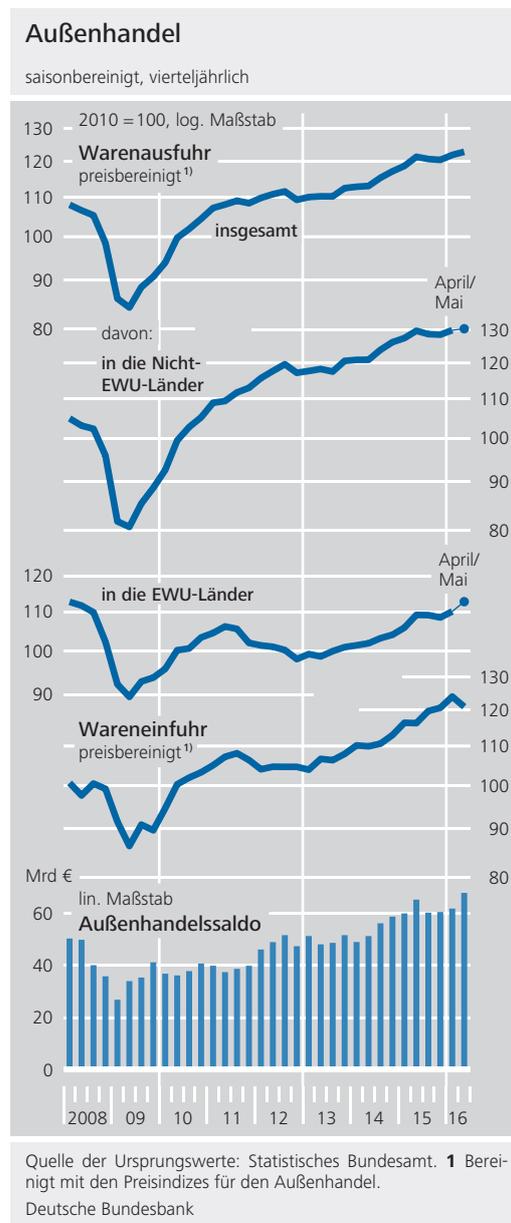
Die Investitionsaktivität schwächte sich im Frühjahr 2016 ab. Dies galt vor allem für die Ausrüstungsinvestitionen: Nach dem starken Jahresauftakt kam es hier zu einer Gegenbewegung. Unter anderem wurde wohl nur zurückhaltend in den Fuhrpark investiert, denn die Zulassungen gewerblicher Kraftfahrzeuge gingen nach einem kräftigen Plus im Vorquartal sehr stark zurück.

*Positive Baukon-
junktur vorüber-
gehend durch
wetterbedingte
Rückpralleffekte
überlagert*

Auch die Bauinvestitionen verloren im Frühjahr deutlich an Schwung. Dies ist zu einem erheblichen Teil auf eine Korrektur des wetterbedingten Produktionsschubs im Winter zurückzuführen. Insgesamt erscheint die gute Baukonjunktur ungebrochen.

*Privater Konsum
durch höhere
Energiepreise
gedämpft*

Der private Konsum war im Frühjahr saisonbereinigt weniger dynamisch als im Vorquartal. Die Rahmenbedingungen sind allerdings weiter vorteilhaft, denn die Einkommens- und Arbeitsmarktperspektiven sind nach wie vor gut. Zusätzliche Unterstützung kommt in diesem Jahr von steigenden staatlichen Transferzahlungen. Ursächlich für die Delle im Frühjahr war vermutlich in erster Linie der Umschwung bei den Rohölnotierungen. Sie waren nach dem starken Rückgang um den Jahreswechsel 2015/2016 zwischenzeitlich spürbar gestiegen und schmälerten die Kaufkraft der privaten Verbraucher. Die Umsätze im Einzelhandel stiegen nur wenig, und in realer Rechnung war sogar ein leichtes Minus zu verzeichnen. Eine Ausnahme bildete lediglich der Sortimentsbereich Schuhe und Bekleidungswaren, wo die Nachfrage – nach einer wohl wetterbedingten Flaute im Winter – kräftig stieg. Nach wie vor günstig dürften sich dagegen die Umsätze im Pkw-Handel auf den privaten Verbrauch ausgewirkt haben. Darauf weist die im Frühjahr zum dritten Mal in Folge



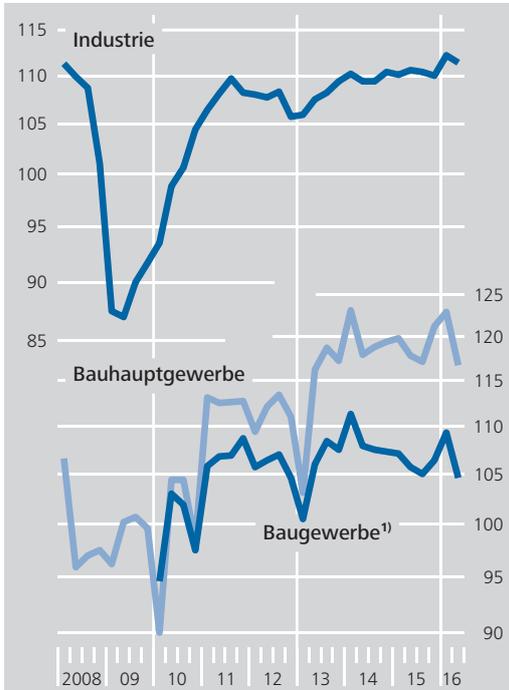
gestiegene Zahl der Kfz-Zulassungen nicht-gewerblicher Halter hin.

Die Einfuhren fielen im Frühjahr saisonbereinigt kräftig. Hier schlug sich die temporär schwache Binnennachfrage nieder. In realer Betrachtung war der Rückgang stärker als nominal, denn die Energiepreise, und damit auch die Importpreise insgesamt, stiegen nach dem Einbruch um den Jahreswechsel wieder. In regionaler Hinsicht war der Rückgang der nominalen Warenimporte recht breit angelegt. Deutlich weniger Waren wurden vor allem aus den Ländern außerhalb der EU nachgefragt. Hier stachen die neuen Industriestaaten Asiens, Russland, die

*Einfuhren kräftig
gefallen*

Produktion in der Industrie und im Baugewerbe

2010 = 100, saisonbereinigt, vierteljährlich, log. Maßstab



Quelle der Ursprungswerte: Statistisches Bundesamt. ¹ Bauhauptgewerbe und Ausbaugewerbe.
 Deutsche Bundesbank

im Vergleich zum Aprilwert leicht und übertraf spürbar seinen langjährigen Durchschnittswert, der als normaler Auslastungsgrad gilt. Dies deutet im Verein mit der zunehmend aufgehellten Geschäftslage und den guten Geschäftserwartungen darauf hin, dass die Industriekonjunktur trotz der jüngsten Gegenbewegung bei der Produktion intakt ist.

Die Erzeugung im Baugewerbe fiel gegenüber dem ersten Quartal 2016 saisonbereinigt überraschend kräftig (-4¼%). Zu einem erheblichen Teil geht dies auf die starke Produktionssteigerung zu Jahresbeginn zurück, die durch außergewöhnlich milde Witterungsverhältnisse begünstigt wurde. Offenbar führte dies nicht zu zusätzlicher Produktion, was vor dem Hintergrund der guten Auftragslage nahe gelegen hätte. Vielmehr wurden wohl Bauaktivitäten lediglich zeitlich vorgezogen und entfielen daher in den Frühjahrsmonaten. Im Bauhauptgewerbe war dieser Rückpralleffekt besonders stark.

Bauleistung sinkt überraschend kräftig

OPEC-Länder, die Vereinigten Staaten und China besonders heraus.

■ Sektorale Tendenzen

Die Industrieproduktion ging im zweiten Vierteljahr spürbar zurück. Der Stand des Vorquartals wurde saisonbereinigt um ¾% verfehlt. Damit verringerte sich die Lücke zwischen der industriellen Fertigung, die zu Jahresbeginn unerwartet kräftig gestiegen war, und der verhaltenen Auftragsentwicklung im Winterhalbjahr. Ein Minus mussten dabei die Produzenten der Vorleistungs- und der Investitionsgüter verzeichnen; die deutschen Maschinenbauer hatten hier mit 2¾% den stärksten Rückgang zu beklagen. Lediglich die Konsumgüterhersteller konnten ihre Ausbringung leicht steigern.

Die rückläufige Entwicklung in der Industrie im zweiten Vierteljahr spiegelte sich nur bedingt in den industrienahen Dienstleistungsbranchen wider. So signalisieren die Konjunkturindikatoren lediglich eine Seitwärtsbewegung, aber keinen Rückgang beim Umsatzvolumen im Großhandel. Laut Umfrage des ifo Instituts verbesserte sich die Lageeinschätzung im Großhandel im zweiten Quartal sogar. Auch in anderen Dienstleistungssektoren hellte sich die Beurteilung der Lage etwas auf. Leicht rückläufig dürften sich allerdings die Umsätze im Kfz-Handel entwickelt haben, denn die Zahl der zugelassenen Kraftwagen ging im zweiten Vierteljahr – nach einem ganz erheblichen Anstieg zu Jahresbeginn – kräftig zurück. Der Einzelhandel verzeichnete nach bereits im Vorquartal schwachem Wachstum in der Berichtsperiode keine weiteren Umsatzsteigerungen.

Dienstleistungskonjunktur bleibt robust

Industrieproduktion spürbar im Minus, ...

... aber Industriekonjunktur dennoch intakt

Der Nutzungsgrad der Sachanlagen im Verarbeitenden Gewerbe lag Angaben des ifo Instituts zufolge im Juli bei 84¾%. Damit stieg er

Beschäftigung und Arbeitsmarkt

Positive Arbeitsmarktentwicklung im Frühjahr fortgesetzt

Die Lage am Arbeitsmarkt stellte sich nach wie vor sehr günstig dar. Sowohl die Erwerbstätigkeit als auch die Zahl der offenen Stellen erhöhten sich erneut. Wie schon in den vorangegangenen Quartalen war dies vor allem auf die sehr günstige Entwicklung bei den sozialversicherungspflichtigen Stellen zurückzuführen. Die konjunkturelle Grundtendenz der Arbeitslosigkeit war ebenfalls positiv. Allerdings stieg durch die zunehmende Zahl von Asylentscheidungen die Zahl der Flüchtlinge, die sich arbeitssuchend melden. Dass die registrierte Arbeitslosigkeit insgesamt dennoch weiter abnahm, lag am zunehmenden Einsatz arbeitsmarktpolitischer Instrumente.

Nahezu gleichbleibend günstige Beschäftigungsentwicklung

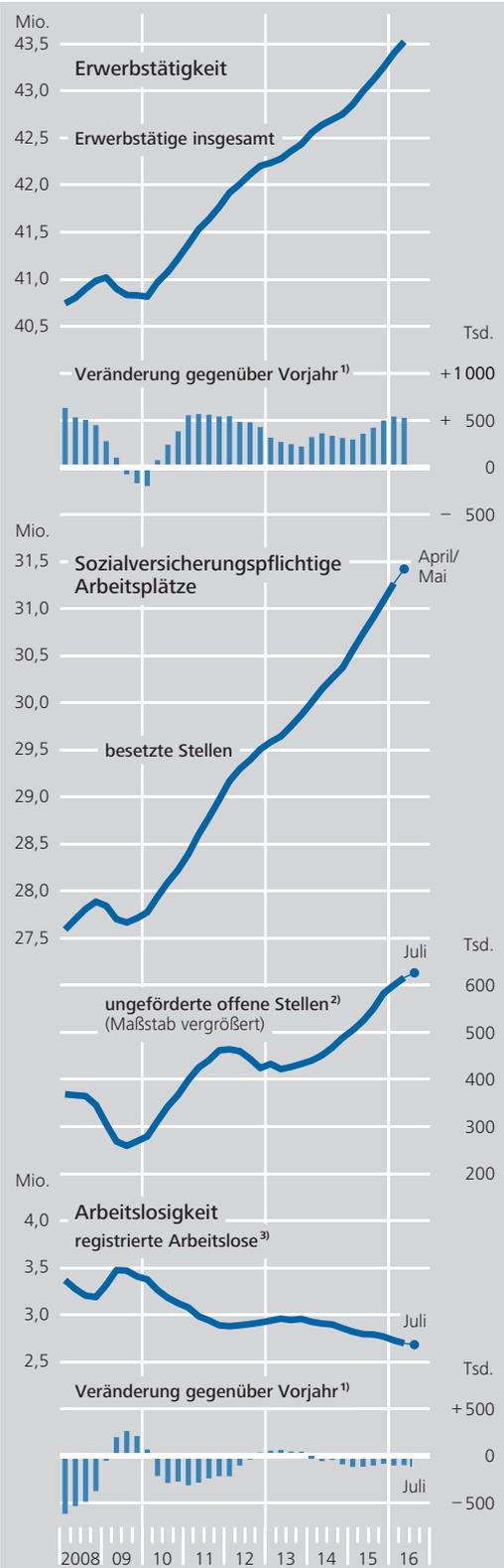
Die Erwerbstätigkeit im Inland expandierte im zweiten Quartal 2016 saisonbereinigt um 121 000 Personen oder 0,3%. Somit fiel der Zuwachs etwas moderater aus als im Winter. Dabei nahm erneut vor allem die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung zu. Gemäß den ersten Schätzungen der Bundesagentur für Arbeit (BA) stieg die Zahl der sozialversicherungspflichtig beschäftigten Arbeitnehmer allein in den ersten beiden Frühjahrsmonaten schätzungsweise um 0,4% (oder 131 000 Personen) gegenüber dem Durchschnitt der Wintermonate. Der seit der Einführung des allgemeinen gesetzlichen Mindestlohns Anfang 2015 rückläufige Trend bei der ausschließlich geringfügigen Beschäftigung kam dagegen zuletzt zum Stillstand. Die Zahl der Selbständigen dürfte leicht gesunken sein.

Zunahme vor allem in einigen Dienstleistungsbereichen

In sektoraler Hinsicht wurden zuletzt erneut vor allem im Bereich der wirtschaftlichen Dienstleistungen und des Gesundheits- und Sozialwesens sozialversicherungspflichtige Stellen geschaffen. Beide Sektoren waren zusammen für etwa die Hälfte des Beschäftigungsanstiegs verantwortlich. In der öffentlichen Verwaltung erfolgten bereits das dritte Quartal in Folge in nennenswertem Umfang Neueinstellungen. Der Stellenzuwachs im Baugewerbe schwächte sich nach

Arbeitsmarkt

saisonbereinigt, vierteljährlich



Quellen der Ursprungswerte: Statistisches Bundesamt und Bundesagentur für Arbeit. **1** Nicht saisonbereinigt. **2** Ohne Saisonstellen und ohne Stellen mit Arbeitsort im Ausland. **3** Ab Mai 2009 Arbeitslose ohne Personen, mit deren Vermittlung Dritte neu beauftragt wurden.

Deutsche Bundesbank

dem starken Winterhalbjahr allerdings deutlich ab. Auch im Verarbeitenden Gewerbe wurde nur zögerlich eingestellt.

Zusätzliche Arbeitsnachfrage zum beträchtlichen Teil aus Zuwanderung gedeckt

Die hohe Arbeitsnachfrage wird weiterhin zu einem beträchtlichen Teil durch Zuwanderung gedeckt. Nach der jüngst vorgelegten Wanderungsstatistik des Statistischen Bundesamtes für das Jahr 2015 stieg die bereits zuvor hohe Zahl an (Netto-)Zuzügen aus den EU-Staaten nochmals leicht auf 333 000 an. Allein 260 000 Personen kamen aus osteuropäischen EU-Ländern. Gemäß den Angaben des Zuwanderungsmonitors des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) ging innerhalb der letzten 12 Monate bis Mai 2016 etwas mehr als die Hälfte des Zuwachses an sozialversicherungspflichtig oder geringfügig Beschäftigten auf Personen mit ausländischer Staatsangehörigkeit, überwiegend aus EU-Staaten, zurück. Der Zuzug der Flüchtlinge schlug sich dagegen bislang kaum in zusätzlicher Beschäftigung nieder, da viele anfangs nur eingeschränkt am deutschen Arbeitsmarkt einsetzbar sind: Die Zahl der sozialversicherungspflichtig oder geringfügig Beschäftigten aus den wichtigsten Kriegs- und Krisenländern Asiens und Afrikas erhöhte sich gegenüber dem Vorjahresmonat um lediglich 32 000.¹⁾

Mehr unterbeschäftigte Flüchtlinge, aber Arbeitslosigkeit sinkt weiter dank guter Konjunktur und arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen

Die registrierte Arbeitslosigkeit verringerte sich im Frühjahr leicht. Im Durchschnitt des Berichtsquartals waren in saisonbereinigter Rechnung 2,70 Millionen Personen arbeitslos gemeldet, 31 000 weniger als im Durchschnitt der Wintermonate. Die zugehörige Quote verminderte sich um 0,1 Prozentpunkte auf 6,1%. Der Rückgang spiegelt die nach wie vor recht kräftige konjunkturelle Grundtendenz wider. Im Zusammenhang mit der zunehmenden Zahl von Flüchtlingen, die dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen, wurde der Einsatz arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen erheblich ausgeweitet. Dies verdeckt die steigende Zahl unterbeschäftigter Flüchtlinge in der Arbeitslosenstatistik. Die gesamte Unterbeschäftigung (ohne Kurzarbeit) nach dem von der BA entwickelten Konzept – diese zählt auch Personen mit, die wegen

ihrer Teilnahme an einer arbeitsmarktpolitischen Maßnahme nicht als Arbeitslose erfasst werden – erhöhte sich im Laufe des Frühjahres um etwa 30 000 Personen. Diese Entwicklungen setzten sich im Juli fort: Die Arbeitslosenzahl sank weiter, während die Unterbeschäftigung stieg.

Im Juni legte die BA erstmals spezifische Arbeitsmarktstatistiken zu den Flüchtlingen vor.²⁾ Demnach waren im Juni 297 000 anerkannte Flüchtlinge, Asylbewerber oder Geduldete als arbeitssuchend gemeldet, davon waren 131 000 arbeitslos. Die anderen Arbeitssuchenden standen dem Arbeitsmarkt aufgrund von Integrations- oder arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen nicht zur Verfügung oder waren in einem Umfang von mehr als 15 Wochenstunden erwerbstätig und wurden daher nicht zu den Arbeitslosen gezählt. Mehr als drei Viertel der genannten Arbeitslosen waren anerkannte Flüchtlinge. Diese erhalten bei Hilfebedürftigkeit – dies ist ganz überwiegend der Fall – Arbeitslosengeld II nach SGB II und werden von den Jobcentern betreut.

Erstmals Arbeitsmarktdaten für Flüchtlinge verfügbar

Die positive Beschäftigungsentwicklung dürfte sich in den nächsten Monaten fortsetzen. Die wichtigsten Frühindikatoren der Erwerbstätigkeit – ifo Beschäftigungsbarometer, IAB-Arbeitsmarktbarometer Beschäftigung sowie der Stellenindex der Bundesagentur für Arbeit (BA-X) – blieben in den letzten Monaten sehr stabil. Auch die DIHK-Umfrage vom Frühsommer zu den Personalplänen der Unternehmen, die einen etwas weiteren Zeithorizont von 12 Monaten umfasst, blieb gegenüber der vorherigen

Anhaltend positive Beschäftigungsaussichten

¹ Siehe: IAB (2016), Zuwanderungsmonitor Juli 2016, Aktuelle Berichte des IAB. Zu den wichtigsten Kriegs- und Krisenländern rechnet das IAB die Staaten Syrien, Irak, Iran, Afghanistan und Pakistan sowie aus Afrika die Länder Eritrea, Nigeria und Somalia.

² Die bisherige Berichterstattung mit Bezug auf Personen mit einer Staatsangehörigkeit eines der wichtigsten Asylherkunftsländer (unabhängig vom tatsächlichen Status und ohne Berücksichtigung von Flüchtlingen aus anderen Ländern) wurde ergänzt durch die systematische Erfassung des Merkmals „Aufenthaltsstatus“ in den Statistiken der BA. Siehe: BA, Geflüchtete Menschen in den Arbeitsmarktstatistiken – Erste Ergebnisse, Hintergrundinformationen, Juni 2016.

Befragung unverändert positiv. Mehr ungeförderde offene Stellen bei der BA vermeldete neben dem Bereich der wirtschaftlichen Dienstleistungen vor allem die öffentliche Verwaltung. Aber auch im Verarbeitenden Gewerbe und im Baugewerbe vergrößerte sich der gemeldete Stellenbedarf. Die Teilkomponente des umgestalteten IAB-Arbeitsmarktbarometers, die die Entwicklung der Arbeitslosigkeit in den nächsten drei Monaten projiziert, hat sich zuletzt leicht erhöht. Sie liegt nunmehr geringfügig oberhalb der neutralen Schwelle, was auf eine weitere leichte Verringerung der registrierten Arbeitslosigkeit in den nächsten Monaten hindeutet. Hierbei dürfte entscheidend sein, dass im Zusammenhang mit den Flüchtlingen eine weitere Ausweitung der Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik erwartet wird, weshalb sich die zunehmenden Arbeitsmarkteintritte von Flüchtlingen zunächst weniger stark auf die Entwicklung der Arbeitslosigkeit auswirken.

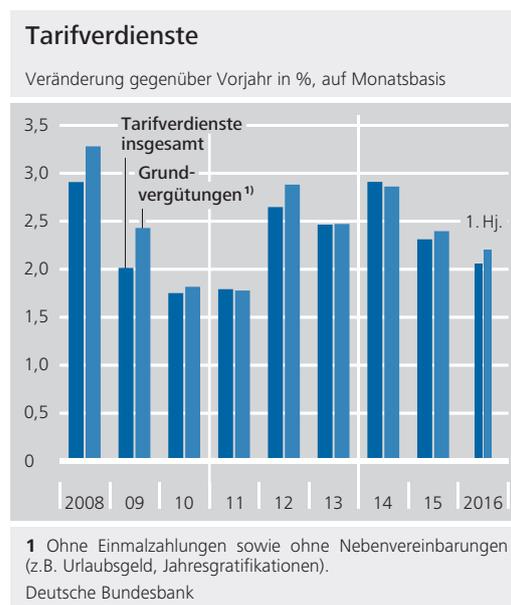
■ Löhne und Preise

Tarifverdienstanstieg auch im zweiten Quartal 2016 verhalten

Die Tarifverdienste insgesamt (einschl. Einmalzahlungen und Nebenvereinbarungen) legten im Frühling 2016 mit +2,2% gegenüber dem Vorjahr wie bereits im Winterquartal 2016 nur verhalten zu. Gründe waren neben den moderaten Lohnerhöhungen der laufenden Tarifrunde, die zudem zum Teil erst nach „Nullmonaten“ verzögert in Kraft treten, negative Basiseffekte aufgrund von Einmal- und Sonderzahlungen im Vorjahresquartal und niedrige Stufenanhebungen aus Tarifvereinbarungen früherer Lohnrunden. Auch die tariflichen Grundvergütungen stiegen im zweiten Quartal mit +2,1% weiter nur verhalten.

Überwiegend moderate Abschlüsse in der laufenden Tarifrunde

Bisher wurden im laufenden Jahr für knapp 8 Millionen Tarifbeschäftigte neue Entgelttarifverträge abgeschlossen. Umgerechnet auf 12-Monats-Basis entsprechen die vereinbarten Volumina einem moderaten Entgeltplus von etwas weniger als 2 1/2%. In manchen Branchen wurden ergänzende Vereinbarungen getroffen, die die Lohnkosten weiter erhöhten und daher



die Entgeltsteigerungen gebremst haben dürften. So wird es beispielsweise Beitragsanhebungen für bestimmte Zusatzversorgungskassen im Öffentlichen Dienst des Bundes und der Gemeinden geben, und im Bauhauptgewerbe übernehmen die Arbeitgeber in stärkerem Maß Verpflegungs- und Übernachtungskosten.

Die Mindestlohnkommission empfahl der Bundesregierung einstimmig, den allgemeinen gesetzlichen Mindestlohn ab Januar 2017 auf 8,84 € je Stunde anzuheben. Dies entspräche einem Lohnplus von 4% für die Betroffenen. Die Grundlage hierfür bildete die allgemeine Tarifverdienstentwicklung von Januar 2015 bis Ende Juni 2016, gemessen anhand des Tarifindex des Statistischen Bundesamtes ohne Sonderzahlungen auf Stundenbasis.³⁾ Die Bundesministerin für Arbeit und Soziales kündigte an, diese Empfehlung umsetzen zu wollen.

Anhebung des Mindestlohns auf 8,84 € je Stunde ab 2017

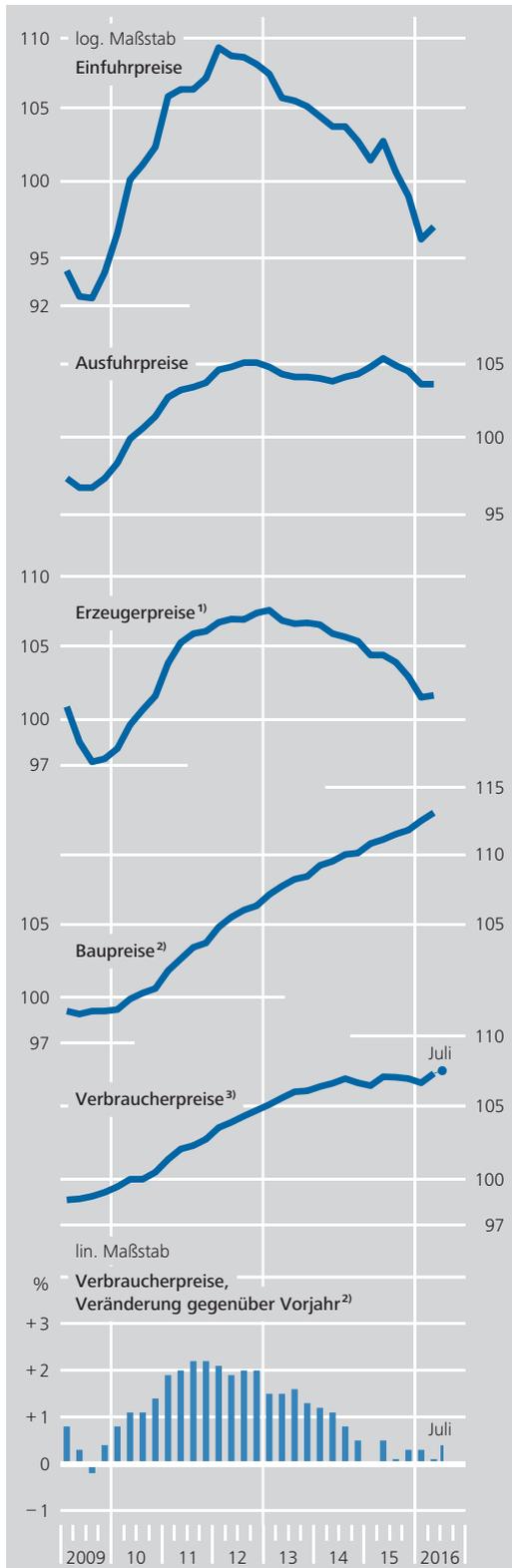
Im zweiten Quartal 2016 setzte sich der Rückgang der Preise nicht weiter fort, sondern die höheren Rohölnotierungen führten auf fast allen Absatzstufen im Vergleich zum Vorquartal zu kräftigen Verteuerungen. Ohne Energie blieb

Preise vor allem wegen Energie auf nahezu allen Absatzstufen gestiegen

³ Die bis zum Stichtag z.T. noch nicht ausgezahlte Tarifanhebung für die Beschäftigten des Öffentlichen Dienstes des Bundes und der Kommunen wurde von der Kommission mit eingerechnet, da sie vor Juni 2016 rechtswirksam wurde.

Einfuhr-, Ausfuhr-, Erzeuger-, Bau- und Verbraucherpreise

2010 = 100, saisonbereinigt, vierteljährlich



Quelle der Ursprungswerte: Statistisches Bundesamt. **1** Erzeugerpreisindex gewerblicher Produkte im Inlandsabsatz. **2** Nicht saisonbereinigt. **3** Verbraucherpreisindex in nationaler Abgrenzung.
 Deutsche Bundesbank

die Grundtendenz dagegen verhalten, wobei sich der Rückgang auf den vorgelagerten Stufen merklich abschwächte. Auf der Verbraucherstufe verstärkte sich der Preisanstieg zwar auch ohne Energie etwas. Dies war aber weitgehend auf außergewöhnliche Einflüsse zurückzuführen.

Die Einfuhrpreise stiegen im Frühjahr saisonbereinigt deutlich an, vor allem weil Energie sich im Zuge der wieder anziehenden Rohölnotierungen kräftig verteuerte. Ohne Energie kam der spürbare Preisrückgang der Vorquartale mehr oder weniger zum Stillstand. Ausschlaggebend dafür war, dass durch anziehende Notierungen für Metalle und Erze die ausgeprägt negative Preistendenz bei Vorleistungen so gut wie zum Erliegen kam. Importierte Konsum- und Investitionsgüter verbilligten sich dagegen wohl auch wegen der leichten Aufwertung des Euro weiter. Die gewerblichen Erzeugerpreise beendeten die Abwärtsbewegung der letzten Quartale und entwickelten sich seitwärts. Aufgrund des geringeren Wägungsanteils von Mineralölprodukten fiel der Anstieg der Rohölnotierungen nicht so kräftig ins Gewicht wie auf der Einfuhrstufe. Er wurde außerdem dadurch aufgewogen, dass der Preisrückgang bei anderen Gütern anhielt, auch wenn er im Gegensatz zu den Vorquartalen nur noch gering ausfiel. Im Vergleich zum Vorjahresquartal sanken die Preise auf der gewerblichen Erzeugerstufe insgesamt allerdings um 2,6% und damit kaum weniger als im Quartal zuvor. Auf der Einfuhrstufe weitete sich der negative Vorjahresabstand sogar leicht auf 5 ½% aus. Da die Exportpreise binnen Jahresfrist weniger stark als die Importpreise zurückgingen, verbesserte sich das außenwirtschaftliche Tauschverhältnis deutlich.

Negative Preistendenz auf der Einfuhr- und Erzeugerstufe ohne Energie merklich abgeschwächt

Die Baupreise stiegen im zweiten Vierteljahr gegenüber dem Vorjahr mit + 2,1% zwar immer noch moderat, aber etwas stärker an als in den Quartalen zuvor. Auf dem Immobilienmarkt verstärkte sich der Preisauftrieb im Verlauf des ersten Halbjahres 2016 spürbar. Laut dem Verband deutscher Pfandbriefbanken (vdp) erhöhten sich

Anstieg der Baupreise etwas und der Häuserpreise spürbar verstärkt

die Preise für selbst genutztes Wohneigentum im Durchschnitt der ersten beiden Jahresviertel um 5½% über den Vorjahresstand, nach 4½% im Jahr 2015.

Merklicher Preisanstieg auf der Verbraucherstufe wegen Energie und Sonderfaktoren

Die Verbraucherpreise stiegen im Frühjahr gegenüber dem Vorquartal saisonbereinigt um 0,6%. Dies war zur Hälfte auf höhere Energiepreise infolge der gestiegenen Rohölnotierungen zurückzuführen. Ohne Energie verstärkte sich der Preisanstieg zwar ebenfalls etwas, das lag aber vor allem an Sonderfaktoren. So lässt sich der Preissprung bei gewerblichen Waren ohne Energie zum größten Teil durch Schwankungen der Preise für Bekleidung und Schuhe erklären, deren Volatilität in den letzten Jahren deutlich zugenommen hat. Darüber hinaus führte eine Anpassung des Mindeststeuersatzes zu höheren Preisen für Tabakwaren. Nahrungsmittel und Dienstleistungen einschließlich Mieten verteuerten sich dagegen nur moderat. Da der Preisanstieg im Frühjahr 2015 ebenfalls sehr kräftig ausgefallen war, reduzierte sich die Vorjahresrate beim nationalen Verbraucherpreisindex (VPI) von + 0,3% auf + 0,1%. In der harmonisierten Abgrenzung (HVPI) waren es 0,0%, nach + 0,1%. Ohne Energie verharrten die Raten bei rund + 1%.

Preise im Juli mit Seitwärtsbewegung

Im Juli blieben die Verbraucherpreise saisonbereinigt auf dem Stand des Vormonats. Zwar verbilligten sich Mineralölprodukte infolge der fallenden Rohölnotierungen deutlich. Gleichzeitig verteuerten sich aber unverarbeitete Nahrungsmittel wohl wegen der ungünstigen Witterungsverhältnisse spürbar. Die Preise gewerblicher Waren und von Dienstleistungen änderten sich kaum. Mieten verteuerten sich weiterhin nur moderat. Gegenüber dem Vorjahr betrug die Veränderungsrate sowohl beim VPI als auch beim HVPI + 0,4%, nach + 0,3% beziehungsweise + 0,2%. Ohne Energie waren es jeweils + 1,3%, nach jeweils + 1,1%. Gemäß den jüngsten Terminnotierungen für Rohöl dürfte die Gesamtrate in den kommenden Monaten zwar auf einem ähnlichen Niveau verbleiben, Anfang 2017 aber wieder über 1% liegen.

Auftragslage und Perspektiven

Die deutsche Wirtschaft dürfte auch im Sommer im Einklang mit der recht kräftigen konjunkturellen Grundtendenz expandieren. Ungeachtet des schwachen Auftragszuflusses im zweiten Vierteljahr verbesserte sich die Stimmung in der deutschen Industrie spürbar. Vor dem Hintergrund der intensiven öffentlichen Debatte über die wirtschaftlichen Auswirkungen des angekündigten Austritts des Vereinigten Königreichs aus der EU haben sich bis jetzt die positiven Erwartungen der deutschen Unternehmen nur geringfügig getrübt. Dies stützt die Einschätzung, dass sich die wirtschaftlichen Folgen des Brexit-Votums für Deutschland – zumindest in kurzer Frist – wohl in engen Grenzen halten werden. Die positiven Erwartungen der Unternehmen im Hinblick auf die Exporttätigkeit sprechen dafür, dass die Ausfuhren im dritten Vierteljahr ebenfalls solide wachsen werden. Insgesamt dürfte die Industrieproduktion im Sommerquartal wieder spürbar zum gesamtwirtschaftlichen Wachstum beitragen. Aufgrund der bereits überdurchschnittlich ausgelasteten Kapazitäten dürfte dies wieder mehr Investitionen in Ausrüstungen und Maschinen nach sich ziehen. Überdies sollte auch von den Bauinvestitionen im dritten Vierteljahr ein gewisser Schub kommen, nachdem die wetterbedingten Rückpralleffekte in der Bauwirtschaft ausgelaufen sind. Darauf deutet die gute Stimmungs- und Auftragslage im Bausektor hin. Ferner dürfte der private Verbrauch nach der Delle im Frühjahr wieder ein maßgeblicher binnenwirtschaftlicher Wachstumstreiber sein: Die Einkommensperspektiven der Arbeitnehmer sowie die Arbeitsmarktsituation sind weiterhin günstig, und die Rohölpreise haben ihren Anstieg zuletzt nicht fortgesetzt, sondern sind gefallen.

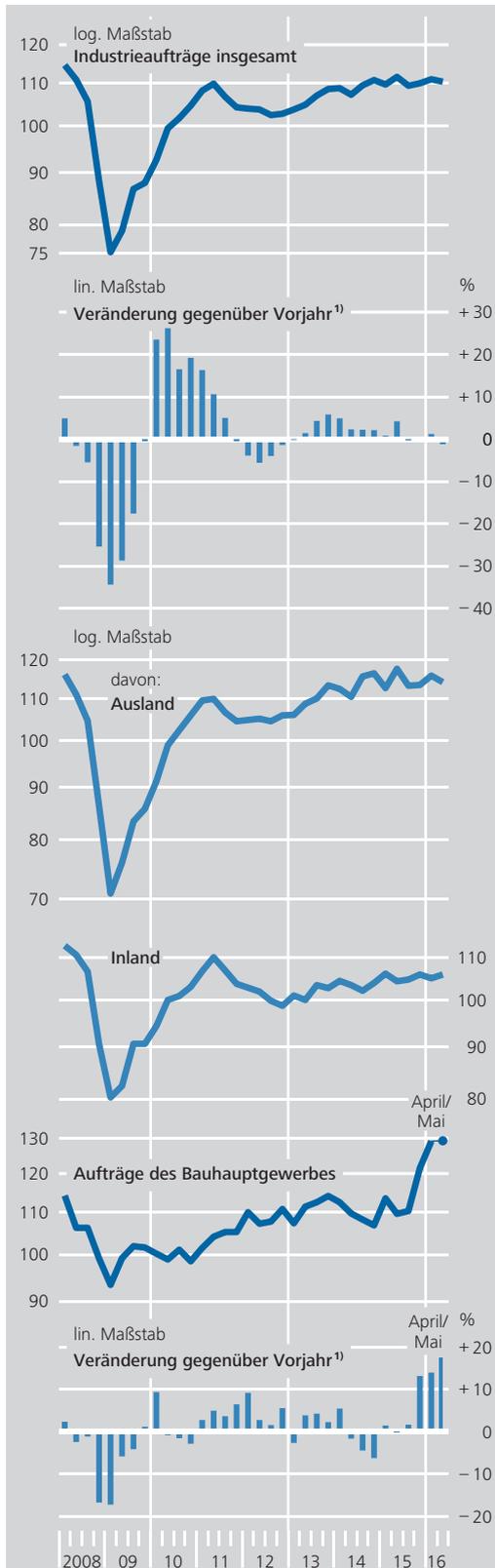
Recht kräftiges Wachstum im Sommerquartal

Die realwirtschaftlichen Auswirkungen des angekündigten Austritts Großbritanniens aus der EU für Deutschland sind gegenwärtig schwer einzuschätzen. Die künftigen Rahmenbedingungen der wirtschaftlichen Kooperation sind noch unbekannt, und die Verhandlungen darü-

Brexit verunsicherte deutsche Unternehmen und Konsumenten nur wenig, ...

Nachfrage nach Industriegütern und Bauleistungen

Volumen, 2010 = 100, saisonbereinigt, vierteljährlich



Quelle der Ursprungswerte: Statistisches Bundesamt. 1 Nur kalenderbereinigt.
 Deutsche Bundesbank

ber werden vermutlich mehrere Jahre dauern. Kurzfristige Auswirkungen könnten sich zum Beispiel über eine Verunsicherung der deutschen Unternehmen und Verbraucher ergeben, wenn dadurch Investitions- und Konsumentscheidungen aufgeschoben werden. Die jüngsten Umfrageergebnisse sprechen aber dafür, dass dies bislang kaum der Fall ist: Die Geschäftserwartungen im Verarbeitenden Gewerbe sind – Angaben des ifo Instituts zufolge – nach dem Referendum im Vereinigten Königreich zwar gesunken, befinden sich aber weiterhin im positiven Bereich und sind nach wie vor besser als im ersten Vierteljahr 2016. Die Produktions- und Exporterwartungen in der Industrie verschlechterten sich ebenfalls nur geringfügig. Im Großhandel und im sonstigen Dienstleistungssektor ohne Handel war nach Umfragen des ifo Instituts zuletzt sogar eine leichte Verbesserung der Geschäftserwartungen zu verzeichnen. Laut einer Sonderumfrage der Industrie- und Handelskammern⁴⁾ planen die meisten Unternehmen in Deutschland zudem nicht, ihre Investitionen und die Beschäftigtenzahl während der Verhandlungsphase zwischen dem Vereinigten Königreich und der EU zu reduzieren. Auch blieben die privaten Verbraucher zuversichtlich. Der von der Gesellschaft für Konsumforschung (GfK) geschätzte Konsumklima-Indikator für August blieb gegenüber Juli fast unverändert. Die eigene Arbeitsplatzsicherheit sehen die meisten von der GfK befragten Beschäftigten durch den Ausgang des Brexit-Referendums nicht gefährdet.

Ein gewisser Einfluss könnte sich allerdings bereits in kurzer Frist über den Außenhandel ergeben, da dieser durch Wechselkursveränderungen und die erhöhte Unsicherheit im Vereinigten Königreich beeinflusst wird. Letztere führt dort zu Nachfrageausfällen, die auch die Importe und damit die deutschen Exporte

... aber bereits in kurzer Frist gewisser negativer Einfluss auf Außenhandel möglich

⁴ In der Zeit vom 27. bis zum 29. Juni 2016 befragten die Industrie- und Handelskammern 5 672 Unternehmen in Deutschland zu den realwirtschaftlichen Auswirkungen des Brexit-Votums. Siehe hierzu auch: Pressemeldung des Deutschen Industrie- und Handelskammertags vom 7. Juli 2016; aufrufbar unter <http://www.dihk.de/presse/meldungen/2016-07-07-blitzumfrage-brexit>

dämpfen. Im Jahr 2015 exportierte Deutschland Waren im Wert von 89,3 Mrd € in das Vereinigte Königreich. Die Bruttowertschöpfung dieser Exporte entspricht etwa 2% der gesamtwirtschaftlichen Leistung Deutschlands, woran die Kfz-Branche einen besonders großen Anteil hat. Den negativen Auswirkungen der kräftigen Abwertung des britischen Pfunds auf die deutschen Ausfuhren stehen die positiven Effekte der Abwertung des Euro gegenüber vielen anderen Währungen entgegen. Darüber hinaus kann die deutsche Wirtschaft beispielsweise betroffen sein, wenn der anvisierte EU-Austritt des Vereinigten Königreichs die grenzüberschreitenden Investitionsströme und die Wanderungen der Arbeitnehmer beeinflusst.

*Auftrags-
eingänge in der
Industrie trotz
höherer Bestel-
lungen aus dem
Euro-Raum rück-
läufig*

Der Auftragseingang in der Industrie verringerte sich im Frühjahr saisonbereinigt um ½%. Während zu Jahresbeginn noch die Impulse aus Drittstaaten dominierten, stiegen im zweiten Quartal die Bestellungen aus dem Euro-Raum erheblich. Hiervon konnten vor allem die deutschen Investitionsgüterhersteller profitieren. Es gab auch deutlich mehr Orders aus dem Inland, insbesondere bei Vorleistungs- und Konsumgütern. Die Aufträge aus Drittstaaten gingen dagegen kräftig zurück. Ausschlaggebend für den Umschwung in der regionalen Herkunft des Auftragsstroms waren Großbestellungen, denn sie fehlten aus Drittstaaten, während sie aus dem Inland und dem Euro-Raum zulegten. Dies deutet darauf hin, dass sich die gegenwärtige

Tendenz bei den Exporten weiter verfestigen dürfte und die deutsche Industrie vermehrt von der erstarkten Nachfrage aus dem Euro-Raum profitieren wird.

Nach dem kräftigen Rückgang im Frühjahr dürfte der Bausektor im dritten Vierteljahr auf einen Wachstumskurs zurückkehren. Die überdurchschnittlich hohen Geschäftserwartungen im Bauhauptgewerbe verbesserten sich weiter leicht, und der Auftragszugang blieb etwa auf dem hohen Stand des Vorquartals. Im Verein mit der spürbar gestiegenen Auftragsreichweite sollte dies für einen deutlichen Nachfrageimpuls sorgen, sodass einem starken Produktionszuwachs allenfalls Angebotsengpässe entgegenstehen könnten. Die Verteilung der neuen Orders zwischen den einzelnen Baubereichen war von starker Heterogenität geprägt. Die stärksten Impulse waren beim gewerblichen Hochbau zu verzeichnen, während der Straßenbau deutlich weniger Aufträge erhielt.

*Baukapazitäten
weiterhin stark
ausgelastet*

Die weiterhin gute Lage am Arbeitsmarkt, hohe Einkommenserwartungen sowie stabile Preise und auch die zur Jahresmitte besonders hoch ausgefallenen Rentenanpassungen bilden nach wie vor günstige Rahmenbedingungen für eine dynamische Verbrauchskonjunktur. Die sehr gute Stimmungslage unter den Verbrauchern spricht dafür, dass der private Konsum in den Sommermonaten weiter auf Expansionskurs bleibt.

*Gute Aussichten
für den privaten
Konsum*

■ Öffentliche Finanzen^{*)}

■ Staatlicher Gesamthaushalt

2016
rückläufiger
Überschuss
und ...

Die Rahmenbedingungen für die deutschen Staatsfinanzen sind auch im laufenden Jahr günstig. Die Unsicherheit hat zwar mit dem Brexit-Votum zugenommen. Die damit kurzfristig verbundenen Wirkungen auf den Staatshaushalt erscheinen aber überschaubar. Insgesamt zeichnet sich abermals ein Überschuss ab, der allerdings niedriger ausfallen dürfte als im Vorjahr (2015: 0,6% des Bruttoinlandsprodukts (BIP)). Bei einer guten Konjunktur- und Arbeitsmarktlage profitieren die staatlichen Haushalte zusätzlich von weiter rückläufigen Zinsausgaben.¹⁾ Dies dürfte aber durch strukturelle Mehrbelastungen an anderer Stelle überwogen werden: Zum einen steigen die Aufwendungen für Flüchtlinge im Vorjahresvergleich, vor allem weil im Jahr 2015 viele Personen erst im Herbst zuwanderten und daher die diesbezüglichen Ausgaben nur in wenigen Monaten zu Buche schlugen. Zum anderen ist der Haushaltskurs im laufenden Jahr auch darüber hinaus expansiv. Die Abgabenquote dürfte sich zwar wenig verändern, unter anderem weil die (begrenzten) Einkommensteuersenkungen durch den Fiscal drag²⁾ zum Teil aufgewogen werden und die Krankenkassen die Zusatzbeitragsätze im Durchschnitt merklich angehoben haben. Allerdings werden neben den Mehraufwendungen für die Flüchtlingsmigration in verschiedenen Bereichen die Ausgaben aufgestockt, etwa für Wohngeld, Infrastruktur und Kinderbetreuung. Auch werden die Zahlungen der Sozialversicherungen für Gesundheit, Pflege und Renten auf Jahressicht dynamisch wachsen. Zusätzlich kommt es durch Garantieabrufe im Zusammenhang mit der Ausgliederung eines Portfolios der HSH-Nordbank zu Belastungen.³⁾

Die Schuldenquote lag am Ende des ersten Quartals 2016 bei 71,1%. Sie änderte sich damit kaum gegenüber dem Stand Ende 2015 (71,2%), grundsätzlich sollte sich die Abwärtsbewegung aber wieder verstärken. So verläuft

... weiter
sinkende
Schuldenquote

die Schuldenquote in der kürzeren Frist häufig recht unregelmäßig: Unter anderem wurden beim Bund im ersten Vierteljahr in relativ starkem Umfang Mittel über Wertpapierpensionsgeschäfte (Repos) aufgenommen, und die Geldmarkteinlagen wurden erhöht (Bilanzverlängerung). Auf Jahressicht drückt das Wachstum des nominalen BIP im Nenner die Quote deutlich, und es zeichnet sich ein Überschuss ab. Außerdem sollten die Verbindlichkeiten im Zusammenhang mit der staatlichen Finanzsektorstützung trotz der Belastungen im Zusammenhang mit der HSH-Nordbank weiter sinken.

Die mittelfristigen Perspektiven für die deutschen Staatsfinanzen bleiben günstig.⁴⁾ Die Ausgaben im Zusammenhang mit der Flüchtlingswanderung sind weiterhin nicht genau abzuschätzen, erscheinen mit aus heutiger Sicht jährlich bis zu ½% des BIP aber beherrschbar. Die jüngsten Erfahrungen unterstreichen, wie hilfreich bei Defizitobergrenzen Sicherheitsabstände sind, die innerhalb der Haushaltsregeln

Günstige
mittelfristige
Perspektiven

* Der Abschnitt „Staatlicher Gesamthaushalt“ bezieht sich auf die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) und die Maastricht-Kennzahlen. Anschließend wird über die Haushalte der Gebietskörperschaften und Sozialversicherungszweige auf Basis der finanzstatistischen (prinzipiell haushaltsmäßigen) Abgrenzung ausführlicher berichtet.

1 Zu- und Abschläge gegenüber dem Nominalwert bei der Emission von Anleihen werden in den VGR – anders als in der Finanzstatistik – periodengerecht verbucht. So wird ein Agio über die Anleihelaufzeit verteilt als negative Zinsausgabe erfasst.

2 Der Begriff umfasst hier die gesamte positive Aufkommenswirkung der Einkommensteuerprogression und den negativen Effekt der weitgehenden Preisunabhängigkeit der speziellen Verbrauchsteuern.

3 So werden – für die Länder VGR-defizitwirksam – Garantien im Umfang von 2 ½ Mrd € abgerufen.

4 Das Bundesministerium der Finanzen (BMF) rechnet für die mittlere Frist bis zum Jahr 2020 mit leichten gesamtstaatlichen Überschüssen von ¼% des BIP und einer Rückführung der Schuldenquote unter die 60%-Grenze im Endjahr. Die Grenze für das strukturelle gesamtstaatliche Defizit von 0,5% des BIP würde so mit einem gewissen Abstand eingehalten. Vgl.: BMF, Mittelfristige Finanzprojektion der Öffentlichen Haushalte, Monatsbericht, Juli 2016, S. 19 ff. Der Beirat des Stabilitätsrates geht ebenfalls davon aus, dass die Grenze mit den aktuellen Planungen mit einem Abstand eingehalten werden kann, vgl.: Beirat des Stabilitätsrates, Fünfte Stellungnahme zur Einhaltung der Obergrenze für das strukturelle gesamtstaatliche Finanzierungsdefizit nach § 51 Abs. 2 HGrG, Juni 2016.

Handlungsspielräume bei überraschend ungünstigen Entwicklungen schaffen. Angesichts der Vorgaben durch die nationale Schuldenbremse legt dies nahe, auch künftig im Regelfall moderate strukturelle Überschüsse anzustreben.

Finanzpolitik könnte die Rahmenbedingungen budgetneutral verbessern und ...

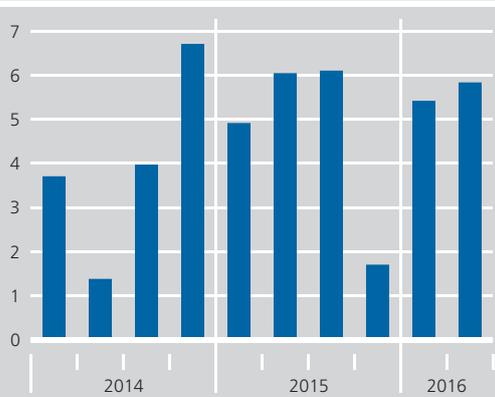
Teils wird von Deutschland hingegen gefordert, die Budgetgrenzen voll auszuschöpfen, um so einen zusätzlichen fiskalischen Konjunkturimpuls zu geben. Mit Blick auf die Konjunktur in Deutschland, die sich nach wie vor günstig darstellt, ist ein zusätzlicher Stimulus allerdings nicht angezeigt, und die Effekte auf andere Staaten dürften überschaubar sein (vgl. auch Ausführungen auf S. 13 ff.). Unabhängig davon ist es wichtig, die strukturellen Rahmenbedingungen gezielt zu verbessern. Dazu wäre es empfehlenswert, dass wachstumsfreundliche Ausgabenbereiche ein höheres Gewicht erhalten, Effizienzreserven erschlossen und die Abgabenbelastung begrenzt werden. Die aktuell günstige Lage sollte insbesondere nicht dazu verleiten, heute Leistungen zu beschließen, die künftige Haushalte noch stärker vorbelasten und dann später zusätzliche Gegenmaßnahmen erfordern. Dies gilt unter anderem mit Blick auf die gesetzliche Rentenversicherung, die perspektivisch ohnehin vor Herausforderungen steht (vgl. auch Ausführungen auf S. 69 ff.).

... bei erreichten Sicherheitsabständen zusätzliche Spielräume für Abgabensenkungen nutzen

Zuletzt wurden nach positiven Überraschungen unter anderem bei den Zinsausgaben vor allem die anderen Ausgaben erhöht. Daher wäre künftig eine Senkung der Abgabenbelastung naheliegend, wenn sich zusätzliche Haushalts-spielräume über die wünschenswerten Sicherheitsabstände hinaus abzeichnen. So hat beispielsweise die Bundesagentur für Arbeit (BA) recht hohe Rücklagen, was aufgrund der starken Konjunkturabhängigkeit des BA-Haushalts im aktuell günstigen Umfeld auch durchaus empfehlenswert ist. Da sich für die kommenden Jahre größere Überschüsse abzeichnen, könnte aber eine Senkung des Beitragssatzes erwogen werden, um den weiteren Anstieg der Reserven zu dämpfen. Ein weiterer Ansatzpunkt ergibt sich daraus, dass die Haushalte der Gebietskörperschaften über deutlich steigende Steuerein-

Steueraufkommen^{*)}

Veränderung gegenüber Vorjahr in %, vierteljährlich



Quelle: Bundesministerium der Finanzen. * Einschl. EU-Anteilen am deutschen Steueraufkommen, ohne Erträge aus Gemeindesteuern.

Deutsche Bundesbank

nahmen von dem soliden Wirtschaftswachstum profitieren, und die Steuerquote das zur Jahrtausendwende verzeichnete relativ hohe Niveau fast wieder erreicht hat. Insofern wäre eine Senkung der Einkommensbesteuerung erwägenswert. Zu denken ist hier nicht zuletzt an den Solidaritätszuschlag. Mit dieser Ergänzungsabgabe des Bundes, die an das Vorliegen eines besonderen Finanzbedarfs gebunden ist, wird ein Aufkommen in Höhe von ½% des BIP erzielt, während die Sonderzuweisungen an die ostdeutschen Länder im Vergleich dazu nur noch gering sind und zum Ende des Jahrzehnts auslaufen.

Haushalte der Gebietskörperschaften

Steuereinnahmen

Die Steuereinnahmen⁵⁾ stiegen im zweiten Quartal 2016 gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum um 6% (siehe oben stehendes Schaubild sowie Tabelle auf S. 62). Maßgeblich zu diesem Zuwachs trug das starke Plus bei den gewinnabhängigen Steuern (+ 14½%)

⁵⁾ Einschl. der EU-Anteile am deutschen Steueraufkommen, aber ohne die – für das Berichtsquartal noch nicht bekannten – Erträge aus den Gemeindesteuern.

Steueraufkommen

Steuerart	1. Halbjahr				Schätzung für 2016 1) 2)	2. Vierteljahr			
	2015	2016	Veränderung gegenüber Vorjahr			2015	2016	Veränderung gegenüber Vorjahr	
	Mrd €	Mrd €	in Mrd €	in %	in %	Mrd €	Mrd €	in Mrd €	in %
Steuereinnahmen insgesamt 2)	300,1	317,0	+ 16,9	+ 5,6	+ 3,0	153,2	162,1	+ 8,9	+ 5,8
darunter:									
Lohnsteuer	85,8	87,9	+ 2,1	+ 2,4	+ 3,3	44,3	45,3	+ 1,0	+ 2,4
Gewinnabhängige Steuern 3)	50,1	57,4	+ 7,3	+ 14,5	+ 1,6	25,5	29,2	+ 3,7	+ 14,6
davon:									
Veranlagte									
Einkommensteuer	25,5	27,5	+ 2,1	+ 8,1	+ 6,2	12,3	12,9	+ 0,6	+ 5,0
Körperschaftsteuer	11,3	15,8	+ 4,5	+ 39,6	+ 5,3	5,9	7,3	+ 1,5	+ 25,3
Kapitalertragsteuer 4)	13,4	14,1	+ 0,7	+ 5,4	- 9,6	7,3	8,9	+ 1,6	+ 22,2
Steuern vom Umsatz 5)	102,6	107,1	+ 4,5	+ 4,4	+ 4,6	50,8	52,7	+ 2,0	+ 3,8
Energiesteuer	14,2	14,5	+ 0,3	+ 1,9	+ 1,0	9,5	9,9	+ 0,3	+ 3,7
Tabaksteuer	5,9	6,9	+ 1,0	+ 16,2	- 3,1	3,7	4,1	+ 0,5	+ 12,4

Quelle: Bundesministerium der Finanzen und eigene Berechnungen. 1 Laut offizieller Steuerschätzung vom Mai 2016. 2 Einschl. EU-Anteilen am deutschen Steueraufkommen, ohne Erträge aus Gemeindesteuern. 3 Arbeitnehmererstattungen, Eigenheim- und Investitionszulage vom Aufkommen abgesetzt. 4 Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge, nicht veranlagte Steuern vom Ertrag. 5 Umsatzsteuer und Einfuhrumsatzsteuer.

Deutsche Bundesbank

Deutlicher Zuwachs der Steuereinnahmen im zweiten Quartal aufgrund starken Anstiegs bei Gewinnsteuern

bei, insbesondere bei den nicht veranlagten Steuern vom Ertrag (+ 56 1/2%, im Wesentlichen Kapitalertragsteuer auf Dividenden). Dies dürfte zu großen Teilen auf – gegenüber dem Vorjahr – frühere Ausschüttungstermine zurückzuführen sein, sodass im weiteren Jahresverlauf mit einer Gegenbewegung zu rechnen ist. Das Einnahmenwachstum der veranlagten Gewinnsteuern schwächte sich zwar nach dem ersten Quartal 2016 ab, war aber weiterhin stark. Demgegenüber gingen die Einnahmen aus der Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge weiter kräftig zurück. Bei einer nach wie vor positiven Entwicklung der Bruttolöhne und -gehälter wuchsen die Lohnsteuereinnahmen gedämpft (+ 2 1/2%). Hier schlagen sich Anhebungen von Grund- und Kinderfreibeträgen, des vom Aufkommen abgesetzten Kindergeldes sowie eine darüber hinausgehende Tarifentlastung nieder. Das Umsatzsteueraufkommen stieg mit 4% im Einklang mit den Erwartungen für das Wachstum der (nominalen) makroökonomischen Bezugsgrößen (privater Verbrauch,

privater Wohnungsbau und Teile der Staatsausgaben). Bei der Tabaksteuer war der Zuwachs im zweiten Quartal noch stark (+ 12 1/2%). Dieser Sondereffekt im Zusammenhang mit der am 20. Mai 2016 in Kraft getretenen Verordnung zur Umsetzung der Richtlinie über Tabakerzeugnisse dürfte im weiteren Jahresverlauf aber durch Mindereinnahmen kompensiert werden.

Gemäß der offiziellen Steuerschätzung vom Mai wird für das Gesamtjahr 2016 mit 2 1/2% lediglich ein moderater Zuwachs erwartet (inkl. Gemeindesteuern). Dafür ist maßgeblich, dass größere Steuerrückzahlungen aufgrund früherer Gerichtsurteile eingerechnet sind.⁶ Gedrückt wird die Entwicklung aber auch durch Rechts-

In der zweiten Jahreshälfte mit dämpfenden Effekten zu rechnen

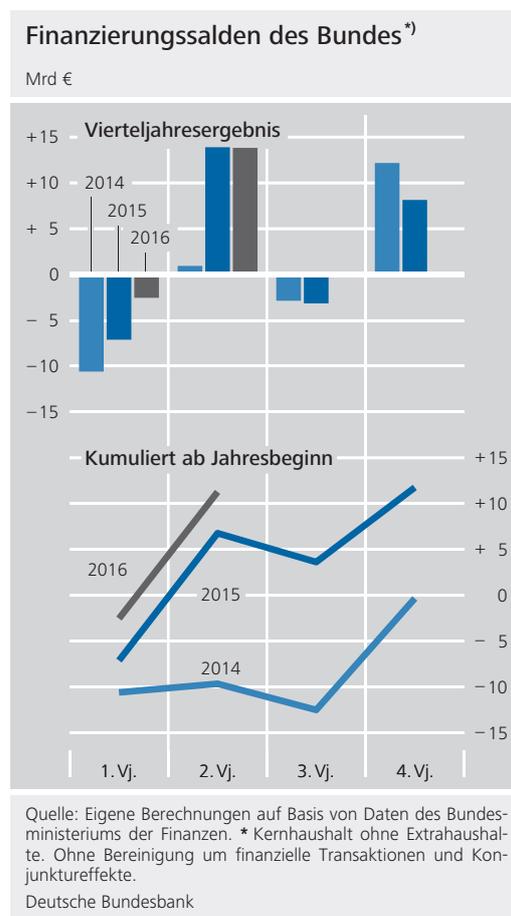
⁶ Diese betrafen v.a. die gewinnabhängigen Steuern. Vgl. zu den einbezogenen Urteilen: Deutsche Bundesbank, Monatsbericht, Mai 2016, S. 70. Im Gegensatz zur hier beschriebenen kassenmäßigen Entwicklung werden die Wirkungen dieser Gerichtsurteile in den VGR ausgabenerhöhend und bei Urteilsverkündung (d.h. in früheren Jahren) verbucht. Insofern steigen die Steuereinnahmen in den VGR deutlich stärker.

änderungen wie insbesondere die erwähnten Entlastungen bei der Einkommensteuer. Im ersten Halbjahr 2016 entwickelte sich das Aufkommen deutlich günstiger. Auch wenn aus heutiger Sicht – über die noch erwarteten Effekte der Urteile hinaus – für den weiteren Jahresverlauf von einer gewissen Abschwächung auszugehen ist, könnte die Mai-Steuer-schätzung damit übertroffen werden.

Bundeshaushalt

Unverändert hoher Überschuss im zweiten Quartal trotz entfallener Einnahmen aus Frequenzversteigerung

Der Bundeshaushalt erzielte im zweiten Quartal wie vor Jahresfrist einen hohen Überschuss von 14 Mrd €. Die Einnahmen stiegen per saldo moderat um 1% (1 Mrd €). Bei den Steuererträgen war zwar wieder ein dynamischer Zuwachs von 6½% (5 Mrd €) zu verbuchen, wovon erneut ein großer Teil (2 Mrd €) auf geringere, vom Steueraufkommen abgesetzte Abführungen an den EU-Haushalt zurückzuführen war. Die sonstigen Einnahmen sanken aber um 4 Mrd €, da vor Jahresfrist hohe Erlöse aus der Frequenzversteigerung zugeflossen waren. Die Gesamtausgaben stiegen parallel zu den Einnahmen. Erneut belasteten höhere Zahlungen an die Sozialversicherungen (v. a. an die gesetzliche Rentenversicherung und, nach dem Auslaufen der Kürzungen, an den Gesundheitsfonds), aber auch für Transfers an das Ausland sowie für militärische Beschaffungen. Dem stand ein nochmaliger deutlicher Rückgang der Zinsausgaben um 1½ Mrd € gegenüber, wobei dies auf höhere Agio-Beträge bei der Ausgabe neuer Wertpapiere zurückzuführen war. Anders als in den VGR – auf denen die europäischen Haushaltsregeln basieren – werden diese Agio-Beträge in der Haushaltsverbuchung nicht gleichmäßig über die gesamte Laufzeit der neu begebenen Schuldtitel verteilt, sondern schlagen sich sofort in voller Höhe ausgabenkend nieder.⁷⁾ Sowohl aus ökonomischer Sicht als auch für eine verstetigte Haushaltsführung wäre es hier sinnvoll, die haushaltmäßige Erfassung zu reformieren und die Zahlungsströme periodengerecht zu verteilen.



Im ersten Halbjahr insgesamt stieg der Überschuss im Bundeshaushalt gegenüber dem Vorjahr um 4½ Mrd € auf 11½ Mrd €. Für das Gesamtjahr ist dagegen ein Defizit von 6½ Mrd € und damit eine Verschlechterung des Saldos um 18 Mrd € geplant. Nach dem guten Zwischenstand ist aber für das zweite Halbjahr kein entsprechender Einbruch abzusehen: Zwar dürften die Abführungen an den EU-Haushalt höher ausfallen als vor Jahresfrist und die von der Steuerschätzung im Mai erwarteten Erstattungen im Rahmen von Gerichtsurteilen stärker zum Tragen kommen. Zudem werden – wie im Juli vereinbart – 2 Mrd € an die Länder als „Integrationspauschale“ abgetreten. Dafür entfallen aber (im Vorjahresvergleich entlastend) die Zuführungen von 5 Mrd € an den Kommunalinvestitionsförderungsfonds und den Energie- und Klimafonds, die im zweiten Halbjahr 2015 geleistet wurden, sowie die im Zuge der starken

Bisher günstige Entwicklung und für zweites Halbjahr noch kein Einbruch zu erkennen

⁷ Per saldo wurden bei den Haushaltstiteln für die Zinsausgaben sogar Einnahmen von fast 1 Mrd € erzielt.

Flüchtlingszuwanderung für 2015 erst unterjährig beschlossenen Umsatzsteuerabtretungen an die Länder. Darüber hinaus steht das geplante umfangreichere Zurückholen von Mitteln aus dem Fluthilfefonds (1½ Mrd €) noch aus.

Planungen werden deutlich übertroffen und Überschuss ist zu erwarten

Die insgesamt deutlich günstigere Entwicklung zeigt sich auch beim Vergleich mit den Haushaltsansätzen. Dabei zeichnen sich nach der Mai-Steuerschätzung bei den Steuern Mehreinnahmen ab (2 Mrd €). Darüber hinaus stehen unter anderem eine etwas höhere Gewinnausschüttung der Bundesbank und eine nicht erwartete Beitragsrückzahlung der Zusatzversorgungseinrichtung VBL zu Buche. Außerdem sollten bei dem anhaltend niedrigen Rendite-niveau Einsparungen von mehr als 5 Mrd € gegenüber den veranschlagten Zinsausgaben anfallen. Alles in allem dürfte damit die aus dem Haushaltsüberschuss 2015 gebildete Flüchtlingsrücklage nicht wie geplant zur Hälfte aufgezehrt, sondern wohl durch einen Haushaltsüberschuss noch deutlich aufgestockt werden. Mit der veranschlagten nahezu neutralen Konjunkturkomponente zuzüglich der Defizite der einzubeziehenden Extrahaushalte, die voraussichtlich etwas geringer als veranschlagt (5½ Mrd €) ausfallen, würde der Bundeshaushalt damit die Schuldenbremsengrenze für das strukturelle Ergebnis von – 0,35% des BIP (– 10 Mrd €) sicher einhalten.

Rücklagenanrechnung auf strukturelles Ergebnis nicht im Sinne der Schuldenbremsenregeln

Beim bisherigen Vorgehen der Bundesregierung werden eine erneute Aufstockung der Flüchtlingsrücklage im Rahmen der Schuldenbremse als strukturelle Belastung und künftige Entnahmen als Entlastung erfasst. Die EU-Regeln knüpfen hingegen am Finanzierungssaldo an, der Rücklagenbewegungen – wie finanzielle Transaktionen – nicht berücksichtigt.⁸⁾ Bei einem konsistenten Vorgehen im Rahmen der Schuldenbremse wären Rücklagenbewegungen also nicht auf das strukturelle Ergebnis anzurechnen. Andernfalls besteht die Gefahr, dass bei größeren Rücklagenentnahmen die Haushaltsgrenze der EU-Regeln nicht durch die nationale Schuldenbremse abgesichert ist – obwohl die Schuldenbremse eigentlich darauf abzielt.⁹⁾

Der Anfang Juli vom Bundeskabinett beschlossene Haushaltsentwurf für 2017 verzichtet weiter auf eine Nettokreditaufnahme („schwarze Null“). Gegenüber dem Haushaltsplan für 2016 ist ein Ausgabenzuwachs um 3½% (12 Mrd €) veranschlagt. Ohne die spürbare Entlastung bei den Zinsausgaben bedeutet dies sogar ein Plus von 5%. Höhere Ansätze verzeichnen insbesondere das Ministerium für Arbeit und Soziales für die Rentenversicherung und – im Gefolge der Flüchtlingszuwanderung – die Leistungen im Rahmen der Grundsicherung. Aber auch die Etats der Ressorts für Verteidigung, Verkehr sowie Bauen werden spürbar aufgestockt. Bei den Steuern ist ein Mehraufkommen von 13½ Mrd € gegenüber dem Soll 2016 angesetzt. Die sonstigen Einnahmen sind per saldo rückläufig – offenbar wegen Vorsichtstiteln etwa für die noch ausstehende und damit nicht konkret veranschlagte Regelung der Flüchtlingsfallpauschale für die Länder. Aus der Flüchtlingsrücklage ist eine Entnahme von 6½ Mrd € vorgesehen (und auf Basis des Solls für 2016 und der Planung für 2017 wäre die Rücklage somit Ende 2017 aufgebraucht). Nach Absetzung auch der Münzeinnahmen errechnet sich so im Haushaltsentwurf ein Defizit von 7 Mrd €.

Für das im Rahmen der Schuldenbremse relevante strukturelle Ergebnis setzt das BMF an der geplanten Nettokreditaufnahme von 0 € an und rechnet neben einem Einnahmenüberschuss aus finanziellen Transaktionen von ½ Mrd € eine Konjunkturbelastung von 1 Mrd € heraus (siehe auch Tabelle auf S. 65). Angesichts der guten Auslastung der Produktionskapazitäten

Haushaltsentwurf 2017 erneut ohne Nettokreditaufnahme, aber mit geplantem Aufbrauchen der Flüchtlingsrücklage

Obergrenze der Schuldenbremse im Entwurf nur mit Anrechnung der Rücklagenentnahme deutlich eingehalten

⁸⁾ Vgl. zu den Konzepten und Begriffen im Rahmen der Schuldenbremse: Deutsche Bundesbank, Wichtige Haushaltskennzahlen des Bundes im Zusammenhang mit der Schuldenbremse, Monatsbericht, Februar 2016, S. 68 f.

⁹⁾ Würde eine Rücklagenbildung nicht belastend auf das strukturelle Ergebnis der Schuldenbremse angerechnet, fielen diese besser aus. Es käme somit zu einer entsprechenden Gutschrift auf dem Kontrollkonto. Während eine Rücklage (mit der Verbuchungspraxis der Bundesregierung) im weiteren Verlauf zum Schließen von Löchern bei der Haushaltsaufstellung genutzt werden kann, ist dies bei Gutschriften auf dem zusammen mit der Schuldenbremse eingeführten Kontrollkonto explizit nicht vorgesehen. Ein Guthaben auf dem Kontrollkonto kann nur zum Ausgleich von Fehlbeträgen im Haushaltsvollzug eingesetzt werden.

Die mittelfristige Finanzplanung des Bundes 2016 bis 2020 und die strukturelle Nettokreditaufnahme im Rahmen der Schuldenbremse

in Mrd €

Position	Ist 2014	Ist 2015	Soll 2016	Entwurf 2017	Finanzplan		
					2018	2019	2020
Ausgaben ¹⁾	295,9	311,4	316,9	328,7	331,1	343,3	349,3
darunter:							
Investitionen ²⁾	24,9	29,6	31,5	33,3	34,5	35,1	30,8
Einnahmen ^{1) 3)}	295,9	311,4	316,9	328,7	331,1	343,3	349,3
darunter:							
Steuereinnahmen ¹⁾	270,8	281,7	288,1	301,8	315,5	327,9	339,4
Nettokreditaufnahme (-)/-tilgung (+)	0	0	0	0	0	0	0
Rücklagenzuführung (-)/-entnahme (+)	0	- 12,1	6,1	6,7	0	0	0
Finanzierungssaldo ⁴⁾	- 0,3	11,8	- 6,4	- 7,0	- 0,3	- 0,3	- 0,3
Konjunkturkomponente ⁵⁾	- 5,9	- 1,4	- 1,2	- 1,0	- 0,7	- 0,0	0,0
Saldo finanzieller Transaktionen ⁶⁾	- 2,4	1,9	0,1	0,5	.	.	.
Saldo relevanter Extrahaushalte							
Energie- und Klimafonds	- 0,1	1,9	- 0,4	- 1,2	.	.	.
Aufbauhilfefonds (Flut 2013)	- 0,7	- 0,9	- 3,5	- 1,5	.	.	.
Kommunalinvestitionsförderungsfonds	-	3,5	- 1,5	- 0,8	.	.	.
Strukturelle							
Nettokreditaufnahme (-)/-tilgung (+) ⁷⁾	7,5	3,9	- 4,3	- 2,9	.	.	.
Struktureller Finanzierungssaldo ⁷⁾	7,2	15,8	- 10,7	- 9,9	.	.	.
Nachrichtlich:							
Obergrenze	- 26,6	- 18,6	- 10,2	- 10,6	- 11,0	- 11,3	- 11,7

1 Nach Abzug der Bundesergänzungszuweisungen, der Anteile am Energiesteuerertrag, des Ausgleichs im Rahmen der Kfz-Steuerreform 2009 und der Konsolidierungshilfen ab 2011 an Länder. **2** Ohne Beteiligungen am ESM. **3** Einschl. Münzeinnahmen. **4** Entspricht der Differenz aus Einnahmen und Ausgaben des Kernhaushalts in der finanzstatistischen Abgrenzung und ergibt sich aus der Nettokreditaufnahme (-)/-tilgung (+) abzüglich Rücklagenzuführungen (-)/-entnahmen (+) und abzüglich Münzeinnahmen. **5** 2014 und 2015 Angaben aus der Haushaltsrechnung 2015. 2016 bis 2020 gemäß Frühjahrsprojektion 2016 der Bundesregierung. **6** Gemäß Definition des jeweiligen Haushaltsjahres. **7** Strukturell bedeutet: zuzüglich Saldo der relevanten Extrahaushalte abzüglich Konjunkturkomponente und abzüglich Saldo finanzieller Transaktionen.

Deutsche Bundesbank

und der niedrigen Arbeitslosigkeit erscheint es allerdings nicht naheliegend, eine negative Konjunkturlage anzunehmen (siehe auch Ausführungen auf S. 50). Die Bundesbank schätzt vielmehr einen positiven Konjunkturreffekt auf den Haushalt, womit sich dessen strukturelle Lage ungünstiger darstellt.¹⁰⁾ Einbezogen in das strukturelle Ergebnis für die Schuldenbremse sind zudem noch die erwarteten Defizite der Extrahaushalte Fluthilfefonds, Kommunalinvestitionsförderungsfonds sowie Energie- und Klimafonds von insgesamt 3 ½ Mrd €. Zur Obergrenze von 10 ½ Mrd € ergibt sich so alles in allem ein merklicher Abstand von 7 ½ Mrd €. Wenn allerdings wie oben beschrieben im Einklang mit den EU-Regeln die Rücklagenentnahme herausgerechnet wird, bestünde kaum noch ein Sicherheitsabstand.

Insgesamt scheint aus heutiger Sicht allerdings auch für das Jahr 2017 ein günstiger als veranschlagtes Ergebnis erreichbar. So dürfte das zu erwartende bessere Ergebnis des Haushalts

2016 teilweise entlastend fortwirken. Dies sollte die absehbaren zusätzlichen Belastungen, insbesondere aufgrund der zwischenzeitlichen Bund-Länder-Einigung auf eine Integrationspauschale von 2 Mrd €, überwiegen. Im Hinblick auf die Flüchtlingsrücklage wäre es naheliegend, die nicht benötigten Bestände spätestens Ende 2017 zur Schuldentilgung einzusetzen. Die voraussichtlichen Aufwendungen im Zusammenhang mit der Flüchtlingszuwanderung dürften zu diesem Zeitpunkt wohl relativ verlässlich abzuschätzen sein¹¹⁾ und sollten im Rahmen der regulären Haushaltsplanungen

10 Vgl. zum hier verwendeten Konjunkturbereinigungsansatz des Eurosystems: Deutsche Bundesbank, Ein disaggregierter Ansatz zur Analyse der Staatsfinanzen: die Entwicklung der öffentlichen Finanzen in Deutschland in den Jahren 2000 bis 2005, Monatsbericht, März 2006, S. 63–79.

11 Die in den Haushaltsunterlagen genannte Größe von 19 Mrd € flüchtlingsbezogener Belastungen des Bundeshaushalts scheint vor dem Hintergrund der Verhandlungen mit den Ländern über die innerstaatliche Kostenaufteilung in ähnlicher Weise überhöht wie die von den Ländern genannte Größe von 21 Mrd € für ihre Haushalte.

Veranschlagungen aber vorsichtig

finanziert werden. Das Vorhalten der Rücklage für unerwartete Entwicklungen wäre nicht mehr angezeigt. So könnte überdies einem künftigen Konflikt mit den europäischen Fiskalregeln, wie er oben beschrieben wurde, vorgebeugt werden.

Finanzplan bis 2020 weiter ohne Nettokreditaufnahme, aber ehrgeizigeres Haushaltsziel ratsam

In der mittelfristigen Finanzplanung bis 2020 wird durchgehend an der „schwarzen Null“ festgehalten. Dafür ist im Jahr 2018 noch eine globale Minderausgabe von 5 Mrd € veranschlagt.¹²⁾ Diese wäre bei der nächsten Haushaltsaufstellung, die letztlich schon vor dem Eckwertebeschluss im März des Wahljahres 2017 beginnt, zu berücksichtigen. Für 2018 gibt es folglich nach dem Planungsstand keine Haushaltsspielräume mehr. Zwar könnte abermals eine günstiger als erwartete Entwicklung im Jahr 2017 positiv auf 2018 ausstrahlen. Allerdings stellt die unmittelbar nach dem Haushaltskabinetts den Ländern zugesicherte Integrationspauschale von 2 Mrd € bereits eine zusätzliche Belastung dar, und es erscheint weiterhin sinnvoll, mittelfristig wieder einen größeren Sicherheitsabstand zur Grenze der Schuldenbremse anzustreben. So könnten die allmählich einsetzenden demografischen Lasten oder in der Zukunft wieder steigende Finanzierungskosten besser verkraftet werden.

Verbesserung und Überschuss der Extrahaushalte im zweiten Quartal, ...

Für die in den Quartalsübersichten des BMF erfassten Extrahaushalte des Bundes (ohne Bad Banks und sonstige kaufmännisch buchende Einheiten) wird im zweiten Quartal ein Überschuss von 2 Mrd € ausgewiesen, nach einem leichten Defizit vor Jahresfrist. Zu der Verbesserung kam es nicht zuletzt durch Verbuchung eines Privatisierungserlöses beim Finanzmarktstabilisierungsfonds im Zusammenhang mit dem letztjährigen Börsengang der aus der Hypo Real Estate hervorgegangenen Deutschen Pfandbriefbank. Im zweiten Halbjahr stehen im Vorjahresvergleich Belastungen insbesondere durch die vom Bund angestrebte Rückholung von 1½ Mrd € aus dem Fluthilfefonds und durch die entfallenden Sonderzuführungen des Bundes von 3½ Mrd € beim Kommunalinvestitionsförderungsfonds sowie von 1½ Mrd €

beim Energie- und Klimafonds an. Negativ auf das Gesamtjahresergebnis wirken darüber hinaus im Vorjahresvergleich noch die bereits im ersten Quartal verbuchte Ausgleichszahlung von 2 Mrd € bei der Tilgung einer zehnjährigen inflationsindexierten Bundesanleihe¹³⁾ und die Abtretung der 2015 erfolgswirksam vereinbarten Bankenabgabe von 1½ Mrd € an die neue europäische Abwicklungsbehörde. Das BMF rechnet für das Gesamtjahr in seinem Monatsbericht vom Juli für die einbezogenen Extrahaushalte mit einem Defizit von 3½ Mrd €, nach einem Überschuss von 9 Mrd € im Jahr 2015.

Länderhaushalte¹⁴⁾

In der monatlichen Kassenstatistik verzeichneten die Kernhaushalte der Länder im zweiten Quartal einen Überschuss von 4½ Mrd €, nach gut 3 Mrd € im gleichen Vorjahreszeitraum. Die Einnahmen stiegen deutlich um 6½% (5½ Mrd €) dank der nochmals hohen Dynamik des Steueraufkommens (+ 9% bzw. 5½ Mrd €). Die Ausgaben legten um insgesamt 5% (4 Mrd €) zu. Sehr starke Zuwächse gab es – offenbar weiter insbesondere im Zusammenhang mit der Flüchtlingsversorgung – beim laufenden Sachaufwand (+ 22% bzw. 1½ Mrd €), aber auch bei den davon ebenfalls betroffenen Zuweisungen an Gebietskörperschaften (vor allem Kommunen, insgesamt + 7½% bzw. 1½ Mrd €). Bei den Personalausgaben (+ 3½% bzw. 1 Mrd €) leistete neben Entgelt- und Besoldungsanhebungen die offenbar weiter deutliche Zunahme bei der Zahl von Versorgungsempfängenden einen spürbaren Beitrag.

... im Gesamtjahr aber deutliche Verschlechterung und Defizit erwartet

Etwas höherer Überschuss im zweiten Quartal 2016 bei nochmals dynamischem Steuereinnahmenplus

¹² Gegenüber dem Eckwertebeschluss wurde der Betrag damit bereits etwas verringert, nachdem die Steuerschätzung vom Mai für den Finanzplanungszeitraum jeweils Mehreinnahmen von 2½ Mrd € ergeben hatte.

¹³ Der Bundeshaushalt finanziert die zusätzliche Tilgungslast aus der Inflationsindexierung über periodengerechte Zuführungen an ein Sondervermögen.

¹⁴ Die Entwicklung der Gemeindefinanzen im ersten Quartal wurde in einem Kurzbericht des Monatsberichts Juli 2016 kommentiert. Neuere Daten liegen nicht vor.

Für 2016 begrenzte Haushaltsverschlechterung und danach anhaltende Überschüsse erwartet

Für das Gesamtjahr wird nach der Steuerschätzung vom Mai – bei der spürbare Ausfälle durch Gerichtsurteile im weiteren Jahresverlauf einbezogen sind – mit einer deutlich geringeren Dynamik der Steuereinnahmen gerechnet (+ 3 ½%, ohne die Gemeindesteuern der Stadtstaaten). Auch wenn sich der Zuwachs der flüchtlingsbezogenen Ausgaben im zweiten Halbjahr deutlich abschwächen dürfte, schliesse damit das Gesamtjahr 2016 schlechter als 2015 (Überschuss von 3 Mrd €) ab. Im Vergleich zu den Haushaltsplanungen zeichnet sich aber ein wesentlich günstigeres Ergebnis ab. So sahen diese noch ein Defizit von insgesamt 10 ½ Mrd € vor, während das BMF in seiner Juli-Prognose für 2016 (unter Berücksichtigung der neu vom Bund zugesicherten Entlastungen etwa durch die Integrationspauschale) nur noch mit einem leichten Defizit von ½ Mrd € rechnet. Ab 2017 werden dann anhaltende Überschüsse für die Länderkernhaushalte insgesamt erwartet. Dies erscheint durchaus plausibel.

Bremen nimmt Ausnahme-klausel in Anspruch, Tilgung in ferner Zukunft

Bremen hat mit Begründung der Flüchtlingslasten in seinen Haushaltsgesetzen¹⁵⁾ für die Jahre 2016 und 2017 auf die Ausnahmeklausel seiner bereits in Kraft gesetzten Schuldenbremse zurückgegriffen. Die Zusatzkredite entsprechen je Jahr etwa 5% der Gesamtausgaben des Jahres 2015. Die aufzustellenden Tilgungspläne sehen jeweils einschließlich des Haushaltsjahres zunächst fünf tilgungsfreie Jahre vor, danach sind gleichmäßige Beträge in Höhe von insgesamt lediglich etwa ¼% der Ausgaben des Jahres 2015 über die folgenden 25 Jahre zurückzuzahlen. Bei solch langgestreckten Tilgungsplänen besteht die Gefahr, dass in der Zwischenzeit weitere Ausnahmefälle erklärt werden, für die dann ebenfalls wenig ehrgeizige Tilgungsvorgaben beschlossen werden. Mit einer solchen Vorgehensweise droht das Ziel, den Schuldenstand zu begrenzen, faktisch nicht mehr erreicht zu werden. Der Stabilitätsrat hat die Haushaltsplanungen beobachtet und bereits für das laufende Jahr in seiner Juni-Sitzung die von Bremen vorgesehenen Konsolidierungsschritte als „unzureichend“ klassifiziert sowie ein kurzfristiges Nachbessern eingefordert. Insgesamt

wäre es für Bremen wichtig, durch zusätzliche Konsolidierungsmaßnahmen den Rückstand beim Finanzierungssaldo gegenüber dem Durchschnitt der Länder deutlich zu verringern.¹⁶⁾

Für die 2020 in Kraft zu setzende Reform der bundesstaatlichen Finanzbeziehungen steht eine Einigung weiter aus. Der unter den Ländern Ende 2015 erzielte Kompromiss wurde vom Bund zurückgewiesen. Dieser Vorschlag schien vorrangig auf ein für alle Länder gegenüber dem Status quo deutlich günstigeres Ergebnis zu zielen, indem die Verteilungsmasse um umfangreiche zusätzliche Bundesmittel (beinahe 10 Mrd €) aufgestockt und dann anhand ökonomisch teilweise kaum zu begründender, letztlich politischer Kriterien den einzelnen Ländern zugewiesen werden sollte. Grundsätzlich wäre es naheliegend, dass vor dem Abtreten weiterer Bundesmittel zunächst die Eigenverantwortung der einzelnen Länder für ihre Haushalte spürbar gestärkt wird, nicht zuletzt indem die Verbindung von zusätzlichen Ausgaben und den hierfür erforderlichen Steuermitteln deutlicher wird. Auch vor diesem Hintergrund spricht nach wie vor viel dafür, länderspezifische Zu- oder Abschläge bei der Einkommensbesteuerung zu ermöglichen.¹⁷⁾ Zudem entstünde so auch ein stärkerer Anreiz, zunächst Wirtschaftlichkeitsreserven zu erschließen. Ein solches Zuschlagsrecht wäre zugleich ein geeignetes Instrument, das Einhalten der Schuldenbremse zu erleichtern.

Grundlegende Stärkung der Eigenverantwortung der Länder naheliegend

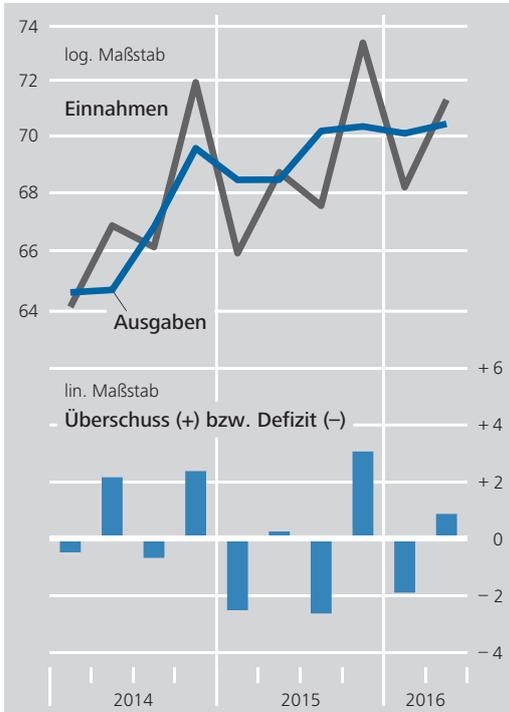
¹⁵ Endgültig verabschiedet waren lediglich die Haushalte des Landes sowie der Stadtgemeinde Bremen. Der Beschluss für Bremerhaven stand noch aus. Angesichts des geringeren Gewichts dieser Kommune dürften sich die im Folgenden genannten Größen aber kaum noch verschieben.

¹⁶ Dies gilt ungeachtet der vergleichsweise günstigen Entwicklung im Haushaltsvollzug bis zur Jahresmitte, mit der es möglich scheint, auch ohne weiteres Nachsteuern die Konsolidierungsaufgaben einzuhalten und damit zugleich auf die Inanspruchnahme der zusätzlichen Kreditermächtigungen zu verzichten.

¹⁷ Vgl.: Deutsche Bundesbank, Zur Reform der föderalen Finanzbeziehungen, Monatsbericht, September 2014, S. 35–54.

Finanzen der Deutschen Rentenversicherung

Mrd €, vierteljährlich



Quelle: Deutsche Rentenversicherung Bund.
 Deutsche Bundesbank

legt, während die Einnahmen vergleichsweise stabil zulegen dürften. Im Gesamtjahr 2016 dürfte das Defizit daher höher ausfallen als im Vorjahr (1½ Mrd €). Die Rücklage wird im laufenden Jahr und angesichts der angelegten tendenziell steigenden Defizite danach zunehmend abgeschmolzen. Nach der im Finanzplan des Bundes zugrunde gelegten aktuellen Rentenschätzung bleibt der Beitragssatz aber noch bis einschließlich 2020 stabil, ohne die Untergrenze von 0,2 Monatsausgaben für die Finanzreserven zu unterschreiten.

Bis zum Ende des Jahrzehnts dürfte auch das Versorgungsniveau²¹⁾ relativ stabil bei über 47% verharren. Danach ist mit dem Rentenzugang der geburtenstarken Jahrgänge und der weiteren Zunahme der Lebenserwartung aber ein länger anhaltender Anstieg des Rentnerquotienten und damit ein Absinken des Rentenniveaus angelegt. Für eine Dämpfung dieser Entwicklung bei gleichzeitiger Begrenzung der Abgabenbelastung sollte eine Anhebung des gesetzlichen Rentenalters auch über das Jahr 2029 hinaus nicht ausgeschlossen werden (vgl. hierzu auch Ausführungen auf S. 69 ff.).

Rentenniveau bis 2020 relativ stabil bei weiter steigendem gesetzlichen Rentenalter

Sozialversicherungen¹⁸⁾

Rentenversicherung

Überschuss im zweiten Quartal 2016 spürbar gestiegen

Die gesetzliche Rentenversicherung erzielte im zweiten Quartal einen Überschuss von 1 Mrd €, womit sich der Saldo wie im ersten Quartal um ½ Mrd € gegenüber dem entsprechenden Vorjahreswert verbesserte. Die Einnahmen stiegen mit 4% kräftig, was im Wesentlichen auf die anhaltend gute Lohn- und Beschäftigungsentwicklung zurückgeht. Angesichts der durch einen Sonderfaktor¹⁹⁾ gedämpften Rentenanpassung zur Mitte des letzten Jahres (West: 2,1%; Ost: 2½%) wuchsen die Ausgaben demgegenüber mit 3% etwas schwächer.

Kräftige Rentenanpassung führt zu beschleunigtem Ausgabenwachstum

In diesem Jahr fiel hingegen die Rentenanpassung zur Jahresmitte mit 4,25% im Westen und 5,95% im Osten sehr kräftig aus.²⁰⁾ Dadurch ist eine deutliche Beschleunigung des Ausgabenwachstums in der zweiten Jahreshälfte ange-

¹⁸ Die Finanzentwicklung der sozialen Pflegeversicherung und der gesetzlichen Krankenversicherung im ersten Quartal 2016 wurde in den Kurzberichten der Monatsberichte Juni bzw. Juli kommentiert. Neuere Daten liegen noch nicht vor.

¹⁹ Durch einen statistischen Sondereffekt, der aus einer Umstellung der VGR im Jahr 2014 resultiert, war die Anpassung im Jahr 2015 um 1 Prozentpunkt niedriger ausgefallen.

²⁰ Die Anpassung ist in diesem Jahr besonders stark, da neben dem deutlichen Lohnwachstum auch die Beitragssatzsenkung im vergangenen Jahr (von 18,9% auf 18,7%) positiv auf die Rentenanpassung wirkt. Zusätzlich lässt der Rückgang des Rentnerquotienten (Verhältnis der „Äquivalenzrentner“ zu „Äquivalenzbeitragszahlern“) die Renten über den Nachhaltigkeitsfaktor stärker ansteigen. Hinzu kommt der bereits angesprochene Sonderfaktor.

²¹ Das Versorgungsniveau der gesetzlichen Rentenversicherung beschreibt das Verhältnis der Standardrente (bei Durchschnittsverdienst über 45 Beitragsjahre) zum Durchschnittsentgelt jeweils vor Steuern und abzüglich der jeweils relevanten Sozialversicherungsbeiträge.

Bundesagentur für Arbeit

Finanzlage im zweiten Quartal weiter verbessert

Die Bundesagentur für Arbeit (BA) erreichte im zweiten Quartal 2016 einen Überschuss von 1 Mrd € (ohne Versorgungsfonds).²² Verglichen mit dem Vorjahr verbesserte sich damit die Finanzlage der BA weiter um knapp ½ Mrd €. Die Einnahmen wuchsen mit 2½% nur moderat. Dem deutlichen Anstieg der Beitragseinnahmen (+ 3½%) stand vor allem ein Minus bei der zu Jahresbeginn abgesenkten Insolvenzgeldumlage gegenüber. Die Gesamtausgaben stagnierten praktisch (- ½%). Aufgrund der weiter niedrigen Arbeitslosigkeit setzte sich der Rückgang beim Arbeitslosengeld I fort (- 3%). Dämpfend wirkte darüber hinaus das Auslaufen der geförderten Altersteilzeit. Demgegenüber wurden die Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik nochmals spürbar ausgeweitet (+ 16%), was wohl vor allem mit Qualifizierungsmaßnahmen im Zusammenhang mit der Flüchtlingszuwanderung zusammenhängt.

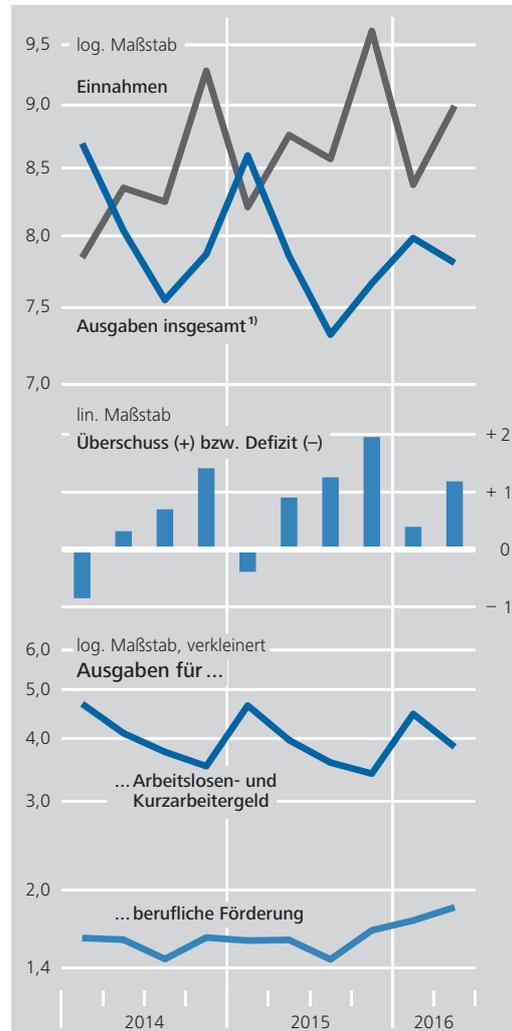
Für das Gesamtjahr deutlicher Überschuss zu erwarten und ...

Im Gesamtjahr dürfte sich diese Entwicklung im Großen und Ganzen fortsetzen, sodass aus heutiger Sicht ein steigender Überschuss zu erwarten ist (2015: gut 3½ Mrd €). Dieser fiel damit erneut wesentlich höher aus als im Haushaltsplan der BA veranschlagt (1,8 Mrd €). Der BA-Haushalt profitiert derzeit einnahmenseitig von der positiven Beschäftigungs- und Entgeltentwicklung und ausgabenseitig von der günstigen Arbeitsmarktlage mit niedrigen Arbeitslosenzahlen im Versicherungsbereich. Die gute Finanzlage der BA sollte aber nicht zum Anlass genommen werden, Kosten für versicherungsfremde Leistungen aus Beitragsmitteln zu decken. Vielmehr sollten gesamtgesellschaftliche Aufgaben, wie etwa die Arbeitsmarktintegration von Flüchtlingen, aus Steuermitteln finanziert werden. Angesichts der aktuellen Erwartungen, dass die günstigen Arbeitsmarktbedingungen auch längerfristig anhalten, wäre eher zu erwägen, die Beitragszahlerinnen und -zahler durch eine Beitragssatzsenkung zu entlasten und damit einen weiteren Anstieg der Rücklage zu dämpfen.

... mit Blick auf den Rücklagenanstieg Beitragsatzsenkung erwägenswert

Finanzen der Bundesagentur für Arbeit

Mrd €, vierteljährlich



Quelle: Bundesagentur für Arbeit. ¹ Einschl. der Zuführungen an den Versorgungsfonds.
 Deutsche Bundesbank

Exkurs: Zur längerfristigen Entwicklung der Alterssicherung

Derzeit wird in Deutschland wieder verstärkt über die Alterssicherung diskutiert. Durch die aktuell noch gute Finanzlage der gesetzlichen Rentenversicherung (GRV) scheinen die belastenden demografischen Veränderungen, die Anlass für frühere Reformen waren und weiter

Diskussion um Alterssicherung

²² Auch im Folgenden beziehen sich die angesprochenen Zahlen auf die BA im operativen Bereich.

fortwirken,²³⁾ teils in den Hintergrund zu treten. In einem umlagefinanzierten Rentenversicherungssystem sind Anpassungen aber unvermeidlich, wenn eine Gesellschaft aufgrund gesunkener Geburtenraten und steigender Lebenserwartung altert. Insbesondere jüngere Generationen wären einem starken Beitragssatzanstieg ausgesetzt, wenn keine Veränderungen an anderer Stelle vorgenommen würden. Innerhalb der Rentenversicherung sind hierbei das Versorgungsniveau und die Rentenbezugsdauer die anderen entscheidenden Größen.

Frühere Reformen in Reaktion auf demografische Entwicklungen

Vor diesem Hintergrund wurden im vergangenen Jahrzehnt eine Dämpfung der jährlichen Rentenanpassungen und eine stufenweise Anhebung des gesetzlichen Rentenalters von 65 Jahren auf 67 Jahre beschlossen. Bis zum Jahr 2030 sollten der Rentenbeitragssatzanstieg damit auf maximal 22% begrenzt und das Versorgungsniveau der GRV²⁴⁾ bei mindestens 43% gehalten werden. Außerdem wurde als neue Form einer kapitalgedeckten Alterssicherung die sogenannte Riester-Rente eingeführt, die staatlich gefördert wird. Das Ziel war, die ergänzende private Altersvorsorge verstärkt in das Bewusstsein der Versicherten zu rücken und eine diesbezüglich verbesserte, freiwillige Vorsorgemöglichkeit als Gegengewicht für das sinkende Versorgungsniveau der GRV zu schaffen.²⁵⁾

Offizielle Vorausberechnungen enden im Jahr 2030, demografischer Druck hält auch danach an

Die bis 2030 geltenden Grenzen für den Beitragssatz und das GRV-Versorgungsniveau können aus heutiger Sicht trotz der jüngsten umfangreichen Leistungsausweitungen (Mütterrente und abschlagsfreie Rente mit 63 Jahren) eingehalten werden,²⁶⁾ wenn insbesondere die günstige Beschäftigungsentwicklung weiter anhält. Für die Zeit ab 2030 liegen aber bis heute keine offiziellen Vorausberechnungen vor. Die GRV wird dann aufgrund der demografischen Entwicklung noch stärker unter Druck geraten. Im Folgenden wird auf ausgewählte Aspekte der aktuellen Diskussion näher eingegangen.

Altersabsicherung bei offiziellen Vorausberechnungen unterschätzt

Die Anhebung des gesetzlichen Rentenalters um zwei Jahre bis zum Jahr 2029 ist bei steigender Lebenserwartung ein wichtiger Ansatzpunkt, um zu verhindern, dass bei einem Versicherten einer unveränderten Zahl an Beitragsjahren ein immer längerer Zeitraum des Rentenbezugs gegenübersteht.²⁷⁾ Ohne diese Maßnahme stiegen die Rentenausgaben in Relation zu den Beitragszahlungen immer weiter, was zur Finanzierung einen entsprechend höheren Beitragssatz erfordern würde.

Zudem wurde beschlossen, das GRV-Versorgungsniveau abzusenken. Die diesbezüglichen Berechnungen der Bundesregierung weisen die Entwicklung der Standardrente aus, die (mit einem Durchschnittseinkommen)²⁸⁾ über konstant 45 Beitragsjahre erworben wird und blenden somit die Anhebung des gesetzlichen Rentenalters auf 67 Jahre und die damit beabsich-

Steigendes Rentenalter stabilisiert Verhältnis von Rentenbezugs- zu Beitragszeiten und ...

... stützt GRV-Versorgungsniveau

²³ Vgl.: Deutsche Bundesbank, Perspektiven der gesetzlichen Rentenversicherung in Deutschland, Monatsbericht, April 2008, S. 51ff.

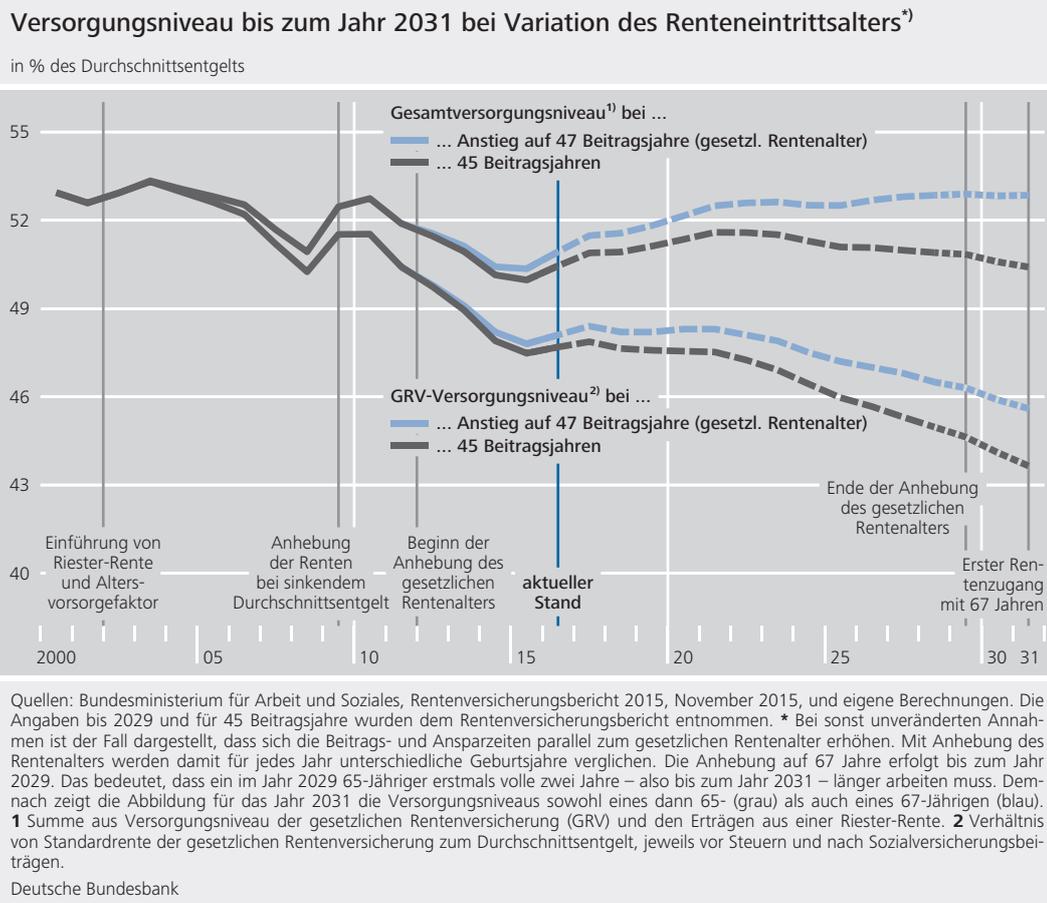
²⁴ Verhältnis einer jahresdurchschnittlichen Standardrente abzüglich Kranken- und Pflegeversicherungsbeiträge zum jahresdurchschnittlichen Entgelt abzüglich Sozialabgaben, jeweils vor Abzug von Steuern (§ 154 SGB VI).

²⁵ Zusätzlich wurde insbesondere auch die abgabenrechtliche Förderung der betrieblichen Altersversorgung ausgeweitet und ein Anspruch auf Entgeltumwandlung eingeführt. Außerdem wurde die Umstellung auf eine nachgelagerte Besteuerung für Renten der GRV beschlossen.

²⁶ Vgl.: Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS), Rentenversicherungsbericht 2015, November 2015.

²⁷ Von der vollen Wirksamkeit ist als erstes der Geburtsjahrgang 1964 betroffen, der anstelle im Jahr 2029 mit 65 erst im Jahr 2031 mit 67 Jahren das Rentenalter erreicht.

²⁸ Siehe zu den offiziellen Vorausberechnungen: BMAS, Rentenversicherungsbericht 2015. Die Fokussierung auf einen Standardversicherten ermöglicht zwar einen Vergleich im Zeitverlauf. Aufgrund der Anhebung des gesetzlichen Rentenalters erscheint es aber sinnvoll, die Beitragsjahre des Standardrentners zu erhöhen, da ausdrücklich auf ein verlängertes Arbeitsleben abgezielt wird. Tatsächlich sind die Erwerbsbiographien der einzelnen Versicherten natürlich unterschiedlich, wobei hierfür im Zeitverlauf insbesondere die Beschäftigungslage eine wichtige Rolle spielt. Die BMAS-Berechnungen unterstellen das geltende Sozialrecht. Zukünftige Anhebungen des Beitragssatzes der sozialen Pflegeversicherung, die von den Rentenbeziehenden anders als von Erwerbstätigen allein zu tragen sind, würden die Relation verschlechtern. Steuerliche Aspekte sind hier ebenfalls ausgeblendet.



tigte Verlängerung der Lebensarbeitszeit aus. Aus Sicht der einzelnen Rentnerinnen und Rentner werden mit längeren Beitragszeiten aber zusätzliche Rentenansprüche erworben. Mit einer entsprechend längeren Erwerbstätigkeit sinkt das GRV-Versorgungsniveau bei Renteneintritt nicht von heute knapp 48% auf 44½% im Jahr 2029, sondern nur halb so stark auf 46½% (vgl. oben stehendes Schaubild).²⁹⁾

den ursprünglichen Planungen sollte es die Riester-Rente ermöglichen, die mit den Reformen vorgesehene Absenkung des GRV-Niveaus in etwa auszugleichen.

Der Rentenversicherungsbericht unterstellt diesbezüglich einen jährlichen Sparbeitrag von 4% des Durchschnittsentgelts,³⁰⁾ und setzt für die

... stützt Niveau mit steigendem Rentenalter stärker

Private
 Vorsorge ...

Welches Absicherungsniveau in der GRV als ausreichend oder angemessen angesehen wird, ist letztlich eine politisch zu entscheidende Frage: Je höher das Niveau, umso höher müssen der Beitragssatz und/oder das gesetzliche Rentenalter ausfallen; je niedriger das Niveau, desto stärker muss zur Absicherung eines individuell angestrebten Lebensstandards im Alter zusätzlich privat vorgesorgt werden. Mit Einführung der Riester-Rente im Jahr 2002 sollte dies über die gewährte Zulagenförderung gerade auch für Bezieherinnen und Bezieher geringer Einkommen erleichtert werden. Gemäß

²⁹ Die hier genannten Zahlen zum (GRV- und Gesamt-)Versorgungsniveau beziehen sich jeweils auf den Zeitpunkt des Rentenzugangs eines Versicherten (z. B. erreicht hier im Jahr 2029 ein Versicherter bei einem Renteneintritt von 65 Jahren ein GRV-Versorgungsniveau von 44½% und bei einem Rentenalter von 66 Jahren und acht Monaten ein Versorgungsniveau von 46½%, d. h., die hier für ein Kalenderjahr abgebildeten Beitragszeiten sind mit unterschiedlichen Geburtsjahrgängen verbunden). Die weitere Dämpfung der jährlichen Rentenanpassungen im Vergleich zum durchschnittlichen Lohnwachstum im Verlauf der Rentenbezugsphase kann qualitativ für den entsprechenden Zeitraum an der Veränderung des GRV-Versorgungsniveaus bei 45 Beitragsjahren im Zeitverlauf abgelesen werden.

³⁰ Wesentliche Annahmen sind: Einzahlung in einen zertifizierten Altersvorsorgevertrag ab dem 21. Lebensjahr (Eintritt ins Erwerbsleben) bzw. ab Einführung der Riester-Förderung bis zum Vollenden des 65. Lebensjahres einschl. der Riester-Förderung (ab 2008 4% des Einkommens, davor Staffelung von 1% ab 2002 über 2% ab 2004 und 3% ab 2006).

jährliche nominale Rendite 4% an. Außerdem wird der jährliche Einzahlungsbetrag jeweils um eine Kostenpauschale in Höhe von 10% gekürzt.³¹⁾ Aber auch diese Berechnungen zur kapitalgedeckten ergänzenden Altersvorsorge blenden aus, dass sich das gesetzliche Renteneintrittsalter erhöht. Bis zum Renteneintritt wird also länger angespart, und der Kapitalstock ist dann über einen kürzeren Zeitraum zu verrenten. Beides führt zu einer höheren monatlichen Auszahlung der Riester-Rente. Das monatliche Gesamtversorgungsniveau aus gesetzlicher und Riester-Rente steigt durch einen späteren Renteneintritt also zusätzlich über diesen Effekt. Während es gemäß den Berechnungen der Bundesregierung bis zum Jahr 2029 etwa auf dem aktuell verzeichneten Niveau von gut 50% verbleibt, wird so ein merklich höheres Niveau von 53% erreicht, wenn man davon ausgeht, dass Beitrags- und Ansparzeiten parallel mit dem sich stufenweise erhöhenden gesetzlichen Rentenalter wachsen (zu Szenarien mit vorsichtigeren Renditeannahmen siehe S. 75 f.).³²⁾ Im Jahr 2031, wenn erstmals Personen mit 67 Jahren das gesetzliche Rentenalter erreichen, beträgt der Abstand zwischen dem Gesamtversorgungsniveau mit 67 Jahren und demjenigen bei 65 Jahren etwa 2½ Prozentpunkte.

Steigender finanzieller Druck auch ab 2030

*Längerfristige
Vorausberechnungen zeigen
fortlaufende
Effekte der
demografischen
Veränderungen*

Allerdings werden sich die demografischen Veränderungen über das Jahr 2030 hinaus fortsetzen, wobei diesbezüglich die Unsicherheit naturgemäß größer ist. Gleichwohl würden längerfristige Vorausberechnungen, die aufzeigen, wie die rentenpolitischen Stellgrößen aus heutiger Sicht angepasst werden, um die finanzielle Nachhaltigkeit der GRV abzusichern, die Planungsgrundlage nicht nur der Politik, sondern insbesondere auch jüngerer Geburtsjahrgänge verbessern.

Während Versicherte, die im Jahr 1960 mit 65 Jahren in Rente gingen, eine fernere Lebenserwartung von etwa 13½ Jahren aufwiesen, lag sie im Jahr 2011 für Männer und Frauen im

Durchschnitt schon bei 19 Jahren. Die relative Rentenbezugsdauer³³⁾ stieg in diesem Zeitraum kräftig von 30% auf 42% (vgl. Schaubild auf S. 73). Mit der sukzessiven Anhebung des gesetzlichen Rentenalters von 65 Jahren auf 67 Jahre könnte es nun bis zum Jahr 2031, wenn erstmals Personen im Alter von 67 Jahren das gesetzliche Rentenalter erreichen, in etwa auf dem derzeitigen Niveau stabilisiert werden. Ohne weitere Anpassungen wäre in den Folgejahren aber erneut ein deutlicher Anstieg zu erwarten. Die relative Rentenbezugsdauer könnte hingegen weitgehend – obgleich auf historisch hohem Niveau – stabilisiert werden, wenn das gesetzliche Renteneintrittsalter ab dem Jahr 2030 weiter in Stufen von durchschnittlich einen dreiviertel Monat pro Jahr auf 69 Jahre im Jahr 2060 angehoben würde.³⁴⁾

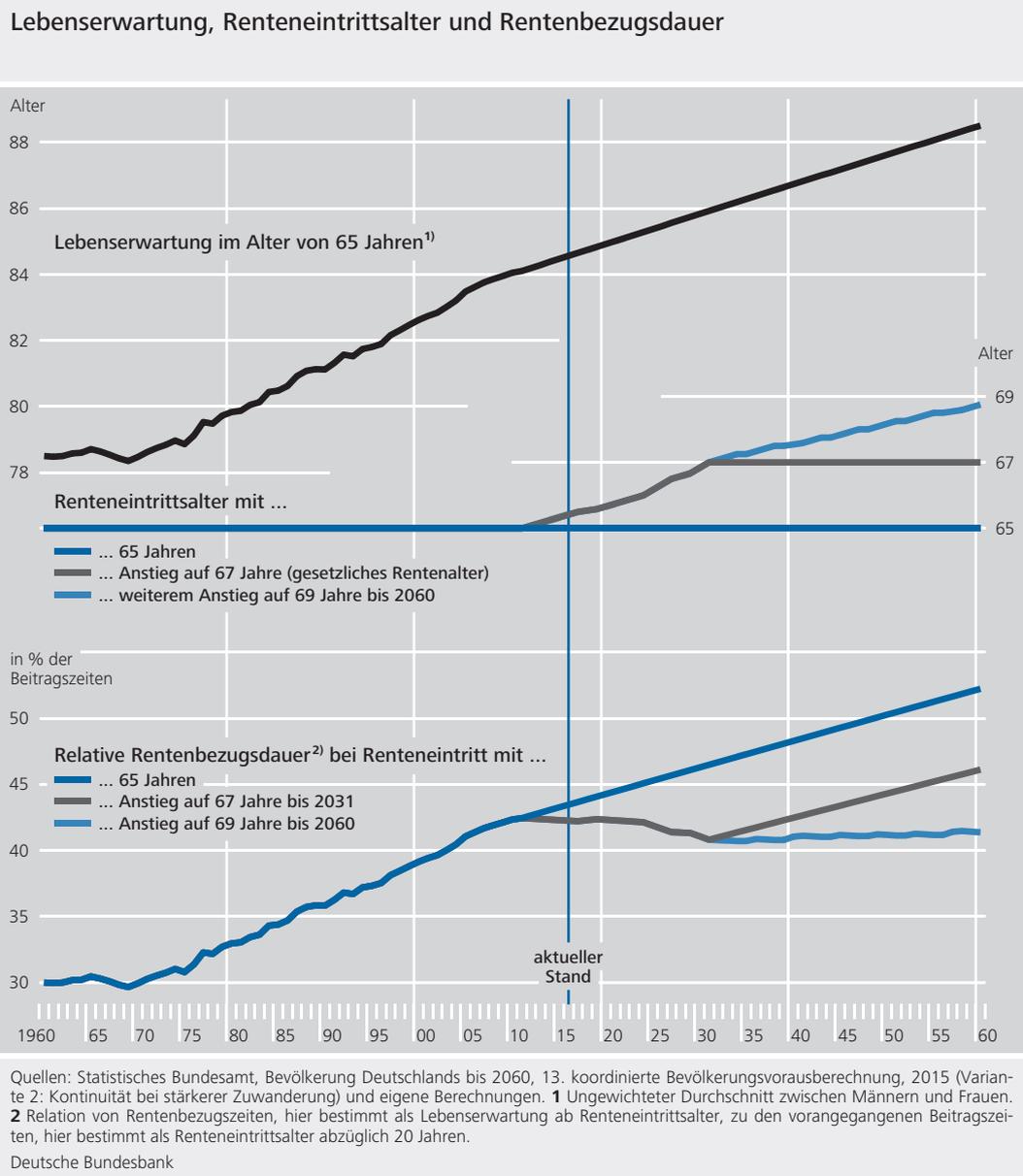
*Anstieg des
Rentenalters
stabilisiert bei
steigender
Lebens-
erwartung die
relative Renten-
bezugsphase*

31 Hierdurch ist neben den bei einer reinen Kapitalanlage anfallenden Verwaltungs- und Abschlusskosten zusätzlich auch die Kapitalerhaltungsgarantie abgedeckt. Es werden jedoch keine Kosten in der Rentenphase insbesondere zur Absicherung der ungewissen Lebenszeit berücksichtigt. Durch die Kosten reduziert sich die Rendite in der Ansparphase um rd. ½ Prozentpunkt, und insbesondere dürften bei einer Betrachtung einschl. Rentenphase die hier angerechneten Kosten unter dem tatsächlichen Durchschnitt der am Markt verfügbaren Produkte liegen, vgl.: M. Gasche et al. (2013), Die Kosten der Riester-Rente im Vergleich, MEA Discussion Papers 04-2013. Allerdings werden die Kosten von Riester-Produkten häufig als zu hoch kritisiert. Durch transparentere Informationen im Rahmen eines Produktinformationsblattes soll es für Verbraucherinnen und Verbraucher künftig einfacher werden, kostengünstige Verträge zu identifizieren.

32 Grundsätzlich handelt es sich auch hierbei um standardisierte Berechnungen. So kann sich der Anstieg des individuellen tatsächlichen Renteneintrittsalters von dem des gesetzlichen unterscheiden. Zu beachten ist u. a. außerdem, dass sonstiges Einkommen oder Vermögen, etwa eine betriebliche Altersvorsorge, Lebensversicherungen, Sparvermögen oder nicht gefördertes Wohneigentum, unberücksichtigt bleiben. Umgekehrt wird teilweise auch weniger angespart als im standardisierten Szenario unterstellt.

33 Die relative Rentenbezugsdauer beschreibt das Verhältnis von Rentenbezugszeiten (hier bestimmt als Lebenserwartung ab Renteneintrittsalter) zu den vorangegangenen Beitragszeiten (hier bestimmt als Renteneintrittsalter abzüglich 20 Jahren).

34 Den Angaben liegt die fernere Lebenserwartung aus Variante 2 der 13. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung zugrunde (Kontinuität bei stärkerer Zuwanderung). Vgl.: Statistisches Bundesamt (2015), Bevölkerung Deutschlands bis 2060, 13. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung. Die mit dem Äquivalenzprinzip nicht vereinbare Ausnahmeregelung, nach der langjährig Versicherte vorzeitig ohne Abschläge in Rente gehen können (aktuell mit 43 Beitragsjahren, bis zum Jahr 2029 steigend auf 45 Beitragsjahre), wäre in diesem Zusammenhang ebenfalls auf den Prüfstand zu stellen, und es wäre naheliegend, zumindest die erforderlichen Beitragszeiten in den gleichen Stufen wie das gesetzliche Rentenalter anzuheben.



Tatsächlich würden so erstmals im Jahr 2064 Personen im Alter von 69 Jahren (Geburtsjahrgang 1995) in Rente gehen. Dies würde auch verhindern, dass insofern der Rentnerquotient steigt und damit eine Absenkung des Rentenniveaus ausgelöst wird.³⁵⁾

Rentnerinnen und Rentnern zu Beitragszahlerinnen und -zahlern spürbar ausweiten wird. Durch den daraus resultierenden Anstieg des Rentnerquotienten – insbesondere bis zum Jahr 2035 – ist im gegenwärtigen Rahmen ein weiteres Absinken des GRV-Versorgungsniveaus (und ein steigender Beitragssatz) angelegt. Allerdings kann gleichzeitig das Gesamtversor-

Durch Eintritt geburtenstarker Jahrgänge in die Rentenphase weiterer Anpassungsbedarf vor-gezeichnet

Die demografischen Verschiebungen resultieren allerdings nicht allein aus einer steigenden Lebenserwartung. Vielmehr ergibt sich aus dem bis Mitte 2030 erwarteten Zugang der letzten geburtenstarken Jahrgänge bei niedrigeren Besetzungszahlen der folgenden Jahrgänge ein zusätzlicher Anpassungsbedarf, da sich hierdurch (für sich genommen) das Verhältnis von

35 Dahinter steht der „Nachhaltigkeitsfaktor“ bei der Rentenanpassung, der die angelegten Beitragssatzerhöhungen begrenzen soll. Dieser verringert (erhöht) die Rentenanpassung bei steigendem (sinkendem) Rentenquotienten, also der Relation von „Äquivalenzrentnern“ (Rentenausgaben dividiert durch den Zahlbetrag der Standardrente) zu „Äquivalenzbeitragszahlern“ (Beitragseinnahmen dividiert durch den Rentenbeitrag des Durchschnittsverdieners).

gungsniveau durch ein bei längeren Ansparzeiten weiter steigendes Gewicht der geförderten kapitalgedeckten Vorsorge gestützt werden.

Mit steigendem Rentenalter fällt GRV-Versorgungsniveau deutlich höher aus

Um den Einfluss dieser Faktoren auf die Versorgungsniveaus abzuschätzen, wird im Folgenden die Projektion des Rentenversicherungsberichts schematisch bis zum Jahr 2060 fortgeschrieben (vgl. Schaubild auf S. 75).³⁶⁾ In den Simulationen sinkt dabei das GRV-Versorgungsniveau bis zum Jahr 2060 auf etwa 40½%, sofern – wie im Rentenversicherungsbericht – die Beitrags- und Ansparphase auf 45 Jahre begrenzt bleibt. Bei einer Verlängerung auf 47 Jahre parallel zu der beschlossenen Erhöhung des gesetzlichen Rentenalters liegt das GRV-Niveau ab Erreichen der letzten Anhebungsstufe um etwa 2 Prozentpunkte höher und damit bei gut 42% im Jahr 2060. Wird darüber hinaus unterstellt, dass die relative Rentenbezugsdauer auch nach 2031 weitgehend konstant gehalten und dazu die Erwerbsphase sukzessiv um weitere zwei Jahre auf 49 Beitragsjahre bis zum Jahr 2060 verlängert wird, würde das Versorgungsniveau der GRV etwa ab dem Jahr 2035 bei rund 44% grob stabilisiert.

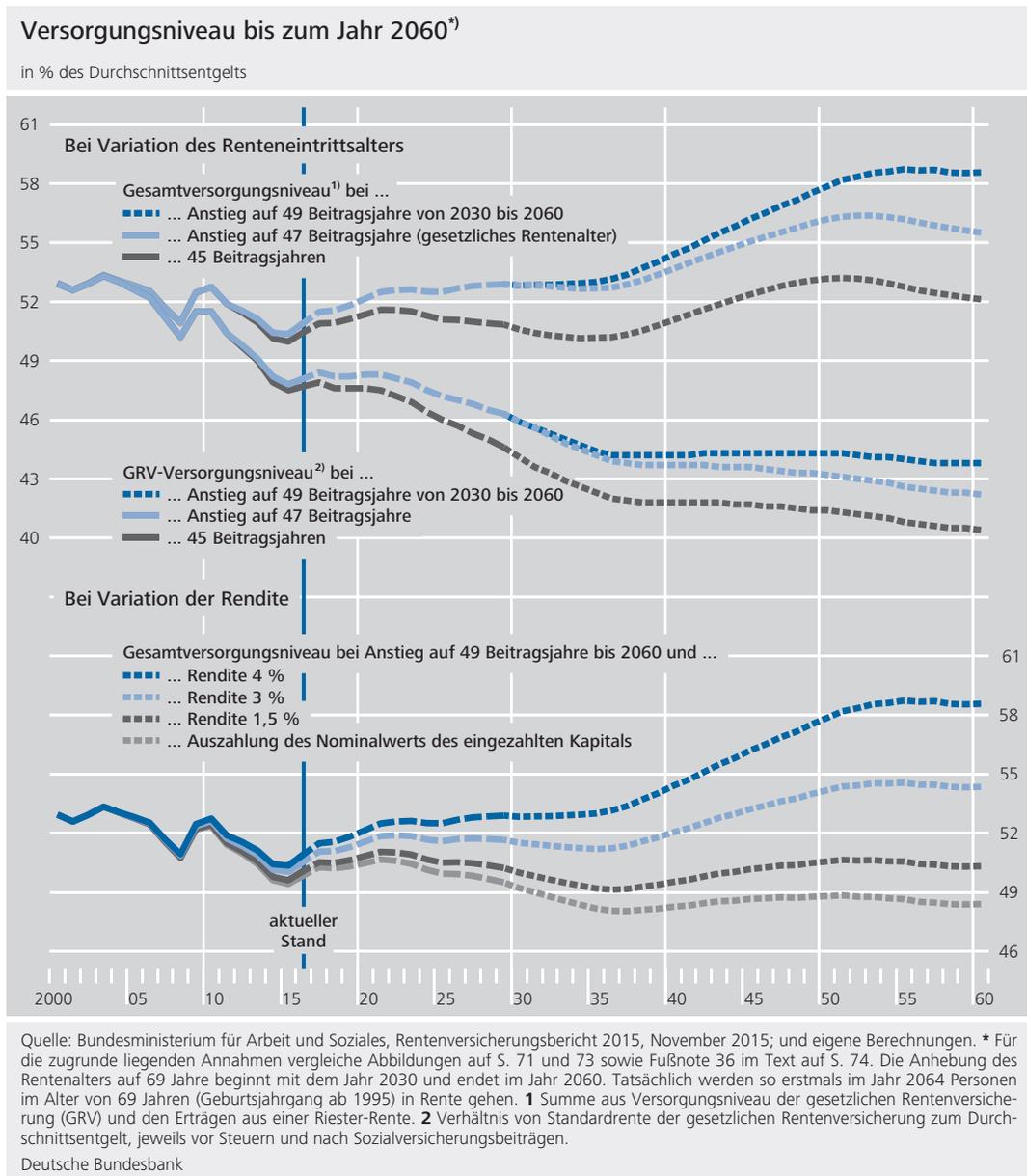
Gesamtversorgungsniveau liegt deutlich höher

Die Entwicklung des Gesamtversorgungsniveaus stellt sich aufgrund des steigenden Gewichts der kapitalgedeckten Altersvorsorge allerdings grundlegend anders dar als bei alleiniger Betrachtung der GRV-Leistungen:³⁷⁾ So läge – mit den getroffenen Annahmen zu Renditen und Sparvolumen – das Gesamtversorgungsniveau auch für die Zeit ab 2030 bereits bei 45 Beitragsjahren durchgehend über dem derzeitigen Wert von etwa 50%. Zwar wirkt sich der Rentenzugang der geburtenstarken Jahrgänge bis Mitte der 2030er Jahre dämpfend auf das GRV-Versorgungsniveau aus. Die höhere Zahl von Jahren mit Einzahlungen in die Riester-Rente nach deren Einführung im Jahr 2002 schlägt sich aber vor allem in der Zeit danach in einem deutlichen Anstieg des Gesamtversorgungsniveaus nieder. Wird die relative Rentenbezugsphase durch ein über 67 Jahre hinaus weiter steigendes Renteneintrittsalter zusätzlich stabilisiert, erreichen die seit Anfang der achtziger

Jahre Geborenen, für die eine Einzahlung in eine geförderte private Altersvorsorge über die gesamte Erwerbsphase unterstellt wird, sogar ein Gesamtversorgungsniveau von etwa 58½%. Wenn hingegen das Rentenalter nicht über 67 Jahre hinaus erhöht wird, sänke das

36 Da differenziertere Berechnungen mit dem umfassenden Datenkranz und Modell der Bundesregierung oder der GRV nicht vorliegen, wurde eine vereinfachte Simulation durchgeführt. In dem hier abgebildeten Szenario wird unterstellt, dass ab dem Jahr 2030 die Pro-Kopf-Löhne (bei demografiebedingt rückläufigem Beschäftigungsstand) pro Jahr nominal um 3% steigen und die Rendite bei 4% liegt. Damit werden die entsprechenden Annahmen aus dem Rentenversicherungsbericht unverändert fortgeschrieben, vgl.: BMAS (2015), a. a. O. Mit einer erwarteten Inflationsrate von unter, aber nahe 2% impliziert dies ein jahresdurchschnittliches reales Lohn- und Wirtschaftswachstum von knapp 1% und eine reale Rendite von 2%. Zur Ermittlung der Rentenanpassungen wird der Rentnerquotient durch den demografischen Altenquotienten (definiert als das Verhältnis der über 65-Jährigen zu den 20- bis unter 65-Jährigen) aus der 13. Bevölkerungsvorausberechnung (Variante 2: Geburtenziffer konstant bei 1,4 Kindern je Frau, steigende Lebenserwartung, langfristiger Wanderungssaldo 200 000 Personen pro Jahr) approximiert. Führt die weitere Anhebung des Rentenalters zu längeren Erwerbsphasen, so würden die Versorgungsniveaus dadurch hier eher zu niedrig ausgewiesen. Außerdem wird von 2030 bis 2035 zunächst ein aufgrund der dann in Rente gehenden geburtenstarken Jahrgänge kräftiger und in der Folgezeit deutlich schwächerer Anstieg des Beitragssatzes von 21,8% im Jahr 2030 auf 22,8% bis zum Jahr 2035 bzw. gut 24% im Jahr 2060 unterstellt. Eine ähnliche Größenordnung des Beitragssatzanstiegs bis 2060 ergibt sich auch aus dem Bericht der Ageing Working Group 2015, vgl.: Europäische Kommission (2015), The 2015 Ageing Report. Reagieren die Versicherten auf eine weitere Anhebung der Regelaltersgrenze mit einer Ausdehnung ihrer Erwerbstätigkeit, dürfte der Beitragssatzanstieg gedämpft werden. Für eine ähnliche Erhöhung des Rentenalters von 67 auf 69 Jahre wurde ein dämpfender Effekt von –½ Prozentpunkt berechnet, vgl.: Bach et al. (2014), Wirkungen von Rentenreformen auf Rentenbeitrag und Rentenniveau sowie Beschäftigungseffekte der Rentenbeitragsänderung, DIW Berlin und MEA, Berlin, München. Dies würde aber die hier vorgestellten Ergebnisse nicht wesentlich beeinflussen. Hinsichtlich der Riester-Rente wird zudem die in den offiziellen Berechnungen unterstellte Kostenquote von 10% angesetzt.

37 In den Szenarien sparen die Geburtsjahrgänge ab 1982 erstmals über die gesamte Erwerbszeit in der Riester-Rente an. Für die Jahrgänge ab 1988, die im Jahr 2055 das 67. Lebensjahr erreichen, wird erstmals die maximale Einzahlung von 4% des Einkommens über die gesamte Erwerbsphase berücksichtigt. Dabei wird in diesen an den Rentenversicherungsbericht angelehnten Berechnungen lediglich beispielhaft das mögliche Versorgungsniveau bei Orientierung an der Intention des Bundesgesetzgebers nachgezeichnet. Trotz umfangreicher staatlicher Zulagen, die nicht zuletzt bei niedrigen Einkommen und Familien mit Kindern den überwiegenden Teil ausmachen, verfügt offenbar ein guter Teil der Rentenversicherten nicht über einen Riester-Vertrag. Viele Versicherte dürften aber (alternativ oder zusätzlich) andere Spar- oder Vorsorgeformen gewählt haben (etwa im Rahmen der betrieblichen Altersversorgung, Lebensversicherungen, sonstiges Finanzvermögen oder Wohneigentum).



Gesamtversorgungsniveau aufgrund der ansteigenden Lebenserwartung etwa ab dem Jahr 2050 wieder leicht.

Einfluss unterschiedlicher Renditen

Der Rentenversicherungsbericht der Bundesregierung unterstellt bei der Bestimmung des Gesamtversorgungsniveaus eine nominale Rendite von 4%, die auch in den zuvor vorgestellten Berechnungen zugrunde gelegt wurde. Ein solcher Wert wird angesichts der seit einigen Jahren deutlich gesunkenen Zinsen vielfach als zu

hoch kritisiert. Um die Bedeutung unterschiedlicher Renditeannahmen zu verdeutlichen, wurden verschiedene Szenarien berechnet, wobei hierzu als Basislinie der Fall einer weiteren Anhebung des gesetzlichen Rentenalters bis zum Jahr 2060 auf rund 69 Jahre angenommen wird.

So wird zum einen eine alternative Verzinsung in Höhe von 3% unterstellt. Der Nominalzins entspräche dann etwa dem durchschnittlichen nominalen Lohnwachstum pro Kopf und läge damit, bei einem mittel- bis langfristigen jährlichen Potenzialwachstum von knapp 1% und einem Preisanstieg von knapp 2%, etwas über dem Wachstum des nominalen Bruttoinlands-

Szenarien mit vorsichtigeren Annahmen und ...

Renditen im Rentenversicherungsbericht teils als zu hoch angesehen

produkts (BIP). Ein weiteres Szenario legt eine nochmals deutlich niedrigere nominale Rendite von exemplarisch 1½% zugrunde. Bei einem Preisanstieg von knapp 2% – und damit gemäß der Vorstellung des Eurosystems von Preisstabilität – impliziert dies einen Realzins, der über einen sehr langen Zeitraum negativ wäre und spürbar unter dem hier unterstellten realen Wachstum läge.³⁸⁾ Eine solche Setzung wäre ungewöhnlich³⁹⁾ und dürfte bereits ausgesprochen vorsichtig sein. Das dritte Szenario geht schließlich davon aus, dass die Kapitalerhaltungsgarantie der Riester-Rente greift, sich also die durchschnittliche nominale Rendite nach Abzug der Kosten auf 0% beläuft.⁴⁰⁾ Diese Konstellation erscheint aber im Zusammenspiel mit den unverändert unterstellten nominalen gesamtwirtschaftlichen (Lohn-)Wachstumsraten von etwa 3% über den Gesamtzeitraum unrealistisch niedrig.

... Effekte
auf Gesamt-
versorgungsniveau

Naturgemäß wäre bei einer niedrigeren Rendite der privaten Altersvorsorge das Gesamtversorgungsniveau geringer (siehe Schaubild auf S. 75). Es säne bei einer sehr niedrigen Verzinsung von 1½% über 50 Jahre zunächst leicht auf etwa 49% im Jahr 2035, würde aber im weiteren Verlauf wieder den aktuellen Wert von gut 50% erreichen. Selbst wenn lediglich die eingezahlten Eigenmittel sowie die staatlichen Zulagen ausgezahlt (Kapitalschutz-Szenario) würden, könnte das Gesamtversorgungsniveau etwa ab dem Jahr 2035 bei 48½% stabilisiert werden. Bei einer Rendite von 3% läge das Gesamtversorgungsniveau bis 2035 recht stabil bei gut 51%, wüchse dann bis 2053 auf 54½% und bliebe im weiteren Verlauf auf diesem Niveau etwa konstant.

Schlussfolgerungen

Langfristige
Vorausberechnungen als Basis
für politische
Entscheidungen
und zur
Orientierung für
Versicherte

Aufgrund des demografischen Wandels können nicht alle Parameter des umlagefinanzierten Rentensystems stabil gehalten werden. Im letzten Jahrzehnt wurden daher verschiedene Maßnahmen beschlossen, die einen Kompromiss aus einem höheren Beitragssatz, einem späte-

ren Renteneintrittsalter und einem sinkenden (relativen) Versorgungsniveau darstellen. Die voranstehenden Berechnungen unterstreichen die Herausforderungen, vor denen insbesondere die GRV jenseits des bisherigen, bis zum Jahr 2030 reichenden Planungshorizonts stehen wird. Das Vertrauen in die Rentenversicherung könnte gestärkt und die Unsicherheit hinsichtlich der finanziellen Absicherung im Alter verringert werden, wenn deutlich gemacht würde, wie die langfristigen Anpassungsregeln für die GRV-Parameter Rentenalter, Versorgungsniveau und Beitragssatz aus heutiger Sicht ausgestaltet werden sollen.⁴¹⁾ Um rechtzeitig aussagekräftige Orientierungsgrößen auch für den Bedarf an ergänzender privater Vorsorge zu geben und damit die Planungssicherheit zu stärken, wäre es entscheidend, auch offizielle Vorausberechnungen über das Jahr 2030 hinaus vorzulegen.⁴²⁾ Alternative Szenarien könnten die Ent-

38 Die allgemeine Preissteigerung sollte die nominalen Zinsen und Löhne langfristig in gleicher Weise beeinflussen und somit für die als Relationen definierten Versorgungsniveaus nicht entscheidend sein. Generell ist für die Simulationsergebnisse das Zins-Lohn-Differenzial relevant.

39 Im Tragfähigkeitsbericht der Bundesregierung wird von einem realen BIP-Wachstum von etwa 1% und einem Realzins von 3% als Ausgangssituation ausgegangen, vgl. BMF, Vierter Bericht zur Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen, Februar 2016. Auch im Tragfähigkeitsbericht der Europäischen Kommission wird langfristig wieder ein positives Zins-Wachstums-Differenzial unterstellt, vgl.: Fiscal Sustainability Report 2015, Institutional Paper, 18. Januar 2016.

40 Ein Riester-Vertrag garantiert zum Auszahlungszeitpunkt mindestens die eingezahlten Beiträge einschl. der staatlichen Förderung.

41 Darüber hinaus könnte grundsätzlich auch der steuerfinanzierte Bundeszuschuss angepasst werden. Dieser lässt sich gut zur Abgeltung versicherungsfremder Leistungen rechtfertigen, wäre allerdings zur Finanzierung regulärer äquivalenzorientierter Renten ein Fremdkörper. Er wird daher hier als potenzielle Finanzierungsquelle der Rentenversicherung ausgeblendet. Auch eine teilweise diskutierte Ausweitung des Versicherungskreises der GRV brächte keine nachhaltige Lösung für den aus der Demografie längerfristig resultierenden Anpassungsbedarf mit sich. Zwar könnten die neuen Versicherten vorübergehend die Finanzlage der Rentenversicherung verbessern, solange sie Beitragszahlungen leisten. Dem stehen langfristig aber auch zusätzliche Ansprüche gegenüber, die dann in der Rentenphase zu Buche schlagen. Unterscheiden sich die demografischen Merkmale der neuen nicht von den bisherigen Versicherten, ist der Problemdruck langfristig unverändert.

42 Vgl. hierzu: Deutsche Bundesbank, Demographischer Wandel und langfristige Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen in Deutschland, Monatsbericht, Juli 2009, S. 46, aber auch entsprechende Vorschläge vom Sozialbeirat der Bundesregierung (vgl. Gutachten des Sozialbeirats zum Rentenversicherungsbericht 2015, Bundestagsdrucksache 18/6870, Tz. 27 ff.).

wicklung bei positiven und negativen Abweichungen von den Erwartungen illustrieren.

Armutsvermeidende Transfers derzeit zielgerichtet bei Bedürftigkeit und aus Steuermitteln finanziert

Hier geht es zum einen um die Frage, in welchem Umfang voraussichtlich die GRV den Lebensstandard absichern wird. Dabei ist es für die finanzielle Entwicklung der GRV, aber auch für die von ihr abgesicherten individuellen Versorgungsniveaus von besonderer Bedeutung, durch günstige gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen einen hohen Beschäftigungsstand zu unterstützen und damit auch relativ kontinuierliche Erwerbsbiografien zu ermöglichen. Das Äquivalenzprinzip ist ein wichtiges Ausgestaltungsmerkmal der beitragsfinanzierten GRV in Deutschland, und es begrenzt beispielsweise die von den Rentenversicherungsbeiträgen ausgehenden, insbesondere den Arbeitsmarkt betreffenden Verzerrungen. Das Vermeiden von Armut wird als gesamtgesellschaftliche Aufgabe im bestehenden System der sozialen Sicherung grundsätzlich nicht durch das Versicherungssystem, sondern aus den Haushalten der Gebietskörperschaften steuerfinanziert. Dabei knüpfen die entsprechenden, gezielt auf Armutsvermeidung angelegten Transfers an der individuellen Bedürftigkeit an und berücksichtigen etwa vorhandene zusätzliche Einkommen oder Vermögen.

Ohnehin angelegten Beitragssatzanstieg durch Anpassung auch der anderen Rentenparameter begrenzen

Neben dem in Aussicht gestellten Rentenniveau sollte mit den Vorausberechnungen zum anderen aufgezeigt werden, wie die Parameter Beitragssatz und gesetzliches Rentenalter angepasst werden sollen, um die Finanzierung zu gewährleisten. Grundsätzlich kann mit einem höheren Beitragssatz ein höheres Versorgungsniveau bei gegebenem Rentenalter finanziert werden. Damit steigt aber die Belastung der Beitragszahler, und eine zunehmende und hohe Abgabenbelastung hat im Allgemeinen negative Rückwirkungen auf die wirtschaftliche Entwicklung, die letztlich die Finanzierungsbasis für das Umlagesystem bildet.⁴³ Dies gilt umso mehr, als nicht nur für die GRV, sondern auch bei der gesetzlichen Kranken- und der sozialen Pflegeversicherung aufgrund der demografischen Entwicklung steigende Beitragssätze an-

gelegt sind. Auf die Haushalte der Gebietskörperschaften kommen zudem wachsende demografiebedingte Lasten (u. a. Bundeszuschüsse an die GRV, die mit dem Beitragssatz wachsen, oder Pensionslasten) zu, wodurch Druck zu einer stärkeren Steuerbelastung entsteht. Angesichts einer bereits heute recht hohen Abgabenlast liegt es mit Blick auf die gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen daher nahe, den durch die Alterung angelegten Anstieg des Rentenbeitragssatzes auch weiterhin durch eine Mit Anpassung der anderen Parameter zumindest zu begrenzen.

Soll ein höheres GRV-Versorgungsniveau (im Vergleich zum derzeit zu erwartenden) erreicht und gleichzeitig ein stärkerer als angelegter Anstieg des Beitragssatzes vermieden werden, so ist letztlich am gesetzlichen Rentenalter anzusetzen. Indem dieses beispielsweise im Einklang mit der steigenden Lebenserwartung weiter erhöht wird, kann das – mit mehr als 40% bereits historisch hohe – Verhältnis der Rentenbezugs- zur Erwerbsphase über das Jahr 2029 hinaus stabilisiert werden. Konkret stiege in diesem Fall das gesetzliche Rentenalter bis zum Jahr 2060 auf etwa 69 Jahre. Gleichzeitig würden bei der daraus resultierenden erhöhten Beschäftigung das Wirtschaftswachstum und die Lohnsumme als Basis des Umlagesystems (wie auch der Finanzierung des übrigen Staatshaushalts) gestützt, wenn die Relation von Beschäftigten zu Rentnerinnen und Rentnern nicht so stark schrumpft. Spielraum für eine solche Verlängerung der Erwerbsphase eröffnet unter anderem, dass die höhere Lebenserwartung häufig mit einer besseren Gesundheit bei einem gegebenen Alter einhergehen dürfte. Ungeachtet dessen kann eine Fortsetzung der Erwerbstätigkeit im höheren Alter nur eingeschränkt oder nicht mehr möglich sein. Hier sind aber beispielsweise im Rahmen der GRV auch heute

Anhebung des Rentenalters auf 69 Jahre bis 2060 könnte relative Rentenbezugsdauer stabilisieren und Rentenniveaus merklich stützen

⁴³ Hiervon ist schon wegen des Zwangscharakters der Rentenbeiträge auszugehen. Allerdings dürften die Beiträge an die gesetzliche Renten- und Arbeitslosenversicherung entsprechend dem dort weitgehend bestehenden Äquivalenzprinzip weniger stark als Steuern empfunden werden als reguläre Steuern oder die Beiträge zur gesetzlichen Kranken- und sozialen Pflegeversicherung.

*Weiterer
Anpassungs-
bedarf durch
Renteneintritt
der geburten-
starken
Jahrgänge*

schon Möglichkeiten für einen früheren Renteneintritt bei Erwerbsunfähigkeit vorgesehen.

Selbst wenn die standardisierte Rentenbezugsdauer im Verhältnis zum Zeitraum der Beitragszahlungen mit einer solchen Anhebung des Rentenalters auf 69 Jahre stabilisiert würde, ist dennoch mit einem weiteren erheblichen Anstieg des Beitragssatzes auf eine Größenordnung von 24% zu rechnen. Außerdem ginge das GRV-Versorgungsniveau von derzeit rund 48% auf etwa 44% zurück (im Vergleich zu einem Rückgang auf etwa 42% ohne diese weitere Anhebung).⁴⁴⁾ Ausschlaggebend dabei ist, dass sich durch den bereits beschriebenen Renteneintritt der letzten geburtenstarken Jahrgänge bis etwa zur Mitte der 2030er Jahre das Verhältnis von Beschäftigten zu Rentnerinnen und Rentnern deutlich verschlechtert und dies gemäß den derzeitigen Regelungen teils durch höhere Beitragssätze und teils durch niedrigere Rentenniveaus aufgefangen wird. Berücksichtigte das Rentenalter – wie vorgeschlagen – die steigende Lebenserwartung, wären aber im weiteren Verlauf auch bei einer unverändert niedrigen Geburtenziffer und damit rückläufiger Bevölkerungszahlen ein in etwa stabiler Rentnerquotient und damit ein relativ stabiles Versorgungsniveau durch die GRV abgesichert. Sollten indes der angelegte starke Beitragssatzanstieg weiter gedämpft und/oder ein höheres Versorgungsniveau der GRV erreicht werden, müsste das gesetzliche Rentenalter im Zeitverlauf stärker steigen.

*Bei Diskussionen
zum Versor-
gungsniveau
späteren Renten-
eintritt und pri-
vate Vermögens-
bildung
beachten*

Bei der Diskussion um die Entwicklung des standardisierten Versorgungsniveaus der gesetzlichen Rentenversicherung ist zu beachten, dass dieses tendenziell zu niedrig ausgewiesen wird, wenn – wie im Rentenversicherungsbericht – die beschlossene Erhöhung des gesetzlichen Renteneintrittsalters ausgeblendet bleibt. Außerdem erhöht sich das Gesamtversorgungsniveau im Vergleich zum derzeitigen Niveau, wenn in dem bei der Riester-Rente vorgesehe-

nen Umfang privat vorgesorgt wird.⁴⁵⁾ Selbst bei deutlich niedrigeren Renditen als im Rentenversicherungsbericht unterstellt, kommt es hier zu einer Stabilisierung des Gesamtversorgungsniveaus. Auch wenn das derzeit sehr niedrige Zinsniveau über etliche Jahre anhielte, relativiert sich dies angesichts des Anlagehorizonts bei der Altersvorsorge mit insgesamt etwa einem halben Jahrhundert. Im Hinblick auf die staatliche Förderung der privaten Altersvorsorge wäre es aber – wie aktuell diskutiert – durchaus empfehlenswert, diese zu vereinfachen und ihre Transparenz zu erhöhen. Dabei könnten die Informationen zu den jeweiligen Kosten und den zu erwartenden Auszahlungen (insbesondere Riester-Rente und betriebliche Altersvorsorge) verbessert werden, sodass die Versicherten auch einen einfacheren Überblick über ihr potenzielles Gesamtversorgungsniveau aus heutiger Sicht erhalten.

Alles in allem sollte die aktuell günstige Finanzlage der GRV und die nur bis zum Jahr 2029 reichenden offiziellen Vorausberechnungen nicht darüber hinwegtäuschen, dass weitere Anpassungen unvermeidlich sind, um ihre finanzielle Tragfähigkeit sicherzustellen. Dabei sollte eine längere Lebensarbeitszeit nicht tabuisiert, sondern als ein wesentlicher Faktor mit berücksichtigt werden.

44 Um den einzelnen Versicherten eine höhere individuelle Flexibilität im Hinblick auf das gewünschte eigene GRV-Versorgungsniveau zu geben, könnten weitere Regelungen getroffen werden, die einen individuellen Renteneintritt erst nach dem regulären gesetzlichen Renteneintrittsalter weiter erleichtern. Dabei wäre allerdings auch die Planbarkeit auf der Seite der Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber zu berücksichtigen.

45 Die hier vorgenommenen Berechnungen knüpfen am standardisierten Vorgehen des Rentenversicherungsberichts an, dessen Kennzahlen häufig im Fokus der öffentlichen Diskussion stehen. Es wird dabei unterstellt, dass mit der staatlich geförderten Riester-Rente eine zusätzliche private Altersvorsorge betrieben wird. Derzeit besitzen bei Weitem nicht alle Förderberechtigten einen Riester-Vertrag mit dem hier angerechneten Vorsorgeumfang. Allerdings beschränkt sich die Altersvorsorge in vielen Fällen auch nicht auf diese Form, sondern wird auch durch vielfältige andere Anlageformen betrieben oder ergänzt.

Statistischer Teil

■ Inhalt

■ I. Wichtige Wirtschaftsdaten für die Europäische Währungsunion

1. Monetäre Entwicklung und Zinssätze.....	5*
2. Außenwirtschaft.....	5*
3. Allgemeine Wirtschaftsindikatoren.....	6*

■ II. Bankstatistische Gesamtrechnungen in der Europäischen Währungsunion

1. Entwicklung der Geldbestände im Bilanzzusammenhang.....	8*
2. Konsolidierte Bilanz der Monetären Finanzinstitute (MFIs).....	10*
3. Liquiditätsposition des Bankensystems.....	14*

■ III. Konsolidierter Ausweis des Eurosystems

1. Aktiva.....	16*
2. Passiva.....	18*

■ IV. Banken

1. Aktiva und Passiva der Monetären Finanzinstitute (ohne Bundesbank) in Deutschland..	20*
2. Wichtige Aktiva und Passiva der Banken (MFIs) in Deutschland nach Bankengruppen..	24*
3. Forderungen und Verbindlichkeiten der Banken (MFIs) in Deutschland gegenüber dem Inland.....	26*
4. Forderungen und Verbindlichkeiten der Banken (MFIs) in Deutschland gegenüber dem Ausland.....	28*
5. Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland an inländische Nichtbanken (Nicht-MFIs).....	30*
6. Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland an inländische Unternehmen und Privatpersonen, Wohnungsbaukredite, Wirtschaftsbereiche	32*
7. Einlagen und aufgenommene Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland von inländischen Nichtbanken (Nicht-MFIs)	34*
8. Einlagen und aufgenommene Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland von inländischen Privatpersonen und Organisationen ohne Erwerbszweck	36*
9. Einlagen und aufgenommene Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland von inländischen öffentlichen Haushalten nach Gläubigergruppen	36*
10. Spareinlagen und an Nichtbanken (Nicht-MFIs) abgegebene Sparbriefe der Banken (MFIs) in Deutschland	38*
11. Begebene Schuldverschreibungen und Geldmarktpapiere der Banken (MFIs) in Deutschland	38*
12. Bausparkassen (MFIs) in Deutschland.....	39*
13. Aktiva und Passiva der Auslandsfilialen und Auslandstöchter deutscher Banken (MFIs).	40*

■ V. Mindestreserven

- | | |
|--|-----|
| 1. Mindestreservebasis und -erfüllung in der Europäischen Währungsunion..... | 42• |
| 2. Mindestreservebasis und -erfüllung in Deutschland..... | 42• |

■ VI. Zinssätze

- | | |
|--|-----|
| 1. EZB-Zinssätze..... | 43• |
| 2. Basiszinssätze | 43• |
| 3. Geldpolitische Geschäfte des Eurosystems (Tenderverfahren) | 43• |
| 4. Geldmarktsätze nach Monaten..... | 43• |
| 5. Zinssätze und Volumina für die Bestände und das Neugeschäft der deutschen
Banken (MFIs)..... | 44• |

■ VII. Versicherungen und Pensionseinrichtungen

- | | |
|-----------------|-----|
| 1. Aktiva..... | 48• |
| 2. Passiva..... | 49• |

■ VIII. Kapitalmarkt

- | | |
|---|-----|
| 1. Absatz und Erwerb von festverzinslichen Wertpapieren und Aktien in Deutschland | 50• |
| 2. Absatz festverzinslicher Wertpapiere von Emittenten mit Sitz in Deutschland..... | 51• |
| 3. Umlauf festverzinslicher Wertpapiere von Emittenten mit Sitz in Deutschland | 52• |
| 4. Umlauf von Aktien in Deutschland ansässiger Emittenten | 52• |
| 5. Renditen und Indizes deutscher Wertpapiere | 53• |
| 6. Absatz und Erwerb von Anteilen an Investmentfonds in Deutschland | 53• |

■ IX. Finanzierungsrechnung

- | | |
|---|-----|
| 1. Geldvermögensbildung und Außenfinanzierung der nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften | 54• |
| 2. Geldvermögen und Verbindlichkeiten der nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften | 55• |
| 3. Geldvermögensbildung und Außenfinanzierung der privaten Haushalte..... | 56• |
| 4. Geldvermögen und Verbindlichkeiten der privaten Haushalte | 57• |

■ X. Öffentliche Finanzen in Deutschland

- | | |
|---|-----|
| 1. Gesamtstaat: Defizit und Schuldenstand in „Maastricht-Abgrenzung“ | 58• |
| 2. Gesamtstaat: Einnahmen, Ausgaben und Finanzierungssaldo in den Volkswirtschaft-
lichen Gesamtrechnungen | 58• |
| 3. Gesamtstaat: Haushaltsentwicklung | 59• |
| 4. Gebietskörperschaften: Haushaltsentwicklung von Bund, Ländern und Gemeinden | 59• |
| 5. Gebietskörperschaften: Steuereinnahmen..... | 60• |

6. Bund, Länder und EU: Steuereinnahmen nach Arten	60*
7. Bund, Länder und Gemeinden: Einzelsteuern.....	61*
8. Deutsche Rentenversicherung: Haushaltsentwicklung sowie Vermögen	61*
9. Bundesagentur für Arbeit: Haushaltsentwicklung.....	62*
10. Gesetzliche Krankenversicherung: Haushaltsentwicklung	62*
11. Soziale Pflegeversicherung: Haushaltsentwicklung	63*
12. Bund: marktmäßige Kreditaufnahme	63*
13. Gesamtstaat: Verschuldung nach Gläubigern.....	63*
14. Gebietskörperschaften: Verschuldung nach Arten.....	64*

■ XI. Konjunkturlage in Deutschland

1. Entstehung und Verwendung des Inlandsprodukts, Verteilung des Volkseinkommens..	65*
2. Produktion im Produzierenden Gewerbe.....	66*
3. Auftragseingang in der Industrie	67*
4. Auftragseingang im Bauhauptgewerbe.....	68*
5. Umsätze des Einzelhandels und des Handels mit Kraftfahrzeugen.....	68*
6. Arbeitsmarkt.....	69*
7. Preise	70*
8. Einkommen der privaten Haushalte	71*
9. Tarifverdienste in der Gesamtwirtschaft	71*
10. Aktiva und Passiva börsennotierter nichtfinanzieller Unternehmensgruppen.....	72*
11. Umsatz und operatives Ergebnis börsennotierter nichtfinanzieller Unternehmensgruppen	73*

■ XII. Außenwirtschaft

1. Wichtige Posten der Zahlungsbilanz für die Europäische Währungsunion	74*
2. Wichtige Posten der Zahlungsbilanz der Bundesrepublik Deutschland.....	75*
3. Außenhandel (Spezialhandel) der Bundesrepublik Deutschland nach Ländergruppen und Ländern.....	76*
4. Dienstleistungen sowie Primäreinkommen der Bundesrepublik Deutschland	77*
5. Sekundäreinkommen der Bundesrepublik Deutschland	77*
6. Vermögensänderungsbilanz der Bundesrepublik Deutschland	77*
7. Kapitalbilanz der Bundesrepublik Deutschland	78*
8. Auslandsposition der Deutschen Bundesbank seit Beginn der EWU	79*
9. Forderungen und Verbindlichkeiten von Unternehmen in Deutschland (ohne Banken) gegenüber dem Ausland	80*
10. Euro-Referenzkurse der Europäischen Zentralbank für ausgewählte Währungen.....	81*
11. Euro-Mitgliedsländer und die unwiderruflichen Euro-Umrechnungskurse ihrer Währungen in der dritten Stufe der EWWU.....	81*
12. Effektive Wechselkurse des Euro und Indikatoren der preislichen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft	82*

I. Wichtige Wirtschaftsdaten für die Europäische Währungsunion

1. Monetäre Entwicklung und Zinssätze

Zeit	Geldmenge in verschiedenen Abgrenzungen 1) 2)				Bestimmungsfaktoren der Geldmengenentwicklung 1)			Zinssätze		
	M1	M2	M3 3)		MFI-Kredite insgesamt	MFI-Kredite an Unternehmen und Privatpersonen	Geldkapitalbildung 4)	EONIA 5) 7)	3-Monats-EURIBOR 6) 7)	Umlaufrendite europäischer Staatsanleihen 8)
			M3	gleitender Dreimonatsdurchschnitt						
	Veränderung gegenüber Vorjahr in %							% p. a. im Monatsdurchschnitt		
2014 Okt.	6,1	2,7	2,5	2,7	- 1,3	- 1,6	- 1,7	0,00	0,08	1,6
Nov.	7,0	3,3	3,1	3,1	- 1,0	- 1,5	- 1,9	- 0,01	0,08	1,5
Dez.	8,1	3,8	3,8	3,5	- 0,1	- 0,7	- 2,1	- 0,03	0,08	1,3
2015 Jan.	8,6	3,8	3,6	3,8	0,1	- 0,6	- 2,1	- 0,05	0,06	1,1
Febr.	8,8	3,9	3,9	4,0	0,2	- 0,3	- 2,2	- 0,04	0,05	1,0
März	9,7	4,4	4,4	4,5	0,6	- 0,0	- 2,6	- 0,05	0,03	0,8
April	10,2	4,7	5,1	4,8	0,9	0,2	- 2,9	- 0,07	0,00	0,8
Mai	11,0	4,8	4,8	4,9	1,3	0,5	- 2,9	- 0,11	- 0,01	1,3
Juni	11,4	5,0	4,7	4,8	1,3	0,2	- 3,0	- 0,12	- 0,01	1,6
Juli	11,8	5,2	5,0	4,8	1,8	0,8	- 3,0	- 0,12	- 0,02	1,5
Aug.	11,2	4,9	4,7	4,8	2,2	1,0	- 3,1	- 0,12	- 0,03	1,3
Sept.	11,3	5,0	4,7	4,8	2,1	0,7	- 3,3	- 0,14	- 0,04	1,3
Okt.	11,2	5,1	5,0	4,8	2,2	0,9	- 3,4	- 0,14	- 0,05	1,1
Nov.	10,7	5,0	4,8	4,8	2,6	1,1	- 3,3	- 0,13	- 0,09	1,1
Dez.	10,4	5,0	4,5	4,8	2,2	0,6	- 3,0	- 0,20	- 0,13	1,2
2016 Jan.	10,5	5,5	5,1	4,8	2,7	1,0	- 3,4	- 0,24	- 0,15	1,1
Febr.	10,2	5,4	5,0	5,0	3,1	1,2	- 3,4	- 0,24	- 0,18	1,0
März	10,2	5,5	5,1	4,9	3,0	1,0	- 3,3	- 0,29	- 0,23	0,9
April	9,7	5,1	4,6	4,9	3,2	1,2	- 2,8	- 0,34	- 0,25	0,9
Mai	9,1	5,0	4,9	4,9	3,5	1,3	- 2,5	- 0,34	- 0,26	0,8
Juni	8,6	4,9	5,0	...	3,8	1,4	- 2,4	- 0,33	- 0,27	0,7
Juli	- 0,33	- 0,29	0,6

1 Quelle: EZB. 2 Saisonbereinigt. 3 Unter Ausschaltung der von Ansässigen außerhalb des Euro-Währungsgebiets gehaltenen Geldmarktfondsanteile, Geldmarktpapiere sowie Schuldverschreibungen mit einer Laufzeit bis zu 2 Jahren. 4 Längerfristige Verbindlichkeiten der MFIs gegenüber im Euro-Währungsgebiet ansässigen

Nicht-MFIs. 5 Euro OverNight Index Average. 6 Euro Interbank Offered Rate. 7 Siehe auch Anmerkungen zu Tab. VI.4, S.43* 8 BIP-gewichtete Rendite zehnjähriger Staatsanleihen. Einbezogene Länder: DE, FR, NL, BE, AT, FI, IE, PT, ES, IT, GR, (nach Umschuldung im März 2012 Neuemission).

2. Außenwirtschaft *)

Zeit	Ausgewählte Posten der Zahlungsbilanz der EWU								Wechselkurse des Euro 1)		
	Leistungsbilanz				Kapitalbilanz				Dollarkurs	effektiver Wechselkurs 3)	
	Saldo	darunter: Warenhandel	Saldo	Direktinvestitionen	Wertpapieranlagen	Finanzderivate 2)	Übriger Kapitalverkehr	Währungsreserven		nominal	real
	Mio €								1 EUR = ... USD	1. Vj. 1999=100	
2014 Okt.	+ 29 558	+ 28 355	+ 50 890	- 4 999	+ 68 516	+ 5 394	- 19 066	+ 1 045	1,2673	99,1	95,0
Nov.	+ 26 171	+ 24 430	+ 59 036	+ 16 939	+ 9 596	+ 5 135	+ 26 665	+ 701	1,2472	99,0	94,9
Dez.	+ 40 751	+ 26 282	- 1 489	- 11 250	+ 40 684	+ 1 901	- 33 948	+ 1 125	1,2331	99,0	94,8
2015 Jan.	+ 8 190	+ 15 546	- 19 202	+ 43 382	- 67 536	+ 4 977	- 1 172	+ 1 147	1,1621	95,2	91,0
Febr.	+ 15 217	+ 28 986	- 46 512	+ 13 291	- 51 358	+ 12 415	- 25 114	+ 4 255	1,1350	93,3	89,5
März	+ 31 468	+ 29 539	+ 32 907	+ 37 613	- 11 095	+ 10 363	- 4 264	+ 291	1,0838	90,6	86,9
April	+ 25 237	+ 30 086	- 2 919	- 5 652	+ 46 619	+ 6 265	- 46 356	- 3 795	1,0779	89,7	86,0
Mai	+ 8 373	+ 26 827	+ 29 955	+ 8 546	+ 10 242	+ 4 049	+ 8 793	- 1 674	1,1150	91,6	87,8
Juni	+ 37 499	+ 34 775	+ 52 007	- 17 093	+ 58 588	- 6 188	+ 13 607	+ 3 093	1,1213	92,3	88,5
Juli	+ 40 938	+ 39 741	+ 35 838	+ 11 235	+ 75 484	+ 9 879	- 53 760	- 7 000	1,0996	91,3	87,5
Aug.	+ 20 665	+ 19 491	+ 6 546	+ 4 875	+ 8 581	- 6 744	- 1 555	+ 1 390	1,1139	93,0	89,0
Sept.	+ 35 712	+ 30 284	+ 15 333	- 26 501	+ 10 265	- 4 327	+ 27 613	+ 8 282	1,1221	93,8	89,7
Okt.	+ 31 397	+ 33 983	+ 110 995	+ 58 836	+ 15 473	+ 11 274	+ 31 421	- 6 009	1,1235	93,6	89,6
Nov.	+ 32 667	+ 33 470	- 33 913	- 86 265	+ 23 496	+ 21 148	+ 5 245	+ 2 462	1,0736	91,1	87,1
Dez.	+ 42 223	+ 31 582	+ 93 562	+ 66 716	+ 82 571	+ 21 781	- 85 632	+ 8 126	1,0877	92,5	88,3
2016 Jan.	+ 9 463	+ 13 908	- 16 395	- 31 926	+ 87 039	+ 14 844	- 85 197	- 1 155	1,0860	93,6	89,1
Febr.	+ 14 376	+ 28 013	- 5 502	+ 45 000	+ 34 158	+ 6 811	- 92 532	+ 1 061	1,1093	94,7	90,0
März	+ 36 771	+ 39 425	+ 70 765	+ 30 453	+ 21 452	- 3 096	+ 20 892	+ 1 064	1,1100	94,1	89,5
April	+ 36 088	+ 34 699	+ 42 863	+ 7 863	+ 121 134	- 6 116	- 78 420	- 1 599	1,1339	94,8	p) 90,1
Mai	+ 15 390	+ 31 149	+ 44 107	+ 36 836	+ 9 853	- 1 639	- 4 064	+ 3 120	1,1311	95,1	p) 90,5
Juni	1,1229	94,7	p) 90,2
Juli	1,1069	94,9	p) 90,4

* Quelle: EZB, gemäß den internationalen Standards des Balance of Payments Manual in der 6. Auflage des Internationalen Währungsfonds. 1 Siehe auch Tab.

XII.10 und 12, S. 81*/ 82* 2 Einschl. Mitarbeiteraktienoptionen. 3 Gegenüber den Währungen der EWK-19-Gruppe.

I. Wichtige Wirtschaftsdaten für die Europäische Währungsunion

3. Allgemeine Wirtschaftsindikatoren

Zeit	EWU	Belgien	Deutschland	Estland	Finnland	Frankreich	Griechenland	Irland	Italien	Lettland
Reales Bruttoinlandsprodukt ¹⁾²⁾										
2013	- 0,3	0,0	0,3	1,6	- 0,8	0,6	- 3,2	1,1	- 1,7	3,0
2014	0,9	1,3	1,6	2,9	- 0,7	0,6	0,6	8,5	- 0,3	2,4
2015	1,7	1,4	1,7	1,1	0,2	1,3	- 0,2	26,3	0,8	2,7
2015 1.Vj.	1,3	1,1	1,3	1,1	- 0,5	1,4	0,3	28,1	0,2	1,8
2.Vj.	1,6	1,5	1,6	1,5	0,6	1,2	1,3	24,3	0,9	2,8
3.Vj.	1,6	1,3	1,7	1,0	- 0,1	1,1	- 1,7	24,4	0,8	3,5
4.Vj.	1,7	1,6	2,1	0,7	0,8	1,4	- 0,7	28,4	1,1	2,7
2016 1.Vj.	1,7	1,4	1,3	1,7	0,5	1,4	- 1,3	2,3	0,8	2,0
2.Vj.	1,6	2,0
Industrieproduktion ¹⁾³⁾										
2013	- 0,6	1,0	0,2	4,2	- 3,2	- 0,4	- 3,2	- 2,2	- 3,0	- 0,7
2014	0,9	0,9	1,3	4,3	- 1,8	- 0,7	- 2,0	20,9	- 0,7	- 0,9
2015	1,5	- 0,1	0,8	- 2,4	- 1,1	1,6	1,0	17,6	1,1	3,6
2015 1.Vj.	1,5	0,0	0,6	1,9	- 3,5	1,5	2,9	24,9	0,0	1,6
2.Vj.	1,4	- 1,7	1,6	- 1,7	- 1,1	1,8	- 2,7	10,0	1,1	5,7
3.Vj.	2,0	0,1	1,6	- 4,0	- 0,1	1,1	1,5	20,2	2,1	3,8
4.Vj.	1,3	1,2	- 0,3	- 5,5	0,0	2,0	2,6	16,0	1,3	3,0
2016 1.Vj.	1,4	4,1	1,3	- 2,3	- 0,7	0,6	- 1,0	6,6	1,6	3,7
2.Vj.	p)	0,5	- 2,0	0,4	p)	4,9	0,0	4,4
Kapazitätsauslastung in der Industrie ⁴⁾										
2013	78,4	76,6	82,1	71,3	78,4	80,9	65,0	-	71,6	72,0
2014	80,4	79,3	83,9	73,0	79,0	81,9	67,7	-	73,7	72,2
2015	81,3	79,7	84,5	71,4	79,2	82,7	66,2	-	75,5	71,5
2015 2.Vj.	81,2	79,8	84,4	70,7	79,1	82,7	67,7	-	76,1	72,2
3.Vj.	81,2	80,0	84,0	72,7	79,0	82,9	63,5	-	75,5	71,4
4.Vj.	81,6	79,2	84,6	71,0	80,1	83,4	64,2	-	75,9	71,0
2016 1.Vj.	81,9	80,0	85,0	72,5	79,5	82,6	65,5	-	77,1	72,3
2.Vj.	81,5	79,3	84,6	73,8	78,0	82,8	67,8	-	76,5	73,0
3.Vj.	81,6	79,7	84,8	73,0	73,8	83,7	67,8	-	76,0	71,8
Standardisierte Arbeitslosenquote ⁵⁾										
2013	12,0	8,4	5,2	8,6	8,2	10,3	27,5	13,1	12,1	11,9
2014	11,6	8,5	5,0	7,4	8,7	10,3	26,5	11,3	12,7	10,8
2015	10,9	8,5	4,6	6,2	9,4	10,4	24,9	9,4	11,9	9,9
2016 Jan.	10,4	8,4	4,2	6,3	9,2	10,1	24,3	8,6	11,7	10,1
Febr.	10,3	8,2	4,3	6,1	9,1	10,2	24,0	8,3	11,7	9,8
März	10,2	8,1	4,3	6,6	9,1	10,1	23,7	8,1	11,5	9,7
April	10,2	8,3	4,2	6,5	9,0	9,9	23,3	7,9	11,6	9,6
Mai	10,1	8,4	4,3	6,7	9,0	9,9	...	7,8	11,5	9,7
Juni	10,1	8,5	4,2	...	9,0	9,9	...	7,8	11,6	9,9
Harmonisierter Verbraucherpreisindex ¹⁾										
2013	1,4	1,2	1,6	3,2	2,2	1,0	- 0,9	0,5	1,2	0,0
2014	6) 0,4	0,5	0,8	0,5	1,2	0,6	- 1,4	0,3	0,2	0,7
2015	7) 0,0	0,6	0,1	0,1	- 0,2	0,1	- 1,1	0,0	0,1	0,2
2016 Febr.	- 0,2	1,1	- 0,2	0,4	- 0,1	- 0,1	- 0,1	- 0,2	- 0,2	- 0,6
März	0,0	1,6	0,1	0,5	0,0	- 0,1	- 0,7	- 0,6	- 0,2	- 0,6
April	- 0,2	1,5	- 0,3	0,0	0,3	- 0,1	- 0,4	- 0,2	- 0,4	- 0,7
Mai	- 0,1	1,6	0,0	0,0	0,3	0,1	- 0,2	- 0,2	- 0,3	- 0,8
Juni	0,1	1,8	0,2	0,4	0,3	0,3	0,2	0,1	- 0,2	- 0,6
Juli	s) 0,2	...	s) 0,4	0,2	...	s) - 0,1	...
Staatlicher Finanzierungssaldo ⁸⁾										
2013	- 3,0	- 3,0	- 0,1	- 0,2	- 2,6	- 4,0	- 13,0	- 5,7	- 2,9	- 0,9
2014	- 2,6	- 3,1	0,3	0,8	- 3,2	- 4,0	- 3,6	- 3,8	- 3,0	- 1,6
2015	- 2,1	- 2,6	0,6	0,4	- 2,7	- 3,5	- 7,2	- 2,3	- 2,6	- 1,3
Staatliche Verschuldung ⁸⁾										
2013	91,1	105,2	77,2	9,9	55,5	92,4	177,7	120,0	129,0	39,1
2014	92,0	106,5	74,7	10,4	59,3	95,4	180,1	107,5	132,5	40,8
2015	90,7	106,0	71,2	9,7	63,1	95,8	176,9	93,8	132,7	36,4

Quellen: Nationale Statistiken, Europäische Kommission, Eurostat, Europäische Zentralbank. Aktuelle Angaben beruhen teilweise auf Pressemeldungen und sind vorläufig.
1 Veränderung gegen Vorjahrszeitraum in Prozent. **2** Bruttoinlandsprodukt des EWU-Aggregats aus saisonbereinigten Werten berechnet. **3** Verarbeitendes Gewerbe, Bergbau und Energie; arbeitstäglich bereinigt. **4** Verarbeitendes Gewerbe, in Prozent; saisonbereinigt; Vierteljahreswerte jeweils erster Monat im Quartal. **5** In Prozent der zivilen Erwerbspersonen; saisonbereinigt. Standardisierte Arbeitslosenquote Deutschland: Eigene Berechnung auf Basis von Ursprungs-

ber, Bergbau und Energie; arbeitstäglich bereinigt. **4** Verarbeitendes Gewerbe, in Prozent; saisonbereinigt; Vierteljahreswerte jeweils erster Monat im Quartal. **5** In Prozent der zivilen Erwerbspersonen; saisonbereinigt. Standardisierte Arbeitslosenquote Deutschland: Eigene Berechnung auf Basis von Ursprungs-

I. Wichtige Wirtschaftsdaten für die Europäische Währungsunion

Litauen	Luxemburg	Malta	Niederlande	Österreich	Portugal	Slowakische Republik	Slowenien	Spanien	Zypern	Zeit
Reales Bruttoinlandsprodukt ¹⁾²⁾										
3,6	4,3	4,3	- 0,2	0,1	- 1,1	1,4	- 1,1	- 1,7	- 5,9	2013
3,0	4,1	3,5	1,4	0,6	0,9	2,5	3,0	1,4	- 2,5	2014
1,6	4,8	6,4	2,0	1,0	1,4	3,6	2,9	3,2	1,6	2015
1,2	5,2	6,3	2,6	0,8	1,6	2,9	2,8	2,7	0,2	2015 1.Vj.
1,4	5,4	6,8	1,9	0,5	1,5	3,4	2,7	3,3	1,4	2.Vj.
1,7	5,4	6,5	2,0	1,4	1,5	3,7	2,6	3,5	2,3	3.Vj.
2,0	3,5	6,2	1,4	1,1	1,1	4,3	3,3	3,3	2,4	4.Vj.
2,4	4,5	5,2	1,5	1,7	0,7	3,5	2,5	3,5	2,6	2016 1.Vj.
1,8	1,2	2.Vj.
Industrieproduktion ¹⁾³⁾										
3,2	- 3,1	- 5,3	0,5	0,8	0,5	3,8	- 1,4	- 1,7	- 13,5	2013
0,3	4,3	- 5,7	- 2,9	0,9	1,8	8,7	1,7	1,3	- 0,9	2014
4,5	1,5	6,3	- 3,4	1,9	1,7	6,9	5,4	3,4	3,6	2015
4,2	1,1	4,6	0,8	1,7	0,3	12,4	6,9	1,6	0,2	2015 1.Vj.
4,5	1,9	8,3	- 4,8	0,7	1,9	4,8	5,6	3,2	3,1	2.Vj.
4,0	1,1	7,3	- 5,4	2,8	2,4	6,0	5,4	4,2	4,4	3.Vj.
5,3	1,8	5,0	- 4,5	2,3	2,2	5,0	3,7	4,8	6,4	4.Vj.
5,7	1,4	p) - 5,1	- 2,5	1,4	0,9	2,1	5,6	2,9	10,0	2016 1.Vj.
- 1,1	...	p) - 5,5	2,2	...	0,6	1,4	...	2.Vj.
Kapazitätsauslastung in der Industrie ⁴⁾										
73,2	64,5	77,0	76,7	83,6	76,3	77,1	78,3	73,3	49,3	2013
74,9	66,2	78,1	80,2	84,3	78,4	80,7	80,3	75,8	53,9	2014
74,2	68,3	78,6	81,8	84,0	80,4	82,4	83,6	77,8	58,2	2015
74,4	65,6	78,7	82,3	84,2	80,4	79,1	83,4	77,2	60,3	2015 2.Vj.
73,6	69,0	77,2	82,2	84,4	80,1	86,2	83,6	77,6	56,4	3.Vj.
74,3	72,2	77,9	82,2	83,4	80,4	83,4	82,3	78,1	61,1	4.Vj.
75,9	72,4	77,8	81,4	85,0	80,0	85,4	83,2	79,0	56,9	2016 1.Vj.
76,1	76,1	78,9	81,7	84,0	80,8	83,0	83,1	77,8	63,9	2.Vj.
75,5	77,6	79,8	81,5	83,2	79,6	84,3	83,7	78,4	58,7	3.Vj.
Standardisierte Arbeitslosenquote ⁵⁾										
11,8	5,9	6,4	7,3	5,4	16,4	14,2	10,1	26,1	15,9	2013
10,7	6,0	5,8	7,4	5,6	14,1	13,2	9,7	24,5	16,1	2014
9,1	6,4	5,4	6,9	5,7	12,6	11,5	9,0	22,1	15,0	2015
8,6	6,3	5,2	6,5	6,1	12,1	10,4	8,3	20,6	13,1	2016 Jan.
8,5	6,3	5,0	6,5	6,1	12,2	10,2	8,3	20,5	12,9	Febr.
8,4	6,3	4,5	6,4	5,9	12,0	10,1	8,3	20,3	12,7	März
8,2	6,3	4,3	6,4	5,9	11,6	10,0	8,1	20,3	12,2	April
8,0	6,2	4,0	6,3	6,1	11,2	9,9	8,1	20,1	11,9	Mai
7,7	6,2	4,0	6,1	6,2	11,2	9,8	8,0	19,9	11,7	Juni
Harmonisierter Verbraucherpreisindex ¹⁾										
1,2	1,7	1,0	2,6	2,1	0,4	1,5	1,9	1,5	0,4	2013
0,2	0,7	0,8	0,3	1,5	- 0,2	- 0,1	0,4	- 0,2	- 0,3	2014
- 0,7	0,1	1,2	0,2	0,8	0,5	- 0,3	- 0,8	- 0,6	- 1,5	2015
0,5	- 0,3	1,0	0,3	1,0	0,2	- 0,3	- 0,9	- 1,0	- 2,2	2016 Febr.
0,8	- 0,6	1,0	0,5	0,7	0,5	- 0,5	- 0,9	- 1,0	- 2,2	März
0,8	- 0,6	0,8	- 0,2	0,6	0,5	- 0,4	- 0,7	- 1,2	- 2,1	April
0,2	- 0,6	1,0	- 0,2	0,6	0,4	- 0,7	- 0,5	- 1,1	- 1,9	Mai
0,4	- 0,4	1,0	- 0,2	0,6	0,7	- 0,7	0,1	- 0,9	- 2,0	Juni
0,0	- 0,4	- 0,1	Juli
Staatlicher Finanzierungssaldo ⁸⁾										
- 2,6	0,8	- 2,6	- 2,4	- 1,3	- 4,8	- 2,7	- 15,0	- 6,9	- 4,9	2013
- 0,7	1,7	- 2,0	- 2,4	- 2,7	- 7,2	- 2,7	- 5,0	- 5,9	- 8,9	2014
- 0,2	1,2	- 1,5	- 1,8	- 1,2	- 4,4	- 3,0	- 2,9	- 5,1	- 1,0	2015
Staatliche Verschuldung ⁸⁾										
38,8	23,3	68,6	67,9	80,8	129,0	55,0	71,0	93,7	102,5	2013
40,7	22,9	67,1	68,2	84,3	130,2	53,9	81,0	99,3	108,2	2014
42,7	21,4	63,9	65,1	86,2	129,0	52,9	83,2	99,2	108,9	2015

werten des Statistischen Bundesamtes. **6** Ab 2014 einschl. Lettland. **7** Ab 2015 einschl. Litauen. **8** In Prozent des Bruttoinlandsprodukts (Maastricht-Definition). EWU-Aggregat: Europäische Zentralbank, regelmäßig aktualisiert. Mit-

gliedstaaten außer Deutschland: letzte Datenveröffentlichung im Rahmen des Verfahrens bei einem übermäßigen Defizit (Eurostat). Deutschland: aktueller Datenstand gemäß Statistischem Bundesamt und eigenen Berechnungen.

II. Bankstatistische Gesamtrechnungen in der Europäischen Währungsunion

1. Entwicklung der Geldbestände im Bilanzzusammenhang *) a) Europäische Währungsunion¹⁾

Mrd €

Zeit	I. Kredite an Nichtbanken (Nicht-MFIs) im Euro-Währungsgebiet					II. Nettoforderungen gegenüber dem Nicht-Euro-Währungsgebiet			III. Geldkapitalbildung bei Monetären Finanzinstituten (MFIs) im Euro-Währungsgebiet				
	insgesamt	Unternehmen und Privatpersonen		öffentliche Haushalte		insgesamt	Forderungen an das Nicht-Euro-Währungsgebiet	Verbindlichkeiten gegenüber dem Nicht-Euro-Währungsgebiet	insgesamt	Einlagen mit vereinbarter Laufzeit von mehr als 2 Jahren	Einlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als 3 Monaten	Schuldverschreibungen mit Laufzeit von mehr als 2 Jahren (netto) ²⁾	Kapital und Rücklagen ³⁾
		zusammen	darunter Wertpapiere	zusammen	darunter Wertpapiere								
2014 Nov.	33,7	25,6	5,5	8,1	5,2	60,2	76,5	16,3	- 13,3	1,1	- 0,4	- 13,1	- 0,9
Dez.	- 45,0	- 9,1	- 12,2	- 35,9	- 43,7	- 10,0	- 115,3	- 105,4	- 29,4	- 2,9	2,3	- 30,9	2,2
2015 Jan.	73,1	- 2,1	3,3	75,2	53,0	- 15,0	197,7	212,7	- 1,9	- 12,3	0,5	- 9,1	18,9
Febr.	11,3	21,5	2,1	- 10,2	- 0,3	- 23,3	- 18,1	5,2	- 14,6	- 8,8	- 1,4	- 9,8	5,3
März	75,4	43,1	1,0	32,3	29,1	10,6	- 30,2	- 40,9	- 20,5	- 12,4	- 1,3	- 26,2	19,4
April	54,4	17,6	16,8	36,8	32,5	- 57,5	38,5	95,9	- 47,4	- 18,8	- 2,1	- 15,5	- 10,9
Mai	27,4	10,9	- 0,8	16,5	31,2	25,2	- 55,0	- 80,2	- 21,3	- 8,3	- 1,7	- 23,5	12,2
Juni	6,6	- 16,5	- 28,1	23,1	24,5	55,9	- 87,8	- 143,7	- 21,5	- 13,8	- 1,2	- 12,9	6,4
Juli	61,8	58,0	50,8	3,7	4,0	- 65,0	- 0,3	64,7	- 5,3	10,4	- 0,9	- 21,4	6,6
Aug.	15,3	- 23,6	7,0	38,8	47,7	- 23,3	10,5	33,8	- 10,0	- 2,4	- 1,4	- 8,5	2,4
Sept.	26,4	- 13,0	- 8,7	39,4	45,8	- 7,7	- 94,8	- 87,0	- 20,8	- 3,2	- 0,7	- 26,1	9,3
Okt.	24,8	2,7	- 15,4	22,2	18,6	9,5	22,6	13,1	- 39,7	- 25,3	- 1,1	- 17,1	3,8
Nov.	87,2	48,1	2,0	39,1	47,1	3,5	- 15,3	- 18,9	- 6,5	- 13,5	- 1,7	- 4,8	13,5
Dez.	- 113,9	- 75,0	- 2,2	- 38,9	- 33,8	- 10,5	- 196,1	- 185,6	- 9,0	4,1	- 0,6	- 26,5	14,0
2016 Jan.	156,9	46,6	5,3	110,2	95,2	- 39,8	127,3	167,2	- 28,2	- 8,8	- 0,4	- 19,1	0,1
Febr.	88,9	47,6	- 0,0	41,2	50,1	- 81,5	32,0	113,5	- 15,4	12,1	- 1,2	- 24,7	- 1,5
März	60,3	24,2	- 3,1	36,0	39,5	21,3	- 86,0	- 107,3	- 16,8	- 6,5	- 0,9	0,1	- 9,5
April	92,1	41,4	25,2	50,7	42,9	- 61,2	118,7	179,9	- 4,4	- 4,6	- 1,3	- 0,8	2,4
Mai	68,9	21,8	12,3	47,2	53,4	0,7	63,6	62,9	0,4	- 5,1	- 0,5	- 0,3	6,4
Juni	52,2	2,0	- 5,0	50,2	61,9	21,1	- 30,8	- 52,0	- 14,8	- 21,9	- 0,8	- 10,6	18,4

b) Deutscher Beitrag

Zeit	I. Kredite an Nichtbanken (Nicht-MFIs) im Euro-Währungsgebiet					II. Nettoforderungen gegenüber dem Nicht-Euro-Währungsgebiet			III. Geldkapitalbildung bei Monetären Finanzinstituten (MFIs) im Euro-Währungsgebiet				
	insgesamt	Unternehmen und Privatpersonen		öffentliche Haushalte		insgesamt	Forderungen an das Nicht-Euro-Währungsgebiet	Verbindlichkeiten gegenüber dem Nicht-Euro-Währungsgebiet	insgesamt	Einlagen mit vereinbarter Laufzeit von mehr als 2 Jahren	Einlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als 3 Monaten	Schuldverschreibungen mit Laufzeit von mehr als 2 Jahren (netto) ²⁾	Kapital und Rücklagen ³⁾
		zusammen	darunter: Wertpapiere	zusammen	darunter: Wertpapiere								
2014 Nov.	14,1	15,3	6,0	- 1,2	- 1,9	12,8	30,9	18,1	0,1	- 2,7	- 0,4	1,5	1,8
Dez.	- 15,5	1,5	5,4	- 17,1	- 10,0	- 5,7	- 33,1	- 27,4	- 17,5	- 7,3	0,2	- 8,1	- 2,2
2015 Jan.	28,5	13,0	7,0	15,4	6,5	- 57,6	52,2	109,8	- 0,8	- 3,4	- 0,0	1,8	0,8
Febr.	9,4	4,6	- 1,1	4,8	1,7	2,9	- 11,1	- 13,9	1,8	- 1,5	- 1,3	2,3	2,3
März	15,2	9,7	8,4	5,6	7,2	- 12,1	- 19,0	- 6,9	- 15,3	- 4,8	- 1,3	- 9,1	- 0,1
April	17,3	3,3	0,7	14,0	4,9	7,7	33,9	26,2	- 13,2	- 10,0	- 2,2	- 0,6	- 0,4
Mai	- 3,5	4,5	- 4,8	- 8,0	4,4	1,1	- 11,7	- 12,8	- 14,6	- 1,6	- 1,6	- 11,7	0,4
Juni	- 0,9	- 2,7	- 5,7	1,7	5,1	16,2	- 25,0	- 41,1	0,4	- 3,8	- 1,4	1,8	3,7
Juli	31,5	22,9	21,3	8,6	6,4	- 27,6	- 8,7	19,0	12,5	16,5	- 1,5	- 0,6	- 1,9
Aug.	12,9	7,2	- 1,5	5,7	9,0	- 20,7	- 0,9	19,9	- 6,5	0,5	- 1,5	- 4,5	- 1,0
Sept.	11,5	4,1	- 2,6	7,3	8,7	15,9	- 2,0	- 17,9	- 11,7	- 2,5	- 1,4	- 7,4	- 0,4
Okt.	3,4	- 3,8	- 9,4	7,1	3,5	- 8,5	- 13,1	- 4,6	- 10,7	- 9,0	- 1,3	0,7	- 1,1
Nov.	27,3	21,3	7,8	6,0	10,6	- 13,0	- 35,7	- 22,7	- 12,8	- 3,6	- 1,2	- 3,9	- 4,1
Dez.	- 19,9	- 11,6	- 5,8	- 8,2	- 2,8	5,2	- 52,1	- 57,3	- 24,0	- 3,9	- 0,9	- 22,1	2,9
2016 Jan.	19,7	5,7	- 3,0	14,0	10,4	- 21,1	24,7	45,8	- 1,2	- 1,5	- 1,3	2,8	- 1,2
Febr.	15,6	10,9	- 4,2	4,7	4,8	- 29,2	7,3	36,5	- 11,8	- 1,8	- 1,3	- 7,7	- 1,0
März	12,3	4,4	0,6	7,8	8,2	7,3	- 22,6	- 29,8	0,9	- 0,0	- 1,1	2,4	- 0,4
April	22,8	12,3	0,7	10,6	5,9	- 40,1	13,5	53,7	- 2,3	- 3,3	- 1,1	1,7	0,4
Mai	22,0	16,2	4,9	5,8	9,1	1,7	1,2	- 0,5	4,8	0,8	- 1,0	5,0	- 0,0
Juni	2,5	1,7	0,5	0,8	6,5	- 3,3	23,6	26,9	- 5,5	- 1,5	- 0,7	- 7,1	3,8

* Die Angaben der Übersicht beruhen auf der Konsolidierten Bilanz der Monetären Finanzinstitute (MFIs) (Tab. II.2); statistische Brüche sind in den Veränderungswerten ausgeschaltet (siehe dazu auch die „Hinweise zu den Zahlenwerten“ in den methodischen Erläuterungen im Statistischen Beiheft zum Monatsbericht 1, S. 112*). **1** Quelle: EZB. **2** Abzüglich Bestand der MFIs. **3** Nach Abzug der Inter-

MFIs-Beteiligungen. **4** Einschl. Gegenposten für monetäre Verbindlichkeiten der Zentralstaaten. **5** Einschl. monetärer Verbindlichkeiten der Zentralstaaten (Post, Schatzämter). **6** In Deutschland nur Spareinlagen. **7** Unter Ausschaltung der von Ansässigen außerhalb des Euro-Währungsgebiets gehaltenen Papiere. **8** Abzüglich Bestände deutscher MFIs an von MFIs im Euro-Währungsgebiet emittierten Papiere.

II. Bankstatistische Gesamtrechnungen in der Europäischen Währungsunion

a) Europäische Währungsunion

IV. Einlagen von Zentralstaaten	V. Sonstige Einflüsse		VI. Geldmenge M3 (Saldo I + II - III - IV - V)											Zeit
	insgesamt 4)	darunter: Intra-Eurosystem-Verbindlichkeit/Forderung aus der Begebung von Banknoten	insgesamt	Geldmenge M2						Repo-geschäfte	Geldmarkt-fondsanteile (netto) 2) 7) 8)	Schuldverschreibungen mit Laufz. bis zu 2 Jahren (einschl. Geldmarktpap.) (netto) 2) 7)		
				zusammen	Geldmenge M1			Einlagen mit vereinbarter Laufzeit bis zu 2 Jahren 5)	Einlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist bis zu 3 Monaten 5) 6)					
					zusammen	Bargeld-umlauf	täglich fällige Einlagen 5)							
25,9	- 11,4	-	92,7	90,5	100,6	6,2	94,4	- 14,5	4,4	- 2,7	5,6	0,6	2014 Nov.	
- 50,1	- 0,1	-	24,6	36,3	52,7	23,8	28,9	- 12,7	3,7	- 13,4	- 17,7	19,5	Dez.	
80,8	- 43,5	-	22,7	5,5	34,9	- 2,7	37,5	- 37,0	7,7	23,7	20,2	- 5,9	2015 Jan.	
- 28,6	- 15,4	-	46,5	21,8	28,7	4,1	24,6	- 8,5	1,6	38,1	8,7	2,6	Febr.	
22,6	53,2	-	30,8	53,7	51,2	7,7	43,4	- 5,4	7,9	1,7	- 10,0	- 6,0	März	
- 43,3	- 25,4	-	113,0	77,8	91,5	8,8	82,7	- 15,5	1,8	- 17,5	21,9	6,3	April	
44,1	- 0,4	-	30,2	64,2	94,6	6,7	88,0	- 35,2	4,8	- 5,9	- 9,1	- 6,8	Mai	
14,0	64,9	-	5,2	38,3	63,8	10,7	53,1	- 25,5	0,0	- 20,1	- 17,1	8,2	Juni	
- 42,3	- 29,4	-	73,8	42,7	41,8	14,2	27,6	1,4	- 0,6	- 1,8	24,4	- 12,2	Juli	
- 14,8	- 0,6	-	17,4	11,5	13,3	- 1,9	15,2	- 5,4	3,6	0,7	11,0	- 4,5	Aug.	
28,7	31,7	-	- 20,9	6,3	23,1	- 2,8	25,9	- 8,4	- 8,5	- 7,7	- 15,7	- 0,8	Sept.	
33,0	- 60,9	-	101,9	67,9	82,8	2,2	80,6	- 10,1	- 4,8	- 6,1	21,8	0,9	Okt.	
- 17,2	61,1	-	53,4	54,6	58,7	5,7	53,0	- 1,9	- 2,2	4,0	15,1	1,0	Nov.	
- 72,3	- 42,9	-	- 0,2	53,9	45,3	14,4	30,8	7,8	0,9	- 31,1	- 23,9	- 10,8	Dez.	
87,7	- 18,8	-	76,4	37,3	36,2	- 11,4	47,6	- 9,3	10,4	22,5	17,6	8,0	2016 Jan.	
- 14,1	5,7	-	31,1	14,5	21,2	1,3	19,9	- 11,9	5,2	43,2	- 1,2	6,2	Febr.	
31,8	28,3	-	38,2	55,0	43,0	3,5	39,5	9,7	2,3	- 5,6	- 12,2	1,7	März	
- 35,9	- 29,9	-	101,1	74,8	92,3	4,7	87,6	- 17,1	- 0,3	- 4,5	17,1	3,5	April	
20,1	16,6	-	32,6	34,1	47,5	2,3	45,2	- 21,2	7,9	- 9,5	0,7	- 2,9	Mai	
60,4	9,0	-	18,7	29,6	34,2	8,6	25,6	- 2,9	- 1,6	2,5	- 8,5	6,2	Juni	

b) Deutscher Beitrag

IV. Einlagen von Zentralstaaten	V. Sonstige Einflüsse		VI. Geldmenge M3, ab Januar 2002 ohne Bargeldumlauf (Saldo I + II - III - IV - V) 10)											Zeit
	insgesamt	darunter: Intra-Eurosystem-Verbindlichkeit/Forderung aus der Begebung von Banknoten 9) 11)	insgesamt	Komponenten der Geldmenge						Repo-geschäfte	Geldmarkt-fondsanteile (netto) 7) 8)	Schuldverschreibungen mit Laufzeit bis zu 2 Jahren (einschl. Geldmarktpapiere) (netto) 7)		
				Bargeld-umlauf (bis Dezember 2001 in der Geldmenge M3 enthalten)	täglich fällige Einlagen	Einlagen mit vereinbarter Laufzeit bis zu 2 Jahren	Einlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist bis zu 3 Monaten 6)	Einlagen mit vereinbarter Laufzeit bis zu 2 Jahren	Einlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist bis zu 3 Monaten 6)					
- 0,3	0,8	2,5	1,2	26,2	26,6	0,3	- 0,4	0,4	0,4	- 0,0	- 0,8	0,8	2014 Nov.	
- 1,3	12,2	3,6	5,0	- 14,6	- 18,1	8,2	2,2	- 6,2	- 0,1	- 0,6	0,6	0,6	Dez.	
6,3	- 59,5	2,4	- 0,8	24,9	26,3	- 5,1	- 1,1	3,4	0,0	1,4	0,0	1,4	2015 Jan.	
- 6,7	- 11,4	2,1	0,8	28,6	23,5	0,7	0,9	1,2	0,0	2,3	0,0	2,3	Febr.	
2,9	10,3	2,3	2,2	5,2	5,5	0,3	- 0,9	- 0,4	- 0,0	0,8	0,0	0,8	März	
- 2,7	5,0	2,2	1,8	35,9	29,6	- 1,2	- 0,2	3,8	- 0,1	4,1	0,1	4,1	April	
1,4	- 4,8	2,4	1,1	15,5	28,1	- 3,3	0,2	- 6,4	0,1	3,1	- 0,1	3,1	Mai	
2,2	12,7	0,9	3,5	- 0,1	5,6	- 3,5	- 0,3	- 1,6	0,1	0,3	- 0,1	0,3	Juni	
- 3,2	- 18,6	4,7	3,3	13,1	12,9	- 0,0	- 0,4	1,2	0,0	0,6	- 0,6	0,6	Juli	
- 0,3	- 13,1	2,4	- 0,5	12,1	14,7	- 3,8	0,3	2,0	0,1	1,2	- 0,1	1,2	Aug.	
1,8	16,8	2,8	- 0,8	20,5	14,4	- 3,4	0,8	0,5	0,5	7,8	0,5	7,8	Sept.	
- 0,6	- 25,3	3,0	- 0,3	31,4	30,7	- 3,8	1,3	- 0,5	- 0,0	3,7	0,0	3,7	Okt.	
- 1,2	- 15,2	2,0	1,8	43,4	34,3	6,8	0,9	- 0,5	- 0,1	2,1	0,1	2,1	Nov.	
10,3	15,2	2,6	2,3	- 16,2	- 21,3	6,3	3,0	- 3,6	- 0,4	0,2	- 0,4	0,2	Dez.	
- 0,8	- 24,2	- 0,7	- 1,9	24,7	27,8	- 5,5	0,9	0,3	0,3	0,9	0,3	0,9	2016 Jan.	
7,1	- 24,1	0,6	0,4	15,3	13,3	- 1,9	1,6	- 1,4	- 0,1	1,0	0,1	1,0	Febr.	
21,0	3,1	2,1	0,6	- 5,5	- 12,5	10,9	- 0,8	- 0,9	- 0,2	2,0	- 0,2	2,0	März	
- 17,4	- 20,6	1,2	1,0	23,1	24,1	- 1,1	- 0,7	0,5	- 0,5	0,7	0,5	0,7	April	
18,7	- 19,6	2,9	- 0,5	19,9	21,5	0,3	- 0,6	- 0,2	- 0,4	0,7	- 0,4	0,7	Mai	
13,0	- 8,5	4,2	1,5	0,3	2,0	- 0,7	- 0,4	- 1,0	0,0	0,5	0,0	0,5	Juni	

9 Einschl. noch im Umlauf befindlicher DM-Banknoten. 10 Die deutschen Beiträge zu den monetären Aggregaten des Eurosystems sind keinesfalls als eigene nationale Geldmengenaggregate zu interpretieren und damit auch nicht mit den früheren deutschen Geldbeständen M1, M2 oder M3 vergleichbar. 11 Differenz zwischen den tat-

sächlich von der Bundesbank emittierten Euro-Banknoten und dem Ausweis des Banknotenumlaufs entsprechend dem vom Eurosystem gewählten Rechnungslegungsverfahren (siehe dazu auch Anm. 2 zum Banknotenumlauf in der Tab. III.2).

II. Bankstatistische Gesamtrechnungen in der Europäischen Währungsunion

2. Konsolidierte Bilanz der Monetären Finanzinstitute (MFIs) ^{*)}

Stand am Jahres- bzw. Monatsende	Aktiva										
	Aktiva / Passiva insgesamt	Kredite an Nichtbanken (Nicht-MFIs) im Euro-Währungsgebiet							Aktiva gegenüber dem Nicht-Euro- Währungs- gebiet	sonstige Aktiv- positionen	
		insgesamt	Unternehmen und Privatpersonen				öffentliche Haushalte				
			zusammen	Buch- kredite	Schuld- verschrei- bungen ²⁾	Aktien und sonstige Dividenden- werte	zusammen	Buch- kredite			Schuld- verschrei- bungen ³⁾
Europäische Währungsunion (Mrd €) ¹⁾											
2014 Mai	25 173,8	16 217,0	12 733,6	10 585,5	1 333,1	815,0	3 483,4	1 109,4	2 373,9	4 770,8	4 186,0
Juni	25 131,3	16 209,3	12 730,5	10 606,7	1 318,3	805,5	3 478,8	1 100,9	2 377,9	4 751,1	4 170,9
Juli	25 303,6	16 176,1	12 701,1	10 574,2	1 321,3	805,7	3 475,0	1 110,1	2 364,8	4 853,0	4 274,6
Aug.	25 538,7	16 141,2	12 650,4	10 537,6	1 310,1	802,7	3 490,8	1 099,5	2 391,3	4 877,2	4 520,3
Sept.	25 682,8	16 184,8	12 682,5	10 580,6	1 297,7	804,2	3 502,3	1 099,2	2 403,2	4 988,6	4 509,4
Okt.	25 677,5	16 174,0	12 646,8	10 556,0	1 290,2	800,5	3 527,2	1 106,5	2 420,7	4 969,1	4 534,4
Nov.	26 010,6	16 221,2	12 675,7	10 573,1	1 296,8	805,9	3 545,5	1 109,7	2 435,8	5 040,3	4 749,1
Dez.	25 873,2	16 227,8	12 671,7	10 633,1	1 271,8	766,8	3 556,1	1 132,4	2 423,6	4 972,7	4 672,7
2015 Jan.	26 939,0	16 401,5	12 757,5	10 707,2	1 274,4	775,9	3 644,0	1 159,0	2 485,0	5 407,2	5 130,2
Febr.	26 880,5	16 426,5	12 787,1	10 726,6	1 276,5	784,0	3 639,5	1 144,2	2 495,2	5 402,2	5 051,8
März	27 260,2	16 520,0	12 840,1	10 772,7	1 275,9	791,4	3 679,9	1 148,8	2 531,1	5 476,5	5 263,8
April	26 929,6	16 545,2	12 839,5	10 757,3	1 274,8	807,3	3 705,7	1 152,9	2 552,8	5 415,2	4 969,2
Mai	26 769,3	16 559,3	12 850,1	10 769,0	1 276,3	804,8	3 709,2	1 138,5	2 570,8	5 410,4	4 799,6
Juni	26 207,9	16 518,1	12 811,3	10 766,8	1 254,0	790,5	3 706,8	1 136,8	2 570,0	5 269,8	4 420,1
Juli	26 434,1	16 604,5	12 875,5	10 773,6	1 300,2	801,7	3 729,0	1 135,4	2 593,7	5 290,5	4 539,1
Aug.	26 280,8	16 580,5	12 822,1	10 732,5	1 302,7	786,9	3 758,4	1 126,5	2 631,9	5 241,9	4 458,4
Sept.	26 222,5	16 606,0	12 794,3	10 719,8	1 303,1	771,4	3 811,7	1 121,0	2 690,7	5 158,7	4 557,8
Okt.	26 416,5	16 658,0	12 814,5	10 743,8	1 288,2	782,6	3 843,5	1 125,0	2 718,5	5 245,2	4 513,3
Nov.	26 732,3	16 772,7	12 884,4	10 797,5	1 295,5	791,3	3 888,2	1 117,1	2 771,2	5 308,0	4 651,7
Dez.	25 927,1	16 619,0	12 780,6	10 705,3	1 296,1	779,3	3 838,3	1 110,2	2 728,1	5 023,5	4 284,6
2016 Jan.	26 490,8	16 767,8	12 809,4	10 735,9	1 306,1	767,5	3 958,4	1 127,2	2 831,2	5 137,0	4 586,0
Febr.	26 826,4	16 855,5	12 852,2	10 781,8	1 312,6	757,8	4 003,2	1 118,8	2 884,5	5 215,5	4 755,3
März	26 482,1	16 903,9	12 859,3	10 790,7	1 314,3	754,4	4 044,6	1 115,3	2 929,3	5 018,7	4 559,6
April	26 626,7	16 981,0	12 887,8	10 793,7	1 325,5	768,6	4 093,3	1 128,1	2 965,2	5 161,8	4 483,8
Mai	26 878,2	17 066,5	12 915,4	10 807,5	1 340,2	767,7	4 151,1	1 121,9	3 029,2	5 259,2	4 552,5
Juni	27 139,4	17 115,4	12 903,7	10 804,9	1 346,2	752,7	4 211,8	1 110,3	3 101,4	5 261,4	4 762,5
Deutscher Beitrag (Mrd €)											
2014 Mai	5 688,2	3 679,0	2 910,7	2 513,9	146,5	250,4	768,2	371,2	397,0	1 136,0	873,2
Juni	5 697,3	3 670,8	2 910,9	2 515,1	145,8	250,0	759,9	362,6	397,3	1 150,9	875,5
Juli	5 765,7	3 681,2	2 914,0	2 515,6	143,9	254,6	767,2	365,7	401,5	1 183,5	900,9
Aug.	5 843,8	3 675,7	2 915,6	2 520,4	142,6	252,7	760,1	360,4	399,7	1 179,0	989,0
Sept.	5 843,6	3 688,5	2 924,1	2 526,7	144,0	253,5	764,4	359,8	404,6	1 182,8	972,4
Okt.	5 864,9	3 695,6	2 922,0	2 528,3	141,7	251,9	773,6	366,9	406,8	1 192,8	976,5
Nov.	5 960,0	3 711,2	2 938,5	2 537,3	145,5	255,7	772,6	363,9	408,7	1 225,3	1 023,5
Dez.	5 973,4	3 696,4	2 931,4	2 527,7	143,6	260,1	764,9	364,1	400,8	1 209,1	1 068,0
2015 Jan.	6 233,3	3 728,3	2 948,0	2 536,5	142,2	269,2	780,4	372,4	408,0	1 313,5	1 191,4
Febr.	6 174,3	3 739,4	2 953,8	2 542,4	142,3	269,1	785,5	375,5	410,0	1 301,2	1 133,7
März	6 272,2	3 758,2	2 967,1	2 546,4	144,1	276,5	791,2	374,0	417,2	1 306,4	1 207,5
April	6 202,9	3 772,6	2 966,9	2 546,0	135,6	285,3	805,7	382,9	422,8	1 317,1	1 113,2
Mai	6 140,5	3 770,8	2 972,2	2 555,9	135,0	281,3	798,6	370,7	427,9	1 317,8	1 052,0
Juni	5 995,7	3 767,1	2 967,3	2 557,3	133,3	276,7	799,9	367,0	432,9	1 279,1	949,4
Juli	6 058,3	3 803,0	2 993,0	2 561,0	153,8	278,2	810,0	368,0	442,0	1 274,1	981,2
Aug.	6 026,6	3 813,0	2 996,1	2 567,6	155,4	273,1	816,9	364,9	452,0	1 260,5	953,1
Sept.	6 041,7	3 824,0	2 996,1	2 572,5	157,2	266,4	827,9	364,5	463,4	1 257,0	960,7
Okt.	6 041,6	3 832,0	2 994,6	2 578,6	150,5	265,6	837,4	368,4	469,0	1 257,1	952,5
Nov.	6 104,5	3 864,8	3 019,5	2 594,8	153,5	271,2	845,3	363,9	481,3	1 236,6	1 003,2
Dez.	5 924,8	3 839,8	3 003,6	2 586,5	155,7	261,3	836,3	358,3	477,9	1 166,4	918,6
2016 Jan.	6 057,5	3 858,0	3 004,8	2 592,8	154,8	257,3	853,1	362,0	491,2	1 191,2	1 008,3
Febr.	6 155,1	3 874,6	3 014,0	2 607,0	151,1	255,9	860,6	362,0	498,6	1 209,7	1 070,8
März	6 060,3	3 885,2	3 015,6	2 607,8	151,8	256,0	869,6	361,6	508,0	1 163,7	1 011,4
April	6 049,9	3 908,1	3 026,3	2 617,8	152,2	256,3	881,8	366,1	515,7	1 181,7	960,2
Mai	6 090,9	3 934,4	3 043,0	2 629,7	153,3	260,0	891,4	362,8	528,6	1 187,1	969,4
Juni	6 220,9	3 939,4	3 042,5	2 629,1	152,9	260,5	897,0	357,3	539,7	1 221,3	1 060,2

* Zu den Monetären Finanzinstituten (MFIs) zählen die Banken (einschl. Bausparkassen), Geldmarktfonds sowie Europäische Zentralbank und Zentralnotenbanken (Eurosistem). ¹ Quelle: EZB. ² Einschl. Geldmarktpapiere von Unter-
nehmen. ³ Einschl. Schatzwechsel und sonstige Geldmarktpapiere von öffentlichen Haushalten. ⁴ Euro-Bargeldumlauf (siehe auch Anm. 8, S. 12*) Ohne Kassenbestände (in Euro) der MFIs. Für deutschen Beitrag: enthält den Euro-Banknotenumlauf der

II. Bankstatistische Gesamtrechnungen in der Europäischen Währungsunion

Passiva										Stand am Jahres- bzw. Monatsende	
Bargeld- umlauf 4)	Einlagen von Nichtbanken (Nicht-MFIs) im Euro-Währungsgebiet										
	insgesamt	darunter: auf Euro 5)	Unternehmen und Privatpersonen						von mehr als 2 Jahren		von mehr als 3 Monaten
			zusammen	tätlich fällig	mit vereinbarter Laufzeit		mit vereinbarter Kündigungsfrist 6)				
					bis zu 1 Jahr	von über 1 Jahr bis zu 2 Jahren		bis zu 3 Monaten			
Europäische Währungsunion (Mrd €) 1)											
928,9	11 020,7	10 387,2	10 425,8	4 414,7	1 121,4	439,4	2 266,3	2 098,4	85,6	2014 Mai	
935,3	11 050,7	10 387,6	10 424,2	4 447,5	1 104,4	434,9	2 255,8	2 097,2	84,4	Juni	
944,7	11 022,8	10 378,1	10 420,0	4 448,9	1 115,3	430,6	2 244,8	2 095,2	85,0	Juli	
946,8	11 015,1	10 414,4	10 454,5	4 478,1	1 124,0	427,2	2 241,3	2 097,5	86,3	Aug.	
947,0	11 017,4	10 417,6	10 466,0	4 522,5	1 115,0	422,6	2 227,3	2 091,9	86,7	Sept.	
950,6	11 004,8	10 402,5	10 465,5	4 557,8	1 109,4	415,2	2 212,0	2 084,5	86,5	Okt.	
956,8	11 109,7	10 480,5	10 532,6	4 637,2	1 099,7	407,6	2 213,2	2 088,7	86,1	Nov.	
980,6	11 155,3	10 549,3	10 627,7	4 728,8	1 089,3	399,5	2 217,4	2 105,6	87,0	Dez.	
979,1	11 312,2	10 597,4	10 701,8	4 827,2	1 073,8	389,0	2 213,3	2 109,9	88,4	2015 Jan.	
983,2	11 295,5	10 605,0	10 704,1	4 847,7	1 039,2	389,0	2 230,9	2 110,1	87,2	Febr.	
990,9	11 362,5	10 639,0	10 750,7	4 900,1	1 040,0	384,7	2 221,9	2 118,1	85,9	März	
999,8	11 356,7	10 684,2	10 784,8	4 972,1	1 030,6	378,6	2 200,2	2 119,3	83,9	April	
1 006,4	11 453,0	10 726,9	10 824,8	5 049,8	1 001,7	374,0	2 192,9	2 123,9	82,3	Mai	
1 017,1	11 472,1	10 727,2	10 828,4	5 096,7	977,6	370,2	2 178,6	2 124,1	81,2	Juni	
1 031,3	11 470,9	10 759,7	10 875,8	5 134,9	983,3	367,9	2 187,5	2 121,8	80,4	Juli	
1 029,4	11 455,3	10 756,8	10 867,7	5 137,0	981,6	362,4	2 183,4	2 124,2	79,1	Aug.	
1 026,5	11 489,3	10 772,2	10 875,0	5 162,4	977,2	358,8	2 179,5	2 118,7	78,3	Sept.	
1 028,8	11 577,7	10 817,5	10 927,6	5 244,4	973,5	356,8	2 161,0	2 114,5	77,3	Okt.	
1 034,5	11 602,0	10 851,3	10 947,8	5 288,4	971,2	350,3	2 150,5	2 111,6	75,7	Nov.	
1 048,9	11 562,3	10 889,6	10 998,3	5 324,9	981,8	349,1	2 152,3	2 115,0	75,2	Dez.	
1 037,4	11 686,0	10 926,9	11 027,4	5 364,3	973,3	348,8	2 142,8	2 123,8	74,3	2016 Jan.	
1 038,7	11 695,3	10 946,3	11 050,3	5 383,7	968,1	344,9	2 154,3	2 126,1	73,1	Febr.	
1 042,2	11 759,9	10 990,4	11 080,7	5 418,0	973,3	343,0	2 145,3	2 128,8	72,3	März	
1 046,9	11 787,7	11 050,4	11 144,9	5 502,9	963,9	339,9	2 139,2	2 128,5	70,5	April	
1 049,2	11 837,6	11 077,0	11 163,3	5 543,6	945,4	334,0	2 134,4	2 136,0	70,0	Mai	
1 057,8	11 896,5	11 068,3	11 156,8	5 562,6	944,8	331,7	2 113,5	2 135,0	69,3	Juni	
Deutscher Beitrag (Mrd €)											
218,3	3 182,1	3 116,5	2 992,7	1 455,0	203,1	32,0	696,8	528,6	77,2	2014 Mai	
220,3	3 165,8	3 101,0	2 972,3	1 446,5	195,6	32,1	693,6	528,3	76,1	Juni	
222,6	3 168,9	3 102,0	2 976,7	1 455,9	195,5	31,5	689,5	527,5	76,8	Juli	
222,5	3 183,4	3 120,4	2 992,8	1 467,7	199,8	31,3	688,2	528,0	77,7	Aug.	
222,8	3 187,6	3 124,3	2 997,3	1 479,1	191,5	32,7	687,6	528,2	78,2	Sept.	
223,6	3 199,5	3 133,6	3 020,0	1 507,0	189,9	32,5	684,8	527,9	78,1	Okt.	
224,8	3 222,7	3 157,5	3 038,6	1 531,2	186,7	33,4	682,2	527,4	77,7	Nov.	
229,7	3 207,5	3 142,6	3 019,1	1 507,1	191,8	32,3	680,6	531,0	76,4	Dez.	
228,9	3 233,6	3 156,6	3 045,0	1 541,7	188,3	31,3	677,5	528,8	77,4	2015 Jan.	
229,7	3 249,6	3 172,0	3 062,0	1 562,7	187,1	31,0	675,4	529,6	76,1	Febr.	
232,0	3 253,1	3 175,8	3 062,6	1 569,0	187,1	31,4	671,6	528,7	74,8	März	
233,8	3 265,4	3 191,1	3 080,3	1 598,9	187,3	31,7	661,3	528,5	72,7	April	
234,9	3 289,4	3 214,1	3 094,6	1 620,0	183,7	31,9	659,5	528,5	71,1	Mai	
238,3	3 287,5	3 208,9	3 090,0	1 626,3	178,9	32,2	654,6	528,3	69,7	Juni	
241,6	3 312,5	3 236,6	3 120,9	1 643,3	179,8	32,4	669,3	527,9	68,2	Juli	
241,2	3 321,2	3 246,0	3 123,4	1 651,0	175,8	32,2	669,5	528,2	66,7	Aug.	
240,3	3 330,8	3 253,8	3 131,7	1 667,0	172,0	31,7	666,7	529,0	65,3	Sept.	
240,1	3 349,1	3 271,6	3 154,0	1 698,6	170,8	32,9	657,5	530,3	64,0	Okt.	
241,9	3 386,8	3 309,9	3 182,3	1 732,8	168,6	33,2	653,8	531,1	62,8	Nov.	
244,2	3 379,0	3 293,1	3 168,8	1 711,8	176,9	34,4	649,6	534,1	61,9	Dez.	
242,2	3 398,2	3 312,7	3 191,1	1 739,2	172,6	35,6	647,9	535,1	60,7	2016 Jan.	
242,7	3 412,8	3 319,7	3 197,4	1 747,9	172,1	35,8	645,5	536,7	59,4	Febr.	
243,3	3 428,4	3 315,7	3 188,8	1 735,7	176,5	37,5	644,9	535,9	58,3	März	
244,2	3 429,1	3 334,3	3 208,5	1 759,1	178,5	38,3	640,3	535,1	57,2	April	
243,7	3 469,8	3 356,2	3 222,9	1 779,2	175,2	37,3	640,6	534,4	56,2	Mai	
245,2	3 481,5	3 352,9	3 218,7	1 779,1	173,1	38,3	638,8	533,9	55,4	Juni	

Bundesbank entsprechend dem vom Eurosystem gewählten Rechnungslegungsverfahren (siehe dazu Anm. 2 zum Banknotenumlauf in Tabelle III.2). Das von der Bundesbank tatsächlich in Umlauf gebrachte Bargeldvolumen lässt sich durch Addition mit

der Position „Intra-Eurosystem- Verbindlichkeit/Forderung aus der Begebung von Banknoten“ ermitteln (siehe „sonstige Passivpositionen“). 5 Ohne Einlagen von Zentralstaaten. 6 In Deutschland nur Spareinlagen.

II. Bankstatistische Gesamtrechnungen in der Europäischen Währungsunion

noch: 2. Konsolidierte Bilanz der Monetären Finanzinstitute (MFIs) *)

Stand am Jahres- bzw. Monatsende	noch: Passiva													
	noch: Einlagen von Nichtbanken (Nicht-MFIs) im Euro-Währungsgebiet									Repogeschäfte mit Nichtbanken im Euro-Währungsgebiet		Begebene Schuld-		
	öffentliche Haushalte									insgesamt	darunter: mit Unterneh- men und Privat- personen	Geldmarkt- fonds- anteile (netto) 3)	insgesamt	darunter: auf Euro
	Zentral- staaten	sonstige öffentliche Haushalte		mit vereinbarter Laufzeit			mit vereinbarter Kündigungsfrist 2)							
zusammen	täglich fällig	bis zu 1 Jahr	von über 1 Jahr bis zu 2 Jahren	von mehr als 2 Jahren	bis zu 3 Monaten	von mehr als 3 Monaten	insgesamt	darunter: mit Unterneh- men und Privat- personen	Geldmarkt- fonds- anteile (netto) 3)	insgesamt	darunter: auf Euro			
Europäische Währungsunion (Mrd €) 1)														
2014 Mai	289,6	305,3	130,0	99,0	9,4	45,4	16,2	5,3	271,3	262,6	405,2	2 563,1	1 948,7	
2014 Juni	315,9	310,5	133,6	101,3	9,4	45,3	15,6	5,2	299,4	285,1	392,2	2 533,2	1 919,9	
2014 Juli	292,8	310,0	132,6	101,9	9,2	45,0	16,1	5,2	302,3	293,4	409,0	2 524,2	1 898,5	
2014 Aug.	246,4	314,2	138,0	100,3	9,3	45,0	16,4	5,2	305,3	296,2	412,7	2 521,4	1 888,8	
2014 Sept.	240,6	310,8	132,1	102,9	9,1	45,2	16,4	5,1	287,6	272,5	414,4	2 526,9	1 878,0	
2014 Okt.	236,2	303,1	133,1	95,0	9,3	45,1	15,5	5,1	313,2	302,7	428,9	2 489,0	1 839,8	
2014 Nov.	262,2	315,0	142,1	97,0	10,1	44,9	15,8	5,1	310,5	301,4	434,4	2 474,9	1 824,9	
2014 Dez.	216,7	310,9	138,0	100,5	11,5	39,5	16,4	5,1	297,0	290,7	414,2	2 479,0	1 820,8	
2015 Jan.	300,7	309,7	134,9	99,3	11,3	39,9	18,8	5,4	321,6	311,4	434,3	2 505,0	1 797,9	
2015 Febr.	272,1	319,3	142,1	99,8	11,6	40,0	20,3	5,3	359,7	349,6	443,1	2 502,5	1 783,8	
2015 März	294,7	317,1	139,7	100,2	12,7	39,2	20,1	5,3	361,8	355,6	433,1	2 493,0	1 762,7	
2015 April	251,4	320,6	144,8	97,9	12,8	39,5	20,4	5,1	344,0	336,3	455,0	2 462,0	1 743,3	
2015 Mai	295,5	332,7	157,0	97,0	13,1	39,9	20,7	5,0	338,3	331,7	445,9	2 443,7	1 719,2	
2015 Juni	309,5	334,1	157,1	97,6	13,1	40,9	20,5	4,9	318,0	314,5	428,8	2 431,8	1 704,8	
2015 Juli	267,3	327,8	148,2	100,3	13,4	38,8	22,3	4,9	316,3	313,1	453,2	2 404,1	1 681,3	
2015 Aug.	252,6	335,1	154,3	100,4	13,4	38,8	23,4	4,8	316,7	311,6	451,7	2 373,3	1 671,8	
2015 Sept.	281,7	332,7	152,4	101,4	13,2	39,4	21,5	4,8	309,0	301,4	445,9	2 342,9	1 659,8	
2015 Okt.	316,6	333,5	156,3	98,6	13,2	39,6	20,9	4,7	303,1	293,6	467,6	2 336,2	1 639,5	
2015 Nov.	299,4	354,9	167,1	108,5	13,0	39,7	21,9	4,7	307,5	302,3	482,7	2 365,7	1 645,2	
2015 Dez.	227,4	336,6	154,4	104,6	13,7	39,7	19,5	4,7	276,1	274,2	458,9	2 317,9	1 633,0	
2016 Jan.	315,1	343,4	160,9	102,3	14,3	39,7	21,0	5,2	298,5	296,9	475,9	2 299,4	1 613,5	
2016 Febr.	301,0	344,0	162,6	98,1	14,4	39,9	24,0	5,1	341,8	337,9	474,6	2 284,3	1 594,9	
2016 März	333,3	345,9	159,5	102,0	15,1	40,8	23,6	5,0	335,7	332,5	462,8	2 263,8	1 588,8	
2016 April	297,5	345,2	161,9	97,2	15,4	42,2	23,5	4,9	327,9	323,0	480,2	2 268,6	1 584,9	
2016 Mai	317,7	356,6	167,0	102,1	15,5	43,1	24,0	4,9	318,7	312,7	480,9	2 275,3	1 572,7	
2016 Juni	378,2	361,4	171,3	102,4	15,9	43,7	23,3	4,8	321,2	317,9	472,7	2 271,9	1 566,2	
Deutscher Beitrag (Mrd €)														
2014 Mai	16,8	172,6	46,7	77,5	6,1	38,8	2,8	0,7	4,8	4,8	3,7	540,8	296,7	
2014 Juni	15,9	177,6	46,8	82,4	6,1	38,9	2,8	0,7	5,2	5,2	3,7	540,3	294,3	
2014 Juli	17,3	174,9	43,6	83,2	5,9	38,7	2,8	0,7	8,4	7,7	3,7	543,2	291,5	
2014 Aug.	12,4	178,2	47,8	82,1	6,0	38,8	2,8	0,6	10,1	9,0	3,4	541,2	289,6	
2014 Sept.	13,9	176,4	43,8	84,6	5,8	38,8	2,7	0,6	7,4	5,8	3,4	546,0	285,7	
2014 Okt.	12,6	166,8	41,6	77,1	5,8	38,9	2,8	0,6	9,1	8,4	3,4	549,3	287,7	
2014 Nov.	12,4	171,7	44,0	79,2	6,4	38,7	2,8	0,6	9,6	9,0	3,4	550,5	285,7	
2014 Dez.	11,3	177,1	50,7	82,3	7,6	32,8	3,0	0,7	3,4	3,1	3,3	547,3	280,7	
2015 Jan.	18,7	170,0	44,7	81,2	7,5	32,9	3,1	0,7	6,8	4,7	3,3	566,9	283,7	
2015 Febr.	12,0	175,7	47,5	82,9	8,1	33,5	3,1	0,7	8,0	5,6	3,3	573,3	287,6	
2015 März	14,7	175,8	47,7	82,3	9,2	32,8	3,1	0,7	7,6	5,2	3,3	573,0	285,6	
2015 April	12,0	173,1	46,9	80,2	9,3	33,0	3,1	0,7	11,4	8,7	3,2	567,3	280,9	
2015 Mai	13,4	181,4	54,6	80,0	9,7	33,3	3,2	0,6	5,0	3,8	3,3	557,3	272,4	
2015 Juni	15,6	181,8	53,2	80,8	9,7	34,4	3,1	0,6	3,3	2,2	3,4	555,5	269,8	
2015 Juli	12,4	179,3	49,8	83,6	9,8	32,3	3,1	0,6	4,5	3,3	3,4	558,4	267,2	
2015 Aug.	12,1	185,7	56,0	83,8	9,8	32,5	3,1	0,6	6,6	4,6	3,5	547,0	266,9	
2015 Sept.	14,0	185,1	54,4	84,5	9,7	32,8	3,1	0,6	7,0	4,9	4,0	547,0	272,6	
2015 Okt.	13,4	181,6	54,1	80,9	9,8	33,1	3,1	0,6	6,6	5,0	3,9	555,3	275,2	
2015 Nov.	12,3	192,2	55,6	90,2	9,5	33,2	3,1	0,6	6,1	4,5	3,8	562,5	270,9	
2015 Dez.	22,6	187,6	54,3	86,0	10,2	33,4	3,1	0,5	2,5	2,0	3,4	533,4	254,9	
2016 Jan.	21,8	185,2	54,5	83,2	10,5	33,4	3,1	0,5	2,8	2,7	3,7	534,8	257,0	
2016 Febr.	28,9	186,5	59,1	79,7	10,5	33,7	3,1	0,5	4,2	3,7	3,6	527,9	250,2	
2016 März	49,3	190,2	57,4	84,1	10,8	34,3	3,1	0,5	3,2	2,0	3,4	518,7	250,5	
2016 April	31,9	188,7	58,2	80,3	10,9	35,6	3,2	0,5	3,7	2,4	3,0	521,8	249,1	
2016 Mai	50,6	196,3	60,4	84,9	11,1	36,2	3,3	0,5	3,5	2,4	2,5	530,9	244,9	
2016 Juni	63,6	199,2	62,2	85,0	11,5	36,6	3,3	0,5	2,5	2,3	2,6	523,0	241,2	

* Zu den Monetären Finanzinstituten (MFIs) zählen die Banken (einschl. Bausparkassen), Geldmarktfonds sowie die Europäische Zentralbank und die Zentralnotenbanken (EurosysteM). 1 Quelle: EZB. 2 In Deutschland nur Spareinlagen. 3 Ohne Bestände der MFIs; für deutschen Beitrag: abzüglich Bestände deutscher MFIs an von MFIs im Euro-Währungsgebiet emittierten Papieren. 4 In Deutschland zählen Bankschuldverschreibungen mit Laufzeit bis zu 1 Jahr zu den Geldmarktpapieren. 5 Ohne Verbindlichkeiten aus begebenen Wertpapieren. 6 Nach Abzug der Inter-MFI-Betei-

lungen. 7 Die deutschen Beiträge zu den monetären Aggregaten des EurosysteMs sind keinesfalls als eigene nationale Geldmengenaggregate zu interpretieren und damit auch nicht mit den früheren deutschen Geldbeständen M1, M2 oder M3 vergleichbar. 8 Einschl. noch im Umlauf befindlicher DM-Banknoten (siehe auch Anm. 4, S. 10*). 9 Für deutschen Beitrag: Differenz zwischen den tatsächlich von der Bundesbank emittierten Euro-Banknoten und dem Ausweis des BanknotenUmlaufs

II. Bankstatistische Gesamtrechnungen in der Europäischen Währungsunion

verschreibungen (netto) ³⁾										Nachrichtlich					Stand am Jahres- bzw. Monatsende
mit Laufzeit			Verbindlichkeiten gegenüber dem Nicht-Euro-Währungsgebiet ⁵⁾	Kapital und Rücklagen ⁶⁾	Überschuss der Inter-MFI-Verbindlichkeiten	sonstige Passivpositionen		Geldmengenaggregate ⁷⁾ (Für deutschen Beitrag ab Januar 2002 ohne Bargeldumlauf)			Geldkapitalbildung ¹³⁾	Monetäre Verbindlichkeiten der Zentralstaaten (Post, Schatzämter) ¹⁴⁾			
bis zu 1 Jahr ⁴⁾	von über 1 Jahr bis zu 2 Jahren	von mehr als 2 Jahren				insgesamt ⁸⁾	darunter: Intra-Eurosystem-Verbindlichkeit/Forderung aus der Begebung von Banknoten ⁹⁾	M1 ¹⁰⁾	M2 ¹¹⁾	M3 ¹²⁾					
Europäische Währungsunion (Mrd €) ¹⁾															
43,7	35,1	2 484,3	3 477,3	2 426,9	- 35,6	4 116,1	-	5 556,5	9 362,8	9 970,8	7 313,8	105,4	2014 Mai		
44,4	35,9	2 452,8	3 375,2	2 456,9	- 50,4	4 138,9	-	5 600,8	9 386,0	9 986,6	7 300,5	106,7	Juni		
37,6	35,2	2 451,4	3 438,4	2 469,0	- 46,1	4 239,4	-	5 611,4	9 402,4	10 016,6	7 300,4	107,8	Juli		
41,0	34,2	2 446,2	3 451,1	2 493,6	- 59,1	4 451,8	-	5 648,2	9 445,8	10 067,0	7 317,6	108,3	Aug.		
38,7	33,1	2 455,2	3 577,8	2 508,5	- 67,6	4 470,9	-	5 688,1	9 468,9	10 079,0	7 327,9	109,4	Sept.		
30,8	36,9	2 421,3	3 563,2	2 491,2	- 83,4	4 520,1	-	5 726,9	9 478,2	10 104,8	7 261,3	107,8	Okt.		
29,7	38,8	2 406,4	3 573,4	2 504,1	- 68,5	4 715,3	-	5 827,3	9 568,3	10 197,2	7 259,8	113,3	Nov.		
61,6	42,8	2 374,7	3 561,6	2 459,6	- 45,1	4 570,9	-	5 938,9	9 682,5	10 313,4	7 183,3	112,3	Dez.		
58,8	42,3	2 403,9	3 918,8	2 555,0	- 99,2	5 012,3	-	6 030,9	9 754,1	10 405,7	7 305,9	110,6	2015 Jan.		
59,4	43,3	2 399,8	3 946,4	2 547,9	- 115,4	4 917,5	-	6 061,3	9 752,3	10 427,6	7 311,1	109,1	Febr.		
53,7	44,2	2 395,1	3 978,1	2 577,1	- 65,3	5 129,0	-	6 119,8	9 816,0	10 470,0	7 324,5	109,5	März		
57,2	45,8	2 359,0	4 005,8	2 544,3	- 72,9	4 835,0	-	6 203,6	9 883,9	10 571,6	7 232,1	107,6	April		
54,4	42,0	2 347,3	3 963,5	2 552,6	- 67,3	4 633,2	-	6 302,5	9 953,7	10 607,8	7 220,1	110,0	Mai		
58,8	44,7	2 328,3	3 794,9	2 534,5	- 61,0	4 271,9	-	6 361,5	9 986,3	10 606,1	7 168,4	112,4	Juni		
46,2	45,1	2 312,8	3 892,3	2 533,6	- 68,0	4 400,5	-	6 407,3	10 038,0	10 688,9	7 158,0	114,8	Juli		
35,9	47,3	2 290,1	3 887,3	2 532,2	- 67,5	4 302,4	-	6 415,1	10 042,3	10 682,8	7 128,3	116,3	Aug.		
32,9	46,4	2 263,6	3 812,6	2 536,2	- 53,3	4 313,2	-	6 437,1	10 049,4	10 669,5	7 101,9	117,3	Sept.		
32,4	47,0	2 256,8	3 865,9	2 562,3	- 75,9	4 350,7	-	6 524,1	10 122,9	10 776,3	7 101,8	115,7	Okt.		
31,1	49,2	2 285,4	3 920,2	2 567,1	- 77,3	4 529,8	-	6 591,2	10 188,4	10 840,9	7 123,1	121,9	Nov.		
22,8	47,8	2 247,2	3 669,0	2 551,0	- 48,0	4 091,0	-	6 630,6	10 234,9	10 834,3	7 070,1	123,0	Dez.		
29,2	50,8	2 219,4	3 809,3	2 575,2	- 73,1	4 382,3	-	6 664,9	10 269,9	10 908,8	7 056,6	123,6	2016 Jan.		
32,9	54,3	2 197,1	3 921,2	2 612,1	- 92,1	4 550,5	-	6 686,8	10 283,4	10 940,0	7 081,6	122,8	Febr.		
37,1	51,6	2 175,1	3 739,0	2 594,6	- 90,4	4 374,6	-	6 720,4	10 326,8	10 966,7	7 033,0	121,3	März		
42,1	49,9	2 176,6	3 926,4	2 606,4	- 96,2	4 278,8	-	6 813,8	10 402,8	11 065,8	7 039,8	122,7	April		
39,6	49,0	2 186,7	4 032,5	2 603,4	- 77,1	4 357,7	-	6 865,8	10 443,4	11 104,5	7 042,3	126,6	Mai		
49,6	47,3	2 175,0	3 954,9	2 662,8	- 53,8	4 555,4	-	6 899,3	10 472,8	11 125,4	7 069,2	128,2	Juni		
Deutscher Beitrag (Mrd €)															
7,3	5,7	527,8	636,4	504,7	- 618,1	1 433,7	243,8	1 501,7	2 351,8	2 373,3	1 846,1	-	2014 Mai		
9,1	6,6	524,6	613,8	521,8	- 591,5	1 438,1	246,7	1 493,3	2 340,6	2 365,2	1 855,7	-	Juni		
9,2	6,4	527,7	619,9	526,1	- 570,3	1 465,8	251,2	1 499,4	2 345,9	2 373,5	1 859,5	-	Juli		
10,3	7,4	523,5	628,4	531,3	- 607,0	1 553,1	254,8	1 515,6	2 365,6	2 396,8	1 860,1	-	Aug.		
11,3	7,4	527,4	641,5	532,3	- 621,5	1 546,9	258,7	1 522,9	2 368,4	2 397,9	1 865,0	-	Sept.		
11,3	7,8	530,2	636,4	529,7	- 620,1	1 557,6	261,8	1 548,6	2 384,5	2 416,2	1 862,2	-	Okt.		
10,4	7,9	532,2	654,2	532,9	- 621,3	1 608,0	264,4	1 575,2	2 411,1	2 442,4	1 864,4	-	Nov.		
10,3	7,7	529,4	633,4	535,7	- 605,7	1 648,7	267,9	1 557,8	2 405,7	2 430,3	1 855,6	-	Dez.		
11,8	8,2	546,9	763,4	553,3	- 674,0	1 780,3	270,3	1 586,4	2 426,5	2 456,5	1 888,6	-	2015 Jan.		
14,3	7,9	551,0	751,7	550,7	- 678,0	1 715,9	272,4	1 610,2	2 452,0	2 485,5	1 887,4	-	Febr.		
14,9	8,5	549,6	755,9	557,2	- 670,7	1 793,0	274,7	1 616,8	2 458,5	2 492,8	1 886,7	-	März		
18,9	8,3	540,2	770,7	553,7	- 666,9	1 698,4	276,9	1 645,8	2 485,8	2 527,5	1 861,4	-	April		
18,6	5,6	533,1	764,2	556,8	- 676,8	1 641,5	279,3	1 674,6	2 511,5	2 544,0	1 854,4	-	Mai		
18,5	5,4	531,7	718,1	555,8	- 670,9	1 543,2	280,2	1 679,6	2 512,5	2 543,1	1 846,8	-	Juni		
18,2	5,2	535,1	742,1	552,4	- 692,2	1 577,2	284,9	1 693,1	2 529,7	2 561,0	1 857,9	-	Juli		
16,2	5,9	524,9	754,9	552,8	- 711,7	1 552,8	287,3	1 707,0	2 539,8	2 571,9	1 847,1	-	Aug.		
21,9	8,0	517,2	736,7	553,5	- 709,5	1 572,5	290,1	1 721,4	2 551,4	2 592,3	1 836,0	-	Sept.		
25,8	7,8	521,7	737,2	558,6	- 735,5	1 566,6	293,1	1 752,7	2 580,5	2 624,6	1 835,4	-	Okt.		
26,4	9,6	526,5	724,9	553,7	- 754,5	1 521,4	295,2	1 788,4	2 624,1	2 670,0	1 830,6	-	Nov.		
26,3	9,3	497,8	659,6	552,5	- 742,7	1 537,4	297,8	1 766,1	2 610,8	2 652,3	1 795,8	-	Dez.		
25,2	11,2	498,4	702,8	560,8	- 766,0	1 620,7	297,1	1 793,6	2 633,8	2 676,6	1 801,7	-	2016 Jan.		
25,5	11,8	490,7	739,6	574,8	- 790,7	1 683,0	297,7	1 807,0	2 644,8	2 689,9	1 804,6	-	Febr.		
24,0	10,9	483,8	699,0	569,9	- 784,5	1 622,4	299,8	1 793,1	2 641,1	2 682,7	1 791,6	-	März		
23,9	11,7	486,1	753,1	575,6	- 803,0	1 566,8	300,9	1 817,3	2 663,6	2 705,9	1 795,3	-	April		
22,8	12,3	495,8	758,5	571,4	- 823,1	1 577,5	303,9	1 839,6	2 685,7	2 726,9	1 800,7	-	Mai		
23,7	11,9	487,4	783,3	592,6	- 834,3	1 670,0	308,0	1 841,3	2 686,4	2 727,1	1 811,4	-	Juni		

entsprechend dem vom Eurosystem gewählten Rechnungslegungsverfahren (siehe auch Anm. 2 zum Banknotenlauf in Tabelle III.2). **10** Täglich fällige Einlagen (ohne Einlagen von Zentralstaaten) und (für EWU) Bargeldumlauf sowie täglich fällige monetäre Verbindlichkeiten der Zentralstaaten, die in der Konsolidierten Bilanz nicht enthalten sind. **11** M1 zuzüglich Einlagen mit vereinbarter Laufzeit bis zu 2 Jahren und vereinbarter Kündigungsfrist bis zu 3 Monaten (ohne Einlagen von Zentralstaaten)

sowie (für EWU) monetäre Verbindlichkeiten der Zentralstaaten mit solcher Befristung. **12** M2 zuzüglich Repogeschäfte, Geldmarktfondsanteile und Geldmarktpapiere sowie Schuldverschreibungen bis zu 2 Jahren. **13** Einlagen mit vereinbarter Laufzeit von mehr als 2 Jahren und vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als 3 Monaten, Schuldverschreibungen mit Laufzeit von mehr als 2 Jahren, Kapital und Rücklagen. **14** Kommen in Deutschland nicht vor.

II. Bankstatistische Gesamtrechnungen in der Europäischen Währungsunion

3. Liquiditätsposition des Bankensystems *) Bestände

Mrd €; Periodendurchschnitte errechnet aus Tageswerten

Ende der Mindestreserve-Erfüllungsperiode 1)	Liquiditätszuführende Faktoren					Liquiditätsabschöpfende Faktoren					Guthaben der Kreditinstitute auf Girokonten (einschl. Mindestreserven) 7)	Basisgeld 8)
	Nettoaktiva in Gold und Devisen	Geldpolitische Geschäfte des Eurosystems				Einlagefazilität	Sonstige liquiditätsabschöpfende Geschäfte 4)	Banknoten-Umlauf 5)	Einlagen von Zentralregierungen	Sonstige Faktoren (netto) 6)		
		Hauptrefinanzierungsgeschäfte	Längerfristige Refinanzierungsgeschäfte	Spitzenrefinanzierungsfazilität	Sonstige liquiditätszuführende Geschäfte 3)							
Eurosystem 2)												
2014 Jan.	532,7	129,3	592,1	0,3	236,8	60,1	149,3	947,9	61,2	24,7	248,1	1 256,0
Febr.	510,3	105,4	576,4	0,3	232,5	42,1	164,4	931,8	83,4	- 12,9	216,0	1 190,0
März	510,4	91,8	570,4	0,3	229,5	29,5	175,5	932,1	81,8	- 17,6	201,1	1 162,8
April	518,9	105,4	534,6	0,7	227,5	29,2	175,5	938,4	73,8	- 25,0	195,2	1 162,8
Mai	536,4	128,1	519,6	0,2	222,6	29,7	152,4	947,9	87,7	- 2,1	191,2	1 168,8
Juni	536,8	148,1	507,8	0,1	215,9	28,3	126,0	951,0	111,6	- 0,5	192,3	1 171,6
Juli	540,0	111,7	460,1	0,1	209,0	23,9	27,2	958,1	110,0	- 12,5	214,3	1 196,3
Aug.	547,6	106,6	414,7	0,3	202,2	24,6	0,0	967,6	92,4	- 23,6	210,2	1 202,5
Sept.	547,8	114,7	387,4	0,2	196,3	25,2	0,0	971,8	66,2	- 27,0	210,1	1 207,1
Okt.	552,0	98,9	398,2	0,2	194,7	24,3	0,0	971,3	78,4	- 22,6	192,6	1 188,2
Nov.	562,0	95,2	412,5	0,3	193,3	31,0	0,0	973,6	76,1	- 5,7	188,3	1 192,8
Dez.	564,3	103,3	396,1	0,2	202,0	27,3	0,0	979,8	71,7	1,8	185,4	1 192,5
2015 Jan.	576,4	119,0	454,4	0,5	217,9	50,2	0,0	1 005,5	66,3	9,8	236,3	1 292,1
Febr.	589,2	142,6	375,0	0,4	230,8	42,4	0,0	1 005,4	62,1	2,7	225,3	1 273,1
März	625,9	118,9	386,1	0,2	290,6	68,6	0,0	1 015,9	70,2	5,1	261,8	1 346,4
April	655,7	95,9	406,6	0,1	383,1	99,7	0,0	1 027,4	76,5	34,5	303,4	1 430,5
Mai	642,9	82,4	443,2	0,3	471,8	103,1	0,0	1 042,7	96,3	17,2	381,4	1 527,2
Aug.	627,4	72,4	462,2	0,6	550,8	148,0	0,0	1 055,3	63,4	18,1	428,4	1 631,8
Sept.	619,1	70,2	462,1	0,1	643,2	152,8	0,0	1 052,4	95,2	28,9	465,3	1 670,5
Okt.	612,2	66,1	459,3	0,1	730,7	173,1	0,0	1 056,5	93,5	51,5	493,8	1 723,4
Nov.	611,6	71,6	466,9	0,2	811,8	196,6	0,0	1 072,8	82,5	53,2	557,1	1 826,5
Dez.	607,8	62,9	461,7	0,1	907,6	230,5	0,0	1 063,4	115,6	73,9	556,5	1 850,4
2016 Jan.	627,3	58,1	460,8	0,2	1 000,1	262,0	0,0	1 069,3	147,4	97,7	570,0	1 901,3
Febr.	640,3	53,9	456,3	0,2	1 105,3	309,0	0,0	1 076,6	123,9	122,8	623,8	2 009,4
März	666,1	47,6	471,6	0,1	1 227,1	323,1	0,0	1 087,1	175,5	169,4	657,5	2 067,7
Deutsche Bundesbank												
2014 Jan.	136,4	18,3	13,2	0,1	56,0	11,0	60,2	231,1	1,9	- 155,2	75,1	317,1
Febr.	128,8	13,5	10,7	0,0	54,7	9,5	58,7	219,4	1,3	- 145,3	64,1	293,0
März	128,5	4,5	11,0	0,1	53,8	9,1	52,5	221,0	1,4	- 147,1	61,0	291,1
April	130,9	5,5	11,6	0,1	53,2	8,2	49,0	222,6	1,4	- 138,4	58,6	289,4
Mai	136,2	19,3	13,8	0,1	52,0	7,9	46,8	225,0	1,4	- 115,6	55,8	288,7
Juni	136,2	28,4	18,1	0,0	50,7	7,7	41,9	226,0	1,4	- 99,0	55,5	289,2
Juli	136,9	10,0	16,1	0,1	48,9	8,4	9,0	228,1	1,6	- 99,6	64,6	301,0
Aug.	138,8	6,2	11,3	0,0	47,4	6,8	0,0	230,5	0,9	- 96,7	62,3	299,5
Sept.	138,7	4,1	10,0	0,1	45,9	8,7	0,0	231,1	1,0	- 103,5	61,5	301,2
Okt.	139,4	5,6	12,2	0,0	45,5	9,0	0,0	231,7	1,2	- 102,2	63,1	303,8
Nov.	141,0	8,0	14,9	0,1	45,5	9,0	0,0	231,4	0,9	- 89,5	57,6	298,0
Dez.	140,8	6,6	16,6	0,0	47,3	9,3	0,0	232,4	0,9	- 86,7	55,5	297,2
2015 Jan.	141,9	13,4	30,7	0,0	50,4	14,9	0,0	237,3	1,2	- 92,3	75,3	327,5
Febr.	143,2	6,6	30,9	0,0	52,4	12,4	0,0	237,0	1,5	- 92,6	74,7	324,1
März	151,5	5,6	29,5	0,1	64,8	21,2	0,0	239,9	1,1	- 100,3	89,4	350,5
April	159,2	3,6	28,8	0,0	83,9	28,6	0,0	242,5	2,0	- 100,4	102,8	373,9
Mai	155,4	2,1	36,4	0,0	102,5	25,5	0,0	246,2	3,4	- 101,4	122,8	394,4
Juni	151,2	1,8	40,0	0,0	119,1	42,4	0,0	249,5	2,9	- 118,3	135,9	427,7
Aug.	148,4	2,8	40,8	0,0	138,2	40,8	0,0	248,8	5,2	- 115,9	151,2	440,9
Sept.	146,1	3,2	43,3	0,0	156,3	56,1	0,0	249,1	9,3	- 116,3	150,7	455,9
Nov.	144,8	3,6	48,4	0,1	174,0	50,0	0,0	252,4	18,0	- 124,0	174,4	476,8
Dez.	143,7	1,9	46,3	0,0	193,9	59,8	0,0	250,4	26,1	- 113,3	162,9	473,1
2016 Jan.	152,2	3,1	45,0	0,0	214,1	67,6	0,0	252,1	37,3	- 105,1	162,4	482,1
Febr.	156,4	3,3	45,3	0,0	237,2	87,3	0,0	254,7	41,1	- 127,2	186,5	528,4
März	163,3	2,7	44,7	0,0	263,4	89,8	0,0	257,4	47,2	- 117,0	196,6	543,9

Differenzen in den Summen durch Runden der Zahlen. * Die Liquiditätsposition des Bankensystems besteht aus den Euro-Guthaben auf den Girokonten der Kreditinstitute des Euro-Währungsgebiets beim Eurosystem. Die Angaben sind dem konsolidierten Ausweis des Eurosystems bzw. dem Ausweis der Bundesbank entnommen. 1 Werte sind Tagesdurchschnitte der in dem jeweiligen Monat endenden Mindestreserve-Erfüllungsperiode. Seit Umstellung auf den neuen, sechswöchigen Zyklus der geldpolitischen EZB-Ratssitzungen endet nicht in jedem Monat eine Mindestreserve-Erfüllungsperiode.

In diesen Fällen gibt es keine Werte. 2 Quelle: EZB. 3 Einschl. der geldpolitischen Wertpapierankaufprogramme des Eurosystems. 4 Ab Aug. 2009 einschl. der durch Devisenswapgeschäfte des Eurosystems abgeschöpften Liquidität. 5 Ab 2002 Euro-Banknoten sowie noch im Umlauf befindliche, von den nationalen Zentralbanken des Eurosystems ausgegebene Banknoten. Entsprechend dem vom Eurosystem gewählten Rechnungslegungsverfahren für die Ausgabe von Euro-Banknoten wird der EZB auf monatlicher Basis ein Anteil von 8% des Gesamtwerts

II. Bankstatistische Gesamtrechnungen in der Europäischen Währungsunion

Veränderungen

Liquiditätszuführende Faktoren					Liquiditätsabschöpfende Faktoren					Guthaben der Kreditinstitute auf Girokonten (einschl. Mindestreserven) 7)	Basisgeld 8)	Ende der Mindestreserveerfüllungsperiode 1)
Nettoaktiva in Gold und Devisen	Geldpolitische Geschäfte des Eurosystems				Einlagefazilität	Sonstige liquiditäts-ab-schöpfende Geschäfte 4)	Banknoten-umlauf 5)	Einlagen von Zentral-regierungen	Sonstige Faktoren (netto) 6)			
	Hauptrefinanzierungsgeschäfte	Längerfristige Refinanzierungsgeschäfte	Spitzenrefinanzierungsfazilität	Sonstige liquiditäts-zuführende Geschäfte 3)								
Eurosystem 2)												
- 18,1	+ 37,7	- 33,2	+ 0,2	- 4,7	+ 11,8	- 28,1	+ 22,0	- 19,0	- 32,5	+ 27,9	+ 61,6	2014 Jan.
- 22,4	- 23,9	- 15,7	+ 0,0	- 4,3	- 18,0	+ 15,1	- 16,1	+ 22,2	- 37,6	- 32,1	- 66,0	Febr.
+ 0,1	- 13,6	- 6,0	+ 0,0	- 3,0	- 12,6	+ 11,1	+ 0,3	- 1,6	- 4,7	- 14,9	- 27,2	März
+ 8,5	+ 13,6	- 35,8	+ 0,4	- 2,0	- 0,3	± 0,0	+ 6,3	- 8,0	- 7,4	- 5,9	+ 0,0	April
+ 17,5	+ 22,7	- 15,0	- 0,5	- 4,9	+ 0,5	- 23,1	+ 9,5	+ 13,9	+ 22,9	- 4,0	+ 6,0	Mai
+ 0,4	+ 20,0	- 11,8	- 0,1	- 6,7	- 1,4	- 26,4	+ 3,1	+ 23,9	+ 1,6	+ 1,1	+ 2,8	Juni
+ 3,2	- 36,4	- 47,7	+ 0,0	- 6,9	- 4,4	- 98,8	+ 7,1	- 1,6	- 12,0	+ 22,0	+ 24,7	Juli
+ 7,6	- 5,1	- 45,4	+ 0,2	- 6,8	+ 0,7	- 27,2	+ 9,5	- 17,6	- 11,1	- 4,1	+ 6,2	Aug.
+ 0,2	+ 8,1	- 27,3	- 0,1	- 5,9	+ 0,6	± 0,0	+ 4,2	- 26,2	- 3,4	- 0,1	+ 4,6	Sept.
+ 4,2	- 15,8	+ 10,8	± 0,0	- 1,6	- 0,9	± 0,0	- 0,5	+ 12,2	+ 4,4	- 17,5	- 18,9	Okt.
+ 10,0	- 3,7	+ 14,3	+ 0,1	- 1,4	+ 6,7	± 0,0	+ 2,3	- 2,3	+ 16,9	- 4,3	+ 4,6	Nov.
+ 2,3	+ 8,1	- 16,4	- 0,1	+ 8,7	- 3,7	± 0,0	+ 6,2	- 4,4	+ 7,5	- 2,9	- 0,3	Dez.
+ 12,1	+ 15,7	+ 58,3	+ 0,3	+ 15,9	+ 22,9	± 0,0	+ 25,7	- 5,4	+ 8,0	+ 50,9	+ 99,6	2015 Jan.
+ 12,8	+ 23,6	- 79,4	- 0,1	+ 12,9	- 7,8	± 0,0	- 0,1	- 4,2	- 7,1	- 11,0	- 19,0	Febr.
+ 36,7	- 23,7	+ 11,1	- 0,2	+ 59,8	+ 26,2	± 0,0	+ 10,5	+ 8,1	+ 2,4	+ 36,5	+ 73,3	März
+ 29,8	- 23,0	+ 20,5	- 0,1	+ 92,5	+ 31,1	± 0,0	+ 11,5	+ 6,3	+ 29,4	+ 41,6	+ 84,1	April
- 12,8	- 13,5	+ 36,6	+ 0,2	+ 88,7	+ 3,4	± 0,0	+ 15,3	+ 19,8	- 17,3	+ 78,0	+ 96,7	Mai
- 15,5	- 10,0	+ 19,0	+ 0,3	+ 79,0	+ 44,9	± 0,0	+ 12,6	- 32,9	+ 0,9	+ 47,0	+ 104,6	Juni
- 8,3	- 2,2	- 0,1	- 0,5	+ 92,4	+ 4,8	± 0,0	- 2,9	+ 31,8	+ 10,8	+ 36,9	+ 38,7	Juli
- 6,9	- 4,1	- 2,8	- 0,0	+ 87,5	+ 20,3	± 0,0	+ 4,1	- 1,7	+ 22,6	+ 28,5	+ 52,9	Aug.
- 0,6	+ 5,5	+ 7,6	+ 0,1	+ 81,1	+ 23,5	± 0,0	+ 16,3	- 11,0	+ 1,7	+ 63,3	+ 103,1	Sept.
- 3,8	- 8,7	- 5,2	- 0,1	+ 95,8	+ 33,9	± 0,0	- 9,4	+ 33,1	+ 20,7	- 0,6	+ 23,9	Okt.
+ 19,5	- 4,8	- 0,9	+ 0,1	+ 92,5	+ 31,5	± 0,0	+ 5,9	+ 31,8	+ 23,8	+ 13,5	+ 50,9	Nov.
+ 13,0	- 4,2	- 4,5	± 0,0	+ 105,2	+ 47,0	± 0,0	+ 7,3	- 23,5	+ 25,1	+ 53,8	+ 108,1	Dez.
+ 25,8	- 6,3	+ 15,3	- 0,1	+ 121,8	+ 14,1	± 0,0	+ 10,5	+ 51,6	+ 46,6	+ 33,7	+ 58,3	2016 Jan.
Deutsche Bundesbank												
- 5,9	+ 17,9	+ 4,7	+ 0,0	- 1,0	- 1,9	- 6,5	+ 1,1	+ 0,5	+ 14,8	+ 7,9	+ 7,1	2014 Jan.
- 7,6	- 4,7	- 2,5	- 0,0	- 1,3	- 1,5	- 1,4	- 11,6	- 0,5	+ 9,9	- 11,0	- 24,1	Febr.
- 0,3	- 9,1	+ 0,3	+ 0,0	- 0,9	- 0,4	- 6,3	+ 1,6	+ 0,0	- 1,8	- 3,1	- 1,9	März
+ 2,4	+ 1,1	+ 0,7	+ 0,0	- 0,6	- 0,9	- 3,5	+ 1,6	+ 0,1	+ 8,7	- 2,4	- 1,7	April
+ 5,3	+ 13,7	+ 2,2	- 0,0	- 1,2	- 0,3	- 2,2	+ 2,4	- 0,0	+ 22,8	- 2,8	- 0,7	Mai
+ 0,0	+ 9,1	+ 4,3	- 0,0	- 1,4	- 0,2	- 5,0	+ 1,0	- 0,0	+ 16,6	- 0,3	+ 0,5	Juni
+ 0,7	- 18,4	- 2,0	+ 0,1	- 1,7	+ 0,7	- 32,9	+ 2,1	+ 0,2	- 0,6	+ 9,1	+ 11,9	Juli
+ 1,9	- 3,8	- 4,8	- 0,1	- 1,5	- 1,6	- 9,0	+ 2,4	- 0,6	+ 2,9	- 2,3	- 1,5	Aug.
- 0,2	- 2,0	- 1,3	+ 0,1	- 1,6	+ 1,9	± 0,0	+ 0,6	+ 0,1	- 6,8	- 0,7	+ 1,7	Sept.
+ 0,8	+ 1,5	+ 2,2	- 0,0	- 0,4	+ 0,4	± 0,0	+ 0,6	+ 0,2	+ 1,3	+ 1,6	+ 2,5	Okt.
+ 1,5	+ 2,4	+ 2,7	+ 0,1	- 0,1	+ 0,0	± 0,0	- 0,3	- 0,3	+ 12,7	- 5,5	- 5,8	Nov.
- 0,1	- 1,4	+ 1,7	- 0,1	+ 1,8	+ 0,3	± 0,0	+ 1,0	- 0,0	+ 2,8	- 2,0	- 0,8	Dez.
+ 1,1	+ 6,7	+ 14,1	- 0,0	+ 3,1	+ 5,6	± 0,0	+ 4,9	+ 0,3	- 5,7	+ 19,8	+ 30,4	2015 Jan.
+ 1,2	- 6,7	+ 0,2	+ 0,0	+ 2,0	- 2,5	± 0,0	- 0,3	+ 0,3	- 0,2	- 0,7	- 3,5	Febr.
+ 8,3	- 1,1	- 1,4	+ 0,0	+ 12,4	+ 8,8	± 0,0	+ 3,0	- 0,4	- 7,8	+ 14,7	+ 26,4	März
+ 7,7	- 2,0	- 0,7	- 0,0	+ 19,2	+ 7,4	± 0,0	+ 2,6	+ 0,8	- 0,0	+ 13,5	+ 23,4	April
- 3,8	- 1,5	+ 7,6	- 0,0	+ 18,6	- 3,1	± 0,0	+ 3,7	+ 1,4	- 1,0	+ 19,9	+ 20,5	Mai
- 4,1	- 0,3	+ 3,7	+ 0,0	+ 16,6	+ 16,9	± 0,0	+ 3,2	- 0,4	- 17,0	+ 13,1	+ 33,2	Juni
- 2,9	+ 0,9	+ 0,8	- 0,0	+ 19,1	- 1,5	± 0,0	- 0,6	+ 2,3	+ 2,4	+ 15,4	+ 13,2	Aug.
- 2,3	+ 0,4	+ 2,5	- 0,0	+ 18,1	+ 15,2	± 0,0	+ 0,3	+ 4,1	- 0,4	- 0,6	+ 15,0	Sept.
- 1,3	+ 0,5	+ 5,1	+ 0,1	+ 17,7	- 6,0	± 0,0	+ 3,3	+ 8,7	- 7,6	+ 23,7	+ 21,0	Nov.
- 1,0	- 1,7	- 2,1	- 0,0	+ 19,9	+ 9,8	± 0,0	- 2,1	+ 8,1	+ 10,7	- 11,5	- 3,8	Dez.
+ 8,4	+ 1,1	- 1,3	+ 0,0	+ 20,3	+ 7,8	± 0,0	+ 1,7	+ 11,3	+ 8,2	- 0,4	+ 9,0	2016 Jan.
+ 4,3	+ 0,3	+ 0,4	- 0,0	+ 23,1	+ 19,7	± 0,0	+ 2,6	+ 3,8	- 22,1	+ 24,1	+ 46,3	Febr.
+ 6,9	- 0,6	- 0,6	- 0,0	+ 26,2	+ 2,6	± 0,0	+ 2,8	+ 6,1	+ 10,2	+ 10,1	+ 15,4	März

des Euro-Banknotenumlaufs zugeteilt. Der Gegenposten dieser Berichtigung wird unter „Sonstige Faktoren“ ausgewiesen. Die verbleibenden 92% des Werts an in Umlauf befindlichen Euro-Banknoten werden ebenfalls auf monatlicher Basis auf die NZBen aufgeteilt, wobei jede NZB in ihrer Bilanz den Anteil am Euro-Banknotenumlauf ausweist, der ihrem eingezahlten Anteil am Kapital der EZB entspricht. Die Differenz zwischen dem Wert der einer NZB zugeteilten Euro-Banknoten und dem Wert der von dieser NZB in Umlauf gegebenen Euro-Banknoten wird ebenfalls unter „Sons-

tige Faktoren“ ausgewiesen. Ab 2003 nur Euro-Banknoten. **6** Restliche Positionen des konsolidierten Ausweises des Eurosystems bzw. des Ausweises der Bundesbank. **7** Entspricht der Differenz zwischen der Summe der liquiditätszuführenden Faktoren und der Summe der liquiditätsabschöpfenden Faktoren. **8** Berechnet als Summe der Positionen „Einlagefazilität“, „Banknotenumlauf“ und „Guthaben der Kreditinstitute auf Girokonten“.

III. Konsolidierter Ausweis des Eurosystems

1. Aktiva *)

Mrd €

Stand am Ausweisstichtag/Monatsende 1)	Aktiva insgesamt	Gold und Goldforderungen	Forderungen in Fremdwährung an Ansässige außerhalb des Euro-Währungsgebiets			Forderungen in Fremdwährung an Ansässige im Euro-Währungsgebiet	Forderungen in Euro an Ansässige außerhalb des Euro-Währungsgebiets		
			insgesamt	Forderungen an den IWF	Guthaben bei Banken, Wertpapieranlagen, Auslandskredite und sonstige Auslandsaktiva		insgesamt	Guthaben bei Banken, Wertpapieranlagen und Kredite	Forderungen aus der Kreditfazilität im Rahmen des WKM II
Eurosystem 2)									
2015 Nov. 27.	2 706,7	348,9	292,1	78,7	213,4	38,2	20,5	20,5	–
Dez. 4.	2 718,7	348,9	294,5	78,7	215,8	36,3	19,8	19,8	–
11.	2 731,9	348,9	296,2	78,7	217,5	33,9	19,6	19,6	–
18.	2 759,3	348,9	295,4	79,0	216,4	35,4	19,7	19,7	–
25.	2 767,8	348,9	298,2	79,1	219,1	32,2	20,5	20,5	–
2016 Jan. 1.	2 781,1	338,7	307,1	80,4	226,7	31,1	20,2	20,2	–
8.	2 766,9	338,7	308,8	80,4	228,4	29,2	19,9	19,9	–
15.	2 778,3	338,7	308,4	80,4	228,0	29,9	21,5	21,5	–
22.	2 794,5	338,7	308,0	80,4	227,6	31,8	21,6	21,6	–
29.	2 808,3	338,7	305,5	80,5	225,0	33,3	22,4	22,4	–
Febr. 5.	2 811,9	338,7	304,8	79,3	225,5	31,9	22,7	22,7	–
12.	2 827,6	338,7	304,5	78,6	225,9	32,0	22,3	22,3	–
19.	2 837,6	338,7	305,1	78,1	227,0	31,0	21,3	21,3	–
26.	2 850,3	338,7	307,3	79,7	227,6	31,5	21,6	21,6	–
März 4.	2 859,8	338,7	306,9	79,7	227,2	32,6	21,8	21,8	–
11.	2 872,3	338,7	306,9	79,7	227,3	32,2	22,1	22,1	–
18.	2 886,2	338,7	307,9	79,7	228,2	29,5	21,4	21,4	–
25.	2 897,7	338,7	309,2	79,7	229,5	27,9	21,8	21,8	–
April 1.	2 941,8	377,3	297,5	77,4	220,1	29,2	20,9	20,9	–
8.	2 953,1	377,3	296,1	77,4	218,6	30,5	19,4	19,4	–
15.	2 966,1	377,3	295,5	77,4	218,0	31,7	18,5	18,5	–
22.	2 983,2	377,3	294,8	77,4	217,4	31,9	18,2	18,2	–
29.	3 000,8	377,3	296,5	77,2	219,4	32,3	18,0	18,0	–
2016 Mai 6.	3 017,8	377,3	298,2	77,0	221,1	29,0	17,5	17,5	–
13.	3 032,8	377,3	298,7	77,0	221,8	29,7	17,6	17,6	–
20.	3 054,1	377,3	297,6	76,8	220,8	30,9	18,0	18,0	–
27.	3 067,5	377,3	299,0	76,8	222,2	30,4	18,4	18,4	–
Juni 3.	3 078,6	377,3	300,6	76,8	223,7	30,1	18,6	18,6	–
10.	3 093,9	377,3	300,0	76,6	223,4	30,3	18,8	18,8	–
17.	3 109,6	377,3	298,0	76,6	221,4	31,1	17,8	17,8	–
24.	3 131,1	377,3	299,6	76,6	223,1	30,1	18,3	18,3	–
Juli 1.	3 232,6	413,1	309,0	77,6	231,3	33,2	18,3	18,3	–
8.	3 237,9	413,1	307,8	77,6	230,1	34,7	18,4	18,4	–
15.	3 249,2	413,1	305,9	77,6	228,3	33,9	17,9	17,9	–
22.	3 265,8	413,1	308,6	77,6	231,0	30,6	17,3	17,3	–
29.	3 284,3	413,1	307,6	77,4	230,1	33,2	17,5	17,5	–
Deutsche Bundesbank									
2014 Sept.	738,3	104,6	51,7	21,9	29,9	–	–	–	–
Okt.	736,9	104,6	51,9	21,7	30,2	–	–	–	–
Nov.	734,0	104,6	52,0	21,6	30,3	–	–	–	–
Dez.	771,0	107,5	51,3	20,6	30,6	–	–	–	–
2015 Jan.	805,7	107,5	51,6	20,4	31,2	–	–	–	–
Febr.	800,2	107,5	51,9	20,3	31,6	–	–	–	–
März	847,9	120,0	56,9	21,3	35,7	–	–	–	–
April	856,5	120,0	56,9	21,2	35,6	0,0	–	–	–
Mai	860,3	120,0	56,8	21,1	35,7	0,0	–	–	–
Juni	880,1	113,8	54,5	20,6	33,8	–	–	–	–
Juli	903,5	113,8	53,3	19,9	33,4	–	–	–	–
Aug.	930,8	113,8	53,1	20,2	32,9	–	–	–	–
Sept.	936,9	109,0	53,0	20,1	32,8	–	–	–	–
Okt.	956,3	109,0	53,1	20,1	33,0	–	–	–	–
Nov.	1 002,6	109,0	52,6	20,0	32,6	0,0	–	–	–
Dez.	1 011,5	105,8	53,7	20,3	33,4	–	0,0	0,0	–
2016 Jan.	1 018,5	105,8	53,6	20,4	33,2	0,0	–	–	–
Febr.	1 043,7	105,8	55,0	22,0	33,0	0,0	–	–	–
März	1 077,6	117,8	53,4	21,5	32,0	0,0	–	–	–
April	1 112,7	117,8	54,1	21,5	32,7	0,0	0,0	0,0	–
Mai	1 159,5	117,8	54,9	21,5	33,4	0,0	–	–	–
Juni	1 214,0	129,0	55,7	21,5	34,1	0,7	–	–	–
Juli	1 209,4	129,0	56,0	21,5	34,5	0,2	–	–	–

* Der konsolidierte Ausweis des Eurosystems umfasst den Ausweis der Europäischen Zentralbank (EZB) und die Ausweise der nationalen Zentralbanken der EU-Mitglied-

staaten (NZBen) des Euro-Währungsgebiets. Die Ausweispositionen für Devisen, Wertpapiere, Gold und Finanzinstrumente werden am Quartalsende zu Marktkursen und

III. Konsolidierter Ausweis des Eurosystems

Forderungen aus geldpolitischen Operationen in Euro an Kreditinstitute im Euro-Währungsgebiet							Sonstige Forderungen in Euro an Kreditinstitute des Euro-Währungsgebiets	Wertpapiere in Euro von Ansässigen im Euro-Währungsgebiet			Forderungen an öffentliche Haushalte/Bund	Sonstige Aktiva	Stand am Ausweisstichtag/ Monatsende ¹⁾	
insgesamt	Hauptfinanzierungsgeschäfte	Längerfristige Refinanzierungsgeschäfte	Feinsteuerungsoperationen	Strukturelle befristete Operationen	Spitzenrefinanzierungsfazilität	Forderungen aus dem Margenausgleich		insgesamt	Wertpapiere für geldpolitische Zwecke	sonstige Wertpapiere				
Eurosystem ²⁾														
525,2	73,8	451,4	–	–	0,1	–	129,0	1 111,2	752,2	359,0	25,2	216,5	2015 Nov.	27.
521,4	69,8	451,4	–	–	0,2	–	127,5	1 129,0	770,7	358,2	25,2	216,2	Dez.	4.
520,6	69,1	451,4	–	–	0,2	–	124,1	1 145,4	786,3	359,1	25,2	218,0		11.
538,2	68,6	469,5	–	–	0,1	–	122,5	1 157,2	798,6	358,7	25,2	216,7		18.
542,5	72,9	469,5	–	–	0,0	–	111,8	1 163,3	805,3	358,1	25,2	225,3		25.
559,0	89,0	469,5	–	–	0,5	–	107,9	1 161,2	803,1	358,0	25,1	230,8	2016 Jan.	1.
540,2	70,6	469,5	–	–	0,0	–	110,6	1 169,1	812,4	356,7	25,1	225,3		8.
535,4	65,7	469,5	–	–	0,1	–	111,8	1 185,4	829,7	355,7	25,1	221,9		15.
534,8	65,2	469,5	–	–	0,0	–	114,7	1 202,1	846,7	355,4	25,1	217,7		22.
534,0	69,0	465,0	–	–	0,1	–	114,1	1 218,1	864,3	353,8	25,1	217,0		29.
526,2	61,2	465,0	–	–	0,0	–	113,2	1 231,6	878,9	352,8	27,1	215,7	Febr.	5.
525,1	60,2	464,9	–	–	0,0	–	115,9	1 246,1	893,9	352,2	27,1	216,0		12.
526,7	61,8	464,9	–	–	0,1	–	114,2	1 260,0	907,6	352,3	27,1	213,4		19.
522,6	65,8	456,7	–	–	0,1	–	114,7	1 272,8	921,4	351,3	27,1	214,0		26.
518,0	61,3	456,7	–	–	0,0	–	114,4	1 288,2	936,8	351,4	27,1	212,2	März	4.
517,6	60,8	456,7	–	–	0,0	–	113,5	1 301,5	951,0	350,5	27,1	212,8		11.
516,4	59,7	456,7	–	–	0,0	–	114,2	1 315,4	965,2	350,2	27,1	215,6		18.
517,4	60,6	456,7	–	–	0,1	–	112,1	1 327,8	977,7	350,1	27,1	215,7		25.
525,1	62,3	462,7	–	–	0,0	–	111,2	1 336,9	986,2	350,7	27,0	216,7	April	1.
519,1	56,0	462,7	–	–	0,3	–	111,3	1 356,3	1 006,1	350,2	27,0	216,2		8.
519,0	55,7	462,7	–	–	0,6	–	110,0	1 371,3	1 022,3	349,0	27,0	216,0		15.
516,8	54,0	462,7	–	–	0,0	–	109,8	1 390,8	1 041,5	349,3	27,0	216,7		22.
514,9	56,3	458,5	–	–	0,1	–	114,5	1 406,3	1 060,0	346,3	27,0	213,9		29.
512,4	53,5	458,5	–	–	0,3	–	117,6	1 425,4	1 077,7	347,7	27,0	213,5	2016 Mai	6.
510,1	51,4	458,5	–	–	0,1	–	114,4	1 443,0	1 096,0	347,0	27,0	215,2		13.
508,6	49,9	458,5	–	–	0,1	–	117,3	1 460,7	1 113,8	346,9	27,0	216,8		20.
511,7	60,2	451,2	–	–	0,3	–	108,1	1 480,9	1 133,7	347,1	27,0	214,8		27.
503,2	51,9	451,2	–	–	0,1	–	108,3	1 499,4	1 152,4	347,0	27,0	214,2	Juni	3.
502,1	50,8	451,2	–	–	0,1	–	107,4	1 517,3	1 171,3	346,1	27,0	213,7		10.
500,4	49,1	451,2	–	–	0,1	–	107,7	1 537,0	1 191,4	345,6	27,0	213,4		17.
501,2	49,9	451,2	–	–	0,1	–	103,5	1 559,0	1 212,9	346,1	27,0	215,1		24.
540,0	53,1	486,8	–	–	0,2	–	96,5	1 573,4	1 225,6	347,8	26,5	222,5	Juli	1.
531,2	44,1	486,8	–	–	0,3	–	95,3	1 589,0	1 243,7	345,3	26,5	221,9		8.
529,3	42,5	486,8	–	–	0,0	–	95,8	1 605,9	1 263,6	342,3	26,5	220,8		15.
530,6	43,6	486,8	–	–	0,2	–	94,4	1 623,7	1 281,4	342,3	26,5	221,1		22.
533,6	49,6	484,0	–	–	0,0	–	94,0	1 639,4	1 298,8	340,6	26,5	219,5		29.
Deutsche Bundesbank														
21,6	6,3	14,9	–	–	0,3	–	1,8	45,5	45,5	–	4,4	508,6	2014 Sept.	
31,3	15,2	15,2	–	–	0,9	–	1,7	45,3	45,3	–	4,4	497,5	Okt.	
27,2	8,5	18,5	–	–	0,2	–	1,5	47,7	47,7	–	4,4	496,6	Nov.	
65,6	32,5	32,9	–	–	0,1	–	2,0	50,2	50,2	–	4,4	490,0	Dez.	
43,1	11,2	31,9	–	–	0,0	–	3,2	52,1	52,1	–	4,4	543,7	2015 Jan.	
37,3	8,6	28,7	–	–	0,0	–	4,6	52,9	52,9	–	4,4	541,5	Febr.	
37,2	7,3	29,7	–	–	0,1	–	3,6	65,7	65,7	–	4,4	560,0	März	
33,7	4,7	29,1	–	–	–	–	4,2	77,1	77,1	–	4,4	560,2	April	
31,0	3,4	27,6	–	–	0,0	–	3,7	90,3	90,3	–	4,4	554,2	Mai	
43,3	2,5	40,7	–	–	0,1	–	3,3	102,1	102,1	–	4,4	558,7	Juni	
42,2	2,1	40,0	–	–	0,1	–	5,1	114,6	114,6	–	4,4	570,1	Juli	
41,6	1,8	39,7	–	–	0,1	–	4,6	124,4	124,4	–	4,4	588,9	Aug.	
46,3	4,1	42,2	–	–	0,0	–	4,2	136,8	136,8	–	4,4	583,2	Sept.	
45,8	4,1	41,7	–	–	0,0	–	3,8	149,1	149,1	–	4,4	591,2	Okt.	
50,2	3,1	47,1	–	–	0,0	–	3,5	161,7	161,7	–	4,4	621,2	Nov.	
58,1	9,1	48,6	–	–	0,3	–	3,5	172,3	172,3	–	4,4	613,7	Dez.	
51,2	2,6	48,5	–	–	0,0	–	2,8	185,0	185,0	–	4,4	615,7	2016 Jan.	
44,9	1,9	43,0	–	–	0,0	–	2,3	197,6	197,6	–	4,4	633,6	Febr.	
49,7	3,7	46,0	–	–	0,0	–	3,4	210,4	210,4	–	4,4	638,4	März	
49,7	4,2	45,5	–	–	0,0	–	4,3	227,3	227,3	–	4,4	655,0	April	
48,8	3,8	45,0	–	–	0,0	–	4,3	244,8	244,8	–	4,4	684,4	Mai	
47,3	2,8	44,5	–	–	0,0	–	5,2	261,8	261,8	–	4,4	710,0	Juni	
46,4	2,3	44,1	–	–	0,0	–	5,5	279,9	279,9	–	4,4	688,0	Juli	

-preisen bewertet. ¹ Für Eurosystem: Ausweis für Wochentage; für Bundesbank: Ausweis für Monatsultimo. ² Quelle: EZB.

III. Konsolidierter Ausweis des Eurosystems

2. Passiva *)

Mrd €

Stand am Ausweisstichtag/ Monatsende 1)	Passiva insgesamt	Banknoten-umlauf 2)	Verbindlichkeiten in Euro aus geldpolitischen Operationen gegenüber Kreditinstituten im Euro-Währungsgebiet						Sonstige Verbindlichkeiten in Euro gegenüber Kreditinstituten des Euro-Währungsgebiets	Verbindlichkeiten aus der Begebung von Schuldverschreibungen	Verbindlichkeiten in Euro gegenüber sonstigen Ansässigen im Euro-Währungsgebiet		
			insgesamt	Einlagen auf Girokonten (einschl. Mindestreserve-guthaben)	Einlage-fazilität	Termin-einlagen	Verbind-lichkeiten aus Ge-schäften mit Rück-nahme-verein-bung	Einlagen aus dem Margen-ausgleich			insgesamt	Einlagen von öffent-lichen Haus-halten	Sonstige Verbind-lichkeiten
Eurosystem 4)													
2015 Nov. 27.	2 706,7	1 057,7	658,1	498,9	159,0	–	–	0,2	5,1	–	211,4	114,8	96,6
Dez. 4.	2 718,7	1 066,2	697,9	520,4	177,3	–	–	0,2	5,0	–	177,5	79,8	97,7
11.	2 731,9	1 069,4	733,3	559,2	174,0	–	–	0,1	5,2	–	155,3	69,4	85,9
18.	2 759,3	1 074,7	739,5	550,5	188,8	–	–	0,1	5,1	–	172,3	86,9	85,4
25.	2 767,8	1 083,4	757,1	579,9	177,1	–	–	0,1	5,1	–	152,2	70,1	82,1
2016 Jan. 1.	2 781,1	1 083,5	768,4	555,9	212,4	–	–	0,1	5,2	–	141,8	59,3	82,5
8.	2 766,9	1 073,9	773,7	563,4	210,1	–	–	0,1	4,9	–	149,4	67,5	82,0
15.	2 778,3	1 065,6	763,7	547,5	216,0	–	–	0,2	4,9	–	178,4	95,4	83,0
22.	2 794,5	1 061,5	757,2	549,6	207,4	–	–	0,2	5,1	–	204,9	117,4	87,4
29.	2 808,3	1 062,6	778,4	556,5	221,8	–	–	0,1	5,1	–	195,8	107,9	87,9
Febr. 5.	2 811,9	1 065,0	788,0	555,2	232,7	–	–	0,1	5,0	–	180,8	90,0	90,8
12.	2 827,6	1 064,1	782,1	562,3	219,7	–	–	0,1	4,9	–	196,1	105,9	90,2
19.	2 837,6	1 061,6	752,9	529,4	223,4	–	–	0,1	4,8	–	243,7	153,0	90,7
26.	2 850,3	1 062,6	786,1	563,6	222,4	–	–	0,1	5,0	–	220,4	128,0	92,3
März 4.	2 859,8	1 065,5	811,3	564,3	246,8	–	–	0,1	4,9	–	199,4	102,8	96,7
11.	2 872,3	1 066,1	818,5	556,2	262,2	–	–	0,1	4,8	–	202,0	108,4	93,6
18.	2 886,2	1 066,8	786,0	539,2	246,7	–	–	0,1	4,8	–	243,7	151,7	92,0
25.	2 897,7	1 073,3	768,4	543,2	225,1	–	–	0,1	4,4	–	269,9	179,7	90,1
April 1.	2 941,8	1 071,0	844,2	575,6	268,4	–	–	0,3	4,2	–	220,5	129,7	90,9
8.	2 953,1	1 069,7	883,6	593,4	290,0	–	–	0,3	4,2	–	201,7	111,1	90,6
15.	2 966,1	1 068,8	865,8	584,3	281,2	–	–	0,2	4,1	–	231,1	138,4	92,6
22.	2 983,2	1 068,6	854,8	579,0	274,9	–	–	0,9	4,1	–	255,9	162,2	93,7
29.	3 000,8	1 073,6	899,3	594,5	304,6	–	–	0,2	3,8	–	210,9	115,8	95,1
2016 Mai 6.	3 017,8	1 077,7	949,2	633,4	315,6	–	–	0,2	3,8	–	182,0	85,1	96,9
13.	3 032,8	1 078,0	944,8	635,4	309,2	–	–	0,2	4,0	–	200,0	102,7	97,3
20.	3 054,1	1 075,5	911,9	604,1	307,6	–	–	0,2	4,2	–	247,5	150,8	96,7
27.	3 067,5	1 076,4	920,8	611,8	308,8	–	–	0,2	4,2	–	262,7	167,6	95,1
Juni 3.	3 078,6	1 081,3	968,5	620,8	347,5	–	–	0,3	3,9	–	223,3	122,6	100,7
10.	3 093,9	1 081,8	984,3	643,8	340,3	–	–	0,2	3,9	–	220,9	117,9	103,1
17.	3 109,6	1 081,7	932,6	611,2	321,2	–	–	0,2	4,0	–	287,4	183,7	103,7
24.	3 131,1	1 082,2	911,0	613,1	297,6	–	–	0,3	3,8	–	332,3	233,0	99,3
Juli 1.	3 232,6	1 088,5	1 023,4	693,0	330,3	–	–	0,0	3,8	–	251,2	154,2	97,0
8.	3 237,9	1 092,1	1 030,7	688,5	342,1	–	–	0,1	3,6	–	237,1	140,9	96,3
15.	3 249,2	1 093,8	1 008,0	674,6	333,3	–	–	0,0	3,6	–	275,2	177,8	97,4
22.	3 265,8	1 093,5	985,5	664,9	320,6	–	–	0,0	3,6	–	309,5	213,3	96,2
29.	3 284,3	1 097,0	1 029,7	698,4	331,2	–	–	0,0	3,6	–	277,0	179,4	97,7
Deutsche Bundesbank													
2014 Sept.	738,3	229,8	85,1	81,1	4,0	–	–	–	–	–	15,1	1,1	13,9
Okt.	736,9	230,7	72,3	62,5	9,7	–	–	–	–	–	21,8	0,8	21,0
Nov.	734,0	232,1	63,1	54,1	9,0	–	–	0,0	–	–	24,7	0,7	23,9
Dez.	771,0	240,5	90,2	81,2	9,0	–	–	–	–	–	9,9	1,9	7,9
2015 Jan. 805,7	236,1	76,0	69,0	7,1	–	–	–	–	–	–	19,1	0,8	18,2
Febr. 800,2	236,8	77,3	71,0	6,2	–	–	–	–	–	–	28,8	1,1	27,7
März 847,9	239,0	115,5	99,5	16,0	–	–	–	–	–	–	35,1	1,7	33,4
April 856,5	241,4	120,1	93,5	26,6	–	–	–	–	–	–	38,6	1,3	37,3
Mai 860,3	242,7	122,3	97,6	24,7	–	–	–	–	–	–	42,0	0,7	41,2
Juni 880,1	245,1	141,6	115,5	26,1	–	–	0,0	–	–	–	45,9	3,2	42,7
Juli 903,5	248,6	155,8	118,0	37,8	–	–	–	–	–	–	44,3	2,3	42,0
Aug. 930,8	248,0	185,8	135,3	50,6	–	–	–	–	–	–	42,2	1,9	40,3
Sept. 936,9	247,5	173,5	139,4	34,1	–	–	0,0	–	–	–	56,8	2,3	54,5
Okt. 956,3	247,9	184,3	140,9	43,3	–	–	0,0	–	–	–	65,5	2,8	62,7
Nov. 1 002,6	249,0	212,4	154,3	58,0	–	–	0,0	–	–	–	79,3	2,9	76,4
Dez. 1 011,5	254,8	208,7	155,1	53,6	–	–	0,0	–	–	–	71,9	11,6	60,2
2016 Jan. 1 018,5	249,9	228,7	172,7	56,0	–	–	–	–	–	–	75,6	10,7	64,8
Febr. 1 043,7	250,1	231,5	165,9	65,6	–	–	–	–	–	–	88,2	18,7	69,5
März 1 077,6	251,9	227,3	167,8	59,6	–	–	–	–	–	–	108,8	39,9	69,0
April 1 112,7	252,5	272,4	180,8	91,6	–	–	–	–	–	–	96,3	24,2	72,1
Mai 1 159,5	253,4	293,2	200,0	93,2	–	–	–	–	–	–	121,2	41,8	79,4
Juni 1 214,0	255,6	299,7	214,4	85,3	–	–	0,0	–	–	–	130,6	56,5	74,1
Juli 1 209,4	258,0	320,7	235,4	85,4	–	–	0,0	–	–	–	101,4	25,3	76,1

* Der konsolidierte Ausweis des Eurosystems umfasst den Ausweis der Europäischen Zentralbank (EZB) und die Ausweise der nationalen Zentralbanken der EU-Mitgliedstaaten (NZBen) des Euro-Währungsgebiets. Die Ausweispositionen für Devisen, Wertpapiere, Gold und Finanzinstrumente werden am Quartalsende zu Marktkursen und -preisen bewertet. 1 Für Eurosystem: Ausweis für Wochentage; für Bundesbank:

Ausweis für Monatsultimo. 2 Entsprechend dem vom Eurosystem gewählten Rechnungslegungsverfahren für die Ausgabe von Euro-Banknoten wird der EZB auf monatlicher Basis ein Anteil von 8 % des Gesamtwerts des Euro-Banknotenumlaufs zugeteilt. Der Gegenposten dieser Berichtigung wird als „Intra-Eurosystem-Verbindlichkeit“ aus der Begebung von Euro-Banknoten ausgewiesen. Die verbleibenden

III. Konsolidierter Ausweis des Eurosystems

Verbindlichkeiten in Euro gegenüber Ansässigen außerhalb des Euro-Währungsgebiets	Verbindlichkeiten in Fremdwährung gegenüber Ansässigen im Euro-Währungsgebiet	Verbindlichkeiten in Fremdwährung gegenüber Ansässigen außerhalb des Euro-Währungsgebiets			Ausgleichsposten für zugeteilte Sonderziehungsrechte	Sonstige Passiva ³⁾	Intra-Eurosystem-Verbindlichkeit aus der Begebung von Euro-Banknoten ²⁾	Neubewertungskonten	Grundkapital und Rücklage	Stand am Ausweisstichtag/ Monatsende ¹⁾
		insgesamt	Einlagen, Guthaben und andere Verbindlichkeiten	Verbindlichkeiten aus der Kreditfazilität im Rahmen des WKM II						
Eurosystem ⁴⁾										
41,0	2,2	5,1	5,1	–	59,2	219,0	–	350,7	97,2	2015 Nov. 27.
39,4	2,1	5,3	5,3	–	59,2	218,0	–	350,7	97,2	Dez. 4.
37,1	2,0	4,8	4,8	–	59,2	217,7	–	350,7	97,2	11.
37,2	2,0	4,3	4,3	–	59,2	217,1	–	350,7	97,2	18.
40,8	2,8	4,1	4,1	–	58,2	216,2	–	350,7	97,2	25.
54,5	2,8	3,7	3,7	–	59,2	218,6	–	346,2	97,2	2016 Jan. 1.
38,9	2,8	5,1	5,1	–	59,2	215,6	–	346,2	97,2	8.
38,2	4,5	4,2	4,2	–	59,2	215,9	–	346,2	97,6	15.
39,1	6,3	3,7	3,7	–	59,2	213,9	–	346,2	97,6	22.
40,5	5,8	3,1	3,1	–	59,2	214,1	–	346,2	97,6	29.
46,5	4,8	3,8	3,8	–	59,2	214,9	–	346,2	97,7	Febr. 5.
52,3	3,6	4,3	4,3	–	59,2	216,7	–	346,2	98,2	12.
49,9	3,9	4,5	4,5	–	59,2	212,8	–	346,2	98,2	19.
52,3	5,3	5,0	5,0	–	59,2	210,2	–	346,2	98,2	26.
54,5	7,2	4,1	4,1	–	59,2	209,4	–	346,2	98,2	März 4.
55,7	6,8	4,6	4,6	–	59,2	210,4	–	346,2	98,2	11.
58,7	5,7	4,9	4,9	–	59,2	212,1	–	346,2	98,2	18.
56,7	4,6	4,7	4,7	–	59,2	211,9	–	346,2	98,5	25.
53,2	4,5	3,6	3,6	–	57,5	208,4	–	376,0	98,7	April 1.
47,6	4,3	4,0	4,0	–	57,5	205,9	–	376,0	98,7	8.
51,9	3,8	4,0	4,0	–	57,5	204,4	–	376,0	98,7	15.
55,0	3,2	4,2	4,2	–	57,5	205,2	–	376,0	98,7	22.
67,4	4,0	4,3	4,3	–	57,5	205,2	–	376,0	98,7	29.
57,0	2,8	4,2	4,2	–	57,5	208,5	–	376,0	99,0	2016 Mai 6.
59,0	2,8	4,9	4,9	–	57,5	206,7	–	376,0	99,1	13.
62,2	3,3	5,1	5,1	–	57,5	211,9	–	376,0	99,0	20.
58,5	2,9	5,7	5,7	–	57,5	203,9	–	376,0	99,0	27.
56,1	3,2	6,3	6,3	–	57,5	203,5	–	376,0	99,0	Juni 3.
58,2	3,3	6,0	6,0	–	57,5	202,9	–	376,0	99,0	10.
59,7	2,9	5,0	5,0	–	57,5	203,8	–	376,0	99,0	17.
56,6	3,1	4,5	4,5	–	57,5	203,3	–	376,0	100,8	24.
70,9	3,0	5,2	5,2	–	58,5	206,3	–	420,9	100,8	Juli 1.
79,2	3,4	5,5	5,5	–	58,5	206,0	–	420,9	100,8	8.
72,8	3,5	6,2	6,2	–	58,5	205,8	–	420,9	100,8	15.
79,0	3,0	6,4	6,4	–	58,5	205,0	–	420,9	100,8	22.
83,0	3,1	7,4	7,4	–	58,5	203,3	–	420,9	100,8	29.
Deutsche Bundesbank										
3,6	0,0	1,1	1,1	–	14,2	25,0	258,7	100,8	5,0	2014 Sept.
3,6	0,0	1,4	1,4	–	14,2	25,2	261,8	100,8	5,0	Okt.
2,9	0,0	1,6	1,6	–	14,2	25,2	264,4	100,8	5,0	Nov.
12,3	0,0	0,8	0,8	–	14,4	25,5	267,9	104,5	5,0	Dez.
54,0	0,0	1,3	1,3	–	14,4	25,0	270,3	104,5	5,0	2015 Jan.
33,9	0,0	1,9	1,9	–	14,4	25,2	272,4	104,5	5,0	Febr.
17,1	0,0	2,1	2,1	–	15,5	23,0	274,7	121,0	5,0	März
12,9	0,0	2,1	2,1	–	15,5	23,1	276,9	121,0	5,0	April
7,2	0,0	2,2	2,2	–	15,5	23,2	279,3	121,0	5,0	Mai
9,2	0,0	1,3	1,3	–	15,2	23,5	280,2	113,1	5,0	Juni
12,1	0,0	0,9	0,9	–	15,2	23,6	284,9	113,1	5,0	Juli
10,0	0,0	0,5	0,5	–	15,2	23,7	287,3	113,1	5,0	Aug.
16,2	0,0	0,5	0,5	–	15,1	24,0	290,1	108,2	5,0	Sept.
12,4	0,0	0,8	0,8	–	15,1	24,1	293,1	108,2	5,0	Okt.
13,9	0,0	0,4	0,4	–	15,1	24,2	295,2	108,2	5,0	Nov.
27,2	0,0	0,6	0,6	–	15,3	24,4	297,8	105,7	5,0	Dez.
16,0	0,0	0,1	0,1	–	15,3	25,0	297,1	105,7	5,0	2016 Jan.
28,0	0,0	0,2	0,2	–	15,3	22,0	297,7	105,7	5,0	Febr.
30,5	0,0	0,3	0,3	–	14,9	22,8	299,8	116,2	5,0	März
30,7	0,0	0,8	0,8	–	14,9	22,9	300,9	116,2	5,0	April
27,2	0,0	1,4	1,4	–	14,9	23,1	303,9	116,2	5,0	Mai
47,0	0,0	1,0	1,0	–	15,2	23,4	308,0	128,5	5,0	Juni
43,8	0,0	1,4	1,4	–	15,2	23,6	311,7	128,5	5,0	Juli

92 % des Wertes am in Umlauf befindliche Euro-Banknoten werden ebenfalls auf monatlicher Basis auf die NZBen aufgeteilt, wobei jede NZB in ihrer Bilanz den Anteil am Euro-Banknotenumlauf ausweist, der ihrem eingezahlten Anteil am Kapital der EZB entspricht. Die Differenz zwischen dem Wert der einer NZB zugeteilten Euro-Banknoten gemäß dem oben erwähnten Rechnungslegungsverfahren und dem Wert der

von dieser NZB in Umlauf gegebenen Euro-Banknoten wird ebenfalls als „Intra-Eurosystem-Forderung/Verbindlichkeit aus der Begebung von Euro-Banknoten“ ausgewiesen. ³ Für Deutsche Bundesbank: einschl. noch im Umlauf befindlicher DM-Banknoten. ⁴ Quelle: EZB.

IV. Banken

1. Aktiva und Passiva der Monetären Finanzinstitute (ohne Deutsche Bundesbank) in Deutschland *)

Aktiva

Mrd €

Zeit	Bilanzsumme 1)	Kassenbestand	Kredite an Banken (MFIs) im Euro-Währungsgebiet						Kredite an Nichtbanken (Nicht-MFIs) im					
			insgesamt	an Banken im Inland			an Banken in anderen Mitgliedsländern			insgesamt	an Nichtbanken im Inland			
				zusammen	Buchkredite	Wertpapiere von Banken	zusammen	Buchkredite	Wertpapiere von Banken		zusammen	Unternehmen und Personen		
													zusammen	Buchkredite
Stand am Jahres- bzw. Monatsende														
2007	7 592,4	17,8	2 523,4	1 847,9	1 290,4	557,5	675,4	421,6	253,8	3 487,3	3 061,8	2 556,0	2 288,8	
2008	7 892,7	17,8	2 681,8	1 990,2	1 404,3	585,8	691,6	452,9	238,8	3 638,2	3 163,0	2 686,9	2 357,3	
2009	7 436,1	17,2	2 480,5	1 813,2	1 218,4	594,8	667,3	449,5	217,8	3 638,3	3 187,9	2 692,9	2 357,5	
2010	8 304,8	16,5	2 361,6	1 787,8	1 276,9	510,9	573,9	372,8	201,0	3 724,5	3 303,0	2 669,2	2 354,7	
2011	8 393,3	16,4	2 394,4	1 844,5	1 362,2	482,2	550,0	362,3	187,7	3 673,5	3 270,5	2 709,4	2 415,1	
2012	8 226,6	19,2	2 309,0	1 813,2	1 363,8	449,4	495,9	322,2	173,7	3 688,6	3 289,4	2 695,5	2 435,7	
2013	7 528,9	18,7	2 145,0	1 654,8	1 239,1	415,7	490,2	324,6	165,6	3 594,3	3 202,1	2 616,3	2 354,0	
2014	7 802,3	19,2	2 022,8	1 530,5	1 147,2	383,3	492,3	333,9	158,4	3 654,5	3 239,4	2 661,2	2 384,8	
2015	7 665,2	19,5	2 013,6	1 523,8	1 218,0	305,8	489,8	344,9	144,9	3 719,9	3 302,5	2 727,4	2 440,0	
2014 Sept.	7 746,4	15,3	2 100,2	1 593,1	1 198,5	394,5	507,1	344,3	162,9	3 644,2	3 237,5	2 653,9	2 380,5	
2014 Okt.	7 755,6	15,4	2 084,1	1 579,2	1 188,8	390,4	505,0	344,4	160,6	3 653,0	3 241,6	2 649,8	2 378,9	
2014 Nov.	7 840,0	15,6	2 074,1	1 563,1	1 174,4	388,8	510,9	351,4	159,6	3 668,7	3 251,5	2 662,4	2 389,2	
2014 Dez.	7 802,3	19,2	2 022,8	1 530,5	1 147,2	383,3	492,3	333,9	158,4	3 654,5	3 239,4	2 661,2	2 384,8	
2015 Jan.	8 125,6	15,4	2 107,0	1 582,4	1 198,1	384,3	524,6	363,3	161,3	3 686,5	3 263,3	2 674,4	2 389,2	
2015 Febr.	8 061,5	15,4	2 096,3	1 578,2	1 195,7	382,4	518,2	362,5	155,7	3 698,4	3 275,9	2 680,8	2 397,4	
2015 März	8 173,0	15,5	2 123,5	1 608,3	1 224,8	383,5	515,2	360,7	154,5	3 708,5	3 283,5	2 690,5	2 400,0	
2015 April	8 084,0	16,1	2 105,0	1 587,5	1 209,5	378,0	517,5	364,5	153,1	3 715,9	3 292,4	2 691,1	2 397,8	
2015 Mai	8 004,0	16,4	2 097,4	1 584,0	1 209,8	374,2	513,4	361,4	151,9	3 706,2	3 279,2	2 693,9	2 407,4	
2015 Juni	7 799,5	15,3	2 040,3	1 561,8	1 197,9	363,9	478,5	329,7	148,8	3 695,7	3 271,8	2 691,9	2 413,0	
2015 Juli	7 867,6	15,6	2 049,3	1 569,4	1 209,5	359,9	479,9	332,5	147,4	3 722,3	3 299,7	2 716,2	2 415,5	
2015 Aug.	7 840,0	15,5	2 059,4	1 574,0	1 220,8	353,2	485,3	340,0	145,3	3 726,2	3 301,6	2 716,9	2 421,1	
2015 Sept.	7 829,3	15,8	2 042,0	1 547,5	1 200,0	347,6	494,5	348,7	145,8	3 728,0	3 301,1	2 716,7	2 426,3	
2015 Okt.	7 856,5	16,5	2 082,1	1 584,2	1 240,4	343,8	497,9	352,0	145,9	3 727,4	3 302,2	2 716,0	2 431,7	
2015 Nov.	7 940,1	15,9	2 106,9	1 613,7	1 275,3	338,4	493,2	347,0	146,2	3 751,3	3 319,2	2 733,8	2 446,0	
2015 Dez.	7 665,2	19,5	2 013,6	1 523,8	1 218,0	305,8	489,8	344,9	144,9	3 719,9	3 302,5	2 727,4	2 440,0	
2016 Jan.	7 823,5	16,5	2 057,4	1 562,4	1 257,7	304,8	494,9	352,3	142,6	3 727,4	3 307,6	2 729,1	2 443,1	
2016 Febr.	7 913,1	16,2	2 072,2	1 566,4	1 263,3	303,1	505,8	361,1	144,7	3 734,6	3 317,1	2 739,2	2 453,8	
2016 März	7 783,4	17,5	2 039,2	1 547,2	1 243,5	303,7	492,0	347,9	144,1	3 736,0	3 316,8	2 742,1	2 458,5	
2016 April	7 806,5	17,2	2 089,1	1 594,3	1 291,0	303,3	494,8	352,8	142,0	3 747,3	3 329,8	2 753,3	2 467,1	
2016 Mai	7 817,2	18,7	2 070,3	1 587,2	1 284,7	302,4	483,1	342,8	140,4	3 759,2	3 334,1	2 762,8	2 476,2	
2016 Juni	7 920,6	19,3	2 072,9	1 592,2	1 292,9	299,3	480,6	338,2	142,5	3 745,8	3 321,4	2 759,7	2 472,7	
Veränderungen 3)														
2008	313,3	- 0,1	183,6	164,3	127,5	36,9	19,3	33,7	- 14,4	140,4	102,6	130,9	65,5	
2009	- 454,5	- 0,5	- 189,0	- 166,4	- 182,2	15,8	- 22,5	- 1,8	- 20,7	17,4	38,3	17,0	6,6	
2010	- 136,3	- 0,7	- 111,6	- 15,6	58,5	- 74,1	- 95,9	- 80,9	- 15,1	- 96,4	- 126,0	- 13,7	0,7	
2011	54,1	- 0,1	32,6	58,7	91,7	- 33,0	- 26,0	- 12,1	- 13,9	- 51,8	- 35,3	38,7	56,7	
2012	- 129,2	2,9	- 81,9	- 28,4	3,0	- 31,4	- 53,5	- 39,7	- 13,8	27,5	27,7	17,0	28,8	
2013	- 703,6	- 0,5	- 257,1	- 249,2	- 216,5	- 32,7	- 7,9	1,6	- 9,5	13,6	16,6	23,6	21,6	
2014	206,8	0,4	- 126,2	- 128,6	- 95,3	- 33,4	2,4	7,2	- 4,8	55,1	40,0	52,3	36,8	
2015	- 179,5	0,3	- 16,0	- 11,0	66,8	- 77,8	- 5,0	7,7	- 12,7	66,4	64,9	68,8	57,3	
2014 Okt.	8,0	0,1	- 12,3	- 13,9	- 9,8	- 4,0	1,6	2,6	- 1,0	6,5	5,3	- 3,0	- 0,6	
2014 Nov.	84,4	0,2	- 8,8	- 16,0	- 14,5	- 1,5	7,2	7,2	0,0	14,4	9,7	12,5	10,8	
2014 Dez.	- 54,1	3,6	- 53,3	- 33,9	- 28,0	- 6,0	- 19,4	- 18,4	- 1,0	- 15,5	- 12,7	2,9	- 0,8	
2015 Jan.	278,4	- 3,8	75,6	46,7	46,9	- 0,2	28,9	26,3	2,6	28,5	21,9	12,1	3,6	
2015 Febr.	- 70,0	- 0,0	- 11,8	- 4,8	- 2,5	- 2,2	- 7,0	- 1,2	- 5,8	10,6	12,1	5,8	8,3	
2015 März	86,5	0,1	23,5	28,4	27,5	0,9	- 4,9	- 3,5	- 1,3	6,1	4,4	6,9	1,0	
2015 April	- 63,9	0,6	- 14,1	- 18,8	- 13,9	- 4,9	4,7	5,7	- 1,0	11,3	11,9	3,2	- 0,2	
2015 Mai	- 92,5	0,3	- 9,5	- 4,5	- 0,5	- 4,0	- 5,0	- 3,9	- 1,2	- 10,6	- 13,4	2,7	9,0	
2015 Juni	- 191,7	- 1,1	- 55,0	- 20,9	- 11,2	- 9,8	- 34,0	- 31,0	- 3,0	- 7,8	- 5,9	- 0,8	6,7	
2015 Juli	57,5	0,3	7,3	6,7	11,1	- 4,3	0,6	2,0	- 1,4	24,8	26,9	22,3	0,8	
2015 Aug.	- 8,8	- 0,1	13,0	6,1	12,3	- 6,1	6,8	8,7	- 1,9	7,9	4,4	3,3	7,2	
2015 Sept.	- 7,3	0,3	- 17,3	- 26,7	- 20,8	- 5,9	9,3	8,8	0,6	4,0	1,1	2,3	6,7	
2015 Okt.	25,1	0,7	39,8	36,4	40,4	- 4,0	3,4	3,3	0,1	- 2,1	0,4	- 0,9	6,1	
2015 Nov.	59,7	- 0,6	21,2	27,7	33,7	- 6,0	- 6,5	- 6,8	0,3	20,0	14,7	15,6	12,6	
2015 Dez.	- 252,6	3,6	- 88,8	- 87,4	- 56,1	- 31,3	- 1,3	- 0,6	- 0,8	- 26,5	- 13,7	- 3,6	- 4,5	
2016 Jan.	169,4	- 3,1	45,1	39,8	39,9	- 0,1	5,3	7,3	- 2,0	12,0	7,7	4,3	4,4	
2016 Febr.	94,5	- 0,3	16,6	5,2	6,3	- 1,1	11,4	9,1	2,3	8,8	10,5	11,1	11,4	
2016 März	- 107,0	1,3	- 29,1	- 17,2	- 18,4	- 1,2	- 11,8	- 11,2	- 0,6	4,5	1,7	4,7	6,7	
2016 April	31,0	- 0,3	49,9	47,2	47,6	- 0,4	2,7	4,8	- 2,1	13,0	14,4	12,6	9,9	
2016 Mai	35,3	1,5	8,5	20,2	21,4	- 1,2	- 11,7	- 10,1	- 1,6	11,4	5,3	10,5	9,9	
2016 Juni	107,0	0,7	3,4	5,3	8,3	- 3,0	- 1,9	- 4,3	2,4	- 10,6	- 11,2	- 1,6	- 1,1	

* Diese Übersicht dient als Ergänzung zu den Bankstatistischen Gesamtrechnungen im Abschnitt II. Abweichend von den anderen Tabellen im Abschnitt IV sind hier

neben den Meldedaten der Banken (einschl. Bausparkassen) auch Angaben der Geldmarktfonds enthalten. 1 Siehe Tabelle IV.2, Fußnote 1. 2 Einschl. Schuldver-

IV. Banken

Euro-Währungsgebiet										Aktiva gegenüber dem Nicht-Euro-Währungsgebiet		Sonstige Aktivpositionen 1)	Zeit
				an Nichtbanken in anderen Mitgliedsländern						insgesamt	darunter Buchkredite		
Privat-		öffentliche Haushalte		zusammen	Unternehmen und Privatpersonen		öffentliche Haushalte						
Wertpapiere	zusammen	Buchkredite	Wertpapiere 2)		zusammen	zusammen	darunter Buchkredite	zusammen	Buchkredite	Wertpapiere			
Stand am Jahres- bzw. Monatsende													
267,3	505,8	360,7	145,0	425,5	294,6	124,9	130,9	26,0	104,9	1 339,5	1 026,9	224,4	2007
329,6	476,1	342,8	133,4	475,1	348,1	172,1	127,0	27,6	99,4	1 279,2	1 008,6	275,7	2008
335,4	495,0	335,1	160,0	450,4	322,2	162,9	128,2	23,5	104,7	1 062,6	821,1	237,5	2009
314,5	633,8	418,4	215,3	421,6	289,2	164,2	132,4	24,8	107,6	1 021,0	792,7	1 181,1	2010
294,3	561,1	359,8	201,2	403,1	276,9	161,2	126,2	32,6	93,6	995,1	770,9	1 313,8	2011
259,8	594,0	350,3	243,7	399,2	275,1	158,1	124,1	30,4	93,7	970,3	745,0	1 239,4	2012
262,3	585,8	339,2	246,6	392,3	267,6	144,6	124,6	27,8	96,9	921,2	690,5	849,7	2013
276,4	578,2	327,9	250,4	415,0	270,0	142,7	145,0	31,9	113,2	1 050,1	805,0	1 055,8	2014
287,4	575,1	324,5	250,6	417,5	276,0	146,4	141,5	29,4	112,1	1 006,5	746,3	905,6	2015
273,4	583,6	326,9	256,7	406,7	270,0	145,9	136,7	28,4	108,3	1 026,1	784,3	960,6	2014 Sept.
270,9	591,9	333,3	258,6	411,3	272,0	149,3	139,3	29,2	110,2	1 038,4	799,6	964,8	Okt.
273,1	589,1	330,8	258,3	417,2	276,0	147,9	141,3	28,7	112,6	1 070,0	827,9	1 011,6	Nov.
276,4	578,2	327,9	250,4	415,0	270,0	142,7	145,0	31,9	113,2	1 050,1	805,0	1 055,8	Dez.
285,2	588,8	336,7	252,1	423,2	273,3	147,1	149,9	31,2	118,7	1 136,5	885,6	1 180,2	2015 Jan.
283,4	595,1	339,8	255,3	422,5	272,8	144,8	149,7	31,3	118,4	1 128,8	880,6	1 122,6	Febr.
290,5	593,0	339,0	253,9	425,0	276,3	146,2	148,7	30,5	118,2	1 129,2	872,6	1 196,3	März
293,3	601,3	347,6	253,7	423,5	275,6	148,0	147,8	30,9	117,0	1 145,0	890,4	1 101,9	April
286,6	585,3	336,3	249,0	427,0	278,1	148,3	148,9	29,9	119,0	1 143,6	887,2	1 040,4	Mai
278,9	579,9	332,5	247,4	423,9	275,2	144,1	148,7	30,0	118,7	1 110,5	851,9	937,6	Juni
300,7	583,5	333,2	250,3	422,6	276,6	145,3	146,0	30,4	115,6	1 110,7	854,8	969,6	Juli
295,8	584,7	330,3	254,4	424,6	278,9	146,2	145,7	30,1	115,5	1 097,3	843,1	941,6	Aug.
290,4	584,3	330,1	254,2	426,9	279,2	146,0	147,7	30,0	117,8	1 094,7	841,4	948,8	Sept.
284,3	586,1	333,2	252,9	425,2	278,4	146,7	146,8	30,8	116,1	1 090,1	833,3	940,4	Okt.
287,8	585,4	329,5	255,9	432,0	285,5	148,6	146,6	30,0	116,6	1 075,0	813,3	991,0	Nov.
287,4	575,1	324,5	250,6	417,5	276,0	146,4	141,5	29,4	112,1	1 006,5	746,3	905,6	Dez.
286,1	578,4	328,4	250,1	419,8	275,5	149,5	144,3	29,2	115,2	1 026,3	765,1	996,1	2016 Jan.
285,4	578,0	328,0	249,9	417,4	274,6	153,0	142,8	29,5	113,4	1 031,4	767,7	1 058,7	Febr.
283,6	574,7	327,8	246,9	419,2	273,3	149,1	145,9	29,3	116,6	992,1	727,7	998,5	März
286,2	576,5	331,6	244,8	417,6	272,8	150,4	144,8	30,0	114,8	1 005,6	741,1	947,2	April
286,6	571,3	329,5	241,9	425,1	280,0	153,3	145,1	28,9	116,2	1 012,9	750,5	956,2	Mai
286,0	561,8	323,9	237,9	424,4	281,2	155,2	143,2	28,9	114,3	1 036,4	774,7	1 046,2	Juni
Veränderungen 3)													
65,4	28,4	16,9	11,5	37,8	42,3	40,4	4,5	1,6	6,1	40,3	7,6	29,7	2008
10,5	21,3	5,1	26,4	20,9	20,9	7,1	0,0	3,9	3,9	182,5	162,3	99,8	2009
14,3	139,7	83,4	56,3	29,6	36,4	0,2	6,8	3,1	3,7	74,1	61,9	46,3	2010
18,0	74,0	59,1	14,9	16,6	13,8	5,5	2,7	8,0	10,7	39,5	34,9	112,9	2011
11,8	10,7	10,5	21,2	0,2	0,7	1,5	0,5	2,2	2,7	15,5	17,7	62,2	2012
2,0	7,0	10,9	3,9	3,0	3,4	9,3	0,5	2,6	3,1	38,8	47,2	420,8	2013
15,5	12,3	15,1	2,9	15,1	0,4	4,0	14,6	0,9	13,8	83,6	72,0	194,0	2014
11,5	3,9	4,2	0,3	1,4	5,1	2,4	3,7	0,9	2,7	80,1	93,5	150,1	2015
2,4	8,3	6,4	1,9	1,2	1,3	0,9	2,4	0,7	1,7	10,8	14,3	2,8	2014 Okt.
1,7	2,8	2,4	0,4	4,6	2,8	1,5	1,8	0,6	2,4	31,3	28,1	47,4	Nov.
3,7	15,6	7,2	8,4	2,8	1,4	3,0	1,4	0,2	1,6	30,9	33,1	42,1	Dez.
8,5	9,9	8,2	1,6	6,5	1,0	2,5	5,5	0,6	4,9	53,7	49,4	124,4	2015 Jan.
2,5	6,3	3,0	3,2	1,5	1,2	2,5	0,2	0,1	0,3	11,2	7,8	57,6	Febr.
5,8	2,4	0,9	1,5	1,6	2,8	0,3	1,2	0,7	0,4	17,0	24,3	73,7	März
3,4	8,7	8,7	0,0	0,6	0,0	2,8	0,6	0,5	1,1	32,6	34,1	94,4	April
6,3	16,1	11,4	4,6	2,7	1,8	0,3	1,0	1,0	1,9	11,1	12,2	61,5	Mai
7,5	5,1	3,7	1,5	1,8	1,8	3,7	0,0	0,3	0,3	25,1	28,1	102,8	Juni
21,5	4,6	1,8	2,8	2,1	0,6	0,8	2,7	0,4	3,0	7,0	3,9	32,0	Juli
3,9	1,1	3,0	4,1	3,6	3,9	1,5	0,3	0,2	0,1	1,6	1,2	28,0	Aug.
4,4	1,2	1,0	0,2	2,9	1,8	0,1	1,1	0,4	1,5	1,5	1,0	7,2	Sept.
7,1	1,4	2,9	1,5	2,5	1,5	0,8	1,0	0,8	1,8	4,9	7,9	8,4	Okt.
3,0	0,9	3,8	2,9	5,3	5,7	0,9	0,4	0,8	0,4	31,5	35,3	50,6	Nov.
0,9	10,1	4,9	5,2	12,8	8,0	1,3	4,8	0,6	4,2	55,6	55,3	85,4	Dez.
0,1	3,4	3,8	0,4	4,3	1,4	4,3	2,9	0,2	3,1	24,8	22,8	90,5	2016 Jan.
0,3	0,7	0,4	0,2	1,6	0,2	3,7	1,4	0,3	1,8	5,8	3,0	63,5	Febr.
1,9	3,0	0,2	2,9	2,8	0,3	2,8	3,1	0,2	3,3	23,5	25,4	60,2	März
2,7	1,8	3,9	2,1	1,4	0,3	1,7	1,1	0,7	1,8	12,9	13,1	44,4	April
0,6	5,2	2,3	2,9	6,1	5,7	1,4	0,4	1,0	1,4	1,0	3,7	13,0	Mai
0,5	9,6	5,7	3,9	0,6	1,6	2,1	1,0	0,0	1,1	24,1	24,8	89,6	Juni

Schreibungen aus dem Umtausch von Ausgleichsforderungen. 3 Stat. Brüche sind in den Veränderungswerten ausgeschaltet (siehe auch Anmerkung * in Tabelle II,1).

IV. Banken

1. Aktiva und Passiva der Monetären Finanzinstitute (ohne Deutsche Bundesbank) in Deutschland *)
 Passiva

Mrd €

Zeit	Bilanzsumme 1)	Einlagen von Banken (MFIs) im Euro-Währungsgebiet			Einlagen von Nichtbanken (Nicht-MFIs) im Euro-Währungsgebiet								Einlagen von Nicht-	
		insgesamt	von Banken		insgesamt	Einlagen von Nichtbanken im Inland			mit vereinbarter Laufzeit		mit vereinbarter Kündigungsfrist		zusammen	täglich fällig
			im Inland	in anderen Mitgliedsländern		zusammen	täglich fällig	darunter bis zu 2 Jahren	zusammen	darunter bis zu 3 Monaten				
Stand am Jahres- bzw. Monatsende														
2007	7 592,4	1 778,6	1 479,0	299,6	2 633,6	2 518,3	769,6	1 193,3	477,9	555,4	446,0	75,1	19,6	
2008	7 892,7	1 827,7	1 583,0	244,7	2 798,2	2 687,3	809,5	1 342,7	598,7	535,2	424,8	74,2	22,4	
2009	7 436,1	1 589,7	1 355,6	234,0	2 818,0	2 731,3	997,8	1 139,1	356,4	594,4	474,4	63,9	17,7	
2010	8 304,8	1 495,8	1 240,1	255,7	2 925,8	2 817,6	1 089,1	1 110,3	304,6	618,2	512,5	68,4	19,3	
2011	8 393,3	1 444,8	1 210,3	234,5	3 033,4	2 915,1	1 143,3	1 155,8	362,6	616,1	515,3	78,8	25,9	
2012	8 226,6	1 371,0	1 135,9	235,1	3 091,4	2 985,2	1 294,9	1 072,8	320,0	617,6	528,4	77,3	31,2	
2013	7 528,9	1 345,4	1 140,3	205,1	3 130,5	3 031,5	1 405,3	1 016,2	293,7	610,1	532,4	81,3	33,8	
2014	7 802,3	1 324,0	1 112,3	211,7	3 197,7	3 107,4	1 514,3	985,4	298,1	607,7	531,3	79,7	34,4	
2015	7 665,2	1 267,8	1 065,9	201,9	3 307,1	3 215,1	1 670,2	948,4	291,5	596,4	534,5	80,8	35,3	
2014 Sept.	7 746,4	1 349,9	1 117,3	232,6	3 172,6	3 079,6	1 470,2	1 002,9	300,5	606,5	528,2	80,1	38,6	
Okt.	7 755,6	1 353,0	1 123,0	230,0	3 177,6	3 085,6	1 490,7	988,8	290,9	606,0	528,0	80,1	36,6	
Nov.	7 840,0	1 348,2	1 116,1	232,1	3 198,0	3 105,3	1 514,5	985,5	290,7	605,3	527,6	81,0	36,6	
Dez.	7 802,3	1 324,0	1 112,3	211,7	3 197,7	3 107,4	1 514,3	985,4	298,1	607,7	531,3	79,7	34,4	
2015 Jan.	8 125,6	1 383,4	1 138,5	244,9	3 214,5	3 114,1	1 530,7	976,8	292,7	606,6	529,1	82,4	37,2	
Febr.	8 061,5	1 368,7	1 134,4	234,3	3 220,8	3 126,5	1 543,4	977,0	294,6	606,1	530,0	83,3	38,9	
März	8 173,0	1 382,3	1 134,8	247,5	3 218,1	3 120,2	1 542,4	973,8	295,3	603,9	529,1	84,8	40,8	
April	8 084,0	1 367,5	1 118,0	249,5	3 226,8	3 129,0	1 565,9	961,6	292,7	601,5	528,8	86,9	42,4	
Mai	8 004,0	1 343,4	1 103,5	239,9	3 247,4	3 148,5	1 592,3	956,2	289,1	600,0	529,0	86,1	40,9	
Juni	7 799,5	1 303,2	1 090,5	212,7	3 241,5	3 140,1	1 594,8	947,1	283,6	598,3	528,6	88,9	42,0	
Juli	7 867,6	1 294,3	1 080,0	214,3	3 268,2	3 169,4	1 608,2	964,8	288,6	596,4	528,2	88,5	42,7	
Aug.	7 840,0	1 281,1	1 072,9	208,1	3 279,0	3 182,1	1 625,2	961,8	286,7	595,1	528,5	86,5	41,3	
Sept.	7 829,3	1 281,8	1 076,3	205,5	3 274,0	3 174,2	1 624,8	954,9	283,2	594,5	529,3	87,9	41,9	
Okt.	7 856,5	1 295,4	1 096,9	198,5	3 283,6	3 187,7	1 650,4	942,7	278,9	594,6	530,6	85,1	39,5	
Nov.	7 940,1	1 312,0	1 108,5	203,5	3 307,5	3 215,4	1 672,6	948,6	287,1	594,2	531,5	82,8	39,5	
Dez.	7 665,2	1 267,8	1 065,9	201,9	3 307,1	3 215,1	1 670,2	948,4	291,5	596,4	534,5	80,8	35,3	
2016 Jan.	7 823,5	1 266,8	1 066,5	200,3	3 322,6	3 225,5	1 686,6	942,9	286,9	596,0	535,4	85,3	41,5	
Febr.	7 913,1	1 264,9	1 062,1	202,8	3 324,6	3 227,5	1 694,0	937,1	283,2	596,3	537,0	86,0	42,5	
März	7 783,4	1 252,3	1 058,8	193,5	3 319,6	3 221,8	1 682,6	944,7	290,4	594,4	536,2	86,8	40,1	
April	7 806,5	1 258,6	1 060,8	197,8	3 332,8	3 240,8	1 704,9	943,2	291,0	592,7	535,6	82,4	38,4	
Mai	7 817,2	1 230,3	1 027,5	202,8	3 348,6	3 253,7	1 717,2	945,3	292,6	591,1	535,0	84,9	41,7	
Juni	7 920,6	1 241,7	1 039,1	202,6	3 350,9	3 250,2	1 718,1	942,1	290,9	590,0	534,5	89,4	44,9	
Veränderungen 4)														
2008	313,3	65,8	121,7	55,8	162,3	173,1	38,7	154,6	123,5	20,2	21,2	7,5	0,1	
2009	- 454,5	- 235,4	- 224,6	- 10,8	31,9	43,9	205,0	- 220,4	- 259,3	59,3	50,3	- 9,6	- 4,1	
2010	- 136,3	- 75,2	- 99,4	- 24,2	72,3	59,7	88,7	- 53,0	- 52,2	24,0	38,3	- 4,4	2,2	
2011	54,1	- 48,4	- 28,8	- 19,6	102,1	97,4	52,4	47,6	58,8	2,6	1,3	4,8	6,5	
2012	- 129,2	- 68,7	- 70,0	- 1,3	57,8	67,1	156,1	- 90,4	- 50,2	1,5	14,1	- 1,4	5,4	
2013	- 703,6	- 106,2	- 73,9	- 32,3	39,1	47,8	111,5	- 56,3	- 26,6	7,3	4,0	2,6	3,3	
2014	206,8	- 28,4	- 32,2	3,9	62,7	71,6	106,0	- 32,1	3,1	- 2,4	- 2,4	- 2,5	- 0,0	
2015	- 179,5	- 61,1	- 49,6	- 11,5	104,9	105,5	153,7	- 36,9	- 10,0	- 11,3	4,2	- 0,2	- 0,3	
2014 Okt.	8,0	2,9	5,6	2,7	5,0	5,9	20,5	- 14,1	- 9,7	0,4	0,3	- 0,0	- 2,0	
Nov.	84,4	4,9	7,0	2,1	20,4	19,8	23,8	3,3	0,2	0,7	0,4	0,9	- 0,0	
Dez.	- 54,1	- 25,6	- 5,4	- 20,2	- 1,3	1,5	- 0,9	- 0,0	7,3	2,4	2,2	- 1,5	- 2,4	
2015 Jan.	278,4	54,3	23,1	31,3	13,8	5,2	14,5	- 8,2	- 4,7	1,2	1,1	2,2	2,5	
Febr.	- 70,0	- 14,9	- 4,3	- 10,7	5,9	12,1	12,4	0,2	1,8	- 0,5	0,8	0,8	1,7	
März	86,5	10,9	- 1,2	12,0	- 4,6	- 8,0	- 1,9	- 4,0	0,2	- 2,2	- 0,9	1,2	1,8	
April	- 63,9	- 11,7	- 15,3	- 3,7	9,7	10,2	24,5	- 11,9	- 2,3	- 2,4	- 0,2	1,7	1,0	
Mai	- 92,5	- 25,5	- 15,3	- 10,2	19,8	18,8	25,9	- 9,6	- 3,8	- 1,5	0,2	- 0,9	- 1,7	
Juni	- 191,7	- 39,1	- 12,4	- 26,7	- 5,2	- 7,8	2,9	- 5,0	- 3,3	- 1,7	- 0,4	2,9	1,2	
Juli	57,5	- 9,9	- 11,0	1,1	25,9	28,6	12,9	- 17,6	1,0	- 1,9	0,4	- 0,5	0,6	
Aug.	- 8,8	- 11,6	- 6,1	- 5,5	11,9	13,6	17,7	- 2,8	- 1,8	1,3	0,3	- 1,8	- 1,3	
Sept.	- 7,3	0,8	3,6	- 2,8	- 4,9	- 7,7	- 0,4	- 6,7	- 3,3	- 0,6	0,8	1,4	0,6	
Okt.	25,1	13,7	20,6	- 7,0	9,5	13,5	25,6	- 12,2	- 4,3	0,1	1,3	- 2,8	- 2,5	
Nov.	59,7	14,4	10,3	4,1	22,2	26,3	21,0	5,6	8,0	- 0,3	0,9	- 2,6	- 0,2	
Dez.	- 252,6	- 42,5	- 41,5	- 1,0	1,0	0,9	- 1,4	0,1	4,5	2,2	3,0	- 1,8	- 4,1	
2016 Jan.	169,4	- 0,4	1,0	- 1,4	16,0	10,8	16,5	- 5,3	- 4,5	- 0,4	0,9	4,6	6,3	
Febr.	94,5	- 0,5	3,3	2,7	4,3	4,2	7,4	- 3,5	- 1,8	0,3	1,6	0,7	1,0	
März	- 107,0	- 10,1	- 1,9	- 8,3	- 3,2	- 4,6	- 10,1	7,4	7,0	- 1,9	- 0,8	1,1	- 2,3	
April	31,0	6,3	2,0	4,3	13,1	18,9	22,2	- 1,5	0,6	- 1,8	- 0,7	- 4,5	- 1,6	
Mai	35,3	- 1,4	- 5,7	4,2	14,8	12,0	11,7	- 1,8	1,4	- 1,5	- 0,6	2,4	3,2	
Juni	107,0	13,1	12,5	0,6	2,0	- 3,1	1,0	- 2,9	- 1,5	- 1,2	- 0,4	3,8	3,2	

* Diese Übersicht dient als Ergänzung zu den Bankstatistischen Gesamtrechnungen im Abschnitt II. Abweichend von den anderen Tabellen im Abschnitt IV sind hier

neben den Meldedaten der Banken (einschl. Bausparkassen) auch Angaben der Geldmarktfonds enthalten. 1 Siehe Tabelle IV. 2, Fußnote 1. 2 Ohne Einlagen von

IV. Banken

banken in anderen Mitgliedsländern 2)				Einlagen von Zentralstaaten		Verbindlichkeiten aus Repo-Geschäften mit Nichtbanken im Euro-Währungsgebiet	Geldmarktfondsanteile 3)	Begebene Schuldverschreibungen 3)		Passiva gegenüber dem Nicht-Euro-Währungsgebiet	Kapital und Rücklagen	Sonstige Passivpositionen 1)	Zeit
mit vereinbarter Laufzeit		mit vereinbarter Kündigungsfrist		insgesamt	darunter inländische Zentralstaaten			insgesamt	darunter mit Laufzeit bis zu 2 Jahren 3)				
zusammen	darunter bis zu 2 Jahren	zusammen	darunter bis zu 3 Monaten										
Stand am Jahres- bzw. Monatsende													
53,2	22,0	2,3	1,8	40,1	38,3	26,6	28,6	1 637,6	182,3	661,0	428,2	398,2	2007
49,5	24,9	2,4	1,8	36,6	34,8	61,1	16,4	1 609,9	233,3	666,3	461,7	451,5	2008
43,7	17,0	2,5	2,0	22,8	22,2	80,5	11,4	1 500,5	146,3	565,6	454,8	415,6	2009
46,4	16,1	2,8	2,2	39,8	38,7	86,7	9,8	1 407,8	82,3	636,0	452,6	1 290,2	2010
49,6	18,4	3,3	2,5	39,5	37,9	97,1	6,2	1 345,7	75,7	561,5	468,1	1 436,6	2011
42,3	14,7	3,8	2,8	28,9	25,9	80,4	7,3	1 233,1	56,9	611,4	487,3	1 344,7	2012
44,0	16,9	3,5	2,7	17,6	16,0	6,7	4,1	1 115,2	39,0	479,5	503,0	944,5	2013
42,0	15,9	3,3	2,7	10,6	10,5	3,4	3,5	1 077,6	39,6	535,3	535,4	1 125,6	2014
42,2	16,0	3,3	2,8	11,3	9,6	2,5	3,5	1 017,7	48,3	526,2	569,3	971,1	2015
38,1	14,1	3,3	2,7	12,9	11,5	7,4	3,7	1 084,7	42,1	537,3	550,2	1 040,6	2014 Sept.
40,2	14,5	3,3	2,6	12,0	11,2	9,1	3,6	1 083,0	41,9	536,9	545,3	1 047,1	Okt.
41,1	15,0	3,3	2,6	11,7	10,6	9,6	3,6	1 084,8	41,3	562,0	540,1	1 093,7	Nov.
42,0	15,9	3,3	2,7	10,6	10,5	3,4	3,5	1 077,6	39,6	535,3	535,4	1 125,6	Dez.
41,8	15,5	3,4	2,7	18,0	12,7	6,8	3,5	1 103,7	44,2	614,3	543,2	1 256,2	2015 Jan.
41,0	14,5	3,4	2,7	11,0	8,9	8,0	3,5	1 104,3	44,7	610,1	557,4	1 188,7	Febr.
40,5	14,7	3,4	2,7	13,1	9,2	7,6	3,5	1 108,0	46,2	624,5	565,4	1 263,6	März
41,1	15,7	3,4	2,7	10,9	9,4	11,4	3,3	1 098,8	47,6	647,9	563,4	1 164,9	April
41,9	16,2	3,4	2,7	12,8	9,5	5,0	3,4	1 087,3	42,9	645,6	567,6	1 104,3	Mai
43,5	18,0	3,4	2,8	12,5	10,9	3,3	3,5	1 076,1	41,2	605,9	564,7	1 001,3	Juni
42,4	16,9	3,4	2,7	10,3	8,9	4,5	3,5	1 077,7	39,0	627,0	565,1	1 027,2	Juli
41,8	14,9	3,4	2,8	10,4	9,7	6,6	3,5	1 061,0	36,3	634,9	573,2	1 000,8	Aug.
42,6	14,8	3,4	2,7	12,0	10,5	7,0	4,1	1 060,5	43,6	606,7	577,1	1 018,1	Sept.
42,2	15,5	3,4	2,8	10,8	8,7	6,6	4,1	1 069,9	48,1	609,1	578,5	1 009,4	Okt.
40,0	14,3	3,4	2,8	9,3	7,8	6,1	3,9	1 075,9	50,6	599,6	574,7	1 060,4	Nov.
42,2	16,0	3,3	2,8	11,3	9,6	2,5	3,5	1 017,7	48,3	526,2	569,3	971,1	Dez.
40,4	15,0	3,3	2,7	11,8	8,4	2,8	3,8	1 021,1	49,5	583,5	566,5	1 056,5	2016 Jan.
40,1	14,9	3,3	2,7	11,2	8,5	4,2	3,7	1 020,2	51,2	595,3	579,5	1 120,8	Febr.
43,5	18,6	3,3	2,7	11,0	8,3	3,2	3,5	1 014,7	49,0	557,1	576,3	1 056,7	März
40,7	17,0	3,2	2,7	9,6	7,9	3,7	3,1	1 019,3	50,3	606,6	583,6	998,9	April
40,0	15,9	3,2	2,7	10,0	8,1	3,5	2,7	1 029,8	49,8	611,6	583,9	1 007,0	Mai
41,3	17,1	3,2	2,7	11,3	8,8	2,5	2,7	1 023,8	50,0	618,1	587,4	1 093,4	Juni
Veränderungen 4)													
- 7,5	0,6	0,1	- 0,0	- 3,3	- 3,2	36,1	- 12,2	- 33,9	50,2	- 0,1	39,3	- 56,1	2008
- 5,7	- 7,7	0,1	0,2	- 2,4	- 0,8	19,4	- 5,0	- 104,6	- 87,1	- 95,3	- 0,3	- 65,0	2009
- 6,8	- 5,8	0,3	0,3	17,0	16,5	6,2	- 1,6	- 106,7	- 63,2	- 54,4	- 7,1	- 78,6	2010
- 2,2	1,7	0,5	0,3	- 0,1	- 0,7	10,0	- 3,7	- 76,9	- 6,6	- 80,5	13,7	137,8	2011
- 7,2	- 3,6	0,5	0,3	- 7,9	- 9,2	- 19,6	- 1,2	- 107,0	- 18,6	54,2	21,0	- 68,5	2012
- 0,5	2,2	- 0,3	- 0,1	- 11,3	- 10,0	4,1	- 3,2	- 104,9	- 17,6	- 134,1	18,9	- 417,1	2013
- 2,3	- 1,2	- 0,2	- 0,1	- 6,4	- 4,8	- 3,4	- 0,6	- 63,7	- 0,2	35,9	26,1	178,3	2014
- 0,0	0,0	0,0	0,1	- 0,4	- 1,9	- 0,9	- 0,0	- 80,5	9,3	- 26,6	28,0	- 143,3	2015
2,0	0,4	- 0,0	- 0,0	- 0,9	- 0,3	1,8	- 0,1	- 2,1	- 0,2	- 0,9	- 4,9	6,3	2014 Okt.
0,9	0,5	- 0,0	- 0,0	- 0,3	- 0,6	0,4	- 0,0	2,2	- 0,6	25,3	- 5,1	46,1	Nov.
0,9	0,8	0,0	0,0	- 1,4	- 0,3	- 6,2	- 0,1	- 13,5	- 1,9	- 31,8	- 6,2	30,6	Dez.
- 0,4	- 0,4	0,1	0,0	6,4	1,2	3,4	0,0	8,1	4,0	63,5	3,9	131,3	2015 Jan.
- 0,9	- 1,1	0,0	0,0	- 7,0	- 3,8	1,2	- 0,0	- 1,7	0,5	- 5,7	13,6	- 68,4	Febr.
- 0,5	0,1	- 0,0	- 0,0	2,2	0,4	- 0,4	- 0,0	- 6,5	1,2	6,4	5,4	75,3	März
0,7	1,1	0,0	0,0	- 2,2	0,2	3,8	- 0,2	0,4	- 1,7	31,8	0,6	- 98,3	April
0,7	0,5	0,0	0,0	1,9	0,1	- 6,4	0,1	- 16,7	- 4,9	- 7,1	2,8	- 59,4	Mai
1,6	1,8	0,0	0,0	- 0,3	1,5	- 1,6	0,1	- 7,2	- 1,6	- 36,0	- 1,8	- 100,8	Juni
- 1,1	- 1,1	- 0,0	- 0,0	- 2,1	- 2,0	1,2	- 0,0	- 3,1	- 2,4	17,4	- 0,7	- 26,6	Juli
- 0,5	- 2,0	- 0,0	0,0	0,1	0,8	2,0	0,1	- 10,3	- 2,6	13,0	9,7	- 23,6	Aug.
0,8	- 0,1	- 0,0	- 0,0	1,4	0,6	0,5	0,5	- 0,2	7,3	- 27,9	4,0	19,9	Sept.
- 0,3	0,7	- 0,0	0,0	- 1,1	- 1,8	- 0,4	0,0	10,8	5,9	2,3	0,0	- 10,7	Okt.
- 2,4	- 1,2	- 0,0	- 0,0	- 1,5	- 0,9	- 0,5	- 0,1	- 4,0	2,3	- 16,8	- 6,7	51,2	Nov.
2,3	1,8	- 0,0	0,0	2,0	1,8	- 3,6	- 0,5	- 50,1	- 2,1	- 67,8	- 2,8	- 86,4	Dez.
- 1,7	- 1,0	- 0,0	- 0,0	0,5	- 1,3	0,3	0,3	5,8	1,3	59,2	- 2,2	90,4	2016 Jan.
- 0,3	- 0,1	- 0,0	- 0,0	- 0,6	0,1	1,4	- 0,1	- 1,1	1,6	11,6	13,2	65,7	Febr.
3,5	4,0	- 0,0	- 0,0	0,3	0,4	- 0,9	- 0,2	4,8	- 1,8	- 30,7	- 0,2	- 66,4	März
- 2,8	- 1,6	- 0,0	- 0,0	- 1,3	- 0,5	- 0,5	- 0,4	3,9	- 1,2	49,2	7,2	- 48,8	April
- 0,8	- 1,2	- 0,0	- 0,0	0,4	0,3	- 0,2	- 0,4	4,9	- 0,7	0,9	4,3	12,4	Mai
0,7	0,8	- 0,0	- 0,0	1,3	0,7	- 1,0	0,0	- 6,3	- 0,1	7,7	4,0	87,4	Juni

Zentralregierungen. 3 In Deutschland zählen Bankschuldverschreibungen mit Laufzeit bis zu einem Jahr zu den Geldmarktpapieren; diese wurden bis Monatsbericht Januar

2002 zusammen mit den Geldmarktfondsanteilen veröffentlicht. 4 Statistische Brüche sind in den Veränderungswerten ausgeschaltet (siehe a. Anm. * in Tabelle II,1).

IV. Banken

2. Wichtige Aktiva und Passiva der Banken (MFIs) in Deutschland nach Bankengruppen *)

Mrd €

Stand am Monatsende	Anzahl der berichtenden Institute	Bilanzsumme 1)	Kassenbestand und Guthaben bei Zentralnotenbanken	Kredite an Banken (MFIs)			Kredite an Nichtbanken (Nicht-MFIs)					Beteiligungen	Sonstige Aktivpositionen 1)
				insgesamt	darunter:		insgesamt	darunter:		Wechsel	Wertpapiere von Nichtbanken		
					Guthaben und Buchkredite	Wertpapiere von Banken		bis 1 Jahr einschl.	über 1 Jahr				
Alle Bankengruppen													
2016 Jan.	1 773	7 866,1	198,6	2 449,2	1 930,9	514,3	4 005,4	358,8	2 852,0	0,7	784,2	119,9	1 093,0
Febr.	1 772	7 955,7	192,3	2 475,1	1 952,8	517,5	4 013,8	366,8	2 859,7	0,7	775,0	119,1	1 155,3
März	1 771	7 826,0	194,6	2 415,9	1 892,9	518,0	4 001,6	357,4	2 855,3	0,7	777,9	119,4	1 094,5
April	1 769	7 849,5	207,7	2 456,6	1 934,4	516,7	4 023,1	371,9	2 866,1	0,7	773,7	119,0	1 043,1
Mai	1 769	7 860,5	226,7	2 431,2	1 912,1	513,8	4 031,1	368,5	2 876,2	0,6	775,5	119,1	1 052,4
Juni	1 764	7 963,8	243,4	2 447,8	1 929,9	512,6	4 010,8	355,8	2 876,7	0,6	769,7	119,4	1 142,4
Kreditbanken 6)													
2016 Mai	270	3 158,6	139,3	991,2	904,1	87,0	1 195,5	193,5	747,4	0,3	246,8	56,7	775,9
Juni	268	3 244,4	144,0	1 006,8	918,4	88,2	1 179,3	181,9	749,9	0,3	242,4	56,8	857,4
Großbanken 7)													
2016 Mai	4	1 912,5	59,7	549,2	508,6	40,5	512,2	108,3	277,4	0,2	119,7	50,4	741,0
Juni	4	1 983,8	45,0	566,7	527,2	39,4	499,3	100,8	276,6	0,1	117,7	50,2	822,7
Regionalbanken und sonstige Kreditbanken													
2016 Mai	161	908,8	42,4	227,5	185,5	41,9	605,1	61,4	429,1	0,2	114,0	5,4	28,4
Juni	159	926,3	57,7	229,4	185,1	44,2	605,0	58,7	431,8	0,2	113,9	5,7	28,5
Zweigstellen ausländischer Banken													
2016 Mai	105	337,3	37,2	214,6	210,0	4,6	78,1	23,8	40,9	-	13,2	0,9	6,4
Juni	105	334,2	41,2	210,7	206,1	4,6	75,1	22,4	41,6	-	10,8	0,9	6,3
Landesbanken													
2016 Mai	9	939,9	10,8	279,2	204,4	74,3	517,4	56,1	364,9	0,1	95,0	11,0	121,5
Juni	9	944,5	14,1	283,0	209,3	73,3	508,8	53,3	359,8	0,1	94,3	11,0	127,7
Sparkassen													
2016 Mai	412	1 150,2	21,2	189,8	69,1	120,3	909,2	49,3	705,3	0,1	154,4	14,4	15,5
Juni	412	1 150,3	21,2	187,4	67,7	119,3	911,7	50,3	706,7	0,1	154,4	14,5	15,5
Genossenschaftliche Zentralbanken													
2016 Mai	2	296,5	2,7	168,2	140,2	28,0	65,4	12,8	23,3	0,0	29,3	13,2	47,0
Juni	2	299,8	2,6	168,6	140,8	27,8	64,1	12,1	23,2	0,0	28,6	13,3	51,3
Kreditgenossenschaften													
2016 Mai	1 021	826,7	12,1	168,6	61,4	106,6	612,8	32,3	480,6	0,0	99,8	15,0	18,3
Juni	1 018	829,6	13,1	166,5	58,9	107,0	616,1	33,0	482,5	0,0	100,5	15,5	18,4
Realkreditinstitute													
2016 Mai	15	289,5	2,5	54,5	37,7	16,4	223,2	4,7	176,7	-	41,8	0,2	9,2
Juni	15	288,9	1,5	54,7	38,2	16,3	222,9	4,7	176,8	-	41,4	0,2	9,5
Bausparkassen													
2016 Mai	21	212,5	0,1	58,2	40,7	17,5	149,7	1,3	126,1	.	22,3	0,3	4,2
Juni	21	213,6	0,3	57,9	40,6	17,2	150,8	1,4	126,8	.	22,7	0,3	4,2
Banken mit Sonderaufgaben													
2016 Mai	19	986,6	38,1	521,5	454,4	63,7	357,9	18,5	252,0	-	86,1	8,2	60,8
Juni	19	992,8	46,6	522,9	456,0	63,5	357,1	19,1	250,9	-	85,5	7,8	58,3
Nachrichtlich: Auslandsbanken 8)													
2016 Mai	139	1 013,2	62,3	394,6	353,6	40,9	455,4	66,8	273,8	0,2	111,9	4,2	96,8
Juni	139	1 032,8	79,8	391,7	348,1	43,6	452,2	63,1	276,8	0,2	109,7	4,4	104,6
darunter: Banken im Mehrheitsbesitz ausländischer Banken 9)													
2016 Mai	34	675,9	25,1	180,0	143,7	36,2	377,2	43,0	232,9	0,2	98,7	3,3	90,3
Juni	34	698,5	38,6	180,9	141,9	39,0	377,1	40,7	235,2	0,2	98,9	3,5	98,4

* Aktiva und Passiva der Monetären Finanzinstitute (MFIs) in Deutschland. Nicht enthalten sind Aktiva und Passiva der Auslandsfilialen sowie der – ebenfalls zu den MFIs zählenden – Geldmarktfonds und der Bundesbank. Für die Abgrenzung der Positionen siehe Anm. zur Tabelle IV.3. 1 Aufgrund des Gesetzes zur Modernisierung des Bilanzrechts vom 25. Mai 2009 enthalten die "sonstigen Aktiv- bzw. Passivpositionen" ab dem Meldetermin Dezember 2010 derivative Finanzinstrumente des

Handelsbestands (Handelsbestandsderivate) i.S. des § 340e Abs. 3 Satz 1 HGB i.V.m. § 35 Abs. 1 Nr.1a RechKredV. Eine separate Darstellung der Handelsbestandsderivate finden Sie im Statistischen Beiheft zum Monatsbericht 1, Bankenstatistik, in den Tabellen I.1 bis I.3. 2 Für „Bausparkassen“: Einschl. Bauspareinlagen; siehe dazu Tab. IV.12. 3 In den Termineinlagen enthalten. 4 Ohne Bauspareinlagen; siehe auch Anm. 2. 5 Einschl. börsenfähiger nachrangig begebener Inhaberschuldverschrei-

IV. Banken

Einlagen und aufgenommene Kredite von Banken (MFIs)			Einlagen und aufgenommene Kredite von Nichtbanken (Nicht-MFIs)									Inhaberschuldverschreibungen im Umlauf 5)	Kapital einschl. offener Rücklagen, Genussrechtskapital, Fonds für allgemeine Bankrisiken	Sonstige Passivpositionen 1)	Stand am Monatsende
insgesamt	darunter:		insgesamt	darunter:					insgesamt	Sparbriefe					
	Sichteinlagen	Termin-einlagen		Sichteinlagen	Termineinlagen mit Befristung 2)		Nachrichtlich: Verbindlichkeiten aus Repos 3)	darunter mit dreimonatiger Kündigungsfrist							
				bis 1 Jahr einschl.	über 1 Jahr 2)										
Alle Bankengruppen															
1 704,0	497,2	1 206,7	3 471,5	1 818,7	289,2	695,2	59,3	605,0	542,9	63,5	1 108,6	478,5	1 103,5	2016 Jan.	
1 706,1	509,6	1 196,5	3 482,7	1 834,6	286,3	693,3	62,6	605,2	544,4	63,3	1 120,6	478,6	1 167,7	2016 Febr.	
1 682,0	497,5	1 184,5	3 450,0	1 807,2	281,8	694,8	40,4	603,2	543,6	63,0	1 110,4	480,2	1 103,3	2016 März	
1 718,2	493,9	1 224,2	3 483,4	1 836,5	290,4	692,7	60,3	601,4	542,9	62,4	1 119,0	483,5	1 045,4	2016 April	
1 691,4	531,5	1 159,8	3 502,4	1 852,5	294,6	693,4	58,2	599,8	542,3	62,2	1 132,7	480,6	1 053,4	2016 Mai	
1 717,7	550,2	1 167,4	3 495,4	1 855,4	285,8	694,0	48,7	598,6	541,8	61,7	1 125,6	485,3	1 139,9	2016 Juni	
Kreditbanken 6)															
767,0	367,7	399,3	1 338,0	810,5	161,0	237,1	43,3	104,9	96,7	24,6	157,4	164,9	731,4	2016 Mai	
785,4	375,1	410,3	1 326,9	806,5	153,7	237,6	28,5	104,4	96,4	24,7	155,5	163,3	813,3	2016 Juni	
Großbanken 7)															
433,7	206,9	226,8	580,3	333,8	90,4	85,3	43,2	65,0	63,6	5,8	122,3	98,5	677,7	2016 Mai	
441,0	213,4	227,6	564,1	323,9	84,1	85,6	28,5	64,7	63,3	5,8	120,8	97,2	760,8	2016 Juni	
Regionalbanken und sonstige Kreditbanken															
160,8	51,3	109,5	609,6	380,1	48,2	124,3	0,1	39,4	32,8	17,6	34,6	58,0	45,9	2016 Mai	
174,4	66,7	107,7	614,5	386,0	47,0	124,5	0,0	39,3	32,8	17,7	34,2	57,9	45,3	2016 Juni	
Zweigstellen ausländischer Banken															
172,6	109,5	63,0	148,1	96,7	22,4	27,5	-	0,5	0,2	1,2	0,5	8,3	7,8	2016 Mai	
169,9	94,9	75,0	148,4	96,6	22,6	27,5	-	0,4	0,2	1,2	0,5	8,3	7,2	2016 Juni	
Landesbanken															
258,5	48,1	210,5	299,8	127,5	63,6	95,0	11,2	13,6	10,6	0,0	207,0	55,5	119,1	2016 Mai	
262,6	53,8	208,9	300,7	128,7	63,0	95,4	15,8	13,6	10,5	0,1	202,9	55,3	122,9	2016 Juni	
Sparkassen															
134,8	10,9	123,9	862,2	506,5	17,7	15,2	-	294,8	263,2	27,9	13,9	96,8	42,6	2016 Mai	
134,6	11,2	123,5	861,4	507,5	17,0	15,3	-	294,2	263,0	27,4	13,8	100,4	40,1	2016 Juni	
Genossenschaftliche Zentralbanken															
159,0	50,9	108,1	28,6	13,0	5,5	8,5	2,4	-	-	1,5	49,0	15,2	44,8	2016 Mai	
157,9	50,8	107,1	27,8	13,2	4,5	8,6	2,2	-	-	1,5	49,2	15,2	49,8	2016 Juni	
Kreditgenossenschaften															
104,5	3,0	101,4	615,7	371,5	33,6	16,7	-	185,9	171,3	7,9	8,3	66,1	32,1	2016 Mai	
105,8	3,5	102,3	616,2	373,2	32,7	16,6	-	185,9	171,5	7,8	8,6	68,4	30,6	2016 Juni	
Realkreditinstitute															
54,6	5,7	48,9	120,6	8,2	9,5	102,7	-	0,1	0,1	.	94,5	9,8	9,9	2016 Mai	
54,8	6,9	48,0	120,4	8,2	9,9	102,2	-	0,1	0,1	.	94,1	9,7	9,9	2016 Juni	
Bausparkassen															
20,3	2,6	17,7	166,0	0,8	0,9	163,8	-	0,3	0,3	0,2	2,4	10,1	13,6	2016 Mai	
20,6	3,2	17,5	166,3	1,0	0,9	163,9	-	0,3	0,3	0,2	2,5	10,2	14,0	2016 Juni	
Banken mit Sonderaufgaben															
192,6	42,6	150,1	71,7	14,3	2,9	54,4	1,3	-	-	.	600,1	62,3	59,9	2016 Mai	
195,9	45,9	150,0	75,7	17,2	4,1	54,4	2,1	-	-	.	599,1	62,8	59,3	2016 Juni	
Nachrichtlich: Auslandsbanken 8)															
325,2	168,9	156,2	515,3	355,1	50,8	79,4	9,9	21,5	21,0	8,5	23,6	50,6	98,6	2016 Mai	
341,2	171,7	169,5	516,1	354,9	52,1	79,1	8,6	21,4	20,9	8,6	21,3	50,4	103,8	2016 Juni	
darunter: Banken im Mehrheitsbesitz ausländischer Banken 9)															
152,6	59,4	93,2	367,2	258,4	28,5	51,9	9,9	21,0	20,7	7,4	23,1	42,3	90,8	2016 Mai	
171,3	76,8	94,5	367,6	258,3	29,4	51,6	8,6	21,0	20,7	7,4	20,8	42,2	96,6	2016 Juni	

bungen; ohne nicht börsenfähige Inhaberschuldverschreibungen. 6 Die Kreditbanken umfassen die Untergruppen „Großbanken“, „Regionalbanken und sonstige Kreditbanken“ und „Zweigstellen ausländischer Banken“. 7 Deutsche Bank AG, Dresdner Bank AG (bis Nov. 2009), Commerzbank AG, UniCredit Bank AG (vormals Bayerische Hypo- und Vereinsbank AG) und Deutsche Postbank AG. 8 Summe der in anderen

Bankengruppen enthaltenen Banken im Mehrheitsbesitz ausländischer Banken sowie der Gruppe (rechtlich unselbständiger) „Zweigstellen ausländischer Banken“. 9 Ausgliederung der in anderen Bankengruppen enthaltenen rechtlich selbständigen Banken (MFIs) im Mehrheitsbesitz ausländischer Banken.

IV. Banken

3. Forderungen und Verbindlichkeiten der Banken (MFIs) in Deutschland gegenüber dem Inland *)

Mrd €

Zeit	Kassenbestand an Noten und Münzen in Eurowährungen	Guthaben bei der Deutschen Bundesbank	Kredite an inländische Banken (MFIs)					Kredite an inländische Nichtbanken (Nicht-MFIs)					
			insgesamt	Guthaben und Buchkredite	Wechsel	börsenfähige Geldmarktpapiere von Banken	Wertpapiere von Banken	Nachrichtlich: Treuhandkredite	insgesamt	Buchkredite	Wechsel	Schatzwechsel und börsenfähige Geldmarktpapiere von Nichtbanken	Wertpapiere von Nichtbanken 1)
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)													
2006	16,0	49,4	1 637,8	1 086,3	–	9,3	542,2	1,9	3 000,7	2 630,3	1,9	2,0	366,5
2007	17,5	64,6	1 751,8	1 222,5	0,0	25,3	504,0	2,3	2 975,7	2 647,9	1,6	1,5	324,7
2008	17,4	102,6	1 861,7	1 298,1	0,0	55,7	507,8	2,0	3 071,1	2 698,9	1,2	3,1	367,9
2009	16,9	78,9	1 711,5	1 138,0	–	31,6	541,9	2,2	3 100,1	2 691,8	0,8	4,0	403,5
2010	16,0	79,6	1 686,3	1 195,4	–	7,5	483,5	1,8	3 220,9	2 770,4	0,8	27,9	421,8
2011	15,8	93,8	1 725,6	1 267,9	–	7,1	450,7	2,1	3 197,8	2 774,6	0,8	6,4	415,9
2012	18,5	134,3	1 655,0	1 229,1	–	2,4	423,5	2,4	3 220,4	2 785,5	0,6	2,2	432,1
2013	18,5	85,6	1 545,6	1 153,1	0,0	1,7	390,8	2,2	3 131,6	2 692,6	0,5	1,2	437,2
2014	18,9	81,3	1 425,9	1 065,6	0,0	2,1	358,2	1,7	3 167,3	2 712,2	0,4	0,7	454,0
2015	19,2	155,0	1 346,6	1 062,6	0,0	1,7	282,2	1,7	3 233,9	2 764,0	0,4	0,4	469,0
2015 Jan.	15,2	69,3	1 490,7	1 128,5	0,0	2,7	359,4	1,7	3 191,5	2 725,6	0,4	1,1	464,5
Febr.	15,2	69,7	1 486,0	1 125,7	0,0	3,1	357,2	1,6	3 205,1	2 736,8	0,4	1,3	466,6
März	15,2	97,5	1 488,9	1 127,0	0,0	3,2	358,6	1,6	3 212,0	2 738,7	0,3	1,5	471,5
April	15,9	91,7	1 473,6	1 117,3	0,0	3,4	352,8	1,6	3 221,1	2 745,0	0,4	1,5	474,2
Mai	16,1	95,0	1 466,4	1 114,3	0,0	3,5	348,6	1,6	3 207,9	2 743,3	0,3	1,7	462,5
Juni	15,1	115,4	1 424,2	1 082,1	0,0	3,3	338,8	1,6	3 200,4	2 745,2	0,3	2,4	452,5
Juli	15,4	116,6	1 429,7	1 091,8	0,0	2,7	335,2	1,6	3 228,7	2 748,4	0,3	2,4	477,6
Aug.	15,2	133,6	1 418,0	1 086,8	0,0	2,1	329,1	1,6	3 230,9	2 751,1	0,3	1,9	477,5
Sept.	15,6	139,8	1 384,6	1 059,7	0,0	2,3	322,7	1,6	3 230,8	2 756,1	0,3	1,7	472,8
Okt.	16,2	140,0	1 421,3	1 100,0	0,0	2,1	319,1	1,6	3 232,0	2 764,6	0,3	1,5	465,6
Nov.	15,7	152,2	1 438,4	1 122,6	0,0	2,6	313,2	1,6	3 249,0	2 775,2	0,3	1,0	472,5
Dez.	19,2	155,0	1 346,6	1 062,6	0,0	1,7	282,2	1,7	3 233,9	2 764,0	0,4	0,4	469,0
2016 Jan.	16,2	170,9	1 368,7	1 086,0	0,0	2,0	280,8	1,6	3 238,7	2 771,0	0,4	0,7	466,5
Febr.	15,9	164,3	1 379,8	1 098,3	0,0	1,8	279,7	1,6	3 248,0	2 781,4	0,4	1,5	464,7
März	17,2	166,6	1 358,5	1 076,3	0,0	2,0	280,2	1,6	3 247,2	2 785,9	0,3	1,2	459,7
April	16,9	179,8	1 392,1	1 110,3	0,0	2,1	279,7	1,6	3 260,6	2 798,3	0,4	1,3	460,6
Mai	18,4	197,2	1 367,7	1 086,7	0,0	1,8	279,2	1,5	3 264,8	2 805,3	0,3	1,4	457,8
Juni	19,1	213,5	1 356,7	1 078,8	0,0	1,6	276,2	1,7	3 252,1	2 797,2	0,3	1,8	452,9
Veränderungen *)													
2007	+ 1,5	+ 15,2	+ 114,8	+ 137,6	+ 0,0	+ 17,0	– 39,8	+ 0,4	– 15,9	+ 12,1	– 0,3	– 0,5	– 27,2
2008	– 0,1	+ 39,4	+ 125,9	+ 90,1	± 0,0	+ 30,6	+ 5,2	– 0,8	+ 92,0	+ 47,3	– 0,4	+ 1,8	+ 43,3
2009	– 0,5	– 23,6	– 147,2	– 157,3	– 0,0	– 24,1	+ 34,3	+ 0,2	+ 25,7	– 11,2	– 0,4	+ 1,4	+ 35,9
2010	– 0,9	+ 0,6	– 19,3	+ 61,5	± 0,0	– 24,0	– 56,8	– 0,3	+ 130,5	+ 78,7	+ 0,0	+ 23,8	+ 28,0
2011	– 0,2	+ 14,2	+ 47,3	+ 80,5	–	– 0,4	– 32,8	– 0,1	– 30,6	– 3,2	+ 0,0	– 21,5	– 5,9
2012	+ 2,7	+ 40,5	– 68,6	– 37,5	–	– 4,6	– 26,5	+ 0,1	+ 21,0	+ 9,8	– 0,2	– 4,3	+ 15,7
2013	+ 0,0	– 48,8	– 204,1	– 170,6	+ 0,0	– 0,7	– 32,7	– 0,2	+ 4,4	+ 0,3	– 0,1	– 0,6	+ 4,8
2014	+ 0,4	– 4,3	– 119,3	– 87,1	+ 0,0	+ 0,4	– 32,6	+ 0,1	+ 36,7	+ 20,6	– 0,1	– 0,6	+ 16,8
2015	+ 0,3	+ 73,7	– 80,7	– 4,3	– 0,0	– 0,4	– 75,9	– 0,1	+ 68,9	+ 54,1	– 0,0	– 0,3	+ 15,1
2015 Jan.	– 3,8	– 12,0	+ 63,8	+ 62,0	– 0,0	+ 0,6	+ 1,3	– 0,1	+ 26,4	+ 15,6	– 0,1	+ 0,4	+ 10,5
Febr.	– 0,0	+ 0,4	– 4,7	– 2,8	+ 0,0	+ 0,4	– 2,2	– 0,0	+ 13,5	+ 11,2	– 0,0	+ 0,2	+ 2,1
März	+ 0,1	+ 27,8	+ 3,0	+ 1,4	–	+ 0,2	+ 1,4	– 0,0	+ 7,0	+ 1,9	– 0,0	+ 0,2	+ 4,9
April	+ 0,6	– 5,7	– 15,3	– 9,7	–	+ 0,2	– 5,8	+ 0,0	+ 9,1	+ 6,4	+ 0,0	– 0,0	+ 2,8
Mai	+ 0,3	+ 3,3	– 7,2	– 3,0	+ 0,0	+ 0,1	– 4,3	– 0,1	– 13,1	– 1,5	– 0,0	+ 0,2	– 11,7
Juni	– 1,1	+ 20,4	– 42,1	– 32,1	– 0,0	– 0,2	– 9,8	+ 0,1	– 7,5	+ 1,9	– 0,0	+ 0,7	– 10,1
Juli	+ 0,3	+ 1,2	+ 5,5	+ 9,7	– 0,0	– 0,6	– 3,6	– 0,0	+ 28,3	+ 3,1	+ 0,0	+ 0,0	+ 25,1
Aug.	– 0,1	+ 17,0	– 12,4	– 5,6	+ 0,0	– 0,7	– 6,1	+ 0,0	+ 2,3	+ 2,9	+ 0,0	– 0,5	– 0,1
Sept.	+ 0,3	+ 6,3	– 33,3	– 27,1	–	+ 0,2	– 6,4	– 0,0	– 0,1	+ 4,9	+ 0,0	– 0,3	– 4,7
Okt.	+ 0,7	+ 0,1	+ 36,6	+ 40,3	– 0,0	– 0,2	– 3,5	– 0,0	+ 1,2	+ 8,5	+ 0,0	– 0,1	– 7,2
Nov.	– 0,6	+ 12,3	+ 17,3	+ 22,7	–	+ 0,5	– 5,9	+ 0,0	+ 16,7	+ 10,3	– 0,0	– 0,5	+ 6,9
Dez.	+ 3,6	+ 2,8	– 91,8	– 59,9	–	– 0,9	– 31,0	+ 0,1	– 15,1	– 11,1	+ 0,1	– 0,6	– 3,5
2016 Jan.	– 3,1	+ 15,9	+ 22,2	+ 23,4	–	+ 0,3	– 1,5	– 0,0	+ 4,5	+ 6,7	– 0,0	+ 0,3	– 2,4
Febr.	– 0,3	– 6,5	+ 11,9	+ 13,1	–	– 0,2	– 1,0	– 0,0	+ 9,6	+ 10,6	– 0,1	+ 0,8	– 1,7
März	+ 1,3	+ 2,3	– 21,3	– 22,1	–	+ 0,2	+ 0,5	+ 0,0	– 0,8	+ 4,5	– 0,0	– 0,3	– 5,0
April	– 0,3	+ 13,2	+ 33,6	+ 34,0	–	+ 0,1	– 0,6	– 0,1	+ 13,3	+ 12,3	+ 0,0	+ 0,1	+ 0,8
Mai	+ 1,5	+ 17,4	+ 3,9	+ 4,8	–	– 0,4	– 0,5	– 0,0	+ 5,7	+ 8,4	– 0,1	+ 0,1	– 2,7
Juni	+ 0,7	+ 16,4	– 10,9	– 7,8	–	– 0,1	– 3,0	+ 0,2	– 11,9	– 7,3	– 0,0	+ 0,4	– 5,0

* Siehe Tab. IV. 2, Anm. *; statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten. Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. 1 Ohne Schuldver-

schreibungen aus dem Umtausch von Ausgleichsforderungen; siehe auch Anm. 2. 2 Einschl. Schuldverschreibungen aus dem Umtausch von Ausgleichsforderungen. 3 Einschl. Verbindlichkeiten aus Namensschuldverschreibungen, Namensgeldmarktpapieren, nicht börsenfähigen Inhaberschuldverschreibungen; einschl. nach-

IV. Banken

Ausgleichs- forderungen 2)	Nach- richtlich: Treuhand- kredite	Beteiligun- gen an in- ländischen Banken und Unter- nehmen	Einlagen und aufgenommene Kredite von inländischen Banken (MFIs) 3)					Einlagen und aufgenommene Kredite von inländischen Nichtbanken (Nicht-MFIs)						Zeit
			insgesamt	Sicht- einlagen 4)	Termin- ein- lagen 4)	weiter- gegebene Wechsel 5)	Nach- richtlich: Treuhand- kredite	insgesamt	Sicht- ein- lagen	Termin- ein- lagen 6)	Spar- ein- lagen 7)	Spar- briefe 8)	Nach- richtlich: Treuhand- kredite	
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)														
-	53,0	106,3	1 348,2	125,4	1 222,7	0,0	22,3	2 394,6	747,7	962,8	586,5	97,5	37,8	2006
-	51,1	109,4	1 478,6	122,1	1 356,5	0,0	20,0	2 579,1	779,9	1 125,4	555,4	118,4	36,4	2007
-	47,2	111,2	1 582,5	138,5	1 444,0	0,0	41,6	2 781,4	834,6	1 276,1	535,2	135,4	32,3	2008
-	43,9	106,1	1 355,1	128,9	1 226,2	0,0	35,7	2 829,7	1 029,5	1 102,6	594,5	103,2	43,4	2009
-	33,7	96,8	1 238,3	135,3	1 102,6	0,0	13,8	2 935,2	1 104,4	1 117,1	618,2	95,4	37,5	2010
-	36,3	94,6	1 210,5	114,8	1 095,3	0,0	36,1	3 045,5	1 168,3	1 156,2	616,1	104,8	36,5	2011
-	34,8	90,0	1 135,5	132,9	1 002,6	0,0	36,3	3 090,2	1 306,5	1 072,5	617,6	93,6	34,9	2012
-	31,6	92,3	1 140,3	125,6	1 014,7	0,0	33,2	3 048,7	1 409,9	952,0	610,1	76,6	32,9	2013
-	26,5	94,3	1 111,9	127,8	984,0	0,0	11,7	3 118,2	1 517,8	926,7	607,8	66,0	30,9	2014
-	20,4	89,6	1 065,6	131,1	934,5	0,0	6,1	3 224,7	1 673,7	898,4	596,5	56,1	29,3	2015
-	26,1	93,1	1 137,9	174,9	963,1	0,0	11,3	3 128,6	1 537,9	919,5	606,6	64,7	30,8	2015 Jan.
-	26,2	92,3	1 133,5	169,2	964,3	0,0	11,3	3 137,7	1 549,4	918,3	606,1	63,8	30,8	Febr.
-	25,9	92,3	1 134,4	178,0	956,4	0,0	11,2	3 131,7	1 548,8	916,0	603,9	63,0	30,7	März
-	25,8	92,5	1 117,5	163,4	954,0	0,0	11,2	3 140,9	1 572,3	905,2	601,5	61,9	30,2	April
-	25,7	92,8	1 103,0	164,4	938,6	0,0	11,1	3 158,8	1 597,3	900,5	600,0	61,0	30,2	Mai
-	25,3	92,5	1 090,2	161,7	928,4	0,0	11,1	3 151,7	1 600,1	892,9	598,3	60,4	29,6	Juni
-	25,0	92,4	1 079,0	152,5	926,5	0,0	10,8	3 179,3	1 612,9	910,4	596,4	59,5	29,5	Juli
-	25,0	92,1	1 072,5	149,0	923,4	0,0	10,8	3 193,8	1 630,7	909,1	595,2	58,8	29,5	Aug.
-	24,9	92,0	1 076,0	153,1	922,9	0,0	10,8	3 186,8	1 630,7	903,5	594,6	58,1	29,5	Sept.
-	24,7	91,9	1 096,4	150,5	945,8	0,0	10,6	3 197,7	1 655,5	890,2	594,6	57,5	29,5	Okt.
-	24,5	92,0	1 108,0	158,2	949,7	0,0	10,5	3 224,8	1 676,9	896,7	594,3	56,8	29,5	Nov.
-	20,4	89,6	1 065,6	131,1	934,5	0,0	6,1	3 224,7	1 673,7	898,4	596,5	56,1	29,3	Dez.
-	20,3	90,0	1 066,1	145,0	921,1	0,0	6,0	3 233,8	1 689,6	893,3	596,1	54,8	29,3	2016 Jan.
-	20,2	89,8	1 061,7	151,8	909,9	0,0	5,9	3 236,2	1 697,4	887,8	596,4	54,6	29,3	Febr.
-	19,9	90,3	1 058,6	147,9	910,7	0,0	5,9	3 231,2	1 687,4	894,9	594,5	54,4	29,1	März
-	19,8	89,8	1 060,2	149,7	910,4	0,0	5,9	3 249,8	1 709,6	893,5	592,7	54,0	29,0	April
-	19,7	89,9	1 026,8	142,0	884,7	0,0	5,8	3 262,7	1 721,8	896,1	591,2	53,7	29,0	Mai
-	19,6	89,9	1 038,6	152,5	886,0	0,0	6,0	3 259,9	1 722,6	894,1	590,0	53,1	28,7	Juni
Veränderungen *)														
-	- 2,3	+ 3,1	+ 132,0	- 3,3	+ 135,3	- 0,0	- 2,3	+ 181,1	+ 31,6	+ 160,5	- 31,1	+ 20,1	- 2,0	2007
-	- 5,4	+ 7,8	+ 124,3	+ 23,0	+ 101,3	- 0,0	- 3,6	+ 207,6	+ 54,3	+ 156,6	- 20,2	+ 17,0	- 1,3	2008
-	- 4,2	+ 0,7	- 225,4	- 9,7	- 215,7	- 0,0	- 5,7	+ 59,7	+ 211,4	- 179,3	+ 59,3	- 31,6	- 0,9	2009
-	- 2,1	- 9,2	- 96,5	+ 22,3	- 119,1	- 0,0	- 0,2	+ 77,8	+ 76,0	- 18,9	+ 24,0	- 3,3	- 1,7	2010
-	- 1,1	- 2,2	- 25,0	- 20,0	- 5,1	- 0,0	+ 0,1	+ 111,2	+ 63,7	+ 40,9	- 2,6	+ 9,3	- 1,1	2011
-	- 1,3	- 4,1	- 70,8	+ 21,5	- 91,9	- 0,0	+ 0,2	+ 42,2	+ 138,7	- 86,7	+ 1,5	- 11,2	- 1,6	2012
-	- 3,3	+ 2,4	- 79,4	- 24,1	- 55,3	+ 0,0	- 3,4	+ 40,2	+ 118,4	- 53,9	- 7,4	- 17,0	- 1,7	2013
-	- 1,9	+ 2,0	- 29,0	+ 2,2	- 31,2	- 0,0	- 0,6	+ 69,7	+ 107,9	- 25,3	- 2,4	- 10,6	- 2,0	2014
-	- 2,1	- 4,3	- 46,6	+ 3,3	- 50,0	+ 0,0	- 1,3	+ 106,5	+ 156,2	- 28,3	- 11,3	- 10,1	- 1,6	2015
-	- 0,4	- 1,2	+ 26,1	+ 47,1	- 21,0	- 0,0	- 0,4	+ 10,5	+ 20,1	- 7,2	- 1,1	- 1,3	- 0,1	2015 Jan.
-	+ 0,1	- 0,9	- 4,4	- 5,6	+ 1,2	-	+ 0,0	+ 9,1	+ 11,6	- 1,1	- 0,5	- 0,9	- 0,0	Febr.
-	- 0,2	+ 0,1	+ 0,9	+ 8,8	- 7,9	+ 0,0	- 0,1	- 6,0	- 0,4	- 2,6	- 2,2	- 0,8	- 0,1	März
-	- 0,1	+ 0,2	- 17,0	- 14,6	- 2,4	- 0,0	- 0,0	+ 9,2	+ 23,5	- 10,8	- 2,4	- 1,0	- 0,5	April
-	- 0,1	+ 0,3	- 14,4	+ 1,0	- 15,4	+ 0,0	- 0,1	+ 17,9	+ 25,0	- 4,7	- 1,5	- 0,9	- 0,1	Mai
-	- 0,3	- 0,3	- 12,9	- 2,8	- 10,1	- 0,0	- 0,1	- 7,1	+ 2,7	- 7,5	- 1,7	- 0,6	- 0,5	Juni
-	- 0,3	- 0,2	- 11,1	- 9,2	- 1,9	+ 0,0	- 0,2	+ 27,5	+ 12,9	+ 17,7	- 1,9	- 1,1	- 0,1	Juli
-	- 0,1	- 0,3	- 7,1	- 3,4	- 3,7	- 0,0	+ 0,0	+ 14,5	+ 17,8	- 1,3	- 1,3	- 0,7	+ 0,0	Aug.
-	- 0,1	- 0,1	+ 3,7	+ 4,1	- 0,4	+ 0,0	+ 0,0	- 7,0	- 0,1	- 5,6	- 0,6	- 0,7	- 0,1	Sept.
-	- 0,2	- 0,1	+ 20,3	- 2,6	+ 22,9	+ 0,0	- 0,2	+ 10,9	+ 24,8	- 13,3	+ 0,1	- 0,6	- 0,0	Okt.
-	- 0,2	+ 0,1	+ 11,6	+ 7,7	+ 3,9	+ 0,0	- 0,1	+ 27,0	+ 21,5	+ 6,5	- 0,3	- 0,6	- 0,0	Nov.
-	- 0,1	- 2,0	- 42,4	- 27,1	- 15,2	-	- 0,1	- 0,0	- 3,2	+ 1,7	+ 2,2	- 0,7	- 0,2	Dez.
-	- 0,1	+ 0,4	+ 0,5	+ 13,9	- 13,4	- 0,0	- 0,1	+ 9,1	+ 15,8	- 5,8	- 0,4	- 0,6	+ 0,0	2016 Jan.
-	- 0,1	- 0,2	- 3,1	+ 7,0	- 10,1	+ 0,0	- 0,0	+ 4,8	+ 7,9	- 3,1	+ 0,3	- 0,2	- 0,0	Febr.
-	- 0,3	+ 0,5	- 3,2	- 4,0	+ 0,8	- 0,0	- 0,1	- 5,0	- 10,0	+ 7,0	- 1,9	- 0,2	- 0,2	März
-	- 0,1	- 0,3	+ 1,6	+ 1,9	- 0,3	- 0,0	+ 0,0	+ 18,6	+ 22,2	- 1,3	- 1,8	- 0,5	- 0,1	April
-	- 0,1	+ 0,1	- 5,1	- 2,9	- 2,2	+ 0,0	+ 0,0	+ 12,9	+ 12,2	+ 2,5	- 1,5	- 0,3	- 0,0	Mai
-	- 0,1	+ 0,0	+ 12,8	+ 10,8	+ 2,0	-	+ 0,2	- 2,5	+ 0,9	- 1,7	- 1,1	- 0,5	- 0,3	Juni

rangiger Verbindlichkeiten. 4 Einschl. Verbindlichkeiten aus geldpolitischen Geschäften mit der Bundesbank. 5 Eigene Akzente und Solawechsel im Umlauf. 6 Einschl. Bauspareinlagen; siehe dazu Tab. IV.12. 7 Ohne Bauspareinlagen;

siehe auch Anm. 8. 8 Einschl. Verbindlichkeiten aus nicht börsenfähigen Inhaberschuldverschreibungen.

IV. Banken

4. Forderungen und Verbindlichkeiten der Banken (MFIs) in Deutschland gegenüber dem Ausland *)

Mrd €

Zeit	Kassenbestand an Noten und Münzen in Nicht-Eurowährungen	Kredite an ausländische Banken (MFIs)							Kredite an ausländische Nichtbanken (Nicht-MFIs)						
		insgesamt	Guthaben und Buchkredite, Wechsel			börsenfähige Geldmarktpapiere von Banken	Wertpapiere von Banken	Nachrichtlich: Treuhandkredite	insgesamt	Buchkredite, Wechsel			Schatzwechsel und börsenfähige Geldmarktpapiere von Nichtbanken	Wertpapiere von Nichtbanken	
zu-	kurz-	mittel-	zu-	kurz-	mittel-				zu-	kurz-	mittel-				
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)															
2006	0,4	1 266,9	1 003,2	744,5	258,7	13,3	250,4	0,8	777,0	421,0	156,0	264,9	7,2	348,9	
2007	0,3	1 433,5	1 105,9	803,6	302,4	13,4	314,2	0,5	908,3	492,9	197,5	295,4	27,5	387,9	
2008	0,3	1 446,6	1 131,6	767,2	364,3	15,6	299,5	1,9	908,4	528,9	151,4	377,5	12,9	366,6	
2009	0,3	1 277,4	986,1	643,5	342,6	6,2	285,0	2,9	815,7	469,6	116,9	352,7	9,8	336,3	
2010	0,5	1 154,1	892,7	607,7	285,1	2,1	259,3	1,8	773,8	461,4	112,6	348,8	10,1	302,3	
2011	0,6	1 117,6	871,0	566,3	304,8	4,6	241,9	2,6	744,4	455,8	102,0	353,8	8,5	280,1	
2012	0,8	1 046,0	813,5	545,5	268,1	5,4	227,0	2,6	729,0	442,2	105,1	337,1	9,0	277,8	
2013	0,2	1 019,7	782,4	546,6	235,8	7,2	230,1	2,5	701,0	404,9	100,3	304,6	8,2	287,8	
2014	0,2	1 125,2	884,8	618,7	266,1	7,9	232,5	1,1	735,1	415,2	94,4	320,8	6,5	313,5	
2015	0,3	1 066,9	830,7	555,9	274,7	1,2	235,0	1,0	751,5	424,3	83,8	340,5	7,5	319,7	
2015 Jan.	0,2	1 213,2	966,6	684,2	282,4	10,9	235,7	1,1	770,7	445,3	117,5	327,8	7,0	318,4	
Febr.	0,2	1 198,1	956,6	687,3	269,3	9,3	232,2	1,1	766,7	444,5	115,7	328,9	6,6	315,5	
März	0,3	1 186,6	944,4	654,9	289,5	10,9	231,4	1,1	777,0	447,4	113,2	334,2	7,2	322,4	
April	0,2	1 199,9	958,7	675,5	283,1	10,0	231,3	1,1	780,2	455,7	124,6	331,1	6,1	318,4	
Mai	0,3	1 189,7	948,9	665,0	284,0	9,1	231,7	1,1	787,3	459,0	127,1	331,8	6,3	322,0	
Juni	0,3	1 142,5	903,1	617,1	286,0	8,1	231,3	1,1	765,7	435,1	104,4	330,7	7,5	323,1	
Juli	0,3	1 149,0	911,5	625,0	286,5	6,6	230,9	1,1	760,0	433,4	103,3	330,1	5,0	321,6	
Aug.	0,3	1 140,9	904,7	619,3	285,3	6,1	230,2	1,1	761,5	435,8	106,9	328,8	5,8	319,9	
Sept.	0,3	1 152,8	914,7	627,4	287,4	4,4	233,7	1,1	760,7	434,9	106,6	328,3	6,0	319,8	
Okt.	0,3	1 138,7	900,4	617,1	283,4	2,9	235,3	1,1	772,2	446,5	116,4	330,1	6,1	319,6	
Nov.	0,3	1 112,9	873,2	598,4	274,8	2,8	237,0	1,1	784,8	450,0	103,7	346,4	6,9	327,9	
Dez.	0,3	1 066,9	830,7	555,9	274,7	1,2	235,0	1,0	751,5	424,3	83,8	340,5	7,5	319,7	
2016 Jan.	0,3	1 080,5	844,9	570,2	274,8	1,9	233,6	1,0	766,7	440,2	101,3	338,8	8,9	317,6	
Febr.	0,3	1 095,3	854,5	580,2	274,3	3,1	237,8	1,0	765,9	445,3	102,6	342,7	10,2	310,3	
März	0,3	1 057,4	816,6	551,7	264,9	3,0	237,8	1,0	754,4	427,1	87,9	339,2	9,1	318,2	
April	0,3	1 064,5	824,2	559,7	264,5	3,3	237,1	1,0	762,5	440,0	99,9	340,0	9,4	313,1	
Mai	0,3	1 063,5	825,4	554,4	271,0	3,5	234,6	1,0	766,3	439,7	94,3	345,4	8,9	317,7	
Juni	0,3	1 091,2	851,1	580,7	270,4	3,6	236,4	1,0	758,7	435,5	89,4	346,1	6,4	316,8	
Veränderungen *)															
2007	- 0,0	+ 190,3	+ 123,7	+ 72,9	+ 50,8	+ 7,5	+ 59,1	- 0,4	+ 167,7	+ 94,3	+ 50,1	+ 44,2	+ 20,1	+ 53,3	
2008	+ 0,0	+ 8,5	+ 20,2	- 43,0	+ 63,2	+ 2,1	- 13,7	- 0,0	+ 4,3	+ 45,1	- 31,9	+ 77,0	- 14,5	- 26,3	
2009	- 0,0	- 170,0	- 141,3	- 122,5	- 18,8	- 10,3	- 18,4	- 0,2	- 72,8	- 43,8	- 31,7	- 12,1	- 3,3	- 25,7	
2010	+ 0,1	- 141,5	- 116,2	- 47,3	- 68,9	- 4,8	- 20,4	- 0,2	- 62,0	- 24,5	- 12,6	- 11,9	+ 0,4	- 38,0	
2011	+ 0,1	- 48,4	- 32,6	- 45,3	+ 12,7	+ 2,5	- 18,4	+ 0,0	- 38,9	- 13,6	- 12,8	- 0,9	- 1,6	- 23,6	
2012	+ 0,1	- 70,1	- 56,8	- 23,1	- 33,7	+ 0,9	- 14,1	- 0,1	- 9,4	- 7,5	+ 8,3	- 15,9	+ 0,6	- 2,5	
2013	- 0,5	- 22,7	- 26,9	- 1,3	- 25,6	+ 1,8	+ 2,4	- 0,0	- 21,2	- 33,1	- 5,8	- 27,2	- 0,7	+ 12,6	
2014	- 0,0	+ 86,1	+ 80,1	+ 63,2	+ 16,8	+ 0,7	+ 5,3	- 0,6	+ 5,7	- 10,2	- 12,8	+ 2,7	- 1,8	+ 17,7	
2015	+ 0,1	- 91,8	- 86,0	- 82,2	- 3,8	- 6,7	+ 0,8	- 0,1	- 6,1	- 9,2	- 6,5	- 2,7	+ 1,1	+ 2,0	
2015 Jan.	+ 0,0	+ 62,4	+ 57,8	+ 50,3	+ 7,5	+ 3,0	+ 1,6	- 0,0	+ 21,4	+ 18,3	+ 20,6	- 2,3	+ 0,6	+ 2,5	
Febr.	+ 0,0	- 17,1	- 12,0	+ 2,2	- 14,2	- 1,5	- 3,6	-	- 5,8	- 2,1	- 2,2	+ 0,1	- 0,4	- 3,2	
März	+ 0,0	- 24,0	- 24,5	- 39,9	+ 15,4	+ 1,5	- 1,1	+ 0,0	+ 1,9	- 3,7	- 3,9	+ 0,2	+ 0,5	+ 5,1	
April	- 0,0	+ 25,3	+ 26,1	+ 27,4	- 1,3	- 0,9	+ 0,1	+ 0,0	+ 10,4	+ 14,3	+ 12,7	+ 1,6	- 1,1	- 2,9	
Mai	+ 0,0	- 17,8	- 17,3	- 15,2	- 2,0	- 0,9	+ 0,3	- 0,0	+ 3,3	+ 0,3	+ 1,5	- 1,2	+ 0,2	+ 2,9	
Juni	+ 0,0	- 41,3	- 40,1	- 44,0	+ 4,0	- 0,9	- 0,3	- 0,0	- 18,3	- 21,2	- 20,7	- 0,5	+ 1,2	+ 1,7	
Juli	+ 0,0	+ 1,3	+ 3,3	+ 4,9	- 1,6	- 1,5	- 0,5	-	- 9,1	- 4,4	- 1,7	- 2,7	- 2,5	- 2,2	
Aug.	- 0,0	+ 0,6	+ 1,6	- 0,3	+ 1,9	- 0,5	- 0,5	- 0,0	+ 6,6	+ 6,4	+ 4,4	+ 2,0	+ 0,8	- 0,7	
Sept.	+ 0,0	+ 14,0	+ 12,2	+ 10,0	+ 2,2	- 1,7	+ 3,6	- 0,0	- 2,1	- 2,2	- 1,9	- 0,3	+ 0,1	- 0,0	
Okt.	+ 0,0	- 20,2	- 20,2	- 13,9	- 6,3	- 1,5	+ 1,5	+ 0,0	+ 7,7	+ 8,5	+ 9,1	- 0,6	+ 0,1	- 0,9	
Nov.	+ 0,0	- 38,2	- 39,4	- 25,9	- 13,5	- 0,1	+ 1,4	+ 0,0	+ 4,9	- 2,7	- 5,5	+ 2,8	+ 0,7	+ 6,8	
Dez.	- 0,0	- 36,7	- 33,4	- 37,5	+ 4,1	- 1,6	- 1,7	- 0,1	- 27,1	- 20,7	- 18,9	- 1,9	+ 0,8	- 7,2	
2016 Jan.	- 0,0	+ 16,1	+ 16,8	+ 15,6	+ 1,2	+ 0,7	- 1,4	+ 0,0	+ 18,2	+ 18,2	+ 18,6	- 0,4	+ 1,3	- 1,3	
Febr.	+ 0,0	+ 14,9	+ 9,6	+ 10,3	- 0,7	+ 1,1	+ 4,2	+ 0,0	- 0,2	+ 5,8	+ 2,1	+ 3,7	+ 1,1	- 7,1	
März	- 0,0	- 26,3	- 26,5	- 22,8	- 3,7	- 0,1	+ 0,3	+ 0,0	- 3,8	- 12,2	- 13,6	+ 1,3	- 0,9	+ 9,3	
April	- 0,0	+ 6,6	+ 7,0	+ 7,6	- 0,5	+ 0,3	- 0,8	+ 0,0	+ 7,5	+ 12,7	+ 11,9	+ 0,7	+ 0,1	- 5,3	
Mai	+ 0,0	- 5,7	- 3,3	- 7,9	+ 4,6	+ 0,2	- 2,6	+ 0,0	+ 0,8	- 2,7	- 4,6	+ 1,9	- 0,4	+ 3,9	
Juni	+ 0,0	+ 28,8	+ 26,7	+ 26,9	- 0,3	+ 0,1	+ 2,0	- 0,0	- 5,5	- 2,8	- 4,3	+ 1,4	- 2,8	+ 0,1	

* Siehe Tab. IV. 2, Anm.*; statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu be-

trachten. Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt.

IV. Banken

Nachrichtlich: Treuhandkredite	Beteiligungen an ausländischen Banken und Unternehmen	Einlagen und aufgenommene Kredite von ausländischen Banken (MFIs)						Einlagen und aufgenommene Kredite von ausländischen Nichtbanken (Nicht-MFIs)						Nachrichtlich: Treuhandkredite	Zeit
		insgesamt	Sichteinlagen	Termineinlagen (einschl. Sparbriefe)			Nachrichtlich: Treuhandkredite	insgesamt	Sichteinlagen	Termineinlagen (einschl. Sparbriefe)			Nachrichtlich: Treuhandkredite		
				zusammen	kurzfristig	mittel- und langfristig				zusammen	kurzfristig	mittel- und langfristig			
Stand am Jahres- bzw. Monatsende ^{*)}															
5,8	50,4	689,7	168,1	521,6	397,3	124,3	0,4	310,1	82,1	228,0	111,5	116,5	1,5	2006	
5,7	48,3	738,9	164,7	574,1	461,2	113,0	0,2	303,1	76,0	227,1	122,3	104,8	3,1	2007	
25,5	45,1	703,3	218,1	485,1	362,3	122,9	0,3	286,1	92,2	193,9	95,1	98,8	2,5	2008	
32,1	45,4	652,6	213,6	439,0	307,4	131,6	0,2	216,3	78,1	138,2	73,7	64,5	1,9	2009	
15,6	48,8	741,7	258,7	483,0	349,3	133,6	0,1	227,6	84,8	142,7	76,7	66,0	1,5	2010	
32,9	45,0	655,7	242,6	413,1	289,4	123,7	0,1	225,9	92,3	133,6	66,9	66,6	1,3	2011	
32,6	46,4	691,1	289,4	401,7	284,6	117,0	0,1	237,6	107,2	130,3	69,1	61,2	1,2	2012	
30,8	39,0	515,7	222,6	293,2	196,0	97,2	0,1	257,8	118,1	139,7	76,8	62,9	1,0	2013	
14,0	35,6	609,2	277,1	332,1	242,7	89,4	0,1	221,0	113,0	107,9	47,8	60,1	0,7	2014	
13,1	30,5	611,9	323,4	288,5	203,8	84,7	0,1	201,1	102,6	98,5	49,3	49,2	0,7	2015	
14,0	35,8	691,4	338,7	352,6	260,2	92,5	0,1	260,9	141,4	119,5	59,2	60,3	0,7	2015 Jan.	
14,0	35,7	672,5	310,8	361,7	269,4	92,3	0,1	263,7	143,1	120,7	61,8	58,9	0,8	Febr.	
14,1	36,1	712,5	369,6	342,9	256,1	86,9	0,1	253,6	131,2	122,4	64,7	57,7	0,9	März	
13,8	36,0	729,9	348,1	381,8	297,3	84,5	0,1	265,1	146,9	118,2	62,3	55,9	0,9	April	
13,8	36,8	714,0	357,6	356,4	270,8	85,7	0,1	265,4	142,7	122,7	70,8	51,9	0,9	Mai	
13,6	36,4	671,4	331,2	340,2	256,3	83,9	0,1	240,5	127,7	112,8	61,6	51,2	0,9	Juni	
13,6	35,3	690,6	342,8	347,7	266,7	81,0	0,1	244,4	131,9	112,5	62,0	50,5	0,9	Juli	
13,7	35,2	681,5	334,5	347,0	264,5	82,5	0,1	253,6	135,3	118,3	65,9	52,4	0,9	Aug.	
13,7	35,2	672,0	346,4	325,5	244,3	81,2	0,1	234,5	128,3	106,3	53,2	53,1	0,9	Sept.	
13,5	35,2	656,9	362,9	294,0	212,7	81,3	0,1	243,4	134,6	108,8	56,6	52,3	0,8	Okt.	
13,6	34,8	649,0	373,8	275,2	190,5	84,6	0,1	243,2	136,3	106,9	55,7	51,2	0,8	Nov.	
13,1	30,5	611,9	323,4	288,5	203,8	84,7	0,1	201,1	102,6	98,5	49,3	49,2	0,7	Dez.	
13,2	29,6	637,8	352,2	285,7	201,3	84,3	0,1	237,7	129,1	108,6	60,5	48,2	0,8	2016 Jan.	
13,2	29,0	644,4	357,8	286,6	201,8	84,8	0,1	246,4	137,2	109,2	61,8	47,5	0,8	Febr.	
13,3	28,9	623,4	349,6	273,8	192,0	81,8	0,0	218,8	119,8	99,0	52,9	46,1	0,8	März	
13,3	28,9	658,0	344,2	313,8	234,1	79,6	0,0	233,6	126,9	106,7	62,0	44,8	0,8	April	
13,3	28,9	664,6	389,5	275,1	195,6	79,5	0,0	239,7	130,6	109,0	64,2	44,8	0,7	Mai	
13,1	29,2	679,1	397,7	281,4	203,4	77,9	0,0	235,5	132,8	102,7	57,2	45,5	0,7	Juni	
Veränderungen ^{*)}															
- 0,1	- 0,8	+ 67,3	+ 1,5	+ 65,8	+ 74,0	- 8,3	- 0,1	+ 4,6	- 5,5	+ 10,2	+ 16,6	- 6,4	+ 1,6	2007	
+ 0,7	- 3,1	- 50,1	+ 52,2	- 102,3	- 120,7	+ 18,5	+ 0,1	- 12,4	+ 16,1	- 28,5	- 19,4	- 9,1	- 0,6	2008	
- 3,2	+ 0,1	- 81,4	- 2,1	- 79,3	- 57,5	- 21,7	- 0,2	- 33,5	- 13,3	- 20,1	- 17,0	- 3,1	- 0,6	2009	
+ 0,2	+ 1,4	+ 895,4	+ 42,0	+ 542,4	+ 38,1	+ 136,8	- 0,1	- 1,6	+ 6,0	- 7,6	- 3,3	- 4,4	- 0,4	2010	
- 0,1	- 3,9	- 88,8	- 13,8	- 75,0	- 61,8	- 13,1	- 0,0	- 9,3	+ 6,4	- 15,7	- 10,4	- 5,3	- 0,2	2011	
- 0,3	+ 1,5	+ 38,2	+ 51,7	- 13,5	- 7,5	- 6,0	- 0,0	+ 12,6	+ 15,2	- 2,6	+ 2,5	- 5,1	- 0,1	2012	
- 1,8	- 7,2	- 174,0	- 75,6	- 98,4	- 83,1	- 15,4	- 0,0	+ 13,5	+ 9,6	+ 3,9	+ 6,9	- 3,0	- 0,2	2013	
+ 0,1	- 3,8	+ 76,3	+ 47,8	+ 28,5	+ 39,0	- 10,5	- 0,0	- 43,6	- 8,3	- 35,3	- 30,7	- 4,6	+ 0,2	2014	
- 0,6	- 6,1	- 15,4	+ 40,6	- 56,0	- 48,6	- 7,4	- 0,0	- 26,5	- 13,9	- 12,6	+ 0,3	- 13,0	- 0,0	2015	
+ 0,0	- 0,1	+ 68,7	+ 56,0	+ 12,8	+ 11,5	+ 1,3	-	+ 35,9	+ 26,3	+ 9,6	+ 10,6	- 1,0	- 0,0	2015 Jan.	
- 0,0	- 0,1	- 20,1	- 28,2	+ 8,1	+ 8,6	- 0,5	-	+ 2,3	+ 1,5	+ 0,8	+ 2,3	- 1,5	+ 0,1	Febr.	
+ 0,1	+ 0,3	+ 32,7	+ 56,4	- 23,8	- 17,3	- 6,4	- 0,0	- 12,6	- 13,0	+ 0,4	+ 2,4	- 2,0	+ 0,0	März	
- 0,4	- 0,0	+ 25,2	- 17,7	+ 42,9	+ 44,3	- 1,3	-	+ 12,9	+ 16,0	- 3,0	- 1,9	- 1,1	- 0,0	April	
+ 0,0	+ 0,1	- 20,1	+ 8,0	- 28,1	- 28,6	+ 0,6	+ 0,0	- 0,9	- 4,8	+ 3,9	+ 8,2	- 4,3	- 0,0	Mai	
- 0,2	- 0,3	- 39,2	- 25,0	- 14,1	- 12,8	- 1,3	- 0,0	- 23,9	- 14,5	- 9,3	- 8,9	- 0,5	+ 0,0	Juni	
+ 0,0	- 1,2	+ 16,0	+ 10,6	+ 5,4	+ 8,7	- 3,3	- 0,0	+ 3,0	+ 3,8	- 0,8	+ 0,1	- 0,9	+ 0,0	Juli	
+ 0,0	+ 0,0	- 4,6	+ 6,7	+ 2,1	+ 0,0	+ 2,0	-	+ 10,5	+ 4,0	+ 6,5	+ 4,3	+ 2,2	- 0,0	Aug.	
+ 0,1	+ 0,0	- 9,5	+ 12,0	- 21,5	- 20,1	- 1,4	- 0,0	- 18,9	- 7,0	- 11,9	- 12,6	+ 0,7	+ 0,0	Sept.	
- 0,2	- 0,1	- 18,2	+ 15,2	- 33,4	- 33,1	- 0,3	- 0,0	+ 7,9	+ 5,8	+ 2,0	+ 3,1	- 1,1	- 0,2	Okt.	
+ 0,1	- 0,5	- 14,3	+ 8,4	- 22,7	- 25,2	+ 2,5	-	- 2,3	+ 0,6	- 2,9	- 1,3	- 1,6	+ 0,1	Nov.	
- 0,2	- 4,3	- 32,0	- 48,3	+ 16,4	+ 15,5	+ 0,8	- 0,0	- 40,4	- 32,6	- 7,9	- 6,0	- 1,9	- 0,1	Dez.	
+ 0,1	- 0,9	+ 27,6	+ 29,5	- 1,9	- 1,6	- 0,2	-	+ 36,9	+ 26,4	+ 10,6	+ 11,2	- 0,6	+ 0,1	2016 Jan.	
+ 0,0	- 0,4	+ 6,2	+ 5,1	+ 1,1	+ 0,8	+ 0,3	-	+ 8,9	+ 8,3	+ 0,6	+ 1,3	- 0,7	- 0,0	Febr.	
+ 0,0	- 0,0	- 14,0	- 5,4	- 8,6	- 6,7	- 2,0	- 0,0	- 25,6	- 16,5	- 9,1	- 7,9	- 1,2	+ 0,0	März	
+ 0,0	- 0,0	+ 34,2	- 5,7	+ 39,9	+ 40,6	- 0,7	-	+ 14,7	+ 7,1	+ 7,6	+ 9,1	- 1,4	- 0,0	April	
+ 0,0	+ 0,0	+ 2,8	+ 44,1	- 41,3	- 40,6	- 0,7	+ 0,0	+ 5,0	+ 3,3	+ 1,7	+ 1,9	- 0,2	- 0,1	Mai	
- 0,2	+ 0,3	+ 16,8	+ 9,4	+ 7,4	+ 7,8	- 0,4	- 0,0	- 4,5	+ 2,2	- 6,8	- 7,3	+ 0,5	+ 0,0	Juni	

IV. Banken

5. Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland an inländische Nichtbanken (Nicht-MFIs)*

Mrd €

Zeit	Kredite an inländische Nichtbanken insgesamt mit börsenfähige(n) Geldmarktpapieren(n), Wertpapiere(n), Ausgleichsforderungen		Kurzfristige Kredite						Mittel- und langfristige		
			an Unternehmen und Privatpersonen			an öffentliche Haushalte			insgesamt	an Unternehmen	
			insgesamt	zusammen	Buchkredite und Wechsel	börsenfähige Geldmarktpapiere	zusammen	Buchkredite			Schatzwechsel
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)											
2006	3 000,7	2 632,2	303,1	269,8	269,3	0,6	33,3	31,9	1,4	2 697,6	2 181,8
2007	2 975,7	2 649,5	331,2	301,8	301,5	0,3	29,4	28,2	1,2	2 644,6	2 168,3
2008	3 071,1	2 700,1	373,0	337,5	335,3	2,2	35,5	34,5	1,0	2 698,1	2 257,8
2009	3 100,1	2 692,6	347,3	306,3	306,2	0,1	41,0	37,1	3,9	2 752,8	2 299,7
2010	3 220,9	2 771,3	428,0	283,0	282,8	0,2	145,0	117,2	27,7	2 793,0	2 305,6
2011	3 197,8	2 775,4	383,3	316,5	316,1	0,4	66,8	60,7	6,0	2 814,5	2 321,9
2012	3 220,4	2 786,1	376,1	316,8	316,3	0,5	59,3	57,6	1,7	2 844,3	2 310,9
2013	3 131,6	2 693,2	269,1	217,7	217,0	0,6	51,4	50,8	0,6	2 862,6	2 328,6
2014	3 167,3	2 712,6	257,5	212,7	212,1	0,6	44,8	44,7	0,1	2 909,8	2 376,8
2015	3 233,9	2 764,4	255,5	207,8	207,6	0,2	47,8	47,5	0,2	2 978,3	2 451,4
2015 Jan.	3 191,5	2 726,0	267,9	214,7	214,0	0,7	53,1	52,8	0,4	2 923,7	2 388,4
Febr.	3 205,1	2 737,1	275,8	218,9	217,8	1,0	57,0	56,7	0,2	2 929,2	2 391,5
März	3 212,0	2 739,0	278,1	220,4	219,4	1,0	57,7	57,1	0,6	2 933,9	2 399,1
April	3 221,1	2 745,4	284,0	216,6	215,7	1,0	67,3	66,8	0,5	2 937,1	2 403,4
Mai	3 207,9	2 743,6	272,4	215,8	214,7	1,1	56,6	55,9	0,7	2 935,5	2 407,1
Juni	3 200,4	2 745,5	279,2	223,8	222,5	1,3	55,4	54,3	1,1	2 921,2	2 397,0
Juli	3 228,7	2 748,7	273,0	215,4	214,0	1,3	57,6	56,5	1,1	2 955,7	2 430,2
Aug.	3 230,9	2 751,4	269,4	214,0	212,9	1,1	55,5	54,6	0,9	2 961,4	2 432,5
Sept.	3 230,8	2 756,4	271,8	218,5	217,6	0,9	53,3	52,5	0,8	2 959,0	2 428,4
Okt.	3 232,0	2 764,9	268,0	212,4	211,7	0,7	55,6	54,8	0,8	2 964,0	2 433,8
Nov.	3 249,0	2 775,5	264,2	212,9	212,3	0,6	51,3	50,9	0,4	2 984,8	2 451,1
Dez.	3 233,9	2 764,4	255,5	207,8	207,6	0,2	47,8	47,5	0,2	2 978,3	2 451,4
2016 Jan.	3 238,7	2 771,4	259,0	208,1	207,7	0,4	50,9	50,5	0,3	2 979,7	2 452,5
Febr.	3 248,0	2 781,8	266,3	214,3	213,6	0,7	52,0	51,2	0,8	2 981,7	2 456,1
März	3 247,2	2 786,3	271,4	218,7	217,9	0,8	52,6	52,2	0,4	2 975,9	2 454,1
April	3 260,6	2 798,7	273,9	217,9	217,2	0,8	56,0	55,5	0,5	2 986,6	2 466,5
Mai	3 264,8	2 805,6	276,1	221,2	220,4	0,8	55,0	54,4	0,6	2 988,7	2 472,7
Juni	3 252,1	2 797,5	268,7	217,7	216,6	1,1	51,0	50,3	0,7	2 983,4	2 472,9
Veränderungen *)											
2007	- 15,9	+ 11,8	+ 27,6	+ 31,5	+ 31,7	- 0,2	- 3,9	- 3,7	- 0,3	- 43,5	- 7,1
2008	+ 92,0	+ 46,9	+ 43,1	+ 36,8	+ 34,9	+ 1,8	+ 6,3	+ 6,3	- 0,0	+ 48,9	+ 83,4
2009	+ 25,7	- 11,6	- 26,1	- 31,5	- 30,0	- 1,5	+ 5,5	+ 2,5	+ 2,9	+ 51,8	+ 36,6
2010	+ 130,5	+ 78,7	+ 80,4	- 23,4	- 23,5	+ 0,1	+ 103,8	+ 80,1	+ 23,7	+ 50,1	+ 14,9
2011	- 30,6	- 3,2	- 45,2	+ 33,6	+ 33,3	+ 0,2	- 78,7	- 57,0	- 21,7	+ 14,6	+ 9,4
2012	+ 21,0	+ 9,6	- 9,7	- 1,6	- 1,7	+ 0,1	- 8,2	- 3,8	- 4,3	+ 30,7	+ 10,9
2013	+ 4,4	+ 0,1	- 13,8	- 5,8	- 6,3	+ 0,5	- 8,0	- 7,0	- 1,1	+ 18,2	+ 17,6
2014	+ 36,7	+ 20,5	- 11,6	- 4,5	- 4,5	- 0,0	- 7,1	- 6,5	- 0,6	+ 48,3	+ 52,5
2015	+ 68,9	+ 54,1	+ 1,6	- 1,3	- 0,9	- 0,4	+ 2,9	+ 2,8	+ 0,1	+ 67,2	+ 73,9
2015 Jan.	+ 26,4	+ 15,5	+ 10,7	+ 2,4	+ 2,3	+ 0,1	+ 8,3	+ 8,0	+ 0,3	+ 15,7	+ 13,9
Febr.	+ 13,5	+ 11,2	+ 8,0	+ 4,1	+ 3,8	+ 0,3	+ 3,8	+ 4,0	- 0,1	+ 5,6	+ 3,1
März	+ 7,0	+ 1,9	+ 2,3	+ 1,5	+ 1,6	- 0,1	+ 0,7	+ 0,4	+ 0,3	+ 4,7	+ 7,6
April	+ 9,1	+ 6,4	+ 5,9	- 3,7	- 3,8	+ 0,0	+ 9,6	+ 9,7	- 0,0	+ 3,3	+ 4,3
Mai	- 13,1	- 1,6	- 11,4	- 0,7	- 0,8	+ 0,1	- 10,7	- 10,9	+ 0,1	- 1,6	+ 3,8
Juni	- 7,5	+ 1,9	+ 6,8	+ 8,0	+ 7,8	+ 0,2	- 1,2	- 1,6	+ 0,4	- 14,3	- 10,1
Juli	+ 28,3	+ 3,1	- 6,2	- 8,4	- 8,4	+ 0,0	+ 2,2	+ 2,2	- 0,0	+ 34,4	+ 31,9
Aug.	+ 2,3	+ 2,9	- 3,4	- 1,2	- 1,0	- 0,3	- 2,2	- 2,0	- 0,2	+ 5,7	+ 2,6
Sept.	- 0,1	+ 4,9	+ 2,4	+ 4,5	+ 4,7	- 0,2	- 2,1	- 2,1	- 0,1	- 2,4	- 3,4
Okt.	+ 1,2	+ 8,6	- 3,8	- 6,0	- 5,9	- 0,1	+ 2,2	+ 2,2	- 0,0	+ 5,1	+ 5,7
Nov.	+ 16,7	+ 10,3	- 0,9	+ 3,4	+ 3,5	- 0,1	- 4,3	- 3,9	- 0,4	+ 17,6	+ 14,1
Dez.	- 15,1	- 11,0	- 8,6	- 5,1	- 4,7	- 0,4	- 3,5	- 3,3	- 0,2	- 6,5	+ 0,3
2016 Jan.	+ 4,5	+ 6,7	+ 3,1	+ 0,0	- 0,1	+ 0,2	+ 3,1	+ 3,0	+ 0,1	+ 1,4	+ 1,1
Febr.	+ 9,6	+ 10,5	+ 7,6	+ 6,4	+ 6,1	+ 0,3	+ 1,2	+ 0,7	+ 0,4	+ 2,0	+ 3,6
März	- 0,8	+ 4,5	+ 5,3	+ 4,7	+ 4,6	+ 0,1	+ 0,6	+ 1,0	- 0,4	- 6,0	- 2,2
April	+ 13,3	+ 12,4	+ 2,6	- 0,8	- 0,8	- 0,0	+ 3,4	+ 3,3	+ 0,1	+ 10,7	+ 12,3
Mai	+ 5,7	+ 8,3	+ 2,2	+ 3,2	+ 3,2	+ 0,0	- 1,0	- 1,1	+ 0,1	+ 3,5	+ 7,7
Juni	- 11,9	- 7,3	- 6,6	- 2,6	- 2,9	+ 0,3	- 4,0	- 4,1	+ 0,1	- 5,3	+ 0,3

* Siehe Tab. IV. 2, Anm.*; statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrach-

ten. Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. 1 Ohne Schuldverschreibungen aus

IV. Banken

Kredite													Zeit
nehmen und Privatpersonen					an öffentliche Haushalte								
Buchkredite			Wert- papiere	Nach- richtlich: Treuhand- kredite	zu- sammen	Buchkredite			Wert- papiere 1)	Aus- gleichs- forde- rungen 2)	Nach- richtlich: Treuhand- kredite		
zu- sammen	mittel- fristig	lang- fristig				zu- sammen	mittel- fristig	lang- fristig					
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)													
1 972,7	194,5	1 778,1	209,1	48,2	515,8	358,4	31,7	326,6	157,4	–	4,8	2006	
1 987,3	207,7	1 779,6	181,1	46,5	476,2	332,5	31,9	300,6	143,7	–	4,7	2007	
2 022,0	222,0	1 800,0	235,8	42,8	440,3	308,2	29,7	278,5	132,1	–	4,5	2008	
2 051,3	242,7	1 808,6	248,4	39,6	453,1	298,0	32,2	265,8	155,1	–	4,3	2009	
2 070,0	238,1	1 831,8	235,7	30,7	487,3	301,2	36,1	265,1	186,1	–	3,1	2010	
2 099,5	247,9	1 851,7	222,4	32,7	492,6	299,1	41,1	258,0	193,5	–	3,6	2011	
2 119,5	249,7	1 869,8	191,4	31,4	533,4	292,7	39,4	253,3	240,7	–	3,5	2012	
2 136,9	248,0	1 888,9	191,7	28,9	534,0	288,4	38,8	249,7	245,6	–	2,7	2013	
2 172,7	251,7	1 921,0	204,2	24,4	532,9	283,1	33,5	249,6	249,8	–	2,1	2014	
2 232,4	256,0	1 976,3	219,0	18,3	527,0	277,0	27,9	249,0	250,0	–	2,1	2015	
2 175,2	252,5	1 922,7	213,2	24,0	535,3	284,0	32,7	251,3	251,3	–	2,1	2015 Jan.	
2 179,6	251,4	1 928,1	212,0	24,1	537,7	283,1	32,7	250,4	254,6	–	2,1	Febr.	
2 180,6	251,7	1 928,9	218,6	23,8	534,8	281,9	32,3	249,5	252,9	–	2,1	März	
2 182,1	250,5	1 931,7	221,3	23,7	533,7	280,8	29,5	251,3	252,9	–	2,1	April	
2 192,6	253,2	1 939,4	214,5	23,6	528,4	280,4	29,5	250,9	248,0	–	2,1	Mai	
2 190,5	251,5	1 939,0	206,5	23,3	524,2	278,3	28,7	249,5	246,0	–	2,0	Juni	
2 201,5	250,8	1 950,6	228,7	23,0	525,5	276,6	28,5	248,2	248,9	–	2,0	Juli	
2 208,2	251,0	1 957,2	224,4	22,9	528,9	275,7	28,2	247,6	253,1	–	2,0	Aug.	
2 208,7	251,2	1 957,4	219,7	22,9	530,6	277,5	29,3	248,2	253,1	–	2,0	Sept.	
2 220,0	253,2	1 966,8	213,8	22,7	530,2	278,5	29,3	249,2	251,8	–	2,0	Okt.	
2 233,7	256,1	1 977,6	217,4	22,5	533,8	278,6	28,1	250,5	255,1	–	2,0	Nov.	
2 232,4	256,0	1 976,3	219,0	18,3	527,0	277,0	27,9	249,0	250,0	–	2,1	Dez.	
2 235,3	257,1	1 978,3	217,2	18,2	527,2	277,8	27,7	250,1	249,4	–	2,1	2016 Jan.	
2 240,2	257,4	1 982,8	215,9	18,0	525,6	276,8	27,7	249,1	248,8	–	2,1	Febr.	
2 240,5	257,3	1 983,2	213,5	17,9	521,8	275,6	27,5	248,1	246,2	–	2,0	März	
2 249,9	258,6	1 991,3	216,6	17,8	520,1	276,1	27,5	248,7	244,0	–	2,0	April	
2 255,8	258,0	1 997,8	216,9	17,7	516,0	275,1	27,1	247,9	240,9	–	2,0	Mai	
2 257,0	258,7	1 998,3	216,0	17,8	510,4	273,5	26,9	246,6	236,9	–	1,8	Juni	
Veränderungen *)													
+ 9,6	+ 10,1	– 0,6	– 16,7	– 2,2	– 36,3	– 25,8	+ 0,1	– 26,0	– 10,5	–	– 0,1	2007	
+ 28,8	+ 12,0	+ 16,8	+ 54,7	– 5,3	– 34,5	– 23,2	– 2,3	– 20,8	– 11,4	–	– 0,1	2008	
+ 23,5	+ 17,3	+ 6,3	+ 13,1	– 3,9	+ 15,2	– 7,6	+ 2,5	– 10,2	+ 22,8	–	– 0,2	2009	
+ 18,6	– 4,0	+ 22,6	– 3,8	– 1,7	+ 35,2	+ 3,5	+ 3,5	– 0,0	+ 31,7	–	– 0,3	2010	
+ 22,6	+ 2,2	+ 20,4	– 13,2	– 1,0	+ 5,2	– 2,1	+ 4,9	– 7,0	+ 7,3	–	– 0,2	2011	
+ 21,6	+ 1,5	+ 20,1	– 10,7	– 1,1	+ 19,8	– 6,6	– 1,9	– 4,7	+ 26,4	–	– 0,2	2012	
+ 17,7	– 0,1	+ 17,8	– 0,1	– 2,5	+ 0,6	– 4,3	– 0,7	– 3,6	+ 4,9	–	– 0,8	2013	
+ 39,9	+ 5,6	+ 34,3	+ 12,5	– 1,8	– 4,1	– 8,5	– 5,1	– 3,4	+ 4,3	–	– 0,2	2014	
+ 59,0	+ 4,5	+ 54,6	+ 14,8	– 2,1	– 6,6	– 6,9	– 4,8	– 2,0	+ 0,2	–	+ 0,0	2015	
+ 4,8	+ 1,6	+ 3,2	+ 9,1	– 0,4	+ 1,8	+ 0,4	– 0,9	+ 1,2	+ 1,5	–	– 0,0	2015 Jan.	
+ 4,4	– 1,1	+ 5,4	+ 1,2	+ 0,1	+ 2,4	– 0,9	– 0,0	– 0,9	+ 3,4	–	–	Febr.	
+ 1,0	+ 0,2	+ 0,8	+ 6,6	– 0,2	– 2,9	– 1,2	– 0,3	– 0,9	– 1,7	–	– 0,0	März	
+ 1,6	– 1,2	+ 2,8	+ 2,7	– 0,1	– 1,0	– 1,1	– 1,8	+ 0,7	+ 0,0	–	– 0,0	April	
+ 10,6	+ 2,8	+ 7,8	– 6,8	– 0,1	– 5,5	– 0,5	– 0,1	– 0,5	– 4,9	–	– 0,0	Mai	
– 2,1	– 1,7	– 0,4	– 8,0	– 0,3	– 4,2	– 2,1	– 0,7	– 1,4	– 2,0	–	– 0,1	Juni	
+ 9,7	– 0,7	+ 10,4	+ 22,2	– 0,3	+ 2,5	– 0,4	– 0,2	– 0,2	+ 2,9	–	– 0,0	Juli	
+ 6,9	+ 0,1	+ 6,8	– 4,3	– 0,1	+ 3,1	– 1,1	– 0,3	– 0,8	+ 4,3	–	– 0,0	Aug.	
+ 1,3	+ 0,6	+ 0,7	– 4,7	– 0,1	+ 1,0	+ 1,0	+ 0,9	+ 0,2	– 0,1	–	– 0,0	Sept.	
+ 11,6	+ 1,9	+ 9,7	– 5,9	– 0,1	– 0,7	+ 0,6	– 0,1	+ 0,7	– 1,3	–	– 0,0	Okt.	
+ 10,5	+ 2,0	+ 8,6	+ 3,6	– 0,2	+ 3,5	+ 0,2	– 1,1	+ 1,3	+ 3,4	–	–	Nov.	
– 1,3	– 0,1	– 1,2	+ 1,6	– 0,2	– 6,8	– 1,7	– 0,2	– 1,5	– 5,1	–	+ 0,1	Dez.	
+ 3,0	+ 0,4	+ 2,5	– 1,8	– 0,1	+ 0,2	+ 0,9	– 0,2	+ 1,1	– 0,6	–	+ 0,0	2016 Jan.	
+ 4,8	+ 1,0	+ 3,7	– 1,1	– 0,1	– 1,7	– 1,1	– 0,0	– 1,0	– 0,6	–	+ 0,0	Febr.	
+ 0,2	– 0,1	+ 0,2	– 2,4	– 0,2	– 3,8	– 1,2	– 0,2	– 1,0	– 2,6	–	– 0,1	März	
+ 9,2	+ 1,2	+ 8,0	+ 3,0	– 0,0	– 1,6	+ 0,6	– 0,0	+ 0,6	– 2,2	–	– 0,0	April	
+ 7,4	+ 0,8	+ 6,6	+ 0,3	– 0,1	– 4,2	– 1,1	– 0,4	– 0,8	– 3,1	–	– 0,0	Mai	
+ 1,3	+ 0,7	+ 0,6	– 0,9	+ 0,1	– 5,6	– 1,6	– 0,2	– 1,4	– 4,0	–	– 0,2	Juni	

dem Umtausch von Ausgleichsforderungen; siehe auch Anm. 2. 2 Einschl. Schuldver-
schreibungen aus dem Umtausch von Ausgleichsforderungen.

IV. Banken

6. Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland an inländische Unternehmen und Privatpersonen, Wohnungsbaukredite, Wirtschaftsbereiche *)

Mrd €

Kredite an inländische Unternehmen und Privatpersonen (ohne Bestände an börsenfähigen Geldmarktpapieren und ohne Wertpapierbestände) 1)														
Zeit	darunter:				Kredite an Unternehmen und Selbständige									
	insgesamt	Hypothekarkredite insgesamt	Kredite für den Wohnungsbau		zusammen	darunter Kredite für den Wohnungsbau	Verarbeitendes Gewerbe	Energie- und Wasserversorgung, Entsorgung, Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	Baugewerbe	Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei und Aquakultur	Verkehr und Lagerei, Nachrichtenübermittlung	Finanzierungsinstitutionen (ohne MFIs) und Versicherungsunternehmen	
			zusammen	Hypothekarkredite auf Wohngrundstücke										sonstige Kredite für den Wohnungsbau
Kredite insgesamt														
Stand am Jahres- bzw. Quartalsende *)														
2014	2 384,8	1 225,7	1 188,7	984,3	204,4	1 291,6	328,3	122,9	100,1	59,8	123,7	47,8	68,4	124,8
2015 Juni	2 413,0	1 234,8	1 205,1	992,0	213,1	1 309,4	334,8	128,1	99,4	61,4	123,2	49,1	67,1	130,2
Sept.	2 426,3	1 244,5	1 218,5	1 001,2	217,3	1 309,0	336,5	127,5	100,6	61,7	125,3	50,0	65,6	129,5
Dez.	2 440,0	1 253,3	1 230,2	1 010,4	219,8	1 314,2	339,6	127,4	100,9	60,5	125,2	50,0	65,3	130,5
2016 März	2 458,5	1 227,2	1 235,2	987,0	248,2	1 328,6	342,5	133,3	101,9	62,2	126,6	50,1	62,6	131,6
Juni	2 473,6	1 235,1	1 248,0	996,2	251,8	1 332,0	345,8	131,5	101,7	62,7	125,4	50,9	59,0	133,7
Kurzfristige Kredite														
2014	212,1	–	7,6	–	7,6	177,2	3,9	32,5	6,0	11,8	41,2	3,6	5,9	23,2
2015 Juni	222,5	–	8,3	–	8,3	188,3	4,2	35,5	5,5	12,9	41,4	4,3	6,0	27,7
Sept.	217,6	–	8,5	–	8,5	183,3	4,3	34,6	5,3	12,8	43,5	4,4	5,2	26,6
Dez.	207,6	–	8,5	–	8,5	173,8	4,3	33,7	4,7	11,5	42,0	3,9	5,3	24,1
2016 März	218,0	–	7,7	–	7,7	185,1	4,1	39,4	4,9	13,0	43,6	4,0	5,3	24,6
Juni	216,7	–	7,9	–	7,9	184,6	4,3	37,0	4,7	13,1	42,1	4,2	5,1	27,2
Mittelfristige Kredite														
2014	251,7	–	35,8	–	35,8	178,4	13,4	23,5	5,4	9,9	16,6	4,2	11,4	39,2
2015 Juni	251,5	–	35,7	–	35,7	177,9	13,6	24,3	5,2	10,2	16,1	4,3	11,5	39,3
Sept.	251,2	–	35,5	–	35,5	176,8	13,4	24,0	5,1	10,3	15,8	4,4	11,3	39,3
Dez.	256,0	–	35,2	–	35,2	181,3	13,3	23,8	5,1	10,4	16,4	4,4	11,7	41,1
2016 März	257,3	–	34,8	–	34,8	181,8	13,2	23,9	5,1	10,4	16,2	4,5	11,5	41,2
Juni	258,7	–	34,7	–	34,7	182,1	13,2	23,7	5,1	10,5	16,6	4,5	11,1	40,4
Langfristige Kredite														
2014	1 921,0	1 225,7	1 145,2	984,3	160,9	936,1	310,9	66,9	88,8	38,1	65,8	39,9	51,2	62,3
2015 Juni	1 939,0	1 234,8	1 161,1	992,0	169,1	943,3	317,0	68,3	88,8	38,3	65,7	40,5	49,7	63,2
Sept.	1 957,4	1 244,5	1 174,5	1 001,2	173,3	948,9	318,8	68,8	90,2	38,5	66,0	41,2	49,0	63,6
Dez.	1 976,3	1 253,3	1 186,4	1 010,4	176,0	959,1	322,0	70,0	91,2	38,5	66,9	41,7	48,3	65,3
2016 März	1 983,2	1 227,2	1 192,7	987,0	205,7	961,7	325,3	70,1	91,9	38,8	66,8	41,7	45,8	65,8
Juni	1 998,2	1 235,1	1 205,5	996,2	209,3	965,4	328,3	70,8	91,9	39,1	66,8	42,1	42,8	66,0
Kredite insgesamt														
Veränderungen im Vierteljahr *)														
2015 2.Vj.	+ 13,3	+ 4,7	+ 12,6	+ 7,5	+ 5,2	+ 4,1	+ 4,4	+ 0,7	– 0,1	+ 0,5	– 1,8	+ 1,0	– 2,9	+ 1,8
3.Vj.	+ 13,2	+ 9,8	+ 13,6	+ 9,3	+ 4,3	– 0,6	+ 2,0	– 0,5	– 0,1	+ 0,1	+ 2,1	+ 0,9	– 1,4	– 0,6
4.Vj.	+ 13,7	+ 9,0	+ 11,4	+ 9,0	+ 2,4	+ 5,0	+ 3,1	– 0,4	+ 0,7	– 1,1	+ 0,1	+ 0,0	– 0,0	+ 1,2
2016 1.Vj.	+ 18,5	+ 3,5	+ 5,5	+ 5,4	+ 0,2	+ 14,1	+ 2,9	+ 5,9	+ 1,0	+ 1,8	+ 1,0	+ 0,1	– 2,8	+ 1,0
2.Vj.	+ 17,4	+ 6,9	+ 12,8	+ 8,8	+ 4,0	+ 5,7	+ 3,4	– 1,1	– 0,1	+ 0,5	– 1,0	+ 0,6	– 3,7	+ 3,3
Kurzfristige Kredite														
2015 2.Vj.	+ 3,2	–	+ 0,6	–	+ 0,6	+ 3,9	+ 0,3	+ 0,7	– 0,5	– 0,0	– 0,9	+ 0,4	– 0,3	+ 2,1
3.Vj.	– 4,7	–	+ 0,1	–	+ 0,1	– 4,8	+ 0,0	– 0,8	– 0,2	– 0,2	+ 2,0	+ 0,0	– 0,7	– 1,2
4.Vj.	– 7,1	–	+ 0,1	–	+ 0,1	– 7,1	+ 0,0	– 0,7	– 0,1	– 1,3	– 1,1	– 0,5	+ 0,3	– 2,2
2016 1.Vj.	+ 10,6	–	– 0,2	–	– 0,2	+ 11,4	– 0,0	+ 5,7	+ 0,2	+ 1,5	+ 1,4	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,4
2.Vj.	– 0,5	–	+ 0,1	–	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,2	– 1,8	– 0,2	+ 0,1	– 1,4	+ 0,3	– 0,3	+ 2,6
Mittelfristige Kredite														
2015 2.Vj.	– 0,1	–	+ 0,4	–	+ 0,4	– 1,2	+ 0,5	– 0,3	– 0,1	+ 0,3	– 0,2	+ 0,1	– 0,2	– 0,1
3.Vj.	– 0,0	–	– 0,2	–	– 0,2	– 0,8	– 0,2	– 0,2	– 0,1	+ 0,1	– 0,3	+ 0,1	– 0,1	+ 0,1
4.Vj.	+ 3,8	–	– 0,3	–	– 0,3	+ 3,4	– 0,1	– 0,4	– 0,0	+ 0,1	+ 0,5	+ 0,0	+ 0,4	+ 1,6
2016 1.Vj.	+ 1,4	–	– 0,4	–	– 0,4	+ 0,5	– 0,1	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,0	– 0,2	+ 0,0	– 0,3	+ 0,1
2.Vj.	+ 2,7	–	– 0,2	–	– 0,2	+ 1,7	– 0,1	– 0,0	+ 0,0	+ 0,1	+ 0,4	– 0,1	– 0,3	+ 0,3
Langfristige Kredite														
2015 2.Vj.	+ 10,2	+ 4,7	+ 11,6	+ 7,5	+ 4,1	+ 1,3	+ 3,6	+ 0,3	+ 0,5	+ 0,3	– 0,6	+ 0,4	– 2,4	– 0,2
3.Vj.	+ 17,9	+ 9,8	+ 13,7	+ 9,3	+ 4,4	+ 5,0	+ 2,2	+ 0,5	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,7	– 0,5	+ 0,6
4.Vj.	+ 17,0	+ 9,0	+ 11,7	+ 9,0	+ 2,7	+ 8,6	+ 3,2	+ 0,7	+ 0,7	+ 0,1	+ 0,5	+ 0,5	– 0,7	+ 1,8
2016 1.Vj.	+ 6,5	+ 3,5	+ 6,1	+ 5,4	+ 0,8	+ 2,1	+ 3,1	+ 0,1	+ 0,7	+ 0,2	– 0,2	+ 0,0	– 2,6	+ 0,6
2.Vj.	+ 15,2	+ 6,9	+ 12,8	+ 8,8	+ 4,1	+ 3,8	+ 3,2	+ 0,7	+ 0,0	+ 0,2	– 0,1	+ 0,4	– 3,1	+ 0,4

* Ohne Kredite der Auslandsfilialen. Aufgliederung der Kredite der Bausparkassen nach Bereichen und Branchen geschätzt. Statistische Brüche sind in den Verände-

runge ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten; Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im

IV. Banken

Dienstleistungsgewerbe (einschl. freier Berufe)				nachrichtlich:		Kredite an wirtschaftlich unselbständige und sonstige Privatpersonen					Kredite an Organisationen ohne Erwerbszweck		Zeit	
zusammen	darunter:			Kredite an Selbstständige 2)	Kredite an das Handwerk	zusammen	Kredite für den Wohnungsbau	sonstige Kredite			zusammen	darunter Kredite für den Wohnungsbau		
	Wohnungsunternehmen	Beteiligungsgesellschaften	Sonstiges Grundstücks-wesen					Ratenkredite 3)	Debitsalden auf Lohn-, Gehalts-, Renten- und Pensionskonten					
Stand am Jahres- bzw. Quartalsende *)														Kredite insgesamt
644,1	188,1	33,9	173,8	389,8	47,9	1 078,6	856,6	222,0	150,0	10,7	14,5	3,8	2014	
650,7	190,9	34,8	174,6	393,1	48,1	1 089,6	866,8	222,8	151,6	11,0	14,1	3,5	2015 Juni	
649,0	191,5	32,0	175,9	394,7	47,7	1 103,0	878,4	224,6	153,6	11,0	14,2	3,6	2015 Sept.	
654,3	193,4	32,4	176,5	395,6	46,8	1 111,6	887,1	224,6	154,4	10,1	14,2	3,5	2015 Dez.	
660,2	194,8	34,4	177,4	397,2	47,1	1 115,9	889,2	226,6	156,8	10,3	14,1	3,4	2016 März	
667,2	198,4	34,6	178,1	399,4	46,9	1 127,6	898,7	228,9	159,6	9,8	14,0	3,5	2016 Juni	
Kurzfristige Kredite														
52,9	8,5	6,1	11,8	26,6	6,2	34,2	3,7	30,5	1,9	10,7	0,7	0,0	2014	
54,9	8,6	6,9	10,9	27,0	6,6	33,7	4,1	29,5	1,9	11,0	0,6	0,0	2015 Juni	
51,0	8,6	6,2	10,4	26,1	6,3	33,8	4,2	29,6	1,7	11,0	0,6	0,0	2015 Sept.	
48,7	8,7	4,9	10,7	25,4	5,6	33,2	4,2	29,0	1,7	10,1	0,5	0,0	2015 Dez.	
50,3	8,1	6,5	10,5	25,6	6,2	32,4	3,7	28,7	1,8	10,3	0,5	0,0	2016 März	
51,2	8,6	6,1	10,7	25,5	5,9	31,6	3,6	28,1	1,8	9,8	0,5	0,0	2016 Juni	
Mittelfristige Kredite														
68,2	9,4	7,0	19,8	32,0	3,5	72,8	22,4	50,4	45,2	-	0,5	0,0	2014	
66,9	9,9	7,0	19,4	32,1	3,6	73,2	22,0	51,2	46,2	-	0,5	0,0	2015 Juni	
66,5	9,9	7,0	19,5	32,3	3,5	73,9	22,1	51,9	46,9	-	0,5	0,0	2015 Sept.	
68,4	10,1	7,3	19,3	32,4	3,5	74,2	21,9	52,3	47,4	-	0,6	0,0	2015 Dez.	
69,1	10,1	7,2	19,4	32,7	3,5	74,9	21,5	53,3	48,1	-	0,6	0,0	2016 März	
70,1	10,6	7,3	19,0	33,0	3,6	76,0	21,4	54,6	49,3	-	0,6	0,0	2016 Juni	
Langfristige Kredite														
523,0	170,2	20,9	142,2	331,2	38,2	971,6	830,5	141,1	102,8	-	13,4	3,7	2014	
528,8	172,4	20,8	144,3	333,9	37,9	982,7	840,6	142,1	103,6	-	13,0	3,5	2015 Juni	
531,5	173,0	18,8	146,0	336,3	37,9	995,3	852,1	143,2	105,0	-	13,2	3,6	2015 Sept.	
537,3	174,6	20,2	146,5	337,8	37,7	1 004,2	861,0	143,3	105,3	-	13,0	3,5	2015 Dez.	
540,8	176,7	20,7	147,6	338,9	37,4	1 008,6	864,0	144,6	106,9	-	13,0	3,4	2016 März	
545,9	179,2	21,2	148,5	340,9	37,4	1 019,9	873,7	146,2	108,6	-	13,0	3,4	2016 Juni	
Veränderungen im Vierteljahr *)														Kredite insgesamt
+ 4,9	+ 2,0	+ 1,0	+ 0,9	+ 2,3	- 0,1	+ 9,6	+ 8,6	+ 1,0	+ 1,7	- 0,3	- 0,3	- 0,3	2015 2.Vj.	
- 1,1	+ 0,6	- 1,1	+ 1,4	+ 1,9	- 0,3	+ 13,5	+ 11,5	+ 2,0	+ 1,9	+ 0,0	+ 0,3	+ 0,1	2015 3.Vj.	
+ 4,6	+ 2,0	+ 0,3	+ 0,6	+ 0,8	- 0,9	+ 9,0	+ 8,5	+ 0,6	+ 1,0	- 0,9	- 0,3	- 0,1	2015 4.Vj.	
+ 6,1	+ 1,8	+ 1,8	+ 0,9	+ 1,1	+ 0,6	+ 4,4	+ 2,6	+ 1,7	+ 1,9	+ 0,2	- 0,0	- 0,0	2016 1.Vj.	
+ 7,3	+ 3,1	+ 0,1	+ 1,3	+ 2,1	- 0,1	+ 11,8	+ 9,4	+ 2,4	+ 2,9	- 0,5	- 0,0	+ 0,0	2016 2.Vj.	
Kurzfristige Kredite														
+ 2,4	+ 0,3	+ 1,0	- 0,1	- 0,1	- 0,2	- 0,5	+ 0,3	- 0,9	- 0,2	- 0,3	- 0,1	- 0,0	2015 2.Vj.	
- 3,7	+ 0,1	- 0,7	- 0,4	- 1,0	- 0,2	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,0	- 0,1	+ 0,0	- 0,0	+ 0,0	2015 3.Vj.	
- 1,6	+ 0,1	- 1,1	+ 0,4	- 0,9	- 0,8	+ 0,0	+ 0,0	- 0,0	+ 0,1	- 0,9	- 0,0	+ 0,0	2015 4.Vj.	
+ 2,1	- 0,4	+ 1,7	- 0,2	+ 0,2	+ 0,6	- 0,8	- 0,2	- 0,7	+ 0,1	+ 0,2	- 0,0	+ 0,0	2016 1.Vj.	
+ 0,9	+ 0,5	- 0,5	+ 0,2	- 0,2	- 0,3	- 0,7	- 0,1	- 0,6	- 0,1	- 0,5	- 0,0	-	2016 2.Vj.	
Mittelfristige Kredite														
- 0,6	+ 0,2	- 0,2	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,1	+ 1,1	- 0,1	+ 1,1	+ 1,2	-	+ 0,0	- 0,0	2015 2.Vj.	
- 0,3	- 0,0	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,1	- 0,1	+ 0,7	+ 0,1	+ 0,7	+ 0,7	-	+ 0,0	+ 0,0	2015 3.Vj.	
+ 1,3	+ 0,1	+ 0,3	- 0,2	+ 0,1	- 0,0	+ 0,4	- 0,2	+ 0,6	+ 0,5	-	-	- 0,0	2015 4.Vj.	
+ 0,8	- 0,0	- 0,2	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,8	- 0,3	+ 1,1	+ 0,7	-	+ 0,0	+ 0,0	2016 1.Vj.	
+ 1,2	+ 0,5	+ 0,0	- 0,2	+ 0,4	+ 0,1	+ 1,1	- 0,1	+ 1,2	+ 1,2	-	- 0,0	+ 0,0	2016 2.Vj.	
Langfristige Kredite														
+ 3,2	+ 1,5	+ 0,2	+ 0,7	+ 2,3	- 0,1	+ 9,1	+ 8,3	+ 0,8	+ 0,7	-	- 0,2	- 0,3	2015 2.Vj.	
+ 2,9	+ 0,5	- 0,5	+ 1,7	+ 2,8	- 0,0	+ 12,7	+ 11,4	+ 1,3	+ 1,4	-	+ 0,3	+ 0,1	2015 3.Vj.	
+ 5,0	+ 1,7	+ 1,0	+ 0,5	+ 1,5	- 0,2	+ 8,6	+ 8,6	+ 0,0	+ 0,4	-	- 0,2	- 0,1	2015 4.Vj.	
+ 3,2	+ 2,2	+ 0,3	+ 1,0	+ 0,8	- 0,1	+ 4,4	+ 3,1	+ 1,3	+ 1,1	-	+ 0,0	- 0,0	2016 1.Vj.	
+ 5,2	+ 2,1	+ 0,5	+ 1,3	+ 1,9	+ 0,1	+ 11,4	+ 9,6	+ 1,8	+ 1,7	-	- 0,0	+ 0,0	2016 2.Vj.	

folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. 1 Ohne Treuhandkredite. 2 Einschl. Einzelkaufleute. 3 Ohne Hypothekarkredite und ohne

Kredite für den Wohnungsbau, auch wenn sie in Form von Ratenkrediten gewährt worden sind.

IV. Banken

7. Einlagen und aufgenommene Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland von inländischen Nichtbanken (Nicht-MFIs)*

Mrd €

Zeit	Einlagen und aufgenommene Kredite insgesamt	Sichteinlagen	Termineinlagen 1) 2)					Spareinlagen 3)	Sparbriefe 4)	Nachrichtlich:					
			insgesamt	mit Befristung bis 1 Jahr einschl.	mit Befristung von über 1 Jahr 2)					Treuhandkredite	Nachrangige Verbindlichkeiten (ohne börsenfähige Schuldverschreibungen)	Verbindlichkeiten aus Repos			
					zusammen	bis 2 Jahre einschl.	über 2 Jahre								
Inländische Nichtbanken insgesamt														Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)	
2013	3 048,7	1 409,9	952,0	254,8	697,2	29,7	667,5	610,1	76,6	32,9	29,0	5,4			
2014	3 118,2	1 517,8	926,7	257,0	669,7	29,4	640,3	607,8	66,0	30,9	26,2	1,7			
2015	3 224,7	1 673,7	898,4	243,0	655,4	37,3	618,1	596,5	56,1	29,3	20,5	0,5			
2015 Juli	3 179,3	1 612,9	910,4	241,8	668,6	33,6	635,1	596,4	59,5	29,5	22,8	1,7			
Aug.	3 193,8	1 630,7	909,1	241,4	667,7	33,5	634,2	595,2	58,8	29,5	22,7	2,7			
Sept.	3 186,8	1 630,7	903,5	238,9	664,6	33,2	631,4	594,6	58,1	29,5	22,7	2,6			
Okt.	3 197,7	1 655,5	890,2	231,6	658,6	34,7	623,9	594,6	57,5	29,5	22,7	1,9			
Nov.	3 224,8	1 676,9	896,7	239,6	657,1	35,1	622,0	594,3	56,8	29,5	22,5	2,0			
Dez.	3 224,7	1 673,7	898,4	243,0	655,4	37,3	618,1	596,5	56,1	29,3	20,5	0,5			
2016 Jan.	3 233,8	1 689,6	893,3	236,2	657,1	39,0	618,1	596,1	54,8	29,3	20,1	0,5			
Febr.	3 236,2	1 697,4	887,8	232,0	655,9	39,5	616,4	596,4	54,6	29,3	19,9	0,8			
März	3 231,2	1 687,4	894,9	236,4	658,5	41,4	617,1	594,5	54,4	29,1	19,8	1,6			
April	3 249,8	1 709,6	893,5	235,9	657,7	42,2	615,5	592,7	54,0	29,0	19,7	1,7			
Mai	3 262,7	1 721,8	896,1	237,7	658,3	41,9	616,5	591,2	53,7	29,0	19,6	1,5			
Juni	3 259,9	1 722,6	894,1	235,9	658,2	42,8	615,4	590,0	53,1	28,7	19,5	1,5			
Veränderungen *)															
2014	+ 69,7	+ 107,9	- 25,3	+ 2,5	- 27,8	- 0,5	- 27,3	- 2,4	- 10,6	- 2,0	- 2,8	- 3,7			
2015	+ 106,5	+ 156,2	- 28,3	- 13,6	- 14,7	+ 7,6	- 22,3	- 11,3	- 10,1	- 1,6	- 5,7	- 1,2			
2015 Juli	+ 27,5	+ 12,9	+ 17,7	- 0,8	+ 18,5	+ 0,7	+ 17,8	- 1,9	- 1,1	- 0,1	- 0,3	- 0,6			
Aug.	+ 14,5	+ 17,8	- 1,3	- 0,3	- 1,0	- 0,1	- 0,9	- 1,3	- 0,7	+ 0,0	- 0,1	+ 1,1			
Sept.	- 7,0	- 0,1	- 5,6	- 2,6	- 3,0	- 0,2	- 2,8	- 0,6	- 0,7	- 0,1	+ 0,0	- 0,1			
Okt.	+ 10,9	+ 24,8	- 13,3	- 7,2	- 6,0	+ 1,5	- 7,5	+ 0,1	- 0,6	- 0,0	- 0,0	- 0,7			
Nov.	+ 27,0	+ 21,5	+ 6,5	+ 8,0	- 1,5	+ 0,4	- 2,0	- 0,3	- 0,6	- 0,0	- 0,2	+ 0,1			
Dez.	- 0,0	- 3,2	+ 1,7	+ 3,4	- 1,7	+ 2,2	- 3,8	+ 2,2	- 0,7	- 0,2	- 2,0	- 1,5			
2016 Jan.	+ 9,1	+ 15,8	- 5,8	- 7,2	+ 1,4	+ 1,7	- 0,3	- 0,4	- 0,6	+ 0,0	- 0,4	- 0,1			
Febr.	+ 4,8	+ 7,9	- 3,1	- 2,8	- 0,4	+ 1,0	- 1,4	+ 0,3	- 0,2	- 0,0	- 0,1	+ 0,4			
März	- 5,0	- 10,0	+ 7,0	+ 4,4	+ 2,6	+ 1,9	+ 0,7	- 1,9	- 0,2	- 0,2	- 0,1	+ 0,8			
April	+ 18,6	+ 22,2	- 1,3	- 0,5	- 0,9	+ 0,8	- 1,7	- 1,8	- 0,5	- 0,1	- 0,1	+ 0,1			
Mai	+ 12,9	+ 12,9	+ 2,5	+ 1,9	+ 0,7	- 0,3	+ 1,0	- 1,5	- 0,3	- 0,0	- 0,1	- 0,2			
Juni	- 2,5	+ 0,2	- 1,7	- 1,6	- 0,1	+ 0,9	- 1,0	- 1,1	- 0,5	- 0,3	- 0,1	- 0,0			
Inländische öffentliche Haushalte														Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)	
2013	183,0	48,2	129,6	81,1	48,5	5,7	42,8	3,6	1,6	30,7	4,8	4,7			
2014	186,7	52,4	128,2	84,5	43,7	7,5	36,2	3,8	2,3	29,1	4,8	0,5			
2015	197,4	57,6	132,6	87,7	44,9	10,2	34,7	3,7	3,5	27,9	2,7	0,5			
2015 Juli	189,2	54,0	128,1	84,2	43,9	9,7	34,2	3,7	3,4	28,2	2,8	1,3			
Aug.	197,1	60,8	129,2	85,3	43,8	9,7	34,1	3,7	3,5	28,2	2,8	1,9			
Sept.	197,4	59,8	130,4	86,4	44,0	9,7	34,3	3,7	3,5	28,1	2,9	2,1			
Okt.	191,6	58,7	125,6	81,3	44,3	9,8	34,5	3,7	3,5	28,1	2,9	1,6			
Nov.	200,5	58,4	134,7	90,7	44,0	9,5	34,5	3,7	3,5	28,1	2,8	1,6			
Dez.	197,4	57,6	132,6	87,7	44,9	10,2	34,7	3,7	3,5	27,9	2,7	0,5			
2016 Jan.	193,0	56,6	129,2	83,9	45,3	10,6	34,7	3,7	3,6	27,9	2,7	0,1			
Febr.	194,5	61,4	125,9	80,4	45,6	10,6	34,9	3,6	3,6	27,9	2,7	0,5			
März	198,3	60,5	130,5	84,1	46,4	10,9	35,5	3,6	3,7	27,7	2,7	1,2			
April	196,0	60,8	127,7	79,9	47,8	11,0	36,9	3,7	3,7	27,6	2,6	1,3			
Mai	204,3	63,5	133,0	84,4	48,6	11,2	37,4	3,8	4,0	27,6	2,6	1,1			
Juni	204,0	62,1	134,0	84,6	49,4	11,6	37,8	3,9	4,0	27,3	2,6	0,2			
Veränderungen *)															
2014	- 1,2	+ 1,9	- 3,9	+ 2,5	- 6,4	+ 1,0	- 7,4	+ 0,1	+ 0,7	- 1,6	- 0,1	- 4,2			
2015	+ 10,1	+ 5,2	+ 3,7	+ 2,9	+ 0,8	+ 2,5	- 1,7	- 0,0	+ 1,2	- 1,2	- 2,1	+ 0,1			
2015 Juli	- 4,7	- 3,8	- 1,1	- 0,7	- 0,4	+ 0,1	- 0,4	- 0,0	+ 0,2	- 0,1	+ 0,0	- 0,2			
Aug.	+ 7,9	+ 6,8	+ 1,1	+ 1,2	- 0,1	+ 0,0	- 0,1	- 0,1	+ 0,1	+ 0,0	-	+ 0,6			
Sept.	+ 0,2	- 1,0	+ 1,1	+ 1,1	+ 0,1	- 0,1	+ 0,2	+ 0,0	+ 0,0	- 0,1	+ 0,1	+ 0,2			
Okt.	- 6,2	- 1,1	- 5,1	- 5,4	+ 0,3	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,0	- 0,0	+ 0,0	+ 0,0	- 0,5			
Nov.	+ 8,8	- 0,3	+ 9,1	+ 9,3	- 0,2	- 0,2	+ 0,0	+ 0,0	+ 0,0	- 0,0	- 0,1	+ 0,0			
Dez.	- 3,0	- 0,9	- 2,1	- 2,9	+ 0,8	+ 0,7	+ 0,2	- 0,0	+ 0,0	- 0,2	- 0,1	- 1,0			
2016 Jan.	- 4,5	- 1,0	- 3,5	- 3,9	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,0	- 0,1	+ 0,0	+ 0,0	- 0,0	- 0,4			
Febr.	+ 3,0	+ 4,8	- 1,8	- 2,4	+ 0,6	+ 0,3	+ 0,3	- 0,0	+ 0,0	- 0,0	- 0,0	+ 0,4			
März	+ 3,8	- 0,9	+ 4,6	+ 3,8	+ 0,8	+ 0,2	+ 0,6	+ 0,0	+ 0,1	- 0,2	- 0,0	+ 0,8			
April	- 2,3	+ 0,4	- 2,8	- 4,3	+ 1,5	+ 0,1	+ 1,4	+ 0,1	-	- 0,1	- 0,0	+ 0,1			
Mai	+ 8,2	+ 2,6	+ 5,2	+ 4,5	+ 0,8	+ 0,2	+ 0,6	+ 0,1	+ 0,2	- 0,0	- 0,0	- 0,2			
Juni	- 0,3	- 1,4	+ 1,0	+ 0,2	+ 0,9	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,1	+ 0,0	- 0,3	- 0,0	- 0,9			

* Siehe Tab. IV. 2, Anm.*; statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten.

Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. 1 Einschl. nachrangiger Verbindlichkeiten.

IV. Banken

noch: 7. Einlagen und aufgenommene Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland von inländischen Nichtbanken (Nicht-MFIs)*

Mrd €

Zeit	Einlagen und aufgenommene Kredite insgesamt	Sichteinlagen	Termineinlagen 1) 2)					Spareinlagen 3)	Sparbriefe 4)	Nachrichtlich:			
			insgesamt	mit Befristung bis 1 Jahr einschl.	mit Befristung von über 1 Jahr 2)					Treuhanderkredite	Nachrangige Verbindlichkeiten (ohne börsenfähige Schuldverschreibungen)	Verbindlichkeiten aus Repos	
					zusammen	bis 2 Jahre einschl.	über 2 Jahre						
Inländische Unternehmen und Privatpersonen													
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)													
2013	2 865,7	1 361,7	822,4	173,7	648,7	24,0	624,7	606,5	75,0	2,2	24,2	0,7	
2014	2 931,5	1 465,4	798,4	172,5	625,9	21,8	604,1	604,0	63,7	1,8	21,5	1,2	
2015	3 027,3	1 616,1	765,8	155,3	610,5	27,1	583,5	592,7	52,6	1,4	17,8	-	
2015 Juli	2 990,1	1 558,9	782,3	157,6	624,7	23,8	600,9	592,7	56,1	1,4	20,0	0,4	
Aug.	2 996,7	1 569,9	780,0	156,1	623,9	23,8	600,1	591,5	55,3	1,4	19,9	0,8	
Sept.	2 989,4	1 570,9	773,0	152,4	620,6	23,5	597,1	590,9	54,6	1,4	19,8	0,5	
Okt.	3 006,2	1 596,7	764,6	150,3	614,3	24,9	589,4	590,9	53,9	1,3	19,8	0,3	
Nov.	3 024,3	1 618,5	762,0	149,0	613,0	25,6	587,5	590,5	53,3	1,4	19,7	0,4	
Dez.	3 027,3	1 616,1	765,8	155,3	610,5	27,1	583,5	592,7	52,6	1,4	17,8	-	
2016 Jan.	3 040,8	1 633,0	764,1	152,3	611,8	28,4	583,5	592,4	51,3	1,4	17,4	0,4	
Febr.	3 041,7	1 636,1	761,9	151,6	610,3	28,8	581,5	592,7	51,0	1,4	17,2	0,3	
März	3 032,9	1 626,9	764,4	152,2	612,2	30,5	581,6	590,9	50,7	1,4	17,2	0,3	
April	3 053,8	1 648,8	765,8	156,0	609,8	31,2	578,6	589,0	50,3	1,4	17,1	0,3	
Mai	3 058,5	1 658,3	763,1	153,3	609,7	30,7	579,0	587,4	49,7	1,4	17,0	0,4	
Juni	3 056,0	1 660,5	760,1	151,3	608,8	31,2	577,6	586,2	49,1	1,4	16,9	1,2	
Veränderungen *)													
2014	+ 70,8	+ 106,0	- 21,4	- 0,0	- 21,4	- 1,5	- 19,9	- 2,5	- 11,2	- 0,4	- 2,7	+ 0,5	
2015	+ 96,4	+ 151,0	- 32,0	- 16,5	- 15,4	+ 5,1	- 20,6	- 11,3	- 11,3	- 0,4	- 3,7	- 1,2	
2015 Juli	+ 32,2	+ 16,6	+ 18,8	- 0,1	+ 18,9	+ 0,7	+ 18,2	- 1,9	- 1,3	- 0,0	- 0,3	- 0,4	
Aug.	+ 6,6	+ 11,0	- 2,3	- 1,5	- 0,8	- 0,1	- 0,8	- 1,2	- 0,8	- 0,0	- 0,1	+ 0,4	
Sept.	- 7,1	+ 0,9	- 6,7	- 3,7	- 3,0	- 0,1	- 3,0	- 0,6	- 0,7	+ 0,0	- 0,1	- 0,3	
Okt.	+ 17,2	+ 25,9	- 8,1	- 1,8	- 6,3	+ 1,4	- 7,7	+ 0,0	- 0,6	- 0,0	- 0,0	- 0,2	
Nov.	+ 18,2	+ 21,8	- 2,6	- 1,3	- 1,3	+ 0,7	- 2,0	- 0,4	- 0,6	+ 0,0	- 0,1	+ 0,1	
Dez.	+ 3,0	- 2,3	+ 3,9	+ 6,4	- 2,5	+ 1,5	- 4,0	+ 2,2	- 0,7	+ 0,0	- 1,9	- 0,4	
2016 Jan.	+ 13,6	+ 16,8	- 2,2	- 3,3	+ 1,0	+ 1,3	- 0,3	- 0,3	- 0,6	- 0,0	- 0,4	+ 0,4	
Febr.	+ 1,8	+ 3,1	- 1,3	- 0,4	- 0,9	+ 0,7	- 1,7	+ 0,3	- 0,2	+ 0,0	- 0,1	- 0,0	
März	- 8,8	- 9,1	+ 2,5	+ 0,6	+ 1,8	+ 1,7	+ 0,2	- 1,9	- 0,3	+ 0,0	- 0,1	-	
April	+ 20,9	+ 21,8	+ 1,4	+ 3,8	- 2,3	+ 0,7	- 3,0	- 1,9	- 0,5	+ 0,0	- 0,1	-	
Mai	+ 4,8	+ 9,6	- 2,7	- 2,6	- 0,1	- 0,5	+ 0,4	- 1,6	- 0,6	+ 0,0	- 0,1	+ 0,0	
Juni	- 2,2	+ 2,3	- 2,8	- 1,8	- 1,0	+ 0,5	- 1,5	- 1,2	- 0,6	- 0,0	- 0,1	+ 0,9	
darunter: inländische Unternehmen													
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)													
2013	1 011,3	429,1	559,7	105,6	454,0	10,1	444,0	7,2	15,3	2,2	17,2	0,7	
2014	1 007,9	457,1	529,1	104,1	425,0	10,4	414,6	6,9	14,9	1,8	16,4	1,2	
2015	1 029,8	502,8	506,5	99,8	406,7	14,4	392,3	7,1	13,3	1,3	14,0	-	
2015 Juli	1 025,2	483,1	521,0	97,1	423,9	12,2	411,7	7,1	14,0	1,3	15,8	0,4	
Aug.	1 029,4	488,2	520,1	97,0	423,1	12,1	411,0	7,1	13,9	1,3	15,7	0,8	
Sept.	1 024,3	489,3	514,0	94,5	419,5	11,8	407,7	7,1	13,9	1,3	15,7	0,5	
Okt.	1 031,8	504,5	506,3	93,2	413,1	12,9	400,2	7,1	13,9	1,3	15,8	0,3	
Nov.	1 033,9	508,8	504,3	92,7	411,6	13,4	398,2	7,0	13,9	1,3	15,8	0,4	
Dez.	1 029,8	502,8	506,5	99,8	406,7	14,4	392,3	7,1	13,3	1,3	14,0	-	
2016 Jan.	1 037,6	512,8	504,2	97,4	406,9	15,3	391,6	7,2	13,3	1,3	13,7	0,4	
Febr.	1 033,9	510,7	502,8	97,4	405,3	15,7	389,6	7,2	13,3	1,3	13,7	0,3	
März	1 029,9	504,8	504,6	98,0	406,7	17,2	389,5	7,2	13,2	1,3	13,7	0,3	
April	1 032,3	506,7	505,1	101,3	403,8	17,5	386,4	7,2	13,2	1,3	13,7	0,3	
Mai	1 035,5	513,4	501,5	98,2	403,3	17,0	386,3	7,3	13,3	1,3	13,7	0,4	
Juni	1 027,4	508,9	498,0	95,8	402,2	17,6	384,7	7,3	13,3	1,3	13,7	1,2	
Veränderungen *)													
2014	- 1,4	+ 28,8	- 29,5	- 1,0	- 28,5	+ 0,4	- 28,9	- 0,4	- 0,3	- 0,4	- 0,8	+ 0,5	
2015	+ 22,7	+ 46,0	- 22,1	- 3,8	- 18,3	+ 3,7	- 22,0	+ 0,3	- 1,5	- 0,5	- 2,5	- 1,2	
2015 Juli	+ 27,5	+ 6,2	+ 21,6	+ 1,5	+ 20,1	+ 0,5	+ 19,6	+ 0,0	- 0,4	- 0,0	- 0,2	- 0,4	
Aug.	+ 4,1	+ 5,1	- 0,9	- 0,1	- 0,8	- 0,1	- 0,7	- 0,0	- 0,1	-	- 0,1	+ 0,4	
Sept.	- 5,0	+ 1,0	- 5,9	- 2,5	- 3,5	- 0,2	- 3,3	- 0,0	- 0,0	- 0,0	- 0,0	- 0,3	
Okt.	+ 8,0	+ 15,3	- 7,3	- 1,0	- 6,4	+ 1,1	- 7,4	+ 0,0	+ 0,0	- 0,0	+ 0,1	- 0,2	
Nov.	+ 2,1	+ 4,3	- 2,1	- 0,5	- 1,6	+ 0,5	- 2,0	- 0,1	- 0,0	+ 0,0	+ 0,0	+ 0,1	
Dez.	- 4,1	- 5,9	+ 2,2	+ 7,2	- 4,9	+ 1,0	- 5,9	+ 0,1	- 0,5	+ 0,0	- 1,8	- 0,4	
2016 Jan.	+ 7,9	+ 10,0	- 2,2	- 2,6	+ 0,4	+ 0,9	- 0,5	+ 0,1	- 0,0	- 0,0	- 0,3	+ 0,4	
Febr.	- 2,9	- 2,1	- 0,8	+ 0,4	- 1,1	+ 0,5	- 1,6	- 0,0	- 0,0	- 0,0	+ 0,1	- 0,0	
März	- 4,1	- 5,9	+ 1,9	+ 0,5	+ 1,3	+ 1,5	- 0,1	+ 0,0	- 0,1	- 0,0	- 0,0	-	
April	+ 2,4	+ 1,9	+ 0,5	+ 3,3	- 2,8	+ 0,3	- 3,1	+ 0,0	+ 0,0	- 0,0	- 0,0	-	
Mai	+ 3,3	+ 6,8	- 3,6	- 3,1	- 0,5	- 0,4	- 0,1	+ 0,0	+ 0,1	- 0,0	+ 0,0	+ 0,0	
Juni	- 7,8	- 4,4	- 3,3	- 2,3	- 1,1	+ 0,5	- 1,6	+ 0,0	- 0,0	- 0,0	+ 0,0	+ 0,9	

lichkeiten und Verbindlichkeiten aus Namensschuldverschreibungen. 2 Einschl. Bauspareinlagen; siehe dazu Tab. IV.12. 3 Ohne Bauspareinlagen; siehe auch

Anm. 2. 4 Einschl. Verbindlichkeiten aus nicht börsenfähigen Inhaberschuldverschreibungen.

IV. Banken

8. Einlagen und aufgenommene Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland von inländischen Privatpersonen und Organisationen ohne Erwerbszweck *)

Mrd €

Zeit	Einlagen und aufgenommene Kredite von inländischen Privatpersonen und Organisationen insgesamt	Sichteinlagen					Termineinlagen 1) 2)						
		insgesamt	nach Gläubigergruppen					insgesamt	nach Gläubigergruppen				
			inländische Privatpersonen						inländische Organisationen ohne Erwerbszweck				
			zusammen	Selbstständige	wirtschaftlich Unselbstständige	sonstige Privatpersonen			zusammen	Selbstständige	wirtschaftlich Unselbstständige	sonstige Privatpersonen	
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)													
2013	1 854,4	932,5	906,3	161,3	613,0	132,0	26,2	262,8	247,2	16,5	215,1	15,6	
2014	1 923,6	1 008,3	980,1	173,3	673,0	133,8	28,2	269,3	254,7	27,8	185,0	41,8	
2015	1 997,5	1 113,3	1 081,2	188,9	748,6	143,7	32,1	259,3	246,2	24,9	179,8	41,6	
2016 Jan.	2 003,3	1 120,2	1 087,7	192,1	751,6	144,1	32,5	259,9	247,0	25,2	180,4	41,4	
Febr.	2 007,8	1 125,4	1 091,4	192,6	754,6	144,1	34,0	259,1	246,6	24,8	180,2	41,6	
März	2 003,0	1 122,1	1 088,6	188,6	756,1	143,9	33,5	259,7	247,0	24,8	180,6	41,7	
April	2 021,5	1 142,1	1 108,3	193,2	769,7	145,5	33,8	260,7	247,7	25,1	180,7	41,9	
Mai	2 023,0	1 144,9	1 110,3	193,7	771,7	144,9	34,7	261,5	248,5	25,3	181,2	42,0	
Juni	2 028,5	1 151,7	1 116,7	191,3	779,9	145,5	34,9	262,1	248,8	25,5	181,3	42,0	
Veränderungen *)													
2014	+ 72,3	+ 77,2	+ 74,0	+ 11,7	+ 57,1	+ 5,3	+ 3,2	+ 8,1	+ 7,6	+ 1,9	+ 6,4	- 0,6	
2015	+ 73,7	+ 105,0	+ 101,1	+ 15,6	+ 75,4	+ 10,1	+ 3,9	- 9,9	- 8,1	- 3,0	- 4,5	- 0,7	
2016 Jan.	+ 5,7	+ 6,7	+ 6,3	+ 3,1	+ 2,9	+ 0,4	+ 0,4	- 0,1	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,1	- 0,3	
Febr.	+ 4,7	+ 5,2	+ 3,6	+ 0,5	+ 3,0	+ 0,1	+ 1,5	- 0,6	- 0,5	- 0,4	- 0,2	+ 0,2	
März	- 4,8	- 3,3	- 2,7	- 4,0	+ 1,5	- 0,2	- 0,5	+ 0,6	+ 0,5	- 0,1	+ 0,4	+ 0,1	
April	+ 18,5	+ 20,0	+ 19,7	+ 4,6	+ 13,5	+ 1,6	+ 0,3	+ 0,9	+ 0,7	+ 0,4	+ 0,1	+ 0,2	
Mai	+ 1,5	+ 2,9	+ 2,0	+ 0,5	+ 2,0	- 0,6	+ 0,9	+ 0,9	+ 0,8	+ 0,2	+ 0,5	+ 0,2	
Juni	+ 5,6	+ 6,7	+ 6,5	- 2,4	+ 8,3	+ 0,6	+ 0,3	+ 0,6	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,1	- 0,0	

* Siehe Tab. IV. 2, Anm. *; statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten.

Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. 1 Einschl. nachrangiger Ver-

9. Einlagen und aufgenommene Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland von inländischen öffentlichen Haushalten nach Gläubigergruppen *)

Mrd €

Zeit	Einlagen und aufgenommene Kredite												
	inländische öffentliche Haushalte insgesamt	Bund und seine Sondervermögen 1)						Länder					
		zusammen	Sichteinlagen	Termineinlagen		Spar-einlagen und Spar-briefe 2)	Nach-richtlich: Treuhand-kredite	zusammen	Sichteinlagen	Termineinlagen		Spar-einlagen und Spar-briefe 2)	Nach-richtlich: Treuhand-kredite
				bis 1 Jahr einschl.	über 1 Jahr					bis 1 Jahr einschl.	über 1 Jahr		
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)													
2013	183,0	16,0	2,9	7,7	5,3	0,1	15,7	43,6	10,2	10,1	23,0	0,2	14,6
2014	186,7	10,5	2,6	2,4	5,5	0,1	14,6	40,2	13,4	10,4	15,8	0,7	14,1
2015	197,4	9,6	3,1	3,9	2,6	0,1	14,1	44,3	13,2	13,7	16,5	0,9	13,5
2016 Jan.	193,0	8,4	2,7	3,0	2,6	0,1	14,1	45,9	13,5	15,0	16,5	0,9	13,5
Febr.	194,5	8,5	2,8	2,9	2,7	0,1	14,1	46,9	15,0	14,7	16,3	0,9	13,5
März	198,3	8,3	3,3	2,3	2,6	0,1	14,0	51,4	15,3	19,2	16,0	0,9	13,3
April	196,0	7,9	3,2	2,0	2,6	0,1	14,0	49,3	14,5	16,9	17,0	0,9	13,2
Mai	204,3	8,1	3,3	2,1	2,7	0,1	14,0	49,4	13,7	17,7	17,1	0,9	13,2
Juni	204,0	8,8	3,9	2,2	2,6	0,1	13,8	51,7	14,7	19,0	17,1	0,9	13,1
Veränderungen *)													
2014	- 1,2	- 3,3	- 0,3	- 2,9	- 0,1	+ 0,0	- 1,0	- 3,7	+ 2,8	+ 0,4	- 7,2	+ 0,4	- 0,5
2015	+ 10,1	- 1,9	+ 0,5	+ 0,4	- 2,9	+ 0,0	- 0,6	+ 4,0	- 0,3	+ 3,4	+ 0,7	+ 0,2	- 0,6
2016 Jan.	- 4,5	- 1,3	- 0,4	- 0,9	+ 0,0	-	+ 0,0	+ 1,6	+ 0,3	+ 1,3	+ 0,0	+ 0,0	+ 0,0
Febr.	+ 3,0	+ 0,1	+ 0,0	- 0,0	+ 0,1	-	+ 0,0	+ 1,4	+ 1,5	+ 0,1	- 0,2	- 0,0	- 0,1
März	+ 3,8	+ 0,4	+ 0,6	- 0,1	- 0,0	-	- 0,0	+ 4,4	+ 0,3	+ 4,5	- 0,4	+ 0,0	- 0,1
April	- 2,3	- 0,5	- 0,1	- 0,4	+ 0,0	- 0,0	+ 0,0	- 2,0	- 0,9	- 2,2	+ 1,0	+ 0,0	- 0,1
Mai	+ 8,2	+ 0,3	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,0	+ 0,0	+ 0,0	- 0,0	- 0,9	+ 0,7	+ 0,1	- 0,0	- 0,0
Juni	- 0,3	+ 0,7	+ 0,6	+ 0,1	- 0,1	+ 0,0	- 0,3	+ 2,4	+ 1,1	+ 1,4	+ 0,0	- 0,0	- 0,0

* Siehe Tab. IV. 2, Anm. *; ohne Einlagen und aufgenommene Kredite der Treuhandanstalt und ihrer Nachfolgeorganisationen sowie von Bundesbahn, Reichsbahn und Bundespost bzw. ab 1995 Deutsche Bahn AG, Deutsche Post AG und Deutsche Telekom

AG sowie Eigen- und Regiebetriebe der öffentlichen Haushalte, die unter Unternehmen erfasst sind. Statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten.

IV. Banken

nach Befristung					Spareinlagen ³⁾			Nachrichtlich:				Zeit
inländische Organisationen ohne Erwerbszweck	bis 1 Jahr einschl.	über 1 Jahr ²⁾		insgesamt	inländische Privatpersonen	inländische Organisationen ohne Erwerbszweck	Sparbriefe ⁴⁾	Treuhandkredite	Nachrangige Verbindlichkeiten (ohne börsenfähige Schuldverschreibungen) ⁵⁾	Verbindlichkeiten aus Repos		
		zusammen	darunter:									
			bis 2 Jahre einschl.								über 2 Jahre	
Stand am Jahres- bzw. Monatsende ¹⁾												
15,6	68,1	194,7	14,0	180,7	599,3	589,6	9,7	59,8	0,0	7,0	-	2013
14,6	68,4	200,9	11,4	189,5	597,2	587,7	9,4	48,8	0,0	5,0	-	2014
13,1	55,5	203,9	12,7	191,1	585,6	576,6	9,0	39,2	0,0	3,8	-	2015
12,8	54,9	205,0	13,1	191,9	585,2	576,2	9,0	37,9	0,0	3,7	-	2016 Jan.
12,6	54,1	205,0	13,2	191,8	585,5	576,5	9,0	37,7	0,1	3,5	-	Febr.
12,7	54,2	205,5	13,4	192,1	583,6	574,6	9,0	37,6	0,1	3,4	-	März
13,0	54,7	206,0	13,8	192,2	581,8	572,7	9,0	37,1	0,1	3,4	-	April
13,0	55,1	206,4	13,7	192,7	580,1	571,1	9,0	36,4	0,1	3,3	-	Mai
13,3	55,6	206,5	13,6	192,9	578,9	569,9	9,0	35,9	0,1	3,2	-	Juni
Veränderungen ¹⁾												
+ 0,5	+ 1,0	+ 7,1	- 2,0	+ 9,0	- 2,1	- 1,9	- 0,3	- 10,9	+ 0,0	- 1,9	-	2014
- 1,8	- 12,8	+ 2,9	+ 1,4	+ 1,4	- 11,5	- 11,1	- 0,5	- 9,8	+ 0,0	- 1,2	-	2015
- 0,3	- 0,7	+ 0,6	+ 0,4	+ 0,3	- 0,4	- 0,4	+ 0,0	- 0,6	+ 0,0	- 0,2	-	2016 Jan.
- 0,1	- 0,7	+ 0,2	+ 0,2	- 0,0	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,0	- 0,2	+ 0,0	- 0,1	-	Febr.
+ 0,1	+ 0,1	+ 0,5	+ 0,2	+ 0,3	- 1,9	- 1,9	+ 0,0	- 0,2	+ 0,0	- 0,1	-	März
+ 0,3	+ 0,4	+ 0,5	+ 0,4	+ 0,1	- 1,9	- 1,9	- 0,0	- 0,5	+ 0,0	- 0,1	-	April
+ 0,0	+ 0,5	+ 0,4	- 0,1	+ 0,5	- 1,7	- 1,6	- 0,0	- 0,6	+ 0,0	- 0,1	-	Mai
+ 0,3	+ 0,5	+ 0,1	- 0,0	+ 0,2	- 1,2	- 1,3	+ 0,1	- 0,6	+ 0,0	- 0,1	-	Juni

bindlichkeiten und Verbindlichkeiten aus Namensschuldverschreibungen. **2** Einschl. Bauspareinlagen; siehe dazu Tab. IV.12. **3** Ohne Bauspareinlagen; siehe auch

Anm. **2** Einschl. Verbindlichkeiten aus nicht börsenfähigen Inhaberschuldverschreibungen. **5** In den Termineinlagen enthalten.

Gemeinden und Gemeindeverbände (einschl. kommunaler Zweckverbände)						Sozialversicherung						Zeit
zusammen	Sichteinlagen	Termineinlagen ³⁾		Spareinlagen und Sparbriefe ^{2) 4)}	Nachrichtlich: Treuhandkredite	zusammen	Sichteinlagen	Termineinlagen		Spareinlagen und Sparbriefe ²⁾	Nachrichtlich: Treuhandkredite	
		bis 1 Jahr einschl.	über 1 Jahr					bis 1 Jahr einschl.	über 1 Jahr			
Stand am Jahres- bzw. Monatsende ¹⁾												
44,9	23,5	10,7	6,6	4,1	0,4	78,7	11,6	52,7	13,5	0,9	0,0	2013
48,0	25,3	11,2	7,0	4,5	0,4	88,0	11,1	60,6	15,4	0,9	-	2014
52,4	29,2	9,6	8,3	5,2	0,4	91,2	12,1	60,5	17,5	1,1	-	2015
46,9	24,3	9,0	8,4	5,2	0,4	91,9	16,1	57,0	17,8	1,1	-	2016 Jan.
50,0	27,3	9,0	8,5	5,2	0,4	89,1	16,3	53,7	18,1	1,0	-	Febr.
48,8	25,8	9,2	8,6	5,3	0,4	89,8	16,1	53,5	19,2	1,1	-	März
49,0	26,1	9,0	8,7	5,3	0,4	89,8	17,1	52,0	19,6	1,1	-	April
53,6	30,1	9,3	8,8	5,5	0,4	93,2	16,5	55,3	20,0	1,3	-	Mai
50,7	27,7	8,6	9,0	5,5	0,4	92,7	15,8	54,8	20,8	1,4	-	Juni
Veränderungen ¹⁾												
+ 2,9	+ 1,8	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,4	- 0,0	+ 2,9	- 2,4	+ 4,6	+ 0,6	- 0,0	- 0,0	2014
+ 4,1	+ 3,8	- 1,5	+ 1,1	+ 0,7	+ 0,0	+ 4,0	+ 1,2	+ 0,6	+ 1,9	+ 0,2	-	2015
- 5,5	- 4,9	- 0,6	+ 0,1	- 0,0	-	+ 0,6	+ 4,0	- 3,6	+ 0,3	- 0,0	-	2016 Jan.
+ 3,2	+ 3,0	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,0	-	- 1,8	+ 0,2	- 2,5	+ 0,6	- 0,0	-	Febr.
- 1,2	- 1,6	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,1	- 0,0	+ 0,1	- 0,2	- 0,7	+ 1,0	+ 0,0	-	März
+ 0,2	+ 0,3	- 0,2	+ 0,0	+ 0,0	-	+ 0,0	+ 1,1	- 1,5	+ 0,4	+ 0,1	-	April
+ 4,6	+ 4,0	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,2	-	+ 3,3	- 0,6	+ 3,3	+ 0,4	+ 0,2	-	Mai
- 2,9	- 2,4	- 0,7	+ 0,1	+ 0,1	-	- 0,5	- 0,7	- 0,6	+ 0,8	+ 0,0	-	Juni

Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. **1** Bundeseisenbahnvermögen, Entschädigungsfonds, Erblastentilgungsfonds, ERP-Sondervermögen, Fonds „Deutsche

Einheit“, Lastenausgleichsfonds. **2** Einschl. Verbindlichkeiten aus nicht börsenfähigen Inhaberschuldverschreibungen. **3** Einschl. Bauspareinlagen. **4** Ohne Bauspareinlagen; siehe auch Anm. 3.

IV. Banken

10. Spareinlagen und an Nichtbanken (Nicht-MFIs) abgegebene Sparbriefe der Banken (MFIs) in Deutschland *)

Mrd €														
Spareinlagen 1)										Sparbriefe 3), abgegeben an				
Zeit	von Inländern					von Ausländern				Nachrichtlich: Zinsgutschriften auf Spareinlagen	inländische Nichtbanken			ausländische Nichtbanken
	insgesamt	zusammen	mit dreimonatiger Kündigungsfrist		mit Kündigungsfrist von über 3 Monaten		zusammen	darunter mit dreimonatiger Kündigungsfrist	Nichtbanken insgesamt		inländische Nichtbanken			
			zusammen	darunter Sonderformen 2)	zusammen	darunter Sonderformen 2)					zusammen	darunter mit Laufzeit von über 2 Jahren		
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)														
2013	620,0	610,1	532,4	413,5	77,8	65,2	9,9	7,9	7,5	92,2	76,6	59,3	15,6	
2014	617,0	607,8	531,3	401,4	76,4	63,3	9,2	7,4	6,1	79,8	66,0	51,4	13,8	
2015	605,4	596,5	534,6	379,7	61,9	48,0	8,9	7,4	4,4	64,9	56,1	41,0	8,7	
2016 Febr.	605,2	596,4	537,1	377,5	59,3	45,5	8,8	7,4	0,2	63,3	54,6	39,7	8,7	
März	603,2	594,5	536,3	375,6	58,2	44,4	8,7	7,3	0,1	63,0	54,4	39,3	8,5	
April	601,4	592,7	535,6	373,4	57,1	43,3	8,6	7,3	0,1	62,4	54,0	38,9	8,4	
Mai	599,8	591,2	535,0	369,7	56,2	42,3	8,6	7,3	0,1	62,2	53,7	38,4	8,5	
Juni	598,6	590,0	534,6	369,2	55,5	41,6	8,5	7,2	0,1	61,7	53,1	38,0	8,5	
Veränderungen *)														
2014	- 3,0	- 2,4	+ 2,4	- 13,0	+ 0,0	- 1,0	- 0,6	- 0,5	.	- 12,3	- 10,6	- 7,8	- 1,8	
2015	- 11,6	- 11,3	+ 4,3	- 20,6	- 15,6	- 16,3	- 0,3	+ 0,0	.	- 15,1	- 10,1	- 6,6	- 5,1	
2016 Febr.	+ 0,2	+ 0,3	+ 1,6	- 0,5	- 1,3	- 1,3	- 0,1	- 0,0	.	- 0,2	- 0,2	- 0,3	+ 0,0	
März	- 2,0	- 1,9	- 0,8	- 2,1	- 1,1	- 1,1	- 0,1	- 0,0	.	- 0,4	- 0,2	- 0,4	- 0,2	
April	- 1,8	- 1,8	- 0,7	- 2,2	- 1,1	- 1,1	- 0,1	- 0,0	.	- 0,6	- 0,5	- 0,4	- 0,1	
Mai	- 1,6	- 1,5	- 0,6	- 3,7	- 0,9	- 1,1	- 0,1	- 0,0	.	- 0,2	- 0,3	- 0,5	+ 0,1	
Juni	- 1,2	- 1,1	- 0,4	- 0,5	- 0,7	- 0,7	- 0,1	- 0,0	.	- 0,5	- 0,5	- 0,4	+ 0,0	

* Siehe Tab. IV. 2, Anm.*; statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten. Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. 1 Ohne Bauspareinlagen, die

den Termineinlagen zugeordnet werden. 2 Spareinlagen mit einer über die Mindest-/Grundverzinsung hinausgehenden Verzinsung. 3 Einschl. Verbindlichkeiten aus nicht börsenfähigen Inhaberschuldverschreibungen.

11. Begebene Schuldverschreibungen und Geldmarktpapiere der Banken (MFIs) in Deutschland *)

Mrd €														
Börsenfähige Inhaberschuldverschreibungen und Geldmarktpapiere										Nicht börsenfähige Inhaberschuldverschreibungen und Geldmarktpapiere 6)		Nachrangig begebene		
Zeit	insgesamt	darunter:							zusammen	über 2 Jahre	insgesamt	darunter: mit Laufzeit über 2 Jahre	börsenfähige Schuldverschreibungen	nicht börsenfähige Schuldverschreibungen
		variabel verzinsliche Anleihen 1)	Null-Kupon-Anleihen 1) 2)	Fremdwährungsanleihen 3) 4)	Certificates of Deposit	mit Laufzeit								
						zusammen	darunter ohne Nominalbetragsgarantie 5)	zusammen						
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)														
2013	1 142,7	315,9	26,3	321,2	54,8	69,0	2,5	34,7	4,4	1 039,0	0,6	0,2	37,0	1,1
2014	1 114,2	286,4	26,3	354,0	69,2	83,6	1,8	26,3	5,0	1 004,3	1,0	0,2	33,7	1,2
2015	1 075,7	189,2	30,2	384,1	88,7	109,8	2,1	28,4	5,7	937,5	0,3	0,2	31,9	0,5
2016 Febr.	1 088,5	187,0	32,0	392,8	96,6	119,0	2,5	32,6	5,9	936,9	0,2	0,2	32,1	0,5
März	1 077,6	178,4	30,8	378,0	92,2	113,7	2,4	31,1	5,7	932,9	0,3	0,2	32,8	0,5
April	1 085,7	177,9	32,2	386,4	95,9	118,6	2,4	31,3	5,9	935,7	0,3	0,2	33,3	0,5
Mai	1 098,6	177,9	32,6	403,2	98,4	120,3	2,7	32,4	6,0	946,0	0,2	0,2	34,0	0,5
Juni	1 091,5	175,7	32,3	396,8	97,9	119,7	2,5	32,1	5,9	939,7	0,2	0,2	34,1	0,5
Veränderungen *)														
2014	- 28,7	- 29,5	+ 0,0	+ 32,7	+ 14,4	+ 14,6	- 0,7	- 8,4	+ 0,6	- 35,0	+ 0,4	- 0,0	+ 0,2	+ 0,2
2015	- 38,5	- 97,2	+ 3,9	+ 30,1	+ 19,5	+ 26,2	+ 0,3	+ 2,1	+ 0,7	- 66,8	- 0,8	+ 0,0	- 1,8	- 0,7
2016 Febr.	+ 12,1	- 2,8	+ 3,7	+ 12,7	+ 9,6	+ 13,7	+ 0,1	+ 0,9	+ 0,1	- 2,5	- 0,0	- 0,0	- 0,1	-
März	- 10,9	- 8,7	- 1,2	- 14,8	- 4,4	- 5,4	- 0,1	- 1,5	- 0,1	- 4,0	+ 0,1	+ 0,0	+ 0,7	-
April	+ 7,8	- 0,5	+ 1,4	+ 8,4	+ 3,6	+ 4,9	+ 0,0	+ 0,2	+ 0,2	+ 2,6	- 0,0	- 0,0	+ 0,5	-
Mai	+ 13,0	- 0,0	+ 0,4	+ 16,8	+ 2,5	+ 1,7	+ 0,2	+ 1,0	+ 0,0	+ 10,2	- 0,0	- 0,0	+ 0,8	-
Juni	- 7,2	- 2,2	- 0,3	- 6,5	- 0,4	- 0,5	- 0,2	- 0,4	- 0,1	- 6,3	- 0,0	- 0,0	+ 0,1	+ 0,0

* Siehe Tab. IV. 2, Anm.*; statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten. Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. 1 Einschl. auf Fremdwährung lautender Anleihen. 2 Emissionswert bei Auflegung. 3 Einschl. auf Fremdwährung

lautender variabel verzinslicher Anleihen und Null-Kupon-Anleihen. 4 Anleihen auf Nicht-Eurowährungen. 5 Börsenfähige Inhaberschuldverschreibungen bzw. Geldmarktpapiere mit einer Nominalbetragsgarantie von unter 100 Prozent. 6 Nicht börsenfähige Inhaberschuldverschreibungen werden den Sparbriefen zugeordnet siehe auch Tab. IV. 10, Anm. 2.

IV. Banken

12. Bausparkassen (MFIs) in Deutschland *)
 Zwischenbilanzen

Mrd €

Stand am Jahres- bzw. Monatsende	Anzahl der Institute	Bilanzsumme 13)	Kredite an Banken (MFIs)			Kredite an Nichtbanken (Nicht-MFIs)				Einlagen und aufgenommene Kredite von Banken (MFIs) 5)		Einlagen und aufgenommene Kredite von Nichtbanken (Nicht-MFIs)		Inhaberschuldverreibungen im Umlauf	Kapital (einschl. offener Rücklagen) 7)	Nachrichtlich: Im Jahr bzw. Monat neu abgeschlossene Verträge 8)
			Guthaben und Darlehen (ohne Baudarlehen) 1)	Baudarlehen 2)	Bank-schuldver-schrei-bun-gen 3)	Baudarlehen		Wert-papiere (einschl. Schatz-wechsel und U-Schät-ze) 4)	Einlagen	Sicht- und Termin-gelder	Einlagen	Sicht- und Termin-gelder 6)				
						Bauspar-darlehen	Vor- und Zwi-schen-finan-zie-rungs-kredite						sonstige Baudar-lehen			
Alle Bausparkassen																
2014	21	211,6	45,6	0,0	16,6	18,7	87,2	17,3	20,6	1,9	21,3	156,8	5,2	2,8	9,2	94,6
2015	21	213,6	43,1	0,0	17,5	15,8	93,4	17,5	21,4	2,0	21,3	159,2	5,3	2,4	9,9	98,5
2016 April	21	213,1	41,3	0,0	17,8	15,4	94,3	17,6	22,2	2,1	19,4	160,1	5,3	2,4	10,1	7,5
Mai	21	212,5	40,8	0,0	17,5	15,1	94,7	17,6	22,3	2,1	18,2	160,8	5,2	2,4	10,1	7,8
Juni	21	213,6	40,9	0,0	17,2	14,8	95,6	17,7	22,7	2,1	18,6	160,8	5,5	2,5	10,2	7,4
Private Bausparkassen																
2016 April	12	147,3	25,2	-	9,5	11,4	73,4	15,0	9,3	1,4	16,4	105,3	5,0	2,4	6,6	4,9
Mai	12	146,6	24,8	-	9,1	11,2	73,7	15,1	9,3	1,4	15,5	105,6	4,9	2,4	6,6	4,8
Juni	12	147,5	24,9	-	9,0	11,0	74,4	15,2	9,5	1,4	15,7	105,7	5,1	2,5	6,6	4,6
Öffentliche Bausparkassen																
2016 April	9	65,8	16,1	0,0	8,3	4,0	20,9	2,6	13,0	0,7	3,0	54,9	0,3	-	3,5	2,7
Mai	9	65,9	16,0	0,0	8,3	3,9	21,0	2,6	13,0	0,7	2,8	55,2	0,3	-	3,5	3,1
Juni	9	66,1	16,0	0,0	8,2	3,8	21,2	2,6	13,2	0,7	2,8	55,1	0,4	-	3,7	2,9

Entwicklung des Bauspargeschäfts

Mrd €

Zeit	Umsätze im Sparverkehr			Kapitalzusagen		Kapitalauszahlungen					Noch bestehende Auszahlungsverpflichtungen am Ende des Zeitraumes		Zins- und Tilgungseingänge auf Bauspardarlehen 10)		Nachrichtlich: Eingegangene Wohnungsbauprämien 12)	
	eingezahlte Bausparbeiträge 9)	Zinsgutschriften auf Bauspäreinlagen	Rückzahlungen von Bauspäreinlagen aus nicht zuge- teilten Ver- trägen	ins- gesamt	darunter Netto- Zutei- lungen 11)	ins- gesamt	Zuteilungen		neu ge- währte Vor- und Zwi- schen- finan- zie- rungs- kredite und sonstige Bau- darlehen	darunter zur Ab- lösung von Vor- und Zwi- schen- finan- zie- rungs- krediten	darunter zur Ab- lösung von Vor- und Zwi- schen- finan- zie- rungs- krediten	ins- gesamt	dar- unter aus Zutei- lungen	ins- gesamt		darunter Til- gungen im Quartal
							Bauspäreinlagen	Bauspardarlehen 9)								
Alle Bausparkassen																
2014	29,5	2,5	6,5	45,7	27,9	39,9	16,7	4,2	6,1	3,6	17,1	14,5	8,0	10,1	8,4	0,4
2015	28,1	2,5	8,2	51,5	31,2	44,4	19,9	4,2	5,3	3,6	19,2	15,6	8,1	9,5	8,3	0,4
2016 April	2,4	0,0	0,6	4,6	3,1	4,0	1,7	0,6	0,7	0,6	1,5	16,1	8,4	0,7	...	0,0
Mai	2,5	0,0	0,5	3,5	2,1	3,1	1,3	0,3	0,3	0,2	1,4	16,1	8,5	0,7	...	0,0
Juni	2,3	0,0	0,8	4,2	2,3	3,7	1,6	0,3	0,4	0,3	1,8	16,1	8,3	0,7	...	0,0
Private Bausparkassen																
2016 April	1,6	0,0	0,3	3,5	2,4	3,2	1,4	0,5	0,6	0,5	1,2	11,4	5,1	0,5	...	0,0
Mai	1,6	0,0	0,3	2,6	1,4	2,4	1,0	0,2	0,3	0,2	1,1	11,3	5,1	0,5	...	0,0
Juni	1,5	0,0	0,3	3,2	1,7	2,8	1,2	0,2	0,3	0,2	1,4	11,4	5,1	0,5	...	0,0
Öffentliche Bausparkassen																
2016 April	0,8	0,0	0,3	1,1	0,8	0,8	0,4	0,1	0,1	0,1	0,3	4,7	3,3	0,2	...	0,0
Mai	0,9	0,0	0,3	1,0	0,7	0,7	0,3	0,1	0,1	0,0	0,3	4,8	3,4	0,2	...	0,0
Juni	0,8	0,0	0,5	1,0	0,6	0,9	0,4	0,1	0,1	0,1	0,4	4,6	3,3	0,2	...	0,0

* Ohne Aktiva und Passiva bzw. Geschäfte der Auslandsfilialen. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten; Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. 1 Einschl. Forderungen an Bausparkassen, Forderungen aus Namensschuldverschreibungen und Guthaben bei Zentralnotenbanken. 2 Bauspardarlehen sowie Vor- und Zwischenfinanzierungskredite. 3 Einschl. Geldmarktpapiere sowie geringer Beträge anderer Wertpapiere von Banken. 4 Einschl. Ausgleichsforderungen. 5 Einschl. Verbindlichkeiten gegenüber Bausparkassen. 6 Einschl. geringer Beträge von Spareinlagen. 7 Einschl. Genussrechtskapital und Fonds für allgemeine

Bankrisiken. 8 Bausparsumme; nur Neuabschlüsse, bei denen die Abschlussgebühr voll eingezahlt ist. Vertragserhöhungen gelten als Neuabschlüsse. 9 Auszahlungen von Bauspäreinlagen aus zugeteilten Verträgen s. unter Kapitalauszahlungen. 10 Einschl. gutgeschriebener Wohnungsbauprämien. 11 Nur die von den Berechtigten angenommenen Zuteilungen; einschl. Zuteilungen zur Ablösung von Vor- und Zwischenfinanzierungskrediten. 12 Soweit den Konten der Bausparer oder Darlehensnehmer bereits gutgeschrieben, auch in „Eingezahlte Bausparbeiträge“ und „Zins- und Tilgungseingänge auf Bauspardarlehen“ enthalten. 13 Siehe Tabelle IV. 2, Fußnote 1.

IV. Banken

13. Aktiva und Passiva der Auslandsfilialen und Auslandstöchter deutscher Banken (MFIs) *)

Mrd €

Zeit	Anzahl der		Kredite an Banken (MFIs)						Kredite an Nichtbanken (Nicht-MFIs)					Sonstige Aktivpositionen 7)		
	deutschen Banken (MFIs) mit Auslandsfilialen 1) bzw. -töchtern	Auslandsfilialen 1) bzw. Auslands-töchter	Bilanzsumme 7)	Guthaben und Buchkredite			Geldmarktpapiere, Wertpapiere 2) 3)	Buchkredite			Geldmarktpapiere, Wertpapiere 2)	insgesamt	darunter: Derivative Finanzinstrumente des Handelsbestands			
				insgesamt	zusammen	deutsche Banken		ausländische Banken	insgesamt	zusammen				an deutsche Nichtbanken	an ausländische Nichtbanken	
Auslandsfilialen															Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)	
2013	56	209	1 726,4	435,6	421,9	141,6	280,3	13,7	519,6	411,3	11,0	400,3	108,3	771,1	485,6	
2014	56	205	1 926,2	548,8	532,2	201,2	331,0	16,5	593,5	473,1	14,0	459,1	120,5	783,8	551,9	
2015	51	198	1 842,9	526,0	508,7	161,3	347,5	17,3	635,1	511,6	14,0	497,6	123,6	681,8	499,0	
2015 Aug.	52	202	1 966,9	602,1	584,4	189,0	395,4	17,7	627,2	511,0	14,3	496,7	116,2	737,6	544,1	
Sept.	51	199	1 977,3	586,4	568,5	180,7	387,8	17,9	624,9	507,9	13,9	494,0	117,0	766,0	552,1	
Okt.	51	199	1 946,7	558,2	540,2	152,9	387,3	18,0	633,7	513,2	13,9	499,3	120,5	754,8	525,1	
Nov.	51	199	1 980,5	533,8	515,8	150,0	365,8	18,0	658,8	528,5	14,6	513,9	130,4	787,9	557,2	
Dez.	51	198	1 842,9	526,0	508,7	161,3	347,5	17,3	635,1	511,6	14,0	497,6	123,6	681,8	499,0	
2016 Jan.	50	196	1 960,5	540,7	523,3	169,1	354,2	17,4	652,2	529,7	14,2	515,5	122,6	767,5	568,7	
Febr.	49	192	2 022,6	555,3	538,2	173,5	364,7	17,2	658,4	538,2	14,3	523,9	120,2	808,8	607,9	
März	49	192	1 943,8	558,9	543,2	172,4	370,8	15,7	642,2	529,2	14,6	514,6	113,1	742,6	557,5	
April	49	192	1 933,2	545,0	529,1	177,2	351,8	15,9	659,8	545,1	14,7	530,4	114,7	728,4	539,0	
Mai	48	187	1 930,1	563,9	548,9	176,4	372,5	15,0	642,5	529,8	13,6	516,3	112,7	723,7	519,2	
Veränderungen *)																
2014	-	- 4	+ 119,6	+ 74,4	+ 72,2	+ 59,6	+ 12,6	+ 2,2	+ 38,0	+ 31,4	+ 3,0	+ 28,4	+ 6,6	+ 7,5	+ 66,4	
2015	- 5	- 7	- 145,0	- 56,3	- 56,0	- 40,0	- 16,0	- 0,3	+ 4,5	+ 7,0	+ 0,0	+ 7,0	- 2,6	- 109,0	- 58,2	
2015 Sept.	- 1	- 3	+ 10,3	- 15,7	- 15,9	- 8,4	- 7,6	+ 0,2	- 1,8	- 2,7	- 0,4	- 2,3	+ 0,9	+ 28,3	+ 8,1	
Okt.	-	-	- 32,3	- 33,6	- 33,5	- 27,8	- 5,7	- 0,1	+ 1,4	- 1,0	- 0,0	- 1,0	+ 2,4	- 12,9	- 31,3	
Nov.	-	-	+ 30,2	- 35,3	- 34,8	- 2,9	- 31,9	- 0,5	+ 10,7	+ 2,9	+ 0,7	+ 2,2	+ 7,8	+ 29,4	+ 23,8	
Dez.	-	- 1	- 135,8	+ 0,3	+ 0,7	+ 11,2	- 10,6	- 0,4	- 11,7	- 6,8	- 0,6	- 6,2	- 4,9	- 106,1	- 51,3	
2016 Jan.	- 1	- 2	+ 118,2	+ 16,1	+ 15,9	+ 7,9	+ 8,1	+ 0,2	+ 20,9	+ 21,3	+ 0,2	+ 21,1	- 0,4	+ 85,8	+ 71,1	
Febr.	- 1	- 4	+ 61,6	+ 13,6	+ 13,8	+ 4,4	+ 9,5	- 0,3	+ 5,1	+ 7,4	+ 0,1	+ 7,3	- 2,3	+ 40,7	+ 38,8	
März	-	-	- 75,2	+ 14,9	+ 16,0	- 1,0	+ 17,0	- 1,1	- 1,0	+ 4,0	+ 0,3	+ 3,7	- 5,0	- 62,5	- 39,6	
April	-	-	- 10,9	- 14,2	- 14,4	+ 4,8	- 19,2	+ 0,2	+ 15,9	+ 14,4	+ 0,2	+ 14,3	+ 1,4	- 14,5	- 18,8	
Mai	- 1	- 5	- 4,7	+ 13,3	+ 14,4	- 0,9	+ 15,3	- 1,1	- 25,5	- 22,3	- 1,2	- 21,1	- 3,2	- 6,4	- 24,9	
Auslandstöchter															Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)	
2013	33	75	425,2	187,9	158,7	91,4	67,3	29,2	185,4	148,3	26,1	122,3	37,1	52,0	-	
2014	28	63	389,4	154,5	137,9	83,4	54,5	16,7	172,7	141,2	21,6	119,5	31,5	62,2	-	
2015	24	58	376,0	126,5	113,5	50,1	63,4	13,0	184,3	152,5	22,2	130,3	31,8	65,1	-	
2015 Aug.	25	60	382,5	136,1	121,6	67,2	54,4	14,5	185,4	152,3	22,4	129,9	33,1	61,0	-	
Sept.	25	59	386,2	133,4	119,3	58,0	61,2	14,1	186,1	152,0	22,8	129,2	34,2	66,7	-	
Okt.	25	59	380,8	130,3	114,9	55,6	59,2	15,4	185,8	152,7	22,8	129,9	33,0	64,8	-	
Nov.	25	59	379,5	121,1	107,4	44,5	62,8	13,7	191,7	158,3	22,5	135,8	33,3	66,8	-	
Dez.	24	58	376,0	126,5	113,5	50,1	63,4	13,0	184,3	152,5	22,2	130,3	31,8	65,1	-	
2016 Jan.	24	58	375,6	129,1	116,5	53,7	62,7	12,7	185,1	152,9	21,7	131,1	32,3	61,3	-	
Febr.	24	58	359,4	120,7	108,5	50,7	57,9	12,2	174,1	141,8	22,3	119,6	32,3	64,6	-	
März	24	58	352,2	113,6	102,1	47,9	54,2	11,5	173,4	140,6	22,6	118,1	32,8	65,2	-	
April	24	58	349,7	116,3	104,9	48,9	56,0	11,4	169,8	137,4	23,0	114,4	32,4	63,7	-	
Mai	24	57	350,4	115,3	103,9	49,0	54,9	11,4	170,6	138,2	22,9	115,3	32,4	64,5	-	
Veränderungen *)																
2014	- 5	- 12	- 46,7	- 39,9	- 26,3	- 8,0	- 18,2	- 13,6	- 17,0	- 11,4	- 4,4	- 7,0	- 5,6	+ 10,1	-	
2015	- 4	- 5	- 23,9	- 33,3	- 28,7	- 33,3	+ 4,6	- 4,6	+ 6,5	+ 6,2	+ 0,6	+ 5,6	+ 0,3	+ 2,9	-	
2015 Sept.	-	- 1	+ 3,9	- 2,6	- 2,3	- 9,1	+ 6,9	- 0,4	+ 0,8	- 0,2	+ 0,4	- 0,6	+ 1,0	+ 5,7	-	
Okt.	-	-	- 7,2	- 4,0	- 5,1	- 2,4	- 2,7	+ 1,1	- 1,3	- 0,1	+ 0,0	- 0,1	- 1,1	- 2,0	-	
Nov.	-	-	- 4,8	- 10,9	- 8,8	- 11,1	+ 2,3	- 2,1	+ 4,1	+ 3,8	- 0,2	+ 4,1	+ 0,3	+ 2,0	-	
Dez.	- 1	- 1	- 0,7	+ 6,8	+ 7,2	+ 5,6	+ 1,7	- 0,4	- 5,9	- 4,3	- 0,3	- 4,0	- 1,5	- 1,6	-	
2016 Jan.	-	-	+ 0,6	+ 3,0	+ 3,3	+ 3,6	- 0,3	- 0,3	+ 1,4	+ 0,9	- 0,5	+ 1,4	+ 0,5	- 3,8	-	
Febr.	-	-	- 16,4	- 8,5	- 8,0	- 3,1	- 5,0	- 0,5	- 11,2	- 11,2	+ 0,5	- 11,7	+ 0,0	+ 3,3	-	
März	-	-	- 3,7	- 5,2	- 4,8	- 2,7	- 2,1	- 0,4	+ 0,9	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,1	+ 0,5	+ 0,6	-	
April	-	-	- 2,5	+ 2,7	+ 2,8	+ 1,0	+ 1,8	- 0,1	- 3,7	- 3,3	+ 0,4	- 3,7	- 0,4	- 1,5	-	
Mai	-	- 1	- 1,1	- 2,0	- 1,8	+ 0,1	- 1,9	- 0,2	+ 0,0	+ 0,0	- 0,1	+ 0,1	- 0,0	+ 0,8	-	

* „Ausland“ umfasst auch das Sitzland der Auslandsfilialen bzw. der Auslandstöchter. Statistisch bedingte Veränderungen sind bei den Veränderungen ausgeschaltet. (Brüche auf Grund von Veränderungen des Berichtsgebietes werden bei den Auslandsstöchern grundsätzlich nicht in den Veränderungswerten ausgeschaltet). Die

Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten; Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. 1 Mehrere Filialen in einem Sitzland

IV. Banken

Einlagen und aufgenommene Kredite												Sonstige Passivpositionen 6) 7)		Zeit
insgesamt	von Banken (MFIs)			von Nichtbanken (Nicht-MFIs)				Geld- markt- papiere und Schuld- verschrei- bungen im Um- lauf 5)	Betriebs- kapital bzw. Eigen- kapital	ins- gesamt	darunter: Derivative Finanz- instrumente des Handels- bestands			
	zu- sammen	deutsche Banken	aus- ländische Banken	ins- gesamt	deutsche Nichtbanken 4)							auslän- dische Nicht- banken		
					zu- sammen	kurz- fristig	mittel- und lang- fristig							
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)													Auslandsfilialen	
890,9	596,4	327,0	269,4	294,5	24,2	19,1	5,1	270,3	125,4	41,2	668,9	484,1	2013	
1 046,7	739,9	416,2	323,7	306,8	20,6	16,1	4,4	286,2	128,4	45,2	705,8	557,5	2014	
1 060,9	715,3	359,3	356,0	345,6	21,1	16,2	4,9	324,6	128,9	49,9	603,1	497,4	2015	
1 144,2	797,5	416,5	381,0	346,7	19,9	15,4	4,6	326,8	138,3	47,3	637,1	537,1	2015 Aug.	
1 122,3	774,4	419,2	355,3	347,8	19,4	14,9	4,5	328,4	141,6	47,3	666,1	544,8	Sept.	
1 124,6	763,8	406,5	357,3	360,8	19,7	15,0	4,7	341,1	141,0	47,6	633,5	520,6	Okt.	
1 124,3	742,0	377,3	364,7	382,3	22,0	17,0	5,0	360,3	138,6	48,4	669,2	554,0	Nov.	
1 060,9	715,3	359,3	356,0	345,6	21,1	16,2	4,9	324,6	128,9	49,9	603,1	497,4	Dez.	
1 101,8	733,9	357,8	376,1	367,9	21,3	16,6	4,8	346,5	129,4	50,0	679,3	566,3	2016 Jan.	
1 105,0	734,8	368,7	366,1	370,3	22,1	17,4	4,7	348,2	127,7	49,7	740,1	605,7	Febr.	
1 083,8	714,8	344,5	370,3	369,0	23,6	19,5	4,1	345,4	121,3	49,4	689,3	559,2	März	
1 108,9	719,0	348,0	371,0	389,9	21,5	17,4	4,1	368,5	117,7	49,4	657,2	541,5	April	
1 130,1	746,9	358,9	388,0	383,2	20,7	17,2	3,6	362,5	111,0	49,7	639,4	523,0	Mai	
Veränderungen *)													Auslandstöchter	
+ 101,5	+ 112,9	+ 89,2	+ 23,6	- 11,4	- 3,7	- 3,0	- 0,7	- 7,7	+ 3,0	+ 4,0	+ 11,1	+ 73,4	2014	
- 30,8	- 53,8	- 57,0	+ 3,2	+ 23,0	+ 0,5	+ 0,0	+ 0,4	+ 22,5	- 2,1	+ 4,7	- 124,1	- 65,8	2015	
- 22,1	- 23,2	+ 2,7	- 25,9	+ 1,1	- 0,5	- 0,5	- 0,0	+ 1,6	+ 3,2	+ 0,0	+ 29,0	+ 7,7	2015 Sept.	
- 2,7	- 15,5	- 12,7	- 2,8	+ 12,8	+ 0,3	+ 0,1	+ 0,1	+ 12,5	- 2,2	+ 0,2	- 32,6	- 28,7	Okt.	
- 11,5	- 33,4	- 29,2	- 4,2	+ 21,9	+ 2,3	+ 2,0	+ 0,4	+ 19,6	- 6,0	+ 0,9	+ 35,7	+ 24,6	Nov.	
- 55,2	- 18,9	- 18,0	- 0,9	- 36,4	- 1,0	- 0,8	- 0,2	- 35,4	- 7,2	+ 1,5	- 66,8	- 49,3	Dez.	
+ 42,4	+ 20,1	- 1,5	+ 21,6	+ 22,3	+ 0,3	+ 0,4	- 0,1	+ 22,0	+ 1,1	+ 0,1	+ 76,2	+ 70,3	2016 Jan.	
+ 2,0	- 0,4	+ 10,9	+ 11,3	+ 2,4	+ 0,8	+ 0,8	- 0,0	+ 1,6	- 2,2	- 0,3	+ 60,9	+ 39,1	Febr.	
- 9,5	- 8,6	- 24,2	+ 15,5	- 0,9	+ 1,5	+ 2,1	- 0,7	- 2,3	- 2,7	- 0,3	- 50,9	- 34,9	März	
+ 24,6	+ 3,7	+ 3,5	+ 0,2	+ 20,9	- 2,1	- 2,1	- 0,0	+ 23,0	- 4,0	- 0,0	- 32,0	- 18,0	April	
+ 15,1	+ 22,0	+ 10,9	+ 11,1	- 6,9	- 0,7	- 0,2	- 0,5	- 6,2	- 8,3	+ 0,3	- 17,9	- 23,8	Mai	
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)													Auslandstöchter	
334,2	201,1	113,4	87,7	133,0	18,5	16,4	2,0	114,6	21,3	30,0	39,8	-	2013	
297,1	173,6	101,1	72,5	123,5	20,3	14,5	5,8	103,2	18,4	25,9	48,0	-	2014	
292,3	166,7	99,6	67,1	125,7	13,1	10,5	2,6	112,6	14,4	26,3	42,9	-	2015	
298,2	160,9	82,3	78,6	137,3	13,9	11,4	2,5	123,3	14,3	26,2	43,8	-	2015 Aug.	
301,6	168,9	94,6	74,3	132,7	14,4	11,9	2,5	118,2	14,4	26,3	44,0	-	Sept.	
298,3	166,2	91,7	74,5	132,1	14,8	12,3	2,5	117,3	13,4	26,5	42,6	-	Okt.	
293,4	159,3	90,2	69,0	134,1	11,8	9,2	2,6	122,3	14,8	26,7	44,7	-	Nov.	
292,3	166,7	99,6	67,1	125,7	13,1	10,5	2,6	112,6	14,4	26,3	42,9	-	Dez.	
294,1	170,0	101,9	68,1	124,1	11,9	9,4	2,6	112,2	14,5	26,4	40,6	-	2016 Jan.	
282,1	157,1	99,1	58,0	125,0	13,2	10,5	2,8	111,8	12,9	24,3	40,1	-	Febr.	
275,0	160,5	100,5	59,9	114,5	13,4	10,5	2,9	101,1	13,3	24,2	39,6	-	März	
274,5	161,1	102,8	58,3	113,4	13,8	10,9	2,9	99,6	13,5	24,2	37,5	-	April	
275,9	164,2	103,6	60,6	111,8	12,7	9,9	2,8	99,1	13,3	24,3	36,8	-	Mai	
Veränderungen *)													Auslandstöchter	
- 45,5	- 32,4	- 12,3	- 20,1	- 13,1	+ 1,8	- 1,9	+ 3,8	- 14,9	- 3,0	- 4,0	+ 5,8	-	2014	
- 12,3	- 11,2	- 1,5	- 9,7	- 1,1	- 7,2	- 4,0	- 3,2	+ 6,1	- 4,0	+ 0,4	- 7,9	-	2015	
+ 3,4	+ 8,0	+ 12,3	- 4,3	- 4,6	+ 0,5	+ 0,5	- 0,0	- 5,1	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,3	-	2015 Sept.	
- 4,7	- 3,5	- 2,9	- 0,6	- 1,1	+ 0,4	+ 0,4	- 0,0	- 1,5	- 1,1	+ 0,2	- 1,7	-	Okt.	
- 7,8	- 8,6	- 1,5	- 7,1	+ 0,8	- 3,0	+ 3,1	+ 0,1	+ 3,8	+ 1,4	+ 0,2	+ 1,4	-	Nov.	
+ 1,3	+ 8,7	+ 9,3	- 0,6	- 7,4	+ 1,3	+ 1,2	+ 0,0	- 8,7	- 0,4	- 0,4	- 1,2	-	Dez.	
+ 2,3	+ 3,6	+ 2,3	+ 1,3	- 1,3	- 1,1	- 1,1	- 0,0	- 0,1	+ 0,1	+ 0,1	- 1,9	-	2016 Jan.	
- 12,1	- 12,9	- 2,8	- 10,1	+ 0,9	+ 1,3	+ 1,1	+ 0,2	- 0,5	- 1,6	- 2,1	- 0,7	-	Febr.	
- 4,2	+ 4,8	+ 1,4	+ 3,4	- 9,0	+ 0,2	- 0,0	+ 0,2	- 9,2	+ 0,4	- 0,1	+ 0,2	-	März	
- 0,5	+ 0,6	+ 2,3	- 1,7	- 1,1	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,0	- 1,5	+ 0,2	- 0,1	- 2,1	-	April	
- 0,1	+ 2,2	+ 0,8	+ 1,4	- 2,3	- 1,1	- 1,0	- 0,1	- 1,1	- 0,2	+ 0,1	- 1,0	-	Mai	

zählen als eine Filiale. 2 Schatzwechsel, U-Schätze und sonstige Geldmarktpapiere, Anleihen und Schuldverschreibungen. 3 Einschl. eigener Schuldverschreibungen. 4 Ohne nachrangige Verbindlichkeiten und nicht börsenfähige Schuld-

verschreibungen. 5 Begebene börsenfähige und nicht börsenfähige Schuldverschreibungen und Geldmarktpapiere. 6 Einschl. nachrangiger Verbindlichkeiten. 7 Siehe Tabelle IV.2, Fußnote 1.

V. Mindestreserven

1. Mindestreservebasis und -erfüllung in der Europäischen Währungsunion

Mrd €

Reserveperiode beginnend im Monat 1)	Reservebasis 2)	Reserve-Soll vor Abzug des Freibetrages 3)	Reserve-Soll nach Abzug des Freibetrages 4)	Zentralbankguthaben der Kreditinstitute auf Girokonten 5)	Überschussreserven 6)	Summe aller Unterschreitungen des Reserve-Solls 7)
2010	10 559,5	211,2	210,7	212,4	1,7	0,0
2011	10 376,3	207,5	207,0	212,3	5,3	0,0
2012	10 648,6	106,5	106,0	489,0	383,0	0,0
2013	10 385,9	103,9	103,4	248,1	144,8	0,0
2014 8)	10 677,3	106,8	106,3	236,3	130,1	0,0
2015	11 375,0	113,8	113,3	557,1	443,8	0,0
2016 April	11 548,6	115,5	115,0	623,8	508,7	0,0
Mai
Juni p)	11 630,4	116,3	115,8	657,5	541,6	...
Juli p)	116,7

2. Mindestreservebasis und -erfüllung in Deutschland

Mio €

Reserveperiode beginnend im Monat 1)	Reservebasis 2)	Anteil Deutschlands an der Reservebasis des Eurosystems in %	Reserve-Soll vor Abzug des Freibetrages 3)	Reserve-Soll nach Abzug des Freibetrages 4)	Zentralbankguthaben der Kreditinstitute auf Girokonten 5)	Überschussreserven 6)	Summe aller Unterschreitungen des Reserve-Solls 7)
2010	2 530 997	24,0	50 620	50 435	51 336	901	0
2011	2 666 422	25,7	53 328	53 145	54 460	1 315	1
2012	2 874 716	27,0	28 747	28 567	158 174	129 607	1
2013	2 743 933	26,4	27 439	27 262	75 062	47 800	2
2014	2 876 931	26,9	28 769	28 595	75 339	46 744	4
2015	3 137 353	27,6	31 374	31 202	174 361	143 159	0
2016 April	3 183 073	27,6	31 831	31 659	186 505	154 846	0
Mai
Juni p)	3 205 801	27,6	32 058	31 887	196 614	164 727	0
Juli p)	3 226 967	...	32 270	32 101

a) Reserve-Soll einzelner Bankengruppen

Mio €

Reserveperiode beginnend im Monat 1)	Großbanken	Regionalbanken und sonstige Kreditbanken	Zweigstellen ausländischer Banken	Landesbanken und Sparkassen	Kreditgenossenschaften	Realkreditinstitute	Banken mit Sonder-, Förder- und sonstigen zentralen Unterstützungsaufgaben
2010	10 633	7 949	1 845	18 128	9 153	556	2 170
2011	10 459	8 992	3 078	18 253	9 437	601	2 324
2012 3)	5 388	4 696	2 477	9 626	4 886	248	1 247
2013	5 189	4 705	1 437	9 306	5 123	239	1 263
2014	5 593	4 966	1 507	9 626	5 375	216	1 312
2015	6 105	5 199	2 012	10 432	5 649	226	1 578
2016 April	5 903	5 167	2 222	10 713	5 755	235	1 668
Mai
Juni	5 967	5 196	2 366	10 742	5 805	231	1 583
Juli	5 978	5 220	2 470	10 751	5 834	232	1 617

b) Zusammensetzung der Reservebasis nach Verbindlichkeiten

Mio €

Reserveperiode beginnend im Monat 1)	Verbindlichkeiten (ohne Spareinlagen, Bauspareinlagen und Repos) gegenüber Nicht-MFIs mit Ursprungslaufzeit bis zu 2 Jahren einschl.	Verbindlichkeiten (ohne Bauspareinlagen und Repos) gegenüber nicht der Mindestreserve unterliegenden MFIs in der EWU mit Ursprungslaufzeit bis zu 2 Jahren einschl.	Verbindlichkeiten (ohne Bauspareinlagen und Repos) gegenüber Banken im anderen Ausland außerhalb der EWU mit Ursprungslaufzeit bis zu 2 Jahren einschl.	Spareinlagen mit Kündigungsfrist bis zu 2 Jahren einschl.	Verbindlichkeiten aus ausgegebenen Inhaberschuldverschreibungen mit Ursprungslaufzeit bis zu 2 Jahren einschl. nach Pauschalabzug bzw. Abzug der Beträge im Besitz selbst reservspflichtiger MFIs
2010	1 484 334	2 376	344 440	594 119	105 728
2011	1 609 904	3 298	354 235	596 833	102 153
2012 3)	1 734 716	2 451	440 306	602 834	94 453
2013	1 795 844	2 213	255 006	600 702	90 159
2014	1 904 200	1 795	282 843	601 390	86 740
2015	2 063 317	1 879	375 891	592 110	104 146
2016 April	2 117 242	2 655	361 713	594 518	107 165
Mai
Juni	2 128 104	3 241	378 003	590 967	105 797
Juli	2 149 432	2 352	378 231	589 495	107 539

1 Die Erfüllungsperiode beginnt am Abwicklungstag des Hauptrefinanzierungsgeschäfts, das auf die Sitzung des EZB-Rats folgt, in der die Erörterung der Geldpolitik vorgesehen ist. 2 Art. 3 der Verordnung der Europäischen Zentralbank über die Auferlegung einer Mindestreservepflicht (ohne die Verbindlichkeiten, für die gemäß Art. 4 Abs. 1 ein Reservesatz von 0 % gilt). 3 Betrag nach Anwendung der Reservesätze auf die Reservebasis. Der Reservesatz für Verbindlichkeiten mit einer Ursprungslaufzeit von bis zu 2 Jahren einschl. betrug vom 1. Januar 1999 bis 17. Januar 2012 2 %. Ab dem 18. Januar 2012 liegt er bei 1 %. 4 Art. 5 Abs. 2 der

Verordnung der Europäischen Zentralbank über die Auferlegung einer Mindestreserve 5 Durchschnittliche Guthaben der Kreditinstitute bei den nationalen Zentralbanken. 6 Durchschnittliche Guthaben abzüglich Reserve-Soll nach Abzug des Freibetrages. 7 Reserve-Soll nach Abzug des Freibetrages. 8 Reserve-Soll nach Abzug des Freibetrages inklusive des Reserve-Solls von Litauen in Höhe von 0,154 Mrd €. Das Reserve-Soll in der Europäischen Währungsunion bis zum 31. Dezember 2014 betrug 106,2 Mrd €.

VI. Zinssätze

1. EZB-Zinssätze

% p.a.

Gültig ab	Einlagefazilität	Hauptrefinanzierungsgeschäfte		Spitzenrefinanzierungsfazilität	Gültig ab	Einlagefazilität	Hauptrefinanzierungsgeschäfte		Spitzenrefinanzierungsfazilität
		Festsatz	Mindestbietungssatz				Festsatz	Mindestbietungssatz	
2005 6. Dez.	1,25	–	2,25	3,25	2011 13. April	0,50	1,25	–	2,00
2006 8. März	1,50	–	2,50	3,50	13. Juli	0,75	1,50	–	2,25
15. Juni	1,75	–	2,75	3,75	9. Nov.	0,50	1,25	–	2,00
9. Aug.	2,00	–	3,00	4,00	14. Dez.	0,25	1,00	–	1,75
11. Okt.	2,25	–	3,25	4,25	2012 11. Juli	0,00	0,75	–	1,50
13. Dez.	2,50	–	3,50	4,50	2013 8. Mai	0,00	0,50	–	1,00
2007 14. März	2,75	–	3,75	4,75	13. Nov.	0,00	0,25	–	0,75
13. Juni	3,00	–	4,00	5,00	2014 11. Juni	–0,10	0,15	–	0,40
2008 9. Juli	3,25	–	4,25	5,25	10. Sept.	–0,20	0,05	–	0,30
8. Okt.	2,75	–	3,75	4,75	2015 9. Dez.	–0,30	0,05	–	0,30
9. Okt.	3,25	3,75	–	4,25	2016 16. März	–0,40	0,00	–	0,25
12. Nov.	2,75	3,25	–	3,75					
10. Dez.	2,00	2,50	–	3,00					
2009 21. Jan.	1,00	2,00	–	3,00					
11. März	0,50	1,50	–	2,50					
8. April	0,25	1,25	–	2,25					
13. Mai	0,25	1,00	–	1,75					

1 Gemäß § 247 BGB.

2. Basiszinssätze

% p.a.

Gültig ab	Basiszinsatz gemäß BGB 1)	Gültig ab	Basiszinsatz gemäß BGB 1)
2002 1. Jan.	2,57	2009 1. Jan.	1,62
1. Juli	2,47	1. Juli	0,12
2003 1. Jan.	1,97	2011 1. Juli	0,37
1. Juli	1,22	2012 1. Jan.	0,12
2004 1. Jan.	1,14	2013 1. Jan.	–0,13
1. Juli	1,13	1. Juli	–0,38
2005 1. Jan.	1,21	2014 1. Jan.	–0,63
1. Juli	1,17	1. Juli	–0,73
2006 1. Jan.	1,37	2015 1. Jan.	–0,83
1. Juli	1,95	2016 1. Juli	–0,88
2007 1. Jan.	2,70		
1. Juli	3,19		
2008 1. Jan.	3,32		
1. Juli	3,19		

3. Geldpolitische Geschäfte des Eurosystems (Tenderverfahren *)

Gebote Betrag	Zuteilung Betrag	Mengtender		Zinstender		Laufzeit
		Festsatz	Mindestbietungssatz	marginaler Satz 1)	gewichteter Durchschnittssatz	
Gutschriftstag	Mio €	% p.a.				Tage
Hauptrefinanzierungsgeschäfte						
2016 6. Juli	44 089	44 089	0,00	–	–	7
13. Juli	42 467	42 467	0,00	–	–	7
20. Juli	43 569	43 569	0,00	–	–	7
27. Juli	49 593	49 593	0,00	–	–	7
3. Aug.	42 989	42 989	0,00	–	–	7
10. Aug.	41 621	41 621	0,00	–	–	7
Längerfristige Refinanzierungsgeschäfte						
2016 26. Mai	6 270	6 270	2) ...	–	–	98
29. Juni	6 724	6 724	0,00	–	–	819
29. Juni	399 289	399 289	0,00	–	–	1 456
30. Juni	7 726	7 726	2) ...	–	–	91
28. Juli	7 010	7 010	2) ...	–	–	91

* Quelle: EZB. 1 Niedrigster bzw. höchster Zinssatz, zu dem Mittel noch zugeteilt bzw. hereingenommen werden. 2 Berechnung am Ende der Laufzeit; Zuteilung zu

dem durchschnittlichen Mindestbietungssatz aller Hauptrefinanzierungsgeschäfte während der Laufzeit.

4. Geldmarktsätze nach Monaten *)

% p.a.

Durchschnitt im Monat	EONIA 1)	EURIBOR 2)					
		Wochengeld	Monatsgeld	Dreimonatsgeld	Sechsmontatsgeld	Neunmontatsgeld	Zwölfmontatsgeld
2016 Jan.	–0,24	–0,26	–0,22	–0,15	–0,06	–0,01	0,04
Febr.	–0,24	–0,27	–0,25	–0,18	–0,12	–0,06	–0,01
März	–0,29	–0,32	–0,31	–0,23	–0,13	–0,07	–0,01
April	–0,34	–0,36	–0,34	–0,25	–0,14	–0,07	–0,01
Mai	–0,34	–0,36	–0,35	–0,26	–0,14	–0,08	–0,01
Juni	–0,33	–0,37	–0,36	–0,27	–0,16	–0,10	–0,03
Juli	–0,33	–0,38	–0,37	–0,29	–0,19	–0,12	–0,06

* Monatsdurchschnitte sind eigene Berechnungen. Weder die Deutsche Bundesbank noch eine andere Stelle kann bei Umstimmigkeiten des EONIA Satzes und der EURIBOR Sätze haftbar gemacht werden. 1 Euro OverNight Index Average: Seit 4. Januar 1999 von der Europäischen Zentralbank auf der Basis effektiver Umsätze

nach der Zinsmethode act/360 berechneter gewichteter Durchschnittssatz für Tagesgelder im Interbankengeschäft, der von Reuters veröffentlicht wird. 2 Euro Interbank Offered Rate: Seit 30. Dezember 1998 von Reuters nach der Zinsmethode act/360 berechneter ungewichteter Durchschnittssatz.

VI. Zinssätze

5. Zinssätze und Volumina für die Bestände und das Neugeschäft der deutschen Banken (MFIs) *)

a) Bestände ^{o)}

Stand am Monatsende	Einlagen privater Haushalte				Einlagen nichtfinanzieller Kapitalgesellschaften			
	mit vereinbarter Laufzeit							
	bis 2 Jahre		von über 2 Jahren		bis 2 Jahre		von über 2 Jahren	
	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €
2015 Juni	0,54	84 531	1,75	224 254	0,29	74 338	2,22	19 325
Juli	0,52	82 865	1,73	221 848	0,27	76 685	2,19	17 642
Aug.	0,51	81 011	1,71	221 355	0,26	77 081	2,17	17 717
Sept.	0,50	79 461	1,70	221 031	0,26	75 281	2,17	17 611
Okt.	0,49	78 623	1,69	220 371	0,25	74 750	2,15	17 702
Nov.	0,48	77 788	1,67	219 914	0,24	76 639	2,09	17 194
Dez.	0,46	77 515	1,66	221 625	0,22	79 591	2,04	17 364
2016 Jan.	0,45	76 746	1,64	221 432	0,22	79 489	2,00	17 335
Febr.	0,44	75 932	1,62	221 154	0,21	80 142	2,00	17 271
März	0,44	76 809	1,61	221 229	0,20	82 706	1,95	17 573
April	0,44	77 166	1,59	220 954	0,19	83 709	1,92	17 490
Mai	0,43	77 295	1,58	220 985	0,19	80 922	1,86	18 025
Juni	0,42	77 303	1,56	220 707	0,16	78 910	1,80	18 063

Stand am Monatsende	Wohnungsbaukredite an private Haushalte ³⁾						Konsumentenkredite und sonstige Kredite an private Haushalte ^{4) 5)}					
	mit Ursprungslaufzeit											
	bis 1 Jahr ⁶⁾		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren		bis 1 Jahr ⁶⁾		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren	
	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €
2015 Juni	2,68	5 138	2,52	27 830	3,50	1 022 718	7,60	56 765	4,58	77 795	4,62	305 203
Juli	2,64	5 301	2,49	27 836	3,46	1 028 020	7,46	54 891	4,54	78 042	4,59	306 587
Aug.	2,63	5 233	2,46	27 881	3,44	1 032 080	7,46	54 768	4,51	78 424	4,56	307 560
Sept.	2,64	5 135	2,44	27 890	3,41	1 036 799	7,55	55 936	4,48	78 671	4,54	306 905
Okt.	2,62	5 160	2,41	27 887	3,38	1 041 492	7,43	54 093	4,44	79 409	4,51	307 750
Nov.	2,61	5 139	2,38	27 838	3,36	1 044 861	7,39	53 821	4,42	79 222	4,49	308 002
Dez.	2,62	5 029	2,36	27 692	3,33	1 047 658	7,38	54 838	4,39	79 345	4,46	306 514
2016 Jan.	2,61	5 011	2,34	27 438	3,30	1 047 865	7,44	52 884	4,35	79 779	4,43	307 381
Febr.	2,60	5 022	2,36	27 364	3,27	1 049 663	7,45	53 249	4,31	80 351	4,41	307 866
März	2,63	5 014	2,34	27 371	3,24	1 052 498	7,49	54 287	4,29	80 695	4,38	307 355
April	2,56	4 928	2,31	27 215	3,21	1 057 019	7,33	52 229	4,27	81 376	4,35	308 474
Mai	2,57	4 959	2,29	27 187	3,19	1 059 863	7,36	52 678	4,24	81 793	4,33	309 250
Juni	2,57	4 863	2,28	27 272	3,16	1 064 492	7,39	53 521	4,22	82 253	4,31	309 023

Stand am Monatsende	Kredite an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften mit Ursprungslaufzeit					
	bis 1 Jahr ⁶⁾		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren	
	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €
2015 Juni	2,89	134 307	2,43	127 057	2,88	580 448
Juli	2,80	130 434	2,43	125 698	2,85	585 342
Aug.	2,82	130 317	2,41	126 738	2,84	587 082
Sept.	2,86	132 444	2,39	126 160	2,82	585 043
Okt.	2,80	130 602	2,36	127 257	2,80	587 398
Nov.	2,82	128 922	2,33	129 015	2,78	594 272
Dez.	2,77	125 750	2,29	129 455	2,74	593 021
2016 Jan.	2,68	130 505	2,26	129 655	2,72	595 850
Febr.	2,67	134 107	2,23	130 842	2,70	598 794
März	2,65	137 421	2,20	130 530	2,67	597 332
April	2,66	136 364	2,18	131 883	2,64	601 069
Mai	2,60	136 538	2,15	132 698	2,62	605 918
Juni	2,62	135 843	2,13	133 462	2,60	604 519

* Die auf harmonisierter Basis im Euro-Währungsgebiet ab Januar 2003 erhobene Zinsstatistik wird in Deutschland als Stichprobenerhebung durchgeführt. Das Hochrechnungsverfahren wurde nach den Vorgaben der EZB (Guideline ECB/2014/15) geändert. Die für Juni 2010 bis Mai 2015 veröffentlichten Daten wurden mit der neuen Methode neu berechnet. Gegenstand der MFI-Zinsstatistik sind die von monetären Finanzinstituten (MFIs) angewandten Zinssätze sowie die dazugehörigen Volumina für auf Euro lautende Einlagen und Kredite gegenüber in den Mitgliedstaaten der EWU gebietsansässigen privaten Haushalten und nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften. Der Sektor private Haushalte umfasst Privatpersonen (einschl. Einzelkaufleute) sowie private Organisationen ohne Erwerbszweck. Zu den nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften zählen sämtliche Unternehmen (einschl. Personengesellschaften) außer Versicherungen, Banken und sonstigen Finanzierungsinstitutionen. Die Ergebnisse für den jeweils aktuellen Termin sind stets als vorläufig zu betrachten; Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. Weitere Informationen zur MFI-Zinsstatistik lassen sich der Bundesbank-Homepage (Rubrik: Statistik / Meldewesen / Bankenstatistik / MFI-Zinsstatistik) entnehmen.

o) Die Bestände werden zeitpunktbezogen zum Monatsultimo erhoben. 1 Die Effektivzinssätze werden entweder als annualisierte vereinbarte Jahreszinssätze (AVJ) oder als eng definierte Effektivzinssätze ermittelt. Beide Berechnungsmethoden umfassen sämtliche Zinszahlungen auf Einlagen und Kredite, jedoch keine eventuell anfallenden sonstigen Kosten, wie z.B. für Anfragen, Verwaltung, Erstellung der Dokumente, Garantien und Kreditversicherungen. 2 Angaben basieren auf der monatlichen Bilanzstatistik. 3 Besicherte und unbesicherte Kredite, die für die Beschaffung von Wohnraum, einschl. Wohnungsbau und -modernisierung gewährt werden; einschl. Bauspardarlehen und Bauzwischenfinanzierungen sowie Weiterleitungskredite, die die Meldepflichtigen im eigenen Namen und auf eigene Rechnung ausgereicht haben. 4 Konsumentenkredite sind Kredite, die zum Zwecke der persönlichen Nutzung für den Konsum von Gütern und Dienstleistungen gewährt werden. 5 Sonstige Kredite im Sinne der Statistik sind Kredite, die für sonstige Zwecke, z.B. Geschäftszwecke, Schuldenkonsolidierung, Ausbildung usw. gewährt werden. 6 Einschl. Überziehungskredite (s.a. Anm. 13 bis 15 S. 47*).

VI. Zinssätze

noch: 5. Zinssätze und Volumina für die Bestände und das Neugeschäft der deutschen Banken (MFIs) *)
b) Neugeschäft +)

Einlagen privater Haushalte													
täglich fällig		mit vereinbarter Laufzeit						mit vereinbarter Kündigungsfrist 8)					
		bis 1 Jahr		von über 1 Jahr bis 2 Jahre		von über 2 Jahren		bis 3 Monate		von über 3 Monaten			
		Effektivzins-satz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzins-satz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektivzins-satz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektivzins-satz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektivzins-satz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzins-satz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €
Erhebungs-zeitraum													
2015 Juni	0,15	1 062 893	0,29	6 524	0,70	703	0,88	880	0,46	527 934	0,56	69 686	
Juli	0,14	1 073 284	0,33	6 953	0,74	656	0,93	866	0,44	527 609	0,54	68 185	
Aug.	0,14	1 079 170	0,32	5 546	0,65	636	0,94	879	0,43	527 949	0,52	66 653	
Sept.	0,14	1 079 060	0,34	6 158	0,87	668	1,12	971	0,42	528 705	0,51	65 229	
Okt.	0,15	1 089 962	0,34	5 760	0,71	793	0,90	1 088	0,41	529 980	0,49	63 966	
Nov.	0,14	1 107 307	0,34	5 900	0,69	840	0,89	1 196	0,40	530 810	0,47	62 774	
Dez.	0,13	1 111 065	0,28	6 140	0,50	1 161	0,97	1 379	0,39	533 865	0,45	61 900	
2016 Jan.	0,12	1 117 856	0,35	7 184	0,62	1 024	1,00	1 360	0,37	534 775	0,43	60 627	
Febr.	0,12	1 123 332	0,34	6 226	0,71	914	1,03	1 493	0,36	536 409	0,40	59 334	
März	0,11	1 120 146	0,34	6 804	0,82	1 137	0,93	1 721	0,34	535 575	0,39	58 239	
April	0,10	1 140 220	0,35	5 852	0,69	994	0,94	1 130	0,32	534 792	0,38	57 125	
Mai	0,10	1 142 947	0,34	5 430	0,69	747	0,89	901	0,31	534 122	0,37	56 154	
Juni	0,08	1 149 604	0,27	6 027	0,73	759	0,83	935	0,30	533 649	0,36	55 413	

Einlagen nichtfinanzieller Kapitalgesellschaften									
täglich fällig		mit vereinbarter Laufzeit							
		bis 1 Jahr		von über 1 Jahr bis 2 Jahre		von über 2 Jahren			
		Effektivzins-satz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzins-satz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektivzins-satz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektivzins-satz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €
Erhebungs-zeitraum									
2015 Juni	0,06	342 151	0,20	10 205	0,43	484	0,41	512	
Juli	0,06	351 672	0,17	10 002	0,31	565	0,61	1 243	
Aug.	0,06	354 182	0,11	8 622	0,30	312	0,73	305	
Sept.	0,05	357 208	0,15	8 732	0,22	723	0,54	351	
Okt.	0,05	373 013	0,10	10 805	0,28	798	0,43	528	
Nov.	0,05	377 900	0,11	10 676	0,39	574	0,56	326	
Dez.	0,04	375 456	0,07	14 914	0,36	1 338	0,57	872	
2016 Jan.	0,03	370 533	0,10	9 780	0,32	1 283	0,42	489	
Febr.	0,03	369 125	0,08	10 334	0,48	890	0,50	244	
März	0,05	369 344	- 0,03	14 907	0,20	931	1,34	1 057	
April	0,05	377 546	- 0,01	10 820	0,13	851	0,40	439	
Mai	0,01	380 942	- 0,02	9 700	0,18	694	0,52	1 123	
Juni	0,01	376 703	- 0,02	10 619	0,16	689	0,46	858	

Kredite an private Haushalte																	
Sonstige Kredite an private Haushalte mit anfänglicher Zinsbindung 5)																	
insgesamt		darunter neu verhandelte Kredite 9) 10)				variabel oder bis 1 Jahr 9)		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren		darunter: Kredite an wirtschaftlich selbständige Privatpersonen					
		variabel oder bis 1 Jahr 9)		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren		variabel oder bis 1 Jahr 9)		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren					
		Effektivzins-satz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektivzins-satz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektivzins-satz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektivzins-satz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektivzins-satz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektivzins-satz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektivzins-satz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektivzins-satz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €
Erhebungs-zeitraum																	
2015 Juni	1,95	8 380	2,02	2 716	1,69	4 215	2,74	998	2,05	3 167	2,01	2 452	2,84	771	2,04	2 119	
Juli	2,08	8 720	1,92	3 489	1,75	4 272	2,75	1 149	2,27	3 299	1,93	2 649	2,91	868	2,21	2 152	
Aug.	2,12	6 485	2,01	2 170	1,88	3 121	2,72	909	2,21	2 455	2,06	1 801	2,83	694	2,16	1 665	
Sept.	2,19	6 448	1,99	2 333	1,91	3 289	2,96	838	2,30	2 321	1,96	1 949	3,21	618	2,23	1 576	
Okt.	2,07	7 280	1,93	2 886	1,76	3 823	2,75	966	2,29	2 491	1,97	2 264	2,88	745	2,21	1 636	
Nov.	2,03	6 561	1,97	2 146	1,75	3 295	2,74	872	2,17	2 394	2,07	1 872	2,81	694	2,13	1 556	
Dez.	2,05	8 344	2,03	2 796	1,81	4 005	2,75	1 136	2,11	3 203	2,06	2 469	2,80	886	2,06	2 163	
2016 Jan.	1,96	7 252	2,01	2 816	1,68	3 753	2,63	1 054	2,11	2 445	2,04	2 153	2,70	823	2,03	1 617	
Febr.	2,05	6 669	2,10	2 300	1,87	3 388	2,64	904	2,08	2 377	2,15	2 032	2,76	690	2,05	1 528	
März	2,02	7 255	1,87	2 578	1,77	3 549	2,70	996	2,09	2 710	1,96	2 167	2,81	756	2,03	1 796	
April	2,03	6 381	1,89	2 492	1,81	3 375	2,68	981	2,09	2 025	2,02	2 079	2,87	757	2,01	1 420	
Mai	2,00	5 898	1,92	1 926	1,77	2 921	2,71	876	2,03	2 101	2,01	1 859	2,97	647	1,97	1 372	
Juni	2,02	6 818	1,93	2 359	1,84	3 200	2,58	1 132	1,98	2 486	2,09	1 953	2,67	896	1,89	1 769	

Anmerkungen * und 1 bis 6 s. S. 44*. + Für Einlagen mit vereinbarter Laufzeit und sämtliche Kredite außer revolving Krediten und Überziehungskrediten, Kreditkartenkrediten gilt: Das Neugeschäft umfasst alle zwischen privaten Haushalten oder nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften und dem berichtspflichtigen MFI neu getroffenen Vereinbarungen. Die Zinssätze werden als volumengewichtete Durchschnittssätze über alle im Laufe des Berichtsmonats abgeschlossenen Neuvereinbarungen berechnet. Für täglich fällige Einlagen, Einlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist sowie revolving Kredite und Überziehungskredite, Kreditkartenkredite gilt: Das Neugeschäft

wird aus Vereinfachungsgründen wie die Bestände zeitpunktbezogen erfasst. Das bedeutet, dass sämtliche Einlagen- und Kreditgeschäfte, die am letzten Tag des Melde-monats bestehen, in die Berechnung der Durchschnittszinsen einbezogen werden. 7 Geschätzt. Das von den Berichtspflichtigen gemeldete Neugeschäftsvolumen wird mittels eines geeigneten Schätzverfahrens auf die Grundgesamtheit aller MFIs in Deutschland hochgerechnet. 8 Einschl. Einlagen nichtfinanzieller Kapitalgesellschaften; einschl. Treue- und Wachstumsprämien. 9 Ohne Überziehungskredite. 10 Ab Dezember 2014 erhoben.

VI. Zinssätze

noch: 5. Zinssätze und Volumina für die Bestände und das Neugeschäft der deutschen Banken (MFIs) *)
 b) Neugeschäft +)

noch: Kredite an private Haushalte											
Konsumentenkredite mit anfänglicher Zinsbindung 4)											
Erhebungs- zeitraum	insgesamt (einschl. Kosten)			darunter neu verhandelte Kredite 9) 10)		variabel oder bis 1 Jahr 9)		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren	
	effektiver Jahres- zinssatz 11) % p.a.	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €
Kredite insgesamt											
2015 Juni	6,37	6,29	8 006	7,63	1 547	4,83	327	4,98	3 211	7,33	4 468
Juli	6,48	6,40	8 959	7,81	1 769	5,09	361	5,01	3 554	7,47	5 044
Aug.	6,34	6,26	7 313	7,71	1 263	5,33	309	4,98	3 020	7,31	3 984
Sept.	6,28	6,21	7 331	7,63	1 200	5,20	338	4,94	3 052	7,28	3 941
Okt.	6,28	6,20	7 233	7,69	1 135	5,17	309	4,88	3 104	7,36	3 820
Nov.	6,21	6,15	6 657	7,58	1 055	5,24	276	4,90	2 993	7,32	3 388
Dez.	6,03	5,97	6 067	7,30	934	5,67	316	4,78	2 867	7,19	2 884
2016 Jan.	6,44	6,37	7 338	7,52	1 426	5,59	309	4,99	2 938	7,41	4 091
Febr.	6,25	6,20	7 862	7,44	1 444	5,55	322	4,94	3 260	7,22	4 280
März	6,06	6,04	8 415	7,33	1 833	5,49	341	4,79	3 577	7,07	4 497
April	6,21	6,19	8 734	7,33	1 814	5,89	310	4,88	3 548	7,16	4 876
Mai	6,22	6,20	8 244	7,47	1 715	5,89	306	4,90	3 329	7,16	4 609
Juni	6,20	6,18	8 942	7,47	1 864	5,73	314	4,87	3 618	7,15	5 010
darunter: besicherte Kredite 12)											
2015 Juni	.	3,11	301	.	.	2,86	35	3,59	156	2,50	110
Juli	.	3,44	281	.	.	2,81	28	3,93	156	2,85	97
Aug.	.	3,49	240	.	.	3,05	18	3,86	144	2,92	78
Sept.	.	3,28	238	.	.	2,52	38	3,90	116	2,78	84
Okt.	.	3,33	244	.	.	2,33	41	3,87	131	2,89	72
Nov.	.	3,58	218	.	.	2,84	23	3,90	136	3,14	59
Dez.	.	3,39	219	.	.	2,72	22	3,89	128	2,66	69
2016 Jan.	.	3,32	191	.	.	2,50	21	3,72	111	2,85	59
Febr.	.	3,51	220	.	.	2,85	33	3,84	135	3,08	52
März	.	3,29	260	.	.	2,58	25	3,71	158	2,65	77
April	.	3,49	206	.	.	2,75	13	3,80	145	2,77	48
Mai	.	3,56	202	.	.	2,69	18	3,95	135	2,79	49
Juni	.	3,62	213	.	.	2,95	17	3,96	141	2,94	55

noch: Kredite an private Haushalte													
Wohnungsbaukredite mit anfänglicher Zinsbindung 3)													
Erhebungs- zeitraum	insgesamt (einschl. Kosten)			darunter neu verhandelte Kredite 9) 10)		variabel oder bis 1 Jahr 9)		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren bis 10 Jahre		von über 10 Jahren	
	effektiver Jahres- zinssatz 11) % p.a.	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €
Kredite insgesamt													
2015 Juni	1,89	1,85	24 015	1,98	5 330	2,11	2 798	1,81	2 197	1,72	9 297	1,92	9 723
Juli	2,04	1,99	25 310	2,06	6 017	2,17	2 915	1,91	2 502	1,86	10 095	2,10	9 798
Aug.	2,09	2,06	19 745	2,15	4 445	2,27	2 290	1,95	1 939	1,92	7 566	2,15	7 950
Sept.	2,07	2,03	19 161	2,08	4 209	2,17	2 344	1,98	1 851	1,92	7 276	2,12	7 690
Okt.	2,07	2,05	19 874	2,04	5 455	2,11	2 577	1,99	2 125	1,94	7 230	2,14	7 942
Nov.	2,04	2,02	18 426	2,11	4 212	2,27	2 190	1,94	1 874	1,89	7 319	2,09	7 043
Dez.	1,98	1,95	19 521	2,02	4 769	2,16	2 713	1,88	2 045	1,83	7 385	2,01	7 378
2016 Jan.	2,00	1,97	18 507	2,05	5 833	2,22	2 413	1,87	2 054	1,84	6 800	2,05	7 240
Febr.	1,97	1,96	18 778	2,16	4 870	2,45	2 584	1,86	1 994	1,79	6 837	1,97	7 363
März	1,85	1,82	22 396	1,94	4 799	2,10	2 618	1,82	2 256	1,70	8 246	1,86	9 276
April	1,93	1,88	17 859	1,94	4 981	2,16	2 206	1,82	1 820	1,67	6 054	1,97	7 779
Mai	1,86	1,79	17 968	2,03	3 654	2,19	2 133	1,83	1 698	1,62	6 635	1,83	7 502
Juni	1,82	1,76	21 409	1,94	4 079	2,04	2 567	1,85	1 931	1,60	7 424	1,79	9 487
darunter: besicherte Kredite 12)													
2015 Juni	.	1,76	11 120	.	.	2,02	1 096	1,59	1 090	1,65	4 502	1,84	4 432
Juli	.	1,91	11 976	.	.	2,15	1 134	1,69	1 314	1,80	4 906	2,03	4 622
Aug.	.	1,98	9 203	.	.	2,23	794	1,71	1 016	1,86	3 653	2,11	3 740
Sept.	.	1,96	8 434	.	.	2,13	912	1,74	878	1,87	3 334	2,07	3 310
Okt.	.	1,99	9 323	.	.	2,10	995	1,71	1 063	1,86	3 583	2,16	3 682
Nov.	.	1,94	8 245	.	.	2,21	812	1,69	888	1,83	3 378	2,05	3 167
Dez.	.	1,86	8 294	.	.	2,06	969	1,63	915	1,77	3 272	1,95	3 138
2016 Jan.	.	1,92	8 349	.	.	2,30	916	1,62	1 003	1,80	3 276	2,04	3 154
Febr.	.	1,89	7 875	.	.	2,47	987	1,62	875	1,73	3 048	1,95	2 965
März	.	1,74	9 786	.	.	2,01	1 002	1,63	1 075	1,63	3 807	1,81	3 902
April	.	1,89	7 980	.	.	2,17	848	1,53	843	1,62	2 827	2,14	3 462
Mai	.	1,71	7 343	.	.	2,08	783	1,53	752	1,54	2 804	1,81	3 004
Juni	.	1,67	9 111	.	.	1,96	956	1,55	849	1,53	3 475	1,75	3 831

Anmerkungen * und 1 bis 6 s. S. 44*; Anmerkungen +, 7 bis 10 s. S. 45*; Anmerkung 12 s. S. 47*. 11 Effektivzinssatz, der die eventuell anfallenden sonstigen Kosten, wie

z.B. für Anfragen, Verwaltung, Erstellung der Dokumente, Garantien und Kreditversicherungen, beinhaltet.

VI. Zinssätze

noch: 5. Zinssätze und Volumina für die Bestände und das Neugeschäft der deutschen Banken (MFIs) *)
 b) Neugeschäft +)

Erhebungs- zeitraum	noch: Kredite an private Haushalte						Kredite an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften					
	Revolvierende Kredite 13) und Überziehungskredite 14) Kreditkartenkredite 15)		darunter				Revolvierende Kredite 13) und Überziehungskredite 14) Kreditkartenkredite 15)		darunter			
			Revolvierende Kredite 13) und Überziehungskredite 14)		Echte Kreditkartenkredite				Revolvierende Kredite 13) und Überziehungskredite 14)		Revolvierende Kredite 13) und Überziehungskredite 14)	
	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €
2015 Juni	9,01	43 164	9,06	36 409	15,28	3 864	4,08	68 150	4,09	67 919		
Juli	8,90	41 364	8,92	34 649	15,36	3 861	3,97	64 222	3,98	63 998		
Aug.	8,91	41 624	8,93	34 639	15,39	3 989	4,01	64 895	4,03	64 693		
Sept.	8,95	42 843	9,01	35 907	15,43	3 899	4,08	65 570	4,10	65 322		
Okt.	8,89	41 116	8,89	34 203	15,43	3 971	4,00	62 917	4,01	62 664		
Nov.	8,82	40 622	8,82	33 577	15,32	4 064	3,92	65 212	3,94	64 959		
Dez.	8,69	41 921	8,80	34 544	15,31	3 938	3,94	61 493	3,96	61 270		
2016 Jan.	8,83	40 469	8,78	33 630	15,36	4 043	3,82	65 219	3,84	65 010		
Febr.	8,82	41 049	8,81	34 005	15,36	4 071	3,79	67 167	3,80	66 930		
März	8,81	42 187	8,80	35 211	15,42	3 982	3,84	68 638	3,85	68 394		
April	8,70	40 129	8,67	33 142	15,24	4 067	3,83	66 708	3,85	66 461		
Mai	8,72	40 781	8,75	33 466	15,21	4 135	3,70	67 212	3,71	66 974		
Juni	8,75	41 709	8,77	34 494	15,23	4 093	3,74	67 687	3,75	67 430		

Erhebungs- zeitraum	noch: Kredite an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften															
	insgesamt		darunter				Kredite bis 1 Mio € mit anfänglicher Zinsbindung 16)				Kredite von über 1 Mio € mit anfänglicher Zinsbindung 16)					
			neu verhandelte Kredite 9) 10)		variabel oder bis 1 Jahr 9)		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren		variabel oder bis 1 Jahr 9)		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren	
	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €
Kredite insgesamt																
2015 Juni	1,71	68 584	1,86	19 621	2,67	8 097	2,87	1 487	1,99	1 733	1,41	43 785	1,91	2 647	1,95	10 835
Juli	1,68	69 195	1,64	24 802	2,64	8 543	2,91	1 586	2,05	1 791	1,37	45 314	1,94	2 211	1,97	9 750
Aug.	1,62	49 640	1,67	14 967	2,64	6 644	2,99	1 260	2,03	1 321	1,28	33 589	1,99	1 497	1,98	5 329
Sept.	1,84	60 340	1,82	19 271	2,78	8 061	2,91	1 323	2,08	1 333	1,56	39 892	1,69	1 704	2,11	8 027
Okt.	1,68	57 781	1,57	20 890	2,64	8 271	2,89	1 452	2,07	1 254	1,37	37 386	1,71	2 319	1,86	7 099
Nov.	1,67	51 840	1,63	16 651	2,71	7 599	2,91	1 381	2,09	1 254	1,30	32 330	1,98	2 249	1,81	7 027
Dez.	1,68	71 770	1,68	21 964	2,63	8 367	2,90	1 688	1,98	1 765	1,42	46 829	1,79	3 286	1,82	9 835
2016 Jan.	1,60	56 798	1,62	19 979	2,58	7 835	2,87	1 331	2,02	1 328	1,26	38 673	2,16	2 309	1,90	5 322
Febr.	1,54	52 765	1,61	15 300	2,71	7 805	2,78	1 310	1,93	1 160	1,20	34 426	1,42	2 142	1,67	5 922
März	1,64	62 713	1,70	19 300	2,67	8 680	2,73	1 524	1,88	1 394	1,35	41 099	1,76	2 294	1,68	7 722
April	1,55	57 589	1,60	19 803	2,60	8 290	2,74	1 645	1,82	1 410	1,23	38 162	1,56	1 933	1,68	6 149
Mai	1,47	53 170	1,55	15 321	2,59	7 987	2,73	1 363	1,85	1 338	1,11	34 259	1,55	1 651	1,64	6 572
Juni	1,52	66 541	1,68	19 898	2,61	8 991	2,79	1 599	1,76	1 526	1,23	43 823	1,57	2 249	1,55	8 353
darunter: besicherte Kredite 12)																
2015 Juni	1,73	10 890	.	.	2,11	642	2,51	133	1,84	561	1,53	5 897	1,90	677	1,94	2 980
Juli	1,70	13 470	.	.	1,99	894	2,59	175	1,86	593	1,55	8 144	1,85	592	1,87	3 072
Aug.	1,65	6 913	.	.	2,14	546	2,69	128	1,86	445	1,41	4 037	1,91	302	1,93	1 455
Sept.	1,93	9 689	.	.	2,07	584	2,73	101	1,92	380	1,63	5 151	1,65	395	2,44	3 078
Okt.	1,72	9 269	.	.	1,99	722	2,53	160	1,94	448	1,60	5 036	1,83	752	1,78	2 151
Nov.	1,76	7 680	.	.	2,04	503	2,62	130	1,92	395	1,48	4 036	2,31	1 162	1,87	1 454
Dez.	1,61	13 483	.	.	1,98	636	2,57	150	1,76	539	1,47	7 249	1,84	1 438	1,67	3 471
2016 Jan.	1,65	9 419	.	.	2,01	674	2,55	125	1,89	463	1,33	6 286	3,51	656	1,93	1 215
Febr.	1,60	8 658	.	.	2,07	554	2,29	149	1,84	382	1,45	4 958	1,69	627	1,71	1 988
März	1,62	10 561	.	.	1,94	611	2,60	154	1,73	406	1,50	5 407	1,79	1 089	1,66	2 894
April	1,59	9 251	.	.	1,95	660	2,39	153	1,67	438	1,49	5 471	1,92	530	1,57	1 999
Mai	1,58	5 951	.	.	2,03	479	2,60	134	1,65	406	1,47	2 864	1,57	364	1,55	1 704
Juni	1,59	10 055	.	.	1,91	601	2,51	159	1,64	468	1,56	4 884	1,72	1 003	1,46	2 940

Anmerkungen * und 1 bis 6 s. S. 44*; Anmerkungen +, 7 bis 10 s. S. 45*; Anmerkung 11 s. S. 46*. 12 Für die Zwecke der Zinsstatistik gilt ein Kredit als besichert, wenn für den Kreditbetrag eine Besicherung (u.a. Finanzwerte, Immobiliensicherheiten, Schuldverschreibungen) in mindestens gleicher Höhe bestellt, verpfändet oder abgetreten wurde. 13 Revolvierende Kredite besitzen folgende Eigenschaften: a) der Kreditnehmer kann die Mittel bis zu einem im Voraus genehmigten Kreditlimit nutzen oder abheben, ohne den Kreditgeber davon im Voraus in Kenntnis zu setzen; b) der verfügbare Kreditbetrag kann sich mit Aufnahme und Rückzahlung von Krediten erhöhen bzw. verringern; c) der Kredit kann wiederholt genutzt werden; d) es besteht keine

Pflicht zu regelmäßiger Rückzahlung der Mittel. 14 Überziehungskredite sind als Soll-salden auf laufenden Konten definiert. Zu den Überziehungskrediten zählen eingeräumte und nicht eingeräumte Dispositionskredite sowie Kontokorrentkredite. 15 Einsch. und unechter Kreditkartenkredite. Unter einem unechten Kreditkartenkredit ist die Stundung von Kreditkartenforderungen, die während der Abrechnungsperiode zusammenkommen, zu verstehen. Da in dieser Phase üblicherweise keine Sollzinsen in Rechnung gestellt werden, ist der Zinssatz für unechte Kreditkartenkredite definitionsgemäß 0 %. 16 Die Betragskategorie bezieht sich jeweils auf die einzelne, als Neugeschäft geltende Kreditaufnahme.

VII. Versicherungen und Pensionseinrichtungen

1. Aktiva *)

Mrd €

Stand am Jahres- bzw. Quartalsende	Aktiva									
	Finanzielle Aktiva									Nichtfinanzielle Aktiva
insgesamt	insgesamt	Bargeld und Einlagen bei Banken (MFIs) 1)	Schuld- verschreibungen (einschl. Finanzderivate)	Kredite 2)	Aktien und sonstige Anteilsrechte 3)	Investment- fondsanteile	Anteile der Rück- versicherer an den ver- sicherungs- technischen Bruttorück- stellungen	Sonstige finanzielle Aktiva		
Versicherungen und Pensionseinrichtungen 4)										
2006	1 771,5	1 709,2	524,1	149,9	244,8	261,5	385,6	74,5	68,7	62,3
2007	1 838,3	1 779,8	558,3	155,1	248,2	275,3	409,6	70,2	63,1	58,5
2008	1 770,6	1 714,8	574,5	159,4	243,3	228,9	379,7	65,8	63,4	55,8
2009	1 836,8	1 779,6	588,9	173,9	259,8	210,5	426,9	58,6	61,2	57,1
2010	1 961,9	1 900,5	570,9	210,4	267,2	223,5	501,4	59,9	67,2	61,4
2011	2 011,2	1 947,8	576,3	226,2	271,9	221,9	522,1	62,2	67,1	63,4
2012	2 162,8	2 095,7	560,1	287,2	277,9	223,8	619,5	63,1	64,2	67,1
2013	2 236,7	2 165,2	540,6	310,5	284,7	224,1	678,5	64,2	62,7	71,5
2014	2 426,9	2 350,6	522,3	384,2	299,2	230,0	784,2	68,4	62,3	76,3
2015	2 514,9	2 433,9	488,7	417,6	310,4	244,0	837,0	71,1	65,1	81,0
2014 2.Vj.	2 339,8	2 266,5	538,5	345,4	291,6	226,3	736,6	66,1	61,9	73,3
3.Vj.	2 380,2	2 305,6	530,3	366,1	293,9	227,3	758,5	67,2	62,3	74,7
4.Vj.	2 426,9	2 350,6	522,3	384,2	299,2	230,0	784,2	68,4	62,3	76,3
2015 1.Vj.	2 531,6	2 454,3	517,8	411,7	305,0	239,5	845,5	70,7	64,2	77,3
2.Vj.	2 471,6	2 394,1	509,8	393,4	305,3	236,1	813,8	70,7	65,1	77,5
3.Vj.	2 485,9	2 407,4	498,1	408,3	308,8	238,7	817,7	71,0	65,0	78,5
4.Vj.	2 514,9	2 433,9	488,7	417,6	310,4	244,0	837,0	71,1	65,1	81,0
2016 1.Vj.	2 592,0	2 509,3	486,8	458,8	314,3	249,2	860,6	73,6	66,0	82,7
Versicherungen										
2006	1 489,2	1 444,6	410,4	127,6	224,7	254,2	292,7	73,1	62,0	44,6
2007	1 526,2	1 485,5	432,5	130,7	226,4	267,1	304,0	68,2	56,6	40,7
2008	1 454,7	1 416,5	436,7	133,7	221,7	221,4	284,3	63,4	55,2	38,2
2009	1 490,3	1 452,2	440,4	146,2	236,4	202,7	317,6	55,6	53,2	38,1
2010	1 553,3	1 513,1	420,0	170,9	243,2	210,7	356,5	56,5	55,4	40,3
2011	1 584,6	1 542,9	419,8	191,3	246,0	210,4	361,4	58,4	55,5	41,7
2012	1 694,4	1 651,1	405,1	246,2	251,7	211,4	425,1	59,0	52,7	43,3
2013	1 742,1	1 695,7	386,3	268,0	257,1	211,1	462,3	59,8	51,0	46,4
2014	1 890,8	1 841,4	367,9	331,1	270,7	215,9	542,3	63,6	50,1	49,3
2015	1 948,9	1 897,2	334,0	358,5	280,7	228,7	577,3	66,0	52,0	51,7
2014 2.Vj.	1 823,8	1 776,3	381,8	299,8	263,8	212,9	506,6	61,5	50,0	47,5
3.Vj.	1 855,8	1 807,3	375,2	316,5	266,1	213,5	523,2	62,5	50,3	48,5
4.Vj.	1 890,8	1 841,4	367,9	331,1	270,7	215,9	542,3	63,6	50,1	49,3
2015 1.Vj.	1 976,3	1 926,5	362,6	355,3	276,2	224,9	590,0	65,7	51,8	49,9
2.Vj.	1 927,0	1 877,1	355,5	339,5	276,4	221,6	565,7	65,8	52,6	49,9
3.Vj.	1 935,2	1 884,7	345,7	351,0	279,6	224,0	566,2	65,9	52,3	50,5
4.Vj.	1 948,9	1 897,2	334,0	358,5	280,7	228,7	577,3	66,0	52,0	51,7
2016 1.Vj.	2 018,5	1 965,5	333,9	394,5	284,4	233,6	597,8	68,3	53,0	53,0
Pensionseinrichtungen 4)										
2006	282,3	264,6	113,8	22,4	20,1	7,3	92,8	1,5	6,7	17,7
2007	312,1	294,3	125,8	24,4	21,9	8,2	105,6	1,9	6,6	17,8
2008	315,9	298,3	137,8	25,6	21,6	7,4	95,3	2,4	8,2	17,5
2009	346,5	327,4	148,4	27,7	23,3	7,7	109,3	3,0	8,0	19,1
2010	408,5	387,4	150,9	39,5	24,0	12,8	144,9	3,5	11,8	21,1
2011	426,6	404,9	156,5	34,9	25,9	11,5	160,8	3,8	11,6	21,7
2012	468,4	444,6	155,1	40,9	26,2	12,4	194,4	4,1	11,5	23,8
2013	494,6	469,6	154,3	42,5	27,6	13,0	216,2	4,4	11,7	25,1
2014	536,1	509,2	154,4	53,1	28,5	14,1	241,9	4,9	12,3	27,0
2015	566,0	536,7	154,7	59,1	29,7	15,3	259,7	5,2	13,1	29,3
2014 2.Vj.	516,0	490,2	156,8	45,6	27,8	13,4	230,0	4,6	11,9	25,8
3.Vj.	524,4	498,3	155,1	49,6	27,8	13,8	235,2	4,7	12,0	26,1
4.Vj.	536,1	509,2	154,4	53,1	28,5	14,1	241,9	4,9	12,3	27,0
2015 1.Vj.	555,2	527,8	155,2	56,4	28,8	14,6	255,4	4,9	12,4	27,4
2.Vj.	544,6	517,0	154,2	53,9	28,9	14,5	248,1	5,0	12,5	27,6
3.Vj.	550,7	522,7	152,4	57,2	29,1	14,7	251,6	5,0	12,7	28,0
4.Vj.	566,0	536,7	154,7	59,1	29,7	15,3	259,7	5,2	13,1	29,3
2016 1.Vj.	573,5	543,8	152,9	64,3	30,0	15,5	262,8	5,2	13,0	29,7

Quelle: Eigene Berechnungen unter Verwendung von Aufsichtsdaten der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht. * Bewertung der Wertpapierpositionen zu Zeitwerten, der übrigen Positionen zu Buchwerten. Werte ab 2015 4.Vj. wurden revidiert. 1 Einschl. Namensschuldverschreibungen, Schuldscheindarlehen und Pfandbriefe von Kreditinstituten. 2 Einschl. Depotforderungen. 3 Einschl. Genuss-Scheine. 4 Der Begriff „Pensionseinrichtungen“ bezieht sich auf den institutionellen Sektor „Versicherungsgesellschaften und Pensionskassen“ („insurance corporations and

pension funds“) des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen. Die Pensionseinrichtungen umfassen demnach Einrichtungen der betrieblichen Altersvorsorge (Pensionskassen, Pensionsfonds, Pensionstreuhand (CTAs; ab 2010 enthalten) und öffentliche, kirchliche und kommunale Zusatzversorgungseinrichtungen) sowie die Versorgungswerke der freien Berufe, nicht jedoch Einrichtungen der Sozialversicherung.

VII. Versicherungen und Pensionseinrichtungen

2. Passiva *)

Mrd €

Stand am Jahres- bzw. Quartalsende	Passiva				Versicherungstechnische Rückstellungen			Sonstige Ver- bindlichkeiten	Reinvermögen 4)
	insgesamt	Schuld- verschreibungen (einschl. Finanzderivate)	Kredite 1)	Aktien und sonstige Anteilsrechte 2)	insgesamt	Ansprüche pri- vater Haushalte aus Rückstel- lungen bei Le- bensversiche- rungen und Pen- sionseinrich- tungen 3)	Beitragsüber- träge und Rück- stellungen für eingetretene Versicherungsf- fälle		
Versicherungen und Pensionseinrichtungen 5)									
2006	1 771,5	8,4	91,6	210,0	1 318,8	1 049,1	269,6	81,3	61,5
2007	1 838,3	11,7	88,9	214,8	1 377,9	1 119,2	258,7	78,2	66,9
2008	1 770,6	14,7	77,0	136,0	1 396,3	1 141,5	254,8	74,7	71,8
2009	1 836,8	16,2	71,6	136,2	1 460,5	1 211,6	249,0	73,1	79,2
2010	1 961,9	17,8	72,3	137,6	1 573,3	1 318,9	254,4	71,5	89,3
2011	2 011,2	17,0	72,1	111,8	1 625,0	1 360,3	264,7	71,5	113,8
2012	2 162,8	22,4	77,1	158,9	1 708,3	1 437,1	271,2	71,3	124,8
2013	2 236,7	16,9	81,8	197,7	1 794,1	1 514,4	279,7	71,7	74,5
2014	2 426,9	17,3	88,9	202,7	1 887,5	1 591,5	296,0	72,9	157,7
2015	2 514,9	18,3	92,3	233,1	1 975,1	1 667,5	307,6	75,7	120,3
2014 2.Vj.	2 339,8	16,2	86,7	184,1	1 844,3	1 553,4	290,9	72,6	136,1
3.Vj.	2 380,2	17,6	86,3	188,0	1 861,3	1 568,1	293,3	72,6	154,4
4.Vj.	2 426,9	17,3	88,9	202,7	1 887,5	1 591,5	296,0	72,9	157,7
2015 1.Vj.	2 531,6	17,7	90,8	223,1	1 937,6	1 631,9	305,8	74,8	187,5
2.Vj.	2 471,6	17,9	91,1	206,2	1 942,6	1 636,5	306,1	75,0	138,8
3.Vj.	2 485,9	17,5	91,6	208,4	1 954,5	1 647,4	307,1	75,5	138,3
4.Vj.	2 514,9	18,3	92,3	233,1	1 975,1	1 667,5	307,6	75,7	120,3
2016 1.Vj.	2 592,0	17,7	95,4	231,7	2 011,7	1 690,7	321,0	78,0	157,4
Versicherungen									
2006	1 489,2	8,4	89,8	202,0	1 061,3	792,0	269,2	79,1	48,6
2007	1 526,2	11,7	86,4	206,7	1 090,1	831,7	258,3	75,7	55,6
2008	1 454,7	14,7	74,2	130,6	1 095,7	841,3	254,4	72,3	67,2
2009	1 490,3	16,2	68,3	130,8	1 136,4	887,8	248,5	71,1	67,5
2010	1 553,3	17,8	68,7	131,8	1 191,3	937,3	254,0	69,4	74,4
2011	1 584,6	17,0	68,3	107,0	1 224,3	960,1	264,2	69,6	98,3
2012	1 694,4	22,4	73,1	152,0	1 280,0	1 009,2	270,8	69,5	97,4
2013	1 742,1	16,9	77,7	188,7	1 340,7	1 061,4	279,3	68,8	49,2
2014	1 890,8	17,3	84,2	193,1	1 409,4	1 113,8	295,6	69,8	117,2
2015	1 948,9	18,3	87,3	221,7	1 468,8	1 161,7	307,1	72,4	80,3
2014 2.Vj.	1 823,8	16,2	82,3	175,6	1 380,4	1 090,0	290,4	69,6	99,8
3.Vj.	1 855,8	17,6	81,8	179,3	1 392,5	1 099,7	292,8	69,6	115,1
4.Vj.	1 890,8	17,3	84,2	193,1	1 409,4	1 113,8	295,6	69,8	117,2
2015 1.Vj.	1 976,3	17,7	86,1	212,6	1 449,7	1 144,4	305,3	71,6	138,7
2.Vj.	1 927,0	17,9	86,3	196,5	1 452,9	1 147,3	305,6	71,8	101,7
3.Vj.	1 935,2	17,5	86,8	198,5	1 460,5	1 153,9	306,6	72,2	99,7
4.Vj.	1 948,9	18,3	87,3	221,7	1 468,8	1 161,7	307,1	72,4	80,3
2016 1.Vj.	2 018,5	17,7	90,4	220,8	1 500,8	1 180,3	320,5	74,6	114,2
Pensionseinrichtungen 5)									
2006	282,3	–	1,8	8,0	257,5	257,1	0,4	2,1	12,9
2007	312,1	–	2,4	8,1	287,8	287,5	0,3	2,5	11,2
2008	315,9	–	2,8	5,4	300,6	300,2	0,4	2,4	4,7
2009	346,5	–	3,2	5,4	324,2	323,7	0,4	1,9	11,7
2010	408,5	–	3,6	5,8	382,1	381,7	0,4	2,1	15,0
2011	426,6	–	3,8	4,8	400,6	400,2	0,5	1,9	15,5
2012	468,4	–	4,1	6,9	428,3	427,9	0,4	1,8	27,3
2013	494,6	–	4,2	8,9	453,4	452,9	0,5	2,9	25,3
2014	536,1	–	4,7	9,6	478,2	477,7	0,5	3,2	40,5
2015	566,0	–	5,0	11,3	506,3	505,8	0,5	3,3	40,0
2014 2.Vj.	516,0	–	4,4	8,4	463,9	463,4	0,5	3,0	36,3
3.Vj.	524,4	–	4,5	8,7	468,9	468,4	0,5	3,1	39,3
4.Vj.	536,1	–	4,7	9,6	478,2	477,7	0,5	3,2	40,5
2015 1.Vj.	555,2	–	4,8	10,5	487,9	487,4	0,5	3,2	48,8
2.Vj.	544,6	–	4,8	9,7	489,8	489,3	0,5	3,2	37,1
3.Vj.	550,7	–	4,8	9,9	494,0	493,5	0,5	3,2	38,7
4.Vj.	566,0	–	5,0	11,3	506,3	505,8	0,5	3,3	40,0
2016 1.Vj.	573,5	–	5,0	10,9	510,9	510,4	0,5	3,4	43,2

Quelle: Eigene Berechnungen unter Verwendung von Aufsichtsdaten der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht. * Bewertung der Wertpapierpositionen zu Zeitwerten, der übrigen Positionen zu Buchwerten. Unterjährige Werte sowie Werte ab 2013 sind teilweise geschätzt. Werte ab 2015 4.Vj. wurden revidiert. 1 Einschl. Depotverbindlichkeiten. 2 Einschl. Genuss-Scheine. 3 Einschl. Altersrückstellungen der Krankenversicherungen und Deckungsrückstellungen der Unfallversicherungen mit Beitragsrückgewähr. 4 Nach der Definition des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 1995) berechnet sich das Reinvermögen als Summe der Aktiva abzüglich Verbindlichkeiten sowie Rückstellungen. Das Eigenkapital setzt

sich danach aus der Summe aus Reinvermögen und der Passivposition „Aktien und sonstige Anteilsrechte“ zusammen. 5 Der Begriff „Pensionseinrichtungen“ bezieht sich auf den institutionellen Sektor „Versicherungsgesellschaften und Pensionskassen“ („insurance corporations and pension funds“) des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen. Die Pensionseinrichtungen umfassen demnach Einrichtungen der betrieblichen Altersvorsorge (Pensionskassen, Pensionsfonds, Pensionsanwartschaften (CTAs; ab 2010 enthalten) und öffentliche, kirchliche und kommunale Zusatzversorgungseinrichtungen) sowie die Versorgungswerke der freien Berufe, nicht jedoch Einrichtungen der Sozialversicherung.

VIII. Kapitalmarkt

1. Absatz und Erwerb von festverzinslichen Wertpapieren und Aktien in Deutschland

Mio €

Zeit	Festverzinsliche Wertpapiere						Erwerb												
	Absatz = Erwerb insgesamt	Absatz				aus- ländische Schuldver- schrei- bungen 4)	Inländer				Aus- länder 8)								
		zu- sam- men	Bank- schul- ver- schrei- bungen	Anleihen von Unter- nehmen 2) (Nicht-MFIs)	Anleihen der öffent- lichen Hand 3)		zu- sam- men 5)	Kredit- institute einschließ- lich Bauspar- kassen 6)	Deutsche Bundesbank	übrige Sektoren 7)									
2004	233 890	133 711	64 231	10 778	58 703	100 179	108 119	121 841	.	-	13 723	125 772							
2005	252 658	110 542	39 898	2 682	67 965	142 116	94 718	61 740	.	.	32 978	157 940							
2006	242 006	102 379	40 995	8 943	52 446	139 627	125 423	68 893	.	.	56 530	116 583							
2007	217 798	90 270	42 034	20 123	28 111	127 528	-	26 762	96 476	.	-	123 238	244 560						
2008	76 490	66 139	-	45 712	86 527	25 322	10 351	18 236	68 049	.	-	49 813	58 254						
2009	70 208	-	538	-	114 902	22 709	91 655	70 747	90 154	12 973	8 645	77 181	-	19 945					
2010	146 620	-	1 212	-	7 621	24 044	-	17 635	147 831	92 682	-	103 271	22 967	172 986	53 938				
2011	33 649	-	13 575	-	46 796	850	59 521	20 075	-	23 876	-	94 793	36 805	34 112	57 525				
2012	51 813	-	21 419	-	98 820	-	8 701	86 103	73 231	-	3 767	-	42 017	-	3 573	41 823	55 580		
2013	-	12 603	-	101 616	-	117 187	153	15 415	89 013	18 583	-	25 778	-	12 708	57 069	-	31 185		
2014	63 381	-	31 962	-	47 404	-	1 330	16 776	95 341	51 779	-	12 124	-	11 951	75 854	-	11 601		
2015	32 891	-	36 010	-	65 778	26 762	3 006	68 902	123 662	-	66 330	121 164	68 828	-	90 773				
2015 Aug.	18 142	-	14 808	-	1 576	1 949	11 284	3 334	15 405	-	781	9 915	6 271	-	2 736				
Sept.	36 863	-	20 567	-	3 560	19 563	-	2 555	16 296	45 478	1 546	12 775	31 157	-	8 615				
Okt.	4 370	-	1 263	-	5 758	-	6 129	-	892	5 633	6 801	-	12 250	12 664	6 387	-	2 432		
Nov.	-	821	-	2 159	-	14 282	-	1 729	13 853	1 338	5 797	3 259	12 847	-	10 309	-	6 618		
Dez.	-	59 323	-	57 836	-	55 168	996	-	3 664	-	1 487	-	13 826	-	39 384	11 090	14 468	-	45 497
2016 Jan.	8 853	-	1 881	-	7 474	2 924	-	12 279	10 733	6 823	2 236	12 023	-	7 436	2 029				
Febr.	31 114	-	19 483	-	14 851	1 224	3 407	11 631	20 916	2 002	2 002	12 911	6 003	10 198					
März	26 539	-	12 729	-	1 330	4 510	6 889	13 810	26 890	1 261	1 261	13 401	12 228	-	351				
April	12 556	-	3 469	-	7 238	1 970	-	12 677	16 025	34 517	-	5 143	15 821	23 839	-	21 961			
Mai	32 838	-	29 686	-	8 729	3 993	16 964	3 152	15 400	-	6 052	18 093	3 359	17 438					
Juni	-	5 008	-	7 553	-	2 177	-	4 636	-	740	2 544	14 769	-	8 528	16 907	6 390	-	19 777	

Mio €

Zeit	Aktien						Erwerb			
	Absatz = Erwerb insgesamt	Absatz		ausländische Aktien 10)	Inländer			Ausländer 13)		
		inländische Aktien 9)	ausländische Aktien 10)		zu- sam- men 11)	Kredit- institute 6)	übrige Sektoren 12)			
2004	-	3 317	10 157	-	13 474	7 432	5 045	2 387	-	10 748
2005	-	32 364	13 766	-	18 597	1 036	10 208	-	9 172	31 329
2006	-	26 276	9 061	-	17 214	7 528	11 323	-	3 795	18 748
2007	-	5 009	10 053	-	15 062	62 308	6 702	-	55 606	57 299
2008	-	29 452	11 326	-	40 778	2 743	23 079	-	25 822	32 194
2009	-	35 980	23 962	-	12 018	30 496	8 335	-	38 831	5 484
2010	-	37 767	20 049	-	17 719	36 406	7 340	-	29 066	1 361
2011	-	25 833	21 713	-	4 120	40 804	670	-	40 134	14 971
2012	-	15 061	5 120	-	9 941	14 405	10 259	-	4 146	656
2013	-	21 553	10 106	-	11 447	18 344	11 991	-	6 353	3 209
2014	-	47 506	18 778	-	28 728	39 661	17 203	-	22 458	7 845
2015	-	38 855	7 668	-	31 187	24 017	5 421	-	29 438	14 838
2015 Aug.	-	962	122	-	840	1 261	6 693	-	7 954	299
Sept.	-	4 412	966	-	5 378	2 610	9 059	-	6 449	1 802
Okt.	-	1 268	903	-	365	838	150	-	988	2 106
Nov.	-	4 836	640	-	4 196	1 526	5 566	-	4 040	3 310
Dez.	-	5 812	1 100	-	4 712	6 195	4 336	-	10 531	383
2016 Jan.	-	1 294	120	-	1 414	367	5 901	-	6 268	1 661
Febr.	-	611	66	-	677	1 539	5 401	-	6 940	2 150
März	-	8 290	59	-	8 231	5 935	1 861	-	4 074	2 355
April	-	949	39	-	988	472	639	-	1 111	1 421
Mai	-	5 585	288	-	5 297	6 964	2 838	-	4 126	1 379
Juni	-	2 210	335	-	1 875	4 572	330	-	4 902	2 362

1 Netto-Absatz zu Kurswerten plus/minus Eigenbestandsveränderungen bei den Emittenten. 2 Ab Januar 2011 inklusive grenzüberschreitender konzerninterner Verrechnungen. 3 Einschl. Bundeseseisenbahnvermögen, Bundespost und Treuhandanstalt. 4 Netto-Erwerb bzw. Netto-Veräußerung (-) ausländischer Schuldverschreibungen durch Inländer; Transaktionswerte. 5 In- und ausländische Schuldverschreibungen. 6 Buchwerte; statistisch bereinigt. 7 Als Rest errechnet; enthält auch den Erwerb in- und ausländischer Wertpapiere durch inländische Investmentfonds. Bis Ende 2008 einschließlich Deutsche Bundesbank. 8 Netto-Erwerb bzw. Netto-Veräußerung (-) inländischer Schuldverschreibungen durch Ausländer; Transaktions-

werte. 9 Ohne Aktien der Investmentaktiengesellschaften; zu Emissionskursen. 10 Netto-Erwerb bzw. Netto-Veräußerung (-) ausländischer Aktien (einschließlich Direktinvestitionen) durch Inländer; Transaktionswerte. 11 In- und ausländische Aktien. 12 Als Rest errechnet; enthält auch den Erwerb in- und ausländischer Wertpapiere durch inländische Investmentfonds. 13 Netto-Erwerb bzw. Netto-Veräußerung (-) inländischer Aktien (einschl. Direktinvestitionen) durch Ausländer; Transaktionswerte. — Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind vorläufig, Korrekturen werden nicht besonders angemerkt.

VIII. Kapitalmarkt

2. Absatz festverzinslicher Wertpapiere von Emittenten mit Sitz in Deutschland *)

Mio € Nominalwert

Zeit	Insgesamt	Bankschuldverschreibungen 1)					Anleihen von Unternehmen (Nicht-MFIs) 2)	Anleihen der öffentlichen Hand 3)	Nachrichtlich: DM-/Euro-Auslandsanleihen unter inländ. Konsortialführung begeben			
		zusammen	Hypothekendarlehen	Öffentliche Pfandbriefe	Schuldverschreibungen von Spezialkreditinstituten	Sonstige Bankschuldverschreibungen						
Brutto-Absatz 4)												
2004	990 399	688 844	33 774	90 815	162 353	401 904	31 517	270 040	12 344			
2005	988 911	692 182	28 217	103 984	160 010	399 969	24 352	272 380	600			
2006	925 863	622 055	24 483	99 628	139 193	358 750	29 975	273 834	69			
2007	1 021 533	743 616	19 211	82 720	195 722	445 963	15 043	262 872	–			
2008	1 337 337	961 271	51 259	70 520	382 814	456 676	95 093	280 974	–			
2009	1 533 616	1 058 815	40 421	37 615	331 566	649 215	76 379	398 423	–			
2010	1 375 138	757 754	36 226	33 539	363 828	324 160	53 654	563 731	–			
2011	1 337 772	658 781	31 431	24 295	376 876	226 180	86 615	592 376	–			
2012	1 340 568	702 781	36 593	11 413	446 153	208 623	63 259	574 529	–			
2013	1 433 628	908 107	25 775	12 963	692 611	176 758	66 630	458 891	–			
2014	1 362 056	829 864	24 202	13 016	620 409	172 236	79 873	452 321	–			
2015	1 359 422	852 045	35 840	13 376	581 410	221 417	106 676	400 700	–			
2015 Nov.	100 701	62 684	4 141	1 158	40 780	16 605	5 567	32 450	–			
Dez.	65 645	45 949	1 436	793	32 123	11 597	8 406	11 290	–			
2016 Jan.	120 383	77 552	1 810	1 099	54 961	19 682	6 448	36 384	–			
Febr.	127 058	80 388	6 236	886	55 057	18 208	4 135	42 535	–			
März	111 271	61 483	2 722	1 030	38 521	19 209	9 240	40 548	–			
April	115 428	69 506	1 282	536	53 522	14 167	5 762	40 160	–			
Mai	109 656	67 125	3 518	355	48 486	14 766	7 177	35 353	–			
Juni	98 036	56 397	1 402	1 345	35 416	18 235	3 694	37 944	–			
darunter: Schuldverschreibungen mit Laufzeit von über 4 Jahren 5)												
2004	424 769	275 808	20 060	48 249	54 075	153 423	20 286	128 676	4 320			
2005	425 523	277 686	20 862	63 851	49 842	143 129	16 360	131 479	400			
2006	337 969	190 836	17 267	47 814	47 000	78 756	14 422	132 711	69			
2007	315 418	183 660	10 183	31 331	50 563	91 586	13 100	118 659	–			
2008	387 516	190 698	13 186	31 393	54 834	91 289	84 410	112 407	–			
2009	361 999	185 575	20 235	20 490	59 809	85 043	55 240	121 185	–			
2010	381 687	169 174	15 469	15 139	72 796	65 769	34 649	177 863	–			
2011	368 039	153 309	13 142	8 500	72 985	58 684	41 299	173 431	–			
2012	421 018	177 086	23 374	6 482	74 386	72 845	44 042	199 888	–			
2013	372 805	151 797	16 482	10 007	60 662	64 646	45 244	175 765	–			
2014	420 006	157 720	17 678	8 904	61 674	69 462	56 249	206 037	–			
2015	414 593	179 150	25 337	9 199	62 237	82 379	68 704	166 742	–			
2015 Nov.	33 799	16 563	1 910	1 158	6 586	6 909	4 010	13 227	–			
Dez.	14 240	5 609	36	43	1 269	4 262	6 029	2 603	–			
2016 Jan.	29 680	15 067	1 810	1 099	7 480	4 678	3 168	11 446	–			
Febr.	36 168	19 792	5 716	540	9 953	3 582	1 579	14 797	–			
März	37 922	17 301	2 209	1 030	6 745	7 317	5 178	15 444	–			
April	30 946	11 246	1 207	511	4 680	4 848	4 481	15 219	–			
Mai	36 255	17 367	2 711	55	8 707	5 895	4 908	13 980	–			
Juni	34 458	16 553	1 291	711	6 590	7 962	2 098	15 808	–			
Netto-Absatz 6)												
2004	167 233	81 860	1 039	–	52 615	50 142	83 293	18 768	–	22 124		
2005	141 715	65 798	–	2 151	–	34 255	37 242	64 962	10 099	–	35 963	
2006	129 423	58 336	–	12 811	–	20 150	44 890	46 410	15 605	–	19 208	
2007	86 579	58 168	–	10 896	–	46 629	42 567	73 127	–	3 683	–	29 750
2008	119 472	8 517	–	15 052	–	65 773	25 165	34 074	82 653	–	–	31 607
2009	76 441	–	75 554	858	–	80 646	25 579	–	48 508	103 482	–	21 037
2010	21 566	–	87 646	–	3 754	–	63 368	28 296	–	48 822	–	10 904
2011	22 518	–	54 582	–	1 657	–	44 290	32 904	–	44 852	–	5 989
2012	–	85 298	–	100 198	–	4 177	–	31 259	–	51 099	–	2 605
2013	–	140 017	–	125 932	–	17 364	–	37 778	–	4 027	–	3 057
2014	–	34 020	–	56 899	–	6 313	–	23 856	–	862	–	2 626
2015	–	65 147	–	77 273	–	9 271	–	9 754	–	2 758	–	1 441
2015 Nov.	–	4 210	–	10 065	–	3 189	–	989	–	9 760	–	15 536
Dez.	–	81 812	–	66 259	–	610	–	1 459	–	8 176	–	191
2016 Jan.	–	6 853	–	4 029	–	3 139	–	445	–	4 467	–	–
Febr.	–	16 450	–	12 194	–	4 786	–	42	–	6 832	–	–
März	–	11 323	–	4 244	–	977	–	477	–	1 174	–	219
April	–	8 359	–	7 324	–	236	–	1 468	–	6 691	–	159
Mai	–	28 473	–	9 196	–	1 402	–	660	–	9 052	–	590
Juni	–	3 182	–	4 261	–	2 543	–	3 575	–	1 322	–	–

* Begriffsabgrenzungen s. Erläuterungen im Statistischen Beihft 2 Kapitalmarktstatistik, S. 63 ff. 1 Ohne Bank-Namenschuldverschreibungen. 2 Ab Januar 2011 inklusive grenzüberschreitender konzerninterner Verrechnungen. 3 Einschl. Bundes-

eisenbahnvermögen, Bundespost und Treuhandanstalt. 4 Brutto-Absatz ist nur der Erstabsatz neu aufgelegter Wertpapiere. 5 Längste Laufzeit gemäß Emissionsbedingungen. 6 Brutto-Absatz minus Tilgung.

VIII. Kapitalmarkt

3. Umlauf festverzinslicher Wertpapiere von Emittenten mit Sitz in Deutschland *)

Mio € Nominalwert

Stand am Jahres- bzw. Monatsende/ Laufzeit in Jahren	Bankschuldverschreibungen 1)						Anleihen von Unternehmen (Nicht-MFIs)	Anleihen der öffentlichen Hand	Nachrichtlich: DM-/Euro-Auslandsanleihen unter inländ. Konsortialführung begeben
	Insgesamt	zusammen	Hypothekendarlehen	Öffentliche Pfandbriefe	Schuldverschreibungen von Spezialkreditinstituten	Sonstige Bankschuldverschreibungen			
2004	2 773 007	1 685 766	159 360	553 927	316 745	655 734	73 844	1 013 397	170 543
2005	2 914 723	1 751 563	157 209	519 674	323 587	751 093	83 942	1 079 218	134 580
2006	3 044 145	1 809 899	144 397	499 525	368 476	797 502	99 545	1 134 701	115 373
2007	3 130 723	1 868 066	133 501	452 896	411 041	870 629	95 863	1 166 794	85 623
2008	3 250 195	1 876 583	150 302	377 091	490 641	858 550	178 515	1 195 097	54 015
2009	3 326 635	1 801 029	151 160	296 445	516 221	837 203	227 024	1 298 581	32 978
2010	3 348 201 2)	1 570 490	147 529	232 954	544 517 2)	645 491	250 774 2)	1 526 937	22 074
2011	3 370 721	1 515 911	149 185	188 663	577 423	600 640	247 585	1 607 226	16 085
2012	3 285 422 2)	1 414 349	145 007	147 070	574 163 2)	548 109 2)	220 456 2)	1 650 617	13 481
2013	3 145 329	1 288 340	127 641	109 290	570 136	481 273	221 851	1 635 138	10 422
2014	3 111 308	1 231 445	121 328	85 434	569 409	455 274	232 342	1 647 520	7 797
2015	3 046 162	1 154 173	130 598	75 679	566 811	381 085	257 612	1 634 377	6 356
2015 Dez.	3 046 162	1 154 173	130 598	75 679	566 811	381 085	257 612	1 634 377	6 356
2016 Jan.	3 039 308	1 158 202	127 460	75 234	571 278	384 231	259 936	1 621 171	6 356
Febr.	3 055 758	1 170 396	132 246	75 276	578 109	384 765	260 058	1 625 304	6 356
März	3 067 081	1 174 640	133 223	74 800	579 283	387 335	264 380	1 628 060	6 137
April	3 058 722	1 181 964	133 459	73 331	585 974	389 200	266 289	1 610 468	5 978
Mai	3 087 195	1 191 160	132 057	72 672	595 026	391 406	269 584	1 626 451	5 389
Juni	3 084 013	1 186 899	129 514	69 097	596 349	391 940	265 527	1 631 587	5 389

Aufgliederung nach Restlaufzeiten 3)

Stand Ende: Juni 2016

bis unter 2	1 021 157	463 603	37 045	28 011	247 795	150 752	49 183	508 371	1 935
2 bis unter 4	665 804	289 676	38 667	18 100	158 821	74 087	51 408	324 721	204
4 bis unter 6	452 712	190 444	24 030	9 300	94 254	62 861	34 637	227 631	341
6 bis unter 8	327 679	86 536	16 311	6 952	34 009	29 266	23 646	217 497	1 333
8 bis unter 10	222 915	73 767	9 155	4 871	34 502	25 240	14 334	134 814	111
10 bis unter 15	124 080	28 011	4 067	1 212	9 661	13 070	15 412	80 657	498
15 bis unter 20	41 647	11 020	65	600	7 298	3 057	3 810	26 818	-
20 und darüber	228 019	43 842	175	52	10 008	33 607	73 098	111 079	967

* Einschl. der zeitweilig im Bestand der Emittenten befindlichen Schuldverschreibungen. 1 Ohne dem Treuhänder zur zeitweiligen Verwahrung übergebene Stücke. 2 Änderung in der sektoralen Zuordnung von Schuldverschreibungen. 3 Gerechnet

vom Berichtsmonat bis zur Endfälligkeit bei gesamt-fälligen Schuldverschreibungen, bis zur mittleren Fälligkeit des restlichen Umlaufbetrages bei nicht gesamt-fälligen Schuldverschreibungen.

4. Umlauf von Aktien in Deutschland ansässiger Emittenten *)

Mio € Nominalwert

Zeit	Aktienkapital = Umlauf Stand am Ende des Berichtszeitraums	Nettozugang bzw. Nettoabgang (-) im Berichtszeitraum	Veränderung des Kapitals inländischer Aktiengesellschaften aufgrund von							Nachrichtlich: Umlauf zu Kurswerten (Marktkapitalisierung) Stand am Ende des Berichtszeitraums 2)				
			Bareinzahlung und Umtausch von Wandelschuldverschreibungen 1)	Ausgabe von Kapitalberichtsaktien	Einbringung von Forderungen und sonstigen Sachwerten	Einbringung von Aktien, Kuxen, GmbH-Anteilen u.Ä.	Verschmelzung und Vermögensübertragung	Umwandlung in eine oder aus einer anderen Rechtsform	Kapitalherabsetzung und Auflösung					
2004	164 802	2 669	3 960	1 566	276	696	220	-	1 760	-	2 286	887 217		
2005	163 071	-	1 733	2 470	1 040	694	-	1 443	-	3 060	-	1 703	1 058 532	
2006	163 764	695	2 670	3 347	604	954	-	1 868	-	1 256	-	3 761	1 279 638	
2007	164 560	799	3 164	1 322	200	269	-	682	-	1 847	-	1 636	1 481 930	
2008	168 701	4 142	5 006	1 319	152	0	-	428	-	608	-	1 306	830 622	
2009	175 691	6 989	12 476	398	97	-	-	3 741	-	1 269	-	974	927 256	
2010	174 596	-	1 096	3 265	497	178	10	-	486	-	993	-	3 569	1 091 220
2011	177 167	2 570	6 390	552	462	9	-	552	-	762	-	3 532	924 214	
2012	178 617	1 449	3 046	129	570	-	-	478	-	594	-	2 411	1 150 188	
2013	171 741	-	6 879	2 971	718	476	-	1 432	-	619	-	8 992	1 432 658	
2014	177 097	5 356	5 332	1 265	1 714	-	-	465	-	1 044	-	1 446	1 478 063	
2015	177 416	319	4 634	397	599	-	-	1 394	-	1 385	-	2 535	1 614 442	
2015 Dez.	177 416	973	1 081	-	23	-	-	10	-	73	-	48	1 614 442	
2016 Jan.	177 279	-	136	112	43	-	-	2	-	222	-	68	1 468 888	
Febr.	177 125	-	154	52	-	1	-	0	-	63	-	144	1 435 286	
März	177 113	-	12	57	-	0	-	0	-	2	-	67	1 512 940	
April	176 705	-	408	31	-	34	-	281	-	2	-	188	1 528 339	
Mai	175 609	-	1 097	209	14	5	-	4	-	378	-	942	1 529 297	
Juni	175 694	85	213	67	228	-	-	30	-	305	-	87	1 432 091	

* Ohne Aktien der Investmentaktiengesellschaften. 1 Einschl. der Ausgabe von Aktien aus Gesellschaftsgewinn. 2 Einbezogen sind Gesellschaften, deren Aktien zum Regulierte Markt (mit dessen Einführung wurde am 1. November 2007 die Unterteilung der organisierten Zulassungssegmente in den Amtlichen und Regelierte Markt aufge-

hoben) zugelassen sind; ferner auch Gesellschaften, deren Aktien im Open Market (Freiverkehr) gehandelt werden. Eigene Berechnung unter Verwendung von Angaben der Herausbergemeinschaft Wertpapier-Mitteilungen und der Deutsche Börse AG.

VIII. Kapitalmarkt

5. Renditen und Indizes deutscher Wertpapiere

Zeit	Umlaufrenditen festverzinslicher Wertpapiere inländischer Emittenten ¹⁾							Indizes ^{2) 3)}			
	Anleihen der öffentlichen Hand				Bank-schuldverschreibungen		Anleihen von Unternehmen (Nicht-MFIs)	Renten		Aktien	
	insgesamt	zusammen	börsennotierte Bundeswertpapiere		zusammen	mit Restlaufzeit von 9 bis 10 Jahren ⁴⁾		mit Restlaufzeit über 9 bis 10 Jahre	Deutscher Rentenindex (REX)	iBoxx-€-Deutschland-Kursindex	CDAX-Kursindex
			zusammen	mit Restlaufzeit von 9 bis 10 Jahren ⁴⁾							
% p.a.							Tagesdurchschnittskurs	Ende 1998=100	Ende 1987=100	Ende 1987=1000	
2004	3,7	3,7	3,7	4,0	3,6	4,2	4,0	120,19	99,89	268,32	4 256,08
2005	3,1	3,2	3,2	3,4	3,1	3,5	3,7	120,92	101,09	335,59	5 408,26
2006	3,8	3,7	3,7	3,8	3,8	4,0	4,2	116,78	96,69	407,16	6 596,92
2007	4,3	4,3	4,2	4,2	4,4	4,5	5,0	114,85	94,62	478,65	8 067,32
2008	4,2	4,0	4,0	4,0	4,5	4,7	6,3	121,68	102,06	266,33	4 810,20
2009	3,2	3,1	3,0	3,2	3,5	4,0	5,5	123,62	100,12	320,32	5 957,43
2010	2,5	2,4	2,4	2,7	2,7	3,3	4,0	124,96	102,95	368,72	6 914,19
2011	2,6	2,4	2,4	2,6	2,9	3,5	4,3	131,48	109,53	304,60	5 898,35
2012	1,4	1,3	1,3	1,5	1,6	2,1	3,7	135,11	111,18	380,03	7 612,39
2013	1,4	1,3	1,3	1,6	1,3	2,1	3,4	132,11	105,92	466,53	9 552,16
2014	1,0	1,0	1,0	1,2	0,9	1,7	3,0	139,68	114,37	468,39	9 805,55
2015	0,5	0,4	0,4	0,5	0,5	1,2	2,4	139,52	112,42	508,80	10 743,01
2016 Febr.	0,2	0,1	0,1	0,2	0,4	1,3	2,8	142,48	116,73	451,93	9 495,40
2016 März	0,2	0,1	0,1	0,2	0,3	1,2	2,4	142,21	116,20	473,69	9 965,51
2016 April	0,2	0,1	0,1	0,1	0,3	1,1	2,2	141,89	112,67	474,25	10 038,97
2016 Mai	0,2	0,1	0,1	0,1	0,3	1,0	2,1	142,19	113,75	478,01	10 262,74
2016 Juni	0,0	– 0,1	– 0,1	– 0,0	0,2	0,7	2,0	143,74	116,88	450,95	9 680,09
2016 Juli	–	0,1	– 0,2	– 0,2	0,2	0,7	1,7	144,06	116,16	481,02	10 337,50

¹⁾ Inhaberschuldverschreibungen mit einer längsten Laufzeit gemäß Emissionsbedingungen von über 4 Jahren, soweit ihre mittlere Restlaufzeit mehr als 3 Jahre beträgt. Außer Betracht bleiben Wandelschuldverschreibungen u.Ä., Schuldverschreibungen mit unplanmäßiger Tilgung, Null-Kupon-Anleihen, variabel verzinsliche Anleihen und Anleihen, die nicht in Euro denominiert sind. Die Gruppenrenditen für die Wertpapier-

arten sind gewogen mit den Umlaufbeträgen der in die Berechnung einbezogenen Schuldverschreibungen. Die Monatszahlen werden aus den Renditen aller Geschäftstage eines Monats errechnet. Die Jahreszahlen sind ungewogene Mittel der Monatszahlen. ²⁾ Stand am Jahres- bzw. Monatsende. ³⁾ Quelle: Deutsche Börse AG. ⁴⁾ Einbezogen sind nur futurefähige Anleihen; als ungewogener Durchschnitt ermittelt.

6. Absatz und Erwerb von Anteilen an Investmentfonds in Deutschland

Zeit	Mio €														
	Absatz = Erwerb insgesamt	Absatz							Erwerb						
		Offene inländische Fonds ¹⁾ (Mittelaufkommen)							Inländer						
		zu-	Publikumsfonds			Spezial-	aus-	län-	zu-	Kreditinstitute ²⁾		übrige Sektoren ³⁾			Aus-
sammen	zu-	Geld-	Wert-	Imm-	län-					zu-	darunter	zu-	darunter	Aus-	
	sammen	markt-	papier-	obilien-		dsche	sammen	auslän-		auslän-		dsche	länder ⁵⁾		
		fonds	fonds	fonds	fonds	Fonds ⁴⁾		dische	Anteile	Anteile	Anteile	Anteile			
2004	14 435	1 453	– 3 978	– 6 160	– 1 246	3 245	5 431	12 982	10 267	8 446	3 796	1 821	9 186	4 168	
2005	85 268	41 718	– 6 400	– 124	7 001	– 3 186	35 317	43 550	79 252	21 290	7 761	57 962	35 789	6 016	
2006	47 264	19 535	– 14 257	490	– 9 362	– 8 814	33 791	27 729	39 006	14 676	5 221	24 330	22 508	8 258	
2007	55 778	13 436	– 7 872	– 4 839	– 12 848	6 840	21 307	42 342	51 309	– 229	4 240	51 538	38 102	4 469	
2008	2 598	– 7 911	– 14 409	– 12 171	– 11 149	799	6 498	10 509	11 315	– 16 625	– 9 252	27 940	19 761	– 8 717	
2009	49 929	43 747	10 966	– 5 047	11 749	2 686	32 780	6 182	38 132	– 14 995	– 8 178	53 127	14 361	11 796	
2010	106 190	84 906	13 381	– 148	8 683	1 897	71 345	21 284	102 591	3 873	6 290	98 718	14 994	3 598	
2011	46 511	45 221	– 1 340	– 379	– 2 037	1 562	46 561	1 291	39 474	– 7 576	– 694	47 050	1 984	7 036	
2012	111 236	89 942	2 084	– 1 036	97	3 450	87 859	21 293	114 676	– 3 062	– 1 562	117 738	22 855	– 3 438	
2013	123 743	91 337	9 184	– 574	5 596	3 376	82 153	32 407	117 675	771	100	116 904	32 305	6 069	
2014	139 011	97 711	3 998	– 473	862	1 000	93 713	41 302	144 168	819	– 1 745	143 349	43 046	– 5 154	
2015	181 632	146 136	30 420	318	22 345	3 636	115 716	35 495	176 116	7 362	494	168 754	35 001	5 515	
2015 Dez.	26 600	26 955	5 428	– 248	5 262	487	21 527	– 355	25 069	– 1 935	– 2 182	27 004	1 827	1 531	
2016 Jan.	17 489	15 246	2 675	366	673	1 335	12 571	2 243	18 048	– 339	– 397	18 387	2 640	– 559	
2016 Febr.	13 857	9 934	1 404	– 79	469	704	8 530	3 924	14 315	557	107	13 758	3 817	– 457	
2016 März	11 178	7 620	1 620	– 191	657	836	6 000	3 558	12 939	1 053	915	11 886	2 643	– 1 761	
2016 April	12 939	6 740	1 705	– 76	940	496	5 035	6 199	14 526	671	– 230	13 855	6 429	– 1 587	
2016 Mai	12 486	11 294	5 506	– 50	1 132	4 156	5 788	1 192	12 325	887	– 65	11 438	1 257	161	
2016 Juni	8 318	7 914	– 1 062	42	565	– 1 971	8 976	404	8 727	557	– 87	8 170	491	– 408	

¹⁾ Einschl. Investmentaktiengesellschaften. ²⁾ Buchwerte. ³⁾ Als Rest errechnet. ⁴⁾ Netto-Erwerb bzw. Netto-Veräußerung (–) ausländischer Investmentfondsanteile durch Inländer; Transaktionswerte. ⁵⁾ Netto-Erwerb bzw. Netto-Veräußerung (–)

inländischer Investmentfondsanteile durch Ausländer; Transaktionswerte. — Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind vorläufig, Korrekturen werden nicht besonders angemerkt.

IX. Finanzierungsrechnung

1. Geldvermögensbildung und Außenfinanzierung der nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften (unkonsolidiert)

Mrd €

Positionen	2013	2014	2015	2014					2015				
				4.Vj.	1.Vj.	2.Vj.	3.Vj.	4.Vj.	1.Vj.	2.Vj.	3.Vj.	4.Vj.	1.Vj.
Geldvermögensbildung													
Bargeld und Einlagen	4,68	- 7,30	41,49	- 4,62	- 10,85	3,71	28,11	20,52	0,15				
Schuldverschreibungen insgesamt	0,65	- 1,26	- 0,93	- 3,57	- 1,48	0,56	0,51	- 0,52	0,87				
kurzfristige Schuldverschreibungen	1,56	1,62	- 0,77	0,40	- 1,06	0,93	- 1,42	0,78	0,98				
langfristige Schuldverschreibungen	- 0,91	- 2,88	- 0,15	- 3,97	- 0,42	- 0,37	1,93	- 1,29	- 0,10				
nachrichtlich:													
Schuldverschreibungen inländischer Sektoren	- 1,27	- 1,88	0,73	- 2,74	- 0,07	0,24	0,94	- 0,38	0,51				
nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	0,81	- 0,05	- 0,79	- 0,10	- 0,53	0,59	- 0,32	- 0,52	0,66				
finanzielle Kapitalgesellschaften	- 2,14	- 1,26	1,93	- 0,52	0,75	- 0,27	0,87	0,58	0,31				
Staat	0,07	- 0,57	- 0,41	- 2,12	- 0,28	- 0,08	0,39	- 0,44	- 0,46				
Schuldverschreibungen des Auslands	1,91	0,62	- 1,66	- 0,83	- 1,41	0,32	- 0,42	- 0,14	0,37				
Kredite insgesamt	9,45	14,24	30,19	4,76	23,01	5,79	1,29	0,11	6,50				
kurzfristige Kredite	27,76	36,06	25,03	2,25	20,39	1,61	1,10	1,93	3,21				
langfristige Kredite	- 18,32	- 21,83	5,17	2,50	2,62	4,18	0,19	- 1,82	3,29				
nachrichtlich:													
Kredite an inländische Sektoren	2,36	10,23	11,76	8,37	17,82	- 1,20	0,44	- 5,30	0,78				
nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	3,91	- 0,31	2,30	9,79	- 1,43	0,02	4,30	- 0,60	3,28				
finanzielle Kapitalgesellschaften	- 1,81	10,65	9,68	- 1,39	19,30	- 1,17	- 3,81	- 4,64	- 2,50				
Staat	0,26	- 0,11	- 0,22	- 0,03	- 0,05	- 0,05	- 0,05	- 0,05	0,00				
Kredite an das Ausland	7,09	4,01	18,44	- 3,61	5,19	6,99	0,85	5,41	5,72				
Anteilsrechte und Anteile an Investmentfonds	39,55	10,18	47,40	- 6,68	3,23	9,09	14,47	20,61	9,11				
Anteilsrechte insgesamt	31,90	20,57	31,05	3,82	- 4,92	6,27	10,59	19,11	8,66				
Börsennotierte Aktien inländischer Sektoren	8,70	- 1,62	- 10,41	- 2,76	- 16,68	1,41	1,98	2,88	- 6,00				
nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	9,65	- 5,39	- 8,04	- 5,95	- 14,10	1,07	2,12	2,86	- 6,17				
finanzielle Kapitalgesellschaften	- 0,95	3,78	- 2,37	3,19	- 2,59	0,34	- 0,14	0,02	0,17				
Börsennotierte Aktien des Auslands	1,41	9,31	7,25	0,30	10,12	- 0,22	- 5,02	2,37	1,60				
Übrige Anteilsrechte ¹⁾	21,80	12,87	34,22	6,28	1,64	5,08	13,64	13,86	13,06				
Anteile an Investmentfonds	7,65	- 10,38	16,35	- 10,50	8,15	2,82	3,87	1,50	0,45				
Geldmarktfonds	- 0,15	0,23	0,21	- 0,08	- 0,25	0,17	- 0,06	0,35	- 0,30				
Sonstige Investmentfonds	7,80	- 10,61	16,13	- 10,41	8,40	2,65	3,93	1,15	0,75				
Versicherungstechnische Rückstellungen	3,02	1,04	1,65	0,06	0,29	0,55	0,56	0,25	2,07				
Finanzderivate	6,49	- 1,27	3,07	- 3,94	3,55	- 2,41	2,07	- 0,14	- 0,37				
Sonstige Forderungen	167,66	- 92,43	63,32	- 46,69	- 27,86	48,21	15,17	27,80	9,20				
Insgesamt	231,49	- 76,81	186,19	- 60,69	- 10,12	65,50	62,17	68,63	27,53				
Außenfinanzierung													
Schuldverschreibungen insgesamt	12,78	1,26	7,78	4,32	3,58	4,91	0,46	- 1,17	10,40				
kurzfristige Schuldverschreibungen	- 1,12	- 11,63	1,96	- 0,88	1,26	- 0,04	1,01	- 0,27	2,04				
langfristige Schuldverschreibungen	13,90	12,89	5,82	5,20	2,32	4,95	- 0,55	- 0,89	8,36				
nachrichtlich:													
Schuldverschreibungen inländischer Sektoren	5,10	4,25	1,75	0,18	0,95	2,72	- 0,72	- 1,20	4,97				
nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	0,81	- 0,05	- 0,79	- 0,10	- 0,53	0,59	- 0,32	- 0,52	0,66				
finanzielle Kapitalgesellschaften	2,85	4,11	2,06	0,44	1,26	1,85	- 0,44	- 0,61	3,59				
Staat	- 0,05	0,00	0,02	0,00	0,01	- 0,00	0,01	0,01	0,00				
Private Haushalte	1,50	0,20	0,46	- 0,16	0,22	0,29	0,03	- 0,07	0,73				
Schuldverschreibungen des Auslands	7,67	- 2,99	6,03	4,14	2,63	2,19	1,18	0,03	5,43				
Kredite insgesamt	27,15	- 15,51	47,95	- 12,40	28,94	17,03	- 2,13	4,10	14,68				
kurzfristige Kredite	24,45	1,96	21,17	- 9,82	8,16	14,80	- 2,94	1,16	16,55				
langfristige Kredite	2,71	- 17,47	26,77	- 2,59	20,78	2,24	0,81	2,95	- 1,88				
nachrichtlich:													
Kredite von inländischen Sektoren	- 4,64	2,51	23,34	- 0,23	22,29	6,62	- 0,74	- 4,83	3,15				
nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	3,91	- 0,31	2,30	9,79	- 1,43	0,02	4,30	- 0,60	3,28				
finanzielle Kapitalgesellschaften	12,69	13,48	15,16	- 5,33	15,91	8,19	- 1,72	- 7,22	3,50				
Staat	- 21,23	- 10,67	5,89	- 4,68	7,81	- 1,59	- 3,32	3,00	- 3,63				
Kredite aus dem Ausland	31,74	- 18,01	24,60	- 12,18	6,65	10,41	- 1,39	8,93	11,53				
Anteilsrechte insgesamt	12,04	27,88	15,04	15,43	0,05	5,40	5,89	3,69	3,25				
Börsennotierte Aktien inländischer Sektoren	- 4,47	- 0,97	6,66	- 4,69	- 1,81	- 3,65	0,73	11,39	- 2,71				
nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	9,65	- 5,39	- 8,04	- 5,95	- 14,10	1,07	2,12	2,86	- 6,17				
finanzielle Kapitalgesellschaften	- 5,02	1,59	11,05	- 0,31	17,66	- 5,34	- 6,36	5,09	- 1,14				
Staat	- 0,88	0,03	0,11	0,01	0,06	0,01	0,02	0,01	0,00				
Private Haushalte	- 8,21	2,80	3,55	1,57	- 5,43	0,61	4,95	3,43	4,61				
Börsennotierte Aktien des Auslands	7,80	9,72	- 0,64	6,65	2,08	5,36	1,97	- 10,04	2,75				
Übrige Anteilsrechte ¹⁾	8,70	19,13	9,02	13,46	- 0,22	3,70	3,20	2,34	3,21				
Versicherungstechnische Rückstellungen	6,34	6,05	6,05	1,51	1,51	1,51	1,51	1,51	1,51				
Finanzderivate und Mitarbeiteraktienoptionen	3,72	1,93	- 8,22	1,92	10,89	- 16,16	- 1,04	- 1,92	8,63				
Sonstige Verbindlichkeiten	19,44	- 11,43	56,92	- 19,56	28,57	18,60	0,16	9,60	8,40				
Insgesamt	81,46	10,18	125,52	- 8,77	73,54	31,30	4,87	15,81	46,87				

¹ Einschl. nichtbörsennotierte Aktien und sonstige Anteilsrechte.

IX. Finanzierungsrechnung

2. Geldvermögen und Verbindlichkeiten der nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften (unkonsolidiert)

Stand am Jahres- bzw. Quartalsende; Mrd €

Positionen	2013	2014	2015	2016					2016
				4.Vj.	1.Vj.	2.Vj.	3.Vj.	4.Vj.	
Geldvermögen									
Bargeld und Einlagen	411,5	406,5	463,7	406,5	387,7	397,2	432,0	463,7	455,2
Schuldverschreibungen insgesamt	45,0	49,6	47,8	49,6	48,6	48,4	48,4	47,8	48,8
kurzfristige Schuldverschreibungen	5,1	6,8	6,0	6,8	5,7	6,7	5,2	6,0	7,0
langfristige Schuldverschreibungen	39,9	42,9	41,7	42,9	42,9	41,7	43,2	41,7	41,7
nachrichtlich:									
Schuldverschreibungen inländischer Sektoren	24,6	22,9	23,3	22,9	23,0	23,0	23,8	23,3	23,8
nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	4,7	4,6	3,6	4,6	4,1	4,5	4,2	3,6	4,3
finanzielle Kapitalgesellschaften	13,8	12,7	14,5	12,7	13,5	13,2	14,0	14,5	14,8
Staat	6,1	5,7	5,2	5,7	5,4	5,3	5,6	5,2	4,8
Schuldverschreibungen des Auslands	20,5	26,7	24,4	26,7	25,6	25,4	24,7	24,4	24,9
Kredite insgesamt	447,0	466,0	496,0	466,0	493,4	498,2	497,4	496,0	500,1
kurzfristige Kredite	340,0	375,8	399,7	375,8	398,6	399,5	399,6	399,7	401,6
langfristige Kredite	107,0	90,2	96,3	90,2	94,9	98,7	97,9	96,3	98,5
nachrichtlich:									
Kredite an inländische Sektoren	305,2	315,4	327,2	315,4	333,2	332,0	332,5	327,2	328,0
nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	216,5	216,2	218,5	216,2	214,8	214,8	219,1	218,5	221,8
finanzielle Kapitalgesellschaften	82,1	92,8	102,4	92,8	112,1	110,9	107,1	102,4	100,0
Staat	6,5	6,4	6,2	6,4	6,4	6,3	6,3	6,2	6,2
Kredite an das Ausland	141,8	150,5	168,8	150,5	160,2	166,1	165,0	168,8	172,1
Anteilsrechte und Anteile an Investmentfonds	1 810,8	1 921,5	2 101,8	1 921,5	2 150,8	2 087,2	1 979,2	2 101,8	2 036,1
Anteilsrechte insgesamt	1 672,7	1 786,0	1 949,8	1 786,0	1 999,7	1 937,2	1 829,3	1 949,8	1 885,0
Börsennotierte Aktien inländischer Sektoren	275,4	262,2	273,0	262,2	290,6	274,6	239,0	273,0	248,1
nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	269,8	252,2	266,6	252,2	283,1	267,4	233,2	266,6	242,0
finanzielle Kapitalgesellschaften	5,7	10,0	6,3	10,0	7,4	7,2	5,9	6,3	6,1
Börsennotierte Aktien des Auslands	52,2	62,2	69,5	62,2	74,0	71,8	66,4	69,5	70,9
Übrige Anteilsrechte ¹⁾	1 345,1	1 461,5	1 607,3	1 461,5	1 635,1	1 590,8	1 523,9	1 607,3	1 566,0
Anteile an Investmentfonds	138,1	135,5	151,9	135,5	151,0	150,0	149,8	151,9	151,1
Geldmarktfonds	1,1	1,2	1,4	1,2	0,9	1,1	1,0	1,4	1,0
Sonstige Investmentfonds	137,0	134,4	150,6	134,4	150,1	149,0	148,8	150,6	150,1
Versicherungstechnische Rückstellungen	46,1	47,3	48,7	47,3	47,6	48,0	48,3	48,7	50,9
Finanzderivate	16,8	22,7	24,0	22,7	25,9	23,0	24,6	24,0	23,2
Sonstige Forderungen	891,1	857,9	929,5	857,9	900,0	927,0	922,0	929,5	922,9
Insgesamt	3 668,4	3 771,4	4 111,5	3 771,4	4 054,0	4 028,9	3 952,0	4 111,5	4 037,3
Verbindlichkeiten									
Schuldverschreibungen insgesamt	138,9	150,9	156,8	150,9	159,5	157,2	158,1	156,8	173,1
kurzfristige Schuldverschreibungen	13,4	1,8	3,0	1,8	2,3	2,3	3,3	3,0	5,1
langfristige Schuldverschreibungen	125,4	149,1	153,7	149,1	157,1	154,9	154,8	153,7	168,0
nachrichtlich:									
Schuldverschreibungen inländischer Sektoren	51,1	60,1	58,6	60,1	62,6	62,7	60,7	58,6	65,8
nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	4,7	4,6	3,6	4,6	4,1	4,5	4,2	3,6	4,3
finanzielle Kapitalgesellschaften	30,8	39,8	39,9	39,8	42,0	42,8	41,3	39,9	45,9
Staat	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
Private Haushalte	15,6	15,8	15,0	15,8	16,4	15,3	15,2	15,0	15,6
Schuldverschreibungen des Auslands	87,8	90,7	98,1	90,7	96,9	94,5	97,4	98,1	107,3
Kredite insgesamt	1 418,5	1 388,8	1 439,5	1 388,8	1 422,6	1 439,0	1 436,6	1 439,5	1 451,4
kurzfristige Kredite	494,2	496,2	517,8	496,2	508,5	522,0	517,8	517,8	532,5
langfristige Kredite	924,2	892,6	921,7	892,6	914,1	917,1	918,8	921,7	918,9
nachrichtlich:									
Kredite von inländischen Sektoren	1 098,7	1 083,3	1 104,9	1 083,3	1 105,3	1 112,1	1 112,3	1 104,9	1 108,1
nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	216,5	216,2	218,5	216,2	214,8	214,8	219,1	218,5	221,8
finanzielle Kapitalgesellschaften	821,1	814,5	828,3	814,5	831,1	839,6	838,0	828,3	828,6
Staat	61,0	52,6	58,0	52,6	59,4	57,7	55,1	58,0	57,7
Kredite aus dem Ausland	319,8	305,5	334,6	305,5	317,3	326,9	324,3	334,6	343,3
Anteilsrechte insgesamt	2 436,6	2 542,2	2 670,9	2 542,2	2 860,2	2 715,7	2 484,8	2 670,9	2 567,4
Börsennotierte Aktien inländischer Sektoren	571,9	570,0	626,4	570,0	681,4	625,1	551,6	626,4	585,2
nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	269,8	252,2	266,6	252,2	283,1	267,4	233,2	266,6	242,0
finanzielle Kapitalgesellschaften	120,3	133,9	150,1	133,9	181,9	159,4	130,8	150,1	140,3
Staat	35,2	35,2	43,4	35,2	42,9	39,5	41,1	43,4	41,5
Private Haushalte	146,6	148,7	166,2	148,7	173,4	158,8	146,5	166,2	161,5
Börsennotierte Aktien des Auslands	670,8	719,9	756,3	719,9	839,8	789,6	693,2	756,3	724,7
Übrige Anteilsrechte ¹⁾	1 194,0	1 252,3	1 288,3	1 252,3	1 339,0	1 301,0	1 240,0	1 288,3	1 257,5
Versicherungstechnische Rückstellungen	243,9	249,9	256,0	249,9	251,5	253,0	254,5	256,0	257,5
Finanzderivate und Mitarbeiteraktienoptionen	37,3	54,0	42,0	54,0	63,9	46,6	44,7	42,0	49,8
Sonstige Verbindlichkeiten	964,8	985,6	1 051,6	985,6	1 037,2	1 023,9	1 025,4	1 051,6	1 044,3
Insgesamt	5 240,0	5 371,4	5 616,8	5 371,4	5 794,9	5 635,4	5 404,0	5 616,8	5 543,5

¹ Einschl. nichtbörsennotierte Aktien und sonstige Anteilsrechte.

IX. Finanzierungsrechnung

3. Geldvermögensbildung und Außenfinanzierung der privaten Haushalte (unkonsolidiert)

Mrd €

Positionen	2013	2014	2015	2014					2015					2016
				4.Vj.	1.Vj.	2.Vj.	3.Vj.	4.Vj.	1.Vj.	2.Vj.	3.Vj.	4.Vj.	1.Vj.	
Geldvermögensbildung														
Bargeld und Einlagen	63,87	85,60	85,21	40,18	14,61	31,14	8,49	30,98	8,12					
Bargeld	8,08	15,42	14,05	6,88	4,12	7,18	3,01	0,26	2,42					
Einlagen insgesamt	55,79	70,18	71,16	33,30	10,49	23,96	5,48	31,24	5,70					
Sichteinlagen	89,41	73,84	100,96	33,62	19,30	34,43	15,01	32,22	7,24					
Termineinlagen	- 9,78	8,74	- 9,22	4,12	- 2,32	- 3,12	- 4,21	0,44	0,83					
Spareinlagen einschl. Sparbriefe	- 23,85	- 12,41	- 20,58	- 4,44	- 6,49	- 7,35	- 5,32	- 1,43	- 2,37					
Schuldverschreibungen insgesamt	- 17,81	- 18,00	- 17,40	- 5,89	- 7,38	- 5,09	- 1,87	- 3,07	- 1,76					
kurzfristige Schuldverschreibungen	- 0,36	- 0,67	0,75	- 0,32	0,29	0,31	0,28	- 0,13	0,10					
langfristige Schuldverschreibungen	- 17,45	- 17,33	- 18,16	- 5,57	- 7,66	- 5,40	- 2,14	- 2,95	- 1,86					
nachrichtlich:														
Schuldverschreibungen inländischer Sektoren	- 14,86	- 15,08	- 9,34	- 4,25	- 4,76	- 2,98	- 0,16	- 1,45	1,08					
nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	1,24	0,02	0,39	- 0,23	0,21	0,23	0,02	- 0,07	0,67					
finanzielle Kapitalgesellschaften	- 12,46	- 12,52	- 6,80	- 3,58	- 4,05	- 2,40	0,44	- 0,78	0,74					
Staat	- 3,64	- 2,58	- 2,93	- 0,44	- 0,91	- 0,81	- 0,61	- 0,60	- 0,33					
Schuldverschreibungen des Auslands	- 2,94	- 2,93	- 8,06	- 1,64	- 2,62	- 2,11	- 1,71	- 1,62	- 2,84					
Anteilsrechte und Anteile an Investmentfonds	9,63	36,87	46,39	10,43	4,53	10,53	16,85	14,48	15,67					
Anteilsrechte insgesamt	- 0,41	12,17	15,03	3,95	- 6,26	2,87	11,73	6,69	10,26					
Börsennotierte Aktien inländischer Sektoren	- 5,63	4,61	4,06	1,79	- 6,53	1,13	6,67	2,79	6,59					
nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	- 5,29	2,69	3,77	1,55	- 5,50	0,49	6,03	2,76	4,52					
finanzielle Kapitalgesellschaften	- 0,35	1,93	0,28	- 4,25	- 1,03	0,64	0,64	0,03	2,07					
Börsennotierte Aktien des Auslands	2,99	3,70	6,75	1,06	0,66	0,80	3,00	2,30	1,65					
Übrige Anteilsrechte 1)	2,24	3,86	4,22	1,10	- 0,39	0,95	2,07	1,60	2,02					
Anteile an Investmentfonds	10,04	24,70	31,36	6,49	10,79	7,66	5,12	7,79	5,41					
Geldmarktfonds	- 0,30	- 0,34	- 0,57	0,12	- 0,16	- 0,02	- 0,10	- 0,30	- 0,30					
Sonstige Investmentfonds	10,34	25,04	31,93	6,37	10,95	7,68	5,22	8,09	5,71					
Ansprüche privater Haushalte aus Rückstellungen bei Nichtlebensversicherungen sowie aus Forderungen im Rahmen standardisierter Garantien	26,02	24,46	19,75	5,88	5,63	5,07	4,93	4,12	5,70					
Ansprüche privater Haushalte aus Rückstellungen bei Lebensversicherungen	31,69	30,40	33,33	7,67	16,20	8,99	5,28	2,87	19,32					
Ansprüche aus Rückstellungen bei Alterssicherungssystemen, Ansprüche von Alterssicherungssystemen an die Träger von Alterssicherungssystemen und auf andere Leistungen als Alterssicherungsleistungen	19,39	28,83	28,31	7,31	6,19	4,09	6,21	11,82	3,49					
Finanzderivate und Mitarbeiteraktioptionen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00					
Sonstige Forderungen 2)	9,76	- 34,02	- 15,91	- 25,03	11,75	- 10,21	0,02	- 17,47	8,37					
Insgesamt	142,56	154,13	179,68	40,55	51,53	44,53	39,90	43,72	58,91					
Außenfinanzierung														
Kredite insgesamt	11,96	19,31	38,41	4,18	3,59	11,78	14,56	8,48	6,23					
kurzfristige Kredite	- 3,31	- 1,98	- 3,17	- 2,04	1,00	- 1,26	- 1,51	- 1,40	- 0,42					
langfristige Kredite	15,27	21,29	41,58	6,22	2,59	13,04	16,07	9,88	6,64					
nachrichtlich:														
Wohnungsbaukredite	18,89	23,58	35,84	8,33	2,30	10,24	13,76	9,53	4,51					
Konsumentenkredite	- 0,30	1,21	5,44	- 1,71	1,57	2,15	1,40	0,32	2,11					
Gewerbliche Kredite	- 6,64	- 5,49	- 2,88	- 2,44	- 0,29	- 0,61	- 0,60	- 1,38	- 0,38					
nachrichtlich:														
Kredite von Monetären Finanzinstituten	12,60	18,87	39,35	4,17	3,27	11,60	15,09	9,38	5,24					
Kredite von sonstigen Finanzinstituten	- 0,60	0,43	- 0,94	0,01	0,32	0,18	- 0,53	- 0,90	0,99					
Kredite vom Staat und Ausland	- 0,05	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00					
Finanzderivate	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00					
Sonstige Verbindlichkeiten	- 0,01	0,78	0,31	0,31	0,25	0,05	- 0,01	0,02	0,17					
Insgesamt	11,94	20,09	38,72	4,49	3,84	11,83	14,55	8,50	6,40					

1 Einschl. nichtbörsennotierte Aktien und sonstige Anteilsrechte. 2 Einschl. verzinslich angesammelte Überschussanteile bei Versicherungen.

IX. Finanzierungsrechnung

4. Geldvermögen und Verbindlichkeiten der privaten Haushalte (unkonsolidiert)

Stand am Jahres- bzw. Quartalsende; Mrd €

Positionen	2013	2014	2015	2016					
				4.Vj.	1.Vj.	2.Vj.	3.Vj.	4.Vj.	1.Vj.
Geldvermögen									
Bargeld und Einlagen	1 910,8	1 997,9	2 083,1	1 997,9	2 012,5	2 043,6	2 052,1	2 083,1	2 091,3
Bargeld	112,0	127,5	141,5	127,5	131,6	138,8	141,8	141,5	143,9
Einlagen insgesamt	1 798,8	1 870,4	1 941,6	1 870,4	1 880,9	1 904,8	1 910,3	1 941,6	1 947,4
Sichteinlagen	907,8	981,4	1 082,4	981,4	1 000,6	1 035,1	1 050,1	1 082,4	1 089,8
Termineinlagen	245,9	256,4	246,8	256,4	254,0	250,9	246,4	246,8	248,3
Spareinlagen einschl. Sparbriefe	645,1	632,7	612,4	632,7	626,2	618,9	613,8	612,4	609,3
Schuldverschreibungen insgesamt	179,0	162,2	139,8	162,2	156,8	149,2	144,0	139,8	137,1
kurzfristige Schuldverschreibungen	2,7	2,1	2,9	2,1	2,4	2,7	3,0	2,9	2,9
langfristige Schuldverschreibungen	176,3	160,1	136,9	160,1	154,3	146,5	141,0	136,9	134,2
nachrichtlich:									
Schuldverschreibungen inländischer Sektoren	116,9	102,4	89,4	102,4	98,6	94,3	92,2	89,4	89,6
nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	14,2	14,1	13,4	14,1	14,8	13,7	13,5	13,4	13,9
finanzielle Kapitalgesellschaften	90,7	78,7	69,5	78,7	75,1	72,9	71,5	69,5	69,4
Staat	12,0	9,6	6,5	9,6	8,7	7,8	7,1	6,5	6,3
Schuldverschreibungen des Auslands	62,0	59,8	50,3	59,8	58,2	54,9	51,8	50,3	47,6
Anteilsrechte und Anteile an Investmentfonds	885,9	951,4	1 040,7	951,4	1 051,1	1 018,4	982,1	1 040,7	1 024,3
Anteilsrechte insgesamt	487,6	508,9	555,9	508,9	563,4	537,0	518,3	555,9	544,9
Börsennotierte Aktien inländischer Sektoren	167,4	169,7	188,9	169,7	197,9	179,6	168,4	188,9	181,8
nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	140,4	142,1	158,7	142,1	165,4	151,1	140,2	158,7	154,1
finanzielle Kapitalgesellschaften	26,9	27,6	30,3	27,6	32,5	28,5	28,2	30,3	27,6
Börsennotierte Aktien des Auslands	55,8	64,0	74,8	64,0	74,6	71,7	67,9	74,8	73,1
Übrige Anteilsrechte 1)	264,4	275,3	292,2	275,3	290,9	285,7	282,0	292,2	290,1
Anteile an Investmentfonds	398,3	442,5	484,8	442,5	487,7	481,3	463,8	484,8	479,3
Geldmarktfonds	4,4	4,0	3,4	4,0	3,8	3,8	3,7	3,4	3,1
Sonstige Investmentfonds	393,8	438,5	481,4	438,5	483,8	477,5	460,1	481,4	476,3
Ansprüche privater Haushalte aus Rückstellungen bei Nichtlebensversicherungen sowie aus Forderungen im Rahmen standardisierter Garantien	291,3	307,3	323,0	307,3	311,5	315,7	319,8	323,0	328,7
Ansprüche privater Haushalte aus Rückstellungen bei Lebensversicherungen	847,3	885,6	922,5	885,6	903,1	912,9	918,8	922,5	941,7
Ansprüche aus Rückstellungen bei Alterssicherungssystemen, Ansprüche von Alterssicherungssystemen an die Träger von Alterssicherungssystemen und auf andere Leistungen als Alterssicherungsleistungen	708,3	745,6	777,9	745,6	753,2	758,2	765,2	777,9	781,4
Finanzderivate und Mitarbeiteraktienoptionen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Sonstige Forderungen 2)	36,7	35,8	34,8	35,8	35,6	35,5	35,1	34,8	34,6
Insgesamt	4 859,4	5 085,8	5 321,8	5 085,8	5 223,8	5 233,4	5 217,1	5 321,8	5 339,2
Verbindlichkeiten									
Kredite insgesamt	1 549,6	1 569,2	1 605,6	1 569,2	1 571,6	1 583,1	1 597,3	1 605,6	1 612,2
kurzfristige Kredite	66,4	64,6	60,9	64,6	65,6	64,1	62,6	60,9	60,5
langfristige Kredite	1 483,2	1 504,7	1 544,7	1 504,7	1 506,0	1 519,0	1 534,7	1 544,7	1 551,7
nachrichtlich:									
Wohnungsbaukredite	1 092,9	1 116,8	1 152,7	1 116,8	1 119,0	1 129,5	1 142,9	1 152,7	1 157,3
Konsumentenkredite	188,7	188,9	191,9	188,9	189,2	191,2	192,2	191,9	194,0
Gewerbliche Kredite	268,0	263,6	260,9	263,6	263,3	262,5	262,1	260,9	260,9
nachrichtlich:									
Kredite von Monetären Finanzinstituten	1 458,4	1 477,6	1 514,9	1 477,6	1 479,6	1 491,0	1 505,7	1 514,9	1 520,5
Kredite von sonstigen Finanzinstituten	91,2	91,7	90,7	91,7	92,0	92,2	91,6	90,7	91,7
Kredite vom Staat und Ausland	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Finanzderivate	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Sonstige Verbindlichkeiten	15,6	16,5	16,5	16,5	17,5	17,3	17,5	16,5	17,2
Insgesamt	1 565,2	1 585,7	1 622,1	1 585,7	1 589,1	1 600,4	1 614,8	1 622,1	1 629,4

1 Einschl. nichtbörsennotierte Aktien und sonstige Anteilsrechte. 2 Einschl. verzinslich angesammelte Überschussanteile bei Versicherungen.

X. Öffentliche Finanzen in Deutschland

1. Gesamtstaat: Defizit und Schuldenstand in Maastricht-Abgrenzung

Zeit	Mrd €					in % des BIP				
	Gesamtstaat	Bund	Länder	Gemeinden	Sozialversicherungen	Gesamtstaat	Bund	Länder	Gemeinden	Sozialversicherungen
Finanzierungssaldo ¹⁾										
2010	- 108,9	- 84,1	- 20,6	- 8,1	+ 3,8	- 4,2	- 3,3	- 0,8	- 0,3	+ 0,1
2011	- 25,9	- 29,4	- 11,4	- 0,3	+ 15,3	- 1,0	- 0,4	- 0,0	- 0,0	+ 0,6
2012 p)	- 2,7	- 16,3	- 7,4	+ 2,7	+ 18,3	- 0,1	- 0,6	- 0,3	+ 0,1	+ 0,7
2013 p)	- 3,8	- 7,7	- 3,2	+ 1,7	+ 5,3	- 0,1	- 0,3	- 0,1	+ 0,1	+ 0,2
2014 p)	+ 8,4	+ 8,6	- 0,8	- 2,8	+ 3,4	+ 0,3	+ 0,3	- 0,0	+ 0,1	+ 0,1
2015 ts)	+ 19,6	+ 10,0	+ 2,9	+ 2,8	+ 4,0	+ 0,6	+ 0,3	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,1
2014 1.Hj. p)	+ 10,8	+ 1,7	- 0,7	+ 3,3	+ 6,5	+ 0,8	+ 0,1	- 0,1	+ 0,2	+ 0,5
2.Hj. p)	- 2,4	+ 6,9	- 0,0	- 6,1	- 3,2	- 0,2	+ 0,5	- 0,0	- 0,4	- 0,2
2015 1.Hj. ts)	+ 13,5	+ 2,5	+ 3,0	+ 5,0	+ 3,0	+ 0,9	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,2
2.Hj. ts)	+ 6,1	+ 7,4	- 0,2	- 2,2	+ 1,0	+ 0,4	+ 0,5	- 0,0	- 0,1	+ 0,1
Schuldenstand ²⁾										
Stand am Jahres- bzw. Quartalsende										
2010	2 089,9	1 335,2	629,7	143,0	1,3	81,0	51,7	24,4	5,5	0,1
2011	2 116,8	1 342,3	644,1	146,8	1,3	78,3	49,7	23,8	5,4	0,0
2012 p)	2 193,3	1 386,6	672,3	151,0	1,2	79,6	50,3	24,4	5,5	0,0
2013 p)	2 177,8	1 389,6	650,7	153,5	1,3	77,2	49,3	23,1	5,4	0,0
2014 p)	2 177,7	1 396,0	644,2	154,1	1,4	74,7	47,9	22,1	5,3	0,0
2015 p)	2 152,9	1 372,0	646,5	154,5	1,4	71,2	45,3	21,4	5,1	0,0
2014 1.Vj. p)	2 168,9	1 386,8	646,5	153,3	1,2	76,1	48,6	22,7	5,4	0,0
2.Vj. p)	2 175,8	1 395,3	644,6	154,0	1,1	75,8	48,6	22,4	5,4	0,0
3.Vj. p)	2 176,6	1 391,4	647,1	154,3	1,1	75,2	48,1	22,4	5,3	0,0
4.Vj. p)	2 177,7	1 396,0	644,2	154,1	1,4	74,7	47,9	22,1	5,3	0,0
2015 1.Vj. p)	2 185,8	1 399,3	653,5	154,3	1,4	74,4	47,6	22,2	5,3	0,0
2.Vj. p)	2 152,0	1 382,7	633,8	153,8	1,4	72,6	46,6	21,4	5,2	0,0
3.Vj. p)	2 154,1	1 377,2	641,9	154,3	1,5	72,0	46,0	21,4	5,2	0,0
4.Vj. p)	2 152,9	1 372,0	646,5	154,5	1,4	71,2	45,3	21,4	5,1	0,0
2016 1.Vj. p)	2 167,5	1 384,9	643,6	155,9	1,2	71,1	45,4	21,1	5,1	0,0

Quelle: Statistisches Bundesamt und eigene Berechnungen. **1** Der Finanzierungssaldo gemäß ESVG 2010 entspricht der Maastricht-Abgrenzung. **2** Vierteljahresangaben in % des BIP sind auf die Wirtschaftsleistung der vier vorangegangenen Quartale bezogen.

2. Gesamtstaat: Einnahmen, Ausgaben und Finanzierungssaldo in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen *)

Zeit	Einnahmen				Ausgaben						Finanzierungssaldo	Nachrichtlich: Fiskalische Belastung insgesamt ¹⁾
	insgesamt	davon: Steuern	Sozialbeiträge	sonstige	insgesamt	davon: Sozialleistungen	Arbeitnehmerentgelte	Zinsen	Bruttoinvestitionen	sonstige		
Mrd €												
2010	1 110,3	556,2	426,2	127,9	1 219,2	634,5	203,5	63,9	59,4	258,0	- 108,9	986,5
2011	1 182,7	598,8	442,3	141,7	1 208,6	633,9	208,6	67,5	61,4	237,2	- 25,9	1 045,6
2012 p)	1 222,1	623,9	454,2	144,0	1 224,8	644,4	212,9	63,1	62,2	242,3	- 2,7	1 082,6
2013 p)	1 252,4	642,0	464,9	145,5	1 256,2	665,7	218,6	56,0	63,5	252,4	- 3,8	1 111,3
2014 p)	1 299,6	665,1	481,9	152,5	1 291,2	691,1	224,6	51,5	63,2	260,8	+ 8,4	1 151,5
2015 ts)	1 350,7	698,1	500,8	151,8	1 331,1	722,9	229,6	48,0	66,6	264,1	+ 19,6	1 204,4
in % des BIP												
2010	43,0	21,6	16,5	5,0	47,3	24,6	7,9	2,5	2,3	10,0	- 4,2	38,2
2011	43,8	22,2	16,4	5,2	44,7	23,4	7,7	2,5	2,3	8,8	- 1,0	38,7
2012 p)	44,4	22,6	16,5	5,2	44,5	23,4	7,7	2,3	2,3	8,8	- 0,1	39,3
2013 p)	44,4	22,8	16,5	5,2	44,5	23,6	7,8	2,0	2,3	8,9	- 0,1	39,4
2014 p)	44,6	22,8	16,5	5,2	44,3	23,7	7,7	1,8	2,2	8,9	+ 0,3	39,5
2015 ts)	44,6	23,1	16,6	5,0	44,0	23,9	7,6	1,6	2,2	8,7	+ 0,6	39,8
Zuwachsraten in %												
2010	+ 1,8	+ 0,3	+ 2,5	+ 6,1	+ 4,2	+ 1,5	+ 2,9	- 1,7	+ 1,9	+ 14,8	.	+ 1,3
2011	+ 6,5	+ 7,7	+ 3,8	+ 10,7	- 0,9	- 0,1	+ 2,5	+ 5,7	+ 3,3	- 8,1	.	+ 6,0
2012 p)	+ 3,3	+ 4,2	+ 2,7	+ 1,6	+ 1,3	+ 1,7	+ 2,0	- 6,5	+ 1,4	+ 2,1	.	+ 3,5
2013 p)	+ 2,5	+ 2,9	+ 2,4	+ 1,0	+ 2,6	+ 3,3	+ 2,7	- 11,2	+ 2,1	+ 4,2	.	+ 2,6
2014 p)	+ 3,8	+ 3,6	+ 3,7	+ 4,9	+ 2,8	+ 3,8	+ 2,7	- 8,1	- 0,5	+ 3,3	.	+ 3,6
2015 ts)	+ 3,9	+ 5,0	+ 3,9	- 0,5	+ 3,1	+ 4,6	+ 2,2	- 6,8	+ 5,3	+ 1,3	.	+ 4,6

Quelle: Statistisches Bundesamt. * Ergebnisse gemäß ESVG 2010. **1** Steuern und Sozialbeiträge zzgl. Zöllen.

X. Öffentliche Finanzen in Deutschland

3. Gesamtstaat: Haushaltsentwicklung (Finanzstatistik)

Mrd €

Zeit	Gebietskörperschaften 1)									Sozialversicherungen 2)			Öffentliche Haushalte insgesamt			
	Einnahmen			Ausgaben						Saldo	Einnahmen 6)	Ausgaben	Saldo	Einnahmen	Ausgaben	Saldo
	insgesamt 4)	darunter:		insgesamt 4)	darunter: 3)											
		Steuern	Finanzielle Transaktionen 5)		Personal-ausgaben	Laufende Zuschüsse	Zinsausgaben	Sachinvestitionen	Finanzielle Transaktionen 5)							
2009	623,0	524,0	7,1	713,1	187,1	286,6	63,4	38,6	34,8	- 90,1	492,1	506,0	- 14,0	1 013,4	1 117,5	- 104,0
2010	634,7	530,6	7,9	713,6	190,7	308,5	57,7	39,7	11,4	- 78,9	516,5	512,9	+ 3,7	1 033,7	1 108,9	- 75,2
2011	689,6	573,4	22,8	711,6	194,3	301,3	56,8	38,5	13,7	- 22,0	526,3	511,3	+ 15,0	1 104,2	1 111,2	- 7,0
2012 p)	745,0	600,0	14,7	770,2	218,8	285,2	69,9	42,6	25,5	- 25,2	536,2	518,9	+ 17,3	1 171,1	1 179,0	- 7,9
2013 p)	761,8	619,7	14,7	773,6	225,3	286,9	65,7	42,8	23,5	- 11,8	536,7	532,0	+ 4,7	1 198,1	1 205,2	- 7,0
2014 p)	791,8	643,6	11,3	786,7	236,0	292,9	57,1	45,9	17,6	+ 5,1	554,4	551,1	+ 3,2	1 245,1	1 236,8	+ 8,4
2015 p)	832,1	673,3	10,4	802,9	243,5	302,0	49,9	46,3	12,7	+ 29,2	574,2	572,5	+ 1,7	1 302,8	1 271,9	+ 30,9
2014 1.Vj. p)	188,2	153,6	2,0	193,9	56,7	77,9	20,0	7,8	2,3	- 5,7	132,8	136,1	- 3,3	296,0	305,0	- 9,0
2.Vj. p)	193,1	157,4	2,2	188,1	56,9	71,8	9,8	9,8	8,2	+ 5,0	136,4	135,8	+ 0,6	304,5	299,0	+ 5,6
3.Vj. p)	192,2	157,5	3,4	193,5	57,1	71,2	17,7	11,3	4,0	- 1,4	136,3	137,4	- 1,1	303,1	305,5	- 2,4
4.Vj. p)	219,0	174,9	3,5	211,8	65,4	73,5	9,5	16,5	3,1	+ 7,2	148,3	141,5	+ 6,8	341,6	327,6	+ 14,0
2015 1.Vj. p)	196,0	160,9	2,4	198,8	58,5	80,5	18,4	7,7	2,5	- 2,8	137,3	142,8	- 5,4	307,6	315,8	- 8,2
2.Vj. p)	208,4	167,7	1,5	185,2	59,5	73,2	7,2	9,1	3,0	+ 23,1	142,4	142,3	+ 0,1	325,0	301,8	+ 23,2
3.Vj. p)	202,9	159,0	3,8	198,1	62,3	70,9	16,6	11,6	3,4	+ 4,7	141,2	143,4	- 2,1	318,2	315,6	+ 2,6
4.Vj. p)	222,2	178,1	2,6	219,4	63,2	77,3	7,6	17,1	3,7	+ 2,8	152,7	145,3	+ 7,4	349,1	338,9	+ 10,2

Quelle: Eigene Berechnung unter Verwendung von Angaben des Statistischen Bundesamtes. 1 Jahresangaben gemäß den Rechnungsergebnissen des Statistischen Bundesamtes. Eigene Zuschätzungen für die noch nicht vorliegenden Berichtsjahre nach 2011. Die Vierteljahresangaben enthalten zwar nicht die in den Rechnungsergebnissen einbezogenen Zweckverbände, dafür aber zahlreiche weitere Extrahaushalte, die dem Staatssektor in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen zuzurechnen sind. Ab 2012 auch einschl. Bad Bank FMSW. 2 Die Jahresergebnisse weichen darüber hinaus von der Summe der Vierteljahreszahlen ab, da es sich bei Letzte-

ren stets um vorläufige Angaben handelt. Vierteljahresangaben bei einzelnen Versicherungsgruppen geschätzt. 3 Die Entwicklungen bei den ausgewiesenen Ausgabenarten werden teilweise durch statistische Umstellungen beeinflusst. 4 Einschl. Differenzen im Verrechnungsverkehr zwischen den Gebietskörperschaften. 5 Auf der Einnahmenseite beinhaltet dies als Beteiligungsveräußerungen und als Darlehensrückflüsse verbuchte Erlöse, auf der Ausgabenseite Beteiligungserwerbe und Darlehensvergaben. 6 Einschl. der Liquiditätshilfen des Bundes an die Bundesagentur für Arbeit.

4. Gebietskörperschaften: Haushaltsentwicklung von Bund, Ländern und Gemeinden (Finanzstatistik)

Mrd €

Zeit	Bund			Länder 2) 3)			Gemeinden 3)		
	Einnahmen 1)	Ausgaben	Saldo	Einnahmen	Ausgaben	Saldo	Einnahmen	Ausgaben	Saldo
2009	282,6	317,1	- 34,5	260,1	287,1	- 26,9	170,8	178,3	- 7,5
2010	288,7	333,1	- 44,4	266,8	287,3	- 20,5	175,4	182,3	- 6,9
2011	307,1	324,9	- 17,7	286,5	295,9	- 9,4	183,9	184,9	- 1,0
2012 p)	312,5	335,3	- 22,8	311,0	316,1	- 5,1	200,0	198,5	+ 1,5
2013 p)	313,2	335,6	- 22,4	324,3	323,9	+ 0,4	207,6	206,3	+ 1,3
2014 p)	322,9	323,3	- 0,3	338,3	336,1	+ 2,1	218,7	218,7	- 0,1
2015 p)	338,2	326,4	+ 11,8	355,1	350,4	+ 4,7	232,7	229,1	+ 3,6
2014 1.Vj. p)	69,8	80,4	- 10,6	80,3	81,0	- 0,7	45,1	50,0	- 4,8
2.Vj. p)	77,7	76,7	+ 0,9	82,3	80,4	+ 1,9	54,8	52,0	+ 2,8
3.Vj. p)	82,5	85,3	- 2,9	82,7	80,4	+ 2,3	53,9	54,4	- 0,5
4.Vj. p)	92,9	80,8	+ 12,2	92,0	94,0	- 2,0	63,0	61,0	+ 2,0
2015 1.Vj. p)	74,4	81,6	- 7,1	84,2	84,5	- 0,3	46,3	52,1	- 5,8
2.Vj. p)	86,5	72,6	+ 13,9	87,0	83,6	+ 3,4	58,1	53,4	+ 4,7
3.Vj. p)	85,9	89,0	- 3,2	87,8	84,2	+ 3,6	57,5	56,3	+ 1,2
4.Vj. p)	91,4	83,3	+ 8,1	94,1	96,6	- 2,6	69,0	65,9	+ 3,0

Quelle: Eigene Berechnung unter Verwendung von Angaben des Statistischen Bundesamtes. 1 Soweit die Gewinnabführung der Bundesbank nach Überschreiten eines Schwellenwerts bei Sondervermögen des Bundes zur Schuldentilgung eingesetzt wird, bleibt sie hier unberücksichtigt. 2 Einschl. der Kommunalebene der Stadtstaaten. 3 Für Länder ab 2011, für Gemeinden ab 2012 Quartalsdaten der Kern- und der

zum Staatssektor zählenden Extrahaushalte, bis einschl. 2013 ohne Zweckverbände. Jahresangaben bis einschl. 2011 ohne Extrahaushalte, aber mit Zweckverbänden und Sonderrechnungen gemäß den Rechnungsergebnissen des Statistischen Bundesamtes, für die Folgejahre eigene Zuschätzungen.

X. Öffentliche Finanzen in Deutschland

5. Gebietskörperschaften: Steuereinnahmen

Mio €

Zeit	Bund, Länder und Europäische Union						Saldo nicht verrechneter Steueranteile 4)	Nachrichtlich: Im Bundeshaushalt abgesetzte Beträge 5)
	Insgesamt	zusammen	Bund 1)	Länder 1)	Europäische Union 2)	Gemeinden 3)		
2009	524 000	455 615	252 842	182 273	20 501	68 419	- 34	24 846
2010	530 587	460 230	254 537	181 326	24 367	70 385	- 28	28 726
2011	573 352	496 738	276 598	195 676	24 464	76 570	+ 43	28 615
2012	600 046	518 963	284 801	207 846	26 316	81 184	- 101	28 498
2013	619 708	535 173	287 641	216 430	31 101	84 274	+ 262	27 775
2014	643 624	556 008	298 518	226 504	30 986	87 418	+ 198	27 772
2015	673 276	580 485	308 849	240 698	30 938	93 003	- 212	27 241
2014 1.Vj.	153 971	130 986	64 962	54 529	11 495	15 287	+ 7 698	6 638
2.Vj.	158 118	135 358	72 082	56 178	7 098	23 160	- 400	6 803
3.Vj.	156 886	135 698	75 711	55 194	4 794	21 380	- 192	7 577
4.Vj.	174 650	153 966	85 763	60 603	7 599	27 592	- 6 908	6 754
2015 1.Vj.	161 068	137 183	68 215	57 237	11 731	15 722	+ 8 163	6 433
2.Vj.	167 763	143 248	76 762	59 298	7 188	24 814	- 299	6 633
3.Vj.	166 468	143 854	79 783	59 551	4 520	23 006	- 392	7 558
4.Vj.	177 978	156 200	84 089	64 613	7 499	29 461	- 7 684	6 618
2016 1.Vj.	170 358	144 841	74 113	61 972	8 755	17 121	+ 8 396	6 488
2.Vj.	...	152 046	82 185	64 685	5 175	6 512
2015 Juni	.	60 268	32 823	25 517	1 929	.	.	2 211
2016 Juni	.	63 479	34 058	27 918	1 504	.	.	2 171

Quellen: Bundesministerium der Finanzen, Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen. **1** Vor Abzug bzw. Zusetzung der vom Bund an die Länder überwiesenen Bundesergänzungszuweisungen (BEZ), Anteile am Energiesteueraufkommen, Kompensation für die Übertragung der Kraftfahrzeugsteuer auf den Bund und Konsolidierungshilfen. Zum Umfang dieser im Bundeshaushalt von den Steuereinnahmen abgesetzten Beträge siehe letzte Spalte. **2** Zölle sowie die zulasten der Steuereinnahmen des Bundes

des verbuchten Mehrwertsteuer- und Bruttonationaleinkommen-Eigenmittel. **3** Einschl. Gemeindesteuern der Stadtstaaten. Inklusive Einnahmen aus Offshore-Windparks. **4** Differenz zwischen dem in der betreffenden Periode bei den Länderkassen eingegangenen Gemeindeanteil an den gemeinschaftlichen Steuern (s. hierzu Tabelle X. 6) und den im gleichen Zeitraum an die Gemeinden weitergeleiteten Beträgen. **5** Umfang der in Fußnote 1 genannten Positionen.

6. Bund, Länder und EU: Steuereinnahmen nach Arten

Mio €

Zeit	Gemeinschaftliche Steuern										Bundessteuern 7)	Ländersteuern 7)	EU-Zölle	Nachrichtlich: Gemeindeanteil an den gemeinschaftlichen Steuern	
	Insgesamt 1)	Einkommensteuern 2)					Steuern vom Umsatz 5)								Gewerbesteuerumlagen 6)
		zusammen	Lohnsteuer 3)	Veranlagte Einkommensteuer	Körperschaftsteuer	Kapitalertragsteuer 4)	zusammen	Umsatzsteuer	Einfuhrumsatzsteuer						
2009	484 880	193 684	135 165	26 430	7 173	24 916	176 991	141 907	35 084	4 908	89 318	16 375	3 604	29 265	
2010	488 731	192 816	127 904	31 179	12 041	21 691	180 042	136 459	43 582	5 925	93 426	12 146	4 378	28 501	
2011	527 255	213 534	139 749	31 996	15 634	26 155	190 033	138 957	51 076	6 888	99 133	13 095	4 571	30 517	
2012	551 785	231 555	149 065	37 262	16 934	28 294	194 635	142 439	52 196	7 137	99 794	14 201	4 462	32 822	
2013	570 213	245 909	158 198	42 280	19 508	25 923	196 843	148 315	48 528	7 053	100 454	15 723	4 231	35 040	
2014	593 039	258 875	167 983	45 613	20 044	25 236	203 110	154 228	48 883	7 142	101 804	17 556	4 552	37 031	
2015	620 287	273 258	178 891	48 580	19 583	26 204	209 921	159 015	50 905	7 407	104 204	20 339	5 159	39 802	
2014 1.Vj.	140 035	62 941	39 035	11 808	5 610	6 487	50 533	38 904	11 629	134	20 893	4 481	1 053	9 049	
2.Vj.	144 418	65 233	40 767	11 963	5 068	7 435	49 166	37 194	11 972	1 785	22 874	4 318	1 042	9 059	
3.Vj.	144 482	60 838	40 538	10 022	4 314	5 965	51 148	38 733	12 415	1 911	24 945	4 395	1 244	8 783	
4.Vj.	164 104	69 863	47 642	11 820	5 052	5 349	52 264	39 397	12 867	3 312	33 091	4 361	1 214	10 139	
2015 1.Vj.	146 924	66 225	41 557	13 134	5 438	6 097	51 852	40 050	11 803	143	22 268	5 207	1 228	9 741	
2.Vj.	153 155	69 728	44 267	12 323	5 851	7 287	50 754	38 063	12 691	1 760	24 892	4 838	1 183	9 907	
3.Vj.	153 307	66 010	43 251	10 666	4 452	7 640	53 203	40 029	13 174	2 019	25 637	5 029	1 409	9 453	
4.Vj.	166 901	71 295	49 816	12 457	3 842	5 180	54 111	40 873	13 238	3 484	31 407	5 265	1 339	10 701	
2016 1.Vj.	154 892	70 790	42 583	14 569	8 433	5 204	54 408	42 268	12 141	173	22 553	5 673	1 294	10 051	
2.Vj.	162 100	74 493	45 315	12 943	7 329	8 905	52 705	40 195	12 510	1 957	25 783	5 952	1 210	10 055	
2015 Juni	64 776	37 076	16 033	11 043	6 639	3 361	16 659	12 758	3 901	4	9 046	1 620	372	4 508	
2016 Juni	68 089	38 863	16 170	11 667	6 533	4 493	17 685	13 581	4 104	1	8 734	2 403	403	4 610	

Quelle: Bundesministerium der Finanzen, eigene Berechnungen. **1** Im Gegensatz zur Summe in Tabelle X. 5 sind hier die Einnahmen aus der Gewerbesteuer (abzüglich der Umlagen), aus den Grundsteuern und aus sonstigen Gemeindesteuern sowie der Saldo nicht verrechneter Steueranteile nicht enthalten. **2** Aufkommensanteile von Bund/Ländern/Gemeinden (in %): Lohn- und veranlagte Einkommensteuer 42,5/42,5/15, Körperschaftsteuer und nicht veranlagte Steuern vom Ertrag 50/50/-, Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge 44/44/12. **3** Nach Abzug von Kin-

dergeld und Altersvorsorgezulage. **4** Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge, nicht veranlagte Steuern vom Ertrag. **5** Die häufiger angepasste Verteilung des Aufkommens auf Bund, Länder und Gemeinden ist in § 1 FAG geregelt. Aufkommensanteile von Bund/Ländern/Gemeinden (in %) für 2015: 52,3/45,5/2,2. Der EU-Anteil geht vom Bundesanteil ab. **6** Anteile von Bund/Ländern (in %) für 2015: 22,4/77,6. **7** Aufgliederung s. Tabelle X. 7.

X. Öffentliche Finanzen in Deutschland

7. Bund, Länder und Gemeinden: Einzelsteuern

Mio €

Zeit	Bundessteuern 1)								Ländersteuern 1)				Gemeindesteuern		
	Energie- steuer	Tabak- steuer	Soli- daritäts- zuschlag	Versi- cherung- steuer	Kraft- fahr- zeug- steuer 2)	Strom- steuer	Brannt- wein- abgaben	sonstige	Kraft- fahr- zeug- steuer 2)	Grund- erwerb- steuer	Erb- schaft- steuer	sonstige 3)	ins- gesamt	darunter:	
														Gewerbe- steuer 4)	Grund- steuern
2009	39 822	13 366	11 927	10 548	3 803	6 278	2 101	1 473	4 398	4 857	4 550	2 571	44 028	32 421	10 936
2010	39 838	13 492	11 713	10 284	8 488	6 171	1 990	1 449	.	5 290	4 404	2 452	47 780	35 712	11 315
2011	40 036	14 414	12 781	10 755	8 422	7 247	2 149	3 329	.	6 366	4 246	2 484	52 984	40 424	11 674
2012	39 305	14 143	13 624	11 138	8 443	6 973	2 121	4 047	.	7 389	4 305	2 508	55 398	42 345	12 017
2013	39 364	13 820	14 378	11 553	8 490	7 009	2 102	3 737	.	8 394	4 633	2 696	56 549	43 027	12 377
2014	39 758	14 612	15 047	12 046	8 501	6 638	2 060	3 143	.	9 339	5 452	2 764	57 728	43 763	12 691
2015	39 594	14 921	15 930	12 419	8 805	6 593	2 070	3 872	.	11 249	6 290	2 801	60 396	45 752	13 215
2014 1.Vj.	4 675	2 477	3 577	5 642	1 861	1 550	556	555	.	2 385	1 314	782	14 070	10 829	2 880
2.Vj.	9 868	3 708	3 955	2 096	2 517	1 718	470	-1 458	.	2 149	1 501	668	15 485	11 684	3 495
3.Vj.	10 029	3 735	3 498	2 423	2 265	1 716	499	779	.	2 387	1 331	677	14 316	10 458	3 529
4.Vj.	15 185	4 691	4 016	1 886	1 859	1 653	535	3 266	.	2 418	1 306	638	13 858	10 792	2 786
2015 1.Vj.	4 704	2 223	3 783	5 825	2 454	1 806	570	904	.	2 760	1 668	779	14 288	10 912	2 982
2.Vj.	9 512	3 683	4 278	2 187	2 361	1 465	470	937	.	2 561	1 617	660	16 368	12 383	3 636
3.Vj.	10 159	3 981	3 714	2 436	2 108	1 643	496	1 102	.	3 021	1 335	672	15 180	11 118	3 697
4.Vj.	15 220	5 034	4 155	1 972	1 883	1 678	534	930	.	2 906	1 670	689	14 561	11 339	2 899
2016 1.Vj.	4 620	2 722	3 979	5 946	2 489	1 685	565	547	.	3 217	1 668	787	15 639	12 090	3 121
2.Vj.	9 860	4 139	4 470	2 269	2 366	1 515	473	691	.	2 952	2 283	717
2015 Juni	3 273	1 116	2 175	654	788	401	149	490	.	895	504	221	.	.	.
2016 Juni	3 414	849	2 204	623	777	422	153	292	.	1 003	1 153	247	.	.	.

Quellen: Bundesministerium der Finanzen, Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen. **1** Für die Summe siehe Tabelle X. **6** **2** Ab dem 1. Juli 2009 steht das Aufkommen aus der Kraftfahrzeugsteuer dem Bund zu. Buchungen bei den Ländern in der

Zeit danach sind kassentechnisch bedingt. **3** Insbesondere Rennwett- und Lotteriesteuer sowie Biersteuer. **4** Inklusive Einnahmen aus Offshore-Windparks.

8. Deutsche Rentenversicherung: Haushaltsentwicklung sowie Vermögen *)

Mio €

Zeit	Einnahmen 1) 2)			Ausgaben 1) 2)			Saldo der Einnahmen und Ausgaben	Vermögen 1) 4)					Nach- richtlich: Verwal- tungsver- mögen
	ins- gesamt	darunter:		ins- gesamt	darunter:			insgesamt	Ein- lagen 5)	Wertpa- piere	Beteili- gungen, Darlehen und Hypo- theken 6)	Grund- stücke	
		Beiträge 3)	Zahlun- gen des Bundes		Renten	Kranken- versiche- rung der Rentner							
2009	244 689	169 183	74 313	244 478	208 475	14 431	+ 211	16 821	16 614	23	64	120	4 525
2010	250 133	172 767	76 173	248 076	211 852	14 343	+ 2 057	19 375	18 077	1 120	73	105	4 464
2011	254 968	177 424	76 200	250 241	212 602	15 015	+ 4 727	24 965	22 241	2 519	88	117	4 379
2012	259 700	181 262	77 193	254 604	216 450	15 283	+ 5 096	30 481	28 519	1 756	104	102	4 315
2013	260 166	181 991	77 067	258 268	219 560	15 528	+ 1 898	33 114	29 193	3 701	119	100	4 250
2014	269 115	189 080	78 940	265 949	226 204	15 978	+ 3 166	36 462	32 905	3 317	146	94	4 263
2015	276 129	194 486	80 464	277 717	236 634	16 705	- 1 588	35 556	32 795	2 506	167	88	4 228
2014 1.Vj.	64 138	44 355	19 534	64 615	55 266	3 897	- 477	32 669	28 668	3 781	121	99	4 251
2.Vj.	66 857	47 145	19 453	64 697	55 085	3 891	+ 2 160	35 181	31 167	3 791	126	97	4 260
3.Vj.	66 129	45 992	19 865	66 801	56 909	3 991	- 672	33 678	30 264	3 191	129	94	4 256
4.Vj.	71 927	51 577	20 096	69 548	59 225	4 192	+ 2 379	36 442	32 901	3 317	129	94	4 275
2015 1.Vj.	65 923	45 653	20 025	68 435	58 671	4 125	- 2 512	34 084	31 583	2 262	148	92	4 255
2.Vj.	68 700	48 483	19 945	68 443	58 390	4 113	+ 257	34 319	31 797	2 276	152	93	4 254
3.Vj.	67 538	47 280	20 006	70 165	59 931	4 228	- 2 627	32 246	29 722	2 276	156	92	4 259
4.Vj.	73 393	53 096	19 971	70 326	59 963	4 233	+ 3 067	35 574	32 794	2 506	158	117	4 242
2016 1.Vj.	68 182	47 397	20 665	70 076	60 143	4 239	- 1 894	33 865	31 194	2 406	179	86	4 223
2.Vj.	71 291	50 372	20 548	70 418	60 097	4 238	+ 873

Quellen: Bundesministerium für Arbeit und Soziales sowie Deutsche Rentenversicherung. * Ohne „Deutsche Rentenversicherung Knappschaft-BahnSee“ **1** Die endgültigen Jahresergebnisse weichen von den Vierteljahresergebnissen ab, da es sich bei diesen stets um vorläufige Angaben handelt. **2** Einschl. Finanzausgleichsleistun-

gen. Ohne Ergebnisse der Kapitalrechnung. **3** Einschl. Beiträge für Empfänger öffentlicher Geldleistungen. **4** Entspricht im Wesentlichen der Nachhaltigkeitsrücklage. Stand am Jahres- bzw. Vierteljahresende. **5** Einschl. Barmittel. **6** Ohne Darlehen an andere Sozialversicherungsträger.

X. Öffentliche Finanzen in Deutschland

9. Bundesagentur für Arbeit: Haushaltsentwicklung ¹⁾

Mio €

Zeit	Einnahmen				Ausgaben							Saldo der Einnahmen und Ausgaben	Zuschuss zum Defizit-ausgleich bzw. Darlehen des Bundes
	ins-gesamt ¹⁾	darunter:			ins-gesamt	darunter:							
		Beiträge	Insolvenz-geld-umlage	Bundes-beteiligung		Arbeits-losen-geld ²⁾	Kurz-arbeiter-geld ³⁾	berufliche Förderung ⁴⁾	Ein-gliederungs-beitrag ⁵⁾	Insolvenz-geld	Ver-waltungs-ausgaben ⁶⁾		
2009	34 254	22 046	711	7 777	48 057	17 291	5 322	9 849	4 866	1 617	5 398	- 13 804	-
2010	37 070	22 614	2 929	7 927	45 213	16 602	4 125	9 297	5 256	740	5 322	- 8 143	5 207
2011	37 563	25 433	37	8 046	37 524	13 776	1 324	8 369	4 510	683	5 090	+ 40	-
2012	37 429	26 570	314	7 238	34 842	13 823	828	6 699	3 822	982	5 117	+ 2 587	-
2013	32 636	27 594	1 224	245	32 574	15 411	1 082	6 040	.	912	5 349	+ 61	-
2014	33 725	28 714	1 296	-	32 147	15 368	710	6 264	.	694	5 493	+ 1 578	-
2015	35 159	29 941	1 333	-	31 439	14 846	771	6 295	.	654	5 597	+ 3 720	-
2014 1.Vj.	7 844	6 696	299	-	8 693	4 379	311	1 605	.	199	1 239	- 849	-
2.Vj.	8 352	7 143	331	-	8 036	3 902	197	1 593	.	211	1 259	+ 316	-
3.Vj.	8 249	6 991	318	-	7 551	3 641	123	1 458	.	163	1 313	+ 698	-
4.Vj.	9 280	7 884	347	-	7 868	3 446	79	1 609	.	122	1 682	+ 1 412	-
2015 1.Vj.	8 209	6 969	310	-	8 599	4 267	387	1 586	.	165	1 287	- 390	-
2.Vj.	8 758	7 467	326	-	7 856	3 758	214	1 591	.	172	1 318	+ 902	-
3.Vj.	8 573	7 285	329	-	7 319	3 501	82	1 455	.	164	1 368	+ 1 254	-
4.Vj.	9 619	8 220	367	-	7 665	3 320	87	1 662	.	152	1 624	+ 1 954	-
2016 1.Vj.	8 376	7 271	261	-	7 984	4 083	395	1 739	.	150	984	+ 393	-
2.Vj.	8 991	7 737	278	-	7 807	3 648	203	1 847	.	147	1 288	+ 1 184	-

Quelle: Bundesagentur für Arbeit. * Einschl. der Zuführungen an den Versorgungsfonds. **1** Ohne Zuschuss zum Defizit-ausgleich bzw. Darlehen des Bundes. **2** Arbeitslosengeld bei Arbeitslosigkeit. **3** Einschl. Saison- und Transferkurzarbeitergeld, Transfermaßnahmen und Erstattungen von Sozialbeiträgen. **4** Berufliche Bildung, Förde-

rung der Arbeitsaufnahme, Rehabilitation, Entgeltsicherung und Förderung von Existenzgründungen. **5** Bis einschl. 2012. Von 2005 bis 2007: Aussteuerungsbeitrag. **6** Einschl. Einzugskostenvergütung an andere Sozialversicherungsträger, ohne Verwaltungskosten im Rahmen der Grundsicherung für Arbeitsuchende.

10. Gesetzliche Krankenversicherung: Haushaltsentwicklung

Mio €

Zeit	Einnahmen ¹⁾			Ausgaben ¹⁾							Saldo der Einnahmen und Ausgaben	
	ins-gesamt	darunter:		ins-gesamt	Krankenhaus-behandlung	Arznei-mittel	Ärztliche Behand-lung	Zahn-ärztliche Behand-lung ⁴⁾	Heil- und Hilfsmittel	Kranken-geld		Ver-waltungs-ausgaben ⁵⁾
		Beiträge ²⁾	Bundes-mittel ³⁾									
2009	169 837	158 662	7 200	170 825	55 977	30 696	27 635	11 219	9 578	7 258	8 949	- 988
2010 ⁶⁾	179 529	160 797	15 700	175 804	56 697	30 147	28 432	11 419	10 609	7 797	9 554	+ 3 725
2011	189 049	170 875	15 300	179 599	58 501	28 939	29 056	11 651	11 193	8 529	9 488	+ 9 450
2012	193 314	176 388	14 000	184 289	60 157	29 156	29 682	11 749	11 477	9 171	9 711	+ 9 025
2013	196 405	182 179	11 500	194 537	62 886	30 052	32 799	12 619	12 087	9 758	9 979	+ 1 867
2014	203 143	189 089	10 500	205 589	65 711	33 093	34 202	13 028	13 083	10 619	10 063	- 2 445
2015	210 147	195 774	11 500	213 727	67 979	34 576	35 712	13 488	13 674	11 227	10 482	- 3 580
2014 1.Vj.	49 164	45 113	3 500	50 990	16 868	8 097	8 582	3 262	3 029	2 693	2 313	- 1 827
2.Vj.	49 290	46 757	1 769	51 332	16 463	8 234	8 600	3 304	3 282	2 651	2 404	- 2 042
3.Vj.	49 992	46 637	2 634	51 035	16 335	8 266	8 392	3 152	3 313	2 607	2 391	- 1 043
4.Vj.	54 604	50 593	2 597	52 017	15 997	8 496	8 642	3 347	3 444	2 665	2 907	+ 2 588
2015 1.Vj.	50 407	46 846	2 875	53 255	17 532	8 554	8 961	3 379	3 216	2 935	2 360	- 2 848
2.Vj.	51 850	48 371	2 875	53 351	17 157	8 661	8 976	3 385	3 376	2 730	2 433	- 1 501
3.Vj.	51 888	48 472	2 875	52 884	16 899	8 621	8 808	3 262	3 398	2 732	2 508	- 996
4.Vj.	55 872	52 085	2 875	54 124	16 553	8 773	8 998	3 449	3 618	2 834	3 102	+ 1 747
2016 1.Vj.	53 320	49 292	3 500	55 424	18 044	8 879	9 374	3 470	3 419	2 955	2 458	- 2 104

Quelle: Bundesministerium für Gesundheit. **1** Die endgültigen Jahresergebnisse weichen von der Summe der Vierteljahreswerte ab, da es sich bei diesen stets um vorläufige Angaben handelt. Ohne Einnahmen und Ausgaben im Rahmen des Risikostrukturausgleichs. **2** Einschl. Beiträge aus geringfügigen Beschäftigungen. **3** Bundeszuschuss und Liquiditätshilfen. **4** Einschl. Zahnersatz. **5** Netto, d. h. nach Abzug der Kostener-

stattungen für den Beitragseinzug durch andere Sozialversicherungsträger. Einschl. Verwaltungsausgaben für Disease-Management-Programme. **6** Angaben zu einzelnen Ausgabenkategorien für 2010 wegen geänderter statistischer Abgrenzung nur begrenzt mit Vorjahresangaben vergleichbar.

X. Öffentliche Finanzen in Deutschland

11. Soziale Pflegeversicherung: Haushaltsentwicklung *)

Mio €

Zeit	Einnahmen 1)		Ausgaben 1)					Saldo der Einnahmen und Ausgaben		
	insgesamt	darunter: Beiträge 2)	insgesamt	darunter:						
				Pflegesachleistung	Vollstationäre Pflege	Pflegegeld	Beiträge zur Rentenversicherung 3)		Verwaltungsausgaben	
2009	21 300	21 137	20 314	2 742	9 274	4 443	878	984	+	986
2010	21 864	21 659	21 539	2 933	9 567	4 673	869	1 028	+	325
2011	22 294	22 145	21 962	3 002	9 700	4 735	881	1 034	+	331
2012	23 082	22 953	22 988	3 135	9 961	5 073	881	1 083	+	95
2013	24 972	24 891	24 405	3 389	10 058	5 674	896	1 155	+	567
2014	25 974	25 893	25 457	3 570	10 263	5 893	946	1 216	+	517
2015	30 825	30 751	29 101	3 717	10 745	6 410	960	1 273	+	1 723
2014 1.Vj.	6 168	6 141	6 290	871	2 542	1 463	229	315	-	123
2.Vj.	6 404	6 386	6 260	848	2 554	1 466	236	309	+	144
3.Vj.	6 405	6 386	6 442	932	2 577	1 481	237	299	-	37
4.Vj.	6 933	6 918	6 462	907	2 590	1 529	238	288	+	471
2015 1.Vj.	7 252	7 228	6 906	906	2 655	1 571	236	333	+	346
2.Vj.	7 611	7 592	7 139	902	2 666	1 591	239	311	+	472
3.Vj.	7 626	7 609	7 390	930	2 701	1 613	239	326	+	236
4.Vj.	8 198	8 180	7 571	966	2 722	1 682	240	295	+	626
2016 1.Vj.	7 600	7 578	7 587	941	2 703	1 613	238	389	+	13

Quelle: Bundesministerium für Gesundheit. * Einschl. der Zuführungen an den Vorsorgefonds. 1 Die endgültigen Jahresergebnisse weichen von der Summe der Vierteljahreswerte ab, da es sich bei diesen stets um vorläufige Angaben handelt. 2 Seit 2005:

Einschl. Sonderbeitrag Kinderloser (0,25 % des beitragspflichtigen Einkommens). 3 Für nicht erwerbsmäßige Pflegepersonen.

12. Bund: marktmäßige Kreditaufnahme

Mio €

Zeit	Neuverschuldung, gesamt 1)		darunter: Veränderung der Geldmarktkredite	Veränderung der Geldmarkteinlagen
	brutto 2)	netto		
2009	+ 312 729	+ 66 821	- 8 184	+ 106
2010	+ 302 694	+ 42 397	- 5 041	+ 1 607
2011	+ 264 572	+ 5 890	- 4 876	- 9 036
2012	+ 263 334	+ 31 728	+ 6 183	+ 13 375
2013	+ 246 781	+ 19 473	+ 7 292	- 4 601
2014	+ 192 540	- 2 378	- 3 190	+ 891
2015	+ 167 655	- 16 386	- 5 884	- 1 916
2014 1.Vj.	+ 43 862	- 3 551	- 9 267	- 9 556
2.Vj.	+ 58 444	+ 9 500	+ 6 281	+ 10 589
3.Vj.	+ 47 215	- 8 035	- 2 111	- 10 817
4.Vj.	+ 43 018	- 292	+ 1 907	+ 10 675
2015 1.Vj.	+ 52 024	- 3 086	+ 4 710	- 7 612
2.Vj.	+ 36 214	- 5 404	- 12 133	+ 6 930
3.Vj.	+ 46 877	- 1 967	- 806	- 1 091
4.Vj.	+ 32 541	- 5 929	+ 2 344	- 142
2016 1.Vj.	+ 61 598	+ 10 650	+ 8 501	- 19 345

Quelle: Bundesrepublik Deutschland – Finanzagentur GmbH. 1 Einschl. „Sonderfonds Finanzmarktstabilisierung“ sowie der Sondervermögen „Investitions- und Tilgungsfonds“ und „Restrukturierungsfonds für Kreditinstitute“. 2 Nach Abzug der Rückkäufe.

13. Gesamtstaat: Verschuldung nach Gläubigern *)

Mio €

Zeit (Stand am Jahres- bzw. Quartalsende)	insgesamt	Bankensystem		Inländische Nichtbanken		Ausland ts)
		Bundesbank	Inländische MFIs ts)	sonst. inländ. finanzielle Unternehmen ts)	sonstige Inländer-Gläubiger 1)	
2009	1 781 987	4 440	556 202	188 858	134 956	897 531
2010	2 089 946	4 440	691 199	208 244	133 531	1 052 532
2011	2 116 832	4 440	631 193	208 005	120 689	1 152 505
2012	2 193 258	4 440	634 707	200 406	140 259	1 213 445
2013	2 177 830	4 440	625 050	190 921	144 951	1 212 468
2014 p)	2 177 735	4 440	612 957	190 343	130 905	1 239 089
2015 p)	2 152 943	77 220	601 197	186 703	151 358	1 136 465
2014 1.Vj. p)	2 168 893	4 440	622 203	190 620	131 109	1 220 521
2.Vj. p)	2 175 778	4 440	619 901	189 862	131 186	1 230 389
3.Vj. p)	2 176 615	4 440	621 869	189 118	127 758	1 233 431
4.Vj. p)	2 177 735	4 440	612 957	190 343	130 905	1 239 089
2015 1.Vj. p)	2 185 757	12 335	620 410	189 242	136 092	1 227 678
2.Vj. p)	2 152 027	34 310	606 650	187 345	137 223	1 186 499
3.Vj. p)	2 154 069	54 990	610 635	188 220	138 513	1 161 710
4.Vj. p)	2 152 943	77 220	601 197	186 703	151 358	1 136 465
2016 1.Vj. p)	2 167 478	100 051	600 501	183 172	150 139	1 133 614

Quelle: Eigene Berechnung unter Verwendung von Angaben des Statistischen Bundesamtes. * In Maastricht-Abgrenzung. 1 Als Differenz ermittelt.

X. Öffentliche Finanzen in Deutschland

14. Gebietskörperschaften: Verschuldung nach Arten ^{*)}

Mio €

Zeit (Stand am Jahres- bzw. Quartalsende)	Ins- gesamt	Unver- zinsliche Schatz- anwei- sungen 1)	Obliga- tionen/ Schatz- anwei- sungen 2) 3)	Bundes- obliga- tionen 2)	Bundes- schatz- briefe	Anleihen 2)	Tages- anleihe	Direkt- auslei- hungen der Kredit- institute 4)	Darlehen von Nichtbanken		Altschulden	
									Sozial- versiche- rungen	sonstige 4)	Aus- gleichs- forde- rungen 5)	sonstige 5) 6)
Gebietskörperschaften												
2010	1 732 851	87 042	391 851	195 534	8 704	628 957	1 975	302 716	21	111 609	4 440	2
2011	1 752 903	60 272	414 250	214 211	8 208	644 894	2 154	292 606	102	111 765	4 440	2
2012	1 791 254	57 172	417 469	234 355	6 818	667 198	1 725	288 806	70	113 198	4 440	2
2013	1 816 017	50 128	423 441	245 372	4 488	684 951	1 397	291 429	46	110 323	4 440	2
2014 1.Vj.	1 809 286	41 870	417 260	259 344	4 130	688 047	1 314	282 383	21	110 476	4 440	2
2.Vj.	1 821 829	39 049	419 662	253 524	3 773	703 513	1 262	285 729	16	110 859	4 440	2
3.Vj.	1 818 450	34 149	427 125	265 789	3 068	691 607	1 219	280 889	16	110 147	4 440	2
4.Vj.	1 822 276	27 951	429 633	259 186	2 375	703 812	1 187	281 984	42	111 664	4 440	2
2015 1.Vj. p)	1 821 447	28 317	425 257	250 432	2 271	707 905	1 155	290 067	42	111 561	4 440	2
2.Vj. p)	1 806 385	29 575	421 582	243 299	2 031	722 562	1 133	270 776	42	110 944	4 440	2
3.Vj. p)	1 810 270	26 213	424 534	256 613	1 677	715 763	1 106	269 138	42	110 741	4 440	2
4.Vj. p)	1 811 144	19 735	429 513	246 940	1 305	725 236	1 070	271 419	42	111 442	4 440	2
2016 1.Vj. p)	1 824 563	22 315	426 579	240 281	1 205	730 491	1 051	287 519	42	110 638	4 440	2
Bund ^{7) 8)}												
2010	1 075 415	85 867	126 220	195 534	8 704	628 582	1 975	13 349	-	10 743	4 440	2
2011	1 081 304	58 297	130 648	214 211	8 208	644 513	2 154	9 382	-	9 450	4 440	2
2012	1 113 032	56 222	117 719	234 355	6 818	666 775	1 725	16 193	-	8 784	4 440	2
2013	1 132 505	50 004	110 029	245 372	4 488	684 305	1 397	23 817	-	8 652	4 440	2
2014 1.Vj.	1 128 954	41 608	107 914	259 344	4 130	687 001	1 314	14 551	-	8 651	4 440	2
2.Vj.	1 138 455	37 951	105 639	253 524	3 773	702 467	1 262	20 781	-	8 616	4 440	2
3.Vj.	1 130 420	33 293	104 763	265 789	3 068	690 561	1 219	18 745	-	8 541	4 440	2
4.Vj.	1 130 128	27 951	103 445	259 186	2 375	702 515	1 187	20 509	-	8 518	4 440	2
2015 1.Vj.	1 127 042	26 495	102 203	250 432	2 271	706 308	1 155	25 289	-	8 448	4 440	2
2.Vj.	1 121 637	27 535	101 090	243 299	2 031	720 715	1 133	13 021	-	8 373	4 440	2
3.Vj.	1 119 670	24 157	98 087	256 613	1 677	713 766	1 106	11 776	-	8 046	4 440	2
4.Vj.	1 113 741	18 536	96 389	246 940	1 305	723 238	1 070	13 825	-	7 996	4 440	2
2016 1.Vj.	1 124 391	20 526	98 232	240 281	1 205	728 457	1 051	22 533	-	7 664	4 440	2
Länder												
2010	528 696	1 176	265 631	167 429	1	94 459	.	1
2011	537 870	1 975	283 601	154 844	62	97 387	.	1
2012	540 836	950	299 750	138 698	52	101 386	.	1
2013	545 814	125	313 412	133 899	35	98 343	.	1
2014 1.Vj.	540 134	261	309 346	132 020	10	98 495	.	1
2.Vj.	542 656	1 098	314 024	128 616	5	98 913	.	1
3.Vj.	546 756	856	322 362	125 257	5	98 276	.	1
4.Vj.	549 692	0	326 188	124 802	5	98 697	.	1
2015 1.Vj. p)	547 175	1 821	323 055	123 632	5	98 662	.	1
2.Vj. p)	537 972	2 040	320 492	117 313	5	98 121	.	1
3.Vj. p)	543 326	2 056	326 447	116 573	5	98 245	.	1
4.Vj. p)	550 085	1 199	333 124	116 761	5	98 996	.	1
2016 1.Vj. p)	551 943	1 789	328 347	123 278	5	98 524	.	1
Gemeinden ⁹⁾												
2010	128 740	.	-	.	.	375	.	121 938	20	6 407	.	.
2011	133 730	.	-	.	.	381	.	128 380	40	4 929	.	.
2012	137 386	.	-	.	.	423	.	133 916	18	3 029	.	.
2013	137 697	.	-	.	.	646	.	133 713	11	3 328	.	.
2014 1.Vj.	140 198	.	-	.	.	1 046	.	135 811	11	3 330	.	.
2.Vj.	140 719	.	-	.	.	1 046	.	136 332	11	3 330	.	.
3.Vj.	141 274	.	-	.	.	1 046	.	136 888	11	3 330	.	.
4.Vj.	142 456	.	-	.	.	1 297	.	136 674	37	4 448	.	.
2015 1.Vj. p)	147 230	.	-	.	.	1 597	.	141 146	37	4 450	.	.
2.Vj. p)	146 776	.	-	.	.	1 847	.	140 442	37	4 450	.	.
3.Vj. p)	147 274	.	-	.	.	1 997	.	140 790	37	4 450	.	.
4.Vj. p)	147 318	.	-	.	.	1 997	.	140 834	37	4 450	.	.
2016 1.Vj. p)	148 229	.	-	.	.	2 034	.	141 708	37	4 450	.	.

Quelle: Eigene Berechnung unter Verwendung von Angaben des Statistischen Bundesamtes. * Ohne direkte Verschuldung der Haushalte untereinander. 1 Einschl. Finanzierungsschätze. 2 Ohne den Eigenbestand der Emittenten. 3 Die Länderschuldenanweisungen decken auch den langfristigen Laufzeitbereich ab. 4 Im Wesentlichen Schuldenscheindarlehen und Kassenkredite. Einschl. der bei ausländischen Stellen aufgenommenen Darlehen. Sonstige Darlehen von Nichtbanken einschl. Darlehen von öffentlichen Zusatzversorgungskassen und der Verbindlichkeiten aus der Investitionshilfeabgabe. 5 Ohne Gegenrechnung offener Forderungen. 6 Hauptsächlich auf fremde Wäh-

rung lautende Altschulden gemäß Londoner Schuldenabkommen, Wohnungsbau-Altverbindlichkeiten sowie NVA- und WGS-Wohnungsbauverbindlichkeiten; ohne im eigenen Bestand befindliche Stücke. 7 Die durch die gemeinsame Emission von Bundeswertpapieren aufgenommenen Schulden sind hier – im Gegensatz zur Kapitalmarktstatistik – entsprechend dem vereinbarten Aufteilungsverhältnis beim Bund und den Sondervermögen nachgewiesen. 8 Ab Januar 2011 einschl. Verschuldung des Sondervermögens „Restrukturierungsfonds für Kreditinstitute“. 9 Einschl. Verschuldung der kommunalen Zweckverbände, Angaben für andere Termine als Jahresende geschätzt.

XI. Konjunkturlage in Deutschland

1. Entstehung und Verwendung des Inlandsprodukts, Verteilung des Volkseinkommens

Position	2014			2015			2016						
	2013	2014	2015	2013	2014	2015	3.Vj.		4.Vj.		1.Vj.		
	Index 2010 = 100			Veränderung gegen Vorjahr in %									
Preisbereinigt, verkettet													
I. Entstehung des Inlandsprodukts													
Produzierendes Gewerbe (ohne Baugewerbe)	106,3	108,1	110,2	0,4	1,6	2,0	1,6	1,1	1,1	2,2	2,3	2,3	0,5
Baugewerbe	101,3	104,0	104,0	- 1,2	2,6	0,0	0,2	- 0,4	- 2,2	- 0,6	- 0,4	2,6	0,5
Handel, Verkehr, Gastgewerbe	103,9	105,2	106,7	- 2,4	1,3	1,4	0,7	1,5	1,7	1,3	1,4	1,3	1,2
Information und Kommunikation	122,6	125,5	129,6	6,0	2,4	3,3	2,5	2,4	2,2	3,5	3,4	3,9	2,3
Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	99,1	99,8	98,8	0,5	0,6	- 1,0	- 0,0	0,2	0,0	- 1,2	- 2,0	- 0,7	2,5
Grundstücks- und Wohnungswesen	102,6	103,6	105,0	1,4	1,0	1,3	1,0	0,9	0,9	1,2	1,4	1,7	0,9
Unternehmensdienstleister ¹⁾	104,0	106,6	109,2	0,6	2,4	2,5	2,6	2,2	1,8	2,7	2,2	3,4	1,8
Öffentliche Dienstleister, Erziehung und Gesundheit	102,6	103,7	105,2	0,6	1,0	1,5	0,7	1,2	1,4	1,7	1,7	1,3	0,7
Sonstige Dienstleister	98,4	98,5	98,9	- 0,9	0,1	0,4	- 0,0	0,0	- 0,1	0,3	0,1	1,2	0,3
Bruttowertschöpfung	104,4	106,0	107,6	0,3	1,5	1,5	1,3	1,2	1,1	1,6	1,6	1,9	1,0
Bruttoinlandsprodukt ²⁾	104,4	106,1	107,9	0,3	1,6	1,7	1,2	1,6	1,3	1,6	1,7	2,1	1,3
II. Verwendung des Inlandsprodukts													
Private Konsumausgaben ³⁾	103,0	103,9	106,1	0,6	0,9	2,0	0,5	1,6	2,3	1,7	2,2	1,9	1,8
Konsumausgaben des Staates	103,0	104,8	107,4	0,8	1,7	2,5	1,8	2,0	2,1	2,4	2,4	3,0	2,7
Ausrüstungen	101,6	106,3	111,4	- 2,3	4,5	4,8	3,8	2,3	3,9	3,4	5,4	6,3	2,4
Bauten	107,5	110,7	111,0	- 1,1	2,9	0,3	- 0,0	1,1	- 2,2	- 0,0	0,2	3,2	1,9
Sonstige Anlagen ⁴⁾	106,3	109,7	112,5	- 0,3	3,1	2,6	3,7	3,7	2,6	2,6	2,6	2,5	2,2
Vorratsveränderungen ^{5) 6)}	.	.	.	0,6	- 0,3	- 0,5	- 0,9	- 0,3	- 0,4	- 1,0	- 0,3	- 0,4	- 0,1
Inländische Verwendung	102,7	104,1	105,7	0,8	1,3	1,6	0,0	1,5	1,4	0,8	1,9	2,3	2,0
Außenbeitrag ⁶⁾	.	.	.	- 0,5	0,4	0,2	1,1	0,2	0,0	0,9	- 0,1	0,0	- 0,5
Exporte	113,0	117,6	123,9	1,6	4,0	5,4	4,7	4,4	4,8	6,5	5,2	5,0	1,5
Importe	109,9	114,0	120,7	3,1	3,7	5,8	2,4	4,6	5,8	5,4	6,2	5,9	3,1
Bruttoinlandsprodukt ²⁾	104,4	106,1	107,9	0,3	1,6	1,7	1,2	1,6	1,3	1,6	1,7	2,1	1,3
In jeweiligen Preisen (Mrd €)													
III. Verwendung des Inlandsprodukts													
Private Konsumausgaben ³⁾	1 562,7	1 592,2	1 634,8	1,9	1,9	2,7	1,5	2,3	2,6	2,6	2,9	2,6	2,4
Konsumausgaben des Staates	541,9	564,0	586,8	3,7	4,1	4,0	4,1	4,0	3,5	4,0	3,8	4,7	4,9
Ausrüstungen	181,3	189,8	200,1	- 2,0	4,7	5,4	4,0	2,6	4,3	4,0	6,1	6,9	3,0
Bauten	277,2	291,8	297,6	1,6	5,2	2,0	1,8	2,7	- 0,2	1,7	1,8	4,7	3,2
Sonstige Anlagen ⁴⁾	98,8	103,5	108,5	0,9	4,8	4,7	5,6	5,4	4,8	4,8	4,8	4,6	4,7
Vorratsveränderungen ⁵⁾	- 10,5	- 22,0	- 38,0
Inländische Verwendung	2 651,4	2 719,3	2 789,7	2,5	2,6	2,6	1,3	2,4	2,2	1,8	2,9	3,4	2,9
Außenbeitrag	169,4	196,4	236,2
Exporte	1 283,1	1 333,2	1 419,7	1,3	3,9	6,5	4,8	4,7	5,6	8,4	6,4	5,5	0,8
Importe	1 113,7	1 136,8	1 183,5	1,3	2,1	4,1	1,1	3,1	3,4	4,6	4,9	3,5	0,0
Bruttoinlandsprodukt ²⁾	2 820,8	2 915,7	3 025,9	2,4	3,4	3,8	2,9	3,2	3,3	3,7	3,7	4,4	3,1
IV. Preise (2010 = 100)													
Privater Konsum	104,9	105,9	106,6	1,2	1,0	0,6	1,0	0,7	0,4	0,9	0,6	0,7	0,6
Bruttoinlandsprodukt	104,7	106,6	108,7	2,1	1,7	2,1	1,7	1,6	2,0	2,1	1,9	2,2	1,8
Terms of Trade	98,3	99,7	102,4	1,4	1,5	2,7	1,3	1,7	3,1	2,6	2,4	2,8	2,5
V. Verteilung des Volkseinkommens													
Arbeitnehmerentgelt	1 430,8	1 485,3	1 541,3	2,8	3,8	3,8	3,8	3,7	3,4	3,9	3,9	3,8	4,0
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	665,8	690,9	719,9	0,9	3,8	4,2	4,2	1,5	4,0	2,9	4,1	5,8	1,8
Volkseinkommen	2 096,6	2 176,2	2 261,2	2,2	3,8	3,9	3,9	3,1	3,6	3,6	4,0	4,4	3,2
Nachr.: Bruttonationaleinkommen	2 882,0	2 982,4	3 091,3	2,2	3,5	3,7	3,4	3,1	3,3	3,3	3,7	4,2	3,2

Quelle: Statistisches Bundesamt; Rechenstand: Mai 2016. ¹ Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen, technischen und sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen. ² Bruttowertschöpfung zuzüglich Gütersteuern (saldiert mit Gütersubventionen).

³ Einschl. Private Organisationen ohne Erwerbszweck. ⁴ Geistiges Eigentum (u. a. EDV-Software, Urheberrechte) sowie Nutztiere und -pflanzen. ⁵ Einschl. Nettozugang an Wertsachen. ⁶ Wachstumsbeitrag zum BIP.

XI. Konjunkturlage in Deutschland

2. Produktion im Produzierenden Gewerbe ¹⁾

Arbeitstäglich bereinigt ^{o)}

	davon:											
	Produzierendes Gewerbe	Baugewerbe	Energie	Industrie				darunter: ausgewählte Wirtschaftszweige				
				zusammen	davon: nach Hauptgruppen			Metallerzeugung und -bearbeitung, Herstellung von Metallenerzeugnissen	Herstellung von Datenverarbeitungsgeräten, elektronischen und optischen Erzeugnissen sowie von elektrischen Ausrüstungen	Maschinenbau	Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen	
				Vorleistungsgüterproduzenten	Investitionsgüterproduzenten	Gebrauchsgüterproduzenten	Verbrauchsgüterproduzenten					
2010=100												
Gewicht in % ¹⁾	100.00	11.24	10.14	78.62	31.02	33.31	2.49	11.80	10.41	10.37	12.17	11.62
Zeit												
2012	106,3	105,9	97,4	107,5	104,6	113,3	100,5	99,8	107,3	107,8	115,2	112,7
2013	106,4	105,6	96,4	107,8	104,4	114,0	100,1	100,6	108,3	106,0	113,7	114,8
2014	107,9	108,4	92,7	109,8	106,3	116,6	100,5	102,2	111,3	108,7	115,1	119,5
2015	108,5	106,0	97,5	110,3	106,2	117,6	102,8	101,9	111,4	109,5	114,8	119,3
2015 2.Vj.	108,4	108,3	91,3	110,6	107,7	117,5	101,5	100,7	113,4	108,0	115,9	120,3
3.Vj.	109,0	113,8	93,1	110,4	107,4	116,6	100,2	103,2	112,2	111,0	113,5	117,5
4.Vj.	111,3	117,9	100,7	111,7	103,3	122,6	105,4	104,4	109,7	111,3	122,5	116,5
2016 1.Vj. ^{r)}	106,8	86,5	101,9	110,3	107,6	116,6	106,7	100,7	112,9	108,9	109,1	124,9
2.Vj. ^{x)p)}	108,7	107,2	89,0	111,4	108,0	118,8	105,3	101,2	114,4	109,1	112,7	124,7
2015 Juni	111,0	111,4	89,3	113,7	109,8	121,9	102,6	103,5	115,2	113,5	123,4	120,3
Juli ²⁾	111,7	116,0	94,2	113,4	109,9	121,0	97,2	104,8	114,8	111,7	116,1	126,8
Aug. ²⁾	102,1	110,2	90,7	102,4	102,5	103,8	90,8	100,8	105,8	105,0	105,6	96,8
Sept.	113,3	115,1	94,5	115,5	109,9	125,1	112,7	103,9	116,0	116,2	118,9	129,0
Okt.	113,9	119,0	99,0	115,2	110,2	123,2	109,5	106,7	117,6	112,6	116,1	130,4
Nov.	115,7	120,6	101,3	116,9	109,5	127,0	113,4	108,7	117,1	115,8	121,3	129,5
Dez.	104,2	114,2	101,7	103,1	90,2	117,7	93,4	97,7	94,3	105,5	130,0	89,7
2016 Jan. ^{r)}	100,3	71,6	106,5	103,6	103,6	105,7	100,1	99,6	107,6	102,2	96,1	114,6
Febr. ^{r)}	104,1	84,7	96,9	107,9	105,1	114,9	105,4	96,1	110,0	106,6	106,3	125,5
März ^{r)}	115,9	103,1	102,4	119,5	114,6	129,1	114,5	106,4	121,2	117,9	125,0	134,5
April ^{x)}	108,1	104,3	91,3	110,8	107,7	118,0	106,4	99,8	114,1	107,2	110,6	128,4
Mai ^{x)}	106,3	106,3	89,9	108,4	106,9	113,2	99,0	101,0	112,3	105,4	108,2	116,1
Juni ^{x)p)}	111,6	111,1	85,7	115,1	109,4	125,2	110,6	102,7	116,9	114,6	119,3	129,6
Veränderung gegenüber Vorjahr in %												
2012	- 0,4	- 1,0	+ 1,9	- 0,6	- 2,2	+ 1,3	- 3,6	- 1,5	- 1,7	- 2,2	+ 1,8	+ 0,1
2013	+ 0,1	- 0,3	- 1,0	+ 0,3	- 0,2	+ 0,6	- 0,4	+ 0,8	+ 0,9	- 1,7	- 1,3	+ 1,9
2014	+ 1,4	+ 2,7	- 3,8	+ 1,9	+ 1,8	+ 2,3	+ 0,4	+ 1,6	+ 2,8	+ 2,5	+ 1,2	+ 4,1
2015	+ 0,6	- 2,2	+ 5,2	+ 0,5	- 0,1	+ 0,9	+ 2,3	- 0,3	+ 0,1	+ 0,7	- 0,3	- 0,2
2015 2.Vj.	+ 1,2	- 2,0	+ 6,4	+ 1,1	+ 0,2	+ 1,8	+ 3,4	+ 0,6	+ 0,9	+ 1,2	+ 3,4	- 1,3
3.Vj.	+ 1,0	- 2,3	+ 7,5	+ 0,9	+ 0,2	+ 1,6	+ 3,3	+ 0,4	+ 1,0	+ 0,3	- 1,3	+ 2,6
4.Vj.	- 0,3	- 0,8	+ 1,1	- 0,4	- 0,3	- 0,2	+ 0,7	- 1,6	- 1,0	+ 0,1	- 2,2	- 2,0
2016 1.Vj. ^{r)}	+ 1,5	+ 2,8	- 2,6	+ 1,9	+ 1,3	+ 2,5	+ 2,5	+ 1,4	+ 2,3	+ 1,2	+ 1,7	+ 1,8
2.Vj. ^{x)p)}	+ 0,3	- 1,0	- 2,6	+ 0,8	+ 0,3	+ 1,1	+ 3,8	+ 0,5	+ 0,9	+ 1,0	- 2,8	+ 3,7
2015 Juni	+ 1,3	- 3,3	+ 7,3	+ 1,3	+ 0,8	+ 1,4	+ 1,1	+ 2,7	+ 0,3	+ 1,8	+ 3,4	- 2,1
Juli ²⁾	+ 0,6	- 2,8	+ 11,0	+ 0,3	- 0,5	+ 0,5	+ 0,1	+ 2,0	+ 0,1	+ 0,3	+ 1,3	- 2,3
Aug. ²⁾	+ 2,4	- 1,3	+ 6,7	+ 2,5	+ 0,6	+ 4,8	+ 8,9	+ 0,3	+ 1,9	- 0,3	- 0,7	+ 15,7
Sept.	+ 0,2	- 2,6	+ 5,1	+ 0,2	+ 0,5	+ 0,2	+ 2,0	- 1,2	+ 1,0	+ 0,8	- 4,3	- 1,0
Okt.	+ 0,2	- 0,8	+ 0,6	+ 0,3	- 0,7	+ 2,1	+ 1,2	- 2,8	+ 0,6	- 1,7	- 0,2	+ 3,5
Nov.	± 0,0	± 0,0	+ 2,9	- 0,3	± 0,0	- 0,9	+ 1,3	+ 0,2	- 1,6	- 0,3	- 1,7	- 3,6
Dez.	- 1,0	- 1,5	- 0,2	- 1,2	- 0,1	- 1,7	- 0,5	- 2,3	- 2,1	+ 2,7	- 4,5	- 7,0
2016 Jan. ^{r)}	+ 2,6	+ 1,0	+ 0,1	+ 3,1	+ 1,4	+ 4,8	+ 5,1	+ 2,4	+ 3,0	+ 1,7	+ 1,6	+ 6,1
Febr. ^{r)}	+ 1,8	+ 7,9	- 4,2	+ 2,0	+ 2,0	+ 2,0	+ 1,6	+ 1,7	+ 2,0	+ 1,3	+ 2,2	+ 0,2
März ^{r)}	+ 0,3	+ 0,2	- 3,9	+ 0,8	+ 0,7	+ 1,0	+ 1,1	+ 0,4	+ 2,0	+ 0,8	+ 1,5	- 0,3
April ^{x)}	+ 0,7	- 1,3	- 4,2	+ 1,5	+ 0,8	+ 2,0	+ 4,2	+ 1,1	+ 1,0	+ 2,7	- 1,4	+ 6,3
Mai ^{x)}	- 0,4	- 1,3	+ 0,6	- 0,4	+ 0,5	- 1,6	- 0,7	+ 1,2	+ 0,4	- 0,7	- 3,5	- 3,1
Juni ^{x)p)}	+ 0,5	- 0,3	- 4,0	+ 1,2	- 0,4	+ 2,7	+ 7,8	- 0,8	+ 1,5	+ 1,0	- 3,3	+ 7,7

Quelle der Ursprungswerte: Statistisches Bundesamt. * Erläuterungen siehe Statistisches Beiheft Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen, Tabellen II.10 bis II.12. ^{o)} Mithilfe des Verfahrens Census X-12-ARIMA, Version 0.2.8. ¹⁾ Anteil an der Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten des Produzierenden Gewerbes im Basisjahr

2010. ²⁾ Beeinflusst durch Verschiebung der Ferientermine. ^{x)} Vorläufig; vom Statistischen Bundesamt schätzungsweise vorab angepasst an die Ergebnisse der Vierteljährlichen Produktionserhebung bzw. der Vierteljährlichen Erhebung im Ausbaugewerbe.

XI. Konjunkturlage in Deutschland

3. Auftragseingang in der Industrie *)

Arbeitstäglich bereinigt ◻

Zeit	Industrie		davon:						davon:			
			Vorleistungsgüter- produzenten		Investitionsgüter- produzenten		Konsumgüter- produzenten		Gebrauchsgüter- produzenten		Verbrauchsgüter- produzenten	
	2010=100	Veränderung gegen Vorjahr %	2010=100	Veränderung gegen Vorjahr %	2010=100	Veränderung gegen Vorjahr %	2010=100	Veränderung gegen Vorjahr %	2010=100	Veränderung gegen Vorjahr %	2010=100	Veränderung gegen Vorjahr %
insgesamt												
2011	109,9	+ 10,5	109,1	+ 9,6	111,2	+ 11,8	103,8	+ 4,2	105,3	+ 5,8	103,3	+ 3,7
2012	106,9	- 2,7	104,2	- 4,5	109,2	- 1,8	103,8	± 0,0	99,4	- 5,6	105,3	+ 1,9
2013	109,4	+ 2,3	103,3	- 0,9	114,3	+ 4,7	105,9	+ 2,0	101,8	+ 2,4	107,4	+ 2,0
2014	112,4	+ 2,7	103,9	+ 0,6	118,6	+ 3,8	110,8	+ 4,6	102,4	+ 0,6	113,7	+ 5,9
2015	114,8	+ 2,1	103,0	- 0,9	123,2	+ 3,9	114,3	+ 3,2	106,7	+ 4,2	116,9	+ 2,8
2015 Juni	123,4	+ 9,1	106,7	+ 0,9	136,5	+ 14,8	114,3	+ 5,4	108,0	+ 3,1	116,5	+ 6,2
Juli	116,6	± 0,0	105,0	- 1,3	124,4	+ 0,3	118,7	+ 3,5	107,8	+ 10,0	122,6	+ 1,7
Aug.	102,7	+ 2,4	93,4	- 1,2	108,4	+ 5,3	109,7	- 0,6	99,5	+ 5,9	113,3	- 2,5
Sept.	112,0	+ 0,1	100,0	- 1,8	120,1	+ 1,0	114,2	+ 1,6	116,4	+ 6,7	113,5	- 0,1
Okt.	113,8	- 1,0	102,9	- 3,9	120,6	± 0,0	120,2	+ 4,9	114,8	+ 5,8	122,1	+ 4,5
Nov.	116,6	+ 1,7	105,3	+ 1,1	124,9	+ 2,1	115,4	+ 1,9	109,6	+ 4,6	117,4	+ 1,0
Dez.	110,6	- 1,9	90,3	- 2,5	125,5	- 2,6	106,3	+ 8,8	98,7	+ 6,2	109,0	+ 9,7
2016 Jan.	114,1	+ 0,2	102,8	- 5,2	120,3	+ 2,0	126,6	+ 11,6	116,1	+ 10,6	130,3	+ 12,0
Febr.	112,4	+ 0,1	100,6	- 1,8	120,0	+ 1,4	119,2	- 0,7	104,1	+ 2,8	124,4	- 1,8
März	127,3	+ 1,4	108,8	- 3,9	141,1	+ 4,3	123,1	+ 4,9	118,0	+ 3,6	124,9	+ 5,2
April	113,8	- 1,9	105,0	+ 1,1	120,4	- 4,0	111,6	+ 0,8	117,1	+ 12,8	109,6	- 3,1
Mai	112,2	- 1,3	101,1	- 3,3	120,1	- 0,3	111,9	+ 0,9	100,3	- 1,5	115,9	+ 1,6
Juni p)	118,5	- 4,0	102,4	- 4,0	130,5	- 4,4	113,7	- 0,5	110,2	+ 2,0	114,9	- 1,4
aus dem Inland												
2011	109,7	+ 10,3	109,7	+ 10,3	110,8	+ 11,4	103,5	+ 3,9	110,2	+ 10,9	101,1	+ 1,5
2012	103,9	- 5,3	103,3	- 5,8	105,4	- 4,9	99,2	- 4,2	101,9	- 7,5	98,2	- 2,9
2013	104,4	+ 0,5	101,9	- 1,4	107,6	+ 2,1	100,4	+ 1,2	102,8	+ 0,9	99,5	+ 1,3
2014	105,6	+ 1,1	100,8	- 1,1	110,9	+ 3,1	102,4	+ 2,0	102,8	± 0,0	102,2	+ 2,7
2015	107,4	+ 1,7	99,0	- 1,8	116,3	+ 4,9	105,2	+ 2,7	102,1	- 0,7	106,3	+ 4,0
2015 Juni	107,2	+ 1,9	100,7	- 1,2	114,5	+ 4,8	102,0	+ 2,1	100,0	- 6,2	102,7	+ 5,2
Juli	112,4	+ 3,6	101,5	- 2,5	123,5	+ 9,3	110,7	+ 2,2	104,6	+ 3,0	112,9	+ 2,0
Aug.	98,9	+ 1,0	93,1	- 1,0	103,5	+ 2,5	106,6	+ 3,6	99,7	+ 4,2	109,1	+ 3,5
Sept.	105,4	+ 3,1	96,2	- 0,6	114,3	+ 6,8	107,8	+ 2,4	115,0	+ 2,4	105,3	+ 2,4
Okt.	107,8	- 1,1	98,8	- 3,1	116,8	+ 0,4	108,3	+ 1,5	113,0	+ 2,1	106,7	+ 1,3
Nov.	110,4	+ 4,2	102,0	+ 1,8	119,1	+ 6,2	108,3	+ 5,6	108,4	+ 2,0	108,2	+ 6,8
Dez.	97,9	+ 0,7	84,1	- 4,2	112,8	+ 4,4	90,8	+ 2,7	83,6	- 1,4	93,4	+ 4,1
2016 Jan.	105,6	- 2,3	98,3	- 5,7	112,7	+ 0,4	107,1	+ 0,8	105,1	+ 3,3	107,8	- 0,1
Febr.	105,6	+ 0,6	95,0	- 2,4	115,5	+ 3,3	110,1	- 0,7	99,4	+ 0,5	113,9	- 1,1
März	117,2	- 4,2	102,9	- 5,1	132,3	- 4,2	113,1	+ 2,0	114,7	+ 5,7	112,6	+ 0,7
April	108,7	+ 0,6	102,2	+ 1,7	116,3	- 0,9	101,8	+ 2,7	105,1	+ 5,3	100,6	+ 1,8
Mai	105,1	- 0,7	95,6	- 5,4	114,5	+ 2,9	105,5	+ 4,7	94,6	+ 2,6	109,4	+ 5,4
Juni p)	108,4	+ 1,1	96,6	- 4,1	121,5	+ 6,1	100,2	- 1,8	100,2	+ 0,2	100,2	- 2,4
aus dem Ausland												
2011	109,9	+ 10,3	108,4	+ 8,8	111,4	+ 11,8	104,1	+ 4,5	101,0	+ 1,4	105,2	+ 5,6
2012	109,3	- 0,5	105,2	- 3,0	111,6	+ 0,2	107,7	+ 3,5	97,3	- 3,7	111,3	+ 5,8
2013	113,5	+ 3,8	104,8	- 0,4	118,5	+ 6,2	110,7	+ 2,8	100,8	+ 3,6	114,1	+ 2,5
2014	117,9	+ 3,9	107,4	+ 2,5	123,4	+ 4,1	118,0	+ 6,6	102,1	+ 1,3	123,5	+ 8,2
2015	120,7	+ 2,4	107,8	+ 0,4	127,4	+ 3,2	122,1	+ 3,5	110,7	+ 8,4	126,0	+ 2,0
2015 Juni	136,6	+ 14,3	113,8	+ 3,3	150,1	+ 20,2	124,9	+ 8,0	115,0	+ 11,3	128,3	+ 7,0
Juli	120,0	- 2,6	109,2	± 0,0	125,0	- 4,4	125,6	+ 4,5	110,5	+ 16,6	130,8	+ 1,4
Aug.	105,8	+ 3,5	93,8	- 1,4	111,4	+ 7,0	112,4	- 3,8	99,3	+ 7,2	116,9	- 6,7
Sept.	117,3	- 2,0	104,5	- 3,0	123,6	- 2,1	119,7	+ 1,0	117,6	+ 10,6	120,4	- 1,9
Okt.	118,6	- 1,0	107,7	- 4,7	122,9	- 0,2	130,4	+ 7,4	116,3	+ 9,2	135,2	+ 6,9
Nov.	121,7	- 0,2	109,2	+ 0,2	128,4	- 0,2	121,5	- 0,7	110,7	+ 7,0	125,2	- 2,9
Dez.	121,0	- 3,4	97,7	- 0,6	133,3	- 6,0	119,6	+ 13,2	111,8	+ 11,8	122,3	+ 13,7
2016 Jan.	121,0	+ 1,9	108,2	- 4,6	125,0	+ 3,0	143,3	+ 19,9	125,6	+ 16,5	149,4	+ 21,0
Febr.	118,0	- 0,3	107,1	- 1,1	122,7	+ 0,2	126,9	- 0,8	108,2	+ 4,7	133,3	- 2,3
März	135,5	+ 5,8	115,8	- 2,6	146,5	+ 9,7	131,6	+ 7,0	120,9	+ 1,9	135,3	+ 8,7
April	118,0	- 3,7	108,3	+ 0,4	122,9	- 5,8	119,9	- 0,6	127,6	+ 18,9	117,3	- 6,3
Mai	118,0	- 1,8	107,5	- 1,0	123,6	- 2,1	117,3	- 1,9	105,2	- 4,5	121,5	- 1,1
Juni p)	126,7	- 7,2	109,2	- 4,0	136,1	- 9,3	125,2	+ 0,2	119,0	+ 3,5	127,3	- 0,8

Quelle der Ursprungswerte: Statistisches Bundesamt. * In jeweiligen Preisen; Erläuterungen siehe Statistisches Beiheft Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen, Tabellen II.14

bis II.16. ◻ Mithilfe des Verfahrens Census X-12-ARIMA, Version 0.2.8.

XI. Konjunkturlage in Deutschland

4. Auftragseingang im Bauhauptgewerbe *)

Arbeitsstaglich bereinigt )

Zeit	Gliederung nach Bauarten										Gliederung nach Bauherren 1)					
	Insgesamt	Hochbau								Tiefbau	gewerbliche Auftraggeber		öffentliche Auftraggeber 2)			
		zusammen	Wohnungsbau		gewerblicher Hochbau		öffentlicher Hochbau		2010 = 100		Veränderung gegen Vorjahr %	2010 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %			
2010 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	2010 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	2010 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	2010 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	2010 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	2010 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	2010 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	2010 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	
2011	107,1	+ 7,5	112,1	+ 12,4	120,5	+ 21,0	113,6	+ 13,8	91,5	- 8,1	102,0	+ 2,5	112,7	+ 13,2	95,9	- 3,7
2012	114,7	+ 7,1	121,4	+ 8,3	132,4	+ 9,9	124,2	+ 9,3	91,8	+ 0,3	107,9	+ 5,8	118,8	+ 5,4	103,4	+ 7,8
2013	119,2	+ 3,9	126,5	+ 4,2	140,6	+ 6,2	128,1	+ 3,1	93,9	+ 2,3	111,9	+ 3,7	121,9	+ 2,6	107,7	+ 4,2
2014	118,5	- 0,6	127,2	+ 0,6	146,6	+ 4,3	126,8	- 1,0	90,6	- 3,5	109,9	- 1,8	121,8	- 0,1	104,0	- 3,4
2015	124,2	+ 4,8	133,6	+ 5,0	165,4	+ 12,8	124,3	- 2,0	98,5	+ 8,7	114,8	+ 4,5	122,6	+ 0,7	109,3	+ 5,1
2015 Mai	132,8	+ 4,0	138,2	+ 5,6	167,9	+ 6,9	131,0	+ 6,6	101,3	- 1,6	127,4	+ 2,2	130,6	+ 8,6	120,9	- 2,1
2015 Juni	137,8	+ 4,4	145,5	+ 4,0	175,0	+ 7,4	139,1	+ 4,6	106,7	- 7,3	130,0	+ 4,7	134,1	+ 2,0	126,6	+ 5,4
2015 Juli	132,0	- 3,4	139,4	- 0,4	184,5	+ 28,1	120,3	- 18,4	107,2	- 1,9	124,6	- 6,5	120,7	- 13,6	122,4	- 6,1
2015 Aug.	123,9	+ 2,0	130,1	+ 6,2	157,6	+ 24,1	123,1	- 5,7	96,8	+ 7,9	117,6	- 2,3	119,3	- 4,3	115,0	- 0,8
2015 Sept.	134,3	+ 10,3	151,3	+ 16,3	202,3	+ 35,8	133,8	+ 3,7	103,1	+ 7,3	117,3	+ 3,3	128,3	+ 4,0	113,1	+ 3,4
2015 Okt.	117,7	+ 3,5	128,0	- 1,0	158,4	+ 4,2	116,4	- 10,0	102,8	+ 21,7	107,5	+ 9,7	120,5	+ 1,1	98,6	+ 6,4
2015 Nov.	118,8	+ 19,6	137,1	+ 21,3	152,4	+ 17,1	144,6	+ 24,0	84,9	+ 24,3	100,5	+ 17,3	140,4	+ 28,9	83,2	+ 7,8
2015 Dez.	123,3	+ 21,0	135,0	+ 10,6	166,7	+ 8,0	125,4	+ 8,9	101,2	+ 27,6	111,6	+ 36,4	114,8	+ 4,6	114,6	+ 57,2
2016 Jan.	108,5	+ 13,9	117,7	+ 15,5	147,4	+ 20,5	106,6	+ 6,1	92,0	+ 40,0	99,3	+ 11,8	111,5	+ 7,0	89,7	+ 19,0
2016 Febr.	120,6	+ 15,0	126,0	+ 11,0	157,8	+ 15,4	115,4	+ 9,2	94,7	+ 4,2	115,3	+ 19,7	109,5	+ 5,7	117,1	+ 25,4
2016 März	164,7	+ 15,5	168,4	+ 12,3	227,3	+ 19,9	146,7	+ 9,9	117,0	- 2,9	160,9	+ 18,9	150,0	+ 9,6	154,5	+ 19,1
2016 April	151,0	+ 18,9	155,3	+ 16,7	195,8	+ 14,2	142,3	+ 20,0	114,0	+ 13,0	146,7	+ 21,3	140,3	+ 18,8	143,8	+ 21,7
2016 Mai	157,4	+ 18,5	176,1	+ 27,4	209,6	+ 24,8	173,7	+ 32,6	117,6	+ 16,1	138,7	+ 8,9	156,0	+ 19,4	137,9	+ 14,1

Quelle der Ursprungswerte: Statistisches Bundesamt. * In jeweiligen Preisen; Angaben ohne Mehrwertsteuer; Erläuterungen siehe Statistisches Beihft Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen, Tabelle II.21.  Mithilfe des Verfahrens

Census X-12-ARIMA, Version 0.2.8. 1 Ohne Wohnungsbauauftrage. 2 Einschl. Straßenbau.

5. Umsätze des Einzelhandels und des Handels mit Kraftfahrzeugen *)

Kalenderbereinigt )

Zeit	Einzelhandel														Handel mit Kraftfahrzeugen; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	
	darunter nach dem Sortimentsschwerpunkt der Unternehmen: 1)															
	insgesamt		Lebensmittel, Getränke, Tabakwaren 2)		Textilien, Bekleidung, Schuhe, Lederwaren		Geräte der Informations- und Kommunikationstechnik		Baubedarf, Fußbodenbeläge, Haushaltsgeräte, Möbel		Apotheken, Facheinzelhandel mit medizinischen und kosmetischen Artikeln					
in jeweiligen Preisen	Veränderung gegen Vorjahr %	in Preisen von 2010	Veränderung gegen Vorjahr %	in jeweiligen Preisen	Veränderung gegen Vorjahr %	in jeweiligen Preisen	Veränderung gegen Vorjahr %	in jeweiligen Preisen	Veränderung gegen Vorjahr %	in jeweiligen Preisen	Veränderung gegen Vorjahr %	in jeweiligen Preisen	Veränderung gegen Vorjahr %	in jeweiligen Preisen	Veränderung gegen Vorjahr %	
2010 = 100	%	2010 = 100	%	2010 = 100	%	2010 = 100	%	2010 = 100	%	2010 = 100	%	2010 = 100	%	2010 = 100	%	
2011	102,7	+ 2,6	101,1	+ 1,0	102,5	+ 2,3	101,6	+ 1,8	99,4	- 0,5	103,7	+ 3,7	100,3	+ 0,3	107,0	+ 7,8
2012	104,5	+ 1,8	100,8	- 0,3	105,2	+ 2,6	102,3	+ 0,7	99,0	- 0,4	104,6	+ 0,9	100,7	+ 0,4	105,8	- 1,1
2013	106,3	+ 1,7	101,3	+ 0,5	109,0	+ 3,6	103,1	+ 0,8	95,4	- 3,6	102,3	- 2,2	103,4	+ 2,7	104,5	- 1,2
2014	108,2	+ 1,8	102,7	+ 1,4	111,6	+ 2,4	104,9	+ 1,7	94,6	- 0,8	101,9	- 0,4	110,7	+ 7,1	107,1	+ 2,5
2015 3)	111,2	+ 2,8	105,6	+ 2,8	114,8	+ 2,9	105,4	+ 0,5	95,9	+ 1,4	104,8	+ 2,8	117,0	+ 5,7	115,4	+ 7,7
2015 Juni 3)	108,5	+ 1,5	102,7	+ 1,4	114,2	+ 0,5	105,5	+ 3,1	82,1	- 0,2	102,3	+ 3,1	113,9	+ 4,5	121,2	+ 9,3
2015 Juli	111,6	+ 4,0	106,3	+ 4,1	115,6	+ 3,2	108,1	+ 4,6	90,9	+ 1,0	103,4	+ 4,0	120,0	+ 5,4	118,6	+ 9,2
2015 Aug.	107,9	+ 2,3	102,7	+ 2,3	115,2	+ 6,3	96,3	- 9,9	86,3	+ 3,1	99,2	- 0,1	112,1	+ 4,7	105,6	+ 6,1
2015 Sept.	108,4	+ 3,3	102,7	+ 3,5	110,1	+ 3,8	111,6	+ 3,8	93,3	+ 1,9	102,1	+ 3,3	114,1	+ 5,3	114,5	+ 6,9
2015 Okt.	114,4	+ 2,6	108,0	+ 2,2	115,6	+ 1,9	120,6	+ 6,1	98,1	- 0,4	110,7	+ 1,9	119,7	+ 4,7	124,7	+ 7,5
2015 Nov.	115,8	+ 2,8	109,8	+ 2,2	116,5	+ 3,2	104,5	- 2,8	110,9	+ 1,2	114,7	+ 3,7	123,1	+ 6,3	124,4	+ 10,4
2015 Dez.	131,4	+ 3,4	125,7	+ 3,2	133,9	+ 3,6	124,2	+ 0,6	148,5	+ 1,3	113,5	+ 5,7	131,2	+ 4,5	106,4	+ 4,5
2016 Jan.	103,8	+ 2,4	99,8	+ 2,0	108,3	+ 3,5	92,2	+ 3,7	99,1	- 2,4	93,2	+ 3,0	116,5	+ 3,9	105,6	+ 10,1
2016 Febr.	99,9	+ 1,9	95,5	+ 1,8	105,6	+ 3,5	80,2	- 1,7	85,8	- 0,1	94,4	+ 4,0	113,6	+ 4,3	110,6	+ 9,1
2016 März	113,3	+ 0,5	107,2	+ 0,5	117,0	+ 1,2	97,4	- 8,1	91,3	+ 1,2	112,1	- 0,2	123,4	+ 3,7	134,4	+ 4,7
2016 April	112,7	+ 0,4	106,0	+ 0,4	117,0	+ 0,1	112,7	+ 3,2	81,9	+ 0,1	111,5	+ 2,1	118,6	+ 1,9	130,5	+ 6,0
2016 Mai	112,9	+ 1,1	106,2	+ 1,0	117,9	+ 0,4	109,2	+ 1,2	79,6	- 2,0	110,1	+ 1,7	118,6	+ 4,8	125,3	+ 4,1
2016 Juni 4)	110,2	+ 1,6	104,2	+ 1,5	116,5	+ 2,0	104,4	- 1,0	82,8	+ 0,9	104,8	+ 2,4	115,7	+ 1,6

Quelle der Ursprungswerte: Statistisches Bundesamt. * Ohne Mehrwertsteuer; Erläuterungen siehe Statistisches Beihft Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen, Tabelle II.24.  Mithilfe des Verfahrens Census X-12-ARIMA, Version 0.2.8. 1 In Verkaufsräumen. 2 Auch an Verkaufsständen und auf Märkten. 3 Ergebnisse ab Januar 2015

vorläufig und in den jüngsten Monaten aufgrund von Schätzungen für fehlende Meldungen besonders unsicher. 4 Ursprungswerte vom Statistischen Bundesamt teilweise geschätzt.

XI. Konjunkturlage in Deutschland

6. Arbeitsmarkt *)

Zeit	Erwerbstätige 1)		Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte 2) 3)						Kurzarbeiter 4)			Arbeitslose 5)		Arbeitslosenquote 5) 6) in %	Offene Stellen 5) 7) in Tsd
	Tsd	Veränderung gegen Vorjahr in %	insgesamt		darunter:				insgesamt	konjunkturell bedingt	insgesamt	darunter:			
			Tsd	Veränderung gegen Vorjahr in %	Produzierendes Gewerbe 7)	Dienstleistungsbereich ohne Arbeitnehmerüberlassung 7)	Arbeitnehmerüberlassung 7)	Ausschl. geringfügig entlohnte Beschäftigte 2)				Empfänger von Arbeitslosengeld nach dem SGB III			
													Tsd		
2011	41 577	+ 1,4	28 687	+ 2,4	8 580	19 094	794	5 014	148	100	2 976	893	7,1	466	
2012	42 062	+ 1,2	29 341	+ 2,3	8 739	19 604	773	4 981	112	67	2 897	902	6,8	478	
2013	42 327	+ 0,6	29 713	+ 1,3	8 783	19 958	743	5 017	124	77	2 950	970	6,9	457	
2014	42 662	+ 0,8	30 197	+ 1,6	8 860	20 332	770	5 029	94	49	2 898	933	6,7	490	
2015	43 057	+ 0,9	30 822	+ 2,1	8 937	20 839	806	4 856	88	44	2 795	859	6,4	569	
2013 2.Vj.	42 262	+ 0,6	29 573	+ 1,2	8 747	19 867	725	5 016	99	87	2 941	945	6,8	459	
3.Vj.	42 512	+ 0,6	29 776	+ 1,2	8 810	19 955	772	5 050	70	57	2 903	934	6,7	471	
4.Vj.	42 644	+ 0,5	30 118	+ 1,2	8 878	20 234	774	5 028	92	61	2 827	891	6,6	455	
2014 1.Vj.	42 214	+ 0,8	29 809	+ 1,4	8 760	20 103	730	4 991	178	58	3 109	1 078	7,2	452	
2.Vj.	42 626	+ 0,9	30 080	+ 1,7	8 829	20 255	753	5 043	72	56	2 886	900	6,6	487	
3.Vj.	42 849	+ 0,8	30 284	+ 1,7	8 896	20 344	799	5 065	50	37	2 860	909	6,6	512	
4.Vj.	42 958	+ 0,7	30 614	+ 1,6	8 956	20 625	796	5 018	77	46	2 738	846	6,3	510	
2015 1.Vj.	42 512	+ 0,7	30 360	+ 1,8	8 833	20 551	756	4 863	169	51	2 993	1 011	6,9	515	
2.Vj.	42 985	+ 0,8	30 671	+ 2,0	8 895	20 740	792	4 863	61	47	2 772	822	6,3	560	
3.Vj.	43 272	+ 1,0	30 927	+ 2,1	8 974	20 864	840	4 868	47	33	2 759	827	6,3	595	
4.Vj.	43 457	+ 1,2	31 329	+ 2,3	9 049	21 201	837	4 828	77	46	2 655	775	6,0	604	
2016 1.Vj.	43 053	+ 1,3	31 069	+ 2,3	8 928	21 124	793	4 784	...	50	2 892	932	6,6	610	
2.Vj.	43 514	+ 1,2	2 674	782	6,1	653	
2013 März	41 937	+ 0,7	29 423	+ 1,2	8 703	19 801	698	4 969	222	98	3 098	1 072	7,3	463	
April	42 095	+ 0,6	29 562	+ 1,2	8 746	19 866	718	4 994	113	100	3 020	1 001	7,1	460	
Mai	42 301	+ 0,7	29 637	+ 1,2	8 763	19 902	734	5 036	86	74	2 937	935	6,8	457	
Juni	42 390	+ 0,6	29 616	+ 1,1	8 764	19 866	747	5 066	99	86	2 865	897	6,6	459	
Juli	42 425	+ 0,7	29 596	+ 1,2	8 769	19 817	773	5 086	81	68	2 914	943	6,8	469	
Aug.	42 475	+ 0,5	29 843	+ 1,2	8 826	20 002	776	5 031	60	47	2 946	956	6,8	471	
Sept.	42 635	+ 0,6	30 165	+ 1,4	8 906	20 228	786	5 003	70	56	2 849	904	6,6	473	
Okt.	42 731	+ 0,6	30 181	+ 1,2	8 900	20 255	785	5 011	83	70	2 801	870	6,5	466	
Nov.	42 710	+ 0,5	30 149	+ 1,1	8 889	20 252	779	5 048	80	67	2 806	881	6,5	458	
Dez.	42 490	+ 0,5	29 884	+ 1,2	8 783	20 161	731	5 048	114	45	2 874	923	6,7	440	
2014 Jan.	42 164	+ 0,7	29 736	+ 1,4	8 739	20 060	726	4 977	189	63	3 136	1 104	7,3	425	
Febr.	42 183	+ 0,8	29 784	+ 1,5	8 750	20 088	729	4 976	193	57	3 138	1 105	7,3	456	
März	42 296	+ 0,9	29 932	+ 1,7	8 797	20 162	742	4 990	152	55	3 055	1 026	7,1	476	
April	42 486	+ 0,9	30 060	+ 1,7	8 826	20 244	749	5 030	77	60	2 943	938	6,8	485	
Mai	42 643	+ 0,8	30 125	+ 1,6	8 836	20 292	751	5 060	72	56	2 882	893	6,6	481	
Juni	42 748	+ 0,8	30 175	+ 1,9	8 854	20 295	779	5 087	66	52	2 833	869	6,5	495	
Juli	42 780	+ 0,8	30 121	+ 1,8	8 860	20 219	800	5 100	54	40	2 871	909	6,6	502	
Aug.	42 804	+ 0,8	30 312	+ 1,6	8 904	20 362	802	5 046	44	32	2 902	934	6,7	515	
Sept.	42 964	+ 0,8	30 663	+ 1,7	8 992	20 608	813	5 013	51	39	2 808	885	6,5	518	
Okt.	43 053	+ 0,8	30 676	+ 1,6	8 980	20 645	808	5 021	61	49	2 733	836	6,3	517	
Nov.	43 010	+ 0,7	30 636	+ 1,6	8 960	20 645	798	5 020	63	52	2 717	834	6,3	515	
Dez.	42 810	+ 0,8	30 398	+ 1,7	8 864	20 565	753	5 012	107	39	2 764	867	6,4	498	
2015 Jan.	42 443	+ 0,7	30 276	+ 1,8	8 815	20 498	747	4 846	169	50	3 032	1 043	7,0	485	
Febr.	42 464	+ 0,7	30 342	+ 1,9	8 819	20 546	756	4 821	183	52	3 017	1 034	6,9	519	
März	42 630	+ 0,8	30 528	+ 2,0	8 865	20 651	777	4 829	154	50	2 932	955	6,8	542	
April	42 820	+ 0,8	30 645	+ 1,9	8 895	20 723	784	4 850	67	54	2 843	868	6,5	552	
Mai	43 002	+ 0,8	30 718	+ 2,0	8 901	20 776	794	4 875	57	44	2 762	815	6,3	557	
Juni	43 134	+ 0,9	30 771	+ 2,0	8 915	20 788	819	4 902	59	45	2 711	782	6,2	572	
Juli	43 177	+ 0,9	30 744	+ 2,1	8 934	20 724	840	4 908	49	35	2 773	830	6,3	589	
Aug.	43 232	+ 1,0	30 986	+ 2,2	8 993	20 899	846	4 841	40	26	2 796	851	6,4	597	
Sept.	43 408	+ 1,0	31 330	+ 2,2	9 076	21 150	850	4 810	51	39	2 708	799	6,2	600	
Okt.	43 492	+ 1,0	31 365	+ 2,2	9 067	21 203	846	4 813	61	47	2 649	764	6,0	612	
Nov.	43 526	+ 1,2	31 384	+ 2,4	9 059	21 243	842	4 845	66	52	2 633	764	6,0	610	
Dez.	43 353	+ 1,3	31 145	+ 2,5	8 963	21 163	798	4 843	105	39	2 681	798	6,1	591	
2016 Jan.	42 979	+ 1,3	30 967	+ 2,3	8 904	21 060	784	4 775	169	48	2 920	961	6,7	581	
Febr.	43 011	+ 1,3	31 057	+ 2,4	8 922	21 118	794	4 763	...	50	2 911	947	6,6	614	
März	43 170	+ 1,3	31 224	+ 2,3	8 956	21 226	808	4 783	...	52	2 845	888	6,5	635	
April	43 344	+ 1,2	31 327	+ 2,2	8 985	21 287	813	4 809	...	56	2 744	817	6,3	640	
Mai	43 530	+ 1,2	31 416	+ 2,3	9 001	21 338	829	4 844	...	46	2 664	774	6,0	655	
Juni	43 667	+ 1,2	2 614	754	5,9	665	
Juli	2 661	805	6,0	674	

Quellen: Statistisches Bundesamt; Bundesagentur für Arbeit. * Jahres- und Quartalswerte: Durchschnitt; eigene Berechnung, die Abweichungen zu den amtlichen Werten sind rundungsbedingt. 1 Inlandskonzept; Durchschnitt. 2 Monatswerte: Endstände. 3 Ab Januar 2012 ohne Personen, die den Bundesfreiwilligendienst oder ein freiwilliges soziales oder ökologisches Jahr ableisten. 4 Anzahl innerhalb eines Monats. 5 Stand zur Monatsmitte. 6 Gemessen an allen zivilen Erwerbspersonen. 7 Gemeldete Arbeitsstellen ohne geförderte Stellen und ohne Saisonstellen, einschl. Stellen mit Arbeitsort im Ausland. 8 Ursprungswerte von der Bundesagentur für Arbeit geschätzt. Die Schätzwerte für Deutschland wichen im Betrag in den Jahren 2014 und 2015 bei den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten um maximal 0,3 %, bei den ausschließlich geringfügig entlohnten Beschäftigten um maximal 1,4 % sowie bei den konjunkturell bedingten Kurzarbeitern um maximal 31,2 % von den endgültigen Angaben ab. 9 Erste vorläufige Schätzung des Statistischen Bundesamts. 10 Ab Mai 2016 berechnet auf Basis neuer Erwerbspersonenzahlen.

...

XI. Konjunkturlage in Deutschland

7. Preise

Zeit	Verbraucherpreisindex						Baupreisindex	Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte im Inlandsabsatz 3)	Index der Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte 3)	Indizes der Preise im Außenhandel		Index der Weltmarktpreise für Rohstoffe 4)				
	insgesamt	darunter:				Energie 1)				Energie 1)	Dienstleistungen ohne Wohnungsmieten 2)	Wohnungsmieten 2)	Ausfuhr	Einfuhr	Energie 5)	sonstige Rohstoffe 6)
		Nahrungsmittel	andere Ver- u. Gebrauchsgüter ohne Energie 1)	Energie 1)	Dienstleistungen ohne Wohnungsmieten 2)											
	2010 = 100											2015 = 100				
	Indexstand															
2011	7)	102,1	102,2	100,8	110,1	101,0	101,3	102,9	105,3	113,4	103,3	106,4	155,2	135,9		
2012	7)	104,1	105,7	102,0	116,4	102,4	102,5	105,7	107,0	119,4	104,9	108,7	166,8	128,7		
2013		105,7	110,4	103,0	118,0	103,8	103,8	107,9	106,9	120,7	104,3	105,9	160,2	117,6		
2014		106,6	111,5	103,9	115,5	105,5	105,4	109,7	105,8	111,1	104,0	103,6	142,8	108,3		
2015		106,9	112,4	105,1	107,4	106,9	106,7	111,3	103,9 8)	106,9	104,9	100,9	100,0	100,0		
2014 Sept.		107,0	110,9	104,5	116,5	105,8	105,6		105,7	107,9	104,3	103,8	144,6	105,0		
Okt.		106,7	110,9	104,5	114,8	105,4	105,8		105,5	103,7	104,2	103,5	135,8	105,7		
Nov.		106,7	110,4	104,7	113,5	105,7	105,9	110,1	105,5	103,6	104,2	102,7	126,7	106,7		
Dez.		106,7	110,8	104,4	109,1	107,0	106,0		104,8	102,7	103,9	101,0	108,2	104,9		
2015 Jan.		105,6	111,4	103,6	105,6	105,3	106,1		104,2	102,4	104,4	100,2	92,1	106,8		
Febr.		106,5	112,3	104,0	107,8	106,9	106,2	110,8	104,3	104,8	104,7	101,6	108,0	105,9		
März		107,0	112,2	105,1	109,3	106,8	106,3		104,4	105,1	105,3	102,6	109,0	107,1		
April		107,0	113,2	105,3	109,8	106,0	106,5		104,5	106,0	105,6	103,2	115,5	105,6		
Mai		107,1	113,2	105,1	110,9	106,2	106,5	111,1	104,5	104,8	105,4	103,0	116,8	104,7		
Juni		107,0	112,6	104,9	110,4	106,3	106,6		104,4	105,3	105,3	102,5	113,3	103,4		
Juli		107,2	111,8	104,4	109,8	107,8	106,7		104,4	104,5	105,4	101,8	106,0	101,6		
Aug.		107,2	111,5	104,9	107,5	108,1	106,8	111,5	103,9	102,1	104,9	100,3	91,5	96,0		
Sept.		107,0	112,1	105,9	105,7	107,0	106,9		103,5 8)	107,4	104,6	99,6	90,8	94,1		
Okt.		107,0	112,7	106,1	104,9	106,9	107,0		103,1	108,9	104,4	99,3	91,6	93,4		
Nov.		107,1	112,9	106,0	105,0	107,1	107,1	111,8	102,9	107,6	104,5	99,1	89,6	92,7		
Dez.		107,0	112,4	105,6	102,0	108,4	107,1		102,4	107,3	104,1	97,9	77,5	89,4		
2016 Jan.		106,1	112,4	105,0	99,5	106,8	107,3		101,7	106,8	103,9	96,4	64,5	88,2		
Febr.		106,5	113,2	105,1	98,6	107,7	107,4	112,5	101,2	106,0	103,4	95,8	64,0	88,6		
März		107,3	113,7	106,1	99,6	108,8	107,5		101,2	106,5	103,6	96,5	72,3	93,6		
April		106,9	113,8	106,8	100,5	106,6	107,6		101,3	105,9	103,5	96,4	75,1	95,5		
Mai		107,2	113,2	106,7	102,1	107,5	107,7	113,1	101,7	106,0	103,7	97,3	82,6	97,2		
Juni		107,3	112,7	106,1	103,3	108,0	107,8		102,1	103,9	103,9	97,8	87,9	98,9		
Juli	5)	107,6	113,0	105,6	102,1	109,6	107,9		84,4	100,2		
		Veränderung gegenüber Vorjahr in %														
2011	7)	+ 2,1	+ 2,2	+ 0,8	+ 10,1	+ 1,0	+ 1,3	+ 2,9	+ 5,3	+ 13,4	+ 3,3	+ 6,4	+ 33,7	+ 15,8		
2012	7)	+ 2,0	+ 3,4	+ 1,2	+ 5,7	+ 1,4	+ 1,2	+ 2,7	+ 1,6	+ 5,3	+ 1,5	+ 2,2	+ 7,5	+ 5,3		
2013		+ 1,5	+ 4,4	+ 1,0	+ 1,4	+ 1,4	+ 1,3	+ 2,1	+ 0,1	+ 1,1	+ 0,6	+ 2,6	+ 4,0	+ 8,6		
2014		+ 0,9	+ 1,0	+ 0,9	+ 2,1	+ 1,6	+ 1,5	+ 1,7	+ 1,7	+ 8,0	+ 0,3	+ 2,2	+ 10,9	+ 7,9		
2015		+ 0,3	+ 0,8	+ 1,2	+ 7,0	+ 1,3	+ 1,2	+ 1,5	+ 1,8 8)	+ 3,8	+ 0,9	+ 2,6	+ 30,0	+ 7,7		
2014 Sept.		+ 0,8	+ 0,9	+ 1,1	+ 2,2	+ 1,4	+ 1,4		+ 1,0	+ 10,7	+ 0,1	+ 1,6	+ 11,1	+ 7,2		
Okt.		+ 0,8	+ 0,7	+ 0,6	+ 2,3	+ 1,7	+ 1,6		+ 1,0	+ 14,5	+ 0,3	+ 1,2	+ 14,0	+ 4,5		
Nov.		+ 0,6	+ 0,0	+ 0,8	+ 2,5	+ 1,3	+ 1,4	+ 1,6	+ 0,9	+ 15,3	+ 0,3	+ 2,1	+ 20,4	+ 4,8		
Dez.		+ 0,2	+ 1,2	+ 1,1	+ 6,6	+ 1,4	+ 1,4		+ 1,7	+ 16,1	+ 0,1	+ 3,7	+ 32,7	+ 6,3		
2015 Jan.		+ 0,3	+ 1,3	+ 0,8	+ 9,0	+ 1,2	+ 1,3		+ 2,2	+ 14,3	+ 0,4	+ 4,4	+ 41,4	+ 3,2		
Febr.		+ 0,1	+ 0,4	+ 0,8	+ 7,3	+ 1,7	+ 1,3	+ 1,5	+ 2,1	+ 12,2	+ 0,7	+ 3,0	+ 30,1	+ 4,6		
März		+ 0,3	+ 0,1	+ 0,9	+ 5,7	+ 1,3	+ 1,3		+ 1,7	+ 12,7	+ 1,4	+ 1,4	+ 27,3	+ 2,9		
April		+ 0,5	+ 1,1	+ 1,1	+ 5,9	+ 1,2	+ 1,3		+ 1,5	+ 12,5	+ 1,6	+ 0,6	+ 21,6	+ 6,4		
Mai		+ 0,7	+ 1,4	+ 1,2	+ 5,0	+ 1,8	+ 1,2	+ 1,5	+ 1,3	+ 11,8	+ 1,4	+ 0,8	+ 21,5	+ 5,8		
Juni		+ 0,3	+ 1,0	+ 1,4	+ 5,9	+ 0,9	+ 1,2		+ 1,4	+ 10,5	+ 1,3	+ 1,4	+ 25,0	+ 4,6		
Juli		+ 0,2	+ 0,4	+ 1,2	+ 6,2	+ 1,0	+ 1,2		+ 1,3	+ 8,3	+ 1,2	+ 1,7	+ 26,5	+ 5,1		
Aug.		+ 0,2	+ 0,8	+ 1,4	+ 7,6	+ 1,1	+ 1,1	+ 1,4	+ 1,7	+ 8,4	+ 0,8	+ 3,1	+ 35,5	+ 10,4		
Sept.		+ 0,0	+ 1,1	+ 1,3	+ 9,3	+ 1,1	+ 1,2		+ 2,1 8)	+ 0,5	+ 0,3	+ 4,0	+ 37,2	+ 10,4		
Okt.		+ 0,3	+ 1,6	+ 1,5	+ 8,6	+ 1,4	+ 1,1		+ 2,3	+ 5,0	+ 0,2	+ 4,1	+ 32,5	+ 11,6		
Nov.		+ 0,4	+ 2,3	+ 1,2	+ 7,5	+ 1,3	+ 1,1	+ 1,5	+ 2,5	+ 3,9	+ 0,3	+ 3,5	+ 29,3	+ 13,1		
Dez.		+ 0,3	+ 1,4	+ 1,1	+ 6,5	+ 1,3	+ 1,0		+ 2,3	+ 4,5	+ 0,2	+ 3,1	+ 28,4	+ 14,8		
2016 Jan.		+ 0,5	+ 0,9	+ 1,4	+ 5,8	+ 1,4	+ 1,1		+ 2,4	+ 4,3	+ 0,5	+ 3,8	+ 30,0	+ 17,4		
Febr.		+ 0,0	+ 0,8	+ 1,1	+ 8,5	+ 0,7	+ 1,1	+ 1,5	+ 3,0	+ 1,1	+ 1,2	+ 5,7	+ 40,7	+ 16,3		
März		+ 0,3	+ 1,3	+ 1,0	+ 8,9	+ 1,9	+ 1,1		+ 3,1	+ 1,3	+ 1,6	+ 5,9	+ 33,7	+ 12,6		
April		+ 0,1	+ 0,5	+ 1,4	+ 8,5	+ 0,6	+ 1,0		+ 3,1	+ 0,1	+ 2,0	+ 6,6	+ 35,0	+ 9,6		
Mai		+ 0,1	+ 0,0	+ 1,5	+ 7,9	+ 1,2	+ 1,1	+ 1,8	+ 2,7	+ 1,1	+ 1,6	+ 5,5	+ 29,3	+ 7,2		
Juni		+ 0,3	+ 0,1	+ 1,1	+ 6,4	+ 1,6	+ 1,1		+ 2,2	...	+ 1,3	+ 4,6	+ 22,4	+ 4,4		
Juli	5)	+ 0,4	+ 1,1	+ 1,1	+ 7,0	+ 1,7	+ 1,1		+ 20,4	+ 1,4		

Quelle: Statistisches Bundesamt bzw. eigene Berechnung unter Verwendung von Angaben des Statistischen Bundesamts; für den Index der Weltmarktpreise für Rohstoffe: HWWI. 1 Strom, Gas und andere Brennstoffe sowie Kraftstoffe. 2 Nettomieten. 3 Ohne Mehrwertsteuer. 4 HWWI-Rohstoffpreisindex „Euroland“ auf

Euro-Basis. 5 Kohle, Rohöl (Brent) und Erdgas. 6 Nahrungs- und Genussmittel sowie Industrierohstoffe. 7 Ab Mai 2011 sowie ab Januar 2012 Erhöhung der Tabaksteuer. 8 Ab September 2015 vorläufig.

XI. Konjunkturlage in Deutschland

8. Einkommen der privaten Haushalte *)

Zeit	Bruttolöhne und -gehälter 1)		Nettolöhne und -gehälter 2)		Empfangene monetäre Sozialleistungen 3)		Masseneinkommen 4)		Verfügbares Einkommen 5)		Sparen 6)		Sparquote 7)
	Mrd €	Veränderung gegen Vorjahr %	Mrd €	Veränderung gegen Vorjahr %	Mrd €	Veränderung gegen Vorjahr %	Mrd €	Veränderung gegen Vorjahr %	Mrd €	Veränderung gegen Vorjahr %	Mrd €	Veränderung gegen Vorjahr %	%
2008	1 008,1	4,0	670,8	3,4	358,2	0,5	1 029,1	2,4	1 582,6	2,6	165,9	4,9	10,5
2009	1 009,5	0,1	672,6	0,3	383,2	7,0	1 055,7	2,6	1 569,2	- 0,8	156,2	- 5,9	10,0
2010	1 039,0	2,9	702,2	4,4	387,7	1,2	1 089,9	3,2	1 606,4	2,4	160,1	2,5	10,0
2011	1 088,6	4,8	729,4	3,9	383,0	- 1,2	1 112,4	2,1	1 653,7	2,9	158,2	- 1,2	9,6
2012	1 133,5	4,1	757,8	3,9	389,3	1,6	1 147,1	3,1	1 690,4	2,2	156,5	- 1,0	9,3
2013	1 168,3	3,1	779,7	2,9	398,5	2,4	1 178,2	2,7	1 719,8	1,7	157,1	0,4	9,1
2014	1 213,7	3,9	808,1	3,6	409,8	2,8	1 217,8	3,4	1 759,7	2,3	167,6	6,7	9,5
2015	1 261,1	3,9	836,5	3,5	426,5	4,1	1 263,0	3,7	1 809,8	2,8	175,0	4,4	9,7
2014 4.Vj.	334,8	3,8	222,0	3,5	102,6	4,7	324,6	3,9	447,5	3,1	36,7	13,0	8,2
2015 1.Vj.	292,5	3,5	193,9	2,8	108,5	4,2	302,4	3,3	448,3	2,8	58,0	4,0	12,9
2.Vj.	308,6	4,1	200,2	3,4	105,2	4,7	305,3	3,8	447,9	2,8	41,7	4,9	9,3
3.Vj.	311,8	4,1	211,5	3,7	106,8	4,2	318,4	3,9	453,7	3,0	36,7	3,9	8,1
4.Vj.	348,2	4,0	231,0	4,1	106,0	3,3	337,0	3,8	459,9	2,8	38,6	5,1	8,4
2016 1.Vj.	305,0	4,3	202,0	4,2	111,4	2,7	313,5	3,7	459,6	2,5	60,0	3,5	13,1

Quelle: Statistisches Bundesamt; Rechenstand: Mai 2016. * Private Haushalte einschl. private Organisationen ohne Erwerbszweck. 1 Inländerkonzept. 2 Nach Abzug der von den Bruttolöhnen und -gehältern zu entrichtenden Lohnsteuer sowie den Sozialbeiträgen der Arbeitnehmer. 3 Geldleistungen der Sozialversicherungen, Gebietskörperschaften und des Auslands, Pensionen (netto), Sozialleistungen aus privaten Sicherungssystemen, abzüglich Sozialabgaben auf Sozialleistungen, verbrauchsnahe Steuern und staatliche Gebühren. 4 Nettolöhne und -gehälter zuzüglich empfangene mo-

netäre Sozialleistungen. 5 Masseneinkommen zuzüglich Betriebsüberschuss, Selbständigeneinkommen, Vermögenseinkommen (netto), übrige empfangene laufende Transfers, Einkommen der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck, abzüglich Steuern (ohne Lohnsteuer und verbrauchsnahe Steuern) und übriger geleisteter laufender Transfers. Einschl. der Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche. 6 Einschl. der Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche. 7 Sparen in % des verfügbaren Einkommens.

9. Tarifverdienste in der Gesamtwirtschaft

Zeit	Tariflohnindex 1)								nachrichtlich: Löhne und Gehälter je Arbeitnehmer 3)	
	auf Stundenbasis				auf Monatsbasis					
	2010 = 100	% gegen Vorjahr	2010 = 100	% gegen Vorjahr	2010 = 100	% gegen Vorjahr	2010 = 100	% gegen Vorjahr	2010 = 100	% gegen Vorjahr
2008	96,5	2,8	96,3	2,9	96,2	3,1	95,9	3,3	97,6	2,4
2009	98,4	2,0	98,3	2,0	98,3	2,2	98,2	2,4	97,6	- 0,1
2010	100,0	1,7	100,0	1,8	100,0	1,7	100,0	1,8	100,0	2,5
2011	101,7	1,7	101,8	1,8	101,8	1,8	101,8	1,8	103,4	3,4
2012	104,5	2,7	104,5	2,6	104,8	2,9	104,7	2,9	106,2	2,8
2013	107,1	2,5	107,1	2,5	107,4	2,5	107,3	2,5	108,4	2,1
2014	110,3	3,0	110,2	2,9	110,4	2,8	110,4	2,9	111,4	2,7
2015	112,9	2,4	112,7	2,3	113,0	2,4	113,0	2,4	114,4	2,8
2015 1.Vj.	104,5	2,2	104,4	2,2	104,3	2,3	111,7	2,3	107,5	2,5
2.Vj.	105,9	2,3	105,7	2,2	106,1	2,3	112,8	2,4	112,3	3,0
3.Vj.	115,2	2,5	115,0	2,4	115,3	2,4	113,7	2,5	112,8	2,9
4.Vj.	126,1	2,4	125,9	2,4	126,2	2,4	113,9	2,4	125,0	2,7
2016 1.Vj.	106,6	2,0	106,4	2,0	106,7	2,3	114,3	2,3	110,4	2,7
2.Vj.	108,2	2,2	108,0	2,2	108,1	1,9	115,2	2,1	.	.
2015 Dez.	108,2	2,1	108,0	2,0	108,3	2,1	113,9	2,4	.	.
2016 Jan.	106,4	2,3	106,3	2,2	106,6	2,4	114,1	2,4	.	.
Febr.	106,4	2,1	106,2	2,1	106,5	2,3	114,1	2,3	.	.
März	107,0	1,6	106,8	1,6	107,1	2,3	114,8	2,3	.	.
April	108,3	2,1	108,1	2,0	108,3	1,9	114,9	2,0	.	.
Mai	108,1	1,9	108,0	1,9	108,2	1,8	115,3	2,3	.	.
Juni	108,2	2,6	108,0	2,5	107,6	1,9	115,3	1,9	.	.

1 Aktuelle Angaben werden in der Regel noch aufgrund von Nachmeldungen korrigiert. 2 Ohne Einmalzahlungen sowie ohne Nebenvereinbarungen (VermL, Sonder-

zahlungen z.B Jahresgratifikation, Urlaubsgeld, Weihnachtsgeld (13.ME) und Altersvorsorgeleistungen). 3 Quelle: Statistisches Bundesamt; Rechenstand: Mai 2016.

XI. Konjunkturlage in Deutschland

10. Aktiva und Passiva börsennotierter nichtfinanzieller Unternehmensgruppen ^{*)}

Stand am Jahres- bzw. Quartalsende

Zeit	Aktiva									Passiva						
	Bilanzsumme	darunter:				darunter:				Eigenkapital	Schulden					
		langfristige Vermögenswerte	immaterielle Vermögenswerte	Sachanlagen	finanzielle Vermögenswerte	kurzfristige Vermögenswerte	Vorräte	Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	Zahlungsmittel ¹⁾		langfristig		kurzfristig		darunter: Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	
											insgesamt	zu-	darunter Finanzschulden	zu-		Finanzschulden
Insgesamt (Mrd €)																
2011	1 838,5	1 116,0	340,0	477,4	232,9	722,5	190,6	180,4	119,3	537,8	1 300,7	663,6	347,3	637,1	176,8	160,9
2012	1 904,7	1 178,7	380,6	490,5	240,6	726,0	189,9	179,1	125,9	561,6	1 343,1	719,0	380,1	624,1	180,0	160,6
2013	1 938,4	1 196,1	387,1	499,5	241,0	742,3	189,0	179,8	139,0	576,1	1 362,3	726,4	383,3	635,9	191,3	166,8
2014	2 117,2	1 311,0	433,0	534,4	260,1	806,3	204,4	190,7	135,8	588,0	1 529,2	835,3	434,3	693,9	216,0	179,8
2015 ^{p)}	2 277,7	1 428,2	476,5	582,6	283,4	849,5	216,8	195,8	140,9	642,1	1 635,5	887,6	475,2	747,9	234,6	186,2
2015 1.Vj.	2 257,4	1 399,4	456,7	558,9	284,4	858,0	220,3	212,5	139,0	607,7	1 649,8	910,0	454,1	739,7	224,9	184,3
2.Vj.	2 218,5	1 384,0	459,8	557,6	281,8	834,5	219,1	204,4	132,0	629,9	1 588,6	857,6	449,8	731,0	224,7	180,7
3.Vj.	2 206,1	1 368,1	450,6	553,4	277,8	838,0	219,0	195,9	142,1	622,7	1 583,4	861,4	450,4	722,0	213,9	179,3
4.Vj. ^{p)}	2 277,7	1 428,2	476,5	582,6	283,4	849,5	216,8	195,8	140,9	642,1	1 635,5	887,6	475,2	747,9	234,6	186,2
in % der Bilanzsumme																
2011	100,0	60,7	18,5	26,0	12,7	39,3	10,4	9,8	6,5	29,3	70,8	36,1	18,9	34,7	9,6	8,8
2012	100,0	61,9	20,0	25,8	12,6	38,1	10,0	9,4	6,6	29,5	70,5	37,8	20,0	32,8	9,5	8,4
2013	100,0	61,7	20,0	25,8	12,4	38,3	9,8	9,3	7,2	29,7	70,3	37,5	19,8	32,8	9,9	8,6
2014	100,0	61,9	20,5	25,2	12,3	38,1	9,7	9,0	6,4	27,8	72,2	39,5	20,5	32,8	10,2	8,5
2015 ^{p)}	100,0	62,7	20,9	25,6	12,4	37,3	9,5	8,6	6,2	28,2	71,8	39,0	20,9	32,8	10,3	8,2
2015 1.Vj.	100,0	62,0	20,2	24,8	12,6	38,0	9,8	9,4	6,2	26,9	73,1	40,3	20,1	32,8	10,0	8,2
2.Vj.	100,0	62,4	20,7	25,1	12,7	37,6	9,9	9,2	6,0	28,4	71,6	38,7	20,3	33,0	10,1	8,2
3.Vj.	100,0	62,0	20,4	25,1	12,6	38,0	9,9	8,9	6,4	28,2	71,8	39,1	20,4	32,7	9,7	8,1
4.Vj. ^{p)}	100,0	62,7	20,9	25,6	12,4	37,3	9,5	8,6	6,2	28,2	71,8	39,0	20,9	32,8	10,3	8,2
Unternehmensgruppen mit Schwerpunkt im Produzierenden Gewerbe (Mrd €) ²⁾																
2011	1 474,2	860,6	221,7	373,8	214,9	613,6	172,3	143,6	92,7	421,6	1 052,6	530,5	260,8	522,2	151,2	116,7
2012	1 540,7	921,3	258,9	388,0	222,1	619,4	172,5	140,4	98,1	443,7	1 097,0	581,8	286,6	515,2	161,0	116,5
2013	1 559,6	933,2	259,1	398,7	224,1	626,4	172,7	140,0	106,6	457,3	1 102,3	580,9	286,2	521,4	170,4	118,6
2014	1 693,7	1 016,3	278,4	425,8	246,5	677,4	187,0	143,6	102,1	456,2	1 237,5	667,4	325,9	570,0	194,4	126,4
2015 ^{p)}	1 819,9	1 102,0	305,8	460,6	268,2	717,9	199,9	150,0	108,2	491,1	1 328,7	712,3	360,0	616,4	209,5	131,3
2015 1.Vj.	1 810,1	1 084,9	291,7	445,3	269,4	725,2	202,3	162,9	108,4	470,3	1 339,8	730,0	341,4	609,8	202,0	134,5
2.Vj.	1 782,5	1 075,0	295,2	446,2	267,7	707,5	202,0	156,0	107,0	492,7	1 289,8	693,7	343,5	596,1	195,9	132,0
3.Vj.	1 771,2	1 058,9	286,4	440,9	263,7	712,3	201,8	148,8	114,7	482,6	1 288,5	697,3	345,0	591,2	185,1	129,7
4.Vj. ^{p)}	1 819,9	1 102,0	305,8	460,6	268,2	717,9	199,9	150,0	108,2	491,1	1 328,7	712,3	360,0	616,4	209,5	131,3
in % der Bilanzsumme																
2011	100,0	58,4	15,0	25,4	14,6	41,6	11,7	9,7	6,3	28,6	71,4	36,0	17,7	35,4	10,3	7,9
2012	100,0	59,8	16,8	25,2	14,4	40,2	11,2	9,1	6,4	28,8	71,2	37,8	18,6	33,4	10,5	7,6
2013	100,0	59,8	16,6	25,6	14,4	40,2	11,1	9,0	6,8	29,3	70,7	37,3	18,4	33,4	10,9	7,6
2014	100,0	60,0	16,4	25,1	14,6	40,0	11,0	8,5	6,0	26,9	73,1	39,4	19,2	33,7	11,5	7,5
2015 ^{p)}	100,0	60,6	16,8	25,3	14,7	39,5	11,0	8,2	5,9	27,0	73,0	39,1	19,8	33,9	11,5	7,2
2015 1.Vj.	100,0	59,9	16,1	24,6	14,9	40,1	11,2	9,0	6,0	26,0	74,0	40,3	18,9	33,7	11,2	7,4
2.Vj.	100,0	60,3	16,6	25,0	15,0	39,7	11,3	8,8	6,0	27,6	72,4	38,9	19,3	33,4	11,0	7,4
3.Vj.	100,0	59,8	16,2	24,9	14,9	40,2	11,4	8,4	6,5	27,3	72,8	39,4	19,5	33,4	10,5	7,3
4.Vj. ^{p)}	100,0	60,6	16,8	25,3	14,7	39,5	11,0	8,2	5,9	27,0	73,0	39,1	19,8	33,9	11,5	7,2
Unternehmensgruppen mit Schwerpunkt im Dienstleistungssektor (Mrd €)																
2011	364,3	255,4	118,3	103,6	17,9	108,9	18,3	36,8	26,6	116,2	248,1	133,1	86,5	115,0	25,6	44,1
2012	364,0	257,4	121,7	102,6	18,4	106,5	17,4	38,7	27,9	117,9	246,1	137,1	93,6	108,9	18,9	44,2
2013	378,8	262,9	128,0	100,8	16,8	115,9	16,3	39,8	32,4	118,8	260,0	145,4	97,1	114,5	20,8	48,2
2014	423,5	294,7	154,7	108,6	13,6	128,9	17,4	47,1	33,7	131,8	291,7	167,9	108,4	123,8	21,6	53,4
2015 ^{p)}	457,8	326,1	170,7	122,1	15,2	131,7	16,9	45,7	32,8	151,0	306,8	175,3	115,1	131,5	25,1	54,9
2015 1.Vj.	447,3	314,5	165,0	113,6	14,9	132,8	17,9	49,6	30,6	137,3	310,0	180,1	112,7	129,9	23,0	49,8
2.Vj.	436,0	309,1	164,6	111,4	14,1	126,9	17,1	48,3	25,0	137,3	298,8	163,9	106,3	134,9	28,8	48,7
3.Vj.	434,9	309,2	164,2	112,5	14,1	125,6	17,2	47,1	27,4	140,0	294,8	164,0	105,3	130,8	28,8	49,6
4.Vj. ^{p)}	457,8	326,1	170,7	122,1	15,2	131,7	16,9	45,7	32,8	151,0	306,8	175,3	115,1	131,5	25,1	54,9
in % der Bilanzsumme																
2011	100,0	70,1	32,5	28,5	4,9	29,9	5,0	10,1	7,3	31,9	68,1	36,5	23,8	31,6	7,0	12,1
2012	100,0	70,7	33,4	28,2	5,1	29,3	4,8	10,6	7,7	32,4	67,6	37,7	25,7	29,9	5,2	12,1
2013	100,0	69,4	33,8	26,6	4,4	30,6	4,3	10,5	8,6	31,4	68,6	38,4	25,6	30,2	5,5	12,7
2014	100,0	69,6	36,5	25,6	3,2	30,4	4,1	11,1	8,0	31,1	68,9	39,6	25,6	29,2	5,1	12,6
2015 ^{p)}	100,0	71,2	37,3	26,7	3,3	28,8	3,7	10,0	7,2	33,0	67,0	38,3	25,1	28,7	5,5	12,0
2015 1.Vj.	100,0	70,3	36,9	25,4	3,3	29,7	4,0	11,1	6,8	30,7	69,3	40,3	25,2	29,0	5,1	11,1
2.Vj.	100,0	70,9	37,8	25,6	3,2	29,1	3,9	11,1	5,7	31,5	68,5	37,6	24,4	30,9	6,6	11,2
3.Vj.	100,0	71,1	37,8	25,9	3,2	28,9	3,9	10,8	6,3	32,2	67,8	37,7	24,2	30,1	6,6	11,4
4.Vj. ^{p)}	100,0	71,2	37,3	26,7	3,3	28,8	3,7	10,0	7,2	33,0	67,0	38,3	25,1	28,7	5,5	12,0

* In Deutschland börsennotierte nichtfinanzielle Unternehmensgruppen, die vierteljährlich IFRS-Konzernabschlüsse publizieren und einen nennenswerten Wertschöpfungsbeitrag in Deutschland erbringen. Ohne Grundstücks- und Wohnungs-

wesen. **1** Einschl. Zahlungsmitteläquivalente. **2** Einschl. Unternehmensgruppen der Land- und Forstwirtschaft.

XI. Konjunkturlage in Deutschland

11. Umsatz und operatives Ergebnis börsennotierter nichtfinanzieller Unternehmensgruppen *)

Zeit	Umsatz		Operatives Ergebnis vor Abschreibungen (EBITDA 1) in % des Umsatzes				Verteilung 2)			Operatives Ergebnis (EBIT)		Operatives Ergebnis (EBIT) in % des Umsatzes				
	Mrd €	Veränderung gegen Vorjahr in % 3)	Mrd €	Veränderung gegen Vorjahr in % 3)	Gewogener Durchschnitt	Veränderung gegen Vorjahr in %-Punkten 3)	Verteilung 2)			Mrd €	Veränderung gegen Vorjahr in % 3)	Gewogener Durchschnitt	Veränderung gegen Vorjahr in %-Punkten 3)	Verteilung 2)		
							1.Quartil	Median	3.Quartil					1.Quartil	Median	3.Quartil
				%	%	%	%	%	%	%	%	%	%	%	%	%
Insgesamt																
2007	1 234,1	4,4	173,6	15,1	14,1	1,3	7,8	12,7	18,4	95,6	27,5	7,7	1,4	4,2	8,4	13,1
2008	1 307,5	6,4	164,5	-5,6	12,6	-1,6	5,8	11,6	17,6	80,9	-16,6	6,2	-1,7	2,5	6,6	12,1
2009	1 175,4	-10,5	138,4	-16,4	11,8	-0,8	4,0	9,5	15,8	57,9	-28,0	4,9	-1,2	0,3	5,1	9,3
2010	1 340,0	13,2	184,3	30,4	13,8	1,8	6,0	11,2	18,6	100,4	64,9	7,5	2,3	3,1	6,5	12,1
2011	1 434,5	8,4	177,9	-0,3	12,4	-1,1	5,5	10,7	17,4	94,6	-5,4	6,6	-1,0	2,7	6,6	11,9
2012	1 552,7	6,6	190,8	3,3	12,3	-0,4	5,1	10,1	17,5	96,9	-7,1	6,2	-0,9	1,8	6,1	11,0
2013	1 557,4	-0,5	188,5	-2,5	12,1	-0,2	5,0	9,9	18,2	99,9	6,2	6,4	0,4	1,8	5,8	10,8
2014	1 586,1	1,0	200,7	4,9	12,7	0,5	5,6	10,2	17,2	109,2	7,4	6,9	0,4	1,8	6,2	11,1
2015 p)	1 672,7	6,6	199,5	-0,5	11,9	-0,9	5,9	10,5	17,3	91,8	-15,5	5,5	-1,4	1,4	6,4	10,8
2013 2.Vj.	393,6	1,1	48,3	-1,4	12,3	-0,3	4,1	9,2	16,7	27,3	-4,8	6,9	-0,4	0,9	4,9	10,2
3.Vj.	384,3	-1,6	47,2	-1,0	12,3	0,1	5,1	10,3	16,1	25,6	99,8	6,7	3,5	1,3	5,8	11,8
4.Vj.	406,7	-0,4	47,6	-1,6	11,7	-0,1	5,2	11,1	19,5	20,5	-12,2	5,0	-0,7	0,9	6,7	12,6
2014 1.Vj.	381,5	-0,1	50,2	8,9	13,2	1,1	3,7	8,7	16,2	30,6	15,3	8,0	1,1	0,1	5,1	10,2
2.Vj.	386,7	-2,0	47,9	-0,2	12,4	0,2	4,6	9,7	16,9	26,4	-2,3	6,8	-0,0	1,3	5,7	11,1
3.Vj.	394,7	2,8	49,9	3,9	12,6	0,1	5,4	11,3	18,3	28,6	8,2	7,2	0,4	1,8	6,8	12,7
4.Vj.	423,6	3,0	52,8	7,2	12,5	0,5	4,0	11,6	19,3	23,5	8,7	5,6	0,3	0,5	6,7	12,0
2015 1.Vj.	409,8	7,3	51,2	1,9	12,5	-0,7	4,5	9,7	17,2	28,8	-5,9	7,0	-1,0	-0,8	5,9	11,4
2.Vj.	425,7	9,9	52,9	10,2	12,4	0,0	4,7	9,7	16,6	30,8	16,6	7,2	0,4	1,3	5,6	10,9
3.Vj.	416,8	5,4	49,5	-0,6	11,9	-0,7	4,8	10,5	16,6	17,2	-39,5	4,1	-3,1	1,0	6,3	11,5
4.Vj. p)	437,0	3,9	46,3	-12,5	10,6	-2,0	6,9	11,7	18,3	15,4	-35,1	3,5	-2,1	2,2	7,4	12,3
Unternehmensgruppen mit Schwerpunkt im Produzierenden Gewerbe 4)																
2007	900,5	3,8	129,6	16,9	14,4	1,6	7,8	12,7	17,6	73,8	33,1	8,2	1,8	5,0	8,6	12,5
2008	966,1	7,2	122,6	-6,2	12,7	-1,8	5,8	11,3	15,6	62,0	-17,1	6,4	-1,9	2,4	6,7	11,4
2009	854,1	-11,5	97,7	-19,9	11,4	-1,2	2,9	9,2	14,0	41,9	-31,0	4,9	-1,4	-1,3	4,7	8,8
2010	999,2	15,7	139,1	38,1	13,9	2,3	6,3	11,2	16,2	77,7	70,0	7,8	2,5	2,9	7,0	11,9
2011	1 098,9	10,6	131,9	-2,6	12,0	-1,6	5,3	10,7	16,2	74,8	-6,5	6,8	-1,3	2,1	6,8	11,2
2012	1 194,3	7,6	143,1	5,5	12,0	-0,2	5,2	10,2	15,9	83,0	-2,8	7,0	-0,3	1,8	6,1	9,8
2013	1 195,9	-0,7	140,2	-2,2	11,7	-0,2	4,3	9,9	15,4	75,1	-5,1	6,3	-0,3	1,2	5,6	9,8
2014	1 217,7	0,9	149,9	5,7	12,3	0,6	5,1	9,4	15,1	81,8	7,8	6,7	0,4	1,0	5,8	9,9
2015 p)	1 301,8	6,6	146,3	-2,2	11,2	-1,0	6,1	10,2	15,1	64,8	-19,4	5,0	-1,7	1,3	6,3	9,8
2013 2.Vj.	303,3	1,4	36,0	-2,1	11,9	-0,4	3,6	9,1	15,2	20,6	-8,4	6,8	-0,7	0,4	5,0	9,4
3.Vj.	290,7	-2,2	33,4	-0,4	11,5	0,2	4,5	10,1	15,0	17,5	15,3	6,0	1,0	0,8	5,7	10,1
4.Vj.	311,6	-0,5	34,6	1,9	11,1	0,3	4,5	10,7	15,5	14,3	-7,3	4,6	-0,3	0,0	6,0	10,4
2014 1.Vj.	297,8	0,1	39,1	6,4	13,1	0,8	3,5	8,7	14,5	25,0	10,4	8,4	0,8	0,3	5,3	9,0
2.Vj.	297,2	-2,3	36,1	0,3	12,1	0,3	4,0	9,4	15,3	20,5	-0,2	6,9	0,2	1,1	5,3	10,6
3.Vj.	300,0	3,3	36,4	6,3	12,1	0,3	4,2	10,3	16,0	20,9	12,6	7,0	0,6	1,2	6,3	10,3
4.Vj.	322,9	2,8	38,4	10,1	11,9	0,8	3,3	10,6	15,6	15,5	9,1	4,8	0,3	-0,7	6,1	10,3
2015 1.Vj.	319,0	7,0	41,2	5,4	12,9	-0,2	5,4	9,7	14,9	25,3	1,4	7,9	-0,4	0,9	6,0	9,6
2.Vj.	329,0	10,5	40,1	11,2	12,2	0,1	4,4	9,5	15,2	24,1	17,9	7,3	0,5	1,4	5,3	9,7
3.Vj.	316,5	5,3	34,3	-5,2	10,8	-1,2	4,6	10,0	15,1	8,8	-54,6	2,8	-4,0	1,0	5,8	10,1
4.Vj. p)	338,0	4,0	30,7	-19,8	9,1	-2,7	5,9	11,0	16,2	6,6	-53,8	2,0	-2,8	2,0	6,4	10,8
Unternehmensgruppen mit Schwerpunkt im Dienstleistungssektor																
2007	333,5	6,4	43,9	9,3	13,2	0,4	7,0	12,7	20,6	21,8	-9,6	6,5	0,2	3,3	7,8	14,3
2008	341,4	4,0	41,9	-3,7	12,3	-1,0	5,9	12,5	19,7	19,0	-14,6	5,6	-1,2	2,8	6,6	12,7
2009	321,3	-7,4	40,8	-4,9	12,7	0,3	4,7	10,7	20,3	16,0	-16,3	5,0	-0,5	1,7	5,7	12,7
2010	340,8	5,8	45,2	8,7	13,3	0,3	5,9	10,8	19,9	22,7	46,7	6,7	1,7	3,3	5,9	12,4
2011	335,6	1,5	45,9	7,6	13,7	0,8	5,7	10,6	20,9	19,8	-0,8	5,9	-0,1	3,2	6,4	13,8
2012	358,4	3,0	47,7	-3,3	13,3	-0,9	5,1	10,0	23,2	13,9	-47,1	3,9	-3,0	2,1	5,7	14,0
2013	361,5	-0,1	48,2	-3,5	13,3	-0,5	5,3	9,9	21,1	24,8	91,7	6,9	3,0	2,7	5,9	12,2
2014	368,4	1,0	50,8	2,2	13,8	0,2	6,2	12,7	23,2	27,4	5,7	7,4	0,3	2,9	7,2	14,1
2015 p)	370,9	6,4	53,3	5,3	14,4	-0,1	5,9	11,1	22,1	27,0	-1,5	7,3	-0,6	1,4	6,7	14,0
2013 2.Vj.	90,3	-0,3	12,2	1,0	13,5	0,2	4,9	9,4	19,2	6,7	12,0	7,4	0,8	1,2	4,8	13,9
3.Vj.	93,5	0,5	13,8	-2,8	14,8	-0,5	5,7	10,7	21,0	8,1	307,7	8,6	12,5	2,0	6,2	13,1
4.Vj.	95,1	0,1	13,0	-11,1	13,6	-1,7	6,4	13,2	24,0	6,2	-24,2	6,6	-1,9	2,0	8,1	16,1
2014 1.Vj.	83,7	-0,6	11,1	20,1	13,3	2,3	3,8	8,9	21,2	5,6	49,8	6,7	2,2	-0,4	4,6	13,1
2.Vj.	89,5	-0,5	11,9	-1,8	13,3	-0,2	4,8	10,4	18,7	6,0	-10,0	6,7	-0,7	1,4	6,0	13,0
3.Vj.	94,7	1,1	13,5	-2,9	14,2	-0,6	7,1	13,1	24,6	7,7	-3,4	8,1	-0,4	3,1	7,8	13,8
4.Vj.	100,7	3,7	14,4	-1,6	14,3	-0,7	5,4	15,6	25,3	8,1	7,5	8,0	0,2	2,1	8,4	19,5
2015 1.Vj.	90,9	8,7	10,1	-12,1	11,1	-2,7	3,8	9,6	22,2	3,5	-45,4	3,9	-3,4	-2,6	5,6	14,3
2.Vj.	96,7	7,8	12,8	7,0	13,2	-0,1	5,0	11,4	21,7	6,7	11,2	6,9	0,2	1,3	6,7	13,8
3.Vj.	100,3	5,9	15,2	13,8	15,2	1,1	5,2	12,1	20,0	8,4	9,1	8,4	0,3	0,7	7,1	13,1
4.Vj. p)	99,0	3,5	15,6	9,7	15,8	0,9	7,8	14,1	26,2	8,7	9,2	8,8	0,5	2,3	9,7	17,5

* In Deutschland börsennotierte nichtfinanzielle Unternehmensgruppen, die vierteljährlich IFRS-Konzernabschlüsse publizieren und einen nennenswerten Wertschöpfungsbeitrag in Deutschland erbringen. Ohne Grundstücks- und Wohnungswesen. 1 Earnings before interest, taxes, depreciation and amortisation. 2 Quantilsangaben basieren auf den ungewogenen Umsatzrenditen der Unternehmensgruppen. 3 Bereinigt

um erhebliche Veränderungen im Konsolidierungskreis großer Unternehmensgruppen sowie im Berichtskreis. Siehe Erläuterungen im Statistischen Beiheft Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen. 4 Einschl. Unternehmensgruppen der Land- und Forstwirtschaft.

XII. Außenwirtschaft

1. Wichtige Posten der Zahlungsbilanz für die Europäische Währungsunion *)

Mio €

Position	2013	2014	2015	2015		2016			
				3.Vj.	4.Vj.	1.Vj.	März	April	Mai ¹⁾
A. Leistungsbilanz	+ 215 159	+ 251 343	+ 329 586	+ 97 315	+ 106 287	+ 60 610	+ 36 771	+ 36 088	+ 15 390
1. Warenhandel									
Ausfuhr	1 914 039	1 968 822	2 114 420	526 662	539 441	501 888	184 880	175 560	168 217
Einfuhr	1 703 470	1 721 229	1 760 112	437 146	440 407	420 541	145 455	140 862	137 067
Saldo	+ 210 569	+ 247 594	+ 354 310	+ 89 516	+ 99 035	+ 81 346	+ 39 425	+ 34 699	+ 31 149
2. Dienstleistungen									
Einnahmen	647 717	707 405	769 169	202 613	199 912	177 758	62 370	59 104	62 235
Ausgaben	578 716	631 846	711 110	183 865	187 470	168 954	58 079	53 594	54 723
Saldo	+ 69 001	+ 75 558	+ 58 061	+ 18 751	+ 12 443	+ 8 803	+ 4 291	+ 5 511	+ 7 512
3. Primäreinkommen									
Einnahmen	611 127	633 589	621 913	147 343	160 529	142 621	51 308	48 700	46 615
Ausgaben	531 996	563 804	572 481	136 419	135 510	128 129	45 539	44 013	61 395
Saldo	+ 79 131	+ 69 789	+ 49 428	+ 10 923	+ 25 018	+ 14 492	+ 5 769	+ 4 687	- 14 780
4. Sekundäreinkommen									
Einnahmen	88 185	92 947	103 260	23 929	26 258	22 558	7 820	8 312	10 263
Ausgaben	231 725	234 539	235 475	45 804	56 468	66 590	20 534	17 120	18 755
Saldo	- 143 539	- 141 593	- 132 211	- 21 873	- 30 209	- 44 032	- 12 714	- 8 808	- 8 492
B. Vermögensänderungsbilanz	+ 20 588	+ 19 086	- 15 587	+ 5 297	+ 6 305	- 953	- 127	+ 253	- 30
C. Kapitalbilanz (Zunahme: +)	+ 350 211	+ 370 297	+ 274 597	+ 57 717	+ 170 644	+ 48 868	+ 70 765	+ 42 863	+ 44 107
1. Direktinvestitionen	- 58 477	+ 59 624	+ 108 983	- 10 391	+ 39 287	+ 43 527	+ 30 453	+ 7 863	+ 36 836
Anlagen außerhalb des Euro-Währungsgebiets	+ 611 335	+ 195 890	+ 635 768	+ 114 014	+ 181 324	+ 165 670	+ 43 966	+ 20 299	+ 57 502
Ausländische Anlagen im Euro-Währungsgebiet	+ 669 813	+ 136 262	+ 526 787	+ 124 406	+ 142 038	+ 122 143	+ 13 513	+ 12 436	+ 20 667
2. Wertpapieranlagen	- 3 844	+ 113 297	+ 201 330	+ 94 330	+ 121 540	+ 142 649	+ 21 452	+ 121 134	+ 9 853
Anlagen außerhalb des Euro-Währungsgebiets	+ 258 618	+ 455 442	+ 395 319	+ 25 547	+ 105 444	+ 134 951	+ 51 876	+ 73 245	+ 31 101
Aktien und Investmentfondsanteile	+ 171 690	+ 143 539	+ 12 577	- 13 330	- 4 109	- 17 519	+ 5 470	+ 14 615	+ 8 439
Langfristige Schuldverschreibungen	+ 79 370	+ 222 275	+ 371 797	+ 71 011	+ 74 905	+ 140 305	+ 38 677	+ 73 992	+ 29 442
Kurzfristige Schuldverschreibungen	+ 7 559	+ 89 628	+ 10 944	- 32 134	+ 34 648	+ 12 164	+ 7 729	- 15 362	- 6 780
Ausländische Anlagen im Euro-Währungsgebiet	+ 262 463	+ 342 144	+ 193 989	- 68 783	- 16 096	- 7 698	+ 30 424	- 47 889	+ 21 248
Aktien und Investmentfondsanteile	+ 189 935	+ 262 328	+ 239 360	+ 4 756	+ 54 205	- 7 916	+ 3 083	+ 18 453	+ 7 254
Langfristige Schuldverschreibungen	+ 64 320	+ 98 062	+ 8 766	- 61 331	- 11 180	- 23 511	+ 26 933	- 90 088	+ 13 005
Kurzfristige Schuldverschreibungen	+ 8 208	- 18 242	- 54 136	- 12 209	- 59 120	+ 23 730	+ 408	+ 23 745	+ 989
3. Finanzderivate und Mitarbeiteraktioptionen	+ 14 605	+ 42 827	+ 84 892	- 1 192	+ 54 203	+ 18 559	- 3 096	- 6 116	- 1 639
4. Übriger Kapitalverkehr	+ 393 233	+ 150 171	- 131 174	- 27 702	- 48 966	- 156 837	+ 20 892	- 78 420	- 4 064
Eurosysteem	+ 57 972	+ 55 790	- 13 537	- 18 210	+ 3 184	- 7 278	- 4 869	- 6 860	+ 5 362
Staat	- 9 132	+ 10 692	+ 20 032	+ 3 832	+ 1 906	+ 8 245	- 798	- 4 348	+ 3 093
Monetäre Finanzinstitute (Ohne Eurosysteem)	+ 262 772	+ 101 813	- 128 148	- 33 056	- 44 254	- 85 405	+ 21 641	- 68 054	+ 5 665
Unternehmen und Privatpersonen	+ 81 622	- 18 125	- 9 520	+ 19 733	- 9 802	- 72 399	+ 4 917	+ 843	- 18 184
5. Währungsreserven des Eurowährungssystems	+ 4 691	+ 4 380	+ 10 568	+ 2 672	+ 4 579	+ 970	+ 1 064	- 1 599	+ 3 120
D. Saldo der statistisch nicht aufgliederbaren Transaktionen	+ 114 462	+ 99 869	- 39 401	- 44 896	+ 58 051	- 10 791	+ 34 120	+ 6 522	+ 28 747

* Quelle: EZB, gemäß den internationalen Standards des Balance of Payments Manual in der 6. Auflage des Internationalen Währungsfonds.

XII. Außenwirtschaft

2. Wichtige Posten der Zahlungsbilanz der Bundesrepublik Deutschland (Salden)

Mio €

Zeit	Leistungsbilanz						Kapitalbilanz (Zunahme an Nettoauslands- vermögen: + / Abnahme: -)			Statistisch nicht auf- gliederbare Trans- aktionen 5)	
	Insgesamt	Warenhandel (fob/fob) 1)		Dienst- leistungen (fob/fob) 3)	Primär- einkommen	Sekundär- einkommen	Vermögens- änderungs- bilanz 4)	Insgesamt	darunter: Währungs- reserven		
		Insgesamt									darunter: Ergänzungen zum Außen- handel, Saldo 2)
2001	-	7 911	+ 101 273	+ 3 321	- 62 833	- 17 195	- 29 155	- 3 258	+ 947	- 6 032	+ 12 116
2002	+	41 655	+ 142 103	+ 6 008	- 45 440	- 25 596	- 29 413	- 4 010	+ 8 038	- 2 065	- 29 606
2003	+	31 347	+ 130 021	- 2 105	- 48 708	- 18 920	- 31 047	+ 5 920	+ 47 559	- 445	+ 10 292
2004	+	101 205	+ 153 166	- 6 859	- 38 713	+ 16 860	- 30 109	- 119	+ 112 834	- 1 470	+ 11 748
2005	+	105 730	+ 157 010	- 6 068	- 40 600	+ 20 905	- 31 585	- 2 334	+ 96 436	- 2 182	- 6 960
2006	+	135 959	+ 161 447	- 4 205	- 34 641	+ 41 453	- 32 300	- 1 328	+ 157 142	- 2 934	+ 22 511
2007	+	169 636	+ 201 989	- 922	- 34 881	+ 36 332	- 33 804	- 1 597	+ 183 169	+ 953	+ 15 130
2008	+	143 318	+ 184 521	- 3 586	- 31 467	+ 24 724	- 34 461	- 893	+ 121 336	+ 2 008	- 21 088
2009	+	141 233	+ 141 167	- 6 064	- 19 648	+ 54 757	- 35 043	- 1 858	+ 129 693	+ 8 648	- 9 683
2010	+	144 890	+ 161 146	- 5 892	- 27 041	+ 50 665	- 39 880	+ 1 219	+ 92 757	+ 1 613	- 53 351
2011	+	164 581	+ 163 426	- 8 900	- 32 482	+ 69 156	- 35 520	+ 1 642	+ 120 858	+ 2 836	- 45 365
2012	+	193 593	+ 200 401	- 10 518	- 32 775	+ 65 825	- 39 858	- 413	+ 144 802	+ 1 297	- 48 378
2013	+	190 420	+ 211 647	- 4 331	- 43 223	+ 65 754	- 43 758	- 591	+ 218 884	+ 838	+ 29 056
2014	+	212 880	+ 226 499	- 7 739	- 35 353	+ 62 387	- 40 653	+ 1 138	+ 244 434	- 2 564	+ 30 415
2015	+	256 144	+ 263 185	- 4 407	- 31 230	+ 63 739	- 39 550	- 159	+ 225 848	- 2 213	- 30 137
2013 3.Vj.	+	41 102	+ 50 743	- 3 290	- 16 483	+ 16 129	- 9 287	- 5	+ 54 577	- 785	+ 13 480
4.Vj.	+	62 069	+ 53 496	- 1 273	- 6 470	+ 26 157	- 11 114	- 1 738	+ 71 558	+ 1 464	+ 11 227
2014 1.Vj.	+	48 137	+ 52 292	+ 168	- 6 298	+ 17 061	- 14 918	+ 2 142	+ 60 264	- 565	+ 9 985
2.Vj.	+	44 982	+ 54 295	- 2 031	- 7 242	+ 4 641	- 6 712	+ 519	+ 55 960	- 610	+ 10 458
3.Vj.	+	54 257	+ 60 313	- 2 818	- 15 461	+ 17 223	- 7 818	+ 367	+ 59 283	+ 332	+ 4 659
4.Vj.	+	65 503	+ 59 599	- 3 058	- 6 352	+ 23 462	- 11 206	- 1 890	+ 68 927	- 1 722	+ 5 313
2015 1.Vj.	+	58 230	+ 60 426	- 1 680	- 4 714	+ 18 340	- 15 822	+ 218	+ 30 366	- 21	- 28 082
2.Vj.	+	58 504	+ 69 391	- 2 043	- 5 941	+ 2 107	- 7 052	+ 1 098	+ 72 772	- 465	+ 13 170
3.Vj.	+	65 959	+ 68 045	+ 577	- 13 852	+ 18 393	- 6 628	+ 703	+ 64 091	- 1 455	- 2 571
4.Vj.	+	73 451	+ 65 323	- 1 260	- 6 722	+ 24 898	- 10 048	- 2 178	+ 58 620	- 272	- 12 654
2016 1.Vj.	+	64 695	+ 64 437	+ 333	- 5 707	+ 19 425	- 13 460	- 417	+ 22 749	+ 1 228	- 41 529
2.Vj. p)	+	73 063	+ 78 178	- 42	- 5 151	+ 4 469	- 4 433	+ 1 560	+ 58 294	+ 761	- 16 329
2014 Jan.	+	13 276	+ 15 435	- 945	- 2 527	+ 4 741	- 4 371	+ 1 486	+ 2 235	- 375	- 12 527
Febr.	+	13 109	+ 17 038	- 278	- 2 507	+ 5 908	- 7 330	+ 417	+ 22 757	- 898	+ 9 231
März	+	21 752	+ 19 819	+ 1 391	- 1 263	+ 6 413	- 3 217	+ 239	+ 35 273	+ 708	+ 13 281
April	+	16 501	+ 18 418	- 720	- 1 585	+ 2 911	- 3 243	+ 186	+ 29 516	+ 151	+ 12 830
Mai	+	12 180	+ 17 917	- 1 675	- 1 948	- 2 726	- 1 063	- 72	+ 9 435	- 631	- 2 673
Juni	+	16 301	+ 17 960	+ 363	- 3 708	+ 4 456	- 2 406	+ 405	+ 17 008	- 130	+ 302
Juli	+	20 303	+ 22 747	- 1 684	- 4 991	+ 5 562	- 3 016	- 402	+ 13 449	+ 431	- 6 452
Aug.	+	10 707	+ 14 254	- 748	- 6 617	+ 5 430	- 2 359	+ 426	+ 13 062	+ 166	+ 1 930
Sept.	+	23 247	+ 23 312	- 385	- 3 853	+ 6 231	- 2 442	+ 343	+ 32 772	- 265	+ 9 181
Okt.	+	21 331	+ 22 823	- 1 448	- 4 994	+ 6 058	- 2 556	- 112	+ 15 294	+ 203	- 5 926
Nov.	+	18 686	+ 18 095	- 382	- 2 039	+ 6 130	- 3 500	+ 152	+ 22 905	+ 30	+ 4 067
Dez.	+	25 486	+ 18 681	- 1 228	+ 681	+ 11 274	- 5 150	- 1 930	+ 30 728	- 1 955	+ 7 172
2015 Jan.	+	14 904	+ 15 713	- 1 154	- 1 713	+ 5 103	- 4 199	+ 20	- 3 644	+ 372	- 18 569
Febr.	+	16 279	+ 19 585	- 948	- 1 625	+ 5 826	- 7 505	+ 24	+ 11 597	+ 266	- 4 707
März	+	27 046	+ 25 129	+ 422	- 1 376	+ 7 411	- 4 117	+ 173	+ 22 413	- 660	- 4 806
April	+	21 546	+ 22 552	- 1 240	- 1 432	+ 3 303	- 2 877	+ 348	+ 31 171	- 69	+ 9 276
Mai	+	11 683	+ 21 472	- 437	- 2 002	- 5 805	- 1 982	+ 557	+ 17 542	- 78	+ 5 301
Juni	+	25 275	+ 25 366	- 367	- 2 507	+ 4 609	- 2 194	+ 192	+ 24 059	- 318	- 1 408
Juli	+	25 385	+ 25 485	- 1 024	- 4 339	+ 6 553	- 2 314	+ 462	+ 20 319	- 1 170	- 5 528
Aug.	+	14 429	+ 16 856	+ 472	- 5 423	+ 5 735	- 2 739	+ 40	+ 19 461	- 180	+ 4 992
Sept.	+	26 144	+ 25 704	+ 1 129	- 4 090	+ 6 106	- 1 575	+ 201	+ 24 311	- 105	- 2 035
Okt.	+	22 157	+ 24 283	+ 23	- 5 847	+ 6 808	- 3 087	- 94	+ 16 509	+ 154	- 5 554
Nov.	+	25 371	+ 22 722	- 378	- 1 741	+ 6 874	- 2 485	+ 163	+ 20 203	- 548	- 5 331
Dez.	+	25 923	+ 18 318	- 905	+ 866	+ 11 216	- 4 476	- 2 248	+ 21 908	+ 123	- 1 768
2016 Jan.	+	14 160	+ 13 749	- 183	- 2 455	+ 5 140	- 2 275	- 89	- 5 751	- 186	- 19 822
Febr.	+	20 896	+ 22 626	+ 673	- 1 143	+ 6 932	- 7 518	+ 426	+ 9 125	+ 1 478	- 12 197
März	+	29 640	+ 28 062	- 158	- 2 109	+ 7 353	- 3 666	- 754	+ 19 375	- 64	- 9 511
April	+	28 351	+ 27 650	- 188	- 845	+ 3 238	- 1 692	+ 1 267	+ 36 312	+ 696	+ 6 694
Mai	+	18 403	+ 23 759	+ 500	- 1 584	- 3 181	- 591	+ 153	+ 4 135	+ 776	- 14 420
Juni p)	+	26 309	+ 26 768	- 354	- 2 722	+ 4 413	- 2 149	+ 141	+ 17 847	- 711	- 8 603

1 Ohne Fracht- und Versicherungskosten des Außenhandels. 2 Unter anderem Lagerverkehr auf inländische Rechnung, Absetzungen der Rückwaren und Absetzungen der Aus- bzw. Einfuhren in Verbindung mit Lohnveredelung. 3 Einschl. Fracht- und Versicherungskosten des Außenhandels. 4 Einschl. Nettoerwerb/veräußerung von

nichtproduzierten Sachvermögen. 5 Statistischer Restposten, der die Differenz zwischen dem Saldo der Kapitalbilanz und den Salden der Leistungs- sowie der Vermögensänderungsbilanz abbildet.

XII. Außenwirtschaft

3. Außenhandel (Spezialhandel) der Bundesrepublik Deutschland nach Ländergruppen und Ländern ¹⁾

Mio €

Ländergruppe/Land		2013	2014	2015	2016					
					Januar	Februar	März	April	Mai	Juni ²⁾
Alle Länder ¹⁾	Ausfuhr	1 088 025	1 123 746	1 196 378	88 596	99 401	106 846	104 344	97 224	106 836
	Einfuhr	890 393	910 145	948 504	75 264	79 451	80 947	78 610	76 196	81 967
	Saldo	+ 197 632	+ 213 601	+ 247 874	+ 13 332	+ 19 950	+ 25 899	+ 25 734	+ 21 028	+ 24 869
I. Europäische Länder	Ausfuhr	743 067	761 914	805 238	62 565	68 819	72 519	71 097	66 810	...
	Einfuhr	625 934	642 738	654 064	50 319	55 301	56 280	55 516	53 179	...
	Saldo	+ 117 133	+ 119 176	+ 151 174	+ 12 246	+ 13 519	+ 16 240	+ 15 580	+ 13 631	...
1. EU-Länder (28)	Ausfuhr	618 383	648 446	693 903	54 568	59 610	62 675	61 296	57 536	...
	Einfuhr	509 738	527 117	543 505	41 963	46 816	47 369	47 012	45 149	...
	Saldo	+ 108 645	+ 121 329	+ 150 397	+ 12 605	+ 12 794	+ 15 306	+ 14 284	+ 12 387	...
EWU-Länder (19)	Ausfuhr	405 220	413 753	435 066	34 312	37 042	39 003	38 527	36 106	...
	Einfuhr	343 487	350 550	356 916	27 627	30 386	31 020	30 511	29 545	...
	Saldo	+ 61 732	+ 63 203	+ 78 151	+ 6 685	+ 6 656	+ 7 984	+ 8 017	+ 6 561	...
darunter: Belgien und Luxemburg	Ausfuhr	47 954	47 345	46 416	3 662	3 922	4 187	4 148	3 883	...
	Einfuhr	41 965	42 548	40 108	3 225	3 396	3 440	3 521	3 087	...
	Saldo	+ 5 989	+ 4 797	+ 6 307	+ 437	+ 526	+ 748	+ 626	+ 796	...
Frankreich	Ausfuhr	99 250	100 580	102 953	8 427	8 685	9 030	8 931	8 098	...
	Einfuhr	63 489	66 714	66 922	5 129	6 050	5 802	5 690	5 673	...
	Saldo	+ 35 761	+ 33 866	+ 36 031	+ 3 297	+ 2 635	+ 3 228	+ 3 240	+ 2 424	...
Italien	Ausfuhr	53 212	54 240	58 070	4 736	5 125	5 434	5 285	5 080	...
	Einfuhr	46 911	48 522	49 056	3 790	4 298	4 404	4 334	4 379	...
	Saldo	+ 6 301	+ 5 718	+ 9 015	+ 945	+ 827	+ 1 030	+ 951	+ 701	...
Niederlande	Ausfuhr	70 975	72 736	79 486	5 987	6 508	6 911	6 668	6 363	...
	Einfuhr	88 698	87 796	87 950	6 714	6 714	7 247	6 851	6 905	...
	Saldo	- 17 723	- 15 060	- 8 463	- 726	- 206	- 336	- 182	- 542	...
Österreich	Ausfuhr	56 217	55 807	58 115	4 468	4 884	5 256	5 185	4 747	...
	Einfuhr	36 734	36 218	37 293	2 853	3 184	3 390	3 270	3 089	...
	Saldo	+ 19 483	+ 19 590	+ 20 822	+ 1 614	+ 1 700	+ 1 865	+ 1 915	+ 1 658	...
Spanien	Ausfuhr	31 349	34 820	38 782	3 096	3 429	3 529	3 665	3 446	...
	Einfuhr	23 639	24 804	26 466	2 090	2 359	2 341	2 465	2 356	...
	Saldo	+ 7 709	+ 10 016	+ 12 316	+ 1 006	+ 1 070	+ 1 188	+ 1 199	+ 1 090	...
Andere EU-Länder	Ausfuhr	213 163	234 693	258 836	20 257	22 568	23 672	22 768	21 430	...
	Einfuhr	166 251	176 567	186 590	14 337	16 430	16 349	16 501	15 604	...
	Saldo	+ 46 912	+ 58 126	+ 72 247	+ 5 920	+ 6 138	+ 7 322	+ 6 267	+ 5 826	...
darunter: Vereinigtes Königreich	Ausfuhr	71 280	79 163	89 285	6 916	7 944	8 024	7 346	6 704	...
	Einfuhr	39 466	38 545	38 326	2 712	3 298	2 997	3 063	2 966	...
	Saldo	+ 31 815	+ 40 618	+ 50 959	+ 4 204	+ 4 646	+ 5 028	+ 4 283	+ 3 738	...
2. Andere europäische Länder	Ausfuhr	124 684	113 468	111 336	7 996	9 209	9 845	9 801	9 274	...
	Einfuhr	116 196	115 621	110 559	8 355	8 484	8 911	8 504	8 030	...
	Saldo	+ 8 488	- 2 153	+ 777	- 359	+ 725	+ 934	+ 1 297	+ 1 244	...
darunter: Schweiz	Ausfuhr	46 924	46 202	49 279	3 838	4 035	4 382	4 241	3 949	...
	Einfuhr	38 321	39 392	42 466	3 314	3 518	3 642	3 705	3 250	...
	Saldo	+ 8 603	+ 6 810	+ 6 813	+ 524	+ 517	+ 740	+ 536	+ 699	...
II. Außereuropäische Länder	Ausfuhr	341 213	358 337	388 569	25 861	30 439	34 284	33 033	30 176	...
	Einfuhr	264 459	267 407	294 438	24 945	24 151	24 571	23 094	23 015	...
	Saldo	+ 76 754	+ 90 930	+ 94 131	+ 915	+ 6 288	+ 9 713	+ 9 939	+ 7 161	...
1. Afrika	Ausfuhr	21 803	22 505	24 038	1 486	1 880	2 695	2 339	1 953	...
	Einfuhr	23 108	20 242	18 241	1 310	1 217	1 333	1 284	1 291	...
	Saldo	- 1 305	+ 2 263	+ 5 797	+ 176	+ 663	+ 1 362	+ 1 055	+ 661	...
2. Amerika	Ausfuhr	130 427	135 293	157 416	10 080	12 393	13 986	12 475	11 790	...
	Einfuhr	75 023	74 191	84 922	6 461	6 749	7 273	6 877	6 750	...
	Saldo	+ 55 404	+ 61 103	+ 72 494	+ 3 619	+ 5 644	+ 6 713	+ 5 598	+ 5 040	...
darunter: Vereinigte Staaten	Ausfuhr	89 348	95 928	113 990	7 474	8 928	10 566	9 024	7 884	...
	Einfuhr	48 582	49 207	59 641	4 540	4 872	5 241	4 847	4 775	...
	Saldo	+ 40 766	+ 46 721	+ 54 350	+ 2 934	+ 4 055	+ 5 325	+ 4 177	+ 3 109	...
3. Asien	Ausfuhr	179 038	190 973	196 869	13 601	15 392	16 759	17 322	15 691	...
	Einfuhr	162 960	170 050	188 337	16 913	15 965	15 701	14 664	14 672	...
	Saldo	+ 16 077	+ 20 923	+ 8 532	- 3 312	- 573	+ 1 058	+ 2 657	+ 1 018	...
darunter: Länder des nahen und mittleren Ostens	Ausfuhr	32 754	35 462	39 697	2 468	2 848	3 322	3 470	3 176	...
	Einfuhr	8 921	7 865	7 318	532	536	459	449	578	...
	Saldo	+ 23 833	+ 27 598	+ 32 379	+ 1 937	+ 2 312	+ 2 863	+ 3 021	+ 2 598	...
Japan	Ausfuhr	17 076	16 910	17 031	1 277	1 408	1 556	1 470	1 371	...
	Einfuhr	19 492	19 007	20 221	1 683	1 718	1 938	1 831	1 707	...
	Saldo	- 2 416	- 2 097	- 3 190	- 406	- 311	- 383	- 361	- 336	...
Volksrepublik China ²⁾	Ausfuhr	66 912	74 369	71 385	5 162	5 842	6 122	6 572	5 836	...
	Einfuhr	74 544	79 828	91 694	8 337	7 863	7 403	6 816	6 833	...
	Saldo	- 7 633	- 5 459	- 20 309	- 3 174	- 2 021	- 1 281	- 244	- 998	...
Neue Industriestaaten und Schwellenländer Asiens ³⁾	Ausfuhr	45 894	48 476	51 669	3 588	3 948	4 305	4 423	3 926	...
	Einfuhr	36 672	38 782	42 443	3 989	3 419	3 499	3 304	3 382	...
	Saldo	+ 9 222	+ 9 695	+ 9 226	- 401	+ 529	+ 806	+ 1 120	+ 543	...
4. Ozeanien und Polarregionen	Ausfuhr	9 946	9 566	10 246	694	775	844	898	743	...
	Einfuhr	3 368	2 924	2 938	261	219	263	269	302	...
	Saldo	+ 6 578	+ 6 641	+ 7 308	+ 432	+ 555	+ 581	+ 629	+ 440	...

* Quelle: Statistisches Bundesamt. Ausfuhr (fob) nach Bestimmungsländern, Einfuhr (cif) aus Ursprungsländern. Ausweis der Länder und Ländergruppen nach dem neuesten Stand. EWU einschl. Litauen. ¹ Einschl. Schiffs- und Luftfahrzeugbedarf

sowie anderer regional nicht zuordenbarer Angaben. ² Ohne Hongkong. ³ Brunei Darussalam, Hongkong, Indonesien, Malaysia, Philippinen, Republik Korea, Singapur, Taiwan und Thailand.

XII. Außenwirtschaft

4. Dienstleistungen sowie Primäreinkommen der Bundesrepublik Deutschland (Salden)

Mio €

Zeit	Dienstleistungen								Primäreinkommen		
	Insgesamt	darunter:							Arbeitnehmerentgelt	Vermögens-einkommen	Sonstiges Primär-einkommen 3)
		Transportdienstleistungen	Reiseverkehr 1)	Finanzdienstleistungen	Gebühren für die Nutzung von geistigem Eigentum	Telekommunikations-, EDV- und Informationsdienstleistungen	Sonstige unternehmensbezogene Dienstleistungen	Regierungsleistungen 2)			
2011	- 32 482	- 8 533	- 33 755	+ 7 812	+ 2 389	+ 857	- 6 787	+ 2 939	+ 3 358	+ 64 718	+ 1 081
2012	- 32 775	- 10 189	- 35 422	+ 8 793	+ 3 030	+ 1 442	- 9 459	+ 3 103	+ 3 155	+ 61 666	+ 1 005
2013	- 43 223	- 12 075	- 37 713	+ 8 123	+ 3 605	- 758	- 5 912	+ 3 078	+ 523	+ 64 008	+ 1 223
2014	- 35 353	- 13 254	- 37 653	+ 7 817	+ 4 274	+ 2 600	- 1 785	+ 3 035	+ 259	+ 61 258	+ 871
2015	- 31 230	- 12 655	- 36 632	+ 10 181	+ 5 118	+ 3 796	- 3 659	+ 3 102	+ 735	+ 63 370	- 366
2014 4.Vj.	- 6 352	- 3 312	- 7 278	+ 2 076	+ 1 130	+ 1 550	- 1 206	+ 705	+ 132	+ 19 643	+ 3 687
2015 1.Vj.	- 4 714	- 2 926	- 5 740	+ 2 319	+ 1 306	+ 278	- 347	+ 904	+ 799	+ 18 598	- 1 057
2.Vj.	- 5 941	- 2 218	- 7 808	+ 2 272	+ 1 093	+ 1 298	- 1 155	+ 830	- 31	+ 3 256	- 1 118
3.Vj.	- 13 852	- 3 352	- 14 495	+ 2 779	+ 847	+ 292	- 594	+ 770	- 445	+ 20 042	- 1 204
4.Vj.	- 6 722	- 4 158	- 8 590	+ 2 811	+ 1 872	+ 1 928	- 1 563	+ 598	+ 411	+ 21 474	+ 3 013
2016 1.Vj. p)	- 5 707	- 2 439	- 6 421	+ 2 272	+ 1 243	+ 249	- 1 168	+ 840	+ 754	+ 19 316	- 645
2.Vj. p)	- 5 151	- 1 187	- 8 057	+ 2 337	+ 1 157	+ 1 061	- 1 039	+ 864	- 152	+ 5 706	- 1 085
2015 Aug.	- 5 423	- 883	- 5 944	+ 777	+ 569	+ 75	- 391	+ 268	- 98	+ 6 226	- 393
Sept.	- 4 090	- 1 339	- 4 890	+ 918	+ 129	+ 412	+ 476	+ 232	- 110	+ 6 670	- 454
Okt.	- 5 847	- 1 409	- 5 526	+ 686	+ 436	+ 197	- 675	+ 235	+ 144	+ 7 076	- 411
Nov.	- 1 741	- 1 530	- 1 759	+ 1 044	+ 609	+ 260	- 683	+ 220	+ 139	+ 7 175	- 440
Dez.	+ 866	- 1 220	- 1 304	+ 1 081	+ 826	+ 1 471	- 205	+ 143	+ 128	+ 7 223	+ 3 864
2016 Jan.	- 2 455	- 921	- 1 687	+ 952	+ 184	- 459	- 722	+ 276	+ 258	+ 5 227	- 345
Febr.	- 1 143	- 1 039	- 1 723	+ 607	+ 774	+ 165	- 138	+ 290	+ 272	+ 6 590	+ 70
März	- 2 109	- 479	- 3 011	+ 714	+ 285	+ 543	- 308	+ 274	+ 224	+ 7 498	- 370
April	- 845	- 443	- 1 174	+ 809	+ 480	- 5	- 666	+ 300	- 33	+ 3 726	- 455
Mai	- 1 584	- 277	- 3 302	+ 854	+ 743	+ 197	- 268	+ 251	- 90	- 2 748	- 344
Juni p)	- 2 722	- 467	- 3 582	+ 675	- 67	+ 869	- 106	+ 314	- 30	+ 4 728	- 285

1 Seit 2001 werden auf der Ausgabenseite die Stichprobenergebnisse einer Haushaltsbefragung genutzt. 2 Einnahmen und Ausgaben öffentlicher Stellen für Dienstleistungen, soweit sie nicht unter anderen Positionen ausgewiesen sind; einschl. den

Einnahmen von ausländischen militärischen Dienststellen. 3 Enthält u.a. Pacht, Produktions- und Importabgaben an die EU sowie Subventionen von der EU.

5. Sekundäreinkommen der Bundesrepublik Deutschland (Salden)

Mio €

Zeit	Staat				Alle Sektoren ohne Staat 2)			
	Insgesamt	Insgesamt	darunter:		Insgesamt	darunter:		
			Übertragungen im Rahmen von internationaler Zusammenarbeit 1)	Laufende Steuern auf Einkommen, Vermögen u.a.		Persönliche Übertragungen 3)	darunter: Heimatüberweisungen	
2011	- 35 520	- 21 293	- 4 446	+ 6 718	- 14 227	- 2 977	- 2 977	
2012	- 39 858	- 25 493	- 5 214	+ 5 206	- 14 366	- 2 952	- 2 952	
2013	- 43 758	- 29 708	- 5 611	+ 6 177	- 14 050	- 3 250	- 3 229	
2014	- 40 653	- 28 169	- 6 076	+ 8 088	- 12 485	- 3 476	- 3 451	
2015	- 39 550	- 25 546	- 7 065	+ 9 800	- 14 004	- 3 540	- 3 523	
2014 4.Vj.	- 11 206	- 8 633	- 1 944	+ 759	- 2 573	- 866	- 863	
2015 1.Vj.	- 15 822	- 12 975	- 2 614	+ 1 327	- 2 847	- 885	- 881	
2.Vj.	- 7 052	- 1 803	- 1 161	+ 6 278	- 5 249	- 885	- 881	
3.Vj.	- 6 628	- 3 850	- 1 196	+ 1 212	- 2 778	- 885	- 881	
4.Vj.	- 10 048	- 6 918	- 2 094	+ 981	- 3 130	- 885	- 881	
2016 1.Vj. p)	- 13 460	- 10 054	- 2 704	+ 1 284	- 3 406	- 1 270	- 1 267	
2.Vj. p)	- 4 433	- 996	- 1 613	+ 5 524	- 3 437	- 1 057	- 1 053	
2015 Aug.	- 2 739	- 1 961	- 441	+ 276	- 778	- 295	- 294	
Sept.	- 1 575	- 551	- 291	+ 659	- 1 024	- 295	- 294	
Okt.	- 3 087	- 2 281	- 394	+ 197	- 806	- 295	- 294	
Nov.	- 2 485	- 1 543	- 722	+ 77	- 941	- 295	- 294	
Dez.	- 4 476	- 3 094	- 979	+ 707	- 1 383	- 295	- 294	
2016 Jan.	- 2 275	- 1 167	- 1 181	+ 586	- 1 109	- 441	- 440	
Febr.	- 7 518	- 6 258	- 1 079	+ 281	- 1 260	- 441	- 440	
März	- 3 666	- 2 629	- 444	+ 416	- 1 038	- 388	- 387	
April	- 1 692	- 703	- 509	+ 1 217	- 989	- 354	- 353	
Mai	- 591	+ 555	- 408	+ 3 020	- 1 147	- 351	- 350	
Juni p)	- 2 149	- 849	- 696	+ 1 287	- 1 301	- 352	- 350	

1 Ohne Vermögensübertragungen, soweit erkennbar. Enthält unentgeltliche Leistungen im Rahmen internationaler Kooperationen und sonstiger laufender Übertragungen. 2 Enthält Prämien und Leistungen von Versicherungen (ohne Lebens-

versicherungen). 3 Übertragungen zwischen inländischen und ausländischen Haushalten.

6. Vermögensänderungsbilanz der Bundesrepublik Deutschland (Salden)

Mio €

Zeit	Insgesamt	Nicht produzierte Sachvermögen	Vermögensübertragungen
2011	+ 1 642	+ 1 148	+ 494
2012	- 413	+ 1 745	- 2 158
2013	- 591	+ 1 076	- 1 667
2014	+ 1 138	+ 2 782	- 1 643
2015	- 159	+ 2 136	- 2 295
2014 4.Vj.	- 1 890	+ 332	- 2 222
2015 1.Vj.	+ 218	- 10	+ 228
2.Vj.	+ 1 098	+ 1 143	- 45
3.Vj.	+ 703	+ 870	- 167
4.Vj.	- 2 178	+ 134	- 2 312
2016 1.Vj. p)	- 417	- 676	+ 259
2.Vj. p)	+ 1 560	+ 2 073	- 512
2015 Aug.	+ 40	+ 294	- 255
Sept.	+ 201	+ 41	+ 160
Okt.	- 94	+ 141	- 235
Nov.	+ 163	+ 274	- 110
Dez.	- 2 248	- 281	- 1 966
2016 Jan.	- 89	+ 2	- 91
Febr.	+ 426	+ 188	+ 238
März	- 754	- 866	+ 112
April	+ 1 267	+ 1 411	- 144
Mai	+ 153	+ 244	- 91
Juni p)	+ 141	+ 418	- 277

XII. Außenwirtschaft

7. Kapitalbilanz der Bundesrepublik Deutschland (Salden)

Mio €

Position	2013	2014	2015	2015		2016			
				4.Vj.	1.Vj.	2.Vj. p)	April	Mai	Juni p)
I. Inländische Nettokapitalanlagen im Ausland (Zunahme: +)	+ 60 705	+ 299 954	+ 253 658	- 53 343	+ 155 981	+ 159 778	+ 69 332	+ 30 301	+ 60 145
1. Direktinvestitionen	+ 68 688	+ 85 658	+ 98 017	+ 29 606	+ 30 747	+ 12 169	+ 805	+ 3 911	+ 7 453
Beteiligungskapital	+ 43 586	+ 66 413	+ 69 542	+ 22 053	+ 22 203	+ 11 573	+ 5 047	+ 4 477	+ 2 048
darunter:									
Reinvestierte Gewinne 1)	+ 17 880	+ 21 373	+ 15 866	+ 4 442	+ 7 335	+ 5 199	+ 2 249	+ 2 282	+ 668
Direktinvestitionskredite	+ 25 103	+ 19 246	+ 28 475	+ 7 552	+ 8 544	+ 597	- 4 242	- 567	+ 5 405
2. Wertpapieranlagen	+ 140 366	+ 149 023	+ 124 134	+ 17 656	+ 47 212	+ 34 164	+ 21 287	+ 8 390	+ 4 486
Aktien 2)	+ 18 946	+ 12 380	+ 19 737	+ 7 552	+ 1 314	+ 4 647	- 937	+ 4 046	+ 1 538
Investmentsfondanteile 3)	+ 32 407	+ 41 302	+ 35 495	+ 4 620	+ 9 724	+ 7 796	+ 6 199	+ 1 192	+ 404
Langfristige Schuldverschreibungen 4)	+ 84 469	+ 95 794	+ 73 923	+ 6 023	+ 31 209	+ 26 475	+ 15 607	+ 6 109	+ 4 759
Kurzfristige Schuldverschreibungen 5)	+ 4 543	- 454	- 5 021	- 539	+ 4 965	- 4 754	+ 418	- 2 957	- 2 215
3. Finanzderivate und Mitarbeiteraktioptionen 6)	+ 23 944	+ 31 769	+ 25 796	+ 5 492	+ 4 925	+ 3 970	+ 2 522	+ 1 367	+ 80
4. Übriger Kapitalverkehr 7)	- 173 131	+ 36 069	+ 7 923	- 105 825	+ 71 868	+ 108 714	+ 44 022	+ 15 857	+ 48 835
Monetäre Finanzinstitute 8)									
langfristig	- 56 929	+ 76 305	- 90 287	- 110 672	+ 11 342	+ 38 581	+ 20 263	- 5 720	+ 24 037
kurzfristig	- 50 777	+ 21 149	- 2 803	- 15 050	+ 1 948	+ 8 492	+ 710	+ 6 403	+ 1 378
Unternehmen und Privatpersonen 9)									
langfristig	+ 21 335	- 7 517	- 13 097	- 22 398	+ 30 486	- 3 942	+ 11 195	- 10 338	- 4 800
kurzfristig	+ 7 033	+ 2 091	+ 12 588	+ 1 260	- 772	- 220	- 522	+ 1 803	- 1 501
Staat									
langfristig	+ 14 302	- 9 608	- 25 685	- 23 658	+ 31 258	- 3 722	+ 11 717	- 12 140	- 3 299
kurzfristig	+ 7 982	+ 17 161	- 12 057	- 1 790	+ 5 061	+ 2 195	- 4 021	+ 2 144	+ 4 071
Bundesbank									
langfristig	+ 15 663	- 405	- 7 425	- 1 202	- 1 367	- 790	- 220	+ 21	- 592
kurzfristig	- 7 681	+ 17 566	- 4 632	- 588	+ 6 428	+ 2 985	- 3 801	+ 2 123	+ 4 663
5. Währungsreserven	- 145 519	- 49 880	+ 123 364	+ 29 035	+ 24 980	+ 71 881	+ 16 584	+ 29 771	+ 25 526
II. Ausländische Nettokapitalanlagen im Inland (Zunahme: +)	+ 838	- 2 564	- 2 213	- 272	+ 1 228	+ 761	+ 696	+ 776	- 711
1. Direktinvestitionen	- 158 179	+ 55 521	+ 27 809	- 111 963	+ 133 231	+ 101 484	+ 33 020	+ 26 166	+ 42 298
Beteiligungskapital	+ 47 079	+ 6 240	+ 41 579	+ 4 087	+ 26 907	+ 28 299	+ 5 761	+ 6 432	+ 16 106
darunter:									
Reinvestierte Gewinne 1)	+ 685	+ 23 991	+ 18 498	+ 1 593	+ 6 492	+ 4 805	+ 4 774	+ 655	- 624
Direktinvestitionskredite	- 4 538	+ 3 662	+ 5 765	- 1 378	+ 3 677	+ 802	+ 1 331	+ 267	- 796
2. Wertpapieranlagen	+ 46 394	- 17 751	+ 23 081	+ 2 494	+ 20 416	+ 23 494	+ 987	+ 5 778	+ 16 730
Aktionen 2)	- 20 184	+ 11 583	- 75 003	- 49 097	+ 6 102	- 31 648	- 25 312	+ 16 213	- 22 549
Investmentsfondanteile 3)	+ 4 933	+ 5 137	+ 10 255	+ 4 866	- 2 998	- 5 514	- 1 764	- 1 387	- 2 363
Langfristige Schuldverschreibungen 4)	+ 6 069	- 5 154	+ 5 515	+ 584	- 2 777	- 1 834	- 1 587	+ 161	- 408
Kurzfristige Schuldverschreibungen 5)	- 8 329	+ 14 785	- 97 980	- 32 606	- 6 427	- 31 934	- 27 331	+ 15 795	- 20 398
3. Übriger Kapitalverkehr 7)	- 22 857	- 3 185	+ 7 207	- 21 941	+ 18 303	+ 7 633	+ 5 369	+ 1 643	+ 621
Monetäre Finanzinstitute 8)	- 185 075	+ 37 698	+ 61 232	- 66 953	+ 100 221	+ 104 833	+ 52 571	+ 3 521	+ 48 741
langfristig	- 158 323	+ 32 495	- 41 434	- 99 753	+ 41 105	+ 68 523	+ 48 647	+ 8 185	+ 11 692
kurzfristig	- 16 819	- 14 555	- 19 517	- 1 753	- 3 913	- 3 063	- 1 856	- 918	- 289
Unternehmen und Privatpersonen 9)	- 141 504	+ 47 050	- 21 918	- 98 000	+ 45 018	+ 71 587	+ 50 503	+ 9 103	+ 11 981
langfristig	- 1 957	+ 16 777	+ 18 120	+ 5 579	+ 39 419	- 315	+ 32	- 9 059	+ 8 712
kurzfristig	- 13 166	- 2 008	+ 15 290	- 1 038	+ 141	- 1 253	+ 1 005	- 1 667	- 591
Staat	+ 11 209	+ 18 785	+ 2 829	+ 6 616	+ 39 278	+ 938	- 973	- 7 393	+ 9 304
langfristig	- 1 900	- 5 610	- 11 235	+ 204	+ 5 643	+ 6 637	- 801	- 2 733	+ 10 171
kurzfristig	+ 8 979	- 931	- 3 654	+ 283	- 2 478	+ 2 898	+ 105	+ 67	+ 2 726
Bundesbank	- 10 878	- 4 680	- 7 582	- 79	+ 8 121	+ 3 739	- 907	- 2 800	+ 7 445
Bundesbank	- 22 895	- 5 964	+ 95 782	+ 27 018	+ 14 054	+ 29 988	+ 4 694	+ 7 129	+ 18 165
III. Saldo der Kapitalbilanz (Zunahme: +)	+ 218 884	+ 244 434	+ 225 848	+ 58 620	+ 22 749	+ 58 294	+ 36 312	+ 4 135	+ 17 847

1 Geschätzt auf der Grundlage der Angaben über den Stand der Direktinvestitionen im Ausland und in der Bundesrepublik Deutschland (siehe Statistische Sonderveröffentlichung 10). 2 Einschl. Genussscheine. 3 Einschl. reinvestierter Erträge. 4 Bis einschl. 2012 bereinigt um Stückzinsen. Langfristig: ursprüngliche Laufzeit von mehr als einem Jahr oder keine Laufzeitbegrenzung. 5 Kurzfristig: ursprüngliche Laufzeit

bis zu einem Jahr. 6 Saldo der Transaktionen aus Optionen und Finanztermingeschäften. 7 Enthält insbesondere Finanz- und Handelskredite sowie Bargeld und Einlagen. 8 Ohne Bundesbank. 9 Enthält finanzielle Kapitalgesellschaften (ohne die Monetären Finanzinstitute) sowie nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften, private Haushalte und private Organisationen ohne Erwerbszweck.

XII. Außenwirtschaft

8. Auslandsposition der Deutschen Bundesbank seit Beginn der Europäischen Währungsunion ^{o)}

Mio €

Ende des Berichts- zeitraums	Auslandsaktiva									Auslands- passiva ^{3) 4)}	Netto- Auslands- position (Spalte 1 abzüglich Spalte 10)
	insgesamt	Währungsreserven					Übrige Kapitalanlagen				
		insgesamt	Gold und Goldforde- rungen	Sonder- ziehungs- rechte	Reserve- position im IWF	Bargeld, Einlagen und Wertpapier- anlagen	insgesamt	darunter: Verrech- nungs- konten innerhalb des ESZB ¹⁾	Wertpapier- anlagen ²⁾		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	
1999 Jan. ⁵⁾	95 316	93 940	29 312	1 598	6 863	56 167	1 376	–	–	9 628	85 688
1999	141 958	93 039	32 287	1 948	6 383	52 420	48 919	26 275	–	7 830	134 128
2000	100 762	93 815	32 676	1 894	5 868	53 377	6 947	– 6 851	–	8 287	92 475
2001	76 147	93 215	35 005	2 032	6 689	49 489	– 17 068	– 30 857	–	10 477	65 670
2002	103 948	85 002	36 208	1 888	6 384	40 522	18 780	4 995	166	66 213	37 735
2003	95 394	76 680	36 533	1 540	6 069	32 538	18 259	4 474	454	83 296	12 098
2004	93 110	71 335	35 495	1 512	5 036	29 292	21 110	7 851	665	95 014	– 1 904
2005	130 268	86 181	47 924	1 601	2 948	33 708	43 184	29 886	902	115 377	14 891
2006	104 389	84 765	53 114	1 525	1 486	28 640	18 696	5 399	928	134 697	– 30 308
2007	179 492	92 545	62 433	1 469	949	27 694	84 420	71 046	2 527	176 569	2 923
2008	230 775	99 185	68 194	1 576	1 709	27 705	129 020	115 650	2 570	237 893	– 7 118
2009	323 286	125 541	83 939	13 263	2 705	25 634	190 288	177 935	7 458	247 645	75 641
2010	524 695	162 100	115 403	14 104	4 636	27 957	337 921	325 553	24 674	273 241	251 454
2011	714 662	184 603	132 874	14 118	8 178	29 433	475 994	463 311	54 065	333 730	380 932
2012	921 002	188 630	137 513	13 583	8 760	28 774	668 672	655 670	63 700	424 999	496 003
2013	721 741	143 753	94 876	12 837	7 961	28 080	523 153	510 201	54 834	401 524	320 217
2014	678 804	158 745	107 475	14 261	6 364	30 646	473 274	460 846	46 784	396 623	282 181
2015	800 709	159 532	105 792	15 185	5 132	33 423	596 638	584 210	44 539	493 509	307 199
2013 Nov.	761 730	148 010	99 631	12 962	7 945	27 473	557 441	544 488	56 278	412 241	349 489
Dez.	721 741	143 753	94 876	12 837	7 961	28 080	523 153	510 201	54 834	401 524	320 217
2014 Jan.	716 868	149 930	100 432	13 030	8 080	28 388	512 785	500 357	54 153	405 409	311 459
Febr.	718 317	152 432	104 678	12 862	7 728	27 165	511 660	499 232	54 225	394 012	324 305
März	687 557	150 615	102 179	12 866	7 720	27 850	482 503	470 075	54 440	382 743	304 814
April	692 956	150 048	101 564	13 057	7 893	27 534	490 117	477 688	52 792	403 530	289 426
Mai	680 888	148 949	100 274	13 213	7 912	27 550	479 290	466 862	52 649	406 416	274 472
Juni	678 136	153 017	104 600	13 213	7 982	27 622	474 245	461 817	50 874	399 788	278 348
Juli	660 521	154 885	105 317	13 497	7 665	28 406	455 977	443 548	49 659	378 120	282 401
Aug.	681 324	156 411	106 079	13 794	7 339	29 199	476 732	464 303	48 181	380 001	301 323
Sept.	696 802	156 367	104 629	14 113	7 751	29 873	492 348	479 920	48 087	386 216	310 586
Okt.	681 790	154 133	101 929	14 125	7 628	30 450	481 136	468 708	46 521	396 445	285 345
Nov.	682 969	155 424	103 245	14 045	7 520	30 615	480 294	467 866	47 250	400 850	282 119
Dez.	678 804	158 745	107 475	14 261	6 364	30 646	473 274	460 846	46 784	396 623	282 181
2015 Jan.	751 062	176 741	121 607	14 895	6 488	33 751	527 698	515 266	46 623	452 230	298 833
Febr.	744 552	172 120	116 647	14 956	6 361	34 157	525 795	513 365	46 637	444 069	300 483
März	767 856	176 922	119 988	15 311	5 944	35 679	544 130	531 701	46 804	435 366	332 490
April	762 437	171 758	116 812	14 967	5 796	34 184	544 620	532 192	46 058	436 617	325 820
Mai	758 500	173 842	118 141	15 124	5 744	34 833	538 619	526 191	46 039	437 079	321 421
Juni	756 263	168 299	113 838	15 000	5 617	33 844	543 502	531 074	44 461	440 233	316 029
Juli	763 247	163 071	108 872	15 172	4 919	34 107	555 013	542 585	45 162	446 157	317 090
Aug.	781 286	162 917	110 012	14 934	5 164	32 807	573 712	561 284	44 657	443 522	337 764
Sept.	774 428	161 922	108 959	14 941	5 191	32 831	567 602	555 174	44 903	466 216	308 212
Okt.	786 694	166 664	112 836	15 126	5 199	33 503	575 246	562 818	44 784	474 882	311 811
Nov.	813 320	163 816	108 820	15 475	5 217	34 303	604 946	592 518	44 558	491 813	321 506
Dez.	800 709	159 532	105 792	15 185	5 132	33 423	596 638	584 210	44 539	493 509	307 199
2016 Jan.	807 971	164 656	111 126	15 055	5 197	33 278	599 427	587 000	43 888	482 988	324 983
Febr.	839 336	177 917	122 535	15 109	6 899	33 374	617 434	605 006	43 985	500 440	338 895
März	837 375	171 266	117 844	14 730	6 730	31 962	621 617	609 190	44 491	504 187	333 188
April	856 266	175 738	121 562	14 793	6 759	32 623	638 201	625 774	42 327	508 944	347 323
Mai	884 887	173 927	118 133	14 970	6 839	33 984	667 972	655 544	42 988	519 210	365 677
Juni	922 232	184 628	128 963	14 746	6 780	34 139	693 498	681 070	44 106	537 378	384 854
Juli	904 044	186 300	130 417	14 698	6 736	34 449	672 748	660 320	44 996	540 084	363 961

^{o)} Forderungen und Verbindlichkeiten gegenüber allen Ländern innerhalb und außerhalb der Europäischen Währungsunion. Bis Dezember 2000 sind die Bestände zu jedem Quartalsende aufgrund der Neubewertung zu Marktpreisen ausgewiesen; innerhalb eines Quartals erfolgte die Ermittlung des Bestandes jedoch auf der Grundlage kumulierter Transaktionswerte. Ab Januar 2001 werden alle Monatsendstände zu Marktpreisen bewertet. **1** Enthält vor allem die Netto-Forderungen aus dem

Target-System (in der jeweiligen Länderabgrenzung), seit November 2000 auch die Salden gegenüber den Nicht-EWU-Zentralbanken innerhalb des ESZB. **2** In der Hauptsache langfristige Schuldverschreibungen von Emittenten innerhalb des Euro-Währungsgebiets. **3** Einschl. Schätzungen zum Bargeldumlauf im Ausland. **4** Vgl. Deutsche Bundesbank, Monatsbericht Oktober 2014, Seite 24. **5** Euro-Eröffnungsbilanz der Bundesbank zum 1. Januar 1999.

XII. Außenwirtschaft

9. Forderungen und Verbindlichkeiten von Unternehmen in Deutschland (ohne Banken) gegenüber dem Ausland ¹⁾

Mio €

Stand am Jahres- bzw. Monatsende	Forderungen an das Ausland						Verbindlichkeiten gegenüber dem Ausland							
	insgesamt	Guthaben bei aus- ländischen Banken	Forderungen an ausländische Nichtbanken				insgesamt	Kredite von aus- ländischen Banken	Verbindlichkeiten gegenüber ausländischen Nichtbanken					
			zusammen	aus Finanz- bezie- hungen	aus Handelskrediten				zusammen	aus Finanz- bezie- hungen	aus Handelskrediten			
					zusammen	gewährte Zahlungs- ziele					geleistete An- zahlungen	zusammen	in An- spruch ge- nommene Zahlungs- ziele	empfan- gene An- zahlungen
Alle Länder														
2012	740 809	271 964	468 845	294 248	174 597	158 825	15 772	910 837	170 262	740 575	578 391	162 184	94 292	67 892
2013	785 507	281 970	503 537	323 869	179 668	164 454	15 214	936 110	143 112	792 998	630 740	162 258	95 301	66 957
2014	822 028	278 523	543 506	357 855	185 651	170 854	14 797	939 809	150 429	789 379	624 860	164 519	98 104	66 415
2015	852 363	264 278	588 085	395 013	193 072	178 495	14 576	976 497	142 494	834 003	652 968	181 035	108 750	72 285
2016 Jan.	846 398	273 154	573 244	388 749	184 495	169 786	14 708	974 421	146 162	828 259	654 534	173 725	100 803	72 922
Febr.	874 773	291 586	583 187	393 091	190 095	175 332	14 763	1 009 838	164 012	845 826	667 275	178 551	103 967	74 583
März	883 207	287 250	595 957	400 697	195 260	180 437	14 822	1 027 771	165 906	861 865	679 384	182 481	108 046	74 435
April	890 888	298 645	592 243	397 288	194 955	179 780	15 175	1 027 429	167 545	859 884	679 990	179 894	105 422	74 472
Mai ^{r)}	881 076	281 620	599 455	405 152	194 303	179 006	15 297	1 027 622	148 798	878 823	699 546	179 278	104 941	74 337
Juni	880 003	275 784	604 219	404 291	199 928	184 927	15 001	1 051 427	151 918	899 509	715 300	184 209	109 968	74 241
Industrieländer ¹⁾														
2012	653 244	269 560	383 684	265 387	118 297	104 957	13 339	824 118	167 853	656 265	542 976	113 289	79 107	34 181
2013	694 860	278 667	416 194	294 116	122 077	108 620	13 458	849 161	141 744	707 417	593 197	114 219	79 543	34 676
2014	720 924	273 624	447 300	321 894	125 406	112 308	13 098	851 172	149 212	701 960	585 678	116 282	81 103	35 179
2015	747 289	260 378	486 912	354 225	132 687	119 558	13 129	881 625	137 526	744 099	617 932	126 168	89 593	36 575
2016 Jan.	743 124	269 139	473 986	347 306	126 680	113 404	13 276	882 924	143 944	738 981	620 048	118 932	82 347	36 585
Febr.	770 595	287 714	482 881	351 585	131 297	118 011	13 286	913 388	156 995	756 393	633 157	123 236	85 904	37 332
März	778 357	283 324	495 033	359 834	135 199	124 844	13 355	927 197	154 259	772 937	645 563	127 374	89 901	37 474
April	784 153	295 131	489 022	355 235	133 787	120 105	13 682	930 270	158 850	771 420	646 146	125 274	87 540	37 734
Mai ^{r)}	774 260	277 851	496 410	363 225	133 184	119 399	13 785	931 064	140 435	790 629	665 236	125 393	87 134	38 259
Juni	773 105	271 974	501 131	363 029	138 102	124 648	13 454	949 784	141 769	808 015	679 587	128 428	91 144	37 285
EU-Länder ¹⁾														
2012	541 602	247 534	294 068	209 426	84 642	74 167	10 474	695 152	156 550	538 602	458 488	80 114	53 607	26 507
2013	586 790	264 116	322 674	235 608	87 066	76 539	10 527	710 428	127 372	583 057	503 394	79 662	53 339	26 323
2014	606 568	258 507	348 061	259 475	88 585	77 975	10 611	712 497	134 943	577 555	496 878	80 677	53 797	26 880
2015	613 734	242 218	371 516	276 868	94 648	84 078	10 577	725 496	127 114	598 383	513 560	84 823	58 469	26 354
2016 Jan.	613 335	250 758	362 577	271 602	90 975	80 300	10 675	730 367	134 847	595 520	515 261	80 259	54 071	26 188
Febr.	639 193	271 325	367 868	273 949	93 919	83 284	10 635	754 032	148 517	605 515	521 753	83 762	56 972	26 790
März	643 718	266 225	377 494	281 292	96 201	85 399	10 803	768 240	145 494	622 746	536 094	86 652	59 707	26 945
April	655 949	278 786	377 162	281 741	95 422	84 334	11 087	767 248	148 165	619 084	535 043	84 041	56 975	27 065
Mai ^{r)}	645 080	260 815	384 265	288 942	95 323	84 146	11 177	766 982	130 473	636 509	552 330	84 180	56 627	27 553
Juni	636 691	254 830	381 861	284 348	97 513	86 675	10 838	777 925	128 096	649 829	563 576	86 253	59 287	26 966
darunter: EWU-Mitgliedsländer ²⁾														
2012	392 642	188 317	204 325	149 452	54 873	48 975	5 898	572 475	110 053	462 423	408 485	53 937	36 741	17 196
2013	427 049	197 297	229 752	173 609	56 143	49 968	6 175	602 056	101 150	500 906	447 404	53 502	36 670	16 832
2014	449 392	203 069	246 323	189 755	56 568	50 348	6 220	598 660	105 883	492 777	440 290	52 487	35 568	16 919
2015	457 947	195 011	262 936	201 414	61 522	54 913	6 609	589 407	91 735	497 672	444 542	53 130	37 976	15 755
2016 Jan.	461 143	200 677	260 466	200 521	59 946	53 194	6 751	598 659	101 003	497 656	446 583	51 072	36 016	15 056
Febr.	475 470	214 552	260 918	199 605	61 313	54 582	6 731	612 509	109 540	502 969	449 528	53 441	38 143	15 299
März	472 348	204 988	267 360	205 072	62 289	55 497	6 792	620 115	100 578	519 537	464 419	55 118	39 855	15 263
April	479 513	208 903	270 610	207 865	62 745	55 745	7 001	624 101	107 214	516 886	463 344	53 543	38 321	15 222
Mai ^{r)}	473 673	202 636	271 037	208 569	62 468	55 501	6 967	621 900	96 071	525 829	472 502	53 327	37 892	15 434
Juni	469 684	198 682	271 002	207 525	63 476	56 689	6 787	634 548	96 870	537 678	482 667	55 011	39 693	15 318
Schwellen- und Entwicklungsländer ³⁾														
2012	87 552	2 404	85 147	28 858	56 289	53 856	2 432	86 688	2 409	84 279	35 415	48 864	15 181	33 683
2013	90 640	3 303	87 337	29 751	57 586	55 829	1 757	86 946	1 368	85 578	37 543	48 035	15 755	32 280
2014	101 101	4 899	96 202	35 957	60 244	58 546	1 699	88 634	1 217	87 417	39 182	48 235	17 001	31 234
2015	104 086	3 093	100 994	40 788	60 205	58 148	1 448	90 701	997	89 704	34 836	54 868	19 157	35 710
2016 Jan.	102 303	3 206	99 097	41 431	57 666	56 233	1 432	90 088	1 010	89 079	34 286	54 793	18 456	36 336
Febr.	103 209	3 062	100 147	41 494	58 653	57 175	1 478	90 274	1 041	89 233	33 918	55 315	18 064	37 251
März	103 883	3 114	100 769	40 851	59 917	58 450	1 467	89 814	1 087	88 728	33 621	55 106	18 145	36 961
April	105 756	2 701	103 055	42 041	61 014	59 521	1 493	89 565	1 301	88 264	33 645	54 619	17 881	36 738
Mai ^{r)}	105 804	2 956	102 848	41 893	60 956	59 444	1 512	89 407	1 412	87 995	34 110	53 885	17 806	36 078
Juni	105 866	2 995	102 871	41 228	61 643	60 096	1 547	92 780	1 526	91 254	35 513	55 741	18 785	36 956

* Forderungen und Verbindlichkeiten der Banken (MFIs) in Deutschland gegenüber dem Ausland werden im Abschnitt IV Banken in der Tabelle 4 ausgewiesen. Statistisch bedingte Zu- und Abgänge sind nicht ausgeschaltet; die Bestandsveränderungen sind insoweit mit den in der Tabelle XI. 7 ausgewiesenen Zahlen nicht vergleichbar. Ab Berichtsmonat Dezember 2012 basieren die Ergebnisse auf einer erweiterten

Erhebung und einem neuen Berechnungsverfahren. **1** Ab Juli 2013 einschl. Kroatien. **2** Ab Januar 2011 einschl. Estland; ab Januar 2014 einschl. Lettland; ab Januar 2015 einschl. Litauen. **3** Alle Länder, die nicht als Industrieländer gelten. Ab Januar 2011 einschl. Bonaire, St.Eustatius, Saba und Curacao und St.Martin (niederl. Teil); bis Juni 2013 einschl. Kroatien. **r** Berichtigt.

XII. Außenwirtschaft

10. Euro-Referenzkurse der Europäischen Zentralbank für ausgewählte Währungen *)

1 EUR = ... Währungseinheiten

Durchschnitt im Jahr bzw. im Monat	Australien AUD	China CNY 1)	Dänemark DKK	Japan JPY	Kanada CAD	Norwegen NOK	Schweden SEK	Schweiz CHF	Vereinigte Staaten USD	Vereinigtes Königreich GBP
1999	1,6523	.	7,4355	121,32	1,5840	8,3104	8,8075	1,6003	1,0658	0,65874
2000	1,5889	2) 7,6168	7,4538	99,47	1,3706	8,1129	8,4452	1,5579	0,9236	0,60948
2001	1,7319	7,4131	7,4521	108,68	1,3864	8,0484	9,2551	1,5105	0,8956	0,62187
2002	1,7376	7,8265	7,4305	118,06	1,4838	7,5086	9,1611	1,4670	0,9456	0,62883
2003	1,7379	9,3626	7,4307	130,97	1,5817	8,0033	9,1242	1,5212	1,1312	0,69199
2004	1,6905	10,2967	7,4399	134,44	1,6167	8,3697	9,1243	1,5438	1,2439	0,67866
2005	1,6320	10,1955	7,4518	136,85	1,5087	8,0092	9,2822	1,5483	1,2441	0,68380
2006	1,6668	10,0096	7,4591	146,02	1,4237	8,0472	9,2544	1,5729	1,2556	0,68173
2007	1,6348	10,4178	7,4506	161,25	1,4678	8,0165	9,2501	1,6427	1,3705	0,68434
2008	1,7416	10,2236	7,4560	152,45	1,5594	8,2237	9,6152	1,5874	1,4708	0,79628
2009	1,7727	9,5277	7,4462	130,34	1,5850	8,7278	10,6191	1,5100	1,3948	0,89094
2010	1,4423	8,9712	7,4473	116,24	1,3651	8,0043	9,5373	1,3803	1,3257	0,85784
2011	1,3484	8,9960	7,4506	110,96	1,3761	7,7934	9,0298	1,2326	1,3920	0,86788
2012	1,2407	8,1052	7,4437	102,49	1,2842	7,4751	8,7041	1,2053	1,2848	0,81087
2013	1,3777	8,1646	7,4579	129,66	1,3684	7,8067	8,6515	1,2311	1,3281	0,84926
2014	1,4719	8,1857	7,4548	140,31	1,4661	8,3544	9,0985	1,2146	1,3285	0,80612
2015	1,4777	6,9733	7,4587	134,31	1,4186	8,9496	9,3535	1,0679	1,1095	0,72584
2015 Aug.	1,5269	7,0626	7,4627	137,12	1,4637	9,1815	9,5155	1,0777	1,1139	0,71423
Sept.	1,5900	7,1462	7,4610	134,85	1,4882	9,3075	9,3924	1,0913	1,1221	0,73129
Okt.	1,5586	7,1346	7,4601	134,84	1,4685	9,2892	9,3485	1,0882	1,1235	0,73287
Nov.	1,5011	6,8398	7,4602	131,60	1,4248	9,2572	9,3133	1,0833	1,0736	0,70658
Dez.	1,5009	7,0193	7,4612	132,36	1,4904	9,4642	9,2451	1,0827	1,0877	0,72595
2016 Jan.	1,5510	7,1393	7,4619	128,32	1,5447	9,5899	9,2826	1,0941	1,0860	0,75459
Febr.	1,5556	7,2658	7,4628	127,35	1,5317	9,5628	9,4105	1,1018	1,1093	0,77559
März	1,4823	7,2220	7,4569	125,39	1,4697	9,4300	9,2848	1,0920	1,1100	0,78020
April	1,4802	7,3461	7,4427	124,29	1,4559	9,3224	9,2027	1,0930	1,1339	0,79230
Mai	1,5461	7,3864	7,4386	123,21	1,4626	9,3036	9,2948	1,1059	1,1311	0,77779
Juni	1,5173	7,4023	7,4371	118,45	1,4477	9,3278	9,3338	1,0894	1,1229	0,79049
Juli	1,4694	7,3910	7,4390	115,25	1,4428	9,3690	9,4742	1,0867	1,1069	0,84106

* Eigene Berechnungen der Durchschnitte auf Basis der täglichen Euro-Referenzkurse der EZB; weitere Euro-Referenzkurse siehe: Statistisches Beiheft 5 Devisenkursstatistik.

1 Bis März 2005 Indikativkurse der EZB. 2 Durchschnitt vom 13. Januar bis 29. Dezember 2000.

11. Euro-Mitgliedsländer und die unwiderruflichen Euro-Umrechnungskurse ihrer Währungen in der dritten Stufe der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion

Ab	Land	Währung	ISO-Währungscode	1 EUR = ... Währungseinheiten
1999 1. Januar	Belgien	Belgischer Franc	BEF	40,3399
	Deutschland	Deutsche Mark	DEM	1,95583
	Finnland	Finnmark	FIM	5,94573
	Frankreich	Französischer Franc	FRF	6,55957
	Irland	Irishes Pfund	IEP	0,787564
	Italien	Italienische Lira	ITL	1 936,27
	Luxemburg	Luxemburgischer Franc	LUF	40,3399
	Niederlande	Holländischer Gulden	NLG	2,20371
	Österreich	Schilling	ATS	13,7603
	Portugal	Escudo	PTE	200,482
	Spanien	Peseta	ESP	166,386
2001 1. Januar	Griechenland	Drachme	GRD	340,750
2007 1. Januar	Slowenien	Tolar	SIT	239,640
2008 1. Januar	Malta	Maltesische Lira	MTL	0,429300
	Zypern	Zypern-Pfund	CYP	0,585274
2009 1. Januar	Slowakei	Slowakische Krone	SKK	30,1260
2011 1. Januar	Estland	Estnische Krone	EEK	15,6466
2014 1. Januar	Lettland	Lats	LVL	0,702804
2015 1. Januar	Litauen	Litas	LTL	3,45280

XII. Außenwirtschaft

12. Effektive Wechselkurse des Euro und Indikatoren der preislichen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft *)

1. Vj. 1999 = 100

Zeit	Effektiver Wechselkurs des Euro				Indikatoren der preislichen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft									
	EWK-19 1)				EWK-38 2)		auf Basis der Deflatoren des Gesamtabsatzes 3)				auf Basis der Verbraucherpreisindizes			
	nominal	real, auf Basis der Verbraucherpreisindizes	real, auf Basis der Deflatoren des Bruttoinlandsprodukts 3)	real, auf Basis der Lohnstückkosten in der Gesamtwirtschaft 3)	nominal	real, auf Basis der Verbraucherpreisindizes 4)	26 ausgewählte Industrieländer 5)				37 Länder 6)	26 ausgewählte Industrieländer 5)	37 Länder 6)	56 Länder 7)
							insgesamt	EWU-Länder	Länder außerhalb der EWU	37 Länder 6)				
1999	96,3	96,0	96,0	96,1	96,5	95,8	97,8	99,5	95,7	97,6	98,2	98,0	97,7	
2000	87,1	86,5	85,8	85,3	87,9	85,8	91,7	97,3	85,1	90,7	92,9	91,9	90,8	
2001	87,8	87,1	86,4	86,2	90,5	86,9	91,6	96,4	85,9	90,1	92,9	91,4	90,8	
2002	90,1	90,2	89,3	89,6	95,0	90,5	92,2	95,5	88,4	90,6	93,5	91,9	91,7	
2003	100,7	101,2	100,2	101,0	106,9	101,4	95,6	94,5	97,6	94,8	97,1	96,5	96,7	
2004	104,5	105,0	103,0	104,5	111,5	105,1	95,9	93,3	100,0	95,1	98,5	98,0	98,3	
2005	102,9	103,5	100,8	102,5	109,5	102,5	94,7	92,0	99,1	92,9	98,5	96,9	96,6	
2006	102,8	103,5	100,1	101,4	109,4	101,8	93,5	90,3	98,5	91,2	98,6	96,5	95,8	
2007	106,3	106,2	101,9	103,7	112,9	103,8	94,4	89,5	102,5	91,5	100,9	97,9	97,0	
2008	109,4	108,3	103,3	107,0	117,1	105,8	94,6	88,1	105,6	90,5	102,2	97,8	97,1	
2009	110,8	109,0	104,0	111,7	120,0	106,8	94,8	88,8	104,8	91,1	101,8	98,0	97,5	
2010	103,6	101,3	95,6	103,6	111,5	97,8	92,3	88,5	98,4	87,3	98,8	93,6	92,0	
2011	103,3	100,2	93,5	102,3	112,2	97,2	91,9	88,3	97,7	86,4	98,2	92,8	91,3	
2012	97,6	95,0	88,0	95,9	107,0	92,4	90,1	88,3	92,8	83,8	95,9	89,8	88,2	
2013	101,2	98,2	91,1	99,1	111,9	95,5	92,6	88,8	98,6	85,9	98,3	91,6	90,3	
2014	101,8	97,8	91,2	100,5	114,7	96,1	93,3	89,6	99,2	86,6	98,5	91,8	91,0	
2015	92,4	88,4	83,4 p)	91,5	106,5 p)	87,8	90,9	90,8	90,9	83,2	94,7	86,9 p)	86,3	
2013 Juli	101,0	98,2			111,8	95,5					98,6	91,7	90,4	
Aug.	101,7	98,7	91,1	99,3	113,3	96,7	92,7	88,8	98,9	85,9	98,6	91,9	90,9	
Sept.	101,6	98,4			113,2	96,4					98,5	91,7	90,8	
Okt.	102,5	99,0			114,1	96,8					98,9	92,1	91,1	
Nov.	102,2	98,7	92,1	100,0	114,1	96,6	93,5	89,1	100,5	86,8	98,8	92,1	91,1	
Dez.	103,4	99,9			115,7	98,0					99,3	92,8	91,9	
2014 Jan.	103,0	99,4			115,8	97,9					99,2	92,5	91,9	
Febr.	103,2	99,6	92,9	102,3	116,3	98,2	93,7	89,3	100,9	87,2	99,0	92,6	92,0	
März	104,3	100,6			117,5	99,0					99,3	93,1	92,4	
April	104,2	100,3			117,0	98,4					99,2	93,0	92,2	
Mai	103,6	99,5	92,6	101,8	116,1	97,3	93,7	89,6	100,2	87,4	98,8	92,6	91,5	
Juni	102,7	98,7			115,1	96,5					98,7	92,3	91,2	
Juli	102,3	98,2			114,7	95,9					98,7	92,2	91,1	
Aug.	101,5	97,5	90,6	99,9	114,0	95,4	93,0	89,6	98,3	86,2	98,4	91,8	90,7	
Sept.	99,9	95,9			112,3	93,9					98,0	91,0	89,9	
Okt.	99,1	95,0			111,8	93,2					97,6	90,4	89,4	
Nov.	99,0	94,9	89,0	97,9	111,9	93,2	92,9	90,0	97,3	85,6	97,7	90,3	89,5	
Dez.	99,0	94,8			113,1	93,9					97,6	90,2	89,8	
2015 Jan.	95,2	91,0			108,9	90,1					95,7	88,2	87,5	
Febr.	93,3	89,5	83,8 p)	92,4	107,0	88,7	90,9	90,6	91,2	83,2	95,2	87,5	86,8	
März	90,6	86,9			103,8	85,9					94,2	86,1	85,2	
April	89,7	86,0			102,4	84,7					94,0	85,7	84,5	
Mai	91,6	87,8	82,2 p)	90,4	104,7	86,5	90,5	90,6	90,1	82,6	94,6	86,6	85,6	
Juni	92,3	88,5			106,0	87,5					94,7	86,9	86,1	
Juli	91,3	87,5			105,1	86,6					94,3	86,3	85,6	
Aug.	93,0	89,0	83,8 p)	91,9	108,1	89,0	91,1	90,8	91,3	83,5	94,9	87,2	87,0	
Sept.	93,8	89,7			109,6	90,1					95,1	87,6	87,7	
Okt.	93,6	89,6			109,0	89,6					95,1	87,6	87,4	
Nov.	91,1	87,1	83,9 p)	91,4	106,0 p)	86,8	91,2	91,0	91,1	83,6	94,1	86,3 p)	85,8	
Dez.	92,5	88,3			108,0 p)	88,3					94,3	86,7 p)	86,5	
2016 Jan.	93,6	89,1			109,9 p)	89,6					94,5	87,2 p)	87,3	
Febr.	94,7	90,0 p)	85,4 p)	92,3	111,3 p)	90,8	91,7	91,3	92,0	84,4	95,0	87,6 p)	87,7	
März	94,1	89,5			110,0 p)	89,9					95,0	87,4 p)	87,3	
April	94,8 p)	90,1			110,6 p)	90,2					95,4 p)	87,9 p)	87,6	
Mai	95,1 p)	90,5	111,1 p)	90,7	95,2 p)	88,1 p)	87,9	
Juni	94,7 p)	90,2			110,5 p)	90,3					95,0 p)	87,9 p)	87,6	
Juli	94,9 p)	90,4			110,2 p)	90,0					95,2 p)	87,9 p)	87,4	

* Der effektive Wechselkurs entspricht dem gewogenen Außenwert der betreffenden Währung. Die Berechnung der Indikatoren der preislichen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft ist methodisch konsistent mit dem Verfahren der EZB zur Ermittlung des effektiven Wechselkurses des Euro (siehe Monatsbericht, November 2001, S. 54 ff., Mai 2007, S. 32 ff. und August 2015, S. 42 ff.). Zur Erläuterung der Methode siehe Occasional Paper Nr. 134 der EZB (www.ecb.eu). Ein Rückgang der Werte bedeutet eine Zunahme der Wettbewerbsfähigkeit. 1 Berechnungen der EZB anhand der gewogenen Durchschnitte der Veränderungen der Euro-Wechselkurse gegenüber den Währungen folgender Länder: Australien, Bulgarien, China, Dänemark, Hongkong, Japan, Kanada, Kroatien, Norwegen, Polen, Rumänien, Schweden, Schweiz, Singapur, Südkorea, Tschechische Republik, Ungarn, Vereinigtes Königreich und Vereinigte Staaten. Soweit die aktuellen Preis- bzw. Lohnindizes noch nicht vorliegen, sind Schätzungen berücksichtigt. 2 Berechnungen der EZB. Umfasst die EWK-19-Gruppe (siehe Fußnote 1) zzgl. folgender Länder: Algerien, Argentinien, Brasi-

lien, Chile, Indien, Indonesien, Island, Israel, Malaysia, Marokko, Mexiko, Neuseeland, Philippinen, Russische Föderation, Südafrika, Taiwan, Thailand, Türkei und Venezuela. 3 Jahres- bzw. Vierteljahresdurchschnitte. 4 Für Argentinien liegen aufgrund des am 7. Januar 2016 von der Regierung ausgerufenen Notstands im nationalen Statistiksystem derzeit keine Verbraucherpreisindizes vor. Aus diesem Grund fällt Argentinien seit Februar 2016 aus dieser Berechnung heraus. Über das weitere Vorgehen mit Blick auf die Einbeziehung Argentiniens wird in Abhängigkeit von der künftigen Entwicklung entschieden werden. 5 EWU-Länder (ab 2001 einschl. Griechenland, ab 2007 einschl. Slowenien, ab 2008 einschl. Malta und Zypern, ab 2009 einschl. Slowakei, ab 2011 einschl. Estland, ab 2014 einschl. Lettland, ab 2015 einschl. Litauen) sowie Dänemark, Japan, Kanada, Norwegen, Schweden, Schweiz, Vereinigtes Königreich und Vereinigte Staaten. 6 EWU-Länder sowie EWK-19-Länder. 7 EWU-Länder sowie EWK-38-Länder (siehe Fußnote 2).

Übersicht über Veröffentlichungen der Deutschen Bundesbank

Diese Übersicht informiert über ausgewählte volkswirtschaftliche und statistische Veröffentlichungen der Deutschen Bundesbank aus neuerer Zeit. Soweit nicht anders vermerkt, stehen die Veröffentlichungen in deutscher und in englischer Sprache sowie im Internet zur Verfügung.

Die Veröffentlichungen werden an Interessenten kostenlos abgegeben und sind über die Abteilung Externe Kommunikation zu beziehen. Außerdem stehen aktualisierte Ergebnisse ausgewählter Statistiken im Internet bereit.

■ Geschäftsbericht

November 2015

- Die Wirtschaftslage in Deutschland im Herbst 2015

■ Finanzstabilitätsbericht

Dezember 2015

- Perspektiven der deutschen Wirtschaft – Gesamtwirtschaftliche Vorausschätzungen für die Jahre 2016 und 2017
- Ertragslage und Finanzierungsverhältnisse deutscher Unternehmen im Jahr 2014
- Die Einlagensicherung in Deutschland

■ Monatsbericht

Über die von 2000 bis 2015 veröffentlichten Aufsätze informiert das dem Monatsbericht Januar 2016 beigefügte Verzeichnis.

Januar 2016

- Der Einfluss alternativer Indikatoren der preislichen Wettbewerbsfähigkeit auf den realen Güterexport
- Zur Investitionstätigkeit im Euro-Raum
- Die Aufsicht über die weniger bedeutenden Institute im einheitlichen europäischen Aufsichtsmechanismus

Aufsätze im Monatsbericht

September 2015

- Zur jüngeren Entwicklung der Buchkredite an nichtfinanzielle Unternehmen im Euro-Raum
- Die Ertragslage der deutschen Kreditinstitute im Jahr 2014

Oktober 2015

- Das Spar- und Anlageverhalten privater Haushalte in Deutschland vor dem Hintergrund des Niedrigzinsumfelds
- Personalausgaben des Staates: Entwicklung und Perspektiven

Februar 2016

- Die Wirtschaftslage in Deutschland um die Jahreswende 2015/2016

März 2016

- Zur Schwäche des Welthandels
- Die deutsche Zahlungsbilanz für das Jahr 2015
- Vermögen und Finanzen privater Haushalte in Deutschland: Ergebnisse der Vermögensbefragung 2014
- Zur Bedeutung und Wirkung des Agreement on Net Financial Assets (ANFA) für die Implementierung der Geldpolitik

April 2016

- Bewertungsniveau am Aktienmarkt – Theoretische Grundlagen und Weiterentwicklung von Kennzahlen
- Die Phillips-Kurve als Instrument der Preisanalyse und Inflationsprognose in Deutschland

Mai 2016

- Die Wirtschaftslage in Deutschland im Frühjahr 2016

Juni 2016

- Perspektiven der deutschen Wirtschaft – Gesamtwirtschaftliche Vorausschätzungen für die Jahre 2016 und 2017 mit einem Ausblick auf das Jahr 2018
- Zu den gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen der quantitativen Lockerung im Euro-Raum
- Struktur und Dynamik der industriellen Fertigungstiefe im Spiegel der Jahresabschlüsse deutscher Unternehmen

Juli 2016

- Entwicklungen im Bank Lending Survey seit Beginn der Finanzkrise
- Ansatzpunkte zur Bewältigung von Staatsschuldenkrisen im Euro-Raum
- Abwicklung und Restrukturierung von Banken – Die neuen Mindestanforderungen TLAC und MREL

August 2016

- Die Wirtschaftslage in Deutschland im Sommer 2016

Statistische Beihefte zum Monatsbericht

- 1 Bankenstatistik ¹⁾
- 2 Kapitalmarktstatistik ¹⁾
- 3 Zahlungsbilanzstatistik ¹⁾
- 4 Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen ¹⁾
- 5 Devisenkursstatistik

Sonderveröffentlichungen

Makro-ökonometrisches Mehr-Länder-Modell, November 1996 ²⁾

Europäische Organisationen und Gremien im Bereich von Währung und Wirtschaft, Mai 1997 ²⁾

Die Zahlungsbilanz der ehemaligen DDR 1975 bis 1989, August 1999 ²⁾

Der Markt für deutsche Bundeswertpapiere, Mai 2000

Macro-Econometric Multi-Country Model: MEMMOD, Juni 2000

Gesetz über die Deutsche Bundesbank, September 2002

Weltweite Organisationen und Gremien im Bereich von Währung und Wirtschaft, März 2013 ²⁾

Die Europäische Union: Grundlagen und Politikbereiche außerhalb der Wirtschafts- und Währungsunion, April 2005 ²⁾

Die Deutsche Bundesbank – Aufgabenfelder, rechtlicher Rahmen, Geschichte, April 2006 ²⁾

Die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion, April 2008

■ Statistische Sonderveröffentlichungen

- 1 Statistik der Banken und sonstigen Finanzinstitute, Richtlinien, Januar 2016³⁾
- 2 Bankenstatistik Kundensystematik, Januar 2016²⁾³⁾
- 3 Aufbau der bankstatistischen Tabellen, Juli 2013²⁾³⁾
- 4 Ergebnisse der gesamtwirtschaftlichen Finanzierungsrechnung für Deutschland 2010 bis 2015, Mai 2016³⁾
- 5 Hochgerechnete Angaben aus Jahresabschlüssen deutscher Unternehmen von 1997 bis 2013, Mai 2015³⁾
- 6 Verhältniszahlen aus Jahresabschlüssen deutscher Unternehmen von 2012 bis 2013, Mai 2016²⁾³⁾
- 7 Erläuterungen zum Leistungsverzeichnis für die Zahlungsbilanz, September 2013
- 8 Die Zahlungsbilanzstatistik der Bundesrepublik Deutschland, 2. Auflage, Mai 1990^{o)}
- 9 Wertpapierdepots, August 2005
- 10 Bestandserhebung über Direktinvestitionen, April 2016¹⁾
- 11 Zahlungsbilanz nach Regionen, Juli 2013
- 12 Technologische Dienstleistungen in der Zahlungsbilanz, Juni 2011²⁾

■ Diskussionspapiere^{*)}

- 23/2016
Transmission of global financial shocks to EMU member states: the role of monetary policy and national factors
- 24/2016
The payout behaviour of German savings banks
- 25/2016
Flying under the radar: the effects of short-sale disclosure rules on investor behavior and stock prices
- 26/2016
Budget-neutral labour tax wedge reductions: a simulation-based analysis for selected euro area countries
- 27/2016
International banking and cross-border effects of regulation: lessons from Germany
- 28/2016
Approximating fixed-horizon forecasts using fixed-event forecasts
- 29/2016
Capturing information contagion in a stress-testing framework
- 30/2016
How does P2P lending fit into the consumer credit market?
- 31/2016
Inflation expectations, disagreement, and monetary policy

^{o)} Diese Veröffentlichung ist nicht im Internet verfügbar.
^{*} Diskussionspapiere ab dem Veröffentlichungsjahr 2000 sind im Internet verfügbar. Seit Anfang 2012 keine Unterteilung mehr in „Reihe 1“ und „Reihe 2“.
Weitere Anmerkungen siehe S. 86 •.

■ Bankrechtliche Regelungen

- 1 Gesetz über die Deutsche Bundesbank und Satzung des Europäischen Systems der Zentralbanken und der Europäischen Zentralbank, Juni 1998
- 2 Gesetz über das Kreditwesen, Januar 2008 ²⁾

2a Solvabilitäts- und Liquiditätsverordnung, Februar 2008 ²⁾

1 Nur die Tabellenköpfe und die Erläuterungen sind in englischer Sprache erhältlich.

2 Diese Veröffentlichung ist nur in deutscher Sprache erschienen.

3 Nur im Internet verfügbar.